J. publ. g. 385 k

Klüber

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

STAATSRECHT
DES
RHEINBUNDES.

Lehrbegriff.

von

D. JOH. LUDW. KLÜBER.

Tübingen

IN DER J. G. COTTA'SCHEN BUCHHANDLUNG.

1808.

254.D

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Die Erscheinung dieses Buchs bedarf keiner Entschuldigung. Nicht Alles, nur das Nötige, sollte gesagt werden, nach eigenem Urteil, ohne anderes Interesse als für Wahrheit, Recht und Staatswohl.

Am 1. Mai 1808.

INHALT.

Einleitung.

Capitel.

I. Begriff, Abtheilung, Hülfswissenschaften, Methode. §. 1—10.

II. Culturgeschichte und Literatur des Staatsrechtes des Rheinbundes. §. 11—18.

III. Staatsform des teutschen Reichs. Auflösung derselben. Stiftung des Rheinbundes. Wirkung derselben auf Staatsrecht und Gesetze des teutschen Reichs. Reichsarchiv. §. 19—29.

Capitel.
IV. Quellen des Staatsrechtes des Rheinbundes. §. 30.
Erste Abtheilung. Quellen des Bundesstaatsrechtes. §. 31—45.
Zweite Abtheilung. Quellen des Staatsrechtes der souverainen Bundesstaaten. §. 46—52.
V. Der Rheinbund, in geographischer und politischer Beziehung. §. 53—64.
VI. Staatsverfassung und Staatsregierung. Uebersicht der Hoheitsrechte. §. 65—71.

ERSTER THEIL.

BUNDESSTAATSRECHT.

I. Staatsform und PersonalVerfassung. §. 72—92.
II. CollegialVerfassung. §. 93—96.
III. TerritorialVerfassung. §. 97—117.
IV. LehnsVerfassung. §. 118—123.
V. MilitärVerfassung. §. 124—129.
VI. Gesandschafts-, Kriegs-, Friedens- und Bündnifsrecht. §. 130—135.
VII. StaatsServituten und RheinschiffahrtsOctroi. §. 136—149.

ZWEITER THEIL.

STAATSRECHT DER RHEINISCHEN BUNDESSTAATEN.

I. Der Souverain. §. 150—161.
II. Die Unterthanen. §. 162—178.

Capitel.
III. Die Landstände. §. 179—187.
IV. Die Standesherren. §. 188—218.
V. Die Grundherren. §. 219—231.
VI. Staatsvermögen. §. 232—244.
VII. Regierungsform. §. 245—254.
VIII. Verhältnifs zwischen Hoheits- und Eigenthums-rechten. §. 255—259.
IX. Aufsehende, gesetzgebende und vollziehende Gewalt. §. 260—267.
X. Justizhoheit. §. 268—281.
XI. Polizeigewalt. §. 282—294.
XII. Finanzhoheit. §. 295—300.
Abschn. 1. SteuerRegal. §. 301—306.
— 2. Strassen- und GeleitsRegal. §. 307—309.
— 3. CommerzRegal. §. 310—312.
— 4. MünzRegal. §. 313—324.
— 5. PostRegal. §. 325—334.
— 6. BergwerksRegal. §. 335—339.
— 7. Forst- und JagdRegal. §. 340—344.
— 8. WasserRegal. §. 345—349.
— 9. IndustrieConcessionsRegal. §. 350—352.
— 10. LandesschutzRegal. §. 353—355.
— 11. LandesdienstRegal. §. 356—360.
— 12. Fiscalgewalt. §. 361—366.
— 13. Domänenrecht. §. 367—370.

Capitel.

XIII. Privilegiengewalt. §. 371—374.

XIV. Aemter-, Titel-, Decorations-, Rang- und StandeserhöhungsRecht. §. 375—386.

XV. Erziehungs- und UnterrichtsRegal. §. 387—391.

XVI. Kirchenhoheit. §. 392—406.

XVII. Lehnhoheit. §. 407—408.

XVIII. Wehr- und Waffenrecht. §. 409—410.

XIX. Aeusserstes Recht und Einschränkungen des Staatsgewalt. §. 411—415.

XX. Gesandschafts-, Kriegs-, Friedens- und Bündnissrecht, und Staatsdienstbarheiten. §. 416-419.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS.

EINLEITUNG.

I. Capitel.

Begriff, Abtheilung, Hülfswissenschaften und Methode.

§. 1.

Staat. Staatsgewalt. Oberherr.

Der Staat (civitas, respublica) ist eine bürgerliche Gesellschaft, mit einem bestimmten Landesbezirk, unter gemeinschaftlicher Obergewalt, zu allerseitiger Sicherheit [a]). Nur durch Verträge [b]) kann dieser Sicherheitsbund, diese Schutzanstalt entstehen [c]). Staatsgewalt (Majestät, höchste Gewalt, potestas suprema) heiſst das Recht, die Mittel zu dem Zwecke des Staates zu wählen [d]). Die physische oder moralische Person, welcher diese Wahl anvertraut ist, wird genannt das regierende Subject (Souverain, Regent, Staatsoberhaupt, Oberherr, Organ

oder Depositär des allgemeinen Willens, Herrscher, auch personificirte Staatsgewalt im engern Sinne, princeps, imperans, le souverain.)

a) Hierunter sind begriffen: Schutz der Rechte, Gemeinwohl, höchstmögliche Freiheit, rechtliche Freiheit der Staatsgenossen (salus publica). Die *Beglückungsgewalt* ist ausgeschlossen. DEMOPHILOS an EUKRATES über die Gränzen der Staatsgewalt. Germanien. 1799. 8. Von den wahren Gränzen der Wirksamkeit des Staats in Beziehung auf seine Mitglieder. Leipz. 1793. 8. LUEDERS National - Industrie und Staatswirthschaft. Th. I. (1800) Buch 4.

b) Diese Verträge sind: 1) *Bürgerlicher Vereinigungs*- oder *Gesellschaftsvertrag* (Urvertrag, contrat social, pactum unionis civilis); 2) *Staatsgrund*- oder *bürgerlicher Verfassungsvertrag* (pactum ordinationis civilis fundamentale); 3) *bürgerlicher Unterwerfungsvertrag* (pactum subjectionis civilis). Alle diese Verträge sind zu betrachten, wenn auch nicht immer als Factum, doch als regulative Idee.

c) Die *Meta*- oder *Propolitik* (philosophische Urgeschichte des Staates) begründet die *Notwendigkeit* einer Staatsgesellschaft. Sie führt nicht empirisch, auch nicht durch Hypothesen, in den Urstand des Menschengeschlechtes zurück. SCHLÖZERS Staatsgelahrtheit, Th. I, S. 13, 29 — 78. Die Frage von dem *Ursprunge der Staaten*, ist theils rechtlich, theils factisch.

d) Durch sie wird der allgemeine Wille der Gesellschaft realisirt. Sie unterscheidet sich daher nicht nur von der *Macht* des Staates, die in dem vereinigten Willen, und in den vereinigten physischen Kräften der Bürger

besteht, sondern auch von den verschiedenen *Kräften*, die dem Staate zu Realisirung des gesellschaftlichen Zweckes dienen.

§. 2.

Unterthanschaft. Staatsrecht.

Der moralischen Persönlichkeit der Majestät gegenüber, steht die der Unterthanschaft. Nur für den Zweck des Staates, ist der Staatsbürger (Staatsgenoſs, civis, Citoyen) Unterthan. Daher die bürgerliche Freiheit. Die Rechte des regierenden und des untergeordneten Subjectes im Staate, sind wechselseitig und vollkommen. Beide erstrecken sich weiter nicht, als die Pflicht zu Erreichung des Staatszweckes durch gerechte Mittel, sowohl im Innern [a]), als auch ausserhalb des Staates. Der Inbegriff der wechselseitigen, vollkommenen Rechte des regierenden und des untergeordneten Subjectes im Staate, heiſst Staatsrecht; und zwar, so weit es aus der Natur der Staatsgesellschaft flieſst, allgemeines oder natürliches Staatsrecht [b]) (jus publ. universale s. naturale), im Gegensatze des positiven. In jedem Staate muſs ein Staatsrecht statt finden,

und diesem ein blos passiver Gehorsam fremd seyn c).

a) Schädlichkeit des *Vielregierens*: Vortheil derjenigen Staaten, wo *am wenigsten* regiert wird. *Liberalität, Humanität* und *Popularität* der Regierung. *Mittelweg* zwischen Verbesserungssucht und Reformations-Antipathie, zwischen Lichtschwärmerei und Obscurantismus.

b) Schriften von dem *allgemeinen* Staatsrechte, s. in Pütters Lit. II. 372. 381. Klübers n. Lit. §. 663. 673.

c) Also nicht blofs *Rechte*, sondern auch *Zwangsverbindlichkeiten*, *müssen* dem Oberherrn zukommen; wiewohl das Zwangsrecht der Unterthanen in einzelnen Fällen, durch Gründe der Moral und Politik, modificirt, oder eingeschränkt werden kann, insbesondere wenn man zwischen Tyrannei und Anarchie zu wählen hat. Vergl. Kants metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre, §. 49. A S. 176. *Antimachiavell*, oder über die Gränzen des bürgerlichen Gehorsams. Halle 1794. P. J. A. Feuerbachs Antihobbes, oder über die Gränzen der höchsten Gewalt und das Zwangsrecht der Unterthanen gegen den Oberherrn. Erf. 1798 u. 1803. 8.

§. 3.

Staatsrechtliche Form des Rheinbundes und seiner Souverain-Staaten.

I) An die Stelle des ehemaligen teutschen Reichsstaates trat, für einen grofsen Theil desselben, ein Staatensystem (Systema civitatum foederatarum s. achaicarum), der Rheinbund; ein Verein teutscher Souverainstaaten,

unter einem Protector. Ungeachtet der Einheit dieses Staatenbundes, und des gemeinschaftlichen Bandes, welches die einzelnen, verbündeten Staaten vereinigt, sind doch II) diese unter sich getrennt, selbtsständig und unabhängig [a]). Jedem derselben wird eine gänzliche und absolute Souverainetät oder unabhängige Staatsgewalt zugeschrieben [b]). Alle rheinische Bundesstaaten sind monarchisch organisirt, und (einen ausgenommen) Erbstaaten.

a) Worte NAPOLEONS, in einem Schreiben an den pariser Senat, datirt aus München den 12. Jan. 1806. *Europ. Annalen* 1806, IX. 223.

b) Bundesacte, Art. 1, 2, 3, 17—26. K. NAPOLEONS Erklärung an die teutsche Reichsversammlung vom 1. Aug. 1806. *Europ. Annalen* 1806, IX. 241 f. Schreiben des *Protectors* an den Fürsten Primas, aus St. Cloud v. 11. Sept. 1806, in d. *Rhein. Bund*, II. 240. Darum soll der Bund, im Ganzen und einzeln, zu den *abhängigen* und *halbsouverainen* Staaten (états mi-souverains) *nicht* gerechnet werden.

§. 4.

Staatsrecht des Rheinbundes, und dessen Abtheilung.

Das Staatsrecht des Rheinbundes überhaupt, ist ein Inbegriff der wechselseitigen, vollkommenen Rechte nicht nur der

Bundesgenossen unter sich, sondern auch der regierenden und der untergeordneten Subjecte in den souverainen Bundesstaaten, nebst gewissen vollkommenen Rechten gegen auswärtige Staaten. Sofern es sich einschränkt auf das staatsrechtliche Verhältnifs der Bundesgenossen unter sich, heifst es Bundes-Staatsrecht im engern Sinne [a]): Saatsrecht der souverainen Bundesstaaten hingegen, so weit die wechselseitigen, vollkommenen Rechte der regierenden und der untergeordneten Subjecte in den Souverainstaaten des Bundes, sein Gegenstand sind. Dieses kann sich entweder auf die Bundesstaaten überhaupt beziehen (gemeines, commune), oder nur auf einen einzelnen derselben einschränken (besonderes, speciale). Beide Unterarten lassen sich eintheilen in weltliches und geistliches oder Kirchenstaatsrecht [b]).

a) Das *Bundes-Staatsrecht* im engern Sinne, kann auch als *Völkerrecht* betrachtet werden, wegen der Unabhängigkeit der Bundesstaaten.

b) Einige begreifen auch das Völkerrecht eines bestimmten Staates, unter dem Staatsrechte. Diese theilen daher das Staatsrecht in *inländisches* (internum) und *auswärtiges* (externum).

§. 5.

Unterschied des Staatsrechtes,
1) *von dem Völkerrechte.*

Das Staatsrecht ist wesentlich unterschieden von dem Völkerrechte. Betrachtet man mehrere Staaten nach ihrem gegenseitigen Verhältniſs, so führen sie den Namen Völker; sie werden als moralische Personen angesehen, die unter sich den Stand natürlicher Freiheit und Gleichheit anerkennen müssen. Der Inbegriff ihrer wechselseitigen, vollkommenen Rechte, heiſst, I) so weit diese aus der Natur ihrer gegenseitigen Verhältnisse flieſsen, natürliches oder allgemeines (jus gentium universale), II) so fern solche auf ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft sich gründen, positives (jus gentium positivum, jus foederum), und III) wenn dieses auf Europa sich einschränkt, practisches europäisches Völkerrecht [a]) (jus gentium europaearum practicum). IV) Das Völkerrecht des Rheinbundes begreift in sich, die wechselseitigen vollkommenen Rechte, theils der Souverainstaaten des Rheinbundes unter sich (Bundes-Völkerrecht im engern Sinne, gemeines

und besonderes, auch Bundesstaatsrecht im engern Sinne genannt, oben §. 4, Note a), theils des Rheinbundes, oder der dazu gehörigen einzelnen Staaten, auf der einen, und auswärtiger Souverainstaaten auf der andern Seite [b]) (Völkerrecht der rheinischen Bundesstaaten im engern Sinne, gemeines und besonderes). V) Die fortdauernden Rechte eines Staates gegen den andern, verdienen im Staatsrechte nur so weit Erwähnung, als sie auf die innern Staatsverhältnisse bedeutenden Einfluſs haben.

a) D. H. L. v. Ompteda Literatur des Völkerrechtes, Th. I. u. II. Regensb. 1784 u. 1785. 8. Pütters Lit. III. 381. Klübers Lit. §. 673 ff.

b) Moser würde das erste *nachbarliches* Völkerrecht (vicinum), das andere *auswärtiges im engern Sinne* (externum in specie) genannt haben.

§. 6.

2) *von dem Privatrechte.*

I) Der Unterschied zwischen dem Staats- und dem Privatrechte [a]), als einem Inbegriff der wechselseitigen vollkommenen Rechte der Einzelnen (ausser dem regierenden Subjecte, als solchem) ist objectiv und wesentlich. II) Da aber Alles, was das gesammte Volk, oder dessen Repräsentanten, als solche,

betrifft, öffentliche oder Staatsangelegenheit ist; so kann dieselbe Sache, in verschiedener Hinsicht, Staats- und Privatangelegenheit seyn. III) Auch Angelegenheiten der einzelnen Staatsbürger mit Auswärtigen, sind Privatsachen. IV) So wie auch ausser dem Staate ein Privatrecht (das allgemeine Privat- oder bürgerliche Recht [b]) denkbar ist, eben so ist in dem Staate ein positives Privatrecht nicht notwendig, aber gewöhnlich.

a) PÜTTERS Lit. II. 373.

b) Bearbeitet von HEDINGER (1697), GRIBNER, HUFELAND, TAFINGER, v. EGGERS u. a. in ihren Lehrbüchern des Naturrechtes. C. F. G. MERKELS Theorie des allgem. Privatr. Leipz. 1803. 8. FR. v. ZEILLERS natürl. Privatr. Wien 1803. gr. 8. K. S. ZACHARIAE philosophisches Privatrecht. Lpz 1804. 8. Dawider s. K. H. HEYDENREICHS Original-Ideen über die kritische Philosophie (1793. 8.) Num. 3. S. 166 ff., welcher die Existenz eines allgem. Privatrechtes, als einen besondern Theil des Naturrechtes, bestreitet. Desgl. ACHENWALL. Auch SCHAUMANN in s. wissenschaftl. Naturr. (1792. 8.) S. 344 und SCHMALZ in s. natürl. Staatsr. §. 189.

§. 7.

und Privatfürstenrechte.

Eine Art des Privatrechtes ist das Privatfürstenrecht (Privatrecht der Erlauchten,

jus privatum illustrium s. principum, jurisprudentia heroica [a])). 1) Es schränkt sich ein auf die innern Familien-Privatangelegenheiten [b]) regierender Häuser. 2) Nur in monarchisch geformten Staaten kann es vorkommen. 3) Es giebt allgemeine Familien-Observanzen der Regentenhäuser in Europa. 4) Noch mehr besondere Privatrechte findet man in den Familien der souverainen Fürsten des Rheinbundes, und in gewisser Art auch noch in den Familien der Standesherren. 5) Selbst dann, wenn Gegenstände des Privatfürstenrechtes in den Staatsgrundgesetzen bestimmt wären, würden sie darum nicht aufhören, Privatrecht zu seyn.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 739. KLÜBERS Lit. §. 1520 ff.

b) Familien-Eigenthum, Erbfolge, eheliches Verhältniſs, elterliche Gewalt, Vormundschaft u. d.

§. 8.

Verwandte und Hülfswissenschaften.

Verwandte und Hülfswissenschaften [a]) des Staatsrechtes des Rheinbundes sind: 1) das allgemeine Staatsrecht, das in einem gewissen Falle auch Quelle ist; 2) das Völ-

kerrecht, ebenfalls Quelle in einem gewissen Falle; 3) das ehemalige teutsche Reichs- und Territorial-Staatsrecht; 4) die Staats- und Kanzleipraxis; 5) das Privatrecht, welches oft Licht aus dem Staatsrechte erhält; 6) die Staatsgeschichte, nebst der Rechtsgeschichte des Staatsrechtes des Rheinbundes; 7) Erdbeschreibung, und 8) Staatskunde oder Statistik der Souverainstaaten des Rheinbundes; 9) Diplomatik, nebst der diplomatischen Chronologie; 10) Genealogie; 11) Heraldik; 12) Numismatik; 13) Politik (Staatsklugheit, Staatsweisheit [b]); 14) Staatswirthschaft, Finanz- und Polizeiwissenschaft; 15) Auslegungskunst u. a.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. II. 370. 376. 382. ff. KLÜBERS Lit. §. 660 — 669 und 673 ff.

b) Vorzüglich die Staatsgeschäfte haben zwei Seiten, eine *juristische* und eine *politische*. J. F. REITEMEIER über Studium der Staatswissenschaft, S. 12 ff.

§. 9.

Methode.

I) Das Staatsrecht des Rheinbundes ist keine rationale, sondern eine theils historische, theils rein positive Wissenschaft, in der nur Lücken aus dem natürlichen Staatsrechte ausgefüllt werden. Es

sind also die rationalen Formen spekulativer Wissenschaften hier nicht ganz anwendbar. Bei einem so verschiedenartig zusammengewachsenen Stoffe, würden, wie überhaupt im positiven Rechte, sogenannte höchste Principe mifslich seyn. II) Um systematische Einheit des Ganzen möglichst zu erreichen, sind die Grundsätze nach einem überdachten Plane, einfach, zusammenhängend, und mit Auswahl darzustellen, in leichter, ungezwungener Ordnung, so weit die Eigenheit und Mannichfaltigkeit des Stoffs es gestattet. Aber die Form der Darstellung und die Methode werde, so wie die Bestimmtheit und Deutlichkeit des Vortrags, einzig auf Erleichterung der Uebersicht und praktische Anwendbarkeit berechnet. Zweckwidrig wäre es, Deutlichkeit und Zusammenhang der Materie, dem blofsen Systemgeiste, dem Formenspiel sclavisch aufzuopfern; über dem Aussinnen neuer Formen, einer Wirkung des Einspinnens in subtile Theorien moderner Scholastik, das Wesentliche, die Bearbeitung der Materie, zu vernachlässigen; in den Oeden der Spekulation, die dem wahren Genie fremd sind, herumzuirren, statt die Geistesthätigkeit auf Kenntnisse zu leiten, die wohlthätigen Ein-

flufs auf das wirkliche Leben haben; oder hingerissen von der Sucht, geistreich zu scheinen, sich, dem Gesetze der Verständlichkeit entgegen, zu der Fassungskraft des Anfängers nicht herabzulassen. III) Die dogmatisch-historische Lehrmethode ist der blos dogmatischen, noch mehr der blos historischen, so auch der blos raisonnirenden, vorzuziehen. IV) Controversen, und Erläuterung durch merkwürdige Staatsvorfälle, bleiben hauptsächlich dem mündlichen Vortrage vorbehalten [a]).

a) Von der *Lehrart* des St. R. s. Schriften in PÜTTERS Lit. II. 376. KLÜBERS Lit. §. 669.

§. 10.

Vorsichtsregeln.

Verunstaltet wird der Lehrvortrag, entehrt die Wissenschaft, durch Partei- und Sectengeist; durch Vorurtheile und Hypothesensucht; durch Mifsbrauch des allgemeinen Staatsrechtes, des Völkerrechtes und der fremden Rechte, insonderheit des römischen. Dagegen gewinnen beide durch ächtphilosophische und zweckmäfsige historische Bearbeitung; durch Unbefangenheit und Nüchternheit des Urteils; durch anständige, vernünftige, edle Freimüthigkeit [a]).

Ein weises Misstrauen muss in dem Felde so praktisch-wichtiger Untersuchungen, mit der Festigkeit im Fortschreiten immer gepaart seyn, und der Widerstand gegen Andersdenkende darf nie die Gesetze der Humanität verletzen.

a) Schriften von der *Vorsicht* im St. R. in Pütters Lit. II. 375. Klübers Lit. §. 668. 670.

II. Capitel.

Culturgeschichte und Literatur des Staatsrechtes des Rheinbundes.

A) Culturgeschichte.

§. 11.

Zweckmäsigkeit der Staatsverträge und Staatsgesetze.

Den wichtigsten Einfluss auf zweckmäsige Cultur des Staatsrechtes des Rheinbundes, hat man, neben der Cultur der Wissenschaften überhaupt, zu erwarten von der heutigen, vermehrten Thätigkeit der Machthaber und der Staatsgesetzgebung, von der frühern, sehr fleissigen Bearbeitung des allgemeinen Staats- und Völkerrechtes, dann des teutschen

Reichs- und Territorial-Staatsrechtes, von dem akademischen Lehrvortrage, und von der literärischen Fruchtbarkeit teutscher Schriftsteller. Staatsverträge und Staatsgesetze vermehren sich nicht nur fast täglich, sondern sie gewinnen auch immer mehr an theoretischer und praktischer Wichtigkeit, an Vollständigkeit und planmäsiger Anordnung der Materien.

§. 12.

Cultur des allgemeinen Staats- und Völkerrechtes.

So lang die politische Wichtigkeit der Päpste überwiegend war, so lang die abentheuerlichen Grillen von einem dominio mundi und imperio Christianitatis der römischen Kaiser, von einer besondern Heiligkeit des römischen Reichs, und von einer Verwandlung des teutschen Reichs in das römische, praktische Ungereimtheiten zur Folge hatten, so lang man der Hülfe der Buchdruckerkunst und der allgemeinen wissenschaftlichen Cultur entbehrte, konnte zweckmäsige Bearbeitung des allgemeinen Staats- und Völkerrechtes kaum erfolgen. Einige Lichtfunken für das Staatsrecht, sprangen aus Reibungen zwischen der päpstlichen und weltlichen Macht, noch mehr aus

Luthers und Zwingli's Reformation. Lebhafte Erörterungen wider den Mißsbrauch der Staatsgewalt, und Macchiavelli's treffende Schilderung des Despotismus, wirkten mächtig. Schon hatte Grotius die Sache der Menschheit vertheidigt, als Hobbes, Graswinkel, Wandalin und Masius dawider aufstanden. Aber Sidney, Becmann, Thomasius, Leyser, Montesquieu und Rousseau traten muthig dem Vorurteil in den Weg.

§. 13.

Fortsetzung.

Staatsvorfälle, in Frankreich, England, Dänemark und Teutschland, weckten den Untersuchungsgeist zu theoretischer und praktischer Behandlung der wichtigsten Gegenstände. Biblische Publicisten und bloſse Empiriker machten wenig Glück mehr. Aber auch die Rationalisten veranlaſsten manche traurige Erfahrung, über den Miſsbrauch der Spekulation. So fand der Synkretismus von neuem Eingang. Friedrich II. und Joseph II., jener durch Schriften, beide durch Regentenhandlungen, verkündigten Wahrheit vom Thron herab. Empörungen in Nordamerika und Frankreich, brachten wichtige Wahrheiten so zur Sprache, daſs sie, ehehin Domäne

der Gelehrten, auffallend sich popularisirten. Eine Flut von Lehr- und Handbüchern, vorzüglich der Engländer, Teutschen und Franzosen, haben, seit Huber, Böhmer und Wolf, das Reich der publicistischen Wahrheit zwar nicht sehr zu erweitern vermocht, aber doch die Grundsätze des allgemeinen Staatsrechtes, in mannichfaltiger Form, sehr in Umlauf gebracht [a]).

a) Schlözer a. a. O. 81 ff.

§. 14.

Cultur des teutschen Reichs- und Territorial-Staatsrechtes.

Auch durch sehr fleissige und vielfache Bearbeitung des teutschen Reichs- und Territorial-Staatsrechtes und der Staatsgeschichte, ward der wissenschaftlichen Cultur des Staatsrechtes des Rheinbundes nicht wenig vorgearbeitet. Die älteste Periode des teutschen Staatsrechtes (bis auf das J. 500 n. C. G.), zeichnete sich aus durch Barbarei, Nationalfreiheit und Heidenthum [a]). Während der tausendjährigen Nacht des Mittelalters herrschten Hierarchie, König- und römisches Kaiserthum, Beneficial-, Feudal- und Ritterwesen, Misbrauch der fremden Rechte, und historische Irrthümer. Mit der aufkeimenden Cultur des gesellschaftlichen Lebens,

mit der Aufhebung des Faustrechtes und der Verbesserung der Rechtspflege, brach die Morgenröthe für Ausbildung und gelehrte Bearbeitung des Staatsrechtes an. Seitdem entwickelte sich das System der kaiserlichen Wahlcapitulation, der Reichsversammlung, der Reichskreise, der Reichsgerichte, der Landeshoheit, der kirchlichen Spaltung.

a) J. C. MAJERS Germaniens Urverfassung (Hamb. 1798. 8.) S. 14 ff.

§. 15.

Fortsetzung.

Die Errichtung des Reichskammergerichtes (1495), vereinigt mit dem, durch die Reformation geweckten Forschungs- und Prüfungsgeiste, und mit der Wiederbelebung der humanistischen und allgemeinen Gelehrsamkeit, wirkte sichtbar auf die Bearbeitung des teutschen Staatsrechtes. Der westphälische Friede (1648) gab dem teutschen Staatsgebäude neuen Glanz, neue Festigkeit. Secteneifer, Eitelkeit, Neuerungs- und Hypothesensucht einiger Schriftsteller, vermochten nichts gegen Wetteifer, Critik und unbefangenen Wahrheitssinn so vieler andern. Die akademische Cultur des Saatsrechtes, nach ächter Methode, die fleissige Bearbeitung der Hülfs-

mittel, des Staatsrechtes des Mittelalters, der philosophischen und humanistischen Wissenschaften, die fleissige Benützung ächter Quellen, und der teutsche Sammlungsgeist, verbunden mit Scharfsinn und Geschmack, hatten den Lehrbegriff und Lehrvortrag des teutschen Staatsrechtes zu einem solchen Grade von Vollkommenheit gebracht, daſs solcher selbst von Ausländern, insbesondere von Franzosen, vorzugsweise geschätzt und gesucht ward [a]).

a) KLÜBERS Einleitung zu einem neuen Lehrbegriff des t. Staatsrechtes, §. 11 — 19.

§. 16.

Bearbeitung des Staatsrechtes des Rheinbundes.

Nach solchen Vorarbeiten, läſst sich mit höchster Wahrscheinlichkeit annehmen, daſs, bei der Fortdauer des Rheinbundes, dessen Staatsrecht durch angestrengte und nicht seltene Bemühung teutscher Staatsrechtsgelehrten, durch akademischen Lehrvortrag, und selbst durch Bestimmungen der Machthaber und Gesetzgeber, einen hohen Grad von literärischer Cultur erreichen werde.

B) Literatur.

§. 17.

Bibliographie und Biographie.

Mit der Fortdauer des Bundes, mit den von Zeit zu Zeit eintretenden, neuen Bestimmungen und Staatsvorfällen, werden die literärischen Hülfsmittel zu dem Staatsrechte des rheinischen Bundes, immer zahlreicher und gehaltvoller werden. Die Bibliographie oder Bücherkunde [a]) dieses Theils der positiven Rechtswissenschaft, ist demnach wichtig für das Studium desselben. Eben so die Biographie (Schriftstellerkunde) der Publicisten [b]); insbesondere ihr Vaterland, persönlicher Charakter, Religion, Erziehung, wissenschaftliche Bildung, gleichzeitige politische Constellation, Dienstverhältnifs, Wohnort, und der Schauplatz ihrer praktischen Thätigkeit. Nicht zu vernachlässigen ist, bis jetzt noch, die Literatur eines grofsen Theils des ehemaligen teutschen Reichs- und Territorial-Staatsrechtes [a]), welches nicht nur historisch, sondern auch hie und da noch praktisch wichtig ist.

a) Eine eigene *Literatur des St. R. des Rheinbundes*, ist zu erwarten.

b) Die *biographischen* Werke von JENICHEN, JUGLER, WEIDLICH u. a. (s. PÜTTERS Lit. des t. St. R. I. 20 ff.

J. G. HELLBACHS auserl. Biblioth. f. Rechtsgel. I. 13 ff. H. J. C. KÖNIGS Lehrbuch d. allgem. jurist. Literatur, I. 59 — 195.) Die *allgemeinen* biographischen Werke, sowohl *lexikographische* (JÖCHER, ADELUNG, ROTERMUND, HIRSCHING u. a.), als auch *ethnographische*, *chronologische* u. s. w. s. in J. G. MEUSELS Leitfaden der Geschichte der Gelehrsamkeit (1799. 8.) S. 52 ff. 89 ff. J. G. MEUSELS Lexikon der von 1750 bis 1800 verstorbenen teutschen Schriftsteller, Bd. I. bis VII. (A — K) Leipz. 1802 — 1808. 8. J. C. KOPPE'S Lexikon der jetzt in Teutschland lebenden juristischen Schriftsteller, I. Band (A — L.) Leipz. 1793. 8.

c) Mart. LIPENII bibliotheca realis juridica. 1679. 1720. 1737. edit. 4. 1757. II. Tomi. fol. Zwei *Supplementbände* hiezu haben geliefert: A. F. SCHOTT, 1775, u. R. C. Frhr. v. SENKENBERG 1789. J. St PÜTTERS Literatur des teutschen Staatsrechtes. Drei Theile. 1776. 1781. 1783. 8. J. L. KLÜBERS neue Literatur des t. Staatsrechtes (als Fortsetzung und Ergänzung der Pütterischen). 1791. 8.

§. 18.

Classification der Schriften.

Der publicistische Büchervorrath läſst sich auf folgende Art classificiren. I. Literärische Hülfsmittel [a]). II. Quellen, sowohl Staatsverträge und Staatsgesetze, als auch Staatsacten und Urkunden [b]). III Compendiarische Schriften [c]). IV. Ausführliche Systeme [d]) (Handbücher). V. Erläuterungsschriften (Commentare) über Staatsverträge und Staatsgesetze [e]). VI. Systematische Werke über

einzelne Haupttheile des Staatsrechtes des Rheinbundes [f]). VII. Monographien [g]) (Dissertationen und Tractate). VIII. Vermischte Sammlungen [h]). IX. Deductionen, Gutachten, Rechtsfälle, rechtliche Erkenntnisse [i]). X. Lexikographische Werke [k]). XI. Schriften über die Hülfs- und verwandten Wissenschaften [l]).

a) Lipen, Pütter, Klüber, a. a. O. (§. 17.)

b) Der Rheinische Bund. Herausgeg. von P. A. Winkopp. Frankfurt 1806 — 1808, Heft I bis XIV. 8. Paul Oesterreichers Archiv des rheinischen Bundes. Bamb. 1806 — 1808, Heft I – XII. 4. Frhrn. v. Hertwichs monatliche Abhandlungen. (Erscheint seit 1788, monatlich in 3 Foliobogen, gedruckt, für Abonnenten.) Aktenstücke und Verfassung des Rheinbundes. Leipz. 1806. 8. Rheinische Bundesakte, der presburger Friede, — — nebst einigen andern hieher gehörigen Urkunden. Französisch und teutsch. Coburg 1807. 8. Germanien, herausgegeben von A. F. W. Crome u. C. Jaup. Giessen 1807.

Neuere *Journalistik* und Sammlungen *vermischten* Inhaltes, z. B. die Europäischen Annalen. Tübingen. 8. Politisches Journal. Hamb. 8. Historisch-statistisches Archiv für Südteutschland. Frankf. u. Leipz. I. Band. 1807. 8. Die Zeiten, von Voss. Haeberlins Staatsarchiv. Vogts Staatsrelationen. Archenholz Minerva.

Für das ehemalige *teutsche Staatsrecht*, und grossentheils noch jetzt, sind wichtig: 1) *Neue Sammlung* der Reichsabschiede. 1747. 4 Theile. fol. 2) J. J. Pachners v. Eggenstorf Sammlung aller Reichsschlüsse (von 1663 — 1740). Regensb. 1740 — 1777. 4 Theile. fol.

3) C. F. GERSTLACHERS Corpus juris germ. publici et privati. 1783 — 1789. 4 Theile. 8. 4) *Ebendesselben* Handb. der teutschen Reichsgesetze, in systematischer Ordnung. 1786 — 1794. 11 Theile (der eilfte in 2 Abtheilungen. 1793 u. 1794). 8. 5) Zu dem Handgebrauche: J. J. SCHMAUS corpus juris publici academicum. 1722. 1727. 1735. 1745; auch 1759 u. 1774, besorgt und vermehrt von Gottl. SCHUMANN; 1794, vermehrt von Rud. HOMMEL. gr. 8. 6) J. C. LÜNIGS t. Reichsarchiv. 24 Bände. 1710 — 1722. fol. 7) Ant. FABERS europäische Staatskanzley. 115 Bände, 1697 — 1760, und 9 Bände Hauptregister, 1761 — 1772. 8. Ant. FABERS *neue* europ. Staatscanzley. 30 Bände u. 2 Bände Hauptregister. 1761 — 1772. 8. Ant. FABERS *fortgesetzte* neue europ. Staatscanzley. 25 Bände, 1772 — 1782, nebst Register über die ersten 10 Bände. 8. (Auch unter dem Titel: *Neue* europ. St. C. 31 — 55. Band.) 8) J. A. REUSS teutsche Staatskanzley. 38 Theile, 1783 — 1799. 8. Dann folgen: der Jahrgang 1799, in 8 Bänden, 1800 — 1801; der Jahrgang 1800, in 3 Bänden, 1802; der Jahrgang 1801, in 3 Bänden, 1802 — 1803. 8. 9) Der Reichsdeputations-Receſs (vom 25. Febr. 1803), mit historischen, geographischen Erläuterungen und einer Vergleichungstafel, von A. C. CASPARI. 2 Theile. Hamb. 1803. 8. (Von dem Reichsdeputations-Hauptschlusse erschienen auch mehrere Ausgaben, ohne Anmerkungen, in fol. 4. u. 8.) Dazu gehört noch: *Protokoll* der ausserordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg. Regensb. 1803. 2 Bände, und 4 Bände Beilagen. 4.

Für das *europäische* Völkerrecht: LEIBNITZ. LÜNIG. DU MONT. ROUSSET. J. J. SCHMAUSS corpus jur. gentium academicum (1096 — 1731.) T. I. et II. Lips. 1730. 8. I. A. W WENCK codex juris gentium (1733 — 1772). T. I. II. et III. Lips. 1781. 1786. 1796. 8. G. F. DE MARTENS Recueil des principaux traités (1761 — 1802). T. I. — VII. à Göttingue 1791 —

1801, und Supplément au Recueil etc. T. I et II. ibid. 1802. 8. Abrégé de l'histoire des traités de paix entre les puissanses de l'Europe, depuis la paix de Westphalie. Par Mr. KOCH. à Basle. IV. Vol. 1796. 1797. 8. C. D. VOSS Geist der merkwürdigsten Bündnisse und Friedensschlüsse des achtzehnten Jahrhunderts. Gera, Th. I. II. u. III. 1801 u. 1802. 8.

c) C. S. ZACHARIAE jus publicum civitatum quae foederi Rhenano adscriptae sunt. Heidelb. 1807. 84 S. 8. Jos. ZINTELS Entwurf eines Staatsrechtes für den rheinischen Bund. München 1807. 159 S. 8.

Für das ehemalige *teutsche Staatsrecht:* 1) Jo. Jac. MASCOV principia juris publici. 1729. 1738. 1744. 1750. 1759, vermehrt u. interpolirt von H. G. FRANKE, 1769. Wien 1781. 8. 2) Jo. Steph. PÜTTERI elementa juris publ. 1754. 1756. 1760. 1766. Nova epitome jur. publ. 1757. Kurzer Begriff des t. Staatsr. 1764. 1768. Institutiones jur. publ. 1770. 1776. 1782. 1787. 1792. 1802. (Teutsch von C. A. F. Gr. v. HOHENTHAL, mit Anmerk. von F. W. GRIMM. 2 Bände, 1791—1793.) Tabulae juris publ. synopticae. 1773. 1787. 3) Jo. Henr. Christ. DE SELCHOW elem. juris publ. germ. T. I. 1769. 1782. T. II. 1772. 1794. 4) Jo. Lud. KLÜBER'S Einleit. zu einem neuen Lehrbegriff des t. Staatsr. Erl. 1803. 8. 5) Just. Cph. LEIST Lehrb. des t. Staatsr. Gött. 1803. 2. Aufl. 1805. 8. 6) Nic. Thad. GÖNNERS t. Staatsr. Landsh. 1804. 8. 7) Andr. Jos. SCHNAUBERTS Lehrb. des t. Staatsr. Bd. I. Jena 1806. 8. 8) Abrégé chronologique de l'histoire et du droit public d'Allemagne, par Mr. (Chr. Fed.) PFEFFEL (de Kriegelstein). à Paris 1754. à Manh. 1758. à Paris 1760. 1766. verm. u. verb. ebenda. 1772. 2 Bde. in 4. u. 8.

d) Für das Staatsrecht des *rheinischen Bundes* sind eigene *Systeme* zu erwarten. Für das vormalige *teutsche* St. R.

sind die wichtigsten: 1) J. F. PFEFFINGERI Vitriarius illustratus. Friburg. 1691. 8. edit. II. auct. GOTHAE, T. I. et II. 1698 et 1699. 4. edit. III. auct. ibid. T. I. sine anno (1712) T. II. sine anno (1718) T. III. sine anno (1725). T. IV. 1730. Auch mit der Jahrzahl 1731. 4. edit. IV. ibid. T. I. — IV. 1739. 4. edit. V. T. I. — IV. Francof. 1754. 4. (Hiezu gehört, als Register, C. G. RICCII Repertorium. Gothae (1741). 4. ed. II. Francof. 1776. 4. Auch bei der Frankfurter Ausgabe des Vitr. illustr. von 1754.) 2) J. J. MOSERS a) teutsches Staatsr. 50 Theile, 1737 — 1753. 4. Zusätze, 2 Theile. Register, 1754. b) Neues Staatsrecht, unter 22 verschiedenen Titeln, in fast eben so viel Quartbänden, zusammen ungefähr 130 Alphabete. 1766 — 1775. Ein Band Register, 1775. Zusätze, 3 Bände, 1781, 1782, 1783. 4. (PÜTTERS Lit. I. 417 ff.). 3) J. C. MAJERS teutsches geistl. Staatsr. 2 Theile, 1773. Weltliches Staatsr. 3 Theile, 1775 u. 1776. 8. 4) (J. B. FÖLSCH) Erklärung des t Staatsr., nach Pütters kurzem Begriff und den Vorles. auf der wiener hohen Schule. Wien 1793. 8. 5) C. F. HÄBERLINS Handbuch des t. Staatsr. nach dem System des Hrn. G. J. R. PÜTTERS 1. u. 2. Band, 1794. 3. Band 1797. 8. 6) J. St. PÜTTERS historische Entwickelung der heutigen Staatsverfassung des t. Reichs. 3 Theile. Gött. 1786. Zweite Aufl. 1788. Dritte, 1798. gr. 8.

e) Für das Staatsr. des Rheinbundes sind Werke dieser Art noch nicht erschienen. Die zu dem ehemaligen teutschen Staaatsrechte gehörigen s. in KLÜBERS Lehrbegriff des t. St. R. §. 14, Note b, n. 2. und §. 17, Note g.

f) Fehlen bis jetzt noch.

g) Z. B. Ueber die Lehnherrlichkeit eines Souverains des rhein. Bundes im Gebiete des andern. 1807. 8.

h) J. N. F. Brauers Beiträge zu einem allgemeinen Staatsrecht der rheinischen Bundesstaaten, in 50 Sätzen. Carlsruhe 1807. 8.

i) Von ältern Werken gehören hieher: J. C. Lünigs bibliotheca deductionum, verm. von G. A. Jenichen. 1745. 8. (C. S. v. Holzschuhers) Deductionsbibliothek von Teutschland. Th. I. 1778. II. 1779. III. 1781. IV. 1783. 8. (Der 3. u. 4. Theil von J. C. Siebenkees.)

k) C. F. Hempels allgem. europ. Staatsrechts-Lexicon. 1751 — 1755. 9 Bände in 4. Repertorium reale pragmat. juris publ. et feud., mit Buders Vorrede. Jena 1751. 4. umgearbeitet und vermehrt unter folgendem Titel: Repertorium des t. Staats- u. Lehnrechtes, von H. G. Scheidemantel. Leipz. Th. I. (A — E) 1782. II. (F — K) 1783. — von C. F. Häberlin III. (L — O) 1793. IV. (P — R) 1795. gr. 4.

l) Vergl. oben §. 8.

III. Capitel.

Staatsform des teutschen Reichs. Auflösung derselben. Stiftung des Rheinbundes. Wirkung derselben auf das Staatsrecht und die Gesetze des teutschen Reichs. Reichsarchiv.

§. 19.

Regierungsform und Staatsgewalt im teutschen Reiche.

Das teutsche Reich war eine, aus untergeordneten Staaten zusammengesetzte, sehr eingeschränkte Wahlmonarchie. Die Reichs-Staatsgewalt war organisirt, 1) auf einen Kaiser (ein constitutionelles, wählbares Oberhaupt), und 2) auf eine Corporation von Reichsständen (Notabeln). Diese, in drei Collegien (das kurfürstliche, fürstliche und reichsstädtische) abgetheilt, bildeten, nebst dem Kaiser, die Reichsversammlung (Reichstag) oder Kaiser und Reich, welchen die Reichsregierung zustand, doch mit Ausschluſs gewisser Reser-

vatrechte des Kaisers. Für Reichsmatrikular-, Kriegs-, Münz- und Polizeiwesen, für Execution reichsgerichtlicher Erkenntnisse, und für verschiedene andere Gegenstände, war das Reich, geographisch-politisch, in Kreise eingetheilt. Zu Handhabung der Reichsjustiz waren zwei höchste Reichsgerichte bestimmt, das Reichskammergericht und der Reichshofrath.

§. 20.

Insbesondere Reichshoheit und Landeshoheit.

In dem teutschen Reiche war eine zweifache Staatsgewalt; eine unabhängige und eine untergeordnete. Die erste erstreckte sich über den Reichsstaat oder das Reich im Ganzen; sie war dem Kaiser und dem Corpus der Reichsstände anvertraut, und hieſs Reichs-Staatsgewalt oder Reichshoheit. Die andere schränkte sich ein auf die Gränzen eines jeden der besondern Staaten, welche integrirende Theile des teutschen Reichs waren; sie war dem regierenden Subjecte des Partikulärstaates anvertraut, und hieſs Territorial-Staatsgewalt oder Landeshoheit. Die Landeshoheit war also eine, der Reichshoheit untergeordnete Staatsgewalt, über einen integrirenden Partikulärstaat des teutschen Reichs.

§. 21.

Einheit des Reichsstaates. Trennung der Partikulärstaaten.

Getrennt und unabhängig von einander, vereinigten alle Partikulärstaaten, als Theile sich zu einem Ganzen, dem Reichsstaate. Diese Einheit begründete die Subordination Aller unter die Reichshoheit. Dennoch geschah die Ausübung der Landeshoheit in jedem besondern Staate nach eigenem Rechte, nicht administratorisch für Kaiser und Reich. Diese zweifache Staatsform veranlafste, in Absicht auf das Staats-Subjections-Verhältnifs, eine Abtheilung der teutschen Staatsbürger und ihrer Besitzungen, in reichsunmittelbare und mittelbare. Beide waren der Reichshoheit unterworfen. Aber reichsunmittelbar war Alles, was einzig der Reichshoheit, mittelbar, was zunächst einer Landeshoheit unterworfen war [a]).

a) Hievon überhaupt, und insbesondere von den *Kennzeichen* der *Reichsunmittelbarkeit* und der *Mittelbarkeit* oder des *Landsassiates*, s. Klübers Einl. zu e. neuen Lehrbegriff des t. Staatsr. §. 93 ff.

§. 22.

Geschichte der Bildung der teutschen Reichsverfassung.

So gebildet hatte sich die teutsche Reichsverfassung hauptsächlich durch die

goldne Bulle Carls IV. (1356), durch die kaiserlichen Wahlcapitulationen seit Carl V. (1519), durch den westphälischen Frieden (1648), durch Reichsschlüsse, Reichsabschiede und Reichsherkommen [a]). Als Stütze für sie, sollte noch in der neuesten Zeit der Fürstenbund (1784) gelten [b]). Auffallend schwach und sich selbst widersprechend, war indeſs der politische Charakter des teutschen Reichs geworden, in dem äussern und innern Staatsverhältniſs, auch in den Territorien [c]).

a) Pütters histor. Entwickelung der heutigen Staatsverfassung des t. Reichs. 3 Theile. Gött. 1786. Zweite Aufl. 1788. Dritte 1798. gr. 8. Auch englisch von Josiah Dornford. Lond. 1790 u. 1791.

b) (Johann Müllers) Darstellung des Fürstenbundes. Zweite Aufl. 1788. 8. C. C. W. v. Dohm über den t. Fürstenbund 1786. 8. u. in Reuss Staatskanzlei, XIII. 196. Klübers Lit. 489.

c) Klübers Einl. zu e. neuen Lehrbegriff des t. Staatsr. §. 76 ff. Merkwürdige Schilderungen in der Note des franz. Geschäftsträgers an die allgemeine Reichsversammlung, v. 1. Aug. 1806, in den *Europ. Annalen*, 1806, IX 239, und in der Renunciationsurkunde der rheinischen Conföderirten, der Reichsversammlung zu Regensburg übergeben am 1. Aug. 1806, *ebendas.* 243.

§. 23.

Und ihrer Auflösung.

Erschüttert in seiner Grundveste, durch den ihm aufgedrungenen Krieg mit Frankreich

(22. März 1793 — 9. Febr. 1801), durch Separatfriedensschlüsse seiner Fürsten (seit dem 5. April 1795), durch Preussens widrige Politik und Vergrösserungssystem [a]), durch Abreissung der teutschen Staaten auf der linken Rheinseite, in Folge des lüneviller Friedens (9. Febr. 1801), durch fast allgemeine Secularisation der geistlichen Partikulärstaaten, und ein weitgreifendes Entschädigungssystem, beides angenommen in dem Reichsdeputations-Hauptrecefs vom 25. Febr. 1803, durch den presburger Frieden (25. Dec. 1805), worinn den Kurfürsten von Baiern und Wirtemberg die Königswürde, dann ihnen und dem Kurfürsten von Baden eine relative Souverainetät ertheilt ward, durch Abtretung des Herzogthums Berg und der Reste des Herzogthums Cleve auf der rechten Rheinseite, mit voller Souverainetät, an den Prinzen und Grofsadmiral von Frankreich, Joachim Murat [b]), — war das teutsche Reich durch die That schon, seiner Auflösung nah gebracht [c]).

a) Europ. Annalen, 1806, IX. 244. Note **.

b) „Avec la *pleine* souveraineté". Kaiserl. *französisches* Dekret, datirt Paris 15. März 1806. Moniteur.

c) Napoleons vorbereitende Erklärung zu Stiftung des Rheinbundes, in einem, bald nach dem presburger Frieden erlassenen Schreiben an den pariser Senat,

aus München datirt v. 12. Jan. 1806, in den *Europ. Annalen*, 1806, IX. 223. NAPOLEONS Erklärung an die teutsche Reichsversammlung vom 1. Aug. 1806: „La France n'a pu voir, dans la confédération qu'ils „ont formée, qu'une *suite naturelle et le complément* „*nécessaire de ce traité*" (de Presbourg). *Europ. Ann.* a. a. O. S. 240. Verglichen mit der französischen offiziellen Erklärung, in der Darstellung der Republik Frankreich, am 22. Februar 1803 vorgelegt dem gesetzgebenden Körper. Europ. Annalen, 1803, II. 145. 146. Europa nach dem Frieden von Presburg; in dem Journal für Geschichte, Statistik und Staatswissenschaft, St. III. (Münster 1806. 8.) S. 64 ff. Ueber die Unterjochung Teutschlands; ebendas. St. II. S. 148—157.

§. 24.

Stiftung des Rheinbundes.

Sein Vernichtungsurteil empfieng das tausendjährige Reich der Teutschen, in der rheinischen Bundesakte (Paris, 12. Jul. 1806), aus Napoleons, des Mächtigen, Hand. Verkündigt ward solches der teutschen Reichsversammlung, am 1. Aug. 1806, in dem Namen des Protektors [a]) und der Conföderirten [b]). Ohne Weigerung und unverweilt folgte, von dem letzten Kaiser der Teutschen, Franz II., dem vier und funfzigsten seit Carl dem Grofsen, dem zwanzigsten aus dem habsburger Stamme, die Niederlegung der reichsoberhauptlichen Würde und der damit verbundenen Kaiser-

krone [c]). Anerkannt ward der Rheinbund, selbst in Ansehung der künftig noch hinzutretenden Souveraine, von Rufsland und Preussen, in den Friedensschlüssen zu Tilsit vom 7. und 9. Jul. 1807 [d]). Garantirt ward die Integrität der rheinischen Bundesstaaten von Rufsland, in demselben Friedensschlusse [e]).

a) *Europ. Annalen*, 1806, IX. 239.

b) *Ebendas.* 243. und die historische Anmerkung daselbst, in der Note **.

c) Abdicationsurkunde, datirt Wien, 6. Aug. 1806; ebendas. 249.

d) Russischer Fr. Art. 15. Preussischer Fr. Art. 4.

e) Art. 25.

§. 25.

Verhältnifs des Staatsrechtes des Rheinbundes zu dem Staatsrechte des ehemaligen teutschen Reichs.

Indem die rheinische Bundesacte die förmliche Auflösung der teutschen Reichsverfassung veranlafste, begründete sie alsbald mehrere teutsche Souverainstaaten. Einem Theile derselben wurden bisherige reichsunmittelbare Gebiete, Bezirke und Besitzungen, mit Souverainetät und Proprietät abgetreten, auch bisherige reichsständische Landesherren und andere unmittelbare Reichsange-

hörige, mit ihren Besitzungen, untergeordnet, mit Verlust eines grofsen Theils ihrer Landeshoheit, oder reichsunmittelbaren Territorialgerechtigkeit. Auch erfolgten verschiedene Territorial-Cessionen einzelner Bundesfürsten unter sich. Dennoch sind manche Reste des teutschen Reichs- und Territorial-Staatsrechtes sichtbar in dem Staatsrechte der souverainen Bundesstaaten, in dem gemeinen wie in dem besondern. Daher ist das ehemalige teutsche Reichs- und Territorial-Staatsrecht, ein wichtiges Hülfsmittel in dem Staatsrechte des rheinischen Bundes.

§. 26.

Wirkung der Auflösung der t. Reichsverfassung auf die Titel der Bundesgenossen und auf die t. Reichsgesetze.

I) Die Bundesgenossen verzichteten auf diejenigen ihrer Titel, welche irgend Beziehung haben auf das teutsche Reich [a]). II) Alle teutschen Reichsgesetze sind in der rheinischen Bundesacte, Art. II., für nichtig und unwirksam erklärt, in Ansehung der Bundesgenossen, ihrer Staaten und Unterthanen. Ausnahmen sollen nur statt finden bei solchen Rechten, welche Gläubiger und Pensionäre aus dem Reichsdepu-

tations-Hauptschlufs vom 25. Febr. 1803 *b*) erworben haben, und bei Bestimmungen dieses Recesses, §. 39, die sich auf den Octroi der Rheinschiffahrt beziehen. Es haben also die teutschen Reichsgesetze, als solche, ihre verbindende Kraft verloren. III) Sofern man sich dennoch, in Bundesstaaten, an einzelne Vorschriften der Reichsstaatsgesetze hält (z. B. in Münz- Kalender- und Criminalsachen), geschieht es nicht in der Meinung älterer, noch fortdauernder moralischer Notwendigkeit, sondern nach dem Willen der einheimischen souverainen Staatsgewalt. IV) Hingegen sind für die Bundesfürsten noch jetzt verbindend, diejenigen Staatsverträge des teutschen Reichs mit Auswärtigen, bei welchen ursprünglich die heutigen souverainen Bundesstaaten als Mitpaciscenten zu betrachten waren.

a) Bundesacte, Art. 3.

b) Dazu gehörige Schriften, s. oben §. 18, Note b, Num. 9.

§. 27.

Und auf das teutsche Privatrecht.

Das bisherige teutsche Privatrecht hat, durch Auflösung der Reichsverfassung, seine praktische Gültigkeit nicht verloren. Die Reichsprivatgesetze gelten seitdem in den

rheinischen Bundesstaaten, als recipirtes Recht, so lang sie durch einheimische Gesetze nicht abgeschafft sind, oder ihnen durch solche nicht derogirt ist [a]). Den Bundes-Souverainen steht jetzt die Befugnifs zu, auch die schlechthin befehlenden, oder verbietenden Reichsgesetze (LL. imperii absolute praeceptivas l. prohibitivas) aufzuheben, oder ihnen zu derogiren [b]). Das partikuläre teutsche Privatrecht gilt nach wie vor, so weit es durch neuere Gesetze nicht aufgehoben ist [c]). Auch die Privatrechte bleiben [d]).

a) Beispiele liefern: Reichsabschied 1521, §. 19, 1529, §. 31 Reichs-Polizeiordn. 1548 u. 1577, in mehrern Stellen, z. B. Tit. 19. u. 32. R. Deput. Absch. 1600, §. 16. 139. 152. Reichsabschied 1654, in mehrern Stellen, z. B. §. 113. 121. 122. 174. Reichsschlüsse von 1731 u. 1772, die Abschaffung der Handwerksmifsbräuche betr. Diese und andere, gesammelt in GERSTLACHERS Handbuch der teutschen Reichsgesetze, Th. IX. X. u. XI., in SCHMAUSS corp. jur. publ. acad., und in der Neuen Samml. der Reichsabschiede.

b) Ueber den Umsturz der teutschen Verfassung und seinen Einflufs auf die Quellen des Privatrechts in den neu souverainen Staaten der rheinischen Conföderation. 1807. 8.

c) Wie in dem Königreich *Westphalen*, wo durch die Constitution, Tit. XI, Art. 45, der Code Napoléon, seit dem 1. Jan. 1808, eingeführt ist.

d) BRAUERS Beitr. 19.

§. 28.

Reichsarchiv.

Das teutsche Reichsarchiv [a]), grossentheils noch jetzt brauchbar, befand sich an vier Orten. I) Zu Wien, das kaiserliche Reichs-Hof-Archiv, bestehend 1) aus der geheimen Reichs-Hof-Registratur, teutscher und lateinischer Expedition, für Staats-, Lehn-, Gnaden- und andere aussergerichtliche Sachen, und 2) aus der Reichshofraths-Registratur, hauptsächlich für streitige Rechts- und Lehns-Sachen. II) Zu Wetzlar, das Archiv des kaiserlichen und Reichs-Kammergerichtes. III) Zu Regensburg das Reichstags-Directorial-Archiv. IV) Zu Aschaffenburg (vorhin zu Mainz) das erzkanzlerische Reichs-Haupt-Archiv. — Die Verwaltung und Aufsicht über alle Abtheilungen des Reichs-Archivs, und die Anstellung der Archiv-Personen, gebührte dem Kurfürsten Reichs-Erzkanzler.

a) Pütters Lit. III. 224. Klübers Lit. 243. Moser von dem röm. Kaiser, 531. v. Holzschuhers Deductions-Biblioth. III. 1689. P. W. Gerckens Reisen, III. 56 — 62. F. F. Schal von dem zu Mainz aufbewahrten Reichsarchiv. Mainz 1784. 8. F. X. v. Bergauer von dem teutschen Staate, den Archiven und Registraturen. Wien 1792. 8.

§. 29.

Fortsetzung.

Aus den verschiedenen Abtheilungen des Reichsarchivs, können von den Interessenten die nötigen Acten, Dokumente und Notizen erlangt werden. Zu deren Ablieferung, so wie zu Herausgabe der gerichtlichen Depositengelder und erledigten Revisionssporteln, ist, so viel Wien betrifft, eine eigene Hofkommission niedergesetzt [a]). Die Verwahrung und Ablieferung der reichskammergerichtlichen Acten und Urkunden, an die nunmehr competenten Behörden, so wie die Sorge für verschiedene, dem Reichskammergericht anvertraut gewesene Reichskassen, hat der Fürst Primas, als Souverain der Stadt Wetzlar, übernommen [b]).

a) Patent K. Franz II. datirt Wien am 4. Febr. 1807. Rhein. Bund, XII. 461.

b) Rhein. Bund, X. 145. XII. 461.

IV. Capitel.

Quellen des Staatsrechtes des Rheinbundes.

§. 30.

Uebersicht.

Quellen I) des rheinischen Bundes-Staatsrechtes im engern Sinne, sind: Fundamentalverträge des Rheinbundes, Staatsverträge der gesammten Bundesstaaten, Bundes-Fundamental- und Staatsherkommen, Analogie, allgemeines Staatsrecht; nebst verschiedenen Nebenquellen und Erläuterungsmitteln. II) Das Staatsrecht der souverainen Bundesstaaten hat, ausser diesen, noch folgende besondere Quellen: Staatsgrundverträge, Staatsgesetze, Fundamental- und Staatsherkommen, Analogie, allgemeines Staatsrecht, Staatsverträge mit Auswärtigen.

I. Abtheilung.

Quellen des Bundesstaatsrechtes.

§. 31.

A) Ueberhaupt.

Grundverträge. Staatsverträge.

I) Durch Grundverträge wird die Form des Staatenbundes bestimmt. Ihre verbindende Kraft liegt in der Uebereinkunft der Interessenten. Ausdrücklich errichtet, heissen sie Fundamentalverträge oder Bundesgrundgesetze: stillschweigend, Fundamentalherkommen oder Observanz. II) Ausserdem können Staatsverträge der gesammten verbündeten Staaten, sowohl unter sich, als auch mit einzelnen Bundesstaaten, und mit auswärtigen Staaten, errichtet werden, für öffentliche Angelegenheiten, ausserhalb der Bundesorganisation. Stillschweigend errichtet, heissen solche Verträge Bundesherkommen, wenn sie auf Bundesgenossen sich einschränken: Gewohnheits Völkerrecht (droit des gens coutumier), sofern sie mit auswärtigen Staaten errichtet sind.

§. 32.

B) *Insbesondere.*

1) *Grundverträge.*

Der erste Grundvertrag des Rheinbundes ist die Bundes- oder Conföderationsacte, datirt Paris den 12. Jul. 1806, in französischer Sprache abgefaſst [a]). Ein erklärendes Supplement der rheinischen Bundesacte, theils in Beziehung auf die Rechte des Protectorats, theils in Ansehung des Umfangs der Souverainetätsrechte der Bundesgenossen, in dem innern und auswärtigen Staatsverhältniſs, ist das Schreiben des Protectors an den Fürsten Primas, aus St. Cloud vom 11. Sept. 1806 [b]). Ausserdem soll noch, auf den Vortrag des Fürsten Primas, ein Fundamental-Statut, hauptsächlich über Form und Rechte des Bundestags, errichtet werden [c])

a) In den *Europ. Annalen*, 1806, IX. 217; in dem Journal: Der *rheinische Bund*, I. 9. (*Berichtigungen* zu Herstellung des richtigen Textes, ebendas. IV. 115. V. 302.); in den *Actenstücken* und Verfassung des Rheinbundes. Leipz. 1806. 8. u. in d. *Polit. Journal*, 1806.

b) Rhein. Bund, II. 240.

c) Bundesacte, XI. Auch das angef. Schreiben des Protectors vom 11. Sept. 1806.

§. 33.

2) *Staatsverträge.*

Eine wichtige Quelle des rheinischen Bundes-Staatsrechtes sind die Staatsverträge des Bundes, geschlossen theils von den gesammten verbündeten Staaten unter sich, z. B. die Bundestags-Schlüsse [a]), theils mit einzelnen Bundesstaaten [b]), theils mit auswärtigen Staaten. In diese letzte Klasse gehören insonderheit die Handels- und Allianzverträge und die Friedensschlüsse, welche der Bund mit auswärtigen Staaten schliefst, oder worinn derselbe für einen contrahirenden Theil erklärt wird [c]). Wichtig in seinen Folgen, für den Rheinbund, und einen beträchtlichen Theil der Bundesstaaten, ist noch jetzt der lünéviller Friede, geschlossen von Oestreich und dem vormaligen teutschen Kaiser mit Frankreich, am 9. Februar 1801 [d]), und genehmigt durch den Reichsschlufs v. 10. März 1801 [e]). Veranlafst ward durch ihn, unter dem Einflusse der vermittelnden Mächte Frankreich und Rufsland, der Reichsdeputations-Hauptschlufs vom 25. Febr. 1803 [f]), dessen fortdauernde Gültigkeit, in Ansehung der von Gläubigern und Pensionären dadurch erworbenen

Rechte, und des Octroi der Rheinschiffahrt g), in der Bundesacte, Art. II., ausdrücklich festgesetzt ist. Auch der presburger Friede, geschlossen zwischen Frankreich und Oestreich am 26. Dec. 1805, ist für einen Theil der Bundesstaaten erheblich h).

a) Bundesacte, VI. und XI.

b) Z. B. die *Receptions-* oder *Accessions-Verträge* mit neuaufgenommenen Bundesgliedern: 1) mit dem Groſsherzog von *Wirzburg*, Tractat zu Paris, 25. Sept. 1806, Rhein. Bund, V. 291; 2) mit dem König von *Sachsen*, französisch-sächsischer Friede zu Posen v. 11. Dec. 1806, Rhein. Bund, III. 467; 3) mit den herzogl. Häusern *Sachsen-Weimar*, *Gotha*, *Meinungen*, *Coburg* und *Hildburghausen*, Tractat zu Posen, 15. Dec. 1806, Rhein. Bund, IV. 41 u. V. 302; 4) Der Herzoge von *Anhalt-Dessau*, *Anhalt-Bernburg* und *Anhalt-Cöthen*, der Fürsten von *Schwarzburg-Sondershausen* u. *Schwarzburg-Rudolstadt*, von *Waldeck*, *Reuſs-Greiz*, *Reuſs-Schleiz*, *Reuſs-Lobenstein*, *Reuſs-Ebersdorf*, *Lippe-Detmold* und *Lippe-Schaumburg*. Tractaten zu Warschau, 18. Apr. 1807, Rhein. Bund, VII. 136. 157. IX. 447. X. 96. XIII. 135. 137. Schreiben des Fürsten von Benevent, Warschau den 31. März 1807, Rh. Bund, IX. 447. Schreiben des franz. Ministers, Hrn. Champagny, v. 19. Aug. 1807, in d. Rh. Bund, XIII. 135. 5) Wegen des Beitritts des Königreichs *Westphalen*, s. die Friedensschlüsse von Tilsit, den russischen v. 7. Jul. 1807, Art. 18 u. 19, den preussischen v. 9. Jul. 1807, Art. 6 u. 8, u. Constitution du royaume de Westphalie, datirt Fontainebleau am 15. Nov. 1807, im Eingange u. Tit. 2.

c) Friedensschlüsse von *Tilsit*, russischer v. 7. Jul. 1807, Art. 12, 15, 17; preussischer v. 9. Jul. 1807, Art. 4,

§. 7; beide in dem *Rhein. Bund*, IX. 390. Friedensschluſs zwischen Frankreich und dem König von Sachsen, zu Posen v. 11. Dec. 1806, in dem Rhein. Bund, III. 467.

d) DE MARTENS recueil des principaux traités, VII. 538. REUSS Staatskanzlei, Jahrg. 1801, I. 164.

e) DE MARTENS Supplément, II. 296. REUSS a. a. O. 218. II. 5.

f) Der Deputations-Receſs, mit Erläuterungen von A. C. GASPARI. Th. I. u. II. Hamb. 1803. 8.

g) Von den Rechten der *Gläubiger* handeln die §§. 38. 77 — 84; von dem *Rheinschiffahrts-Octroi*, §. 39 des R. D. Hauptschlusses. Convention sur l'octroi de navigation du Rhin, Paris 27. Thermidor, an XII. (15. Aug. 1804). Convention supplétive, datée de Mayence le 9. Vendémiaire, an XIII (1. Oct. 1804). Der Inhalt ist angegeben, in den Bemerkungen über den Octroi-Vertrag und die mainzer Schiffer-Organisation. (Heidelb. 1806. 8.) S. 70 ff.

h) Presb. Fr. Art. 6 — 15. *Europ. Annalen*, 1806, VII. 98.

§. 34.

3) *Herkommen. Differenzen, Einführung, Auslegung, Entscheidung.*

I) Auch das Herkommen [a]), eine durch stillschweigende Einwilligung der Interessenten festgesetzte Norm, ist eine Quelle des rheinischen Bundes-Staatsrechtes. Es kann Grundverträge (Fundamentalherkommen) und Staatsverträge im engern Sinne (Staatsherkommen im engern Sinne) enthalten. II) Es unterscheidet sich 1) von Observanzen der

einzelnen Collegien der Bundesversammlung; 2) von dem Gerichtsgebrauche und dem sogenannten Stylo curiae; 3) von dem Staatsherkommen der einzelnen Bundesstaaten; 4) von der Verjährung; 5) von dem Besitzstande (jure et favore possessionis). III) Wie zu Einführung des Herkommens Einwilligung der Interessenten erfordert wird, also auch zu der Auslegung desselben, oder zu der Entscheidung, wenn das Daseyn, oder die Gültigkeit des Herkommens streitig ist.

v) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 94. KLÜBERS Lit. §. 887.

§. 35.

Beweis und Eigenschaften des Herkommens.

I) Staatsherkommen wird nie vermuthet. II) Der Beweis desselben [a]) wird geführt, durch glaubwürdige Anzeige älterer, gehörig qualificirter Fälle (sprechender Handlungen) derselben Art. III) Der Ablauf einer bestimmten Zeit ist hier eben so unwesentlich, als eine Mehrheit der Fälle [b]); ein einziger, qualificirter Fall ist hinreichend [c]). IV) Aber bloſse Facta, oder Non-Facta, wenn sie gleich unwidersprochen geblieben, haben keine Beweiskraft. Es wird die Mei-

nung moralischer Notwendigkeit der Handlung oder der Unterlassung [d]), auf Seite der Handelnden erfordert [e]). V) Auch wird vorausgesetzt, dafs eine wirklich geltende, hinlängliche Bestimmung des Falles, in Staatsverträgen nicht enthalten sey.

a) MOSER a. a. O. 509. *Ebendess.* Staatsr. II. 159 f. DE CRAMER obss. jur. univ. II. 781. §. 9. sqq. 17. C. F. W. DE SPANGENBERG diss. de observantia imperii (Hal. 1795.), §. 35. sq.

b) MOSER von Teutschland überhaupt, 506 f. 509. *Ebendess.* Staatsr. II. 150 ff. Einige fordern zu *jedem* Herkommen, actuum frequentiam et diuturnitatem temporis. CRAMER l. c. §. 12. C. H. ECKHARD hermeneut. jur. lib. II. §. 102. sq.

c) MOSER 507. *Ebendess.* t. Staatsr. II. 151 f. H. C. DE SENCKENBERG diss. de jure observantiae ac consuetudinis in causis publ. et priv. §. 4. n. b. et §. 5. n. a.

d) Von dem sogenannten *Un*- oder *Nichtherkommen* s. GERSTLACHER corp. jur. publ. IV. 168. SCHNAUBERTS Beiträge I. 78 f.

e) DE CRAMER l. c. §. 7. 14. J. C. MAJERS t. weltl. Staatsr. I. 10 ff.

§. 36.

Wirkung. Aufhebung.

I) Durch Herkommen können 1) neue verbindliche Bestimmungen eingeführt, 2) mangelhafte oder unvollständige ergänzt, 3) dunkle oder unbestimmte interpretirt [a])

werden. Nicht selten hat es 4) sogar abändernde, oder aufhebende Wirkung [b]), in Beziehung nicht nur auf ein älteres Herkommen, sondern auch auf Staatsverträge [c]). II) Aufgehoben wird das Herkommen 1) durch entgegengesetzte Willenserklärung, in einem abrogirenden oder derogirenden Staatsvertrag, Gesetz oder Herkommen; 2) durch Veränderung der Umstände, z. B. der Staats- oder Bundesverfassung, so weit solche notwendige Bedingung des Herkommens war. 3) Blofs formale Aufhebung, liegt in der Verwandlung des Herkommens in ausdrücklichen Vertrag, oder in Gesetz. Nicht so liegt eine Verwandlung dieser Art in der blofsen schriftlichen Aufzeichnung des Herkommens, oder in einer schriftlichen Beziehung auf dasselbe, geschähe sie auch von der Bundesversammlung oder der Staatsgewalt selbst.

a) ECKHARD hermeneut. jur. lib. II. §. 101.

b) Daher unterscheiden manche observantiam *inductivam* s. *dispositivam* (worunter die introductiva, suppletoria, correctiva, derogatoria, abrogativa begriffen sind), *indicativam* et *interpretativam*. D. H KEMMERICH diss. de probatione consuetudinis et observantiae, Sect. I. §. 8 — 16.

c) Die Uebertretung oder rechtlose Nichtbeobachtung einer vertragsmäsigen oder gesetzlichen Norm, gehört nicht hieher. Sie wäre *Misbrauch*.

§. 37.

4) *Analogie.*

Zu den Quellen des rheinischen Bundes-Staatsrechtes gehört auch die Analogie [a]; eine, auf positive staatsrechtliche Bestimmungen für ähnliche, oder für entgegengesetzte Fälle (auf Harmonie oder Disharmonie vertragsmäsiger, oder gesetzlicher Principien, auf Argumente a simili aut contrario) gebaute Norm [b]. Sie ist I) Quelle, nicht nur für Gegenstände, die durch Grundverträge, sondern auch für solche, die durch eigentliche Staatsverträge, oder Gesetze, ihre Bestimmung erhalten. Doch ist sie II) nicht anwendbar, so oft jene Verträge, oder Gesetze, oder das Herkommen hinlängliche Bestimmung geben [c]. III) Durch sie können 1) neue verbindliche Bestimmungen festgesetzt, und 2) mangelhafte oder unvollständige ergänzt werden: aber 3) derogatorische Wirkung hat sie nicht. Auch kann sie 4) als Auslegungsregel dienen [d].

a) C. H. Geisler pr. de analogia juris publici. Viteb. 1784. Klübers kl. jur. Bibl. I. 53 ff. C. H. Eckhard l. c. §. 105 sqq. Pütters Lit. III. 95. Klübers Lit. §. 888.

b) Von andern genannt: decisio oder ratiocinatio secundum *argumentum legis s. ex lege*, oder auch *comparatio*

ad legem, oder *argumentatio*. Dan. NETTELBLADT diss. de variis casus in foro obvios decidendi modis in genere (Hal. 1750), §. 29. C. H. FREISLEBEN diss. de ratiocinatione ex argumento legis. Alt. 1730. J. J. HÖFLER diss. jurisprudentiae analogicae fundamenta (Alt. 1742), §. 11. Verschiedene *Meinungen* von dem *Begriff* der *Analogie*, s. bei NETTELBLADT diss. de decisione casuum secundum analogiam (Hal. 1751), §. 15—23. Die *UnterscheidungsMerkmale* der Analogie, ebendas. §. 13. sqq.

c) Dan. NETTELBLADT diss. cit. de decis. cas. sec. anal. §. 41. sq. ECKHARDT l. c. §. 122.

d) Vergl. QUINTILIAN instit. orat. I. 6. ECKHARD l. c. §. 117. sqq.

§. 38.

Zwei Arten der Analogie. Erfordernisse.

I) Die Analogie von Bestimmungen für ähnliche Fälle (argumentum a simili) setzt voraus, das Daseyn einer positiven Bestimmung für Fälle, die dem zu bestimmenden Falle ähnlich (nicht gleich) sind [a]). Es wird aber erfordert: 1) wahre (nicht scheinbare) Aehnlichkeit (similitudo rationis); 2) daſs kein heterogenes Verhältniſs der Personen oder Sachen vorwalte, für welche Vorschriften derselben Art nicht passen [b]); 3) daſs Absicht und Ursache der in Beziehung genommenen positiven Bestimmung, dem zu bestimmenden Falle nicht entgegen seyen [c]).

II) Die Analogie von Bestimmungen für entgegengesetzte Fälle [d]) (argumentum a contrario) setzt voraus, das Daseyn einer positiven Bestimmung für einen andern Fall, mit welcher man in Widerspruch gerathen würde, wenn man den zu bestimmenden Fall anders entscheiden wollte [e]). Zwar wird jene positive Bestimmung auf diesen Fall unmittelbar nicht angewandt, aber sie leitet doch unbedingt das Urteil, Ungereimtheiten und Widersprüche in der Staatsverfassung zu verhüten; man schliefst, dafs ein entgegengesetzter Grund entgegengesetzte Bestimmungen nach sich ziehen müsse.

a) Nettelbladt diss. de decisione casuum sec. analog. §. 26. sqq. Hofacker princ. jur. civ. §. 156.

b) Geisler l. c. §. 10. Vergl. Tertullian in L. 27. D. de legibus.

c) Höfler diss. cit. §. 12. Geisler §. 10.

d) Andere nennen sie *decisionem secundum argumentum legis in specie sic dictam* (h. e. per quam jura et obligationes, quae in casu tacite per casum *dissimilem* deciso obtinent, determinantur) und unterscheiden sie, als eigene Entscheidungsart, von der *Analogie* (a simili). Nettelbladt diss. cit. de variis casus decidendi modis, §. 29.

e) Geisler l. c. §. 3. 9. Höfler diss. cit. §. 12. n. III.

§. 39.

Fälle der Anwendung.

Die Analogie findet subsidiarisch (§. 8.) Anwendung: 1) in öffentlichen Angelegenheiten nicht nur des Rheinbundes im Ganzen, sondern auch einzelner Theile desselben [a]; 2) in weltlichen und geistlichen Sachen [b]. Insbesondere gelten 3) analogische Schlüsse nicht nur a simili, sondern auch a contrario, von dem Bunde überhaupt, auf einzelne Theile desselben, damit zwischen beiden kein Widerspruch entstehe [c]. 4) Wird eine staatsrechtliche Regel durch Staatsverträge oder Herkommen aufgehoben, oder abgeändert, oder wird eine Ausnahme davon festgesetzt; so bestimmt die Analogie, ob und wiefern andere ältere Regeln, die Beziehung auf jene haben, noch fernerhin bestehen können [d].

a) Geisler l. c. §. 4.

b) Geisler l. c. §. 5.

c) Ob die analogische Schlussart, insbesondere a simili, auch von einzelnen Theilen auf das Ganze statt finde? Geisler l. c. §. 7 u. 8.

d) Vergl. Ulpian in L. 13. D. de legib. Tertullian in L. 27. eod.

§. 40.

Entscheidungsrecht bei streitiger Analogie.

Richter bei einem Streite über die Anwendbarkeit der Analogie in einzelnen Fällen, ist I) der Bundestag, wenn die streitenden Theile Bundesgenossen sind [a]), sofern der Streit durch gütliche Uebereinkunft oder Compromifs nicht gehoben wird. II) Ist aber die Sache rechtshängig vor der competenten Justizbehörde eines BundesSouverainstaates, so gebührt dieser die Entscheidung [b]). III) Bis zu der Entscheidung mufs der Besitzstand respectirt werden [c]).

a) Bundesacte, Art. 9.

b) Ob und wann eine *Remissoria* an den Bundestag erkannt werden könne, oder müsse?

c) Geisler l. c. §. 11. Von der *Vorsicht*, in dem Gebrauche der Analogie, s. P. A. Franks Grundbetrachtungen über Staat und Kirche, 57 f.

§. 41.

Parallelismus.

Von der Analogie unterscheidet sich der Parallelismus [a]); eine Zusammenstellung und Vergleichung solcher Gesetzstellen oder Rechtssätze, die ganz oder zum Theil gleichlautend oder gleichbedeutend sind, oder sonst in gegenseitiger Beziehung stehen. Er bezieht

sich bald blofs auf Worte (verbalis), bald auch auf Sachen (realis). Als erklärendes Hülfsmittel ist er auch im Staatsrechte nützlich; zumal wenn dabei auf die Gründe und Chronologie staatsrechtlicher Bestimmungen Rücksicht genommen wird.

a) CICERO de invent. II. 40. HÖFLER diss. cit. §. 14. NETTELBLADT diss. de decis. casuum sec. anal. §. 18. 19. ECKHARD hermeneut. jur. lib. I. c. 1. §. 15. et 39. RICCIUS spicil. jur. germ. 50.

§. 42.

5) *Allgemeines Staatsrecht.*

Das allgemeine oder natürliche Staatsrecht [a]) (jus publicum universale s. naturale) findet, den Mifsbrauch [b]) ausgeschlossen (§. 10), unläugbar subsidiarische Anwendung, so oft die positiven Quellen keine, oder nicht hinlängliche Bestimmung geben. Auch ist es ein wichtiges Hülfsmittel bei der theoretischen Cultur und dem Lehrvortrage des positiven Staatsrechtes.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. II. 372. KLÜBERS Lit. 39. 42. HEUMANNS Geist der Gesetze der Teutschen, 14 ff.

b) Davon s. J. G. GONNE orat. dica juris publ. universalis. Erl. 1752. (Ein Auszug aus dieser Abh. steht in P. A. FRANKS Grundbetrachtungen über Staat und Kirche, 29 — 38.) Von der *Vorsicht* in Anwendung des allgemeinen Staatsrechtes, s. FRANK a. a. O. §. 6.

§. 43.

6) Völkerrecht. Gleichgewicht. Politik.

I) Das natürliche, und das positive europäische Völkerrecht (§. 5.) ist, für Gegenstände des BundesStaatsrechtes, der Regel nach, nicht entscheidend. Eine Ausnahme findet statt, in Ansehung jener völkerrechtlichen positiven Bestimmungen, die auf die Staatsverhältnisse des Rheinbundes obligatorischen Einfluſs haben (§. 5 u. 33). II) Das Gleichgewicht [a]) in Europa, oder in dem Rheinbunde, (eine politische, unbestimmte Idee, unter dem Einflusse der Convenienz, puissance d'envie) hat nicht die Natur einer staatsrechtlichen Entscheidungsquelle [b]). III) Dasselbe gilt von der Politik, selbst von der gesunden, deren Grundpfeiler Gerechtigkeit ist.

a) KLÜBERS Lit. 144. GÜNTHERS Völkerr. I. 321. 376. v. MARTENS Einleit. in d. europ. Völkerr. §. 118 ff. Histor. Versuch über das Gleichgewicht der Macht. 1796. 8. (Nic. VOGTS) System des Gleichgewichts u der Gerechtigkeit. Frankf. 1802. II Theile, gr. 8. (Joh. MÜLLERS) Darstellung des Fürstenbundes, 21 — 89. POSSELTS europ. Annalen, 1803, XI. 120. XII. 223; 1806, VIII. 101. 124. X. 3. XI. 145. XII. 270; 1807, I. 3. Rom und London, oder über die Beschaffenheit der nächsten UniversalMonarchie. Von dem Verf. des neuen Leviathan. Tüb. 1807. gr. 8.

b) „Ubi *manu* agitur, modestia et probitas *superioris* sunt“. Tacitus German. c. 36. Schlettweins Staats-cabinet, I. 75 — 134. Reuss Staatskanzlei, XIV. 100. Gaspari Deputationsrecefs, I. 70.

§. 44.

Nebenquellen und Erläuterungsmittel.

a) Verträge der Bundesversammlungs Collegien, b) Staatsrecht der Bundesstaaten, c) staatsrechtliche Verträge der Bundes-Souveraine, d) Privatfürstenrecht.

Wichtig, wenn gleich nicht Quelle, sind in dem Bundesstaatsrechte zur Erläuterung und zu Nebenbestimmungen: I) Verträge, Beschlüsse und Observanzen der beiden Bundesversammlungs Collegien; II) das Staatsrecht der souverainen Bundesstaaten, sowohl das gemeine, als auch das besondere; III) staatsrechtliche Verträge einzelner Bundes Souveraine; IV) das Privatfürstenrecht (§. 7), insbesondere Hausverträge und andere Verfügungen erlauchter Familien.

§. 45.

Auslegung der Bundesacte.

Bei Auslegung der Bundesacte [a]), ist Rücksicht zu nehmen auf Zweck und Geist, auf Ursprung und Veranlassung des Bundes, auf Zweckmäsigkeit und innere Güte, auf ehemaliges teutsches Reichs- und Territorial-

Staatsrecht, auch auf ächten französischen Sprachgebrauch. Nicht zu vernachlässigen ist, insbesondere bei Bestimmung der Verhältnisse zwischen Oberhoheit und Standesherrlichkeit, behutsame Anwendung der Analogie, von Verträgen und Verleihungen, wodurch Frankreich, Preussen und andere unabhängige Fürsten die Verhältnisse solcher Fürsten einst regulirten, die durch Gewalt der Waffen und nachgefolgte Verträge (in Elsafs, Schlesien u. a.) unter ihre Oberhoheit gekommen waren; doch so, dafs nicht durch Vielherrschaft dem innern Flor, und dem Fortgang vieles Guten geschadet werde.

a) Vergl. Rhein. Bund, IV. 3. 66. V. 253. VI. 413. VII. 145. VIII. 200. IX. 337. 439. X. 70.

II. Abtheilung.

Quellen des Staatsrechtes der souverainen Bundesstaaten.

§. 46.

Verschiedenheit der Quellen.

Der rechtliche Grund der Staatsgewalt in den SouverainStaaten des Rheinbundes, liegt in der Einwilligung des Souverains und der Einwohner dieser Staaten, oder ihrer Repräsentanten [a]). Das Bundesverhältnifs derselben,

oder ihre Vereinigung zu einem Staatensystem, der Staatszweck, und die Analogie ihrer Entstehungsgeschichte, begründet für sie alle gemeinschaftlich, gewisse staatsrechtliche Bestimmungen. Andere haben ihren Grund in der individuellen Verfassung eines einzelnen Souverainstaates. Daher sind die Quellen des Staatsrechtes der souverainen Bundesstaaten, theils gemeine, theils besondere. Jene allein dienen dem gemeinen, diese nebst jenen dem besondern Staatsrechte der souverainen Staaten des Rheinbundes (§. 4) zur Grundlage.

a) Oben §. 1. P. A. FRANKS Grundbetrachtungen über Staat und Kirche, 62.

§. 47.

I) Gemeine Quellen.

Die gemeinen Quellen des Staatsrechtes der souverainen Bundestaaten sind: Grundverträge, Staatsverträge und Herkommen des Rheinbundes; Analogie, sowohl des Bundesstaatsrechtes (§. 37 ff.), als auch der Staatsverfassung der Bundesstaaten überhaupt; allgemeines Staatsrecht (§. 42); positives Völkerrecht, sofern dasselbe auf die innern Staatsverhältnisse Einfluſs hat (§. 4, 5 u. 6). Auch sind hier die Nebenquellen

und Erläuterungsmittel des Bundesstaatsrechtes (§. 44) wichtig; doch, in der Anwendung, unter gewissen Einschränkungen und mit Vorsicht.

§. 48.

Wohin die fremden Rechte, in der Regel, nicht gehören.

I) Das römische Staatsrecht ist in Teutschland nie angenommen worden, am wenigsten seit Errichtung des Rheinbundes. Es kann daher, so wie das subsidiarisch angenommene römische Privatrecht, hier als Quelle nicht dienen; selbst bei zufälliger Uebereinstimmung einzelner Sätze des römischen und des Staatsrechtes der souverainen Staaten des Rheinbundes. Doch findet eine Ausnahme statt, in Ansehung der angenommenen römischen Lehre von der Fiscalgerechtigkeit und einigen andern Regalien [a]). II) Das kanonisch-päpstliche Recht findet nur noch in dem Kirchenstaatsrechte der Katholiken einige Anwendung [b]). III) So auch das langobardische Lehnrecht, nur subsidiarisch in dem Lehnrechte der Souverainstaaten des Rheinbundes [c]).

a) Mascov princ. jur. publ. 38. Pütters Beitr. I. 207. de Selchow elem. jur. publ. §. 49. Westphals t. Staatsr. 73. §. 7. Schnauberts Beitr. II. 105—116. Gerstlacher corp. jur. publ. IV. 43. Von

Anwendung des röm. R. im Privatfürstenrechte s. GERSTLACHER IV. 42. SCHNAUBERT II. 98. 117. — Von der *Analogie* der fremden Rechte, *Ebenders.* II. 122.

b) Vergl. MOSER von Teutschl. überh. 534. *Ebend.* t. Staatsr. II. 218. MASCOV l. c. 39. sqq. v. GÜNDERODE t. Staatsr. 183. DE SELCHOW l. c. §. 50. *Weiter noch gehen* GERSTLACHER l. c. IV. 42 ff. u. SCHNAUBERT a. a. O.

c) MOSERS Lehnsverfassung, S. 155 u. 529. *Ebendess.* t. Staatsr. II. 225. G. M. DE LUDOLF de jure feminarum illustrium, P. II. c. 1. §. 11. MASCOV l. c. 40. BOEHMER princ. jur. feud. §. 31 sq. SCHNAUBERT a. a. O. II. 118 f. Nicht anwendbar ist die Regalien-Verordnung K. Friedrichs I. 1158. II. F. 56. P. E. BERTRAMS Abhandl. in ZEPERNICKS Samml. auserles. Abhandl. aus d. Lehnr. I. 129. (auch lateinisch, als Streitschrift, Halle, 1765.)

§. 49.

II) Besondere Quellen.

Besondere Quellen des partikulären Staatsrechtes der souverainen Staaten des Rheinbundes sind: I) Staatsgrundverträge und andere Staatsverträge [a]), so auch, in einzelnen Ländern, eigene Staatsgesetze. Zu dieser Classe gehören: Landes- und Erbvergleiche [b]), Landtagsrecesse, Erledigungen der Landesgebrechen (resolutiones ad gravamina ordinum provincialium), landesherrliche Declarationen, Reversalen und Assecurationen, Landescompactate, Accorde, Regi-

mentsordnungen; Recesse mit Landsassen, sowohl ganzen Classen, als auch einzelnen; Privilegien der Landschaften überhaupt [d]), und besonderer Classen derselben; landesherrliche Constitutions- und Organisationsedicte [e]), Patente oder Declarationen, insbesondere die staatsrechtlichen Verhältnisse der Standesherren und Guts- oder Grundherren betreffend [f]).

a) PÜTTERS Lit. III. 280. MOSER von der t. Reichsstände Landen, 1124 ff. 1151. 1181. Ein *Verzeichniss* der Grund- u. a Staatsverträge einzelner Länder, mit Nachweisung der Schriften, wo sich Abdrücke davon finden, s. bei MOSER a. a. O. 949—1124. Viele finden sich in LÜNIGS Sammlungen, FABERS u. REUSS Staatskanzl. u. a. (vergl. GEORGISCH regesta chronologico-diplomatica). Nachahmung verdient Jud. Thadd. ZAUNERS corp. juris publ. *Salisburgensis*. Salzb. 1792. 8.

b) Vorzüglich merkwürdig waren bisher: der *meklenburgische* landesgrundgesetzl. Erbvergleich, 1755, in FABERS St. C. CIX. 169; — der *wirtembergische* Erbvergl. 1770, in FABERS neuer St C. XXXI. 335; — der *braunschweig-lüneb. wolfenb.* Landtagsabschied v. 9. Apr. 1770, in FABERS neuer St. C. XXX. 335; — der Landesgrundvergleich des Stiftes *Essen* v. 2. Sept. 1794, in v. BERGS Staatsmagazin, Bd. III Num. 13.; — der *pfalzneuburgische* Deputationsabschied über die neuburgischen Landes- und Regierungsverhältnisse, v. 3. Oct. 1799, in REUSS Staatsk. v. 1799. VI. 85.

c) Wider die *Verbindlichkeit* dieser Verträge s. J. Ad. L. B. ab ICKSTADT vindiciae territorialis potestatis adversus capitulationum, compactatorum et litterarum reversalium abusus in imperii R. G. principatibus pas-

sim inolescentes. Monach. et Ingolst. 1765. Auch teutsch: *Rettung der Landeshoheit* gegen den Mifsbrauch der Capitulationen u. s. w. mit Anmerk. (von J. J. MOSER). Frankf. 1765. Vergl. jedoch SCHUBERTS Leben des Hrn. v. ICKSTADT (1776. 8. S. 71 f. 114 — 119. J. Rich. v. ROTHS Staatsr. t. Reichslande, I. 15 f. und Joh. Bapt. SCHUE Prüfung der Verträge und Gewohnheiten zwischen teutschen Landesherren und Unterthanen. Wetzlar, 1792. 8.

d) J. C. LÜNIGS collectio nova von der landsässigen Ritterschaft in Teutschland. Frf. u. Lpz. 1730. 2 Th. in fol. (enthält weit mehr als der Titel sagt. MOSER a. a. O. 316). Sammlung der *baierischen* landständischen Freiheitsbriefe und sogenannten Handvesten, oder der Privilegien, Landesverträge, Vereinigungen und Bündnisse gemeiner Landschaft des Herzogthums *Ober*- und *Niederbaiern*. 1778. 4. Gesammter Landschaft des Herzogth. *Braunschweig-Lüneburg*, *Wolfenbüttelschen* Theils, Privilegia und Befugnisse. Braunschw. 1770. fol.

e) Organisation der *badischen* Lande, in 13 Edicten u. s. w. 2 Theile. Mannh. 1803. 8. Grofsherzogl. *badische* Constitutionsedicte von 1807, in dem badischen Regierungsblatt. OrganisationsPatent für die Stadt *Frankfurt a. M.* v. 10. Oct. 1806. fol. u. in dem Rhein. Bund, III. 353. K. NAPOLEONS Constitution du royaume de *Westphalie*, Fontainebleau 15. Nov. 1807. Rhein. Bund, XII. 472.

f) Königl. *baierische* Declaration v. 19. März 1807, die Souverainetäts- und SubjectionsVerhältnisse in den subordinirten Ländern betr.; Rhein. Bund, VI. 372. Kön. *baierische* Verordnung, die der k. Souverainetät unterworfene Ritterschaft und ihre Hintersassen betr. v. 31. Dec. 1806; ebendas. V. 218. Erläuterung dieser Declarationen; ebendas. VII. 175. Declaration, die Grafen v. Fugger betr.; Rhein. Bund, I. 67. II. 226. XII. 516.

Declaration, die Grafen v. Pappenheim betr. v. 22. März 1807. — K. *wirtembergische* Resolution, mehrere, die subordinirten Fürsten, Grafen und Edelleute angehende Bestimmungen betr. v. 26. Jun. 1807, in d. Rhein. Bund, IX. 436. X. 59. V. 300. — Grofsherz. *badische* provisorische Verordnung, die staatsrechtlichen Verhältnisse der subordinirten Fürsten u. Grafen betr. v. 20. März 1807, in d. Rh. Bund, VII. 106. Verordn. die StandesherrlichkeitsVerfassung betr. v. 22. Jul. 1807, ebendas. XII. 321. Verordn. die Grundherrlichkeits-Verfassung betr. v. 22. Jul. 1807, in dem Rhein. Bund, XIV. 190. — Grofsherzogl. *hessische* Declaration, die staatsrechtl. Verhältnisse der Standesherren betr. v. 1. Aug. 1807, in d. Rhein. Bund, XIII. 54. IX. 489. VI. 465. — Grofsh. *wirzburgische* Verordn., die Rechte der adelichen Gutsbesitzer und ihrer Unterthanen betr. v. 9. Jun. 1807, in d. Rhein. Bund, X. 59.

§. 50.

Fortsetzung.

Auch gehören dahin: manche landesherrliche Hausgesetze, Familienverträge und andere gültige Dispositionen (z. B. über Erbfolge, Fideicommifs, Schulden [a]) u. d.); Staatsverträge mit auswärtigen Staaten, des Rheinbundes und andern [b]). Ausserdem giebt es noch in einigen Ländern eigene Staatsgesetze, die, der Landesverfassung gemäfs, von dem Souverain, etwa unter Mitwirkung der Landstände, errichtet worden sind [c]).

a) J. D. Reiche Verzeichnifs zur Erläuter. des t. Privatfürstenrechtes vorzuglich gehöriger Urkunden. Bückeb.

1785. 4. MOSERS FamilienStaatsr. II. 964 ff. *Pfalzbaierischer* Hausvertrag, d. d. Ansbach, 12. Oct. 1796, nebst Separatacte von demselben Tage; beide in dem Genius von Baiern, Bd. I. Heft 1. *Kurpfalzbaierische* Haus- und StaatsFideicommifs-, dann SchuldenPragmatik vom 20. Oct. 1804, in d. baier. Regier. Blatt, u. in d. Allgem. Zeitung, 1805, Num. 20 ff. Grofsh. *badisches* HausStatut und Landesgrundgesetz, wegen Contrahirung landesherrlicher Schulden u. Veräusserung landesherrlicher Besitzungen, Rechte und Renten, v. 1. Oct. 1806, in d. badischen Regierungsblatt, 1806, Num. 26. Herzogl. *SachsenCoburgisches* Hausgesetz über die Nichtverbindlichkeit der Regierungsnachfolger, die Schulden und Veräusserungen der Regierungsvorfahrer anzuerkennen, v. 1. Apr. 1802, in d. Rheinischen Staatsanzeigen, 1802, I. Heft, S. 45 ff. *Nassauischer* Erbverein v. 30. Jun. 1783, (in REUSS Staatsk. XVI. 75.) §. 10 — 18. und *Nassauischer* Vertrag v. 18. Apr. 1805. Herzogl. *meklenburg - schwerinisches* Staats- und HausfundamentalGesetz v. 11. Mai 1805, wegen Contrahirung der Haus- und Staatsschulden. Für diejenigen rheinischen Bundesfürsten, welche *französische Prinzen* sind, ist das kaiserl. *französische Familiengesetz* wichtig. Statut contenant les dispositions qui resultent de l'article 14. des Constitutions du 28. Floréal an XII., qui régle tout ce qui concerne l'état civil de la maison impériale, et détermine les devoirs des princes et princesses qui la composent, envers l'Empereur, èn date de Paris le 30. Mars 1806; in d. Moniteur v. 1. April 1806, und in dem Polit. Journal, April 1806. Constitution du royaume de Westphalie, art. 7.

b) Z. B. über CommerzGegenstände, Abzugsgeld, Nachsteuer, Heimfallsrecht, Erbverbrüderung, Gränzberichtigung, TerritorialCession und Austausch u. d. Beispiele, in REUSS Staatsk. XI. Num. 10 — 14. MOSERS auswärtiges Staatsr. 263. 331. 381. *Ebenders.* von der

Landeshoheit überhaupt, 49. SCHLÖZERS Staatsanz. Heft XXXI. Num. 32. Rhein. Bund, III. 366. IV. 106. 121. X. 86. 76. 82. IX. 487. Tractate, welche *Baiern*, *Wirtemberg* und *Baden*, kurz vor dem presburger Frieden, im December 1805, mit *Frankreich* schlossen. Vertrag zwisehen *Frankreich* und *Nassau*, v. 12. März 1806. Rhein. Bund, V. 246.

c) Von dem Königreich *Sachsen* s. den Codex Augusteus, und v. RÖMERS kursächs. Staatsr. III. 1 — 58. — Von der *Erklärungsart* der Landesgrundgesetze u. Staatsverträge s. WIESE Samml. jurist. Abhandlungen (1783) Num. 7. — Von *Aufhebung* und *Veränderung* der Landesverträge s. MOSER von der Landeshoheit überhaupt, S. 50 ff.

§. 51.

Fortsetzung.

II) Das **Staatsherkommen** ist ebenfalls eine der besondern Quellen des partikulären Staatsrechtes der souverainen Bundesstaaten [a]; wobei die oben (§. 34, 35 u. 36) bei dem Herkommen des Bundesstaatsrechtes vorgetragenen allgemeinen Grundsätze, in ihrer Art, Anwendung finden. III) Endlich die **Analogie** des gedachten partikulären Staatsrechtes [b], ebenfalls mit Anwendung der oben (§. 37—40) vorgetragenen Grundsätze, unter gehöriger Einschränkung. **Willkühr** (orientalisches Staatsrecht, Sultanismus) findet hier überall nicht statt [c].

a) Vergl. MOSERS Abhandl. verschiedener Rechtsmaterien, IV. 518—609. *Ebenders.* von der t. Reichsstände Landen, 18. 1131 ff. 1186.

b) P. A. FRANKS Grundbetrachtungen über Staat und Kirche, 64. MOSER von der Landeshoheit überhaupt, 50.

c) Von dem sogenannten arbitrio summi imperantis s. MOSER v. d. Landeshoh. überh. 50—319. *Ebenders.* v. d. RStände Landen, 1188. PÜTTERS Beitr. I. 317. 351. FRANK a. a. O. 66 ff. G. S. TREUER monstrum arbitrarii jur. territorialis (in d. Parergis Göttingens. 1736. 19—70, auch besonders gedruckt 1739), §. 16. sqq. *Ejusd.* diss. de studiis nimiae libertatis circa status imperii, ruinam J. R. G. procurantibus (Gött. 1738.), §. 13. Der östreichischen Stände Manifest an alle europ. Mächte, wider K. Ferdinand II. 1619; bei F. C. J. FISCHER über die Geschichte des Despotismus in Teutschl. (Halle 1780) Anhang, 282—292.

§. 52.

Schluſs.

Bemerkenswerth ist auch, daſs der ursprüngliche Rechtstitel mancher Souverainetäts-, Staatsvermögens- und grundherrlichen Rechte rheinischer Bundessouveraine, nicht nur in dem Erbrechte, und in Verträgen mit Unterthanen, Landsassen, Landständen und Auswärtigen liegt, sondern auch in kaiserlichen Concessionen, z. B. Privilegien a) und Reichslehnbriefen b), in rechtskräftigen reichsgerichtlichen Erkenntnissen, die vormalige Territorial-Staatsverfassung betreffend c),

(wodurch das streitige Recht unter den Parteien bestimmt ward, und die, nach Beschaffenheit des Gegenstandes, die Kraft eines Landesgrundgesetzes hatten d),) und in unvordenklicher Verjährung.

a) Kaiserl. Wahlcap. (1792) I. 9. VII. 3. 4. VIII. 1. 18. 21. XV. 5. Instr. Pac. Osnabr. VIII. 1. et 4. Reichshofr. Ordn. I. 15. z. B. Zoll- Stapel- und Münzprivilegien, Privilegia academica u. d. MOSER v. d. Landeshoh. überhaupt, 45. 484. *Ebenders.* v. der t. Reichsstände Landen, 1130. *Ebendess.* t. Staatsr. II. 130.

b) MOSERS t. Lehnsverfassung, 155. Beispiele in LÜNIGS corp. juris feud. germ. T. I. — III. Frankf. 1717. fol.

c) Z. B. in Rechtshändeln der Landstände, Domkapitel u. a. Landesunterthanen über ihre Gerechtsame, vorzüglich in Steuersachen. MOSER von der Landeshoheit überhaupt, 48. PÜTTERS Beitr. II. 220. KLÜBERS isagoge in elem. juris publ. nobil. immediat. §. 54. Beispiele s. bei J. T. ZAUNER, corp. jur. publ. Salisburg. 9 — 39, in PÜTTERS Lit. III. 282 ff., bei MOSER von der Landeshoheit in Steuersachen, 820 ff. und an vielen andern Stellen.

d) MAJERS t. weltl. Staatsr. I. 15. MOSER von der t. Reichsstände Landen, 1129. 1156.

V. Capitel.

Der Rheinbund, in geographischer und politischer Beziehung.

§. 53.

Arealgrösse. Volksmenge.

Die Staaten des Rheinbundes (états confédérés du Rhin) waren ehehin Bestandtheile des teutschen Reichs (imperium s. regnum germanicum, corps germanique, empire germanique, St. Empire), dem politischen Range nach des ersten, an Grösse, bis 1801 des dritten, von 1801 bis 1806 des fünften Staates in Europa [a]). Ihr Flächeninhalt beträgt jetzt (Febr. 1808), nach ungefährer Schätzung, mehr als 5000 Quadratmeilen, die Volksmenge über 12 Millionen 300,000 [b]). Sie fassen in sich eine ansehnliche Menge Städte, Marktflecken, Dörfer, Bauerschaften, Kirchspiele, Schlösser, Rittergüter, Einzelhöfe, hin und wieder auch noch Klöster, desgleichen Landseen, aber kein Meer.

a) Die *Arealgrösse* des teutschen Reichs ward noch im J. 1804 geschätzt auf 11,200 Q.M., der *Umkreis* auf ungefähr 450 Meilen, die *Volksmenge* auf 26 1/2 Millionen. J. F. Ockharts Europens Staaten, nach ihrer Grösse, Macht u. s. w., zweite Lieferung (Leipz. 1804. fol.). Varianten s. bei Büsching, Gatterer, Meusel, Crome, Fabri, Bötticher, und in Ge. Hassels statistischem Umriſs der sämmtl. europ. Staaten, Th. I. (Braunschw. 1805. fol.), worinn die SpecialStatistik sämmtlicher teutscher Staaten. G. H. P. Normanns geogr. histor. Handbuch. Bd. I. Hamb. 1785 — 1787. gr. 8. A. F. Randels Annalen der Staatskräfte von Europa. Berlin 1792. fol. H. M. G. Grellmanns Staatskunde von Teutschland. Th. I. Gött. 1790. 8. *Ebendess.* histor. statist. Handbuch von Teutschl. Th. I. Gött. 1801. 8. K. E. A. v. Hoff das t. Reich vor der franz. Revolution, und nach dem Frieden von Lüneville. Gotha, Th. I. 1805. Th. II. 1804. 8. A. C. Gaspari's DeputationsReceſs, mit Erläuterungen. 2 Theile, Hamb. 1803. 8. F. L. Brunns Grundriſs der Staatskunde des t. Reichs. Th. II. Berl. 1804. 8. K. H. Langs Tabellen über Flächeninhalt, Menschenzahl, Einkünfte und bevorstehenden Verlust der t. Reichslande. Basel 1798. gr. 8. J. D. A. Höcks statist. Uebersicht der t. Staaten. 6 Hefte. Basel 1799 — 1800. fol. Klübers Lit. 50 f.

b) Klübers Berechnung, in den Europ. Annalen, 1807, XI. 206. 210. Dazu kommen noch: die zu dem Königreich Westphalen geschlagenen Länder Corvey und Schmalkalden = 25 QM. 76,000 Einw., so dafs jetzt das Königreich Westphalen enthält, 737 1/4 QM. und 1,921,322 (nach einer casseler Angabe, 1,911,303) Einwohner; ferner ein Zusatz von 10,000 Einw. bei LippeDetmold; von 10 QM. und 25,000 E. durch den Beitritt von LippeSchaumburg; von 17 QM. 49,000 E. wegen Aufnahme auch der drei andern Fürsten von

Reufs; endlich der neue Zuwachs des Grofsherzogthums Berg, das Fürstenthum Münster (preussischen Antheils) mit Zubehör, die Grafschaft Mark, Tecklenburg und Lingen = 130 QM. 308,100 E. Nach dieser Berechnung beträgt die ganze Volksmenge aller rheinischen Bundesstaaten, 12,303,900, der Flächeninhalt 5,031 1/2 QM.

§. 54.

Staaten.

I) Die souverainen Bundesstaaten bestehen jetzt aus Königreichen, einem fürstlichen primatischen Staat, Grofsherzogthümern, Herzogthümern und Fürstenthümern. Jeder dieser Staaten hat eigene geographisch-politische Eintheilungen in Provinzen, Départements, Kreise, Aemter u. d. II) Dagegen hat die alte Eintheilung Teutschlandes in Gaue (pagos) und Markgenossenschaften (vicos), die spätere in Lande, sächsischen und fränkischen Rechtes (Franken oder Schwaben und Sachsen, Alemannia et Saxonia), und die neuere in Reichskreise, aufgehört, so wie auch die politische Eintheilung in Nord- (Nieder-) und Süd- (Ober-) Teutschland ohne praktischen Nutzen ist [a]). III) Durch die Bundesacte und andere Staatsverträge sind viele ehemalige reichsständische Partikulärstaaten und andere reichsunmittelbare Gebiete und Ortschaften des teutschen Reichs, in die Staatssubjection rhei-

nischer souverainer Bundesstaaten übergetreten [b]), und diesen einverleibt worden.

a) KLÜBERS Einleitung zu einem neuen Lehrbegriff des t. Staatsrechtes, §. 53.

b) Diese, theils *supprimirten*, theils *subordinirten* Staaten, sind nicht *mediatisirt* worden.

§. 55.

Politische Beschaffenheit dieser Staaten.

Alle souverainen Staaten des Rheinbundes sind monarchisch geformt. Sie sind Erbstaaten, den einzigen primatischen ausgenommen. Keiner ist lehnbar. Den TerritorialVermischungen und Condominaten hat man, so viel möglich, auszuweichen gesucht; und die Länder sind fast durchgehends geschlossene. Die Würde des gesammten Landes (nobilitas s. dignitas realis) ist jetzt überall der persönlichen Würde des Beherrschers gleich. Eine Abtheilung der Bundesstaaten, in Beziehung auf eine herrschende oder LandesReligion, findet nicht statt; mithin keine politische Eintheilung in katholische, evangelische (protestantische, sowohl der A. C. verwandte, als auch reformirte), und vermischte Staaten. Ein Unterschied zwischen mächtigen und mindermächtigen Bundesstaaten, ist, im rechtlichen Sinne, unstatthaft.

§. 56.

Prätensionen.

Die vormaligen Prätensionen [a]) des teutschen Reichs haben aufgehört. Alle TerritorialPrätensionen Preussens auf Staaten zwischen der Elbe und dem Rhein, so wie ähnliche Prätensionen, welche Staaten, die zwischen dem Rhein und der Elbe gelegen sind, auf jenseit der Elbe gelegene preussische Staaten haben könnten, sind für immer erloschen [b]); eben so alle Conventionen, Transactionen und Allianzverträge, welche Preussen mit einem auf der linken Seite der Elbe gelegenen Staate geschlossen hat [c]). Auch die wechselseitigen Prätensionen der Bundesstaaten sind aufgehoben [d]).

a) Klüber a. a. O. §. 72.

b) Französisch-preussischer Friede zu Tilsit, 9. Jul. 1807, Art. 10.

c) Ebendas. Art. 11. Wiefern alles dieses anwendbar sey, auf das Verhältnifs Preussens zu *Sachsen* und *Anhalt*, deren Staaten noch jetzt zum Theil auf dem *rechten* Ufer der Elbe liegen?

d) Bundesacte, Art. 34. Vergl. unten, Th. I, Cap. 1, §. ult.

§. 57.

Grenze der Staaten des Rheinbundes.

I) Teutschlands Grenze hat sich oft verändert [a]). Noch bei Errichtung des Rhein-

bundes war sie hie und da streitig. In dem gedachten Zeitpunkte war es: im Norden, die Eider (der schlefswig-holsteinische Canal) und die Ostsee (das baltische Meer); gegen Osten, Preussen, (Schlesien,) Galizien, Ungern, Slavonien, Croatien; gegen Süden, das adriatische Meer, Italien, Helvetien; gegen Westen, der Rhein (seit 1801), die batavische Republik, die Nordsee. II) Jetzt grenzen Staaten des Rheinbundes an kaiserliche Staaten von Frankreich, an königliche Staaten von Holland [b]), Dänemark und Preussen [c]), an kaiserliche Staaten von Oestreich, und an die helvetische Republik. III) Jeder Bundesstaat hat seine eigene, natürliche, oder vermarkte TerritorialGrenze, die durch Verträge, Herkommen und Besitzstand rechtlich gesichert ist [d]). Bei einer Flufsgrenze ist, im Zweifel, die Mitte des Flusses die SouverainetätsGrenze.

a) Die Hauptveränderungen s. bei KLÜBER a. a. O. §. 57 — 71. *Landkarten* nach den *verschiedenen Perioden* liefern: J. M. HAASII Atlas historicus. Norimb. 1750, und J. D. KÖLERS Einl. zur alten und mittlern Geographie. 3 Theile. Nürnb. 1730. 1737. 1745. 8. Für die ältere und mittlere teutsche Geographie, s. die Werke von Phil. CLUVER, Chr. CELLARIUS, Jac. Carl SPENER, Christ. JUNCKER, J. D. KÖLER, d'ANVILLE u. a.

b) Der Tractat zwischen Frankreich und Holland, von Fontainebleau 11. Nov. 1807, Art. II, schreibt eine Grenzberichtigung vor, zwischen Holland und dem Großherzogthum Berg.

c) Französisch-preussischer Friede zu Tilsit v. 9. Jul. 1807, Art. 7. 10. 11.

d) PÜTTERS Lit. III. 816 ff. KLÜBERS Lit. §. 1606 ff. MOSERS nachbarl. Staatsr. 217.

§. 58.

Insbesondere gegen Frankreich.

Die heutige SouverainetätsGrenze zwischen Frankreich und den Staaten des Rheinbundes, ist der (wandelbare) Thalweg (Fahrbahn der thal- oder abwärts fahrenden Schiffer, chemin de hallage) des Rheins [a] — eigentlich die Achse des Thalwegs, eine Linie ohne Breite —, von der Stelle an, wo der Rhein das helvetische Territorium verläſst, bis dahin, wo er das batavische oder holländische Territorium berührt. Diese Grenze ward, nach verschiedenen Partikulär-Friedensschlüssen teutscher Reichsfürsten mit Frankreich [b]), und nach fruchtlosen Verhandlungen des rastatter FriedensCongresses [c]) (9. Dec. 1797 bis 28. Apr. 1799), bestimmt in dem lüneviller Frieden vom 9. Febr. 1801 [d]), als Folge der an Frankreich geschehenen Abtretung aller, bisher zu Teutschland

gehörig gewesenen Länder auf der linken Rheinseite.

a) Der Rhein, Frankreichs Grenze; in E. L. POSSELTS europ. Annalen, 1798. VI. 237 — 264. Ueber Frankreichs Militärgrenzen gegen Italien und Teutschland; in den *Europ. Annalen*, 1804, VI. 261. VII. 55. J. T. ROTHS Literatur der Staatsverhältnisse zwischen Teutschland und Frankreich, Bd. I. (Die Schriften von Verträgen u. Friedensschlüssen, von 843 bis 1795). Weissenb. 1798. 8.

b) Hieher gehören die *Friedensschlüsse* zwischen *Frankreich* und: 1) *Preussen* (Kurbrandenburg) zu Basel, 5. Apr. 1795, Art. 5. MARTENS VI. 495. KOCH abrégé de l'histoire des traités, IV. 156. 2) *HessenCassel* zu Basel, 28. Aug. 1795, Art. 5. MARTENS VI. 548. KOCH, IV. 178. 3) *Wirtemberg* zu Paris, 7. Aug. 1796, Art. 4. MARTENS VI. 670. KOCH IV. 213. und der *zweite wirtembergische* Friede zu Paris, 20. Aug. 1802, Art. 3. 4) *Baden*, zu Paris, 22. Aug. 1796, Art. 4, 5 u. 6. MARTENS, VI. 680. KOCH, IV. 217. 5) *Kurpfalzbaiern*, Paris 24. Aug. 1801. MARTENS supplément au recueil, T. II. 531. — Diese und andere Friedensschlüsse findet man auch in dem Recueil des traités de paix — conclus entre la République française et les différentes puissances de l'Europe, depuis 1792, jusqu'à la paix générale (par M. GEBHARD), T. I. II. et III. à Goett. 1796. 1797. 1802. 8.; in d. Recueil des traités de paix etc. relatifs à la pacification générale de l'Allemagne, conclus par la Rép. fr. depuis 1795 jusqu'à present. à Berl. 1801. 8. und in d. Recueil des traités de paix — — de limites, d'échange etc. relatifs à la pacification générale de l'Allemagne, conclus par la Rép. fr. avec les différentes puissances belligérantes. à Munic 1802. 8. (französisch und teutsch.)

c) Davon s. man das unten (Note b) angeführte *Protokoll.* Reuss Staatsk. Jahrg. 1799, VII. 296 ff. VIII. 268 ff. (v. Schwarzkopfs) Handbuch des *Congresses zu Rastadt.* Mit drei Fortsetzungen. Rast. u. Basel, 1798 u. 1799. 8. (C. L. v. Hallers) *Geheime Geschichte der rastadter Friedensverhandlungen.* Nebst den wichtigsten Urkunden. 6 Theile. Germanien 1799. 8. Coup d'oeil sur la négociation de la paix à Rastadt (par M. Ge. Fr. de Blum). à Rastadt 1799. 8. Die *Resultate* der rastatter Negociationen, s. bei v. Hoff das teutsche Reich vor der franz. Revolution und nach d. Frieden von Lüneville, I. 141 ff.

d) Diese merkwürdige Stelle in dem 6. Art. des lünéviller Fr. lautet so: „Sa M. l'empereur et roi, tant en „son nom qu'en celui de l'Empire germanique, consent „à ce que la République française possède désormais, „*en toute souveraineté et propriété*, *les pays et domaines* „*situés sur la rive gauche du Rhin*, et qui faisoient „partie de l'Empire germanique; de manière qu'en „conformité de ce qui avoit été expressément consenti „au congrès de Rastadt, par la députation de l'empire, „et approuvé par l'empereur, *le Thalweg du Rhin*, *soit* „*désormais la limite entre la République française et l'Empire germanique*, savoir: depuis l'endroit où le Rhin „quitte le territoire helvétique, jusqu'à celui où il „entre dans le territoire batave. En conséquence de „quoi la République française renonce formellement à „toute possession quelconque sur la rive droite du „Rhin." de Martens recueil des principaux traités, VII. 538. Man vergl. hiemit die *geheimen Artikel* des Friedens von *CampoFormio* (1797), Art. 1, u. 2. (Martens recueil, VII. 215.) u. das *Protokoll der ReichsfriedensDeputation zu Rastatt sammt allen Beilagen*; herausgegeben von Heinr. Frhrn. v. Münch v. Bellinghausen. 6 Bände. Rastatt, 1798 u. 1799. 4.

§. 59.

Fortsetzung.

I) Wiewohl der Thalweg als Souverainetäts Grenzlinie zwischen Frankreich und den angrenzenden rheinischen Bundesstaaten angesehen werden soll, so wird doch jetzt der ganze Rheinstrom (nicht auch dessen Flufsbette), so viel Schiffahrt und Handlung (nicht auch dessen übrige Benutzung) betrifft, als ein zwischen beiderseitigen Staaten gemeinschaftlicher Strom betrachtet [a]. II) Unbestimmt sind in dem lünéviller Friedensschlusse gelassen, die Fragen: 1) von Verrückung nicht nur des Thalwegs, sondern auch des ganzen Flufsbettes; 2) von Kunstanlagen (z. B. von Strichzäunen u. a. Werken der Kunst), wodurch jene Verrückungen veranlafst, oder beschleunigt werden; 3) von zwei Thalwegen, die es in einigen Gegenden giebt [b].

a) In dem ReichsdeputationsHauptschlusse v. 25. Febr. 1803, §. 39, heifst es: „Da der Rhein von den Gren-„zen der batavischen Republik an, bis zu den Gren-„zen der helvetischen Republik, ein zwischen der „französischen Republik und dem teutschen Reiche „*gemeinschaftlicher Strom* geworden ist", u. s. w. In dem Projét de *convention sur l'oetroi de navigation du Rhin*, fait le 27. Thermidor an XII. (15. Aug. 1804) heifst es, nachdem in dem 1. Art. die pünktliche Voll-

ziehung des vorhin erwähnten §. 39 des R. D. Hauptschl. war stipulirt worden, in dem Art. 2: „En conséquence, „quoique le Thalweg du Rhin forme, quant à la *sou-* „*veraineté*, *la limite entre la France et l'Allemagne*, le „Rhin sera toujours considéré sous le rapport de la „*navigation* et du *commerce*, comme un *fleuve commun* „*entre les deux Empires*, ainsi qu'il est dit au même „paragraphe du dit recès, et la *navigation* en sera „soumise à des réglemens communs". Du Thalweg du Rhin, considéré comme limite entre la France et l'Allemagne (par M. JOLLIVET). à Mayence, an X (1801). 8. Betrachtungen über den *Thalweg* des Rheins, als Grenzscheide zwischen Teutschland und Frankreich. (Nebst Joh. Bapt. Moses JOLLIVETS Abhandl. über den Thalweg des Rheins.) Germanien 1802. gr. 8. Einige Worte über die Rheinschiffahrt von Ge. Arnold JACOBI. Düsseld. 1803. 8. u. in POSSELTS europ. Annalen, 1803, II. 167. Bemerkungen über den Octroi-Vertrag und die mainzer SchifferOrganisation (Heidelb. 1806. 8.) S. 49 ff.

b) JOLLIVET a. a. O. §. 6. 7. 11. 64.

§. 60.

Fortsetzung.

III) Dafs von den grössern und kleinern **Rheininseln**, die zur linken Seite des Thalwegs Frankreich, die zur rechten Seite den teutschen souverainen Uferherrschaften, mit Souverainetät und Proprietät, gehören, ist eine Folge der festgesetzten Souverainetäts-Grenze [a]). Da aber der Thalweg wandelbar ist, so hat Frankreich, in dem Monat März 1805, den Zeitpunkt, wo die Auswechslung

der Ratificationen des lüneviller Friedens erfolgte, als NormalEpoche festgesetzt, und nach solcher, durch eine französische GrenzRegulirungsCommission, die Grenzbestimmung vorgenommen [b]).

a) JOLLIVET a. a. O. §. 63.

b) Von den auf solche Art zu Frankreich gerechneten Rheininseln ward förmlich Besitz genommen, und auf Pfählen das kaiserl. französische Wappen daselbst aufgesteckt, z. B. bei Mainz auf der St. Petersaue, auf der ingelheimer und der sogenannten eltviller Aue. Allgem. Zeit. 1805, n. 93.

§. 61.

Schlufs.

Der Protector des Rheinbundes liefs in einer, der teutschen Reichsversammlung übergebenen Note vom 1. Aug. 1806, die Zusage erklären: „dafs er Frankreichs Grenze nie über „den Rhein hinaus erstrecken wer- „de“ [a]). Als Ausnahmen, von der in dem 58. §. angeführten Regel, sind zu betrachten: 1) dafs Kehl an Frankreich abgetreten worden ist [b]; 2) dafs die volle Souverainetät über die, auf der rechten Seite des Rheins gelegenen Gemeinden Cassel (bei Mainz) und Kostheim, nebst ihren Markungen, und über die ganze St. PetersInsel auf der rechten Seite des Thalwegs, nebst

dem vollen Eigenthum aller dortigen nassauischen Domänen und Rechte, an Frankreich abgetreten worden ist [c]); 3) daſs die Festung Wesel, was den militärischen Theil betrifft, als zu der 25. französischen MilitärDivision gehörig, decretirt, und in Ansehung der Artillerie, des Ingenieurfachs und der Gendarmerie in dieselbe Categorie gesetzt worden ist; wie das französische Roerdepartement [d]). Durch ein organisches SenatsConsult vom 21. Jänner 1808 wurden Kehl, Cassel und Wesel förmlich mit dem französischen Reiche vereinigt [e]).

a) „Sa Majesté a déclaré qu'elle ne porteroit jamais les „limites de la France au delà du Rhin. Ella a été „fidèle à sa promesse". *Europ. Annalen*, 1806. IX. 242.

b) Tractat zwischen Frankreich u. Baden, zu Wien vom . Dec. 1805.

c) Tractat zwischen *Frankreich* und *Nassau Usingen*, mit Einwilligung des Fürsten von NassauWeilburg, datirt Mainz 12. März 1806; in d. Rhein. Bund, V. 246. 320. n. 3.

d) Worte des kaiserl. französischen Decrets von St. Cloud, 29. Jul. 1806.

e) Sénatusconsulte organique daté Paris le 21. Janvier 1808: „Art. 1. Les villes de *Kehl*, *Cassel*, *Wesel*, „Flessingue, et leur dépendances sont réunies au territoire de l'Empire français. Art. 2. *Kehl* fera partie „du département du BasRhin, *Cassel* du département „du MontTonnerre, *Wesel* du département de la Roër,

„et Flessingue du département de l'Escant". — Am 7. Febr. 1808 ward feierlich Besitz genommen von Cassel, am 14. Febr. von Kehl.

§. 62.

Politischer Charakter des Rheinbundes.

I) In dem innern,

Geschichtlich wird erst längere Erfahrung den politischen Charakter des Rheinbundes und der ihn bildenden Staaten darzustellen vermögen. Unterdessen berechtigen Weisheit der Herrscher, Pflicht der Staatsverwalter, und Cultur des Zeitalters, zu der Erwartung, dafs in jedem Bundesstaate das Bestreben der Regierung dahin gehen werde: den Staat dem Bürger lieb, ehrwürdig dem Auslande zu machen [a]). Lieb gewinnen müssen ihn die Bürger, wenn seine Handlungen das Gepräge der Gerechtigkeit, der Ordnung und Mäsigung tragen; wenn sie mit dem wahren Gefühl, nur dem Gesetz zu gehorchen, und nur zu dem Staatszweck regiert zu werden, in ihrem Staate den Freiort des Menschenrechtes sehen; wenn durch väterliche Angewöhnung an Formen, die nun seyn sollen, sie überzeugt werden, dafs kein Trugsystem mit ihnen spiele; wenn nicht Vielregieren, keine Beglückungsgewalt sie stört in dem lebhaften Bewufstseyn ihrer

bürgerlichen Freiheit b); wenn nicht nach militärischem Zuschnitt regiert wird, nicht, nach einem herrschenden Princip des Mifstrauens, kostspielige Controlen auf Controlen gehäuft werden, nicht zahllose Vorschriften und Reglements eigene, freie Kraft zum Handeln und Selbstdenken ersticken, und die heilsame Grenze des vernünftigen Ermessens vernichten; wenn anerkannte Tugend, Verdienst, Talent und Erfahrung, die einzigen Bestimmungsgründe seyn werden in der Wahl der Staatsdiener, auch der höhern Grade; wenn ein RepräsentationsSystem, ohne Standesvorrechte c), die Staatsverfassung sichern wird; wenn durch ein richtiges Abgabensystem, ungefährlich der Sittlichkeit der Contribuenten, durch kluge und gewissenhafte Staatswirthschaft gesorgt wird, für zweckmäsige Benutzung und Verwaltung der Staatskräfte, durch eine Habeas-corpus-Acte d) für persönliche Sicherheit, und durch zweckmäsige Anstalten für Bildung der Jugend zu wohldenkenden und nützlichen Bürgern, wie für Ackerbau und Gewerbe, für Künste und Wissenschaften. So ist der Souverain, dem Staate dienend e), der öffentlichen Meinung über öffentliches Interesse f) gewifs, und würdig der Huldigung, die ein edles Volk seiner

Majestät bringt. So ist jeder Bürger treu dem Fürsten, und, fordert es die Noth, Vertheidiger des Vaterlandes. So ist der Staat nicht genöthigt, sich entscheidendem Einfluſs von aussen bloſszustellen g).

a) Napoleons Zuruf an das französische Volk, erste Acte des ersten Consuls nach seiner Installation, vom 4. Nivose, Jahr VIII, in dem *Moniteur:* „Rendre la „république chère aux citoyens, respectable aux étran„gers, formidable aux ennemis, telles sont les obli„gations que nous avons contractées en acceptant la „première magistrature". — — — „En les dévelop„pant, nous avons tracé la règle qui doit nous juger. „François, nous vous avons dit nos devoirs; ce sera „vous qui nous direz si nous les avons remplis".

b) *RegierungsEid* eines jeden Königs von Schweden, seit 1779; in v. Martens Samml. der wichtigsten Reichsgrundgesetze der vornehmsten europ. Staaten, I. 634. *Ebendess.* Abriſs des Staatsr. der vornehmsten europ. Staaten, Th. I, S. 87.

c) K. Napoleon, in der Constitution du royaume de Westphalie, v. 15. Nov. 1807, Tit. IV, Art. 14 u. 15.

d) (1679) v. Martens a. a. O. I. 823. *Ebendess.* Abriſs d. Staatsr. d. vornehmsten europ. Staaten, I. 185. Just. Mösers patriot. Phantasien, III. 86.

e) Selbstbekenntnisse denkender Souveraine: Friedrichs des Einzigen, Verfassers des Antimachiavells, Erklärung. Schlözers Briefwechsel, Heft 21, S. 207. Königs Stanislaus Augustus Rede auf dem Reichstage zu Grodno, 1784. A. L. Jacobi Staatsangelegenheiten (Celle 1787. 8.) S. 99 ff. Kaiser Alexanders I. KrönungsManifest, 1801.

f) Des sichersten Mittels gegen RevolutionsSchwindel. F. C. v. MOSERS patriot. Archiv, I. 393—398. A. L. SCHLÖZERS Staatsgelahrtheit, I. 162 ff. J. J. ENGELS Fürstenspiegel, 322 Johannes v. MÜLLERS Warnung, die in der Bundesacte verliehene Souverainetät nicht mifszuverstehen; in der Jenaischen A. L. Zeitung, Jan. 1807, Num. 16, und in d. Rhein. Bund, IV. 142. „Diese, von dem einsamen Arbeitszimmer des Denkers „in die Hütte des Landmannes und in die Quartiere „des Kriegers hinab, und hinauf in die Cabinete der „ersten Minister steigende Stimme für Humanität und „Recht, kann, wenn Ernst und Redlichkeit ist, vor „der Hand vieles ersetzen und festhalten". Joh. v. MÜLLER, in der Jen. A. L. Z. 1807, n. 57. „Lobet, „mit Verschmähung der Schmeichelei, um *gute* An„stalten die Fürsten so, dafs ihnen der Weg wahren „Ruhms unverkennbar werde". Ebendas.

g) Eigenen Willen verliert die Schwäche, in dem Bunde mit der Macht. Ueber die Politik der teutschen Höfe, s. NationalChronik der Teutschen, 1805, St. 3.

§. 63.

II) in dem auswärtigen Staatsverhältnifs der Bundesstaaten.

Ehrwürdig mufs ein Bundesstaat dem Auslande werden, wenn er, in der Unabhängigkeit fremder Staaten das Kleinod eigener Freiheit ehrend, seine Verpflichtungen gegen sie treu erfüllt; wenn er mit Weisheit und Offenheit jene Mäsigung verbindet, die, stets Gefährtin innerer Kraft, und Bürge für die Dauer staatsgesellschaftlicher Einrichtungen, Charaktergrösse der Regierung verkündigt;

wenn er, bei Festigkeit und Ruhe im Innern, in sicherm Besitze föderativer Macht von aussen, bei Friede und Eintracht mit den Nachbarstaaten, fern von Sucht durch Waffenruhm zu glänzen, und meidend den sturmbewegten Ocean der Politik, seine politische Wichtigkeit sichtbarer wirken läſst in friedlichen, als in kriegerischen Verhältnissen; wenn er, überzeugt, daſs nicht jeder Zuwachs an Menschen oder Gebiet, wahre Vermehrung der Macht eines Staates nach sich ziehe, daſs vielmehr Friede, Freiheit, Recht und Güte die grossen Hebel zu dem Emporsteigen der Staaten sind, sein Heil nicht sucht in vermeintlich furchtbarer Vergrösserung.

§. 64.

III) In dem Bundesverhältniſs.

Das klare Interesse seines Daseyns, verpflichtet den Bund zu Gerechtigkeit und Weisheit, im Innern und Aeussern. Demnach werden Rechtliebe, tiefe Staatskenntniſs, Wohlwollen und reger Eifer für Gemeinwohl, die Bundesgenossen beleben. Sie werden die Beschlüsse der Bundesversammlung leiten, deren Thätigkeit sich nicht in Ceremoniendienst auflösen darf. Aufmerksam auf die Stimme der öffentlichen Meinung, überzeugt, daſs früher

oder später Verachtung den Unterdrücker des Schwächern treffen mufs, huldigend der Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit des Bundes, dessen Schutz in der mächtigsten Hand ist [a]), wird durch Ehrgeiz und Vergrösserungssucht, durch IsolirungsSystem und Puissanciren, durch Trotz, aus der Verbindung zu scheiden, kein Bundesgenofs trachten, sich über die Grenze der Gleichheit zu erheben, auf dafs der Protector nicht genöthigt sey, mit Macht einzuschreiten.

a) In dem October 1807 zählten die *unmittelbaren* Staaten *Frankreichs* 11,615 QuadratMeilen und 36,015,413 Einwohner, die *Schutz- Lehn-* u. *Bundesstaaten*, 24,318 1/2 QM. u. 48,139,812 Einw.; also der gesammte „*französische Kaiserstaat*", 35,933 1/2 QM. und 84,155,225 Einwohner. Klübers Berechnung, in den europ. Annalen, 1807, XI. 202. Dazu seitdem noch Dänemark, mit 9,708 1/2 QM. und 2,463,000 Einwohner. Also jetzt Total: 45,642 QM. und 86,618,225 Einwohner. Von dem französischen Kaiserstaat in diesem Sinne, s. K. Napoleons Schreiben an den pariser Senat, v. 12. Jan. 1806, aus München datirt, in d. *Europ. Annalen*, 1807, St. VIII, S. 204. und Napoleons Rede, gehalten in dem Corps législatif am 2. März 1806: „La „maison de Naples a perdu sa couronne sans retour; „la presqu'île de l'Italie fait partie du *Grand-Empire*". In dem *Moniteur* v. 18. April 1806 heifst es: „l'Empereur a demandé — — qu'un Souverain (le Pape), „*situé dans son Empire*, ne fit rien de contraire à la „sureté des armées de Naples et d'Italie".

VI. Capitel.

Staatsverfassung und Staatsregierung. Uebersicht der Hoheitsrechte.

§. 65.

Subject und Object des St. R. des Rheinbundes.

I) Das Subject des Staatsrechtes des Rheinbundes, stellen dar: in Absicht auf die Substanz der öffentlichen Gewalt, die Gesammtheit der Conföderation, und die einzelnen Bundesstaaten; dann, so viel die Ausübung der Bundesgewalt betrifft, die Bundesversammlung in Vereinigung mit dem Protector des Bundes, und, in Absicht auf die Ausübung der Staatsgewalt in den souverainen Bundesstaaten, der Souverain, hie oder da in Verbindung mit gewissen Modalitäten, unter welchen ihm die Staatsgewalt anvertraut ist. II) Das Object besteht in den wechselseitigen vollkommenen Rechten der Bundesgenossen, so wie, in den Bundesstaaten, der regierenden und der

untergeordneten Subjecte, nebst gewissen vollkommenen Rechten gegen Auswärtige (§. 5). Dahin gehören die Hoheitsrechte, sowohl des Bundes, als auch der souverainen Bundesstaaten.

§. 66.

Staatsverfassung. Staatsregierung. Hoheitsrechte. Machtvollkommenheit.

Die formale Entwickelung des Staatsrechtes der rheinischen Bundesstaaten, geht von zweifachem Gesichtspunkte aus, von der Verfassung und Regierung dieser Staaten. I) Die Lehre von der Staatsverfassung (StaatsConstitution) begreift alle Bestimmungen unter sich, welche auf Oberherrschaft und Unterthanschaft (Staatsform, forma civitatis s. reipublicae), und auf Ausübungsart der ersten (Regierungsform, forma s. modus regiminis) sich beziehen. II) Die Staatsregierung oder Staatsverwaltung (regimen civitatis s. reipublicae), das Recht zu Ausübung der Staatsgewalt in eigenem Namen, gebührt dem regierenden Subjecte. Die einzelnen Rechte, als Mittel zu dem Zweck, deren Ausübung ihm in jener Hinsicht zusteht, sind die Staatshoheitsrechte (Majestäts- oder Regierungsrechte, Regalien, Gewalten, jura majestatis s. regiminis, jura

regia s. regalia, pouvoirs). Der Inbegriff derselben, in dem Besitze des Regenten, heifst seine Machtvollkommenheit (plenitudo potestatis).

§. 67.

Uebersicht der Hoheitsrechte.

Die Staatshoheitsrechte [a] sind, in Ansehung ihrer Gegenstände [b] zweifach. I) Theils äussere (auswärtige, regalia transeuntia), die sich auf das Verhältnifs des Staates gegen Auswärtige beziehen. Dahin gehört das Kriegs- und Vertragsrecht, oder, mehr vereinzelt, die Rechte 1) des Kriegs (jus belli), 2) des Friedens (jus pacis), 3) der Verträge, insbesondere der Bündnisse (jus pactorum et foederum), 4) der Gesandschaften (jus legationum), 5) die Staatsservituten. II) Theils innere (regalia immanentia), die das Verhältnifs des Staates im Innern betreffen. Diese lassen sich nach drei Hauptgegenständen unterscheiden: 1) höchste Oberaufsicht (potestas inspectoria); 2) Gesetzgebung (potestas legislatoria); 3) höchste vollziehende Gewalt im weitern Sinne (vollziehende oder ausübende Gewalt, potestas executoria s. executiva). Auf diese dreifache [c] Weise sind

zugleich die Formen verschieden, unter welchen die Staatsgewalt sich zeigen muſs, wenn sie sich äussert.

a) Regn. SIXTINUS de regalibus. Mühlh. 1602. Frankf. 1617. 1620. 8. Hanov. 1657. 8. Norimb. 1683. 1693. 1717. 4. Casp. ZIEGLER de juribus majestatis. Viteb. 1668. 1681. 1698. 1710. 4. Chr. Ge. JARGOW Einl. zu der Lehre von den Regalien. Rost. 1726. 8. verm. 1757. 4. Jac. Fr. DÖHLER von den Regalien. Nurnb. 1775. zweite Aufl. 1785. 4. F. G. v. HERTLEINS Versuch über die wesentlichen Rechte der Majestät. Wirzb. 1787. 8. K. D. HÜLLMANNS Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland. Frankf. a. d. O. 1806. 8. PÜTTERS Lit. III. 294. KLÜBERS Lit. §. 1079.

b) Ausserdem giebt es, auch in anderer Beziehung, noch andere *Eintheilungen der Hoheitsrechte*, die theils richtig, theils unrichtig, theils auch unschicklich, oder doch in dem System eines positiven Staatsrechtes nicht fruchtbar sind. I) Ihrer *Natur* nach sind die Hoheitsrechte: 1) *wesentliche* (essentialia), die schon im Begriffe des Staates liegen, mithin auf die unmittelbare Erreichung des Staatszweckes sich beziehen; und 2) *zufällige* (accidentalia), die der Staat erst in gewissen Verhältnissen erwirbt, die folglich bedingungsweise und mittelbar auf den Staatszweck Beziehung haben. (NETTELBLADTS Erörterungen aus dem t. Staatsr. 250). II) Regalia juris *publici* und Regalia juris *privati* (vergl. NETTELBLADT a. a. O.). III) *Benutzbare*, einträgliche, lucrative oder *KammerRegalien* (utilia s. cameralia), die zugleich als Quelle der Staatseinkünfte betrachtet werden, oder sich auf die Erhebung derselben beziehen, und *unbenutzbare* (non utilia s. non cameralia). IV) *Höhere* (majora) und *niedere* (minora), in deren Erklärung jedoch mehrentheils

Unbestimmtheit und Verschiedenheit herrscht. V) Regalia *ecclesiastica* s. sacra, und *politica* s. profana. VI) Regalia *feudalia* und *non feudalia*. VII) *Personalia* und fiscalia. VIII) *Primae* und *secundae* classis. IX) Einige unterscheiden auch *Majestätsrechte* und *Regalien*. Andere unterscheiden *Gewalten*, *Hoheiten* und *Regalien*. Th. SCHMALZ natürl. Staatsr. §. 105 ff.

c) Einige setzen zu den drei allgemeinen Bestandtheilen der Staatsgewalt noch einen *vierten* hinzu, die *beurteilende* oder *richterliche* Gewalt. Andere nehmen nur *zwei* an, die *gesetzgebende* und *vollziehende* oder ausübende, und wieder Andere nur *eine*, die *gesetzgebende*. Nach einigen constituirt die aufsehende, gesetzgebende und vollziehende Gewalt, wodurch die Staatshoheit auf die einzelnen Gegenstände des Staatszwecks wirkt, die *Form*, diese Gegenstände insgesammt aber den *Inhalt* der Staatshoheit.

§. 68.

Fortsetzung.

Werden die drei genannten allgemeinen Hoheitsrechte (jura majestatica s. regiminis generalia), als drei verschiedene Arten der Wirksamkeit der höchsten Staatsgewalt, einzeln, oder mehrere zusammengenommen, auf gewisse besondere Gegenstände der Staatsregierung angewandt; so entstehen daraus die sogenannten besondern Hoheitsrechte (jura majestatica s. regiminis specialia), die von jenen abgeleitet, und ihnen untergeordnet, nicht coordinirt, noch entgegengesetzt sind. Dahin gehören *): 1) Justizhoheit, bür-

gerliche und peinliche. 2) Polizeigewalt. 3) Finanz- und Cameralhoheit; wohin gerechnet werden können: das SteuerRegal (StaatsAuflagenRegal, droit d'impôt), Strassen- und GeleitsRegal, CommerzRegal, MünzRegal, PostRegal, Bergwerks- und SalzRegal, Forst- und JagdRegal, Fisch-, Wasser- und MühlenRegal, das Industrie - Concessions-Regal [b]), JudenschutzRegal, die Fiscalgewalt, das LandesfrohnRegal, das Domanialrecht u. a. [c]). 4) Privilegiengewalt und Dispensationsrecht. 5) Aemter-, Titel-, Decorations-, Rang- und Standeserhöhungsrecht. 6) Bücher-, Kunst-, Erziehungs- und UnterrichtsRegal. 7) Kirchenhoheit. 8) Lehnhoheit. 9) Wehr- und Waffenrecht. 10) Aeusserstes Recht (jus eminens).

a) Die *Classification* wird durch eine genau bestimmte Regel nicht normirt.

b) Das Recht, *Concessionen* zu solchen Instituten, Handlungen, Gewerben und Befugnissen zu ertheilen, die des gemeinen Wohls wegen, der freien Willkühr eines Jeden nicht überlassen werden können.

c) G. H. BOROWSKY'S Abrifs des praktischen Finanz- und Cameralwesens (2. Aufl. Berlin, 1799. 8.). Bd. II. Th. 3.

§. 69.

Verleihbarkeit der Regalien.

Die Substanz der Hoheitsrechte ist unveräusserlich. Allein die Ausübung und Benutzung solcher Regalien, deren Gebrauch, ohne Nachtheil des Staatszweckes, ohne die Wirksamkeit des Regenten für solchen zu hindern, Andern überlassen werden kann, die also nicht notwendig von dem Staate selbst, oder ausschliessend ausgeübt und benützt werden müssen, kann, mit Subordination gegen den Staat und dessen Oberaufsicht, auch von Unterobrigkeiten und Landsassen, insbesondere von ansehnlichen Grundeigenthümern und Gemeinheiten [a]), durch Privilegium oder unvordenkliche Verjährung, ganz oder zum Theil erworben und besessen werden [b]). Sonach findet eine, erblich oder für immer verliehene, untergeordnete Ausübung eines Zweiges der Regierungsgewalt, in einem bestimmten Bezirk, statt. Daher entsteht die praktisch merkwürdige Eintheilung der Regalien in verleihbare [c]) (concessibilia s. communicativa) und unverleihbare (inconcessibilia).

a) Vorzüglich solchen, denen ehehin eine vertragsmäsige oder subalterne Landeshoheit (jus territorii subordinati s. subalterni, superioritas territorialis pactitia) zustand.

Ein Beispiel bei STRUBE in d. rechtl. Bed. II. 195 ff. Jetzt, Standes- und Grundherrschaften.

b) Jo. WERLHOF de alienatione et concessione jurium, quae vocari solent regalia. Helmst. 1693. J. F. DÖHLERS Abh. v. d. Regalien, §. 35 — 39. DE LUDOLF T. II. obs. 198. not. 8. n. 535. STRUBENS Unterricht von Regier. und Justizsachen, S. III. §. 20. MOSER von der t. Reichsst. Landen, S. 226 ff. *Ebenders.* von der Landeshoheit überhaupt, 245 ff. G. L. BÖHMER princ. jur. feud. §. 63. D. B. W. PFEIFFER über die Grenzen der CivilPatrimonialJurisdiction (Gött. 1806. 8.) Buch I, Abschn. 1. *Allgem. Landr. f. d. preuss. Staaten,* Th. II. Tit. 14. §. 21 ff. 26 ff. ConstitutionsEdict, die Lehnsverfassung in dem Grofsherzogthum Baden betr. v. 12. Aug. 1807, §. 5.

c) In dem *preuss. allgem. Landr.* a. a. O. werden die verleihbaren *niedere*, die andern *höhere* Regalien genannt. Eigene Benennung und Eintheilung s. in NETTELBLADTS Erörter. aus dem t. Staatsr. 365 ff.

§. 70.

Ausübung der Bundesverfassungs- und Hoheitsrechte.

Die Ausübung der Bundesgewalt gebührt der Gesammtheit der Conföderirten, in constitutionsmäsiger Verbindung mit dem Protector. Es gilt dieses nicht nur von den Verfassungsrechten des Rheinbundes, sondern auch von seinen Hoheitsrechten, den innern (z. B. der richterlichen Gewalt) und äussern. Die ausübende Behörde ist die BundesVersammlung.

§. 71.

Ausübung der StaatsHoheitsrechte.

Die StaatsHoheitsrechte können in souverainen Staaten des Rheinbundes entweder anders nicht ausgeübt werden, als unter verfassungsmäsiger Mitwirkung der Landstände, oder ohne eine Concurrenz dieser Art. In jenem Falle sind sie eingeschränkte, in diesem uneingeschränkte. Für den letzten Fall streitet die Rechtsvermuthung in denen Bundesstaaten, in welchen noch Landstände sich befinden [a]), denen eine verfassungsmäsige Mitwirkung oder Theilnahme (nicht Mitregentschaft) an bestimmten Gegenständen der Staatsverwaltung zusteht.

a) Andere unterscheiden hier *Comitial*- (landtägliche) *Rechte* und *Reservate*, bei diesen aber *eingeschränkte* und *uneingeschränkte*. Nettelbladts Erörterungen aus dem t. Staatsr. 242 ff. 258 ff. 338.

ERSTER THEIL.

BUNDESSTAATSRECHT.

I. CAPITEL.

STAATSFORM UND PERSONALVERFASSUNG.

§. 72.

Staatsrechtliche Form des R. B. Seine Entstehung, Staatsrecht und Zweck.

Der Rheinbund (confédération du Rhin [a])) ist ein Staaten System [b]), bestehend aus verbündeten teutschen Souverainstaaten (états confédérés du Rhin [c])), unter einem Protector. Das Staatenbündnifs und die volle Souverainetät der Bundesstaaten entstand, seit ihrer, durch Frankreichs Einwirkung erfolgten, Absonderung von dem teutschen Reiche, und der hiedurch veranlafsten Auflösung der teutschen Reichsverfassung. Grundlinien des Bundes-Staatsrechtes wurden gezeichnet in der Bundesacte, welche am 12. Jul. 1806 den

Abgeordneten der Bundesfürsten zu Paris vorgelegt, und von ihnen unterzeichnet ward (§. 24 u. 3c). Der **Zweck** des Bundes ward, in der Bundesacte [d]), in die Sicherung des innern und äussern Friedens von Südteutschland gesetzt [e]).

a) Bundesacte, Art. 7 u. 11. Kaiserl. französische Erklärung an die teutsche Reichsversammlung, vom 1. Aug. 1806, in den *Europ. Annalen*, 1806, IX. 242.

b) System vereinigter Staaten, Staatenbündniſs, Systema civitatum foederatarum seu achaicarum. POLYBIUS historiar. lib. II. c. 4. PRASCHIUS de rep. Achaica. C. G. HEYNE pr. de eod. arg. Goett. 1783. Sam. PUFENDORF diss. de systematibus civitatum; in s. Dissert. acad. selectis (Upsal. 1677.) p. 210; auch in dessen polit. inculp. p. 226. C. v. BYNKERSHOEK quaest. jur. publ. lib. 2. c. 24. Joach. Erdm. SCHMIDT diss. de civitatis origine civitatumque systemate. Jen. 1745. J. C. WIELAND diss. de systemate civitatum. Lips. 1777. u. in s. Opusc. acad. Fasc. I. (1790. 8.) u. 2. PÜTTERS Beytr. I. 24. BURLAMAQUI principes du droit politique, P. II. ch. 1. §. 43 sqq.

c) Bundesacte, Art. 1.

d) Eingang der Bundesacte. RenunciationsUrkunde der Conföderirten bei der allgemeinen Reichsversammlung v. 1. Aug. 1806, in den *Europ. Annalen*, 1806, IX. 243.

e) Anmerkung in d. *Europ. Annalen*, 1806, IX. 219.

§. 73.

Protector.

An der Spitze des Bundes steht ein **Protector**. Kaiser NAPOLEON übernahm, schon

in der Bundesacte, das Protectorat [a]). Seit dem Herbst 1806 führt der Kaiser dasselbe in seinem Staatstitel [b]). Er selbst beschränkte den Umfang seiner Pflichten darauf: „das Gebiet „des Bundes gegen fremde Truppen, und „das Gebiet jedes Verbündeten gegen die Unternehmungen der übrigen Bundesgenossen „zu sichern“ [c]). — „Die innern Angelegenheiten (erklärte er) gehen Uns nichts an. Es „sind keine Verhältnisse der Oberlandesherrlichkeit (suzeraineté), welche Uns mit der „rheinischen Conföderation verbinden, sondern Verhältnisse des blossen Schutzes. „Mächtiger als die verbündeten Fürsten, wollen Wir Unsere Ueberlegenheit an „Macht gebrauchen, nicht ihre Souverainetätsrechte einzuschränken, sondern ihnen „deren volle Ausübung zu verbürgen“ [d]).

a) Bundesacte, Art. 12. Kaiserl. franz. Erklärung an die teutsche Reichsversammlung, vom 1. Aug. 1806: „Sa „Majesté l'Empereur et Roi a accepté le titre de *pro„tecteur* de la confédération du Rhin“. *Europ. Annalen*, 1806, IX. 242.

b) NAPOLÉON, par la grâce de Dieu et par les constitutions, Empereur des François, Roi d'Italie, Protecteur de la confédération du Rhin.

c) Schreiben des Protectors an den F. Primas, aus St. Cloud v. 11. Sept. 1806, in d. Rhein. Bund, II. 240.

d) Ebendas.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

§. 74.

Fortsetzung.

Die Initiative des zu entwerfenden FundamentalStatuts, übernahm der Protector [a]). Die Formen Seiner Communicationen mit der Bundesversammlung, in der Eigenschaft als Protector, erwarten noch ihre Bestimmung[b]). Er ernennt den Nachfolger des Fürsten Primas [c]), und concurrirt vorzüglich bei der Aufnahme neuer Bundesgenossen [d]), so wie in Kriegsverhältnissen des Bundes.

a) Das angef. Schreiben des Protectors v. 11. Sept. 1806.

b) Das angef. Schreiben.

c) Bundesacte, Art. 12.

d) Ebendas. Art. 39.

§. 75.

Primas.

Präsident der Bundesversammlung, auch bei SeparatBerathschlagungen des königlichen Collegii [a]), ist ein geistlicher Fürst, der vormalige Kurfürst Reichserzkanzler und der erste Reichsstand des teutschen Reichs, der Erzbischof und souveraine Fürst von Regensburg und Aschaffenburg, mit dem Titel: Fürst Primas der rheinischen Conföderation, und mit dem Prädikat: Altesse Eminentissime [b]), im Teutschen: Hoheit [c]).

Dieser Titel bringt kein Vorrecht mit sich, welches der Vollständigkeit der Souverainetät irgend eines der Verbündeten zuwider wäre [d]. In der Bundesacte wird der Fürst Primas, unmittelbar nach den Königen, vor den Grofsherzogen genannt [e]. Seinen Nachfolger ernennt der Protector [f].

a) Bundesacte, Art. 10 u. 11.

b) Ebendas. Art. 4. Der *Protector* schrieb am 11. Sept. 1806 an den F. Primas: Au Sérénissime et très-excellent Prince Charles, *Prince-Primat* et *Président* de la diète de la confédération du Rhin, notre très-cher et très-amé bon *frere*, *allié* et *confédéré*.

c) Dieses Prädikat hat der Fürst Primas selbst vorgeschrieben, durch eine Verordnung vom Aug. 1806.

d) Ebendas. Art. 4.

e) In dem Eingange, in der Unterschrift, und Art. 1. Hingegen in den Art. 22 u. 24 wird er *nach* den Grofsherzogen genannt.

f) Bundesacte, Art. 12. Von dem rheinischen Bundes-Primat s. Dam. MOLITOR diss. inaug. de primatibus eorumque juribus, speciatim de primatu Germaniae (Goett. 1806), cap. 3.

§. 76.

Bundesgenossen.

Bundesgenossen sind: Könige, ein Fürst Primas, Grofsherzoge, Herzoge und Fürsten. Nach der Zeit ihrer Aufnahme, theilen sie sich in zwei Classen: in ursprüng-

liche, die sogleich bei Errichtung der Bundesacte Mitglieder des Bundes waren, neuaufgenommene, die späterhin die Reception erlangt haben [a]). Die Stifter des Bundes machten in der Bundesacte den Vorbehalt, in der Folge auch andere teutsche Fürsten und Staaten in den Bund aufzunehmen, deren Zulassung dem gemeinschaftlichen Interesse könnte gemäfs befunden werden [b]).

a) Die *ReceptionsVerträge* oder *AccessionsUrkunden* sind oben, §. 33, Note b, angegeben.

b) Bundesacte, Art. 39. „Les *hautes parties contractantes*, „se reservent d'admettre par la suite dans la nouvelle „confédération d'autres princes et états d'Allemagne" etc. In den *tilsiter* Friedensschlüssen versprechen Rufsland (Art. 15) und Preussen (Art. 4): „de reconnoître „les *souverains* qui seront *dans la suite* membres de la „dite confédération, et les *titres* qui leurs seront donnés par les traités d'accession". In dem *russischen* Friedensschlüsse ist noch die *Notification* der neuen Receptionen bedungen, durch folgenden Zusatz hinter dem Worte „reconnoître": „sur les notifications qui „lui seront faites de la part de S. M. l'Empereur „Napoléon". Von der Form, welche bei neuen Aufnahmen von französischer Seite beobachtet ward, s. Rhein. Bund, IX. 447. XIII. 133.

§. 77.

Benennung derselben.

1) *Ursprüngliche.*

I) Ursprüngliche Mitglieder des Rheinbundes sind folgende:

1) König von Baiern.
2) - - - - - Wirtemberg.
3) Fürst Primas.
4) Grofsherzog von Baden.
5) - - - - - - - Berg.
6) - - - - - - - Hessen.
7) Herzog von NassauUsingen.
8) Fürst von NassauWeilburg.
9) - - - HohenzollernHechingen.
10) - - - HohenzollernSigmaringen.
11) - - - SalmSalm.
12) - - - SalmKyrburg.
13) - - - IsenburgBirstein.
14) Herzog von Ahrenberg.
15) Fürst von Lichtenstein.
16) - - - der Leyen.

§. 78.

2) *Neuaufgenommene.*

II) Neuaufgenommen wurden, von dem Protector [a]:

1) König von Sachsen. . 11. Dec. 1806.
2) - - - - - Westphalen. 7. Jul. 1807 [b]).
3) Grofsherzog v. Wirzburg. 25. Sept. 1806.
4) Herzog von SachsenWeimar. .
6) - - - - - - - - Gotha. . .
6) - - - - - - - - Meinungen.
7) - - - - - - - - Coburg. . .
8) - - - - - - - - Hildburghausen.
} 15. Dec. 1806.

9) Herzog von AnhaltDessau. . .	18. April 1807 [b].
10) - - - - - - Bernburg. .	
11) - - - - - - Cöthen. . .	
12) Fürst von Schwarzb.Sondershausen.	
13) - - - - - - Rudolstadt.	
14) - - - Waldeck.	
15) - - - ReufsGreiz.	
16) - - - - - Schleiz. . . .	
17) - - - - - Lobenstein. . .	
18) - - - - - Ebersdorf. . .	
19) - - - LippeDetmold. . . .	
20) - - - - - Schaumburg. .	

a) Französisch - Russischer Friede zu Tilsit v. 7. Jul. 1807, Art. 18 u. 19. Preussischer v. 9. Jul. 1807, Art. 6 u. 8. Constitution du royaume de Westphalie, datirt Fontainebleau am 15. Nov. 1807, im Eingange u. Tit. 2.

b) Vergl. das Schreiben des Fürsten von Benevent, Warschau v. 31. März 1807, Rhein. Bund, IX. 447, und die oben angef. ReceptionsVerträge (§. 33, Note b).

§. 79.

Souverainetät. - Modificationen derselben.

Jedem Bundesfürsten wird, in der Bundesacte und von dem Protector, eine gänzliche und absolute Souverainetät zugeschrieben [a]), so dafs alle unter sich getrennt, selbstständig und unabhängig sind [b]). Jedoch I) unbeschadet der Rechte des Protectors,

nach ihrem ganzen Umfange (§. 73 u. 74); so wie II) der Rechte der Bundesversammlung, deren Gerichtbarkeit die Bundesfürsten, in allen, unter ihnen entstehenden Streitigkeiten, unterworfen sind [c]). Auch findet III) eine Veräusserung dieser Souverainetät, ganz oder theilweise, nur statt zum Vortheil eines der conföderirten Staaten [d]). Und IV) der Vertrag über den RheinschiffahrtsOctroi, legt den am Rhein gelegenen Bundesstaaten besondere Einschränkungen auf [e]). So wie auch V) das Kriegs- Friedens- und Bündnifsrecht der Bundesfürsten, durch die Bundesacte eingeschränkt ist [f]).

a) Bundesacte, Art. 1, 2, 3, 17 — 26. K. NAPOLEONS Erklärung an die teutsche Reichsversammlung v. 1. Aug. 1806: „*En reconnoissant néanmoins la souveraineté* „*entière et absolue de chacun des Princes dont les états* „*composent aujourd'hui l'Allemagne*, et en conservant „avec eux les mêmes relations, qu'avec les autres „puissances indépendantes de l'Europe". *Europ. Annalen*, 1806. IX. 241 f. Schreiben des *Protectors* an den Fürsten Primas, aus St. Cloud v. 11. Sept. 1806: „Les affaires *intérieures* de chaque état ne nous regar„dent pas. Les princes de la confédération du Rhin „sont des *souverains qui n'ont point de suzerain*". *Rhein. Bund*, II. 240. *Varianten* in der Erklarung der Souverainetät, in dem *Rhein. Bund*, V. 262. VI. 419. IX. 346 ff. *Politische* Ansicht. *Europ. Annalen*, 1806, IX. 242, Note *.

b) Worte NAPOLEONS, in einem Schreiben an den pariser Senat, datirt aus München den 12. Jan. 1806. *Europ. Annalen*, 1806, IX. 223.

c) Bundesacte, Art. 9, und das oben (Note a) angeführte Schreiben des Protectors.

d) Bundesacte, Art. 8.

e) Hievon unten, Cap. VII.

f) Davon unten, Cap. V u. VI.

§. 80.

Insbesondere in Rücksicht fremder Staatsdienste.

VI) Kein Bundesfürst darf in Staatsdiensten irgend einer Art stehen, es sey denn in einem Bundesstaate, oder in einem mit dem Rheinbunde alliirten Staate. Doch dürfen die, welche zu der Zeit der Errichtung des Bundes schon in dem Dienste anderer Mächte standen, darinn bleiben; nur sind sie in solchem Falle schuldig, ihre Bundesstaaten einem ihrer Nachkommen abzutreten [a]), weil die Bundesfürsten notwendig unabhängig seyn sollen, von jeder Macht, die dem Rheinbunde fremd ist [b]).

a) Bundesacte, Art. 7. *Rhein. Bund*, IV. 147. Beispiel des Fürsten von Lichtenstein. *Rhein. Bund*, VI. 408.

b) Bundesacte, Art. 7: „Les Princes devront nécessaire-„ment être indépendant de toute puissance *étrangère* „*à la confédération*“.

§. 81.

Titel der Bundesfürsten.

Die frühern Titel der Bundesfürsten wurden theils in der Bundesacte selbst, theils späterhin, bei der Aufnahme in den Rheinbund, verändert. I) Die Königswürde, nebst einer relativen Souverainetät, hatten die Kurfürsten von Baiern und Wirtemberg schon in dem presburger Frieden [a]) erhalten. In der Bundesacte erhielt der Kurfürst ReichsErzkanzler den Titel Fürst Primas, mit dem Prädikat Altesse Eminentissime [b]); der souveraine Kurfürst von Baden, der kurz vorhin neucreirte souveraine Herzog von Berg und Cleve, und der Landgraf von HessenDarmstadt, erhielten den Titel Grofsherzog, mit denen Rechten, Ehren und Vorzügen, die mit der königlichen Würde verbunden sind [c]) (honneurs royaux, honores regii); der Chef des Hauses Nassau, den Titel Herzog, und der Graf von der Leyen, den Titel Fürst [d]).

a) Presburger Fr. v. 26. Dec. 1805, Art. 7 u. 8.

b) Bundesacte, Art. 4.

c) DE MARTENS précis du droit des gens moderne de l'Europe, T. I. §. 104. *Ebendess.* Einl. in das posit. europ. Völkerrecht. §. 126.

d) Bundesacte, Art. 5.

§. 82.

Fortsetzung.

II) Späterhin, erlangten der Kurfürst von Sachsen [a]), bei seiner Aufnahme in den Rheinbund, und der kaiserliche Prinz von Frankreich, Hieronymus Napoleon [b]), die Königswürde; der Kurfürst von Wirzburg, Erzherzog von Oestreich, den Titel Groſsherzog [c]); die Fürsten von AnhaltDessau, AnhaltBernburg und AnhaltCöthen den Titel Herzog [d]). III) Die präsumtiven Nachfolger der Groſsherzoge führen, in den Häusern Baden und Hessen, den Titel Erbgroſsherzog (grand-duc héréditaire).

a) Französisch-sächsischer Friede zu Posen v. 11. Dec. 1806, Art. 3. Rhein. Bund, III. 467.

b) Friede zu Tilsit, russischer, Art. 18; preussischer, Art. 6 u. 8. Constitution du royaume de Westphalie, datée de Fontainebleau le 15. Nov. 1807, Tit. 3.

c) Tractat mit dem Protector, Paris 25. Dec. 1806, Art. 2, in dem Rhein. Bund, V. 293. „S. A. R. prendra le titre *d'Archiduc Grand-Duc* de Würzbourg". Der Erzherzog Groſsherzog, ehehin Groſsherzog von Toscana, war, durch den ReichsdeputationsHauptschluſs v. 25. Febr. 1803, §. 31, Kurfürst von Salzburg, und durch den presburger Frieden v. 26. Dec. 1805, Art. 11, Kurfürst von Wirzburg geworden.

d) ReceptionsTractat, Warschau den 18. Apr. 1807. Rhein. Bund, X. 96. Der Fürst von *AnhaltBernburg* hatte schon im April 1806 von K. Franz II. die herzogliche

Würde erhalten, und schon früher führten die Fürsten von Anhalt in ihrem Haustitel den Herzogstitel: „Fürst zu Anhalt, Herzog zu Sachsen, Engern und „Westphalen, Graf zu Ascanien, Herr zu Bernburg „und Zerbst“.

§. 83.

Aufhebung der teutschen Reichstitel. SouverainetätsErklärung aller nichtsubjicirten ehemaligen reichsständischen Territorialherren.

I) In der Bundesacte verzichteten alle Bundesfürsten auf diejenigen ihrer Titel, welche irgend eine Beziehung auf das teutsche Reich ausdrückten [a]). Doch wurden dem Erzherzog Grofsherzog von Wirzburg, in dem AccessionsTractat [b]), jene Rechte vorbehalten, die ihm, als Mitglied des kaiserlichen östreichischen Hauses, gebühren. II) Der Protector erklärte, dafs er die gänzliche und absolute Souverainetät aller jener teutschen Fürsten (Territorialherren) anerkenne, deren Staaten, in dem Augenblicke der Errichtung des Rheinbundes, den teutschen Reichsstaat ausmachten, indem er mit ihnen dieselben Verhältnisse beobachten werde, wie mit den übrigen unabhängigen Mächten von Europa [c]). Dieser Erklärung zufolge, nahmen auch nichtconföderirte, regierende teutsche Reichsfürsten den Titel souverainer Fürst an [d]).

a) Bundesacte, Art. 3.

b) Art. 5. Rhein. Bund, V. 292.

c) Erklärung des Protectors an die teutsche Reichsversammlung v. 1. Aug. 1806, in d. *Europ. Annalen*, 1806, IX. 241. Diese Erklärung ist nicht auszulegen zum Nachtheil der Rechte solcher ehehin reichsständischer Landesherren, deren *Oberlandesherrlichkeit* teutsche Reichsfürsten, mit subordinirter, subalterner, oder vertragsmäsiger Landeshoheit (superioritate territoriali pactitia s. subordinata, jure territorii subalterni) unterworfen waren, wenn gleich diese Reichs- und Kreisstandschaft hatten. Contestationen zwischen der Krone *Sachsen* und dem souverainen fürstlichen Hause *Schwarzburg*. Rhein. Bund, XIV. 161.

d) Von dem Rechtsverhältniſs dieser Fürsten zu den rheinischen Conföderirten, s. BRAUERS Beitr. 2. 235.

§. 84.

Courtoisie.

Die Bundesfürsten, welchen königliche Ehre (honneurs royaux) beigelegt ist (§. 81), wohin auch der Fürst Primas gehört (§. 76), erhalten von dem Protector den **Brudertitel** [a]). Der **Majestätstitel** wird den Königen gegeben [b]). Den Titel **königliche Hoheit** (Altesse royale), welchen auch die Kronprinzen erhalten, haben die Groſsherzoge angenommen [c]); den **Hoheitstitel** der Fürst Primas [d]), dem in der Bundesacte der Titel Altesse Eminentissime beigelegt ward (§. 76), und die Herzoge, dann die Erbgroſsherzoge,

so wie einige nachgeborne und apanagirte Prinzen königlicher e) und großherzoglicher f) Häuser; den Titel **Durchlaucht** die Fürsten und die Prinzen fürstlicher, so wie manche Prinzen des königlichen wirtembergischen Hauses g):

a) J. J. MOSER von dem Brudertitel; in s. Opusc. acad. 413. M. C. CURTIUS histor. u. polit. Abhandlungen, Num. V. S. 121 ff. J. A. FRANKENSTEIN diss. I et II. de titulo fratris. Erf. 1715. et 1716. KLÜBER über Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen und Wartschilde der neuen Kurfürsten, §. 28 u. 46.

b) F. C. v. MOSERS kleine Schriften, VI. 2. v. MARTENS Einl. in das europ. Völkerr. §. 174. Note g.

c) Großherzogl. badische Verordnung vom 14. Aug. 1806. In der Bundesacte, Art. 1, 2, 5, 15 — 24, erhielten die Großherzoge, gleich den Herzogen und Fürsten, nur das Prädikat *Altesse Sérénissime*; hingegen der Großherzog von *Berg* erhielt daselbst, in dem Eingang u. Art. 16, 20 u. 24, als kaiserlicher Prinz von Frankreich, das Prädikat *kaiserliche Hoheit*, Altesse impériale, ungeachtet er, in etlichen Stellen der Bundesacte, unter den „Altesses Sérénissimes" begriffen ward. Als nachher die Großherzoge sich *königliche Hoheit* nennen ließen, nahm er den Titel: *kaiserliche königliche Hoheit*, Altesse impériale et royale, an. Dasselbe that der Erzherzog Großherzog von *Wirzburg*, als kaiserlicher Prinz von Oestreich, durch eine Verordnung v. 4. Febr. 1807, nachdem eine kaiserl. östreichische Verordnung v. . . Dec. 1806, den Brüdern des Kaisers den Titel *kaiserliche* Hoheit und *kaiserliche Prinzen* beigelegt hatte.

d) Fürstl. primatische Verordnung v. . . Aug. 1806.

e) Z. B. die Brüder des Königs von Wirtemberg; dessen Söhne, Enkel und Enkelinnen hingegen führen den Titel *königliche Hoheit.* Diesen Titel erhalten auch alle Prinzen und Prinzessinnen des königl. sächsischen Hauses, vermöge einer Verordn. des Königs v. . Febr. 1807.

f) Z. B. die Markgrafen zu Baden, vermöge grofsherzogl. Verordnungen v. 22. Aug. 1806 u. 28. Nov. 1807. Bad. Regier. Blatt, 1806, n. 19. 1807, n. 41.

g) Die Prinzen, welche nicht Descendenten und nicht Brüder des Königs sind.

§. 85.

Regenten- und Haustitel. Wappen.

I) Die Bundesfürsten bestimmen selbst, kraft ihrer Souverainetät, ihre Regenten-, Länder- und Haustitel [a]), und ihre Staats- und Familienwappen [b]), sofern sie nicht, als Mitglieder höherer souverainer Regentenhäuser, wie z. B. der Erzherzog Grofsherzog von Wirzburg, und der Grofsherzog von Berg, in Ansehung eines oder des andern Titels, den Bestimmungen des Familienhauptes unterworfen sind. II) Dasselbe gilt von Bestimmung der Titel und Wappen für nichtregierende Herren der bundesfürstlichen Häuser [c]).

a) Neue Titel sind: 1) *Baiern:* Wir — — — von Gottes Gnaden König von Baiern; 2) *Wirtemberg:* Wir — — v. G. G. König von Wirtemberg, souverainer Herzog in Schwaben und von Teck, Herzog zu Hohenlohe, Landgraf von Tübingen und Nellenburg,

Fürst von Ellwangen, Zwiefalten, Buchau, Waldburg, Aulendorf und Ochsenhausen, Graf zu Gröningen, Limpurg, Biberach, Schelklingen, Egloff und Heggbach, Herr zu Altdorf, Heidenheim, Justingen, der Donaustädte, Rottweil, Heilbronn, Hall, Wiesenstaig, Wiblingen und Adelmannsfelden etc. Der *kleinere* Titel ist: Friedrich v. G. G. König von Wirtemberg, souverainer Herzog in Schwaben und von Teck etc. 3) *Westphalen:* Wir Hieronymus Napoleon, von Gottes Gnaden und durch die Constitutionen König von Westphalen, französischer Prinz etc. Französisch: Nous Jérôme Napoléon, par la grâce de Dieu et les constitutions roi de Westphalie, prince françois etc. 4) *Fürst Primas:* Wir — — v. G. G. Erzbischof, Fürst Primas der rheinischen Conföderation, souverainer Fürst von Regensburg und Aschaffenburg, Frankfurt und Wetzlar etc. 5) *Baden:* Wir — — v. G. G. Grofsherzog von Baden, Herzog von Zähringen u. s. w. Ober- und Erbherr zu Fürstenberg, Baar und Stühlingen, sammt Heiligenberg, Hausen, Möskirch, Hohenhöwen, Wildenstein und Waldsberg, zu Leiningen, Mosbach sammt Miltenberg, Amorbach, Düren, Bischofsheim, Hartheim und Lauda; zu Klettgau; zu Thengen; zu Krautheim; zu Wertheim; zu Neidenau und Billigheim; auch zu Hägnau u. s. w. Der *kleinere* Titel ist: V. G. G. — — Grofsherzog zu Baden, Herzog zu Zähringen u. s. w. 6) *Berg:* Joachim, Prinz und Grofsadmiral von Frankreich, Grofsherzog v. Berg etc. 7) *Hessen:* Wir — — v. G. G. Grofsherzog von Hessen, Herzog in Westphalen etc. 8) *Wirzburg:* Wir — — v. G. G. kaiserlicher Prinz von Oesterreich, königlicher Prinz von Ungarn und Böhmen, Erzherzog von Oesterreich, Grofsherzog zu Wirzburg, und in Franken Herzog etc. 9) *Nassau:* Wir — — v. G. G. souverainer Herzog zu Nassau etc. und Wir — — v. G. G. souverainer Fürst zu Nassau etc. 10) *Sachsen-Coburg:* Wir — — v. G. G. Herzog zu Sachsen,

Markgraf von Meissen, Landgraf von Thüringen, souverainer Fürst von CoburgSaalfeld, gefürsteter Graf von Henneberg etc. 11) *Ahrenberg*: Wir — — v. G. G. regierender Herzog von Ahrenberg, souverainer Fürst zu Reklinghausen, Dülmen und Meppen etc. 12) *Leyen*: Wir — — v. G. G. Fürst von der Leyen, Graf zu Hohengeroldseck; Herr zu Ahrenfels und Nievern etc.

b) Großherzogl. badisches GeneralAusschreiben, Titel, Wappen und Siegel des großherzogl. Hauses Baden betr.; vom 2. Mai 1807; in dem Regierungsblatt des Großherzogthums Baden, 1807. Num. 21. (u. eine Berichtigung, Num. 29.)

c) Klüber a. a. O. §. 46 ff. Bestimmung der Titel und Wappen der nachgebohrnen Prinzen des großherzogl. Hauses *Baden*, durch großherzogl. badische Verordnungen vom 22. Aug. 1806, 2. Mai 1807 u. 28. Nov. 1807, in dem badischen Regier. Blatt, 1806, n. 19. 1807, n. 21 u. 41. Der Titel ist so bestimmt: V. G. G. — —, Großherzögliche Prinzen und Markgrafen zu Baden, Herzoge zu Zähringen etc.; Grafen zu Salem, Petershausen und Hanau etc.

§. 86.

Völker Ceremoniel.

Das unter souverainen Staaten übliche **Staats- und VölkerCeremoniel** a) (das persönliche, Kanzlei-, Gesandschafts-, und KriegsCeremoniel), sowohl bei persönlichen Zusammenkünften, als auch in Staatsschriften, in Staats- oder Kanzleischreiben (lettres de conseil, de chancellerie), in Cabinets- oder Handschreiben, und in eigenhändigen

Schreiben [b]), findet in der Regel statt, nicht nur unter den Bundesfürsten unter sich, und in ihren eigenen Staaten, sondern auch mit auswärtigen souverainen Staaten.

a) J. C. LÜNIGS theatrum ceremoniale historico-politicum, oder historisch-politischer Schauplatz etc. Leipz. 1719 u. 1720. Zwei Theile, in Fol. ROUSSET cérémonial diplomatique des cours de l'Europe. Amst. u. à la Haye 1739. T. I. et II. fol. (auch als IV. u. V. Band von ROUSSETS Supplément zu DUMONT corps universel et diplomatique du droit des gens). Jul. Bernh. v. ROHRS Ceremonielwissenschaft der grossen Herren. Berl 1733. 8. F. C. v. MOSERS teutsches Hofrecht. 2 Bände. Frankf. 1754. 4.

b) C. A. BECKS Staatspraxis oder Canzleiübung aus der Politik, dem Staats- und Völkerrechte. Wien 1754. 8. Zweite Aufl. 1778. J. S. SNEEDORF essai d'un traité du stile des cours. Gött. 1751. 8. Revû et corrigé par de COLOM du CLOS. 1776. 8. F. C. v. MOSERS Staatsgrammatik. Frankf. 1749. 8. J. J. MOSERS Anleit. zu den Canzleigeschäften. Hanau 17 0. 8. J. St. PÜTTERS Anleit. zur jurist. Praxi. Zwei Theile. Gött. 1753. 1765 1780. 1789. 1802. 8. J. C. ADELUNG von d. Canzlei- und CurialStyl; in dessen Werk über den teutschen Styl, T. II, Abschn. 2, Cap. 1, S. 67 ff. G. F. v. MARTENS Einl. in d. europ. Völkerr. §. 122 ff. 154 ff. 171 ff. 203 ff. J. C. LÜNIGS europ. Canzlei-Ceremoniel; in dessen Theatro cerem. *Ebendess.* europ. Staats- und Titularbuch, verb. u. verm. von G. A. JENICHEN. Leipz. 1773 u. 1750. 8. Neues vollständiges französisches u. teutsches Titulaturbuch. Leipz. 1780. 8. BISCHOFS Lehrbuch des teutschen Canzleystyls, I. 381. MOSERS auswärt. Staatsr. 219. 241. 252. 256. *Ebendess.* persönl. Staatsr. II. 39. 44. 47.

§. 87.

Rang.

Die natürlichen, vollkommenen Rechte der Gleichheit, welche, ohne Rücksicht auf Verschiedenheit der Zeit, des Raums, der Volksmenge, der Macht, der Titel, der Cultur, allen unabhängigen Staaten zukommen [a]), gebühren auch dem Rheinbunde, im Ganzen und in seinen Theilen. Was durch positive Bestimmungen des Völkerrechtes, oder des rheinischen Bundesstaatsrechtes, hierinn nicht aufgehoben oder modificirt ist, muſs in dem innern und äussern Verhältniſs des Bundes und seiner SouverainStaaten gelten. Unter den Bundesfürsten selbst, ist in Absicht auf Rang und Präcedenz festgesetzt: 1) daſs in dem königlichen Collegium, bei den ursprünglichen Bundesgenossen die Rangordnung so seyn soll: die Könige von Baiern und Wirtemberg, der Fürst Primas, die Groſsherzoge von Baden, Berg und Darmstadt [b]); 2) daſs der Rang unter den Mitgliedern des Fürsten Collegii, in dem FundamentalStatut definitiv bestimmt werden soll [c]).

a) GÜNTHERS Völkerr. I. 198 — 279.

b) Bundesacte, Art. 1, 4 u. 5. Diese neue Rangordnung weicht ab von der bisherigen Reichsrangordnung. Der *Fürst Primas*, welcher, als Reichserzkanzler, erster

Kurfürst und Reichsstand, seither den *ersten* Rang hatte, wird nun den Königen von Baiern und Wirtemberg nachgesetzt, erhält aber den Rang vor Baden, ungeachtet die Souverainetät des letzten schon von dem presburger Frieden, mithin früher datirt, als jene des Fürsten Primas. Dagegen wird der Grofsherzog von *Berg* zwischen Baden und Hessendarmstadt gesetzt.

c) Bundesacte, Art. 11.

§. 88.

Fortsetzung.

Bei den neuaufgenommenen Bundesfürten, ist in den ReceptionsVerträgen festgesetzt: 1) in Ansehung der Mitglieder des königlichen Collegii, a) bei dem König von Sachsen, dafs er in dem Collegium und Range der Könige, nach der Ordnung seiner Einführung sitzen soll [a]), und b) bei dem Erzherzog Grofsherzog von Wirzburg, dafs sein Rang unter den Mitgliedern des königlichen Collegii, durch die Bundesversammlung soll bestimmt werden [b]). 2) In Ansehung der Herzoge von Sachsen und Anhalt, der Fürsten von Schwarzburg, Waldeck, Reufs und Lippe, geht die Abrede dahin, dafs sie in dem FürstenCollegium sitzen, und dafs ihr Rang in demselben durch die Bundesversammlung festgesetzt werden soll [c]).

a) Rhein. Bund, III. 467.

b) Ebendas. V. 293.

c) Ebendas. IV. 42. VII. 137. 158. X. 96.

§. 89.

Wechselseitiger Verzicht der Bundesfürsten auf alle wirklichen Rechte und Prätensionen, in Ansehung anderer Bundesstaaten. Vorbehalt der eventuellen Successionsrechte.

I) Alle Bundesfürsten, jeder für sich, seine Erben und Nachfolger, verzichten in der Bundesacte, auf jedes wirkliche oder gegenwärtige Recht (à tout droit actuel), welches Jeder von ihnen haben, oder ansprechen könnte, auf die Besitzungen der übrigen Mitglieder des Bundes, so wie solche sind und seyn sollen in Folge der Bundesacte [a]). II) Die eventuellen oder dereinstigen Successionsrechte (les droits éventuels de succession) allein bleiben vorbehalten, und blofs für den Fall, wenn das Haus oder die Linie aussterben würde, welche mit Souverainetät (en souveraineté) diejenigen Länder, Domänen und Güter, zu der Zeit der Errichtung der Bundesacte (maintenant) besafs, oder kraft der Bundesacte besitzen soll, über welche die oben gedachten Rechte sich erstrecken mögen [b]).

a) Bundesacte, Art. 34. Von der Auslegung dieser Stelle s. Rhein. Bund, IV. 82. 110.

b) Bundesacte a. a. O. Rhein. Bund a. a. O. Von den wechselseitigen *Prätensionen Preussens* und rheinischer Bundesstaaten, s. oben §. 56.

§. 90.

Erläuterung dieses Verzichtes.

Der oben erwähnte Verzicht bezieht sich I) nicht 1) auf Güter und Fahrnifs, welche ein Bundesfürst in dem Staate eines andern besitzt; 2) überhaupt nicht auf Privatrechte desselben; 3) auch nicht auf Rechte oder Ansprüche unverbündeter Fürsten auf Bundesstaaten; 4) eben so wenig auf solche Rechte subjicirter, ehemaliger reichsständischer Landesherren, oder reichsunmittelbarer Territorialberechtigten, jetzt Standesherren, oder Grundherren, welche diese, nach Vorschrift der Bundesacte, fortzubesitzen fähig sind [a]).

a) Brauers Beitr. 237. 249. 235. Rh. Bund, IV. 82. 110.

§. 91.

Fortsetzung.

II) Begriffen sind unter dem Verzicht, 1) nur Staatsberechtigungen, welche ein Bundesfürst auf Staatsbesitzungen anderer Bundesfürsten haben, oder ansprechen könnte; 2) gleichviel, ob diese Staatsbesitzungen erst durch die Bundesacte dem Souverain zugefallen sind, oder ihm schon früher gehörten, ob sie zu seinen Souverainetäts- und EigenthumsLanden, oder zu seinen

OberhoheitsLanden gehören. 3) Der Verzicht erstreckt sich nicht blofs auf gegenwärtige Ansprüche, sondern auch auf jede Staatsberechtigung, welche ein Bundesfürst, zu der Zeit der Errichtung der Bundesacte, auf Staatsbesitzungen eines Bundesfürsten hatte, wie diese in Folge der Bundesacte sind und seyn sollen. 4) Auch wird der Verzicht, von den conföderirten Fürsten, bezogen auf jede Lehnsverbindung, welche unter den Bundesfürsten selbst, oder zwischen einem Bundesfürsten und einem Insassen eines fremden Bundesstaates statt hatte, doch so dafs die letzte nun auf den inländischen Bundesfürsten übergeht [a]).

a) Brauers Beitr. 249. 255. 241. 264. Von der *Lehnsverbindung*, unten Cap. IV.

§. 92.

Und des Vorbehaltes eventueller Successionsrechte.

1) Vorbehalten seyn, oder bleiben sollen die eventuellen Successionsrechte der Bundesfürsten, doch nur auf Besitzungen anderer Bundesfürsten [a]) (§. 89). 2) Ausgeschlossen sind hiemit die unmittelbaren [b]) Successionsrechte eines Bundesfürsten auf standesherrliche Besitzungen, welche in dem Souverainstaate

eines andern Bundesfürsten gelegen sind. 3) Die Successionsrechte der subjicirten, vormaligen reichsständischen Landesherren, jetzigen Standesherren, sind in der Bundesacte nicht aufgehoben [c]).

a) Die Successionsrechte auf Staaten *nichtconföderirter* Souveraine bleiben, wenn ihre Fortdauer nicht aus andern Gründen aufhört (§. 56). Auf sie ist in der Bundesacte keine Beziehung.

b) Rhein. Bund, IV. 112. — Succedirt der inländische Bundesfürst in die Besitzungen einer *standesherrlichen* Familie, vermöge eines ordentlichen Erbrechtes, oder als in lediges Gut, so können diese Besitzungen einst an einen *andern* Bundesfürsten durch Succession gelangen, wenn ihm die Staaten jenes Bundesfürsten durch Succession zufallen, mit welchen die gedachten standesherrlichen Besitzungen vereinigt sind.

c) Brauers Beitr. 273. Rhein. Bund, IV. 114.

II. Capitel.

Collegialverfassung.

§. 93.

Bundesgewalt. Bundesversammlung. Zwei Collegien.

I) Die Bundesgewalt ist eine politische Social- oder CollegialGewalt. II) Die Collegial-Geschäfte des Rheinbundes sollen auf einer Bundesversammlung (Bundestag), als der einzigen, verfassungsmäsigen, allgemeinen Bundesbehörde, deren Sitz zu Frankfurt am Main seyn soll, („diète de Francfort"), verhandelt werden [a]). III) Diese Versammlung soll aus zwei Collegien bestehen, aus einem königlichen und einem fürstlichen [b]). Jeder Bundesfürst hat eine Stimme; die Fürsten von Reufs ausgenommen, von welchen nur die beiden Chefs der beiden Hauptlinien, in welche sich das GesammtHaus abtheilt, jeder eine Stimme und Sitz in dem Collegium der Fürsten erhalten hat [c]).

a) Bundesacte, Art. 6. 9. 10. 11. Vergl. H. G. Scheidemantels allgem. Staatsr. u. nach der Regierungsform, §. 124.

b) Bundesacte, Art. 6. 10. 11.

c) Accessionsacte v. 18. Apr. 1807, Art. 2. Rhein. Bund, XIII. 138.

§. 94.

Präsidium.

Das allgemeine Präsidium, in dem Plenum der Bundesversammlung, gebührt dem Fürsten Primas [a]: das besondere in dem königlichen Collegium, ebendemselben, in dem fürstlichen dem Herzoge von Nassau [b].

a) Bundesacte, Art. 10.

b) Bundesacte, Art. 10.

§. 95.

Bundesgericht.

Die Bundesversammlung ist zugleich bestimmt, als Bundesgericht, alle Streitigkeiten zu entscheiden, welche unter den Bundesfürsten entstehen werden [a]. Die Organisation dieses Gerichtshofes ist zu erwarten [b].

a) Bundesacte, Art. 9. Schreiben des Protectors an den F. Primas v. 11. Sept. 1806. Rhein Bund, II. 240.

b) Ideen hiezu, in d. Rhein. Bund, VI. 399. VII. 97. 173.

§. 96.

FundamentalStatut.

Ein FundamentalStatut soll bestimmen: die Zeit, zu welcher entweder die ganze Bundesversammlung, oder ein Collegium besonders sich zu versammeln hat; die Art der Zusammenberufung; die Gegenstände, welche ihrer Berathschlagung zu unterwerfen sind; die Art, wie die Beschlüsse gefaſst werden sollen; und wie sie zu vollziehen sind; den Rang unter den Mitgliedern des fürstlichen Collegii [a]). Der Fürst Primas hat das FundamentalStatut in Proposition zu bringen [b]).

a) Bundesacte, Art. 11.

b) Bundesacte, Art. 11. Es geschah zuerst durch die CircularNote v. 13. Sept. 1806: Rhein. Bund, I. 147. Die *Initiative* hatte aber schon der Protector übernommen, in dem Schreiben an den F. Primas v. 11. Sept. 1806. Rhein. Bund, II. 240.

III. Capitel.

Territorialverfassung.

§. 97.

Territorialbestand des Rheinbundes.

Der Rheinbund hat, als solcher, kein Gebiet; nur die Bundesfürsten sind mit souverainem Staatsgebiete versehen. Das Aggregat dieser verschiedenen Staatsgebiete, deren jedes für sich souverain ist, macht den geographisch-politischen Territorialbestand des Rheinbundes aus [a]). In Ansehung dieses Staatsgebietes sind die Bundesfürsten, durch die Bundesacte, zu gewissen allgemeinen Normen gegenseitig dergestalt verpflichtet, daſs diese Territorialverfassung als ein Theil der Bundesverfassung zu betrachten ist, mithin unmittelbar zu dem Bundesstaatsrechte gehört.

a) In diesem Sinne ist auch die Stelle der Bundesacte, Art. 31: „hors du *territoire de ladite confédération*", zu verstehen. Von der *Arealgrösse* und *Volksmenge* sämmtlicher Bundesstaaten, oben §. 53.

§. 98.

TerritorialCessionen.

Zu möglichster Purification der Bundesstaaten, und zu Ausgleichung oder Herstellung mancher anderer Verhältnisse, hat die Errichtung des Bundes TerritorialCessionen zur Folge gehabt. Diese sind festgesetzt, theils in der Bundesacte, zwischen Baiern und Wirtemberg [a]), Wirtemberg und Baden [b]), Nassau und Berg [c]); theils in eigenen Tausch-, Cessions- und PurificationsVerträgen [d]); theils in Friedensschlüssen [e]).

a) Art. 13. 18.

b) Art. 14. 15.

c) Art. 16. 20.

d) Verträge zwischen 1) *Baden* und *Wirtemberg*, zu Carlsruhe, vom 17. Oct. 1806, in dem badischen Regierungsblatt, 1806, Num. 23, und in dem Rhein. Bund, IV. 124. Dann ein zweiter Vertrag zu Eſslingen, vom 16. Apr. 1807, in dem badischen Regierungsblatt, 1807, Num. 25; zwischen *Baden* und *Wirzburg*, v. 17. Mai 1807, in dem Rhein. Bund, IX. 492. 2) F. *Primas* und *Hessen*, v. 26. Sept. 1806, in d. Rh. Bund, III. 366. 3) *Baden* und *Hessen*, v. 5. Oct. 1806, in d. Rh. Bund, IV. 106. 4) *Hessen* und *Isenburg*, v. 24. Sept. 1806, in d. Rhein. Bund, IV. 121. X. 86. 5) *Hessen* und *Nassau Weilburg*, v. 30. Aug. 1806, in d. Rhein. Bund, IX. 487. 6) *Baiern* und *Wirzburg*, v. 12. Jun. 1807, in d. Rhein. Buud, IX. 76. 7) *Wirzburg* und *Sachsen-Hildburghausen*, v. 16. Jul. 1807, in d. Rh. B. X. 82.

e) Friede zwischen Frankreich und dem König v. Sachsen, zu Posen 11. Dec. 1806, Art. 7, in d. Rh. B. III. 468.

§. 99.

TerritorialReunionen und Subjectionen.

Die Auflösung der teutschen Reichsverfassung und die Errichtung des Rheinbundes mit souverainen Bundesstaaten, veranlaſste bedeutende TerritorialReunionen und Subjectionen. Dieses Loos traf viele bis dahin reichsunmittelbare Besitzungen teutscher reichsständischer Territorialherren [a]) (Fürsten, Grafen und Herren) und anderer unmittelbarer Angehörigen des teutschen Reichs, namentlich der beiden geistlichen Ritterorden und der Reichsritterschaft, auch mehrere Reichsstädte, welche souverainen Bundesstaaten unterworfen, oder einverleibt (nicht mediatisirt) wurden. Die meisten dieser TerritorialOccupationen wurden festgesetzt in der Bundesacte [b]), andere in Accessions- und ReceptionsVerträgen neuer Bundesfürsten [c]).

a) Verzeichniſs der, der Krone Baiern subjicirten Fürstenthümer, Grafschaften und Herrschaften, in d. Rhein. Bund, VI. 372.

b) Art. 17. 18. 19. 21. 22. 24. 25.

c) *Wirzburgischer* Receptions- und AccessionsVertrag vom 25. Sept. 1806, Art. 3 und 4; in dem Rhein. Bund V. 293 f.

§. 100.

Verschiedenheit der Reunions- und Subjectionsrechte.

I) Ueber die reichsständischen subjicirten oder subordinirten Erbstaaten [a]), so auch über die reichsritterschaftlichen Besitzungen [b]), erhielten die Bundesfürsten alle Souverainetät (toute souveraineté): hingegen II) über die Reichsstädte und deren Territorien [c]), desgleichen über die Burg Friedberg [d]), und die Besitzungen der beiden geistlichen Ritterorden [e]), auch, in der Regel, über die von andern Bundesfürsten ihnen in der Bundesacte cedirten TerritorialBesitzungen [f]), alle Souverainetät und Proprietät [g]) (toute souveraineté et proprieté).

a) Bundesacte, Art. 24.

b) Bundesacte, Art. 23. 25. Rhein. Bund, IV. 85. *Wirzburgischer* Receptions- und AccessionsVertrag vom 25. Sept. 1806, Art. 4; in d. Rhein. Bund, V. 294. Von reichsunmittelbaren, nichtreichsständischen, und auch nichtreichsritterschaftl. Besitzungen s. BRAUERS Beitr. 57.

c) Bundesacte, Art. 17. 22.

d) Bundesacte, Art. 21.

e) Bundesacte, Art. 17. 18. 19. 23. *Wirzburgischer* Receptions- und AccessionsVertrag v. 25. Sept. 1806, Art. 3; in d. Rhein. Bund, V. 293. — Von den Verhältnissen des *teutschen Ritterordens*, seit dem presburger Frieden v. 26. Dec. 1805, Art. XII, VIII, XV u. XVII. s. BRAUERS Beitr. 27. 31. Dawider s. Beytrag zur Erläuterung des

XII. Art. des presburger Friedensschlusses, in so weit derselbe den teutschen Ritterorden betrifft. Mit Urkunden. (Teutschland 1807. 8.) §§. 17, 36, 37. — Von dem *Johanniter Orden* s. Essai sur l'Ordre de Malte ou de St. Jean, et sur ses rapports avec l'Allemagne en général et avec le Brisgau en particulier, (Basle 1806. 8.) §. 6. et suiv. Ueber den Maltheserorden und seine gegenwärtigen Verhältnisse zu Teutschland überhaupt, und zum Breisgau insbesondere. Frankf. u. Leipz. 1804. 8.

f) Bundesacte, Art. 18. 19. 20.

g) Vergl. Brauers Beitr. 70.

§. 101.

Vertheilung der zerstreuten r. r. Besitzungen.

Wegen Vertheilung der zerstreuten reichsritterschaftlichen Besitzungen, ward zur Regel genommen [a]), dafs jeder Bundesfürst die in seinen Staaten inclavirten reichsritterschaftlichen Besitzungen mit aller Souverainetät besitzen soll. Hingegen die zwischen zwei Bundesstaaten gelegenen reichsritterschaftlichen Besitzungen (terres équestres interposées entre deux états confédérés) sollten, so viel die Souverainetät betrifft, getheilt werden zwischen beiden Staaten, so gleich als möglich, doch so, dafs weder Zerstückelung noch TerritorialVermischung dadurch entstehe. Diese Bestimmung hatte mehrere AbtheilungsVerträge zur Folge [b]).

a) Bundesacte, Art. 25.

b) Verträge dieser Art sind oben angeführt, §. 98, Note d. Von den Grundsätzen der Vertheilung s. Brauers Beitr. 52. 60. 62. 67. 70.

§. 102.

Souverainetäts- und Eigenthumslande. Oberhoheitslande. Standesherrliche und grundherrliche Besitzungen.

Diese TerritorialCessionen, Reunionen und Subjectionen bildeten zwei Classen von neuerworbenen Besitzungen: solche, die mit Souverainetät und Proprietät (Souverainetäts- und Eigenthumslande), und solche, die nur mit Souverainetät (Oberhoheitslande) erworben wurden. In den letzten blieb die Proprietät, mit gewissen Real- und PersonalVorrechten, den vorigen Besitzern. Diese Oberhoheitslande hat man in mehrern Bundesstaaten, sofern solche vorhin reichsständische Besitzungen mit Territorialhoheit waren, standesherrliche, sofern sie aber reichsritterschaftliche reichsunmittelbare Besitzungen waren, grundherrliche oder PatrimonialBesitzungen, Herrschaften, Gebiete, Bezirke, Güter oder Orte genannt.

§. 103.

Bestimmung der Souverainetätsrechte in den Oberhoheitslanden.

Die Bundesacte stellt zuvörderst den Grundsatz auf, dafs die Bundesfürsten, in den ihnen zugetheilten Souverainetäts- oder Oberhoheitslanden, „alle Rechte der Souverainetät“

ausüben sollen [a]). Hierauf bestimmt und enumerirt sie, in Beziehung auf die gedachten Lande, die Rechte der Oberhoheit so [b]), daſs solche bestehen sollen, in der 1) Gesetzgebung (legislation); 2) höchsten Gerichtbarkeit (jurisdiction suprême); 3) Oberpolizei (haute-police); 4) MilitärConscription oder Rekrutenaushebung (conscription militaire ou recrutement); und 5) in dem Rechte der (Staats-) Auflagen (droit d'impôt). Dieſs ist das Verzeichniſs der einzelnen Hoheitsrechte, welche den Begriff des Ganzen oder der Oberhoheit, nach der eigenen Erklärung der Verbündeten, constituiren sollen. Ausserdem erwähnt die Bundesacte, durch einen Gegensatz, überhaupt noch jener Rechte, die der Souverainetät wesentlich ankleben [c]).

a) Art. 24. (Les princes confédérés) „exerceront *tous* les droits de souveraineté".

b) Art. 26. „Les *droits de souveraineté* sont ceux de législation, de jurisdiction suprême, de haute-police, de conscription militaire ou de recrutement, et d'impôt". — Von der *Auslegung* dieser Stelle und des Art. 27, vergl. *Rhein. Bund*, IV. 12. 67. V. 264. VI. 432. VII. 145. 156. IX. 346. 439. X. 71. XI. 264. XIII. 95. Brauers Beitr. 7. 19. 46. 73. 79. 89. 92 ff. 204. Anmerkungen in d. *Europ. Annalen*, 1806, IX. 232—234. — Auch soll der König von Holland über die Herrschaften *Kniphausen* und *Varel*, dem Grafen von Bentink gehörig, Souverainetätsrechte ausüben, wie sie in der rheinischen Bundesacte, Art. 26, bestimmt sind.

Tractat zwischen Frankreich und Holland, zu Fontainebleau, 11. Nov. 1807, Art. 5.

c) Bundesacte, Art. 27. Vergl. unten, §. 105, Note a. und eine *Enumeration* dieser Rechte, in dem Staatsr. der Bundesstaaten, Cap. IV.

§. 104.

Rechte, welche den subjicirten Fürsten, Grafen und Herren gelassen wurden.

1) *Domänen.*

Dagegen sollen die, zu der Zeit der Errichtung des Rheinbundes regierenden, aber durch die Bundesacte einem Bundessouverain unterworfenen Fürsten und Grafen (Standesherren), als Patrimonial- und Privateigenthum (comme propriété patrimoniale et privée), behalten (conserveront): I) alle Domänen, ohne Ausnahme, die sie am 12. Jul. 1806 besassen.

§. 105.

2) *Grundherrliche und Feudalrechte.* 3) *Einkünfte. Standesherrlichkeit. Oberhoheit.*

Auch sollen den Standesherren bleiben: II) alle grundherrlichen und Feudalrechte (tous les droits seigneriaux et féodaux [a]), d. h. die Patrimonialherrlichkeit und Feudalgerechtigkeit, oder die patrimonialherrlichen und LehnGerecht-

same), die nicht wesentlich der Souverainetät ankleben (non essentiellement inhérens à la souveraineté), und namentlich die Rechte 1) der niedern und mittlern Gerichtbarkeit, in Civil- und Criminalsachen (les droits de basse et moyenne jurisdiction, en matière civile et criminelle), 2) der Forstgerichtbarkeit und Forstpolizei, 3) der Jagd, 4) der Fischerei, 5) der Berg- und Hüttenwerke, 6) der Zehnten, und 7) der Lehn-Prästandorum (prestations féodales), 8) das Patronatrecht, und 9) andere ähnliche („et autres semblables") Gerechtsame; nebst III) den Einkünften von den gedachten Domänen und Rechten c) („et les revenus provenant des dits domaines et droits"). — Der Inbegriff dieser Rechte, und der persönlichen Vorrechte der Standesherren, heifst die Standesherrlichkeit, auch subordinirte Landesherrlichkeit (jus territorii subordinatum s. subalternum), in dem Gegensatze der Souverainetät, Oberhoheit oder Oberlandesherrlichkeit d).

a) Die Bestimmung der einzelnen, dahin gehörigen Rechte, ist nach dem *teutschen* Rechtssystem zu fassen. Was in *Frankreich* dahin gehörte, (das complexum feudale, nach *Dumolins* Ausdruck) s. in HERVÉ théorie des matières féodales et censuelles, T. I. (Paris 1785. 8.) p. 384 sqq.

b) In *Frankreich* unterschied man *drei* Stufen der grundherrlichen lehnbaren Gerichtbarkeit (trois degrés de justice *seigneuriale* — in dem Gegensatze der jurisdiction *royale* — oder trois degrés de pouvoir plus ou moins étendus); la *haute*, la *moyenne* et la *basse* justice ou jurisdiction. Jede hatte ihre eigene Grenzbestimmung, worinn aber die coutumes, die LocalGewohnheiten, die VerleihungsUrkunden, und der Besitzstand sehr von einander abwichen, so daſs eine feste Regel deſshalb nicht statt fand. Hervé a. a. O. T. I. p. 299—302. T. IV. p. 2. 6—124. Bacquet des droits de justice, chap. 1. n. 3. C. J. de Ferriere nouvelle introduction à la pratique, v. *justice foncière*. Encyclopédie, par M. Diderot, v. justice seigneuriale. Encyclopédie méthodique; Jurisprudence, T. I. (Paris 1782. 4) p. 787. T. V. (1785.) p. 352 sq. 362 sq. 384. — *Hier* müssen den französischen Worten: „basse et moyenne jurisdiction" (*deux degrés* de jurisdiction), *teutsche* Rechtsbegriffe untergelegt werden. Vergl. Europ. Annalen, 1806, IX. 233. Brauers Beitr. 121. Rhein. Bund, IX. 441, Note *. VII. 148.

b) Bundesacte, Art. 27. „Les princes et comtes *actuellement régnans conserveront* chacun, comme propriété patrimoniale et privée, *tous* les *domaines*, sans exception, qu'ils possèdent maintenant, ainsi que *tous* les *droits seigneuriaux* et *féodaux non essentiellement inhérens à la souveraineté*, et *notamment* les droits de basse et moyenne jurisdiction, en matière civile et criminelle, de jurisdiction et de police forestière, de chasse, de pêche, de mines, d'usines, de dîmes et de prestations féodales, de patronage (nicht: paturage) et *autres semblables*, et les *revenus* provenant desdits domaines et droits". Das Nähere von dem Verhältniſs der Standesherren, *unten* in dem Staatsrechte der Bundesstaaten, Cap. IV.

d) Vergl. Rhein. Bund, IV. 4. Note a.

§. 106.

Zweifel und Streitigkeiten hierüber.

Ueber den wahren Sinn mehrerer dieser Rechtsbestimmungen; über die Grenze der, zu dem Vortheil der untergeordneten Fürsten und Grafen aufgestellten Regel (§. 105, Num. II) in Rücksicht der ihnen gebliebenen Rechte; besonders über den Sinn der beigefügten Einschränkung, daſs nur solche Rechte unter der Regel begriffen seyen, die der Souverainetät nicht wesentlich ankleben; über die Frage, ob nicht die der Oberhoheit vorbehaltenen Rechte, als Reservate, wie Ausnahmen von der Regel zu betrachten seyen, mithin die Rechtsvermuthung für die untergeordneten Fürsten und Grafen streite? über den Umfang des Subordinations-Verhältnisses der ihnen gebliebenen Rechte; und über manche von ihnen, oder von ihren Oberhoheitsherren angesprochene Rechte, deren in der Bundesacte auf keine Weise Erwähnung geschieht, — sind vielfältig Zweifel und Streitigkeiten entstanden a). In einzelnen Bundesstaaten sind, von dem Souverain, deſshalb eigene, mehr oder weniger umfassende Declarationen erfolgt; wovon unten, in dem Staatsrechte der Bundesstaaten.

a) Vergl. Note b zu dem §. 103. Vorzüglich gehören hieher BRAUERS Beiträge, verglichen mit den *Sendschrei-*

ben F. C. v. MOSERS aus Abrahamsschoofs, in dem Rhein. Bund, VIII. 286. XI. 161. und mit STEPHANS Abhandl. *ebendas.* V. 253.

§. 107.

Staatsauflagen ihrer Domänen und Güter. Eingeschränktes Veräusserungsrecht. Verkauf.

Die Domänen und Güter der untergeordneten Fürsten und Grafen, oder Standesherren, sollen, I) so viel die Staatsauflagen betrifft, eben so behandelt werden, wie die Domänen der Prinzen desjenigen Hauses, unter dessen Souverainetät sie, vermöge der Bundesacte, gelangen, oder, im Fall keiner der Prinzen des gedachten Hauses Immobilien besässe, wie die Domänen und Güter der am meisten privilegirten Classe [a]). Auch können II) die gedachten Domänen und Rechte nicht verkauft werden an einen Souverain, der nicht Mitglied des Rheinbundes ist [b]). Ueberhaupt aber III) dürfen solche nicht veräussert werden, wenn sie nicht vorher demjenigen Bundesfürsten, unter dessen Souverainetät sie sich befinden, sind angeboten worden [c]).

a) Bundesacte, Art. 27. Rhein. Bund, VII. 49. BRAUERS Beiträge, 192. In *Baiern* nach dem Steuerbeitrage der baierischen *Stände. Baierische* Declaration v. 19. März 1807, 11. Rhein. Bund, VI. 386.

b) Bundesacte, Art 27.

c) Bundesacte, Art. 27.

§. 108.

Residenz der Fürsten und Grafen. Ihre Einkünfte und Capitalien.

I) Den untergeordneten Fürsten und Grafen (Standesherren), die zu der Zeit der Errichtung des Rheinbundes regierende Herren waren, und ihren Erben, bleibt frei, ihre Residenz zu nehmen allenthalben, wo sie wollen. Nur mufs solches geschehen entweder in einem solchen Staate, der zu dem Rheinbunde gehört, oder mit solchem alliirt ist, oder in denjenigen Besitzungen der gedachten Fürsten und Grafen, die sie ausserhalb der zu dem Rheinbunde gehörigen souverainen Staaten behalten [a]). II) Auch dürfen sie ihre Einkünfte, oder Capitalien an sich ziehen, ohne defshalb irgend einer Abgabe oder Auflage unterworfen zu seyn [b]).

a) Bundesacte, Art. 31. BRAUERS Beitr. 225.
b) Bundesacte, Art. 31.

§. 109.

Austrägalrecht und Bestrafung derselben in Criminalsachen.

In Criminalsachen geniessen, 1) die jetzt subordinirten, bei Errichtung der Bundesacte regierenden, Fürsten und Grafen, und deren Erben, des Rechtes der Austräge, des Rechtes von ihres Gleichen gerichtet zu

werden [a]). In keinem Falle kann die Vermögens Confiscation wider sie erkannt werden, oder statt haben; wohl aber können die Einkünfte sequestrirt werden, während der Lebenszeit des Verurtheilten [b]).

a) Bundesacte, Art. 28. BRAUERS Beiträge, 208. Rhein. Bund, IV. 81.

b) Bundesacte, Art. 28.

§. 110.

Pensionirung ihrer Staatsdiener.

Die Individuen, welche bei der öffentlichen Verwaltung jener Fürstenthümer, Grafschaften, oder Herrschaften angestellt waren, die vermöge der Bundesacte unter die Souverainetät eines Bundesstaates kamen, und welche der Souverain nicht für gut findet, auf ihrem Posten zu lassen, sollen einen Ruhegehalt empfangen, welcher demjenigen gleich ist, den die Gesetze oder Ordnungen des Staates [a]) den Staatsdienern desselben Grades zugestehen [b]).

a) Findet, wenn dergleichen nicht existiren, analogische Anwendung des ReichsdeputationsHauptschlusses v. 25. Febr. 1803, §. 59, statt? BRAUERS Beitr. 227. Müssen die Ruhegehalte, nach dem Princip der Schulden-Abtheilung, zwischen dem Souverain und dem Standesherrn getheilt werden? Ebendas. S. 231.

b) Bundesacte, Art. 31. Anmerkung in d. *Europ. Annalen*, 1806, IX. 236. Vergl. auch Rhein. Bund, XI. 272.

274. 289. XII. 421. Nassauische Verordnung, die Staatspensionäre betr. v. 25. Aug. 1807; Rhein. Bund, XII. 458.

§. 111.

Pensionirung der Mitglieder der geistlichen Ritterorden.

Die Mitglieder der geistlichen Ritterorden, welche, zufolge der Bundesacte, ihres Ordensbesitzes entsetzt, oder secularisirt werden, erhalten ein lebenslängliches Jahrgeld, verhältnifsmäsig mit den Einkünften, welche sie hatten, mit ihrer Würde und ihrem Alter, und hypothekarisch versichert auf die Güter, in deren Niefsbrauche sie sich befanden [a]).

a) Bundesacte, Art. 33.

§. 112.

Pensionirung der ReichsStaatsdiener.

Für Pensionirung der ReichsStaatsdiener [a]), die zu dem Dienste des Ganzen gebraucht wurden, war in der Bundesacte nicht gesorgt. I) Kaiser Franz II. übernahm, bei seiner Abdication, die Pflicht, denen ReichsStaatsdienern, die aus Seinem eigenen KammerAerar besoldet wurden (die bei dem Reichshofrath, bei der geheimen Reichshofkanzlei, bei der allgemeinen Reichsversammlung etc. angestellten Reichs-

Staatsdiener), ihre bis dahin genossene Besoldung fortzubezahlen, unter Vorbehalt ihrer angemessenen Anstellung und ihres Gebrauchs zu erbländischen Diensten [b]). In Ansehung der kaiserlichen geheimen Reichshofkanzlei wird, nach des Kaisers Versicherung, der vorhandene, und für ihre Unterhaltung bestimmte eigene Fond, zu Versorgung jener Individuen, die daher ihre Besoldung erhielten, verwendet werden, und, bis zu einer eigenen Maasnehmung, denselben zur Beruhigung dienen [c]).

a) Ein Aufsatz des Fürsten Primas v. 14. Sept. 1806, in dem Rhein. Bunde, I. 153.

b) Erklärung K. Franz II., datirt Wien den 6. Aug. 1806; in d. *Europ. Annalen*, 1806. IX. 250.

c) Die angef. Erklärung K. Franz II. Der gedachte Fond soll in dem J. 1785 auf eine monatliche Revenüe von 6000 Gulden angewachsen gewesen seyn.

§. 113.

Fortsetzung.

II) Zugleich empfahl K. Franz II. dringend den Kurfürsten, Fürsten und Ständen, für das Schicksal der, bei dem kaiserlichen Reichskammergericht und bei der KammergerichtsKanzlei angestellten Personen hinlänglich zu sorgen [a]). Für den Unterhalt der Mitglieder des Collegii cameralis,

so wie der dazu gehörigen Officianten, wird gesorgt, theils durch Fortzahlung der Kammerzieler, theils durch den Rest des kammergerichtlichen SustentationsFonds, auch durch die ActivCapitalien des Reichskammergerichts, theils durch Uebernehmung Einzelner in Staatsdienste rheinischer Bundesfürsten. Das Kanzleipersonal erhält Pension aus einem Fond, den der Reichserzkanzler zu dessen Besoldung gestiftet hatte; wiewohl es noch ausserdem wegen verschiedener rechtmäsiger Accidenzien Entschädigung erwartet. Endlich machen auch die Advocaten und Procuratoren, nebst ihren Schreibern (Protocollisten und Notarien) auf jährliche Unterstützung Anspruch, wozu durch Vorschuſs aus der Depositen- und Armenkasse und aus andern Mitteln der Anfang gemacht ward [b]).

a) Die oben angef. Erklärung K. Franz II. v. 6. Aug. 1806.

b) Rhein. Bund, I. 153. III. 390. IV. 135. V. 296. VII. 163. 170. VIII. 244. 283. 300. IX. 480. X. 133. XI. 296. XII. 442. 455. XIII. 112. XIV. 277. Nic. VOGTS Staatsrelationen, Bd. VIII, Heft 2, Num. 2. Von der Briefporto- und Chausséegeldfreiheit der Mitglieder des KammergerichtsCollegii, ebendas. X. 125. XIII. 122.

§. 114.

Schulden und Staatseigentsthum des t. Reichs.

Für Pensionirung der ReichsStaatsdiener haftet, wenigstens subsidiarisch, so wie an

sich schon für die Schulden des teutschen Reichs [a]), das gesammte noch übrige Reichs-Staatseigenthum. Nebst den etwa bei Auflösung der Reichsverfassung nicht reinfeudirten, erledigten kleinern Reichslehen (als Reichsdomänen), und dem vorhin gedachten Fond zu Unterhaltung der Reichskanzlei, gehören dahin: die ReichsInsignien, der kaiserliche KrönungsOrnat und die Reichsheiligthümer (Reliquien), die Gebäude, ActivCapitalien, Kassen und Mobilien des Reichskammergerichtes, die confiscirten alten Münzen [b]), welche in dem Aerar der Reichskanzlei lagen, der Vorrath reichsgerichtlicher Depositen und reichshofräthlicher Revisionsgelder, sofern sie als verfallen zu betrachten sind, die noch rückständigen Kammerzieler und Römermonate u. d.

a) G. H. DE BERG progr. de publicis imperii Romano-Germanici debitis. Goett. 1794. 4. Teutsch in GIRTANNERS polit. Annalen, 1794, Sept., N. 1. Rhein. Bund, III. 394.

b) In dem J. 1785 sollen für mehrere 100,000 Gulden solcher Münzen vorräthig gewesen seyn.

§. 115.

Schulden der Reichskreise.

In Ansehung der Schulden der Reichskreise ward in der Bundesacte festgesetzt:

I) daſs die Bundesstaaten zu deren Bezahlung beitragen sollen, nicht allein für ihre alten Besitzungen, sondern auch für diejenigen Territorien, welche ihrer Souverainetät, durch die Bundesacte, unterworfen werden [a]). Insbesondere II) sollen die Schulden des schwäbischen Kreises, den Königen von Baiern und Wirtemberg, dem Groſsherzog von Baden, den Fürsten von HohenzollernHechingen und Sigmaringen, von Lichtenstein und von der Leyen, zur Last liegen, und unter sie vertheilt werden, nach Verhältniſs dessen, was jeder von ihnen in Schwaben besitzt [b]).

a) Bundesacte, Art. 29. Von den Schulden der *kur-* und *oberrheinischen* Kreise, s. Rhein. Bund, VII. 141. X. 113. XIII. 3. XIV. 252. — Befreiung der *Standesherren* von der Beitragspflicht zu *Kreisschulden*. Brauers Beitr., 212.

b) Bundesacte, Art. 29.

§. 116.

Schulden der Oberhoheitslande.

Die Schulden (Staats- und Kammerschulden) eines jeden Fürstenthums, Grafschaft oder Herrschaft, welches unter die Souverainetät eines Bundesstaates kommt, sollen getheilt werden, zwischen dem gedachten Bundesstaate und den zur Zeit der Errichtung des Rheinbundes regierenden Fürsten oder Grafen, nach dem Verhältniſs der Einkünfte, welche der gedachte Staat mit der

Souverainetät erwirbt, und derjenigen, welche die Fürsten und Grafen, nach den Stipulationen der Bundesacte, behalten [a]). Die persönlichen oder Privatschulden der Standesherren, die Amts- und Gemeindeschulden, gehören nicht dahin.

a) Bundesacte, Art. 30. BRAUERS Beitr., 218. Von der richtigen Lesart s. Rhein. Bund, X. 75.

§. 117.

Staatsgläubiger und Pensionäre der Reichskreise und Entschädigungsländer von 1803.

Die Rechte der Reichskreis- und Staatsgläubiger, auch Pensionäre, welche in dem Reichsdeputations Hauptschlusse vom 25. Febr. 1803, §. 38 und §§. 77 bis 85, dann §§. 50 ff., ihre Bestimmung erhalten haben, dauern, nach klarem Inhalte der Bundesacte [a]), unverändert fort. Streitigkeiten, welche darüber entstehen, gehören, sofern die streitenden Theile Bundesfürsten sind, vor den Bundestag [b]), sofern der wider einen Bundesfürsten auftretende Kläger kein Bundesfürst ist, vor die competente inländische Justizbehörde des Beklagten.

a) Bundesacte, Art. 2. — Von den Rechten der *Gläubiger* gegen *Standesherren* s. BRAUERS Beitr., 218. — Von Unterhaltung oder Pensionirung der ehemaligen *Rheinzoll Officianten*, welche durch Aufhebung der Rheinzölle und Einführung des RheinschiffahrtsOctroi in Ruhestand kommen, s. Bemerkungen über den OctroiVertrag (Heidelberg 1806. 8.) S. 55—60.

b) Bundesacte, Art. 9.

IV. Capitel.

Lehnsverfassung.

§. 118.

Lehnsverbindung.

Theils die Auflösung der teutschen Reichsverbindung überhaupt, theils die in der Bundesacte geschehene wechselseitige Verzichtleistung aller Bundesfürsten, auf jedes wirkliche oder gegenwärtige Recht, welches Jeder von ihnen haben oder ansprechen könnte auf Besitzungen der übrigen Mitglieder des Bundes (§. 89), erhält von den Bundesfürsten, in Beziehung auf das Lehnsverhältniſs in den rheinischen Bundesstaaten, folgende Auslegung [a]).

a) Groſsherzogl. *badische* Proclamation v. 25. Nov. 1806, in dem bad. Regierungsblatt, 1806, Num. 29. Statsvertrag zwischen *Baden* und *Wirzburg* v. 17. Mai 1807, §. 6, in d. bad. Regier. Blatt, 1807, Num. 24. K. *wirtemb.* Patent v. 16. Dec. 1806. K. *baier.* Declaration, die Bestimmung der Verhältnisse der, der königl. Souverainetät unterworfenen Fürsten, Grafen und Herren betr., v. 19. März 1807, M. 1., in d. Rhein. Bund, VI. 372. K. *baier.* Erklärung v. 17. April 1807, in d.

baier. Regier. Blatt, 1807, Num. 36. K. *baier.* Aufruf an die Vassallen in der Oberpfalz, v. 22. Mai 1807, in Tyrol, v. 1. Jun. 2807, in Neuburg etc. in d. baier. Regier. Blatt, Num. 26. GH. *darmstädt.* Proclamation v. 4. Febr. 1807. Herzogl. *ahrenbergische* Proclamation, d. d. Recklinghausen 15. Oct. 1807.

§. 119.

* 1) *Bei vormaligen Reichslehen.*

I) In Hinsicht auf die vormaligen Reichslehen, hat 1) die Reichslehnsverbindung der Bundesfürsten selbst, in Ansehung ihrer eigenen Passivlehen, ganz aufgehört, durch Appropriation. Hingegen ist 2) bei denen Reichslehen, deren Besitzer, wegen dieser ehehin reichslehnbaren Besitzungen, rheinischen Bundesfürsten unterworfen sind, die Lehnsverbindung selbst fortdauernd, doch so, dafs eine Veränderung in der Person des Lehnherrn erfolgte, indem der Inbegriff der reichslehnherrlichen Rechte auf denjenigen Bundesfürsten übergieng, in dessen Staate das Lehn sich befindet. 3) Auch Reichsafterlehen dieser Art, welche in dieser Eigenschaft vorhin von einem rheinischen Bundesfürsten verliehen wurden, verwandelten sich in unmittelbare Activlehen desjenigen Bundesstaates, in dessen Gebiet sie gelegen sind. 4) Bei Reichsafterlehen, welche ein Bundesfürst von einem andern Bundes-

fürsten empfieng, hat die Lehnseigenschaft durch die Bundesacte aufgehört. 5) Hingegen ist sie bei solchen Reichsafterlehen, welche ein Bundesfürst von einem jetzigen Souverain empfieng, der zu dem Rheinbunde nicht gehört, für ganz aufgehoben nicht zu achten [a]. 6) Ein Reichslehn, dessen Gegenstand dem Vassallen durch die Bundesverfassung entzogen ward, z. B. Regalien der jetzigen Standesherren, ist als erloschen anzusehen [b].

a) Die Fürsten von *Reuſs* hatten ihre reichsunmittelbaren Besitzungen von *Böhmen* als Reichsafterlehn, die Regalien als (unmittelbares) Reichslehn.

b) Rhein. Bund, XIII. 96. 99.

§. 120.

Fortsetzung.

Dieser Veränderung ungeachtet, ist A) rechtlich anzunehmen, daſs die vormaligen Reichslehns Successionsrechte, nebst der Successionsordnung, gleichviel, ob sich dieselben gründen auf die Abstammung von dem ersten Erwerber (jus sanguinis), oder auf Mitbelehnschaft, oder auf gesetzmäsig erlangte Eventualbelehnung oder Anwartschaft [a], oder auf andere gültige Vertragsbestimmung oder Willenserklärung, unverändert fortdauern, nicht nur bei den vormaligen, jetzt appro-

priirten Reichslehen der Bundesfürsten selbst, sondern auch bei jenen Reichslehen, die in rheinische Bundesstaatslehen verwandelt wurden, und jetzt von Bundesfürsten releviren. Bei diesen letzten bleiben überdem B) nach wie vor, so wie die ursprünglichen Rechtsbestimmungen (lex investiturae) überhaupt, also auch namentlich die besondern Eigenschaften oder Impropriеtäten, unverändert gültig.

a) Bundesacte, Art. 34, und Analogie dieser Rechtsbestimmung.

§. 121.

2) *Bei TerritorialLehen.*

II) In Ansehung der vormaligen teutschen TerritorialLehen, bleibt 1) jede bisherige inländische TerritorialLehnsverbindung, bei welcher vorhin schon dem jetzigen Bundesfürsten die Lehnherrlichkeit gebührte, ohne Veränderung in der Person des Lehnherrn und seiner Rechte. 2) Jede auswärtige Lehnsverbindung inländischer Privatbesitzungen (feuda extra curtem), ist als solche, unter den Bundesstaaten, aufgehoben, und auf denjenigen Bundesfürsten übergegangen (§. 89 ff.), in dessen Staatsgebiete das Lehn gelegen ist [a]). 3) Auch wird jeder LehnsNexus, der zwischen Bundesfürsten statt fand,

als aufgehoben betrachtet (§. 89 ff.). 4) Die Lehnherrlichkeit eines jetzigen Standesherrn über einen Bundesfürsten, wird als aufgelöset angesehen [b]). Dagegen sind 5) seit Errichtung des Rheinbundes, in mehrern Bundesstaaten neue Staatslehen entstanden [c]). 6) Aber gestattet wird nicht, daſs Jemand inländische Besitzungen einem auswärtigen Souverain zu Lehn auftrage, oder von ihm inländische Privatgüter oder Einkünfte zu Lehn nehme [d]). 7) Auch wird einem fremden Souverain, inländischer Lehnsbesitz nicht leicht erlaubt [e]).

a) Baierische Declaration v. 19. März 1807, M. 1. Rhein. Bund, VI. 390. ConstitutionsEdict, die Lehnsverfassung des Groſsherzogthums Baden betr. v. 12. Aug. 1807, §. 3. Brauers Beitr., 264. — Von den Passivlehen der *Standesherren*, die sie von einem auswärtigen Bundesfürsten hatten, ebendas. 115. Es cessirt also auch das *Consolidationsrecht* des *vorigen* Lehnherrn, in dem künftigen Fall einer Eröffnung des Lehns. Rh. Bund, IV. 113. §. 7. Dawider s. Ueber die Lehnherrlichkeit eines Souverains des rheinischen Bundes im Gebiete des andern (1807. 8.), §. 12 ff. 35 ff. A. Hunger über die Erlöschung der auswärtigen Lehen in den Staaten der rheinischen Conföderation. Landsh. 1808. 8.

b) Brauers Beitr., 108. Vergl. unten, §. 123.

c) Z. B. die fürstl. taxischen *Postlehen*, eine Art von Zinslehen (feudis censualibus).

d) Das angef. badische ConstitutionsEdict, §. 3.

e) Ebendas. §. 4.

§. 122.

3) *Bei Privatlehen.*

III) Anlangend die Privatlehen, so ist bei diesen 1) die Lehnsverbindung mit auswärtigen Privatlehnherren für aufgehoben, durch die Bundesacte, nicht zu achten; sie wird aber fernerhin nicht überall geduldet. 2) Bei inländischen Privatlehnherren dauert diese Lehnsverbindung unverändert fort [a]), doch mit Subordination unter die Souverainetät des inländischen Bundesfürsten. Zu dieser Classe gehören jetzt auch die inländischen Activlehen inländischer Standes- und Patrimonialherren, die, wenn sie vorhin Territoriallehen waren, sich aus solchen in Privatlehen verwandelt haben [b]).

a) Nach dem angef. *badischen* ConstitutionsEdict, §. 3, können diese Lehen nur in der Form von *uneigentlichen* Lehen, als Feudaster, mithin nur in *teutschem privatrechtlichem* Verhältniis, fortdauern.

b) Brauers Beitr., 101. In dem Grofsherzogthum *Baden* werden *diese* blofs so weit geduldet, als damit nur Güter, Renten und Rechte verbunden sind, welche die Standesherren selbst, als Eigenthum besitzen können. Grofsherzogl. Verordnung v. 22. Jul. 1807, §. 17. in dem Rhein. Bund, XII. 327. Vergl. Brauers Beitr., 111 u. 112. Dasselbe ist verordnet §. 52 der grofsherzogl. *hessischen* Declaration, die Rechte der Standesherren betr., v. 1. Aug. 1807, nur mit dem Zusatze: „und in soweit nicht das dominium utile souverain

gewordenen Herren zusteht". Rhein. Bund, XIII. 80. In der K. *baierischen* Declaration v. 19. März 1807, lit. M, heifst es: „Was die *Activlehen* betrifft, so werden ihnen (den subjicirten Fürsten und Grafen) dieselben ferner belassen; jedoch geht in allen streitigen Lehnsachen die *Appellation* an Unser oberstes Justiztribunal, und die *Ritterdienste* können nur für den Souverain erlangt werden; alle übrigen *Lehngefälle* bleiben dem Mediatherrn". *Rhein. Bund*, VI. 391.

§. 123.

Insbesondere bei PrivatPassivlehen der Bundesfürsten.

In Ansehung solcher PrivatPassivlehen, welche seither ein nunmehriger Bundesfürst von eigenen Unterthanen empfieng, ward in dem Königreich Baiern, abweichend von der bisher in Teutschland bestandenen Lehnssitte, der Grundsatz aufgestellt: dafs kein rheinischer BundesSouverain fernerhin Vassall eigener Unterthanen seyn könne, sondern dafs alle Lehen dieser Art als allodificirt zu betrachten seyen, jedoch gegen Entschädigung der Lehnherren, so weit sie dadurch an wirklichen Einkünften verlieren [a]).

a) K. *baier.* Erklärung v. 17. Apr. 1807, in d. *baier.* Reg. Blatt, 1807, Num. 36. Vergl. BRAUERS Beitr., 108.

V. Capitel.

Militärverfassung.

§. 124.

Kriegsbündniſs mit Frankreich.

Ein immerwährendes Kriegsbündniſs des Rheinbundes und aller seiner Bundesstaaten, mit Frankreich, verbindet das KriegsSchicksal beider Theile auf das engste [a]). Es soll zwischen Frankreich und den rheinischen Bundesstaaten, sammt und sonders, eine Allianz statt finden, kraft welcher jeder Continentalkrieg, den einer der contrahirenden Theile zu führen hätte, allen übrigen unmittelbar gemeinschaftlich wird [b]).

a) K. Napoleon sagte in einer Rede, gehalten zu Paris in dem Corps legislatif am 16. Aug. 1807: „La France est *unie* aux peuples de *l'Allemagne*, par les *lois* de la confédération du Rhin, à ceux des Espagnes, de la Hollande, de la Suisse et des Italies par les *lois* de notre système fédératif".

b) Bundesacte, Art. 35 — 38.

§. 125.

Fall der Kriegsrüstungen.

Ausser dem Fall eines wirklichen Angriffs, sollen die hohen contrahirenden Theile (die Alliirten), um nicht unversehens einem Ueberfall blofsgestellt zu seyn, sich rüsten, wenn eine benachbarte, nicht alliirte Macht Kriegsrüstungen machen würde [a]). Die vorsorgliche Rüstung soll geschehen auf den Antrag, welchen der Minister eines der contrahirenden Theile defshalb zu Frankfurt machen wird [b]).

a) Bundesacte, Art. 36.

b) Bundesacte, Art. 36. Schreiben des K. Napoleons an die Bundesfürsten, wegen Mobilmachung des Contingents, v. 21. Sept. 1806. Rhein. Bund, II. 248.

§. 126.

Bewaffnung des Bundes, durch Contingente.

Der Bund, als solcher, unterhält kein stehendes Kriegsheer. In dem Fall einer für nötig erachteten Bundesbewaffnung, oder eines Kriegs, in welchen der Bund verwickelt würde, stellt jeder Bundesfürst ein bestimmtes TruppenContingent. Dieses Contingent ist in vier Viertheile getheilt [a]). Die Bundesversammlung soll jedesmal bestimmen, wie viel Viertheile mobil gemacht werden sollen [b]). Doch darf die wirkliche Bewaff-

nung nur statt haben in Folge einer Einladung, welche der Kaiser von Frankreich an jede der alliirten Mächte erlassen wird [c]).

a) Bundesacte, Art. 36. — „Die Bundesfürsten sind schul„dig, auch in Friedenszeiten den Stamm ihres Contin„gents aufgestellt zu haben, keineswegs aber solches „vollzählig und gerüstet zu unterhalten". BRAUERS Beitr., 283.

b) Bundesacte, Art. 36. Ein Beschluſs der Bundesversammlung hierüber, bei dem Anfange und während des Kriegs gegen Preussen und Ruſsland, im J. 1806, ist nicht bekannt worden.

c) Bundesacte, Art. 36.

§. 127.

Stärke der Contingente.

1) *der ursprünglichen Bundesfürsten.*

Die Stärke der Contingente, welche jeder der Alliirten für den Fall eines Kriegs zu stellen hat, ist folgendermasen bestimmt. 1) Frankreich stellt 200,000 Mann Truppen jeder Art; 2) Baiern 30,000 Mann jeder Art; 3) Wirtemberg 12,000 Mann; 4) Baden 8,000 Mann; 5) Berg 5,000 Mann; 6) HessenDarmstadt 4,000 Mann; 7) Nassau nebst den übrigen (ursprünglichen) Bundesfürsten (§. 77), zusammen 4,000 Mann [a]). Bei Ausbruch des Kriegs in dem J. 1806, wurden diese 4,000 Mann, durch Vergleich zu Frankfurt, auf

folgende Art repartirt: a) der Fürst Primas 968 Mann; b) das Haus Nassau 1680; c) Ahrenberg 379; d) das Gesammthaus Salm 323; e) Isenburg 291; f) HohenzollernSigmaringen 193; g) HohenzollernHechingen 97; h) Lichtenstein 40; i) Leyen 29 [b]).

a) Bundesacte, Art. 38.

b) Rhein. Bund, III. 479. VII. 98.

§. 128.

2) *der neuaufgenommenen Fürsten.*

Für die neuaufgenommenen Bundesfürsten (§. 78) ward die Stärke des Contingentes vertragsmäsig so festgesetzt [a]): 1) König von Sachsen 20,000; 2) König von Westphalen 25,000 (und zwar 20,000 Mann Infanterie, 3,500 Cavallerie, 1,500 Artillerie); 3) Wirzburg 2,000; 4) SachsenWeimar 800; 5) S. Gotha 1,100; 6) S. Meinungen 300; 7) S. Coburg 400; 8) S. Hildburghausen 200; 9) das Haus Anhalt 800 Mann Infanterie, wozu AnhaltDessau 350, AnhaltBernburg 240, und AnhaltCöthen 210 Mann zu stellen, und worüber AnhaltDessau die Direction und Inspection zu führen hat; 10) SchwarzburgSondershausen und Rudolstadt, zusammen 650 Mann Infanterie, welche von beiden Linien zu gleichen Theilen gestellt werden, und worüber

jedesmal der Aelteste der beiden Fürsten, den Familienverträgen gemäfs, die Direction und Inspection zu führen hat; 11) Waldeck 400; 12) Reufs 450 Mann Infanterie, welche auf die vier Fürstenthümer, im Verhältnifs der Volksmenge, zu vertheilen sind, und worüber die Fürsten ReufsGreiz die Inspection haben; 13) Lippe 650 Mann Infanterie, wozu Lippe-Detmold 500, LippeSchaumburg 150 Mann stellt, und worüber jenes die Direction und Inspection hat c).

a) Man s. die ReceptionsVerträge, in dem Rhein. Bund, III. 468. V. 295. VII. 136. X. 96.

b) Constitution du royaume de Westphalie, tit 2.

c) Rhein. Bund, IX. 448. XIII. 137. 139. Bei Bestimmung der Contingente hat man einen Maasstab von der Bevölkerung genommen, beiläufig wie 1:150 („à peu près de deux tiers d'un pour cent, ou d'un cent cinquantième de la population totale"). Rhein. Bund, IX. 448., vergl. mit VII. 94 ff. — Die *Totalsumme* aller dieser Contingente ist, 115,750 Mann, wozu von Frankreich 200,000 Mann kommen sollen.

§. 129.

Befestigung von Augsburg und Lindau.

Der König von Baiern ist durch die Bundesacte verpflichtet, die Städte Augsburg und L i n d a u zu b e f e s t i g e n; zu Augsburg jederzeit ArtillerieEtablissements zu errichten und zu unterhalten; zu Lindau eine Quantität

Gewehre und Munition, hinlänglich zu einer Reserve, in Bereitschaft zu halten; zu Augsburg Bäckereien zu halten, worinn eine solche Menge Zwieback bereitet werden kann, daſs in dem Fall eines Kriegs, der Marsch der Kriegsheere nicht aufgehalten werde [a]).

a) Bundesacte, Art. 34.

VI. Capitel.

Gesandschafts- Kriegs- Friedens- und Bündnisrecht.

§. 130.

Gesandschaftsrecht.

Dem Rheinbunde, als einer souverainen Corporation, und den einzelnen souverainen Bundesstaaten, gebührt das Gesandschaftsrecht (jus legationum, droit d'ambassade), nach seinem ganzen Umfange, sowohl in dem wechselseitigen Verhältniſs der Bundesfürsten unter sich und auf der Bundesversammlung [a]), als auch gegen Auswärtige. Sie können daher Gesandte, selbst vom ersten Range, nicht nur von andern annehmen, sondern auch, und

zwar mehrere derselben zugleich an denselben Ort, schicken, und für dieselben alle Vorzüge und Rechte begehren, welche das europäische Völkerrecht den Gesandten unabhängiger Staaten einräumt [b]).

a) Der Fürst Primas legte, in einer Circularnote vom 13. Sept. 1806, den Bundesfürsten die Frage zur Entscheidung vor: ob es nicht der Würde unabhängiger Souveraine angemessen sey, dafs ihre Stellvertreter bei dem Bundestage zu Frankfurt, dessen Geschäft es ist, die innere Ruhe zu befestigen, *keine fremden Gesandten annehmen*, und *keine an fremde Höfe abschicken?* Rhein. Bund, I. 148.

b) Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürst von Benevent (Talleyrand), gab auch solchen, die Mitglieder des fürstlichen Collegii sind, die *Excellenz.* Rhein. Bund, IX. 447. Von seinem Nachfolger s. ebendas. XIII. 135.

§. 131.

Kriegsrecht. Repressalien. Neutralität.

Dem Rheinbunde und seinen Mitgliedern gebührt, zu Verfolgung ihrer Rechte, das Kriegsrecht gegen Auswärtige [a]) (jus belli, potestas bellica), so auch das Recht, Repressalien [b]) zu gebrauchen. Sie können als hauptkriegführender Theil, oder als Alliirte einer in Krieg verwickelten Macht, auftreten. Für den Zweck des Kriegs, ist ein Bündnifs mit Frankreich errichtet (§. 124), und eine eigene MilitärOrganisation des

Bundes festgesetzt (§. 125 ff.). In einem ContinentalKriege Frankreichs, oder eines der verbündeten Staaten, findet Neutralität eines, oder mehrerer Bundesstaaten nicht statt [c]).

a) Nicht unter sich. Bundesacte, Art. 9.

b) de MARTENS droit des gens, §. 218. seqq.

c) Bundesacte, Art. 35.

§. 132.

Durchmarsch.

In mehrern Receptions- und Accessions-Verträgen, ist den neuaufgenommenen Bundesfürsten zur Pflicht gemacht, dafs sie in keinem Falle und aus keiner Ursache, irgend einigen Truppen, oder Corps, oder Abtheilungen einer nicht zu der Conföderation gehörigen Macht, den Marsch durch ihr Gebiet gestatten [a]). Der Fürst Primas legte den Bundesfürsten die Frage zur Entscheidung vor [b]): „ob es nicht der hohen Weisheit der verbündeten Monarchen und Souveraine gemäfs sey, fremden Truppen, selbst unbewaffneten, den Durchmarsch nie ohne Einwilligung des ganzen Bundes zu gestatten"?

a) Rhein. Bund, III. 468. VII. 136. X. 97. XIII. 136. 138. In dem Frieden mit dem Könige von Sachsen, v. 11. Dec. 1806, kommt diese Stipulation zuerst vor; noch nicht in dem ReceptionsVertrage des Grofsherzogs von

Wirzburg, v. 25. Sept. 1806. Rhein. Bund, V. 293. III. 463.

b) In der CircularNote vom 13. Sept. 1806. Rhein. Bund, I. 148.

§. 133.

Vertragsrecht. Friedensrecht.

Das Recht, Verträge jeder Art (jus pactorum), insbesondere Frieden zu schliessen (jus pacis), steht dem Rheinbunde und seinen souverainen Mitgliedern auf dieselbe Art zu, wie das Kriegsrecht. Sie können als Haupt-Contrahent, oder als NebenContrahent, in der Eigenschaft eines Alliirten, und auch als Vermittler auftreten. Die Friedensschlüsse zu Posen mit dem Könige von Sachsen, und zu Tilsit mit Rufsland und Preussen, schlofs der Protector, für sich und die rheinischen Bundesstaaten, deren darinn ausdrücklich erwähnt wird a).

a) Sächsischer Friede, Art. 1. Rhein. Bund, III. 467. Russischer Fr. Art. 15 u. 17. Preussischer Fr. Art. 4 u. 5. Rhein. Bund IX. 404 ff. 415 f. Wie diese Friedensschlüsse den rheinischen Bundesfürsten bekannt gemacht wurden, s. in d. Rhein. Bund, X. 149.

§. 134.

Bündnifsrecht.

Das Recht, Bündnisse, defensive und offensive, zu schliessen (jus foederum), nicht nur unter sich, sondern auch mit Auswärtigen,

so weit dadurch den Rechten des Protectors, der Bundesverfassung und andern vertragsmäsigen Rechten kein Eintrag geschieht, gebührt, als Folge des Kriegsrechtes, dem Rheinbunde und seinen souverainen Staaten [a]). Durch die Allianz des Rheinbundes mit Frankreich, für jeden Continentalkrieg (§. 124), verbunden mit Schutz und Garantie, sind die rheinischen Bundesstaaten in das Föderativ-System K. Napoleons auf das genaueste verflochten. Dadurch wird jetzt ein weiterer Gebrauch des Bündnifsrechtes überflüssig, sofern nicht auch Frankreich zugleich hauptcontrahirender Theil ist. Früher schon wurden Baiern, Wirtemberg und Baden, durch Tractate, die dem presburger Frieden vorausgiengen [b]), Alliirte nicht nur Frankreichs, sondern auch des Königreichs Italien.

a) Einwilligung der *Landstände*, wo sie noch existiren, ist bei Ausübung des Kriegs- Friedens- und Bündnifsrechtes, nur kraft eines besondern Rechtstitels notwendig. STRUBE'S Nebenstunden Th. II. Abh. 10, §. 13. 17. 18. *Ejusd.* Obss. jur. et hist. obs. 4. §. 16. HÆBERLINS Staatsarchiv, Heft V, S. 44. f. EISENHARTS kleine Schriften, II. 51.

b) Theils kurz vor dem französischen Kriege von 1805, theils unmittelbar vor dem presburger Frieden vom 26. Dec. 1805, wurden diese Tractate geschlossen. In den lezten heifst es, unter anderm: „Pour assurer à ces „garanties reciproques tout l'effet qui est dans l'inten-

„tion des hautes parties contractantes, il y aura à perpé-„tuité entre la couronne de *France* d'une part, la cou-„ronne d'*Italie* d'autre part, et (S. M. le „Roi de Bavière, S. M. le Roi de Wirtemberg, S. A. „S. l'Electeur de Bade) une *alliance*, en vertu de la-„quelle toute guerre continentale faite à l'une des dites „puissances, pour quelque motif et quelque prétexte „que ce soit, deviendra immédiatement commune aux „deux autres". Und: „Le *traité d'alliance précédemment* „*conclu* entre les hautes parties contractantes reste dans „toute sa force, et sera exécuté suivant sa forme et „teneur dans toutes clauses auxquelles il n'est pas dé-„rogé par le présent traité". Vergl. auch den *pres-burger Fr.* Art. 6.

§. 135.

Subsidien Tractate. Kriegsdienste der Bundesfürsten. Garantie.

Unter den erwähnten Einschränkungen sind, aus demselben Grunde, die souverainen Staaten des Rheinbundes berechtigt, Subsidien Tractate zu schliessen, und, ihnen zufolge, Hülfstruppen in Bereitschaft zu halten und zu schicken [a]). Kriegsdienste kann ein Bundesfürst leisten, nur bei einem andern Bundesfürsten, oder bei einem Alliirten des Rheinbundes [b]). Auch die Garantie der in Verträgen souverainer Staaten enthaltenen Stipulationen, können der Rheinbund und die souverainen Bundesstaaten versprechen, oder sich versprechen lassen [c]).

a) Vergl. POSSELTS europ. Annalen, 1800, IX. 231. KLÜBER über das europ. StaatsMilitärSystem und die militärische Wichtigkeit teutscher Landesherren; in den *Europ. Annalen*, 1805, V. 150. insbes. 170 ff. EISENHARTS kl. Schriften, II. 1—88. REUSS Staatsk. XI. 460.

b) Bundesacte, Art. 7.

c) *Rufsland* (nicht auch Preussen) garantirt in dem Frieden zu Tilsit v. 7. Jul. 1807, Art. 25, die Integrität der rheinischen Bundesstaaten. In den, bei dem vorigen §. erwähnten, kurz vor dem presburger Frieden geschlossenen Tractaten Frankreichs mit *Baiern*, *Wirtemberg* und *Baden*, heifst es: „S. M. l'Empereur des François, Roi d'Italie, s'engageant en sa double qualité, pour lui, ses héritiers et successeurs, *garantit* à —— (aux Rois de Bavière et de Wirtemberg, et à l'Electeur de Bade) l'intégrité de ses possessions dans l'état où elles se trouvent en conséquence du traité de paix (de Presbourg) à entrevenir". Und: „S. M. (le Roi de Bavière, ou le Roi de Wirtemberg, ou S. A. S. l'Electeur de Bade) *garantit* l'intégrité des possessions actuelles de la France sur le continent, de même que l'intégrité du royaume d'Italie dans l'état où il sera après la paix qui terminera la présente guerre".

VII. Capitel.

Staatsservituten und Rheinschiffahrtsoctroi.

§. 136.

A) *Staatsservituten.*

Begriff.

Staatsservitut [a]) ist ein, auf besondern Rechtstitel gegründetes Recht eines fremden Staates, wodurch zu dessen Vortheil, die Freiheit eines andern Staates, in desselben Gebiete, unabhängig von seiner Staatshoheit, eingeschränkt wird [b]).

a) Sowohl *Staatsrechts*Servitut, als auch *Völkerrechts*Servitut, servitus juris tam publici quam gentium (Gegensatz der *Privat*Servituten). Schriften in Pütters Lit. III. 819. Klübers Lit. 689. C. J. C. Engelbrecht tr. de servitutibus juris publici. Helmst. 1715. rec. c. praef. C. G. Buderi. Lips. 1739. 4. (J. F. v. Tröltsch) Von Freiheiten und Immunitäten in fremdem Gebiete; in Siebenkees Beyträgen, Th. I — VI. N. T. Gönners Entwickel. des Begriffs und der rechtl. Verhältnisse deutscher Staatsrechtsdienstbarkeiten. Erl. 1800. 8. Reuss Staatsk. XVII. 32 ff. Mosers nachbarl. St. R. 239 ff. v. Martens Völkerr. §. 111. Majers weltl. St. R. III. 27 ff. Pütters hist. Entwickel. III. 277 ff.

b) Unpassend sind die *Eintheilungen* in dingliche und persönliche, in urbanas et rusticas, in continuas et discontinuas. Ohne praktisches Moment ist die in affirmativas und negativas.

§. 137.

Zwei Arten von Staatsservituten.

Denkbar sind, in dem rheinischen Bunde, zwei Arten von Staatsservituten: I) Bundes-Servituten, d. h. die entweder dem Rheinbunde gegen auswärtige Staaten [a]), oder diesen gegen jenen [b]), oder auch dem Bunde gegen einzelne Bundesstaaten [c]) zukommen; andere sind II) Territorial Servituten, d. h. die entweder rheinischen souverainen Bundesstaaten gegen auswärtige Staaten [d]), oder diesen gegen jene [e]), oder einem rheinischen Bundesstaat gegen den andern [f]) zustehen.

a) RheinschiffahrtsOctroi. R. D. Hauptschl. 1803, §. 39. Convention sur l'octroi de navigation du Rhin, v. 15. Aug. 1804. Bundesacte, Art. 2.

b) Lüneviller Fr. 1801, Art. 6. R. D. Hauptschl. 1803, §. 39.

c) Bundesacte, Art. 37.

d) Convention sur l'octroi de la navigation du Rhin, art. 2. Bundesacte, Art. 2. Durch eine Convention, geschlossen zwischen *Frankreich*, *Preussen* und dem König von *Sachsen* zu Elbing den 13. Oct. 1807, gemäſs dem franz. preuss. Frieden von Tilsit, Art. 16, hat das Königreich *Sachsen*, nebst dem Herzogthum Warschau, *eine Heer-* und *Commerzialstrasse* und *drei Commerzialstrassen* durch

Schlesien, freie *Schiffahrt* auf der Netze, Warte und Oder, mit *Handelsvortheilen*, und reitende und fahrende *Posten* zu Crossen und Züllichau erhalten; auch alle *französische Waaren* können auf jener Commerzialstrasse nach Rufsland, oder jedem andern Lande transportirt werden, ohne Visitation, blofs gegen Entrichtung des Transitozolles. Dagegen sollen die *preussischen Waaren* in dem Königreich Sachsen dieselbe Freiheit geniessen. Journal politique de Mannheim, 1808, n. 55 u. 56.

e) Vorige Note. Kaiserl. franz. Decret, datirt St. Cloud v. 29 Jul. 1806. Europ. Annalen, 1806, IX. 226.

f) In Absicht auf die *Vorzeit*, s. die Verzichtleistung in der Bundesacte, Art. 34. Oben §. 89 ff. Von dem Sinn dieser Verzichtleistung, in Absicht auf Staatsservituten s. Rhein. Bund, IV. 84. 113. Die wirtembergischen *Patronatrechte* in dem Badischen, und die badischen in dem Wirtembergischen, wurden durch einen, zwischen beiden Souverainen geschlossenen Vertrag wechselseitig dem *inländischen* Souverain überlassen, doch unter Vorbehalt des Eigenthums der davon herrührenden Güter, Zehnten und Gefälle, sofern solche nicht zu Unterhaltung der Kirche oder des Pfarrers bestimmt sind. Auch verzichteten beide Theile auf alle *Jagd*, *Forst*, *Geleite* u. a. Staatsdienstbarkeiten, mit *Ausnahme* des *Flofsrechtes*, in d. Austausch- und Purifications-Vertrag v. 16. Apr. 1807, m. VII. Bad. Regier. Blat, 1807, Num. 25. Aeltere Beispiele bei Moser a. a. O. Majer, III. 29. Römers Völkerr. der Teutschen, 224 ff. Gönner, 11 ff. 92 ff. Reuss IV. 235. v. Römers kursächs. St. R. II. 96. 673. Von dem *Thenenrechte* der Stadt Bremen s. v. Bülows und Hagemanns prakt. Erörter. I. 1—38. Von dem *Ausbürgerrechte* s. Wencker de Usburgeris, in s. Collecta. jur. publ. (Arg. 1702.) p. 229. u. Bodmann in Siebenkees Beytr. I. 1.

§. 138.

Grundsätze.

I) Die Unabhängigkeit des Berechtigten, in Ansehung seiner Befugnifs, von dem belasteten Staate, ist wesentlicher Charakter einer Staatsservitut [a]). II) Beide Theile müssen unabhängige Staaten seyn. III) Alle Staatsdienstbarkeiten sind, auf beiden Seiten, dinglich [b]). IV) Nicht nur Hoheitsrechte, sondern auch Privatrechte, verbunden mit der Staatshoheit darüber, können Gegenstand der Staatsservituten seyn [c]). Hingegen sind blosse Privatrechte, wenn sie gleich einem auswärtigen Regenten, oder einer fremden landesherrlichen Kammer zustehen, z. B. Grundeigenthum, Renten, Triftgerechtigkeit, nie Staatsservitut [d]). V) Rechte und Befreiungen, welche das Staatsrecht eines einzelnen Bundesstaates, einzelnen Unterthanen, oder einer gewissen PersonenClasse, in dem Staatsgebiete beilegt, gehören nicht in die Reihe der Staatsservituten [e]).

a) Reuss Staatsk. XVII. 32 ff. Nettelbladts Erörterungen, 365. Andere Meinungen in Westphals Staatsr., 535. Schnauberts Staatsr. d. ges. R. Lande, §. 113. Gönner a. a. O. §. 84 — 90.

b) Engelbrecht, p. 232. sqq. Gönner, §. 78.

c) J. R. v. Roths Abhandlungen aus d. t. Staats- und Völkerr. Abth. II. Num. IX. Anders Gönner, §. 9, 10, 36.

d) REUSS Staatsk. IV. 237. XVII. 32 ff. GÖNNER, §. 27 ff.

e) Beispiele: der Transitohandel, die Zoll-, Chausseegeld-, Nachsteuer- und Abzugsgeldfreiheit. v. ROTHS Staatsr. d. Reichslande, II. 219.

§. 139.

Schlufs.

VI) Eine Staatsservitut mufs immer auf einen besondern Rechtstitel gegründet seyn [a]). Daher ist die Regel oder Rechtsvermuthung jedesmal für den einheimischen Staat [b]). VII) Und jede Staatsservitut ist, als Ausnahme von der Regel, einschränkend zu erklären [c]). VIII) Sie erreicht ihr Ende durch aufhebende Verträge, Untergang der Sache, Consolidation, Abtretung des Gebiets an auswärtige Mächte, Ablauf der festgesetzten Zeit [d]). IX) Seit der Stiftung des Rheinbundes, sind der Staatsservituten weniger, aber diese Lehre ist durch die neu errichteten praktisch noch wichtiger geworden. Merkwürdig, als Staatsservitut, unter mehrfachem Gesichtspunkte, ist der Rheinschiffahrts-Octroi.

a) ENGELBRECHT. p. 167. ff. *Natürliche* Staatsservituten statuiren HERTIUS, ENGELBRECHT u. a. Blosse *Völkergebräuche* und *Staatsceremoniel* gehören nicht zu den Staatsservituten. DE NEUMANN medit. jur. priv. princip T. IV. lib. 2. tit. 3. Aber der *Besitzstand* äussert auch hier rechtliche Wirkung. ENGELBRECHT, p. 332. sqq. GÖNNER, §. 91.

b) Reuss Staatsk. I. 360. XVII. 32 ff. Gönner, §. 31 — 34.

c) J. P. O. V. 44. Gönner, §. 80 ff.

d) Engelbrecht, p. 386. sqq. Gönner, §. 94 ff.

§. 140.

B) *RheinschiffahrtsOctroi.*

Seit dem lünéviller Frieden und dem ReichsdeputationsHauptschlusse vom 25. Febr. 1803, ward der Rhein, dessen Thalweg, in Ansehung der Souverainetät, die Grenze macht zwischen Frankreich und den teutschen Staaten (§. 58 ff.), so viel Schiffahrt und Handlung betrifft, als ein, zwischen beiderseitigen Staaten gemeinschaftlicher Strom betrachtet [a]). Daher ward, mit Aufhebung der Rheinzölle, jedoch mit Vorbehalt der Eingangsgebühren (droits de douane), von Frankreich und dem teutschen Reiche ein gemeinschaftlicher SchiffahrtsOctroi eingeführt [b]).

a) Reichsdep. Hauptschl. 25. Febr. 1803, §. 39. (bestätigt in der Bundesacte, Art. 2.) und Convention sur l'octroi de navigation du Rhin, faite à Paris le 27. Thermidor, an XII. (15. Aug. 1804), Art. 2 (oben §. 59, Note a).

b) Man s. die angef. Convention, u. den R. D. Hauptschl. a. a. O. Die Convention ward, auf ein kurfurstl. CollegialGutachten v. 18. März 1805, im Allgemeinen genehmigt, durch ein kaiserl. CommissionsRatifications-Decret v. 11. Mai 1805. Doch ward darinn die Nego-

ciation einer *weitern Uebereinkunft* vorbehalten, über die von mehrern Kurhöfen (hauptsächlich Baden, Wirtemberg und Brandenburg) gemachten Anträge, und über die, das Wohl des beiderseitigen Schifferstandes und die StromPolizei betreffenden Erinnerungen. Vergl. *Bemerkungen* über den OctroiVertrag und die mainzer SchifferOrganisation, nebst einer historischen Einleitung über das Schiffahrtswesen des Oberrheins; als Beitrag zu dem bevorstehenden AdditionalVertrag (Heidelb. 1806. 8.), S. 64 f. u. 68 ff.

§. 141.

OctroiVertrag.

Die Hauptbasis der deſshalb im Jahre 1804, zwischen Frankreich und dem Kurfürsten Reichserzkanzler, als Bevollmächtigten des teutschen Kaisers und Reichs, errichteten Convention, als der einzigen Norm für die Rheinschiffahrt, deren Polizei und Abgaben [a]), ist der 39. §. des angeführten DeputationsRecesses [b]). Sowohl die Ordnung der Schiffahrt, als auch die Direction und Administration der ganzen Anstalt, nebst dem Tarif der Abgaben [c]), sind in der angeführten Convention bestimmt. Kein älteres Gesetz, Verordnung, Verfügung, Vertrag oder Herkommen, wie es immer Namen haben mag, kann fernerhin angeführt werden, um die Kraft des OctroiVertrags zu schwächen, solchen zu ergänzen, oder auszulegen [d]).

a) Convention, Art. 128.

b) Convention, Art. 1. Anmerkungen zu dieser Convention, s. in den angef. *Bemerkungen* etc. S. 70 — 140.

c) Convention, Art. 94. 99 ff. Die *Abgaben* sind zweifach: 1) die *Recognition*, eine von jedem Fahrzeuge, das nicht über 50 Centner trägt, als solchem, zu entrichtende Abgabe. Sie ist verschieden nach der Quantität, welche das Fahrzeug trägt. 2) Die *OctroiGebühr*, welche von Waaren und Lebensmitteln entrichtet wird, nach dem Verhältnifs ihrer Quantität. Convention, art. 94. 99 — 105. *Bemerkungen* etc. S. 85 ff. Auf der linken Rheinseite werden die Abgaben in *französischer*, auf der rechten in *Conventionsmünze* bezahlt. Convention, art. 98. *Bemerkungen* etc. S. 93. Die Abgaben werden auf jeder Station *vorausbezahlt*, und zwar in *jedem* Falle für die *ganze* Distanz von einem Büreau zu dem andern. Ebendas. Art. 93. Die Abgabe wird erhoben in Mannheim zu Berg bis Strasburg, in Neuburg von den Thalgütern, die von Strasburg, wo kein OctroiBüreau ist, und weiter abwärts bis Neuburg, geladen werden. Convention, art. 93. Was aus einem Zwischenhafen zwischen zwei Büreaux transportirt wird, mithin keine OctroiStation berührt, geht octroifrei. Von *Himplern* oder Leichtschiffern s. *Bemerkungen* etc. S. 86 ff.

d) Convention, Art. 128.

§. 142.

Direction und Verwaltung des Octroi.

Die Generaldirection des Rheinschiffahrts Octroi, besteht aus einem Generaldirector, den beide Theile (Frankreich und der Kurfürst Reichserzkanzler, jetzt Fürst Primas) gemein-

schaftlich ernennen, und aus vier Inspectoren, deren jeder Theil zwei bestellt [a]). Ausserdem sind zwölf Erhebungs Büreaux, sechs auf jeder Rheinseite, jedes, in der Regel, besetzt mit einem Einnehmer, einem Controleur, zwei Visitatoren und einem Schreiber [b]).

a) Convention, art. 42. 43. 44. 45. 48. 49. Von ihren Dienstobliegenheiten, s. ebendas. Art. 43. 61. 62. 69. 130. 44.

b) Convention, art. 46. 47. Convention supplétive, faite à Mayence le 9. Vendémiaire an XIII. (1. Oct. 1804). *Bemerkungen* etc. S. 82 ff. Die *Einnehmer* auf der rechten Rheinseite werden von dem Fürsten Primas, mit Einverständnifs der Landesfürsten, ernannt. R. Dep. Hauptschl. §. 39. Die Bureaux sind nur in *Dienstsachen*, ausserdem aber keineswegs von der *Gerichtbarkeit der Landesherren* ausgenommen. *Ebendas.* Alle bei dem Octroi angestellten Personen müssen *teutsch* schreiben und reden können; doch mufs auf jedem Büreau wenigstens Einer seyn, welcher *französisch* zu schreiben und zu sprechen versteht. Convention. art. 84. Von der *Besoldung*, *Verpflichtung*, *Installirung* und der *Uniform* des Personals, s. die Convention, Art. 53. 54. 57. 59. 89 u. 83.

§. 143.

Frankfurter Mefsfreiheiten. Exemtion. Zölle, Licent u. d. Verpachtung.

I) Die Frankfurter Mefs- und andern Freiheiten, in Ansehung der Stationen der Rheinschiffahrt, gelten fernerhin [a]). Keine Art von Exemtion oder Moderation, in

Absicht auf die Octroigebühren, findet statt, ohne Unterschied der Effecten oder Waaren, der Personen, Corporationen, Städte, oder souverainen Staaten, denen solche gehören, oder für deren Dienst sie transportirt werden, ohne Rücksicht auf ältere Privilegien oder Gewohnheiten [b]). II) Alle ehemaligen Rheinzölle und andern Abgaben, die auf dem Rhein erhoben wurden, z. B. Licent, Accise, Transito u. d. sind aufgehoben [c]).

a) Convention, art. 10. 11. 12.

b) Convention, art. 97. 112. *Bemerkungen* etc. S. 92. 94 ff. Doch sind *Postschiffe* und *WasserDiligencen*, *Jachten* und *Nachen*, die bloſs für Reisende und deren Gepäcke dienen, an die Vorschriften der grossen Schiffahrt, in Beziehung auf StationsStädte und Schiffergilden, nicht gebunden. Es wird davon, gleichviel, ob sich Reisende darauf befinden, oder nicht, der Octroi, nach dem vierten Theile derjenigen Ladung entrichtet, welche sie an Kaufmannsgütern tragen könnten. Convention, art. 22. 101.

c) Convention, art. 38. 39.

§. 144.

Ertrag des Octroi.

Der Ertrag des Octroi wird, nach Abzug der Kosten der Erhebung, der Verwaltung und der Polizei, in zwei gleiche Theile getheilt; deren jeder vorzugsweise zu Unterhaltung der Leinpfade, von Kehl und Strasburg

bis an die holländische Grenze, und der zu der Schiffahrt erforderlichen Arbeiten, auf jedem der beiden Rheinufer, bestimmt ist [a]). Der reine Rest der zu dem rechten Rheinufer gehörigen Hälfte, gehört dem Fürsten Primas bis zu dem jährlichen Betrage von 350,000 Gulden. Auf den Ueberschufs, wenn sich einer finden sollte, sind verschiedene Anweisungen gegeben [b]). Die OctroiEinkünfte können nie verpachtet werden [c]).

a) ReichsdeputationsHauptrecefs, §. 39. Convention, art. 31 sqq. 72 sqq. 109.

b) ReichsdeputationsHauptschlufs, §. 39 u. 25; dann §. 9. 14. 17. 19 u. 20; ferner §. 7 u. 27.

c) Convention, art. 111.

§. 145.

Recurs. Leinpfade. Neutralität.

I) Wegen Beschwerden über Erhebung des Octroi, oder über die SchiffahrtsPolizei, findet der Recurs statt, an eine gemeinschaftliche Commission, die sich jährlich in dem Monat Brumaire (23. Oct. bis 21. Nov.) zu Mainz versammelt [a]). II) Für Unterhaltung der Leinpfade, und für die zu der Schiffahrt nötigen Arbeiten, hat jeder Theil (Frankreich und der Fürst Primas), ohne Concurrenz des andern, auf seiner Rhein-

seite zu sorgen [b]). III) In dem Fall eines Kriegs zwischen den an dem Rhein gelegenen Staaten, soll die Erhebung des Octroi ungehindert ihren Fortgang haben. Die Schiffladungen, und die bei dem OctroiDienste angestellten Personen, geniessen dann alle Vorrechte der Neutralität. Den Büreaux und OctroiCassen werden Sauvegarden bewilligt [c]).

a) Convention, art. 122—127. Am 15. Febr. 1808 fieng diese Commission zu Mainz ihre Sitzungen an.

b) Convention, art. 33—36. R. Dep. Hauptschl. §. 39. Die *Convention* spricht nur von Unterhaltung des *Leinpfades*. Nach ihr sollen *Uferbau*, *Dämme* u. a. *Wasserbauten* denen Territorialherren, Gemeinheiten, oder Privatpersonen zur Last fallen, deren Eigenthum dadurch Schutz erhält. Convention, art. 35. Allein der *R. D. Hauptschluſs*, §. 39, spricht auch von den, *zu der Schiffahrt nötigen Arbeiten*, wohin z. B. die Räumung des Flusses, und die Fürsorge für sichere Landungsplätze gehört, wo keine Hafen vorhanden sind. Ob auch die Kosten der Stromufer, die Unterhaltung der Hafen (da, wo keine Hafengelder erhoben werden), und alle zur Sicherung gegen Durchbrüche nötigen Anlagen dahin gehören? Vergl. *Bemerkungen* etc. S. 109 ff. Den *Halfleuten* und *Pferden* darf auf dem Leinpfade kein Hinderniſs in den Weg gelegt, noch von ihnen irgend eine Abgabe auf der Hin- oder Rückreise erhoben werden. Convention, art. 40. Von den Halfleuten und Pferden s. *Bemerkungen* etc. S. 111 ff.

c) Convention, art. 131.

§. 146.

HauptStationsorte. Umschlag. Aufhebung des Stapelrechtes und der Nebenabgaben.

I) HauptStationsorte für die Rheinschiffahrt sind: Strasburg, Mainz, Köln. Durch sie theilt sich der Strom in den Ober-, Mittel- und Unterrhein. Alle Schiffe, die unterhalb Köln heraufkommen, müssen in dem Hafen von Köln, und alle, die von Köln bis Mainz heraufkommen, in dem Hafen von Mainz anhalten, und auf andere Schiffe überschlagen oder ausladen (Umschlag, établissement de relâche et d'échelle). Eben so ist es bei der Thalfahrt von Strasburg bis Mainz, und von da bis Köln [a]). II) Dagegen ist das Stapelrecht (die gezwungene Feilbietung der Waaren, binnen einem bestimmten Zeitraum) der Städte Köln und Mainz aufgehoben; und eben so alle Nebenabgaben, die ehedem in den Hafen dieser Städte erhoben wurden, nur mit Ausnahme des Kran-, Quai-, Wage- und Magazingeldes, nach einem vertragsmäsig bestimmten Tarif [b]).

a) Convention, art. 3. 4. 5. 6.

b) Convention, art. 8. 9.

§. 147.

Schiffergilden.

Für die, aus zwei StationsStädten Mainz und Köln ausgehende, grosse [a]) Schiffahrt,

wurden zwei Schiffergilden, zu Mainz und Köln, errichtet [b]), und für Mainz von dem Präfecten des donnersberger, für Köln von dem des RuhrDepartements, mit einer eigenen Organisation und SchiffahrtsPolizeiordnung versehen [c]). Die Schiffer beider Ufer erhalten, bei gehöriger Qualification, die Aufnahme in diese Gilden; sie sind darum nicht verpflichtet, in einer StationsStadt ihren Wohnsitz zu nehmen, nur müssen sie der Gildeordnung sich unterwerfen [d]). Diese Einrichtung, bei welcher sich eigene Schwierigkeiten, besonders zwischen den Stationen Mainz und Strasburg, zeigen [e]), erwartet eine definitive Bestimmung in dem künftigen AdditionalVertrage.

a) Convention, art. 19. 20. 21. *Bemerkungen* etc. S. 141 — 151.

b) Convention, art. 14 — 17.

c) Verordnung des Präfecten des donnersberger Departements, zu der Organisation der mainzer Schiffergesellschaft v. 25. Vendem. J. XIII. (17. Oct. 1805). Dagegen s. *Bemerkungen* etc. S. 67. 166 — 184. Nach dieser Verordnung sollen die Schiffer von Strasburg, Freistett, Schröck, Germersheim, Speier, Mannheim, Worms, Gernsheim, Oppenheim, Mainz, Bingen, Bacharach, Kaub, St Goar, Boppard, Koblenz, Valendar und Bonn zu der grossen *mainzer* Gilde berufen werden (Verordn. §. IV. n. 7). Jeder Schiffer soll beide Sprachen reden und schreiben können (Verordn. §. V. n. 9).

d) Convention, art. 16.

e) Vorschläge zu Ausnahmen und Modificationen, s. in den *Bemerkungen* etc. S. 152 — 165.

§. 148.

Souverainetätsrechte. AdditionalVertrag.

I) Den Beherrschern der teutschen Staaten am Rhein, den teutschen souverainen Uferherrschaften, bleiben ihre Souverainetätsrechte über den Rheinstrom, bis an den Thalweg [a]), namentlich die Gesetzgebung, Gerichtbarkeit, Polizei, Strafgewalt, desgleichen das Benutzungsrecht des Flusses und seiner Ufer [b]), so weit dadurch der Schiffahrt und Handlung auf solchem, nach Inhalt des OctroiVertrags, kein Eintrag geschieht. II) Erwartet wird noch ein AdditionalVertrag, über die von einigen rheinischen BundesSouverainen, insbesondere von Wirtemberg und Baden, begehrten Modificationen des OctroiVertrags, und über die Befugnisse der mainzer und kölner Schiffergilden, vorzüglich um Collisionen zwischen der OctroiAdministration und den Souverainetätsrechten der angrenzenden Staaten vorzubeugen, und die Grenzen der Polizei- und Strafgewalt der OctroiVerwaltungsbehörden, so wie die Polizei und Gerichtbarkeit

jener Staaten über die bei dem Octroi angestellten Personen, ausserhalb ihrer Dienstsachen [c]), genau zu bestimmen [d]).

a) Der lüneviller Friede, Art. 6, bestimmt den *Thalweg* zur *SouverainetätsGrenze*. Da dieser keine mathematische Linie ist, und selbst die Achse des Thalwegs, so wie die Ueberschreitung derselben bei Thathandlungen auf dem Thalwege, in der Wirklichkeit sich schwer bestimmen läfst; so verdient, wenn man sich den Schwierigkeiten der Prävention nicht aussetzen will, noch durch Uebereinkunft bestimmt zu werden, wie es mit der Gerichtbarkeit gehalten werden soll, bei *Vergehungen auf dem Thalwege selbst*, die weder auf den Octroi, noch auf die SchiffahrtsPolizei Beziehung haben, z. B. Todschlag, gefährliche Verwundung auf dem Schiffe, Diebstahl u. d. Vergl. *Bemerkungen* a. a. O. S. 104.

b) Die Convention, Art. 1, erklärt nur den *Strom* (le fleuve), nicht das Flufsbette, und auch jenen nur in Ansehung der *Schiffahrt* und *Handlung*, für *gemeinschaftlich*.

c) Jene Gerichtbarkeit spricht den Landesherren zu, der ReichsdeputationsHauptschlufs, §. 39.

d) *Bemerkungen* etc. S. 66 — 68. 70.

§. 149.

Verfolgungsrecht der OctroiBeamten. Nebenströme.

I) Die OctroiBeamten, in Uniform, können auf einem Boot oder Nachen mit der OctroiFlagge (in der Mitte getheilt, mit den Farben beider Staaten), allenthalben auf

dem Rhein die Schiffe verfolgen, und die Papiere untersuchen [a]). Begehren sie, mit Vorzeigung ihres Auftrags, bei irgend einer Territorialbehörde auf der einen oder andern Rheinseite, Unterstützung in der Ausübung ihrer Amtsverrichtungen, so soll ihnen ohne Verzug Hülfe widerfahren [b]). II) Auf Nebenströme, die sich in den Rhein ergiessen, erstreckt sich der Octroi nicht [c]).

a) Convention, art. 92. 88. 89.

b) Convention, art. 122.

c) Convention, art. 23. Von der *Main*schiffahrt, s. art. 24. Von der *Neckar*schiffahrt, insbesondere von den Handlungs- und Schiffahrtsverhältnissen der Stadt *Heilbronn*, s. *Bemerkungen* etc. S. 43 — 48, 126 — 128. 157. 172 f.

ZWEITER THEIL.

STAATSRECHT
DER
RHEINISCHEN BUNDESSTAATEN.

I. CAPITEL.
DER SOUVERAIN.

§. 150.

Unabhängigkeit. Majestät. Staatsgewalt. Staatsregierung.

Jeder Fürst des Rheinbundes hat die Unabhängigkeit oder Souverainetät, das Recht politischer Persönlichkeit oder Selbstständigkeit (§. 79). Ihm gebührt die Majestät, die erhabenste Würde, die Staatsgewalt, die Gewalt zu dem Zweck des Staates, die Staatsregierung, die Ausübung der Staatsgewalt.

§. 151.

Staatsform. Thronfolge. PrivatNachlafs.

Alle Souverainstaaten des rheinischen Bundes sind allodial, und auf ein monarchisches Oberhaupt (eine einzelne physische Person) organisirt. In allen, den primatischen ausgenommen, ist die Thronfolge erblich, nach dem Rechte der Erstgeburt [a]). Sie kann bestimmt seyn, durch Staats- und Familiengesetze [b]), durch Verträge [c]), durch letztwillige Verordnung [d]). Bei andern Familienrechten der Mitglieder des regierenden Hauses, kann die gemeinrechtliche, oder eine besondere Successionsordnung statt finden, z. B. Seniorat, Majorat, Minorat [e]), auch eine Secundogenitur [f]), und selbst Tertiogenitur. Für den PrivatNachlafs des Souverains, können besondere Bestimmungen gelten [g]).

a) Car. Chr. Hofacker diss. de origine et fatis successionis ex jure primogeniturae in familiis illustribus. Goett. 1771. rec. Erf. 1784. 4. Aug. Frid. Schott pr. de judicio super majoratu saepe arduo. Lips. 1782. Mosers FamilienStaatsr. I. 71. 502. 925. II. 1222. G. L. Boehmer princ. jur. feud. §. 150. sqq. Pütters Lit. III. 756. Klübers Lit. §. 1532.

b) Hier gilt 1) *Untheilbarkeit*, und 2) Vorzug der *frühern Geburt*, nach der Ordnung der *Linien* (Linealfolge); doch kein LebtagsInteresse. Constitution du royaume de *Westphalie*, du 15. Nov. 1807, tit. 3. Décret impé-

rial et constitution pour les duchés de *Cleves* et de *Berg*, en date de Paris le 15. Mars 1806. In beiden Constitutionen sind auch *Eventual*Successionen festgesetzt.

c) Z. B. Erbverbrüderungen. W. A. RUDLOFF diss. de pactis successoriis illustrium et nobilium Germaniae, speciatim iis, quae pacta confraternitatis appellantur. Bütz. 1770. 4. MOSERS Staatsr. XVII. 16 ff. *Ebendess.* FamilienStaatsr. I. 920. 931. 969. PÜTTERS Lit. III. 766. KLÜBERS Lit. §. 1540.

d) Jo. Franc. BUDDEUS de testamentis summorum imperantium; in s. Selectis, p. 491. Guil. Frid. Franc. BUDDEI opusc. T. I. (Goth. 1759. 8.) 148 — 158. Franc. Jos. BODMANN comm. de arduo inter testamentum principis S. R. J. publicum et privatum discrimine. Mogunt. 1784. PFEFFINGER Vitriar. illustr. lib. 3. tit. 20. §. 6. MOSERS Staatsr. XXV. 158. *Ebendess.* persönl. Staatsr. II. 313. und FamilienStaatsr. II. 969. F. C. v. MOSERS patriot. Archiv, IX. Num. 2. KNORRS rechtl. Abhandl. u. Gutachten, S. 322. v. SELCHOWS Rechtsf. II. 70. PÜTTERS Erörterungen, I. 186. 207. PÜTTERS Lit. III. 782. KLÜBERS Lit. §. 1566.

e) G. F. BOEHMER princ. jur. feud. §. 152. 153. SCHOTT l. c. PÜTTERS Lit. III. 764. KLÜBERS Lit. §. 1537.

f) Z. B. in den badischen Grafschaften Salem und Petershausen. Vergl. von dem Hause Brandenburg, LENZ Samml. brandenb. Urk. II. 676. PÜTTERS hist. Entwickel. I. 246. BATZ in REUSS Staatsk. XXXII. 140. 150. Von Oestreich, s. WENCKS Geschichte von Oestreich, 204.

g) MOSERS Staatsr. XXVI. 61. *Ebendess.* FamilienStaatsr. II. 1161. u. persönl Staatsr. II. 532. *Ebendess.* Zusätze zu s. neuen Staatsr. II. 477. F. A. POSSE über die Sonderung reichsständischer Staats- und Privatverlassenschaft. Gött. 1790. 8. C. C. A. H. v. KAMPTZ Erörter. der Verbindlichk. des weltl. Reichsfürsten aus d. Handlungen s. Vorfahren, §. 17 — 19.

§. 152.

Eigenschaften des Thronfolgers.

Bei der Thronfolge nach Erstgeburtsrecht, wird das Successionsrecht von dem ersten Erwerber (successio singularis, ex pacto et providentia majorum, nach Geding und Fürsorge der Altvordern) abgeleitet; nicht von dem letzten Regenten, von dessen Willen dasselbe sonach unabhängig ist. Sofern der Weiberstamm nicht ganz ausgeschlossen ist [a]), haben die Agnaten den Vorzug vor den Cognaten, auch ohne ausdrücklichen Verzicht der letzten. Morganatische, uneheliche und AdoptivNachkommen [b]), sind nicht successionsfähig. Auch solche nicht, die mit einem Körper- oder Geistesfehler behaftet sind, mit welchem gänzliche Unfähigkeit zu Führung des Regentenamtes verbunden ist [c]). Geistlicher Stand, bei Katholiken, verträgt sich, in Erbstaaten, nicht wohl mit der weltlichen Regentenwürde, er ist aber, ohne besondere Bestimmung, kein gültiger Grund zur Ausschliessung [d]).

a) Wie in der Constitution des Königreichs *Westphalen*, Tit. 3, und in dem angef. kaiserl. Decret für *Cleve* u. *Berg*, wo blofs agnatische Succession und Primogenitur festgesetzt ist. Vergl. Pütters Lit. III. 765. Klübers Lit. §. 1539.

b) *Uneheliche* und *Adoptiv*Nachkommen sind ausgeschlossen, in den angef. Constitutionen für *Westphalen* und *Berg* (verbis: „descendance directe, naturelle et légitime", oder „descendans mâles, naturels et légitimes"). Nur in dem Königreich *Westphalen* hat Kaiser Napoleon seinen eigenen AdoptivNachkommen die Thronfolge vorbehalten („à nos héritiers et descendans naturels et légitimes ou *adoptifs*"). — Von *Unehelichen*, vergl. WALCH opusc. II. 163. — Von *Adoptiv*Nachkommen, ebendas. II. 165. — Von *morganatischen* Kindern s. J. H. BOEHMER de secundis nuptiis, praecipue illustrium personarum, Sect. II. §. 29. MYLER ab EHRENBACH gamologia personarum illustrium, c. 6. §. 31. sq. Jo. Heinr. WOLFART tr. de matrimonio ad morganaticam (Hanov. 1736. 4.) §. 25. 26. 29. 30. RÖSSIGS Grunds. des t. Privatr. 261. RUNDE's Grunds. des t. Privatr. §. 574. — Von Kindern aus einer *Gewissensehe*, s. PÜTTERS Lit. III. 771. KLÜBERS Lit. §. 1545. v. HOLZSCHUHERS DeductionsBibliothek, I. 325. MOSERS Staatsr. XIX. 456. XVIII. 494. REUSS Staatsk. III. 433. VI. 99.

c) Vergl. KNORRS rechtl. Abhandlungen, 241. 248. C. F. WALCH Opusc. II. 180. Merkwürdige Reichshofraths-Gutachten, III. 207.

d) Vergl. MOSERS FamilienStaatsr. I. 23. *Ebendess.* Lehnsverfassung, 196. PÜTTERI princ. lin. juris priv. princ. §. 21. *Ebendess.* Beyträge, II. 149. u. Rechtsf. Bd. II, Th. 3, S. 149. 553. v. HOLZSCHUHERS Deductions-Bibliothek, I. 380.

§. 153.

Regierungsantritt. Huldigung. Einzug. Krönung.

Nach erledigtem Thron tritt der Thronfolger sofort die Regierung an [a]). Er verkündigt solches den Unterthanen bestä-

tigt die Staatsverfassung [b]), und nimmt die Staatshuldigung [c]) ein. Auch den Successionsberechtigten wird zugleich die vorläufige oder Eventualhuldigung geleistet [d]). Ueberdem kann eine feierliche Inauguration, Einzug und Krönung, vorkommen [e]).

a) Mosers Staatsr. XVIII. 471. *Ebendess.* persönliches Staatsr. II. 12.

b) Mosers persönl. Staatsr. II. 14. 35. *Ebenders.* von der Reichsstände Landen, 1158.

c) Pütters Lit. III. 96. Klübers Lit. §. 889 ff. C. G. Bunz Grundsätze der Huldigung. Tüb. 1794. 8. Moser von der Landeshoheit, in Ansehung der Unterthanen Personen und Vermögens, 45.

d) Moser von der Reichsstände Landen, 1159. Reuss Staatsk. XIII. 342. Mereaus Mfscell. II. 146. Pütters Lit. III. 893. Klübers Lit. 46.

e) Mosers persönl. Staatsr. II. 13.

§. 154.

Minderjährigkeit des Thronfolgers. Unfähigkeit des Regenten. Regentschaft.

Das regierungsfähige Alter des Thronfolgers ist staats-, oder familiengesetzlich, oder vertragsmäsig bestimmt [a]). Bis zu Erreichung desselben, wenn dem Thronfolger die Succession angefallen ist, und auch, wenn nach dem Regierungsantritt, durch einen Körper- oder Geistesfehler des Regenten, Regierungsunfähigkeit erfolgt [b]), tritt eine Regentschaft

(vormundschaftliche Regierung, Staatsvormundschaft) ein [c]). Der Regent führt die Staatsregierung, in der Regel, allein. Er erhält, in dieser Hinsicht, besondere Ehrenbezeugungen und Einkünfte. Die Regentschaft hört auf, sobald der Souverain das gehörige Alter erreicht, oder den gehörigen Körper- oder Gemüthszustand wieder erlangt.

a) Meist das *achtzehnte* Jahr. PÜTTERS Lit. III. 781. KLÜBERS Lit. §. 1558. MOSERS persönl. Staatsr. I. 588. „La minorité du Roi finit à l'âge de 18 ans accomplis". Constitution du royaume de Westphalie, art. 8. Von der Minderjährigkeit eines *geistlichen* Regenten, s. MOSER a. a. O. I. 175. Von dem *Titel* des Thronfolgers. MOSERS FamilienStaatsrecht, II. 785. *Ebendess.* Staatsr. XXII. 211.

b) KLÜBERS Lit. §. 1557 [b]. Car. Otto GRAEBE pr. de tutela et cura principum. Rint. 1796. 4. DE NEUMANN medit. jur. priv. princ. III. 363. §. 8. ff. Von dem *kurbraunschweigischen* Falle, s. REUSS Staatsk. XIX. 1. 17. 46. 70. 82. Von dem Herzoge von *Guastalla*, s. Merkwürdige ReichshofrathsGutachten, III. 207. Von dem *neuwiedischen* Falle, s. HÆBERLINS Staatsarchiv, V. 114. XI. 310. XII. 396. XIII. 20. XVI. 397. XIX. 273. XXIII. 308. MALBLANKS Anleitung zur Gerichts- u. Kanzleiverfassung, IV. 52. Von dem *lippischen* Falle, s. HÆBERLINS Staatsarchiv, I. 74. III. 274. 305. (ROTBERGS) Merkwürdige Krankheits- und Curatelgeschichte des regierenden Fürsten zur Lippe. 1795.

c) C. O. GRAEBE l. c. H. F. C. v. LYNCKERS Abh. von der Vormundschaftsbestellung bei Privat- und erlauchten Personen. Zwei Theile. Jena 1790. 1791. 8. MOSERS Staatsr. XVII. 169. *Ebendess.* persönl. Staatsr. I. 288.

und Zusätze zu seinem neuen Staatsr. II. 337. DE SELCHOW elem. jur. priv. princ. §. 574. DE REAL science du gouvernement, vol. IV. ch. 8. §. 43—48. PÜTTERS Lit. III. 779. KLÜBERS Lit. §. 1556 f. Constitution du royaume de Westphalie, art. 8: „En cas de minorité, le régent du royaume sera nommé par nous „ou nos successeurs, en notre qualité de chef de la „famille impériale. Il sera choisi parmi les princes „de la famille royale".

§. 155.

Gemahlin und Wittwe des Souverains.

Die Gemahlin des Souverains, obgleich dessen Staatshoheit und Gerichtbarkeit untergeben [a]), und zu einer Concurrenz in der Staatsregierung nicht befugt, führt, in der Regel, Prädicat, Titel und Wappen ihres Gemahls [b]), und es wird ihrer in dem Kirchengebet erwähnt. Sie geniefst, im Verhältnifs zu den Gemahlinnen anderer Souveraine, den Rang, welcher der Würde ihres Gemahls angemessen ist [c]), und, vermöge der Hofetiquette, den Vorrang vor der Wittwe des vorigen inländischen Souverains. Es werden ihr bestimmte Einkünfte [d]), und, für den Fall ihres Wittwenstandes, ein Wittwengehalt [e]) ausgesetzt. Meist hat sie einen eigenen Hofstaat. Gewisse Verbrechen gegen sie, werden bestraft wie Majestätsverbrechen, oder Felonie [f]). DamenOrden stiftet,

oder ertheilt sie, nur mit Bewilligung ihres Gemahls. Wegen ihres Ablebens, findet eine bestimmte öffentliche Trauer statt. Die Wittwe des Souverains behält Wappen, Prädicat und Titel, auch das Recht einen eigenen Hofstaat zu haben.

a) MOSERS Staatsr. XX. 350. 354. 355. Anders, Chr. SCHÖNE in dem Bedenken: ob eines regierenden Fürsten oder Landesherrn Gemahlin ihres Gemahls Unterthanin sey? Leipz. 1733. Die verschiedenen Meinungen der Gelehrten, s. in MOSERS Staatsr. XX. 338 — 352.

b) MOSERS Versuch des neuesten europ. Völkerrechts in Friedens- und Kriegszeiten, I. 316. MOSERS Staatsr. XX. 352. Hat sie höhere Geburtswürde, als ihr Gemahl, so behält sie dieselbe. *Ebendas.* 353. Von dem *Gemahl* einer Souverainin, s. MOSERS Völkerr. I. 314.

c) MOSERS Völkerr. a. a. O. *Ebendess.* Grundsätze des europ. Völkerr. in Friedenszeiten, 166.

d) MOSERS Staatsr. XX. 300.

e) PÜTTERS Lit. III. 775. KLÜBERS Lit. §. 1550. MOSERS FamilienStaatsr. II. 447.

f) MOSERS Staatsr. XX. 354. KLÜBERS kl. jurist. Bibl. XIX. 310. *Ebendess.* Lit. 642.

§. 156.

Nachgebohrne. Kinder. Väterliche Gewalt. Emancipation. Vormundschaft.

Die nachgebohrnen, successionsfähigen Mitglieder des regierenden Hauses, stehen unter der Staatshoheit und Gerichtbarkeit des

Souverains a), und die Kinder desselben ausserdem noch unter seiner väterlichen Gewalt b); in welcher Hinsicht Emancipation statt findet c), so wie Bestellung einer Vormundschaft d). Dem Souverain, als Stamm- oder Familienhaupte, können, nach der Hausverfassung, über die Nachgebohrnen noch besondere Rechte zustehen e). Die Bestimmung des Titels und Wappens der Nachgebohrnen hängt, in der Regel, von ihm ab f).

a) Vergl. MOSERS FamilienStaatsr. II. 383. 741 ff. J. F. v. TRÖLTSCH Abh. in SIEBENKEES Beitr. III. 202. PÜTTERS Lit. III. 763. KLÜBERS Lit. 625.

b) STRUV jurispr. heroica, V. 1 — 207. DE NEUMANN medit. jur. priv. princ. III. 1 — 208. MOSERS Staatsr. XXII. 153. 419. *Ebendess.* FamilienStaatsr. II. 721. *Ebendess.* Grunds. des europ. Völkerr. in Friedenszeiten, 166. SIEBENKEES Beitr. III. 197. PÜTTERS Lit. III. 778.

c) Jo. Ge. KULPIS de adoptionibus et emancipationibus principum. Argent. 1686, rec. 1741. DE NEUMANN l. c. III. 169. MOSERS FamilienStaatsr. II. 779. v. CRAMERS wezlar. Nebenst. XXXVIII. 49. HÆBERLINS Staatsarchiv, XXXV. 329.

d) PÜTTERS Lit. III. 779. KLÜBERS Lit. §. 1556. DE NEUMANN l. c. III. 209.

e) DE NEUMANN l. c. III. 397. Für den König von *Westphalen*, den Grofsherzog von *Berg*, und ihre Nachkommen, ist verbindlich K. Napoleons Familiengesetz, wodurch dem Kaiser und allen seinen Nachfolgern, die Oberaufsicht und Polizei über alle Mitglieder seiner Familie beigelegt wird. *Loi de la famille*, ou statut contenant les dispositions qui resultent de l'article

14 des Constitutions du 28. Floréal an XII, par lesquelles est réglé tout ce qui concerne l'état civil de la maison impériale, et les devoirs des princes et princesses qui la composent, envers l'Empereur, en date de Paris le 30. Mars 1806; in dem Moniteur vom 1. Apr. 1806, u. in dem Journal politique de Mannheim, 1806, n. 97 — 99; auch in dem Polit. Journal, April 1806. Constitution du royaume de Westphalie, art. 8.

f) Vergl. oben, §. 84.

§. 157.

Apanage der Nachgebohrnen.

Den Nachgebohrnen wird, zu ihrem Unterhalt, eine Apanage (Deputat, Alimentengelder) ausgesetzt [a]). Dieselbe besteht bald in einem bestimmten Jahrgelde, oft verbunden mit Naturalien (apanagium proprium), bald in dem Besitz und Genufs eines Landesbezirks, verbunden mit manchen Hoheitsrechten unter der Oberhoheit des regierenden Herrn [b]) (paragium, apanagium improprium). Ein apanagirter oder paragirter Vater, vererbt die Apanage auf seine rechtmäsigen, ebenbürtigen Nachkommen. Nach deren Abgang fällt solche, in der Regel, an den regierenden Herrn zurück. Bei merklicher Vermehrung der Landeseinkünfte, ist Erhöhung der Apanage billig und recht [c]).

a) Pütters Lit. III. 759. Klübers Lit. §. 1534. Mosers Staatsr. XIV. 1 — 499. *Ebendess.* FamilienStaatsr. I. 360 — 511.

b) Joach. Erdm. SCHMIDT pr. de paragio a freragio et apanagio distincto. Jen. 1765. 4.

c) J. St. PÜTTERI comm. de augendo apanagio, auctis reditibus primogeniti regentis. Jen. 1745. u. in dessen Sylloge commentat. jus priv. principum illustrant. p. 49.

§. 158.

Residenz. Hofstaat. Ceremoniel. Orden. Titel. Wappen. MajestätsSymbole. Insignien und Kleinodien. CivilListe.

Von dem Willen des Souverains hängt ab, die Wahl seiner Residenz [a]), die Errichtung und Einrichtung seines Hofstaates [b]), nebst Leib- und Schloſsgarde [c]), die Errichtung neuer Erzämter und Erblandhofämter [d]), der Ehrenorden [e]), die Bestimmung des Staats- und Hofceremoniels [f]), des Haus- und Staatstitels [g]) und Wappens [h]), der MajestätsSymbole, Staats-Insignien und Kleinodien [i]), des Krönungs- und FestOrnats, auch wohl der Staatsheiligthümer oder Reliquien (lipsana imperii). Die Bestimmung der Kosten der CivilListe ist dem Souverain überlassen [k]), wenn sie nicht schon in den Staats- oder Familiengesetzen unwiederruflich enthalten ist [l]), oder der Einwilligung der Stände bedarf.

a) PÜTTERS Lit. 616. KLÜBERS Lit. §. 1374 c. 1290. MOSERS persönl. Staatsr. II. 72. 81. *Ebendess.* Zusätze zu s. neuen t. Staatsr. II. 554. — Von dem

Burgfrieden s. MOSERS Hofr. II. 795. HALTAUS glossar. h. v. C. F. WALCH Opusc. II. 116. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 525. *Ejusd.* elem. jur. priv. princ. §. 597. DANZ Handb. des t. Privatr. II. §. 179 f.

b) F. C. v. MOSERS teutsches Hofrecht. 2 Theile. Frankf. 1754. 1755. 4. J. J. MOSERS persönl. Staatsr. II. 71. — Von *Pagen* oder Edelknaben, s. MOSERS Hofr. II. 190.

c) MOSERS persönl. Staatsr. II. 87 ff.

d) Vergl. unten, in dem Cap. von dem Aemter-, Titel- und Decorationsrechte.

e) Hievon unten, in dem Cap. von d. Aemter-, Titel- und Decorationsrechte.

f) Oben, §. 86, und unten, in dem Cap. von d. Aemter-, Titel- u. Decorationsrechte.

g) Oben, §. 81 — 85.

h) Oben, §. 85. Von dem *Majestätstitel* s. F. C. v. MOSERS kleine Schriften, VI. 1. E. K. WIELAND über die Einführung der erblichen Kaiserwürde in Frankreich (Berlin 1804. 8.) S. 139 ff. v. MARTENS Einl. in d. europ. Völkerr. §. 174. n. 9.

i) PÜTTERS Lit. III. 109. KLÜBERS Lit. §. 902 ff. Vergl. MÖLLERS hist. Nachrichten von den Feierlichkeiten in alten Zeiten beim Antritt der Regiernng der schwedischen Könige. Stralsund 1772. fol.

k) ROUSSEAU contrât. social, liv. I. ch. 4. König Friedrich II. begnügte sich mit 220,000 Thaler jährlich.

l) Constitution du royaume de Westphalie, art. 9.

§. 159.

Verbindlichkeit des Souverains aus Handlungen seiner Vorfahren.

Der ewige Staat spricht durch jeden Regenten. Umwandlung in der physischen Person

des regierenden Subjectes, kann also auf Verpflichtungen des Staates entkräftenden Einfluſs nicht haben. Deſswegen ist jeder Regent verbunden [a]), die Staatshandlungen seiner Vorfahren anzuerkennen, sofern diese unwiederruflich, ohne Ueberschreitung der verfassungsmäsigen Befugniſs, unternommen wurden [b]). Jede andere Handlung des Staatsvorfahrs ist als Privathandlung anzusehen, weſshalb der Staat nur aus dem Grunde nützlicher Verwendung [c]), der Staatsfolger nur als Privatmann, aus besondern Gründen, zu Leistung oder Entschädigung verpflichtet seyn kann [d]). Nach denselben Grundsätzen sind Anwartschaften zu beurteilen [e]).

a) „Ἐμμέσως, id est per interpositam civitatem". GROTIUS de J. B. et P. II. 14. 11.

b) HOLZSCHUHERS DeductionsBiblioth. IV. 2061. KLÜBERS Lit. §. 1543. v. GÖBELS Abhandl. aus d. Staatsr. St. III, Cap. 1, §. 71 — 95. Cap. II. DE CRAMER Opusc. IV. 386. v. CRAMERS Nebenst. CXVI. 507. MOSERS persönl. Staatsr. II. 120. 211. *Ebenders.* v. d. Reichsstände Landen, 214. HOMMEL obs. 237. 285. 499. KOBE de pecunia mutuat. tuto colloc. §. 76. REUSS Deduct. u. Urk. Samml. IV. 263. PÜTTER prim. lin. jur. priv. princ. §. 64. v. ZWIERLEINS Nebenst. I. 61 — 82. J. N. BISCHOFF or. de aere principum alieno. Helmst. 1794. 8. (Matth. HOFMANNS) Versuch: in wie weit ist der Successor singularis ex pacto et providentia majorum, zu Anerkennung der Verträge und Handlungen des Vorfahrers verpflichtet? 1797. 8.

C. C. A. H. v. KAMPTZ Erörterung der Verbindlichkeit des weltlichen Reichsfürsten aus den Handlungen seines Vorfahren Neustrelitz 1800 8. K. T. WEDEKIND, können die teutschen Stammgutsgrundsätze einen Regierungsnachfolger befreien, die Regentenhandlungen seines Vorfahrers zu vertreten, mithin die erweislichen und redlichen Schulden desselben zu bezahlen? Frankf. 1802. 8.

c) v. CRAMERS Nebenst. XV. 95 MYLER ab EHRENBACH nomologia, c. 10. §. 3. PUTTERS Rechtsf Bd. II. Th. I. Resp. 219. v. KAMPTZ a. a. O. §. 103. 104.

d) v. KAMPTZ a. a. O. §. 99 ff S. 290.

e) Deduction in S v. Dittfurth c HessenCassel, in REUSS Deduct. u. Urk. Bibl I 269. LOSKANTS Anleit zu Abfass. der Schriften am R Kammerger. 179. STRUBE. Th. I. Bed 115. RUNDE's Beitr II. Num 4 u. 5. G. L BÖHMERS Rechtsf. II 137. G. L. BOEHMER diss. de obligatione successoris ex expectativa feudali antecessoris Goett. 1749. (Casp Friedr. v. HOFMANN) Von der Verbindlichkeit des Landes- und LehnNachfolgers an die vom Vorfahren ertheilte Anwartschaft und Eventualbelehnung. 778 fol Nachtrag u. s. w. 17 8. fol. Allgem. D. Biblioth. Bd 37, St. 2, S. 373. Dawider s. v. ZWIERLEINS Nebenst. I. Num. 2. u. 4. WESTPHALS Lehnr. 125.

§. 160.

Dauer des Verhältnisses zwischen Souverain und Volk.

I) Vermöge des UnterwerfungsVertrags behält das Volk, der Inbegriff der Staatsbürger, ausserhalb des Staatszweckes seine Selbstständigkeit; und der Regent hat die Oberherrschaft nur unter der Bedingung pflichtmäsiger

Wahl der Mittel zu Erreichung jenes Zweckes. Es kann also 1) das Volk von dem Regenten als blosses Mittel für andere Zwecke (Tyrannei, Machiavellismus [a]) nicht behandelt werden (jus resistendi [b]); und 2) das Recht zu der Oberherrschaft kann, ohne gehörige Anwendung der Mittel zu dem Staatszweck, nicht bestehen. Aber willkührliche Widersetzung des Volkes, gegen Verfügungen des Staatsoberhauptes, wäre widerrechtlich; noch mehr willkührliche Regierungsentsetzung des Regenten [c]).

a) Machiavells (il Principe. 1515.) Grundsätze widerlegte ein königlicher Schriftsteller. Examen du Prince de Machiavell. edit. 3. à la Haye 1741. 8.

b) Einst eine theologisch-exegetische Controvers. A. L. Schlözers Staatsgelahrtheit, I. 32 ff.

c) Rud. Wedekind diss. de obligatione civium erga principem tyrannum Goett. 1748. Joh. Benj. Erhard über das Recht des Volks zu einer Revolution. Jena 1795. 8. K. G. Günthers europ. Völkerr. II. 436. (v. Steck) Von Absetzung eines röm. Kaisers. 1759. 4. Mosers Staatsr. VII. 71. Klübers Lit. 731. Eine kurze Darstellung der Grundsätze des Monarchomachismus s. in Gribners princ. jurispr. nat. II. 7. 2.

§. 161.

Fortsetzung.

II) Da der Staatsoberherr durch Vertrag zu der Staatsregierung sich verpflichtet hat, so

ist er zu willkührlicher Niederlegung derselben, zu einseitiger willkührlicher Aufhebung seiner vertragsmäsigeu Verbindlichkeit, nicht berechtigt [a]). Eben so wenig zu willkührlicher Veräusserung der Staatsregierung, oder der Staatsgewalt, auf welche ihm nur ein bloſs persönliches Recht (jus personalissimum) zusteht [b]).

a) GÜNTHER a. a. O. II. 435. MOSERS Staatsr. VII. 26 ff. *Ebenders.* v. d. röm. Kaiser, 618.

b) Von der Veräusserung des Staatsgebietes, unten Cap. VI.

II. CAPITEL.

DIE UNTERTHANEN.

§. 162.

Volk. Unterthanen.

In dem Innern des Staatsvereins, steht dem Saatsoberhaupte gegenüber, der Inbegriff der Staatsbürger, das Volk. Durch den Unterwerfungsvertrag ist jenem fortwährend das Recht übertragen, in Staatsangelegenheiten den allgemeinen Willen festzusetzen und auszuführen. In dieser Hinsicht sind alle Perso-

nen in dem Staate, physische und moralische [a]), dem Willen des Staatsoberherrn unterworfen [b]). Daher heissen sie, in dem Verhältnifs zu ihm, Unterthanen [c]).

a) Nicht abhängig von eigener Einsicht, darf der *Gehorsam* der Einzelnen seyn, im Verhältnifs zu Verfugungen des Regenten Aber durch bescheidene Vorstellung darf das eigene Urtheil demselben vorgetragen werden.

b) Keine *Gesellschaft*, auch die Kirche nicht, kann einen *Staat im Staate* (Statum in Statu) bilden, d. h. ihre Wirksamkeit der Staatsregierung entziehen.

c) *Untergebene*, in Beziehung auf Staatsbehörden.

§. 163.

Verschiedenheit der Stände.

Eine Ungleichheit der Stände, nichts weniger als Bedingung des Staatszweckes [a]), hat sich auch in Teutschland, so weit die Geschichte reicht [b]), in die Staatsverfassung eingeschlichen, und sogar Ungleichheit der Rechte erzeugt. In dieser Hinsicht bildete sich, nach und nach, eine dreifache Classification (Standesclassen). Die erste, als der eigentlich sogenannte Unterschied der Stände, bezieht sich auf Staatsbürgerschaft überhaupt; die andere auf Beschäftigung, Lebensart, Gewerbe, Wohnort und Eigenthum; die dritte bezog sich auf die bürgerlichen Subjections Verhält-

nisse gegen das teutsche Reich. Diese theilte alle Reichsunterthanen in Reichsunmittelbare und Mittelbare (§. 2); mit der teutschen Reichsverfassung hat sie aufgehört.

a) ROUSSEAU du contrat social liv. I. ch. 9, am Schlusse. KANTS Rechtslehre, §. 49. D. S. 192. Theod. SCHMALZ natürl. Staatsr. 9 ff. 62 f. 69. KabinetsOrdre K. Friedr. Wilhelms III. v. 10. März 1798. E. M. v. SCHLIEFFENS Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts der von Schlieffen (Cassel 1784. 4.), S. 2. CONDORCETS Entwurf e. histor. Gemähldes der Fortschritte des menschl. Geistes (ins Teutsche v. E. L. POSSELT, Tüb. 1796. 8. 276 ff. 285 ff. J. St. PÜTTER über den Unterschied der Stände, besonders des hohen und niedern Adels in Teutschl. (Gött. 1795. 8.) 13 ff., verglichen jedoch mit S. 20. F. W. B. v. RAMDOHRS Organisation verschiedener Stände und Gewalten in monarch. Staaten. Hannov. 1801. 8. Karl Dietr. HÜLLMANNS Gesch. der Entstehung der Stände in Deutschl. Frankf. a. d. O. Th. I. u. II. 1806. 1807. 8. Untersuchungen über den Geburtsadel und die Möglichkeit seiner Fortdauer im 19. Jahrhundert. Von dem Verf. des neuen Leviathans (BUCHHOLZ). Berl. u. Leipz. 1807. 8. — Dawider s. ausser MONTESQUIEU, von KOTZEBUE vom Adel. Leipz. 1792. 8. Theod. Gottl. von HIPPEL über Gesetzgebung u. Staatenwohl (Berl. 1804. 8.) S. 126.

b) Gedanken von d. Urspr. u. Unterschied des adelichen, Bürger- und Bauernstandes. Cölln, 1710. 4. G. D. ALAND diss. binae de statu hominum apud veteres Germanos. Lips. 1745. et 1747. 4. L. MEINERS Gesch. der Ungleichh. d. Stände unter den vornehmsten europ. Völkern. Zwei Bände. Hannov. 1792. 8. J. C. MAJERS Germaniens Urverfassung. (Hamb. 1798. 8.) 35. 45 ff.

PÜTTER a. a. O. 22—52. Karl MANNERTs Freiheit der Franken, Adel, Sclaverey. Nürnb. 1799. 8. Pet. WOLFTER diss. historica diplomatica de Personis imperii Romano Germanici. Heidelb. . . 4. B. F. HUMMELs Compend. t. Alterthümer, 124. K. G. RÖSSIGs Alterthümer der Teutschen, 276 ff. P. L. L. MEREAU von der ersten muthmaſsl. Entstehung der Verschiedenheit der Stände; in s. Miscellaneen, I. 349.

§. 164.

Fortsetzung.

Notwendig und natürlich ist die Abtheilung der Staatsgenossen, in dem weitern Sinne, in Souverain und Volk [a]), den Inbegriff der Bürger, in dem Verhältniſs zu dem Oberherrn. Die einzelnen Bürger sind Unterthanen; und die Masse aller Einwohner des Staatsgebietes, bildet die Nation. Das Staatsinteresse läſst zu, daſs in Erbstaaten die Mitglieder des Regentenhauses als eine höhere Classe ausgezeichnet werden. Die Constitution des Königreichs Westphalen verordnet die Gleichheit aller Unterthanen, hebt alle Adels-Privilegien auf, und läſst den Adel dem Namen nach fortdauern [b]).

a) KANT a. a. O. 193.

b) Art. 10. „Le royaume de Westphalie sera régi par des constitutions, qui consacrent l'égalite de tous les sujets devant la loi". Art. 14. „La noblesse continuera de subsister dans ses divers degrés et avec ses qualifications diverses, mais sans donner ni droit exclusif à

aucun emploi et à aucune fonction ou dignité, ni éxemption d'aucune charge publique". Art. 15. „Les statuts des abbayes, prieurés et chapitres nobles seront modifiés de telle sorte, que tout sujet de royaume puisse y être admis". — Beispiele: 1) aus dem nordamerikanischen Freistaate, aus Frankreich, Königreich Italien, Fürstenthum Lucca, aus dem sinesischen Kaiserreich und der Türkei, aus der ehemaligen SiebenInselnRepublik seit der Constitution von 1804, aus dem Norden von Europa in den ältesten Zeiten der Monarchie, aus der alten Welt, vorzüglich bei Griechen u. Römern; 2) aus Holland und der Schweiz; 3) aus England, Dännemark, Schweden, Rufsland.

§. 195.

I) nach der Staatsbürgerschaft überhaupt.

1) *Adel.*

In Absicht auf die Staatsbürgerschaft überhaupt, unterscheidet man drei Hauptstände. I) Der erste ist der Adel [a], ein Geburtsstand, der sich in hohen und niedern abtheilt. Der hohe Adel (Herrenstand, Erlauchte, Standesherren, illustres), objectiv betrachtet, ist ein Inbegriff bürgerlicher erblicher Vorrechte, die ehehin ihren Grund hatten, entweder in einem, der Familie, wegen eines Reichslandes, zustehenden Sitz- und Stimmrechte auf der allgemeinen Reichsversammlung, oder in der erblichen reichsfürstlichen Würde [b]), jetzt in einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Willenserklärung

des Souverains. Er begriff unter sich die Erb-Kurfürsten und Fürsten, dann die mit dinglicher c) Reichsstandschaft versehenen Reichsgrafen, und ihre allerseitigen FamilienMitglieder. Jetzt gehören dahin, die Mitglieder des Regentenhauses und die Standesherren. Der niedere Adel (Edelleute, nobilitas inferior, auch geradehin der Adel) ist ein Inbegriff von bürgerlichen erblichen Vorrechten, womit der Rang zwischen den Personen des hohen Adels einer Seits, und denen von dem Bürgerstande anderer Seits verbunden ist d).

a) Ursprünglich der Stand der *Gutsbesitzer*, von *Od*, eine Besitzung. — Schriften in PÜTTERS Lit. III. 264. KLÜBERS Lit 264 H. W. LAWÆTZ Bibliographie interessanter und gemeinnütziger Kenntnisse, Th. I. Bd. I. (Halle 1793. Auch unter dem Titel: Handb. f. Bücherfreunde u. Bibliothekare) 871—884, insbesondere 846. E. V. D v. EGGERS Archiv für Staatswissenschaft u. Gesetzgebung, Bd. I. (Zürich, 1795 8.) vom Adel. J. St PÜTTER a. a. O. 73 ff. MOSER von der t Unterthanen Rechten, 380 ff. — Die Abtheilung des Adels in *mittelbaren* und *unmittelbaren*, bezog sich auf das *Subjections*Verhältniß, wovon KLÜBER isagoge in jus publ. nobil. immed. §. 1, et 11.

b) Folgen hieraus. KLÜBER diss. de nobilitate codicillari, §. 6. et 20. *Ebendess* kl. jur Bibl. XXV. 26 ff.

c) Von ungefürsteten *reichsgräflichen Personalisten*, s. R. A. 1654, §. 197. Wahlcap. I. 5. III 2. KLÜBER isagoge cit. §. 5. n. 3. MOSER v. den t. Reichsständen, 816 ff.

d) Die angef. kl. jur. Bibl. XXV. 28.

§. 166.

Stufen des hohen und niedern Adels.

Jede Classe des Adels hatte verschiedene Stufen. A) Die Stufen des hohen Adels waren: 1) der Erbkurfürstenstand (Erzfürsten[a]); 2) der weltliche[b]) Reichsfürstenstand, Herzoge, Markgrafen, Pfalzgrafen, Landgrafen und Burggrafen mit Fürstenwürde, eigentlich sogenannte Reichsfürsten, und gefürstete Grafen[c]) (Fürstenmäsige[d])); 3) der Reichsgrafenstand, so weit er mit dinglicher Reichsstandschaft versehen war; 4) der Dynastenstand, in der alten Bedeutung des Wortes[e]). B) Der niedere Adel hatte folgende Stufen[f]): 1) Titular- oder nichtreichsständische (ungefürstete) Grafen[g]), wohin einige auch die reichsgräflichen Personalisten rechneten; 2) Freiherren oder Barone; 3) Edle- und Banner Herren; 4) des heil. röm. Reichs Ritter; 5) Edle von; 6) gemeiner Adelstand, mit dem Prädicat von.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 50. 141. KLÜBERS Lit 124. 169. Von dem *Erzherzoge* von Oestreich, s. Privilegium Fridericianum 1156, in des Grafen Rudolfi *Coronini* de *Cronberg* operib. miscellan. T. I. (Venet. 1769 fol.) p. 4 — 7. F. F. SCHRÖTTERS östreich. Staatsr. II 9 ff C. A. BECK jus publ. austriac. Spec. I. 17. sqq. DE SELCHOW elem. jur. publ. §. 119.

b) Von *geistlichen* Reichsfürsten und gefürsteten *Prälaten*, s. KLÜBER isagoge cit. §. 5. not. 2. u. diss. de nobilitate codicill. §. 6. 20.

c) Von allen diesen, s. MASCOV princ. jur. publ. 407. sqq. J. F. PFEFFINGER, Vitriarius illustratus II. 16—763. GEBHARDI geneal. Gesch. der erbl. Reichsstände, I. 133 ff. 153 ff. 160. 177. MOSER von den t. Reichsständen, passim. PÜTTER über den Unterschied der Stände, 138 f. — Von Pfalzgrafen, s. Braunschw. Anzeigen, 1754, 377 f.

d) Unter den *fürstenmäsigen* (principalibus) wurden in der AusträgalMaterie (K. G. O. 1555, II u. 3. R. A. 1750, §. 102) nur die *gefürsteten Reichsprälaten* und *gefürsteten Reichsgrafen* verstanden; also weder die *neuen*, noch die apanagirten Fürsten, noch die ungefürsteten reichsständischen Grafen, noch überhaupt die altgräflichen Häuser. PÜTTERS hist. Entwick. I. 268 f. KLÜBERS kl. jur. Bibl. IV. 272 f. 279. Dagegen s. PÜTTERS Opusc. rem. judiciar. imp. illustrant. 579. §. 11. MOSER von d. t. Reichsständen, 524. RUNDE's t. Privatr. §. 339. WECKHRLINS Chronologen, Bd. X. Num. 1. u. 2. G. F. C. ROBERT diss. de iis qui dicuntur Fürstenmäsige. Marb. 1785.

e) Schriften bei KLÜBER, 122. 192. GEBHARDI a. a. O. I. 165. C. E. WEISSE Abh. von Dynastien; in F. G. A. SCHMIDTS fortgesetzten Beiträgen zur Geschichte des Adels (Leipz. 1795). Num. 2. PÜTTER a. a. O. 111.

f) (v. STECK) Vom Geschlechtsadel (Leipz. 1778.) 38 ff. J. G. ESTORS kl. Schriften, I. 844.

g) Einen *Mitteladel* macht aus diesen, HOMMEL rhaps. obs. 899. Dawider s. KLÜBER comm. de jure nobilium feuda militaria constituendi (1786 8.), p. 5. sqq. und de nobilit. codic. §. 7. Vergl. PÜTTER a. a. O. 130—133.

h) H. W. LAWÆTZ Handb. f. Bücherfreunde und Bibliothekare, Th. II. Bd. 2, Abth. 2 (Halle 1795), S. 329—335.

§. 167.

2) Bürger- und 3) Bauerstand.

II) Der zweite Hauptstand ist der Bürgerstand [a]) (Bürgerliche, civici, burgenses, bourgeosie), eine zahlreiche Classe [b]), welche alle Freien unter sich begreift, die weder zu dem Adel, noch zu dem Bauerstande gerechnet werden können [c]). Eine Abtheilung derselben (der geehrtere Bürgerstand), wird Honoratioren genannt [d]). Der letzte Stand ist III) der Bauerstand (rustici, ruricolae), zu welchem die gehören, deren unmittelbare Hauptbeschäftigung in Landwirthschaft besteht, sofern sie nicht durch adeliche Geburt, Amt, oder besondere Rechte von diesem Stande ausgenommen sind [e]). Leibeigene (Hörige, Eigenbehörige, homines proprii), die entweder für ihre Person, in erblicher Leibeshaft (Halseigene), oder wegen ihrer Güter in dinglicher Erbhörigkeit, erblicher Gutspflicht oder Gutsunterthänigkeit (Dienstbauern), den unfreien Bauerstand ausmachen [f]), sind in dem heutigen Teutschlande nur noch als Ausnahme von der Regel zu betrachten. — Ausserdem unterscheidet man auch Adel und Nichtadel, und rechnet zu dem letzten den Bürger- und Bauerstand; der, in dem Gegensatze des

Adels und der Geistlichkeit, auch der dritte Stand (Tiers-état) genannt wird.

a) (Joh. Frhr. v. HORIX) Die Ehre des Bürgerstandes nach den Reichsrechten. Wien, 1791. 8. G. L. BÖHMERS Rechtsf. B. I. Abth. 2, Num. 55. HOMMEL obs. 618. MOSER von der t. Unterthanen Rechten, 459 ff.

b) Doch unterschieden von dem *Staatsbürger* (citoyen) und dem eigentlich sogenannten *Bürger einer Stadt.* Encyclopédie par DIDEROT et d'ALEMBERT art. *bourgeois* und *citoyen.* ROUSSEAU contrat social, liv. I. ch. 9. Note *.

c) In dem *Mittelalter* wurden, unter den *Freien, Freigebornen* oder *Wehren* (ingenuis), nicht blofs die Rittermäsigen (wie Joh. Ge. CRAMER u. Graf BUAT glaubten), sondern auch der *Bürger*- und freie *Bauerstand* begriffen. Man unterschied, nach Erbauung der Städte, ingenuos militares, burgenses und rusticos. PÜTTER a. a. O. 53 69 102. G. L. BOEHMER diss. de jurib. ex statu militari Germanor. pendentibus. Goett. 1740. 1750. J. H. C. DE SELCHOW de juribus ex statu ingenuorum in Germania pendentibus. Goett. 1756. 4. u. in s. Electis, 119. J. F. RUNDE's t. Privatr. §. 327 ff.

d) *Honoratioren* heissen, in dem gemeinen Leben, Personen aus dem Bürgerstande, die eine geehrtere Existenz haben, als die ist, welche ein zünftiges Gewerbe giebt. Dahin gehören z. B. der Stand der *Gelehrten*, *Künstler*, und *Kaufleute*, und diejenige *Geistlichkeit*, die für ihre Person auf einen höhern Stand nicht Anspruch machen kann. MOSER von der t. Unterthanen Rechten, 462 f. Ob der Reichshofrath *diese* Honoratioren, in der Lehre von Mifsheurathen, als den Gegensatz der von ihm sogenannten personarum *plebejarum* (v. RIEFFELS Reichshofrath, I. 253. REUSS XXI. 384.) betrachtet habe?

e) Also gehören dahin, weder alle Bewohner des platten Landes; noch bloss die Besitzer eines Bauergutes oder der Bauerländerei. Vergl. übrigens W. F. SCHRÖDTER de notione rusticorum in Germania (Goett. 1743), §. 9. sqq. RUNDE'S t. Privatr. §. 482. WESTPHALS t. Privatr. I. 241. MOSER v. d. t. Unterthanen Rechten, 475. — *Tagelöhner* und *Handwerker*, auf dem Lande, gehören, jene zu dem Bauer-, diese zu dem Bürgerstande. — *Reichsunmittelbare Bauern* (RUNDE a. a. O. §. 73.) gab es nicht. Die einzelnen Bauern in den *Reichsdörfern*, waren Unterthanen der unmittelbaren Dorfgemeinde. RANDEL (Annalen der Staatskräfte von Europa, I, §. 120) nennt sie Einwohner der unmittelbaren Reichsdörfer.

f) A. L. SCHLÖZERS Staatsgelahrtheit, I. 61. — Aufgehoben ward die *Leibeigenschaft*, in dem *Badischen* am 23. Jul. 1783. SCHLÖZERS Staatanz V. 39. Auch in der Constitution des Königreichs *Westphalen*. Art. 13. *Persönliche* Unterthänigkeit oder Leibeigenschaft findet in den preussischen Staaten nicht statt. *Preuss. Landr.* Th. II, Tit. 7, Abschn. 4, S. 342 ff.

§. 168.

II) nach Beschäftigung, Lebensart, Gewerbe, Wohnort, Grundeigenthum.

I) In Hinsicht auf Beschäftigung, Lebensart, und Gewerbe *a*), unterscheidet man: Staatsbeamte, abgetheilt in Civil- und Militär- (Wehr-) Stand; Geistlichkeit *b*), Hofleute, Gelehrte *c*), Künstler, Kauf- und Handelsleute, Handwerker oder Professionisten, Landwirthe, Tagelöhner und Gesinde. II) Von allen diesen unterscheiden sich die

Rentenzehrer (rentiers), eine consumirende und geniessende Classe (Kostgänger des Staates), und die Armen und Arbeitslosen [d]), (Freizehrer). III) Auf den Wohnort beziehen sich die Abtheilungen, in Städter und Landleute oder Bewohner des platten Landes; in solche, die für immer, oder nur als Fremde für die Zeit ihres Aufenthaltes in dem Staatsgebiete, ihren Wohnsitz in diesem haben (subditos perpetuos et temporarios); in inländische und auswärtige (forenses) Güterbesitzer, je nachdem diese zugleich ihren Wohnsitz, oder nur Grundeigenthum in dem Staatsgebiete haben. IV) Alle Einwohner, das heifst alle, die ihren beständigen Aufenthalt in dem Staatsgebiete haben (ihr Inbegriff ist die Nation), sind entweder Grundeigenthümer, Eigenthümer einzelner Theile des Staatsgebietes, oder Beiwohner.

a) Diese Classification ist wichtig, in Absicht auf die Verschiedenheit der Rechte; wovon das Meiste in das teutsche Privatrecht gehört.

b) Die wichtigsten UnterscheidungsMerkmale finden sich bei der *katholischen* Geistlichkeit. Zu der Geistlichkeit gehören, in d. Königreiche Sachsen, auch die UniversitätsRectoren. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. III. 255 ff.

c) Die meisten Vorrechte geniessen die Lehrer und Studirenden auf Universitäten, und die Graduirten. Vergl. z. B. v. RÖMER a. a. O. 450 ff.

d) Aug. NIEMANNS Grunds. der Staatswirthschaft, I. 39 f.

§. 169.

Immediat- und MediatUnterthanen.

Alle Unterthanen, als solche, sind dem Staate unmittelbar unterworfen. Aber in Absicht auf die Ausübung mancher Hoheitsrechte, unterscheidet man, in manchen Staaten, Immediat- und MediatUnterthanen [a]), je nachdem die Unterthanen, in Ansehung der Ausübung aller Hoheitsrechte, den administrirenden Staatsbehörden unmittelbar, oder, in Ansehung gewisser Hoheits-, auch gutsherrlicher oder Patrimonialrechte, einer, der Staatshoheit untergeordneten Grundobrigkeit unterworfen sind (Gutsunterthanen, Unter- oder Hintersassen). Die Unterthänigkeit wird nicht aufgehoben durch Standeserhöhung, durch Befreiung von gewissen Staatslasten, durch Erwerb eines oder mehrerer verleihbarer Regalien (§. 69), der Standesherrlichkeit oder subalternen Landeshoheit u. d.

a) DE SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 301. 343. C. H. GEISLER comm. de landsassiatu, 107.

§. 170.

Landsassiat.

Die Unterthänigkeit wird, in teutschen Staaten, auch bezeichnet durch das Prädicat landsässig. 1) Daher heissen alle Unter-

thanen Landsassen [a]) in dem weitern Sinne [b]). Der Inbegriff der ihnen in diesem Verhältnifs zukommenden besondern Rechte [c]), wird ActivLandsassiat (Landsasserei) genannt; in dem Gegensatze des PassivLandsassiats, eines Inbegriffs der den Landsassen obliegenden Staatspflichten, oder derjenigen Staatsbefugnisse, welche der Landesherrschaft über sie und ihre in dem Lande befindliche VermögensSubstanz zukommen [d]). II) In dem engern Sinne versteht man unter Landsassen, die höhere oder privilegirte Classe der Landesunterthanen [e]). III) Sofern der Landsassiat, insbesondere die Territorialgerichtbarkeit, gegen auswärtige Gutsbesitzer (forenses), blofs auf das in dem Lande gelegene Grundeigenthum eingeschränkt wird, heifst er unvollständig (eingeschränkt, nicht voll, minus plenus): vollständig (uneingeschränkt, voll, plenus) hingegen, wenn er auch auf die persönlichen Verhältnisse der Forensium ausgedehnt wird [f]). Dieser wird jetzt in den meisten teutschen Staaten geltend gemacht [g]).

a) Andere Bedeutungen: 1) *Inländer*, in dem Verhältnisse zu Ausländern; 2) *Landleute*, in dem Gegensatze der Städter (C. H. Geisler comm. de landsassiatu, §. 18. et 19. p. 62. sqq.); 3) *Rittergutsbesitzer* (meist landtagsfähig), die in einigen Ländern, in Absicht auf den

Gerichtsstand, sich abtheilen in *Kanzlei-* oder *Schriftsassen* und Amtsassen (unterschieden von den gemeinen *Amtsuntergebenen*). RICCIUS von dem landsässigen Adel, 381 ff. MOSER von der Reichsstände Landen, 339 f. PFEFFINGER, II. 959. IV. 9. de SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 256. sq. Von *Erbsassen*, s. GEISLER, 115. Von *Insassen*, *Ebenders.* 169. MOSER a. a. O. 539.

b) GEISLER, 138. I. P. LANGS diplomat. Blumenlese, Num. 85; in MEUSELS Geschichtforscher, III. 231. Nicht blofs die *Grundeigenthümer*, sondern auch die übrigen *Einwohner* (Eingesessenen) des Landes, werden unter den Landsassen begriffen.

c) Davon s. MOSER von der t. Unterthanen Rechten und Pflichten, S. 160 ff. Schriften von dem Landsassiat, in PÜTTERS Lit. III. 102. KLÜBERS Lit. 147.

d) GEISLER l. c. §. 48 p. 182. schränkt zwar diese Abtheilung ein, auf den Landsassiat in dem *engern* Sinne, gesteht aber S. 189 ff. selbst, dafs das Wort Passiv-Landsassiat gleichbedeutend sey mit *Landeshoheit*.

e) GEISLER, §. 37. sqq., wo auch, §. 42 — 47, von ihren gemeinen und besondern Rechten gehandelt wird.

f) Königl. baierische Verordn., das Verhältnifs der Forensen zu der Staatsgewalt betr.; Rhein. Bund, VIII, 333. Sogar, in einigen Ländern, auf *Vassallen* und *Mitbelehnte*, als solche, selbst bei *ausländischen* Lehen (Aussen- oder Butenlehen, feudis extra curtem). RICCIUS a. a. O. 378 f. 389. K. S. ZACHARIÆ Handb. des kursächs. Lehnr. §. 38. PÜTTMANN elem. jur. feud. §. 423.

g) RICCIUS, 379. BOEHMER princ. jur. feud. §. 218. DE SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 255. n. 4. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 13 ff. PUFENDORF proc. civ. I. 10. §. 31 PÜTTERS Rechtsf. Bd. II, Th. 4, S. 968. Preussische Prozefsordn. Tit. II. §. 114.

§. 171.

Persönliche und dingliche Unterwürfigkeit. Beweis der Staatssubjection.

Gutsbesitz, Wohnsitz und Dienstverhältnifs begründen die persönliche [a]) Unterwürfigkeit: bürgerliche Subjection des Grundeigenthums unter die Staatshoheit, die dingliche Unterwürfigkeit. I) Die dingliche wird beurkundet durch den Beweis, dafs die Sache Theil oder Zugehör des Staatsgebietes, oder wenigstens von dem Eigenthümer wirklich und rechtmäsig dafür anerkannt worden sey. II) Das einzige, wahre und sichere Merkmal der persönlichen Unterwürfigkeit gegen den Staat, ist die unzweideutige, rechtmäsige Anerkennung der Staatshoheit. Diese kann auf zweifache Art geschehen: ausdrücklich, durch einen ausdrücklichen UnterwerfungsVertrag, der gewöhnlich in einen HuldigungsAct eingekleidet wird; stillschweigend, indem man die Ausübung der Staatshoheit sich gefallen läfst.

a) J. F. v. Tröltsch in Siebenkees Beitr. I. 122. III. 161. IV. 87. 138.

§. 172.

Fortsetzung.

Der Beweis der persönlichen Unterwürfigkeit gegen den Staat, kann also zwei-

fach geführt werden: einmal, durch Beglaubigung einer rechtmäsig geschehenen ausdrücklichen Anerkennung der Staatshoheit [a]), insbesondere einer wahren Staatshuldigung; andern s, durch glaubwürdige Anzeige, dafs die Ausübung der wesentlichen und allgemeinen Hoheitsrechte rechtmäsig und wirklich sey anerkannt worden. Die letzte Beweisart, obwohl specifisch, ist nicht minder kräftig, als die erste [b]). Inzwischen ist, vorzüglich bei ihr, vielfältig nicht blofs über das factische, sondern auch über das rechtliche Verhältnifs, und besonders über die Beweiskraft mancher, als Merkmale der Unterwürfigkeit angegebener Rechte, gestritten worden [c]). Daher folgen hier Grundsätze über die merkwürdigsten, öffentlich zur Sprache gebrachten Beweisgründe [d]). Nach den neuern TerritorialSubjectionen und Purificationen, und nach dem wechselseitigen Verzicht der rheinischen Bundesfürsten, auf alle wirklichen Rechte und Prätensionen, in Ansehung fremder Bundesstaaten (§. 89 ff.), sind Streitigkeiten, wo diese Grundsätze in Anwendung kommen, seltener, aber doch nicht überall unvermeidlich.

a) J. B. Schue rechtl. Entwickelungen einiger Materien, in Betreff der Landeshoheit (Frankf. u. Leipz. 1795. 8.) 27. 34.

b) E probatione specierum, resultat probatio generis. Wer an einem Orte *alle* wesentlichen und allgemeinen Hoheitsrechte besitzt, hat daselbst die Staatshoheit. WESTPHALS t. Staatsr. 574 f. GEISLER de landsassiatu, §. 52. sqq. MOSER von der Landeshoh. uberh. 191 f. u. 193 f. 195. Dagegen s. de CRAMER, T. VI. obs. 1421. §. 6.

c) Diese Streitigkeiten sind zweifach: 1) *ob* die Person oder Sache *landsässig* sey? — 2) *Wem* die Landeshoheit zustehe? — Nachricht von einer grossen Menge LandeshoheitsStreitigkeiten, bei MOSER von der Landeshoheit uberhaupt, 95 — 176. C. H. SCHWEDER theatr. praetensionum. edit. 2. 1727. fol. PÜTTERS Lit. III 830 ff. KLÜBERS Lit. 148. 693. — Von den *Rechtsmitteln*, s. de CRAMER II. obs. 631. MOSER a. a. O. 191 f. C J. EISENSTUCK diss. de modo superioritatis territorialis jura contra eos, qui se illi subjectos esse negant, legitime persequendi. Lips. 1785. 4. (KLÜBERS kl. jur. Bibl. VI. 161).

d) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 103. 828. KLÜBERS Lit. 148 f. 692 ff. STRUBE'S Nebenst IV. 141. de CRAMER, VI. obs. 1421. HELDS reichsprälat. Staatsr. II. 25. WESTPHALS t. Staatsr. 571. GEISLER l. c. §. 50 — 56. v. ROTHS Staatsr. t. Reichslande I. 80. MOSER a. a. O. 176 — 190. (wo ein alphabetisches Verzeichnifs von Gründen u. Gegengründen). *Ebendess.* Zusätze zu s. neuen Staatsr. II. 662. *Ebenders* von der Reichsstände Landen, 537 ff. Jo HEUMANN diss. de characteribus superioritatis territ. caute designandis. Alt. 1742. 4. Bened. SCHMIDT diss. de notis characteristicis superioritatis territ. Ingolst. 1771. 4. (J. F. v. TRÖLTSCH) Gedanken von d. ächten Begriff und Grunde der Unmittelbarkeit und Territorialgerechtigkeit in vermischten Reichslanden. Frankf. u. Leipz. 1786. 8. (v. EPPLEN) Geschichte der LandeshoheitsStreitigkeiten und Grundsätze, nach welchen dieselben beurteilt

werden müssen. Ulm, 1795. 8. J. B. SCHUE a. a. O. B. C. H. HEYDENREICH diss. de jure apanagii comitum mediatorum in Saxonia (Lips. 1785.), §. 27 — 31.

§. 173.

Grundsätze über die Beweisgründe. Erster Grundsatz. Huldigung.

I) Bewiesen wird die Staatshoheit, durch die Thatsache unzweideutiger [a]) und rechtmäsiger [b]), ausdrücklicher oder stillschweigender (wovon §. 175) Anerkennung derselben. Eine ausdrückliche Anerkennung liegt in der Staatshuldigung [c]) (homagium, tessera subjectionis civilis), einem feierlichen, meist eidlichen, Versprechen der Unterthanpflicht. Sie ist vollständig oder allgemein (homagium plenum s. universale), oder unvollständig oder partikulär (minus plenum s. particulare), je nachdem sie entweder in Ansehung der Person und des Grundeigenthums zugleich, oder blofs in Hinsicht auf den Gutsbesitz in dem Staatsgebiete, geleistet wird [d]). Sie unterscheidet sich von andern Verpflichtungsarten, die z. B. auf Lehn-, Schutz-, Cent-, Gerichts- oder Gutsherrlichkeit (Patrimonial- oder Erbhuldigung der Patrimonialpflichtigen, und Erbeid oder Erbpflicht, juramentum assecurationis, der Eigenhörigen) oder auf Bürgerpflicht (Bürger-

eid) sich beziehen [e]). Die vorläufige oder EventualHuldigung wird den Successionsberechtigten, z. B. dem Regierungsnachfolger, Mitbelehnten, Erbverbrüderten, Anwarter u. d. geleistet [f]). Sie ist also kein Merkmal der gegenwärtigen Unterwürfigkeit.

a) Blofse Curialien, Courtoisie u. a. HöflichkeitsBezeugungen, haben keine Beweiskraft.

b) Also keine moderne Pfahlbürgerschaft. Vergl. de HENNIGES medit. ad instrum. pac. spec. IV. mant. I. §. 21. p. 14.

c) Schriften bei PÜTTER III. 99. KLÜBER 146. C. G. BUNZ Grundsatze der Huldigung in Teutschland. Tüb. 1794. 8. PFEFFINGER IV. 1. sqq.

d) SCHWEDER, VITRIAR, HORN, CHLADENIUS u. a. sprechen von *persönlicher* und *dinglicher* (*realer*) Huldigung.

e) STRUBE'S Nebenst. IV. 167 MOELLER usus pract. distinct. feudal. XIII. 1. BUNZ a. a. O. §. 3. Note a. §. 33 — 38. — Von der *Gerichtspflicht* s. PUFENDORF de jurisdict. germ. §. 108.

f) Schriften bei PÜTTER u. KLÜBER a. a. O. REUSS Staatsk. XIII. 342. MEREAUS Miscellaneen, II. 146 ff.

§. 174.

Fälle der Huldigung.

Die Staatshuldigung [a]) wird geleistet, dem Staatsoberherrn, 1) bei dem Regierungsantritt von allen Unterthanen, wenigstens von den Familienhäuptern, auch von den Staatsbeam-

ten und von der Geistlichkeit [b]); 2) während der jedesmaligen Regierung, von den neuen Bürgern, Unterthanen, Schutzverwandten, Staatsbeamten u. s. w., bei ihrer Annahme; 3) in denen Staaten, wo der volle Landsassiat gilt (§. 170), auch von den TerritorialVassallen, bei Ablegung ihrer Lehnpflicht.

a) STRUBE'S Nebenst. IV. 167. Sie ist nicht notwendig. LUDOLF Symph. consult. for. II. 1154. 1165.

b) ESTORS neue kleine Schriften, I. 65. ff.

§. 175.

Stillschweigende HoheitsAgnition.

Der Beweis stillschweigend geschehener Anerkennung der Staatshoheit, bedarf sprechender Handlungen. Dahin gehört: 1) die Agnition der Ausübung der Staatshoheitsrechte, wovon unten (§. 176 u. ff.) das Nähere; 2) die Ausübung der Landstandschaft, durch Erscheinen mit Sitz und Stimmrecht auf landständischen Versammlungen [a]); 3) die Niederlassung in dem Staatsgebiete, indem man daselbst seinen beständigen Wohnsitz nimmt, auch wohl zugleich Grundeigenthum erwirbt [b]). 4) Nicht immer liegt eine Anerkennung der Staatshoheit in dem Kirchengebete [c]) (preces publicae); in der Feier öffentlicher Freudenfeste [d]) (laetitia

publica); in der öffentlichen Trauer [e]) (luctus publicus).

a) STRUBE'S Nebenst. IV. 157. J. C. W. v. STECKS Abhandl. aus d. Staats- und Lehnr. 17 ff.

b) Beispiel in dem Westphälischen Frieden. J. P. O. V. 28.

c) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 103. KLÜBERS Lit. 149. STRUBE a. a. O. 163. BOEHMER J. E. P. lib. III. tit. 41. §. 81. sqq. H. W. v. BÜLOWS Betracht. über die Wahlcap. Leopolds II. 70. — Nicht nur der Regent, sondern oft auch Erbverbrüderte u. a. Successionsberechtigte, Mitglieder der landesherrlichen Familie, Kirchenpatrone, Schutzherren, eingepfarrte landsässige Gerichtsherrschaften u. a. werden in das Kirchengebet eingeschlossen.

d) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 103.

e) Ebendas. KLÜBERS Lit 149 — Man unterscheide: a) *allgemeine* LandesTrauer; b) *Collegien*- und c) *Hof*-Trauer; d) auch für *Standes*-, *Grund*- oder *Gerichtsherrschaften*, *Prälaten*, *Kirchenpatrone* u. a. wird oft eine eingeschränkte öffentliche Trauer erlaubt. MOSERS persönl. Staatsr. II. 247. Königl. *preuss.* TrauerReglement v. 7. Oct. 1797. RICCIUS vom landsäss. Adel, 494.

§. 176.

Zweiter und dritter Grundsatz.

II) Der qualificirte Besitz aller allgemeinen und wesentlichen Hoheitsrechte (§. 67 u. 172, Note b), ist ein sicheres Merkmal der Staatshoheit [a]). III) Der Besitz der besondern Hoheitsrechte (§. 68), einzeln be-

trachtet, beweiset die Staatshoheit nicht [b]); aber er vermehrt die Kraft des Beweises, der durch die übrigen Beweisthümer geführt wird. Daher beweisen, 1) die Staatsservituten nicht für die Staatshoheit des Berechtigten [c]), z B. Blutbann, Cent oder Fraisch in fremdem Gebiete [d]); denn Staatsdienstbarkeiten sind Ausnahmen von der Regel, und das Ganze der Staatshoheit, als untheilbares Recht [e]), kann einem Souverain in einem fremden Staate nicht zustehen [f]). 2) Verleihbare Regalien, verliehen an Landsassen, insbesondere ansehnliche Grundeigenthümer, oder Gemeinheiten, mit Subordination gegen die Staatshoheit (§. 69), begründen nicht eine Staatshoheit der Privilegirten [g]).

a) v. ROTHS Staatsr. d. Reichslande, I. 87. — Andere begnügen sich mit dem Besitze der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. GEISLER de landsassiatu, 196—213. 217. — Oder mit dem Besitze der gesetzgebenden Gewalt, Gerichtbarkeit, Fiscalgerechtigkeit, Heeresfolge u. des Steuerrechtes. HEUMANN diss. cit. §. 52. de CRAMER T. II. obs. 623. — Oder mit der gesetzgebenden, „oberhauptlichen“ und oberrichterlichen Gewalt. MAJERS weltl. Staatsr. III. 45. — Oder mit der Uebung der höchsten Gerichtbarkeit. STRUBE, IV. 142. — Oder mit dem Majestätsrechte in geistl. Sachen (jus circa sacra). STRUBE, IV. 161 ff. Dagegen s. WESTPHALS Staatsr. 574. — Oder mit der blossen Civil- oder Polizeigerichtbarkeit. v. EPPLEN a. a. O. 65 ff.

b) MAJER a. a. O. III. 41. GEISLER l. c. 196. — Hier gilt die Regel: tantum praescriptum, quantum rite possessum. — Beispiele: die *Regalien* der Stadt *Minden.* J. P. O XI. 4. v. ROTH a. a. O. I. 86; die *Gerichtbarkeit* (wiewohl das merkwürdigste Recht, in der EntstehungsGeschichte der teutschen Landeshoheit. GEISLER l. c. 213. STRUBE, IV. 142. KLÜBERS Geschichte der Gerichtslehen. Erl. 178; 8.); die *AppellationsInstanz*, SCHUE a. a. O. I. CRAMER T. IV. obs. 1095. GÖNNER l. c. S. 63. S. F. SEGNITZ Staatsrecht, Geschichte und Statistik der Reichsdörfer Gochsheim und Sennfeld (1802), S. 68 f. PÜTTER elem. jur. publ. §. 477; das *Reformationsrecht*; das *Steuerrecht*, STRUBE, IV. Bed 164. de LUDOLF obs. 102. WERNHER T. III. P. IV. obs. 103. MOSER von der Landeshoheit überh. 183. WESTPHALS Staatsr. 574. Dagegen s. de LUDOLF symphor. I. 839. verglichen mit II. 1152.

c) REUSS Staatsk. I. 360. XVII. 32 ff. MOSER a. a. O. 67. PÜTTERS hist. Entwick. III. 278. BOEHMER jur. feud. §. 64. H. HILDEBRAND diss. de jure regali in alieno territorio, superioritatem territorialem non inferente. Alt. 1709. N. S. GÖNNER von t. Staatsrechtsdienstbarkeiten, §. 31 — 34. 80 ff.

d) MOSER a. a. O. 65. v. ROTH a. a. O. I. 84. G. L. BOEHMER elect. I. 341. HELDS reichsprälat. Staatsr. II. 47. REUSS Staatsk. XXX. 232. SCHUE a. a. O. 175.

e) Vergl. MOSER von der Landeshoheit, S. 200. LEIST §. 19. St. 49 ibique cit. not. 4. E. K. WIELAND über die Einführung der erblichen Kaiserwürde in Frankreich (Berlin 1804. 8.), S. 82 ff.

f) De LUDOLF T. II. obs. 198. n. 9. p. 535.

g) Z. B. die PatrimonialGerichtbarkeit. MOSER a. a. O. 68. 222 ff.

§. 177.

Vierter und fünfter Grundsatz.

IV) Der Besitz zufälliger oder ausserwesentlicher Hoheitsrechte (§. 67, Note b) beweiset nicht für, und der Mangel derselben nicht wider die Staatshoheit [a]. V) Rechte, die zu den Hoheitsrechten in keiner Beziehung gehören, sind untauglich zu dem Beweise der Staatshoheit [b], z. B. Lehnherrlichkeit [c], unterschieden von der Lehnhoheit [d], das blosse Eigenthum des Ortes [e], manche Arten der Vogtei [f], das Patronatrecht [g], die westphälische freie Stuhlgerichtbarkeit [h].

a) Z. B. Zoll- und Stapelgerechtigkeit, Postregal, Detract u. d. GEISLER l. c. 195. v. ROTH a. a. O. 81 f.

b) HEUMANN diss. cit. §. 23. sqq. GEISLER l. c. p. 196. sqq.

c) MOSER a. a. O. 64. SCHUE a. a. O. 145. Ausgenommen, wo der volle Landsassiat gilt (§. 170).

d) SCHNAUBERTS Staatsr. der gesammten Reichslande, §. 56 f. HAGEMANNS Einleit. in das Lehnr. §. 8. W. J. BEHRS Bestimmung des Unterschieds zwischen Lehnherrlichkeit und Lehnhoheit. Wirzb. 1799. 8.

e) Vergl. jedoch STRUBE's Nebenst. IV. 168. Die Bundesacte unterscheidet genau, *souveraineté* und *propriété*. Vergl. oben, §. 100 u. 102.

f) MOSER a. a. O. 67. *Ebendess.* auswärt. Staatsr. 462. de SELCHOW elect. 533. sqq. GEISLER l. c. 211. v. ZWIERLEINS Nebenst. I. 107. C. G. VOIGTS gemeinnutz. Abhandl. Num. XII. SCHUE a. a. O. 128. 231.

g) Vergl. J. P. O. V. 44.

h) C. P. Kopp über die Verfassung der heimlichen Gerichte in Westphalen, §. 317 ff.

§. 178.

Sechster, siebenter und achter Grundsatz.

VI) Der Beweis, daſs eine Sache Bestandtheil, oder Zugehör des Staatsgebietes sey, begründet die Staatshoheit. VII) Aber die Beweiskraft des Grundes von der Lage innerhalb des Staatsgebietes, und der geographischen Contiguität (argumentum a situ), hängt ab von der Evidenz der Eigenschaft eines geschlossenen [a]) und richtig vermarkten [b]) Landes (territorii clausi). VIII) Auch Verträge und andere gültige Dispositionen [c]), dienen zu dem Beweise der Staatshoheit [d]).

a) Schriften in Pütters Lit. III. 828. Klübers Lit. 692. — Streit: 1) über das Brocardicon: quicquid est *in* territorio, etiam est *de* territorio; — 2) über die Existenz *geschlossener* teutscher Länder. Moser von d. Reichsstände Landen, 104 — 117. de Berger annot. ad *Cocceji* jurisprud. publ. 645. Strube's Nebenst. IV. 153. Wernher P. IV. obs. 3. Pütter instit. jur. publ. §. 476. *Ebendess.* Rechtsf. Bd. I. Resp. 28. n. III. Heydenreich diss. de jure apanagii comitum mediatorum in Saxonia, p. 21 — 28. Günthers Völkerr. II. 176. 206 ff. Westphals Staatsr 573. v. Cramers wezlar. Beytr. III. 184. Die *Rechtsvermuthung* streitet nicht dafür. Einige substituirten die Eintheilung in *vermischte* und *unvermischte* Länder.

v. TRÖLTSCH in der oben (§. 172, Note d) angef. Abh. — 3) *Hypothese:* dafs in den, von ursprünglich *wendischen* Völkern bewohnten Ländern, die Landeshoheit früher entstanden sey, als anderswo; dafs jene Länder seitdem territoria clausa seyen, und daher für diese Eigenschaft noch jetzt die Rechtsvermuthung streite. PÜTTERS histor. Entwickel. I. 7 u. 175. *Ebendess.* Beitr. I. 173. v. KAMPTZ Beitr. zu dem meklenburg. Staatsr. I. (1795. 8.) 1 — 30. Dagegen s. GEISLER l. c. 195. *Ebendess.* progr. de analogia juris publ. §. 10. p. 33.

b) Unterfchied zwischen TerritorialGrenze und Provinzial-, Dïöces-, Kirchspiels-, desgleichen Amts-, Guts-, Jagd-, Grundeigenthums- u. d. Grenze. De CRAMER, T. I. obs. 359.

c) MOSER von der Landeshoheit überhaupt, 86 f.

d) Von der Kraft des Beweises *unvordenklicher Verjährung*, seit Errichtung des Rheinbundes, und in Hinsicht auf die Vorzeit.

III. Capitel.

Die Landstände.

§. 179.

Begriff. Politischer Gesichtspunkt.

Landstände [a]) sind Personen, physische oder moralische, die als Grundeigenthümer in solchem Verhältnifs zu ihrem Staatsoberherrn stehen, dafs dieser, in bestimmten Staatsangelegenheiten, zu Einholung ihres Rathes, oder ihrer Einwilligung verpflichtet ist. Landstandschaft ist ein dingliches Sitz- und Stimmrecht auf landständischen Versammlungen. Eine Landschaft (allgemeine landständische Corporation), noch jetzt in verschiedenen teutschen Staaten ein Hauptbestandtheil der Staatsverfassung, obgleich nirgend das, was das Parlament für England ist, gegründet auf ein allgemeines Repräsentationsprincip, erhöht, als wahrer Landesvertreter an der Seite des Fürsten, das Glück der Nation [b]). In Form und Handlung trägt sie das Gepräge des allgemeinen Willens, reprä-

sentirt nicht nur einen Theil der Staatsbürger, und ist kein Deckmantel zu Anhäufung und Bewahrung staatszweckwidriger Auszeichnung und Vorrechte.

a) PÜTTERS Lit. III. 375. KLÜBERS Lit. §. 1056 ff. MOSER v. d. Landeshoheit überhaupt, Cap. 2 u. 14. *Ebenders.* von der Reichsstände Landen, 286 — 1530. DANZ Handb. des t. Privatr. IV. 245. STRUBE's Nebenst. II. 351. *Ebendess.* Obss. jur. et hist. 157.

b) Vergl. A. W. REHBERG über die Staatsverwaltung teutscher Länder und die Dienerschaft der Regenten. Hannover 1807. 8. HÆBERLINS Handb. d. t. Staatsr. I. §. 197 f.

§. 180.

Geschichte.

Ueber den Ursprung der Landstände [a]), welchen einige bestimmt in das zwölfte [b]), andere in das dreizehnte [c]), noch andere in das funfzehnte [d]), und wieder andere zwischen das vierzehnte und siebenzehnte [e]) Jahrhundert setzen, läfst sich, mit historischer Treue, im Allgemeinen wenig sagen. Die Geschichte der einzelnen Staaten [f]), mufs die nähere Bestimmuug geben. Auch zeigen sich meist Stadien in der formalen Ausbildung landschaftlicher Verfassung.

a) MOSER von der Reichsstände Landen, 347 ff. B. G. STRUV von dem Ursprung, Unterschied und Gerechtsamen der Landstände in Teutschland, besonders in

Mecklenburg, mit Anmerk. v. C. J. (JARGOW). Hamb. 1741. 8. PÜTTERS Beitr. I. 107. F. C. HÆBERLINS Grundlinien einer Geschichte der teutschen Landstände; in SCHLÖZERS Staatsanzeigen, Heft 67 (1792), S. 265 — 277. C. H. LANGS Prüfung des vermeintl. Alters der t. Landstände. Gött. 1796. 8. Dawider s. A. L. JACOBI Auflösung einiger Zweifel über das Alter und Repräsentationsrecht teutscher Landstände. Hannover 1798. 8. C. G. WEBER diss. I. et II. de vera ordinum provincialium, tum in Germania generatim, tum speciatim in Bavariae ducatu, epocha recta constituenda. Lips. 1797. 4. J. F. E. LOTZ staatswissenschaftl. u. jurist. Nachrichten, I. Jahrg. 1. Bd. (Hildburgh. 1799. 4.), Num. 27 — 30.

b) F. C. J. FISCHERS Gesch. des Despotismus in Teutschl. S. 135 ff. — Von noch frühern Zeiten s. LOTZ a. a. O.

c) WEBER l. c. — Von Lüttich und Baiern, s. unten.

d) MOSER a. a. O. 347. MÖSERS patriot. Phantasien, Th. IV, Num. 51. KLUIT colleg. diplomat. histor., c. 14. A. F. H. POSSE über das Staatseigenthum in den t. Reichslanden, 197. LANG a. a. O.

e) Vergl. MOSER a. a. O.

f) Von dem *Lüttichischen*, s. HEINRICHS t. Reichsgesch. VIII. 728. — Von *Baiern*, v. KREITMAYRS baier. Staatsr. 416. Versuch über den Ursprung und den Umfang der landständischen Rechte in Baiern. 1798. 1799. 8. WEBER l. c. LOTZ a. a. O. — Von der *Oberpfalz*, L. v. EGCKHERS Gesch. der vormal. Landschaft in der Oberpfalz. Amb. u. München 1802. 8. J. J. OBERNBERGER von den Freiheiten und Privilegien des landsässigen Adels in der Oberpfalz (Ingolst. 1784. 8.), S. 27 ff. J. G. FESSMAIERS pragmat. Staatsgeschichte der Oberpfalz, B. I. (München 1799. 8.) S. 270 — 291. — Von *Wirtemberg*, MOSER v. d. Reichs-

stände Landen, 358. — Von *Mecklenburg*, STRUV a. a. O. A. A. W. v. FLOTOW über das Recht des Adels in Mecklenburg, und dessen Verhältniſs zu der Landeshoheit. Schwerin 1790. 4.

§. 181.

Fortdauer, oder Aufhebung der Landstände.

Die landständische Verfassung dauert in mehrern rheinischen Bundesstaaten unverändert, wenigstens ohne wesentliche Veränderung, fort [a]). In einigen ist ihre Fortdauer sogar neuerdings landesherrlich versichert worden [b]). In einem andern, neu zusammengesetzten, ward sie neu organisirt [c]). In einigen hat dieselbe, in Folge der neuern Staatsveränderungen, aufgehört [d]); und in andern ist sie von dem Souverain förmlich aufgehoben worden [e]).

a) In dem Königreich *Baiern* besteht noch die landständische Verfassung in den Provinzen *Baiern*, *Neuburg*, *Vorarlberg* und *Tyrol*; nur die besondern landschaftlichen SteuerCassen wurden aufgehoben, auch ward eine CentralSchuldenEtatsCommission errichtet, wozu landschaftliche Deputirte miternannt werden. Königl. Verordn. v. 8. Jun. 1807, in d. baier. Regierungsblatt, 1807, Num. 25. — Von dem Königreich Sachsen, auch von der Ober- und NiederLausitz, s. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. III. 1—58. 59 ff. — Von den herzogl. *sächsischen* Staaten, s. MOSER von der Reichsstände Landen, 468. 1484. — Von dem Fürstenthum *Lippe*, s. MOSER a. a. O. 474. 1492. — Von *Waldeck*, ebendas. 474. 1494. Rhein. Bund, VII. 160. — Von

Anhalt, ebendas. 349. 463. — Von *Schwarzburg*, ebendas. 469. 379. — (Von *Mecklenburg*, s. SCHLÖZERS Staatsanz. Heft IV, 495.)

b) Von *Hildburghausen*, s. die herzogl. Proclamation v. 5. Aug. 1807. Rhein. Bund, IX. 485. NationalChronik der Teutschen, 1807, St. 36.

c) Von dem Grofsherzogthum *Berg*, s. Rhein. Bund, I. 118. 131. II. 252.

d) Von dem ehemaligen Fürstenthum *Münster*, s. Reichsdeputations Hauptschl. 25. Febr 1803, §. 3. — Von den Resten des vormaligen *kurtrierischen* Landes auf der rechten Rheinseite, s. Oeffentl. Erklärung des Fürsten von Nassau Weilburg v. 6. Febr. 1804. Reichskammergerichtl. Miscellen, I. Bd. Heft 6. Rhein. Bund, I. 135.

e) Von dem Königreich *Wirtemberg*, s. königl Verordn. v. 30. Dec. 1805, in der Nationalzeitung der Teutschen, 1806. St. 3. Rhein. Bund, I. 138. — Von dem *Breisgau*, s. kurbadische Verordn. v. 23. Mai 1806, in d. kurbadischen Regierungsblatt, 1806, u. Rhein Bund, I. 140. — Von dem Grofsherzogthum *Hessen*, s. grofsherzogl. Verordn. v. 1. Oct. 1806, in d. grofsherzogl. hess. Landzeitung, 1806, Num. 139. u. Rhein. Bund, III. 381. — Von d. Königreich *Westphalen*, s. Constitution, art. 11.

§. 182.

Classen.

Das Staatswohl fordert die Organisation der Landstände nach einem allgemeinen Repräsentationsprincip. Dessen ungeachtet hatte die zahlreichste Classe der Unterthanen, der Bauerstand, von jeher in den wenigsten teutschen Staaten, wo Landstände waren, eigene

Repräsentation auf dem Landtage [a]). In manchen Staaten gab es nur eine, in andern zwei, drei oder vier Classen (Curien, Bänke) der Landstände [b]). Jetzt findet man in rheinischen Bundesstaaten, bald zwei Classen, bestehend aus Ritterschaft und Städten [c]); bald drei Classen, bestehend aus Fürsten, Grafen und Herren, Ritterschaft, Städten [d]), oder aus Geistlichen (Prälaten, und zwar in dem Königreich Sachsen mit Inbegriff der Fürsten, Grafen und Herren), Ritterschaft und Städten [e]); bald vier Classen, bestehend aus Herren, Prälaten, Ritter- und Mannschaft, und Städten [f]). Bei den Rittergutsbesitzern werden, ausser dem landtagsfähigen Gutsbesitz, zu der Stimmfähigkeit meist noch besondere Eigenschaften erfordert [g]), z. B. Erbadel, Ahnenprobe, Indigenat.

a) Anders in Tyrol, Thorn, in dem Lande Hadeln, in der Grafschaft Hoya, in dem Stift Kempten, in Baireuth, Ostfriesland, Wirtemberg. MOSER von der t. Reichsstände Landen, 458. 469. 473. LANGS Steuerverfassung, 227. SPITTLERS Gesch. von Wirtemberg, S. 102. Auf dem schwedisch-pommerischen Landtage, 9. Aug. 1806, erschien auch der Bauerstand.

b) MOSER a. a. O. 411. 475. — Von der landschaftlichen *Matrikel*, ebendas. 641.

c) In Sachsen Coburg Saalfeld, Meiningen, Hildburghausen, Altenburg in den Fürstenthümern Anhalt, Schwarzburg, Waldeck, Lippe. MOSER a. a. O. 468 f. In

dem Grofsherzogthum *Berg* sind Ritterschaft u. Hauptstädte. Rhein. Bund, II. 252.

d) Von SachsenWeimar, s. MOSER a. a. O. 468. Von SachsenGotha, ebendas. 469.

e) In dem Königreich Sachsen, v. RÖMER a. a. O. III. 7. Daselbst hat die erste Classe das Recht, durch *Abgeordnete* auf dem Landtage zu erscheinen. Ebendas. S. 16. Auch hat daselbst die *schriftsässige* Ritterschaft VirilStimmen, die Besitzer *amtsässiger* Rittergüter haben nur Theil an CuriatStimmen. Ebendas. S. 16 f. Von SachsenWeimar, s. MOSER a. a. O. 469. — Die Vorsteher oder Inhaber (Statthalter, Comthure) geistlicher RitterordensBesitzungen in dem Lande, geniessen hie und da Landstandschaft. Auch *Universitäten* haben bisweilen Landstandschaft, in der Classe der Geistlichkeit. HAUSEN von d. Prälatenrechten der Universitäten. Frankf. a. d. O. 1788. 8. u. in KAPPE'S niedersächs. Archiv f. Jurispr. Bd. I. Num. 6. KLÜBERS jur. Bibl. St. XX. Sofern sie wegen des Besitzes landtagsfähiger *Rittergüter* Landstandschaft geniessen, gehören sie nicht zu den Prälaten. LEYSER Sp. 664. m. 30. et 32. SEGER a. unten angef. O.

f) In der Ober- und Niederlausitz. Daselbst heissen die drei ersten Classen das Land. Das Land und die Städte haben jedesmal auf dem Landtage eine CuriatStimme. v. RÖMER a. a. O. III. 59.

g) Jo. Gottl. SEGER diss. de conjunctione loci et suffragii in comitiis provincialibus. Lips 1769. Car. Chr. KOHLSCHÜTTER diss. de jure standi in comitiis provincialibus. Viteb. 1787. LEDDERHOSE'S kleine Schriften, I. 32. MOSER a. a. O. S. 500. 525.

§. 183.

Rechte.

Die Grundlage teutscher landständischer Verfassung und NationalGarantie ist: Theilnahme der Nation durch Abgeordnete, mittelst Raths, oder Einwilligung [a]), an der Gesetzgebung, und an Bestimmung der Staatsauflagen. Diese verfassungsmäsige Mitwirkung, welche in einzelnen Staaten auf verschiedene Art modificirt ist, schliefst eine Mitregentschaft nicht in sich [b]). Ihrer ursprünglichen und wesentlichen Bestimmung nach, gebührt den Landständen, so weit ihre Befugnisse reichen, allgemeine Repräsentation [c]), in Hinsicht auf die Gesamtheit der Unterthanen. Ausser den oben angezeigten landschaftlichen Fundamentalrechten, streitet die Rechtsvermuthung gegen die rechtliche Notwendigkeit einer landständischen Mitwirkung oder Theilnahme an der Staatsverwaltung, sofern nicht eine landesgrundgesetzliche Bestimmung entgegenstehende specielle Rechtsvermuthung begründet [d]). Vorschläge, oder Vorstellungen, das Staatswohl betreffend, unaufgefordert zu machen, steht den Landständen, wie allen Unterthanen, frei. Wegen Misbrauchs ihrer verfassungsmäsigen Rechte, sind die Landstände verantwortlich.

a) MOSER von der Landeshoheit in Regierungssachen, I. 361. *Ebendess.* Nebenstunden, I. 77. II. 15. C. C. A. H. v. KAMPTZ einige Worte über die Gemeinsamkeit des BesteurungsRegals in Mecklenburg. Neustrel. 1798. 8.

b) PÜTTERS Lit. III. 1061. KLÜBERS Lit. 273. MOSER von der Landeshoheit überhaupt, 207. *Ebenders.* von der Reichsstände Landen, 311. 839. SCHNAUBERTS Staatsr. der gesamten Reichslande, S. 41. 147. Pet. Ant. FRANCKS Etwas über die Wahlcapitulationen in d. geistl. Wahlstaaten (1778. 8.), S. 113. Vergl. dagegen PÜTTERS Beitr. I. 179. — Ob die Landstände, in diesem Verhältniſs, als *Unterthanen* zu betrachten seyen? s. MOSER von d. R. Stände Landen, 548. 839. 895. Oder als *privilegirte Unterthanen und Räthe?* v. ROTHS Staatsr. der Reichslande, II. 55. Oder ob sie in *verfassungsmäsig modificirter Subordination* zu der Landesherrschaft stehen?

c) SCHWEDER introd. in jus publ. c. 13 p. 869. HÆBERLINS Reichshistorie, II 457. VIII. 692. (v. HENDRICHS) Gedanken über die allerwichtigste Angelegenheit Teutschlands, Th. I. (1795. 8.), S. 233. PÜTTER a. a O. Dawider BIENER de nat. et indole dominii in territoriis Germ. lib. II. c. 6. A. F. H. POSSE über das Staatseigenthum in den teutschen Reichslanden, und das Staatsrepräsentationsrecht der teutschen Landstände (Rost. u. Leipz. 1794. 8.), Abschn. II. GÖNNER v. Staatsrechtsdienstbarkeiten, §. 60.

d) STRUBE, Th. III. Bed. 84. BUDER obss. jur. publ. p. 156. MOSERS Justizverfassung, I. 206. SCHNAUBERTS Beiträge, I. 96. — Von ihrer Concurrenz bei Landes- und DomanialVeräusserungen, bei LandesdefensionsAnstalten, bei Besetzung des Hofgerichtes, bei Contrahirung neuer Landesschulden, MOSER von der R. Stände Landen, 1381. 1383. — Von ihren Rechten bei Gefahr, besonders während der Abwesenheit oder

Verhinderung des Landesherrn, bei einer Gemüthskrankheit, oder Gefangenschaft desselben, bei Erlöschung der RegentenFamilie, ohne Successionsberechtigte, u. d. m.

§. 184.

Collegial- und Deputationsrechte.

Den Landständen, als einer eigenen, für sich bestehenden Corporation, steht, in der Regel, das Recht zu, unter landesherrlicher Oberaufsicht, ihre collegialischen Angelegenheiten nach Gutfinden zu bestimmen [a]), und die nötigen landschaftlichen Diener zu bestellen [b]). Willkührliche Zusammenkünfte (PrivatConvente) werden ihnen, in den meisten Staaten, nicht mehr gestattet [c]). In manchen Staaten sind, für gewisse Geschäfte, landständische Deputationen angeordnet, oft ein weiterer oder grösserer, und ein engerer Ausschufs [d]). Einseitige Aufnahme neuer Mitglieder findet, in der Regel, nicht statt: wohl aber landesherrliche Erhebung eines Gutes zu einem landständischen.

a) BREYER diss. de potestate Augustissimi suppletoria, Sect. II. §. 11. MOSER v. d. R. Stände Landen, 659. — Von ihren *Unionen*, s. MOSER a. a. O. 659 — 715. 1126. 1129. — Von ihren *Siegeln*, s. ebendas. 818. MOSERS Rechtsmaterien, St. VII. N. 2.

b) Von *Landräthen*, s. MOSER v. d. R. Stände Landen, 762. M. C. CURTIUS hist. polit. Abhandl. 127. v. BERGS

teutsches Magazin, 1796, Heft II, Num. 6. Von Landräthen in dem Grofsherzogthum Berg, s. Rhein. Bund, I. 120. — Von *Landschafts Consulenten*, *Syndicen*, *Kanzlern*, *Advocaten* u. s. w. MOSER a. a. O. 802. — Von landständischen Gebäuden, Archiven, Registraturen, Kanzleien, ebendas. 816. 819.

c) K. F. HAUSMANNS Beyträge zur Kenntnifs der kursächs. Landesversammlungen, Th. II. (Leipz. 1798. 8.) Num. 1. MOSER a. a. O. 1519.

d) MOSER a. a. O. 765.

§. 185.

Versammlungen der Landschaft.

Nach Verschiedenheit der Landesverfassung und der Umstände, werden, unter Auspicien des Regenten, ordentliche und ausserordentliche Landtage, allgemeine Landtagsversammlungen, und engere, Ausschufs- oder Deputationstage, gehalten a); in der landesherrlichen Residenz, oder an einem andern, bestimmten, oder beliebigen Ort b). Die Ausschreibung der ordentlichen Landtage (Convocation) geschieht von dem Regenten c), entweder zu bestimmter Zeit, oder nach Gutfinden, allenfalls auch auf Ansuchen der Landstände d).

a) REICHARDT diss. de statibus provincialibus, p. 12. RICCIUS spicil. jur. germ. priv. 223. MOSER v. d. R. Stände Landen, 1385. 1493. 1497. — Von *gemeinschaftlichen* und *besondern* Landtagen, s. MOSER a. a. O. 620. 1514. LEDDERHOSE's kleine Schriften, I. 67. 124.

Von *Ausschufs*Versammlungen, s. MOSER a. a. O. 1514. Von *Stiftstagen* in dem Königreich Sachsen, s. RÖMER a. a. O.

b) MOSER von d. R. Stände Landen, 1500. — Von Landtagen unter freiem Himmel, ebendas. 458. SCHLÖZERS Staatsanzeigen, Heft 32, S. 411. v. LIEBHABERS Beitr. zur Erörter. der Staatsverfass. der braunschw. lüneb. Churlande (Gotha 1794. 8.), S. 120.

c) Vorrecht u. Schuldigkeit hiebei. MOSER a. a. O. 1496. *Ebendess.* Rechtsmaterien, IV. 481. STRUBE obss. jur. et hist. obs. IV. §. 24. — Von *Prorogation* und *Auflösung* eines Landtags, MOSER v. d. R. St. Landen, 1510.

d) MOSER von der R. Stände Landen, 1500.

§. 186.

Fortsetzung.

Unter Beobachtung des gehörigen Ceremoniels [a]), erfolgt: die Eröffnung des Landtags [b]), und die Proposition [c]) (Postulat); die Berathschlagung, allgemeine, oder abgesonderte, nach den Classen der Landstände [d]); auch, für gewisse Angelegenheiten, des Ausschusses, ohne Beiseyn des Regenten oder seiner Commissarien; die Verabredung und Entwerfung der Landesbeschwerden [e]) oder Landesgebrechen; die Fassung der Beschlüsse nach der Stimmenmehrheit der Curien in der Landschaft, der Einzelnen in den Curien, in den zu solcher qualificirten Fällen [f]); das Gutachten der Stände; die landesherrliche Resolution; der Land-

tags Abschied g), auch der Deputations-Abschied; die Resolution auf die ständischen Beschwerden (Erledigung der Landesgebrechen); die Entlassung der Landstände, meist mit Feierlichkeit.

a) Von den landesherrlichen, s. MOSERS Rechtsmaterien, St. IV. S. 481.

b) Von dem Erscheinen der Grafen und Herren durch *Abgeordnete*, der Universitäten, der Städte, der amtsässigen RitterCurien, durch *Bevollmächtigte*, s. REICHARDT diss. cit. p. 33. sq.

c) MOSER v. d. R. Stände Landen, 1503. Von den *Kosten*, ebendas. 1512.

d) MOSER a. a. O. 1504 ff.

e) MOSER a. a. O. 1189 1297.

f) STRUBE obss. jur. et hist. 206. — Ob in dem Falle einer *Stimmengleichheit*, dem Landesherrn ein *Entscheidungsrecht*, oder *richterliche* Auctorität in solchen Fällen gebühre, welche sich auf die verfassungsmäsige Concurrenz der Landstände zu Ausübung der Hoheitsrechte, oder auf die natürliche Freiheit der Stände beziehen? STRUBE l. c. 207. — Ob bei der *Steuerbewilligung* die Mehrheit der Stimmen gelte? Verneint wird es von MOSER a. a. O. 1508. *Ebendess.* Rechtsmaterien, I. 158. 160. STRUBE l. c. 206.

g) MOSER a. a. O. 1511. REUSS Staatsk. XXXVIII. 235.

§. 187.

Stände in dem Königreich Westphalen.

In dem Königreich Westphalen wurden in der Constitution a), mit Aufhebung aller bisherigen Landstände, Stände, Etats du

royaume, eingeführt, bestehend aus hundert Mitgliedern, 70 Grundeigenthümern, 15 Kaufleuten und Fabrikanten, 15 Gelehrten und andern um den Staat wohlverdienten Männern, die von den DepartementalCollegien ernannt, alle drei Jahre zum dritten Theil erneuert werden. Sie versammeln sich unter einem, von dem König ernannten Präsidenten, und können nur von dem König zusammenberufen, prorogirt, ajournirt, und aufgelöset werden. Sie berathschlagen, nach absoluter Stimmenmehrheit, mit geheimer Stimmenzählung, über GesetzEntwürfe [b]), die, in dem Staatsrath verfertigt, ihnen auf königlichen Befehl vorgelegt werden, betreffend die Staatsauflagen oder das jährliche Finanz-Gesetz, die Veränderungen in dem Civil- oder CriminalGesetzbuch, oder in dem Münzsystem. Die gedruckten Hauptberichte der Minister werden ihnen, in jedem Jahr, vorgelegt.

a) Art. 11. 29—33.

b) Drei *Commissionen*, jede von fünf Mitgliedern, von den Ständen ernannt (Finanz-, CivilJustiz- und Criminal-JustizCommission), können über die ihnen mitgetheilten GesetzEntwürfe, mit den gehörigen Sectionen des Staatsrathes sich in Erörterung einlassen. Ihre Erinnerungen werden in dem Plenum des Staatsrathes, unter dem Vorsitz des Königs vorgelesen, und es wird darüber berathschlagt. Constitution, art. 23. 24.

IV. Capitel.

Die Standesherren.

§. 188.

Uebersicht. Gesetze über die Standesherrlichkeit.

Die Standesherrlichkeit oder das staatsrechtliche Verhältniſs der Standesherren (§. 102 — 110), für ihre Person und ihre standesherrlichen Besitzungen, bezeichnet Vorzüge vor der Person und dem Grundeigenthum, sowohl der Patrimonial- oder Grundherren, als auch der übrigen Staatsunterthanen. Es ist in den rheinischen Bundesstaaten staatsgesetzlich auf verschiedene Weise bestimmt [a]). Diese Bestimmung, und die Auslegung der hieher gehörigen Stellen der Bundesacte, ist nicht überall ausser Streit [b]). Hier nur von den vorzüglichsten Eigenheiten und den Haupt-Gegenständen, auch, so viel möglich, allgemein, wie es das Bedürfniſs einer Uebersicht des Ganzen fordert [c]).

a) Hieher gehören: 1) Für *Baiern*: Königl. Declaration, die Souverainetäts- und SubjectionsVerhältnisse in den subordinirten Ländern, v. 19. März 1807; Rhein. Bund,

VI. 372. Königl. Erläuterung der Declarationen v. 31. Dec. 1806 u. 19. März 1807, die Bestätigung der FamilienVerträge betr.; Rhein. Bund, VII. 175. Königl. Declaration, die Grafen von Fugger betr. Rhein. Bund, I. 67. II. 221. Vergl. mit der Bekanntmachung der baier. Landesdirection in Schwaben; Rhein. Bund, XII. 516. XIV. 295. — 2) Für *Wirtemberg:* Resolution, mehrere, die subordinirten Fürsten, Grafen und Edelleute angehende Bestimmungen betr., v. 26. Jun. 1807; Rhein. Bund, IX. 436. Verordn. über die Obsignationen, Inventuren und Vermögenstheilungen bei den Mediatisirten, v. 14. Febr. 1807; Rhein. Bund, V. 300. — 3) Für *Baden:* Grofsherzogl. provisorische Verordnung, die staatsrechtl. Verhältnisse der subordinirten Fürsten u. Grafen betr., v. 20. März 1807; Rhein. Bund, VII. 106. Grofsherzogl. Verordn. (oder drittes ConstitutionsEdict) die StandesherrlichkeitsVerfassung betr. v. 22. Jul. 1807; Rhein. Bund, XII. 321. — 4) Für *Hessen:* Grofsherzogl. Declaration, die Staatsrechtl. Verhältnisse der Standesherren und ihrer Bezirke und Gebiete betr. v. 1. Aug. 1807; Rhein. Bund, XIII. 54. Anordnung einer obervormundschaftlichen Behörde über Familien vormaliger Reichsstände in dem Grofsherzogthum Hessen; Rhein. Bund, IX. 489. Vergl. auch ebendas. VIII. 295. IX. 491. XIV. 296.

b) Vergl. oben §§. 106 — 110. — Von dem *Recurs* an die Bundesversammlung. Rhein. Bund, XII. 521.

c) Versuche in d. Rhein. Bund, VII. 145. VIII. 200.

§. 189.

A) Persönliches Verhältnifs. Huldigung. Titel.

I) Die Standesherren leisten dem Oberlandesherrn die Staatshuldigung (homagium), persönlich, oder durch Uebersendung einer schriftlichen SubjectionsUrkunde a). Ab-

legung der Lehnpflicht (vassallagium) bei dem Lehnhofe, setzt das Daseyn eines Lehnverhältnisses voraus. II) Ein Standesherr behält, in der Regel, den vor Errichtung des Rheinbundes geführten Titel, doch ohne solche Qualification, die sein ehemaliges Verhältniſs zu dem teutschen Reich, oder ihn als unabhängigen, oder ehemaligen reichsunmittelbaren Regenten seiner Besitzungen bezeichnen würde [b]).

a) Die angef. *badische* Verordn. v. 22. Jul. 1807, §. 1. *Hessische* Declaration v. 1. Aug. 1807, §. 1. *Baierische* Declaration v. 19. März 1807, A 15.

b) Demnach fallen hinweg: 1) das Prädicat *Reichs*- u. s. w. (z. B. Reichsfürst, Reichsgraf, Reichsfurstenthum etc.); 2) alle Titel von vormaligen *Reichserz*- oder *Erbämtern*; 3) in den *Wappen* alle Haupt- und Nebenzeichen, die sich auf die teutsche Reichsverbindung beziehen; 4) das Prädicat: *regierender*, z. B. Fürst, (sondern nur: Fürst, oder Graf von — u. s. w. wie ehedem); 5) die KanzleiFormel: *von Gottes Gnaden*; 6) das Prädicat: *Wir*, jedoch, in der Regel, nur in Schriften und Handlungen, die an den Souverain, oder dessen Behörden gerichtet sind, oder mit solchem verrichtet werden. *Baier.* Declaration, A. 2. 3. 4. *Wirtemb.* Resolution, §. 1—3. *Badische* Verordn. §. 3 u. 4. *Hessische* Declaration, §. 2.

§. 190.

Kirchengebet. Trauer.

III) In dem Kirchengebet geschieht des Standesherrn und seiner Familie Erwähnung,

nach dem Souverain und dessen Familie. IV) Eingeschränkte öffentliche Trauer für den Standesherrn, dessen Gemahlin, präsumtiven Nachfolger, und andere Mitglieder der Familie, findet statt, durch Kirchengeläute, allenfalls auch durch Unterbleibung öffentlicher Lustbarkeiten, bei Protestanten auch in der Kirche, durch schwarze Bekleidung und Schweigen der Orgel [a]).

a) *Baierische* Declaration, A. 6. *Badische* Verordn. §. 6. *Hessische* Declaration, §. 3. u. 4.

§. 191.

Kanzlei- und HofCeremoniel.

V) Eigene Bestimmungen sind vorhanden für das KanzleiCeremoniel, theils 1) der höhern Staatsbehörden, in dem Verhältniſs zu dem Standesherrn und dessen Familie, z. B. das Ehrenwort Herr (Herr Fürst u. s. w.) oder Frau, ohne weitere Titulatur [a]); theils 2) des Standesherrn und der Mitglieder seiner Familie, gegen den Oberlandesherrn und dessen Staatsbehörden. VI) Eben so für das HofCeremoniel und die Etiquette, nicht nur an dem oberlandesherrlichen Hofe, wenn Standesherren, oder Mitglieder ihrer Familie an demselben erscheinen [b]), sondern auch an dem standesherrlichen Hofe.

a) *Baierische* Declaration, A. 5. *Badische* Verordn. §. 4. *Hessische* Declaration, §. 5. *Wirtemberg.* Resolution, §. 4 *Wirzburg.* Verordn. §. 11. u. d. Rhein. Bund, X. 6.

b) Rhein. Bund, XIII. 101. Eine bestimmte königl. *wirtembergische* Vorschrift hierüber, ebendas. IX. 438.

§. 192.

Residenz und Einkünfte. Ehren- und Schloſswache. Auswärtige Kriegsdienste.

VII) Wegen der Wahl der Residenz und des Wohnortes, so wie der freien Beziehung der Einkünfte und Capitalien eines Standesherrn, enthält die Bundesacte, Art. 27 u. 31, günstige Bestimmungen [a]) (§. 108). VIII) Meist wird demselben eine oberlandesherrliche Ehrenwache, an Orten, wo Garnison liegt, oder eine eigene Schloſswache, ein TrabantenCorps gestattet [b]). IX) Auswärtige Kriegsdienste, ohne specielle oberlandesherrliche Bewilligung, anzunehmen, wird einem Standesherrn [c]), auch wohl den Mitgliedern seiner Familie, nicht gestattet.

a) *Baierische* Declaration, A. 7. *Badische* Verordn. §. 7. *Hessische* Declaration, §. 6.

b) Rhein. Bund, VII. 146. *Badische* Verordn. §. 5. *Baierische* Declaration, §. 3. Vergl. Mosers persönl. Staatsr. II. 87.

c) Arg. der BundesActe, Art. 7. *Badische* Verordn. §. 7. *Hessische* Declaration, §. 7. *Baierische*, A. 8.

§. 193.

Familiengesetze. Verbindlichkeit allgemeiner Landesgesetze. Persönliche Polizeibehörde.

X) Standesherrliche FamilienStatuten, Fideicommisse und SuccessionsOrdnungen, bisherige und künftige, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der oberlandesherrlichen Einsicht und Bestätigung [a]. XI) Der Standesherr und die inländischen Mitglieder seiner Familie, sind den allgemeinen Landesgesetzen jeder Art unterworfen. XII) Ihre persönliche Polizeibehörde ist, in der Regel, in dem Lande überall die höchste [b].

a) *Baier.* Declaration, A. 12. *Baier.* Verordn. 25. Mai 1807, Rhein. Bund, VII. 175. *Badische* Verordn. §. 8. *Hessische* Declaration, §. 9.

b) *Badische* Verordn. §. 11. *Hessische* Declaration, §. 13.

§. 194.

Gerichtsstand.

1) *In CivilStreitigkeiten.*

XIII) In Absicht auf den Gerichtsstand, und zwar in CivilStreitigkeiten, geniefst ein Standesherr, für sich und die Mitglieder seiner Familie, 1) in PersonalSachen den Vorzug des höhern, oder höchsten Gerichtsstandes (vor dem höhern oder höchsten LandesJustizTribunal) [a]. 2) In RealSachen,

betreffend die, in der Bundesacte den Standesherren gelassenen Rechte, so wie über ihr Eigenthum, Güter, Gefälle, Zehnten u. d., ist das höhere Real Forum der Provinz competent.

a) Den *höchsten* Gerichtsstand legt ihnen bei, die *Hessische* Declaration, §. 10. Nach der *Baierischen* Declaration, A. 9. haben sie, in *Real-* u. *Personal*Klagen, ein privilegirtes Forum vor dem *Hofgericht* der Provinz, in zweiter und lezter Instanz bei dem betreffenden *obersten* JustizTribunal. Rhein. Bund, VI. 375. Nach der *Badischen* Verordn. §. 10., haben sie den Gerichtsstand der privilegirtesten Staatsbürger, nämlich wie die obersten Staatsdiener. — Wie es zu halten sey, bei solchen Standesherren, deren Besitzungen in *mehrern* Bundes-Staaten gelegen sind, die nur in einem derselben ihren Wohnsitz haben, oder die, nach dem Rechtsbegriff des Domicils, einen mehrfachen Wohnsitz haben, wenn sie von Inländern, oder von Ausländern in Personalsachen belangt werden? ob und wiefern hier Prävention statt finde? s. GH. *hessische* Declaration v. 1. Aug. 1807, §. 10. — Ob und wiefern die Anordnung eines *universellen* Gerichtsstandes in demjenigen Staate statt finde, in welchem der grössere Theil des Vermögens sich befindet? — Von *gewillkührten* und *testamentlichen*, insonderheit Stamm- oder Familien*Austrägen*. *Baierische* Declaration, A. 9.

§. 195.

2) *In Sachen der freiwilligen Gerichtbarkeit.*

Sachen der freiwilligen Gerichtbarkeit gehören vor den höchsten Gerichtsstand des Staates [a]); doch so, daſs allenfalls die

Bestätigung der Vormünder b), so wie die Ernennung derselben in dem Fall, wo obrigkeitliche Bevormundung statt hat, der Person des Oberlandesherrn c), und in Erbschaft-Sachen die legale Auseinandersetzung, so lang deſshalb kein Rechtsstreit entsteht, dem Chef der standesherrlichen Familie vorbehalten bleibt d).

a) *Badische* Verordn. §. 9. *Hessische* Declaration, §. 11.

b) Groſsherzogl. *hessische* Anordnung einer obervormundschaftlichen Behörde für Standesherren etc. Rh. Bund, IX. 491. *Baierische* Declaration, Art. 13.

c) Von der Bevormundung, wenn das Vermögen in *mehrern* Staaten befindlich ist, und in dem Fall eines *mehrfachen Wohnsitzes* der Eltern.

d) *Baierische* Declaration, A. 10. Anders nach der *Wirtemberg*. Resolution v. 14. Febr. 1807, in d. Rhein. Bund, V. 300.

§. 196.

3) *In peinlichen Sachen.*

In peinlichen Sachen kommt den Standesherren die, in der Bundesacte, Art. 28, zugesicherte AusträgalInstanz zu statten (§. 109). Ob solche auch der Gemahlin und den Kindern eines Standesherrn, wenigstens so lang der Gemahl und Vater lebt, zukomme? Ob auch andern Mitgliedern der standesherrlichen Familie? oder ob diese nur dieselbe privilegirte Instanz geniessen, wie in PersonalSachen?

ist, bei dem Mangel einer Bestimmung in der Bundesacte, aus Staatsgesetzen zu beurteilen. Eben so die SicherheitsMaasregeln, welche in peinlichen Fällen, zumal vor Bestellung des AusträgalGerichtes, auf eine dem Stande der Person angemessene Art, etwa nötig seyn möchten [a]).

a) Vergl. *Badische* Verordn. §. 12. *Hessische* Declaration, *Baierische*, A. 11.

§. 197.

Aeltere Privilegien und Exemtionen. Heutige Immunitäten.

XIV) Alle Privilegien und Exemtionen, die in dem ehemaligen Verhältnifs der Standesherren zu dem teutschen Reich ihren Grund hatten, fallen hinweg. XV) Hingegen bestimmen oberlandesherrliche Gesetze oder Privilegien, ob und welche Befreiung ein Standesherr und dessen Familie, entweder in dem ganzen Staatsgebiet, oder innerhalb einer Provinz, oder nur in dem standesherrlichen Bezirk geniessen soll, theils von Chaussée-, Wege- und Brückengeld, theils von Zöllen und ConsumtionsAbgaben, in Absicht auf die zu eigenem Hausbedürfnifs erforderlichen Consumtibilien [a]).

a) *Badische* Verordn. v. 22. Jul. 1807, §. 45. *Hessische* Declaration v. 1. Aug. 1807, §. 44. *Baierische* Declaration, §. 198. A. 14. H. 12. 13.

§. 198.

Auswärtiges Staatsverhältniſs.

XVI) In dem auswärtigen Staatsverhältniſs wird ein Standesherr, so auch der Inbegriff seiner inländischen Besitzungen, ausschliessend durch den Oberlandesherrn repräsentirt. Daher steht demselben, in seiner standesherrlichen Eigenschaft, weder actives noch passives Gesandschaftsrecht [a]) zu.

a) *Baierische* Declaration, B. 1 — 4. *Badische* Verordn. §. 14. *Hessische* Declaration, §. 14.

§. 199.

B) Verhältniſs der standesherrlichen Besitzungen.

1) *Grundeigenthum.*

Die Bundesacte [a]) erklärt alle Domänen und Rechte, welche die Standesherren behalten, für grundherrliches [b]) und Privateigenthum [c]) (propriété patrimoniale et privée), beides in dem Gegensatz von Staatseigenthum. Ihr Grundeigenthum in dem ganzen standesherrlichen Bezirk, alle Domänen, Landgüter und deren Pertinenzen, Lehen und Erbleihen, alle Schlösser, Gebäude, Vorwerke, Höfe, Schäfereien, Mühlen, Fabriken, Brennereien, Brauereien, Waldungen, Hütten- und Hammerwerke, Bergwerke, Salinen, Seen, Fischteiche, Flüsse, Bäche u. d., ohne Aus-

nahme, welche ein Standesherr am 12. Jul. 1806 besafs, bleiben demselben, mit allen davon eingehenden Einkünften; jedoch unterworfen der Oberhoheit des Souverains, und den Staatsauflagen, wie die Besitzungen der Prinzen des regierenden Hauses, oder der am meisten privilegirten Classe (§. 107). Es findet dabei ein eingeschränktes Veräusserungsrecht, und der Vorkauf des Oberlandesherrn statt (§. 107). Neue Besitzungen in dem Staatsgebiete zu erwerben, ist ein Standesherr auf dieselbe Art befugt, wie andere Staatsbürger, aber auch mit denselben Beschwerden.

a) Bundesacte, Art. 27.

b) *Stammgut* versteht unter der propriété patrimoniale, BRAUER in d. Beitr. S. 89. Ebendas. S. 21 wird jener Ausdruck durch „*gutsherrliches* Eigenthum" übersetzt.

c) Gewifs ist, dafs dieses sogenannte grundherrliche und Privatgut der Standesherren, mit Stammguts- u. Familien-FideicommifsEigenschaft belegt werden könne (§. 6).

§. 200.

2) *Rechte.*

a) *Oberhoheitsrechte.*

Dem Souverain gebühren, in den standesherrlichen Besitzungen, die Oberhoheitsrechte [a]. Als solche bestimmt die Bundes-

acte, Art. 26, folgende: 1) Gesetzgebung, 2) höchste Gerichtbarkeit, 3) Oberpolizei, 4) MilitärConscription oder Rekrutenaushebung, 5) Recht der (Staats-) Auflagen (§. 103).

a) *Baierische* Declaration, C bis H. *Badische* Verordn. §. 20 — 22. 42. 43. 45. *Hessische* Declaration, §. 15. 19. 28. 40. 41.

§. 201.

Fortsetzung.

Ausserdem erwähnt noch die Bundesacte, Art. 27, durch einen Gegensatz, überhaupt jener Rechte, die „der Souverainetät wesentlich ankleben“ (§. 103). Dahin werden von den Oberhoheitsherren gerechnet: das Recht der Oberaufsicht, die höchste vollziehende Gewalt, die CivilJustizhoheit, die Criminalhoheit, die Finanzhoheit, die Privilegiengewalt und das Dispensationsrecht, das Aemter-, Titel-, Decorations- und Rangrecht, das Bücher-, Kunst-, Erziehungs- und UnterrichtsRegal, die Kirchenhoheit, die Lehnhoheit, die Militärgewalt und das Armaturrecht, nebst den äussern Hoheitsrechten; endlich, von den verleihbaren, lucrativen Hoheitsrechten oder Kammerregalien alle, welche den Standesherren, mit Subordination gegen die Staatshoheit, nicht geblieben sind a). Gewiss ist, dass in allen Theilen der Staatsregierung,

die allgemeine Wirksamkeit der höchsten Staatsgewalt, nach den Rechten der höchsten Oberaufsicht, der Gesetzgebung, der höchsten vollziehenden Gewalt, dem Oberlandesherrn zukommen muſs [b]).

a) Bundesacte, Art. 26 u. 27.

b) *Baierische* Declaration, C — H. Vergl. B. W. PFEIFFER über die Grenzen der CivilPatrimonialJurisdiction (Gött. 1805. 8.), S. 3 — 46.

§. 202.

b) Standesherrliche Realrechte. Gerichtbarkeit. Bürgerliche.

In Ansehung ihrer standesherrlichen Besitzungen, sollen den Standesherren, laut der Bundesacte, alle grundherrlichen und Feudalrechte (tous les droits seigneriaux et féodaux) bleiben, die der Souverainetät nicht wesentlich ankleben (§. 105); jedoch untergeordnet der Oberhoheit des Souverains. Dahin werden gerechnet: I) die Gerichtbarkeit. 1) Die bürgerliche Gerichtbarkeit, sowohl niedere als auch mittlere [a]) (les droits de basse et moyenne jurisdiction), wird den Standesherren so gelassen, daſs sie dieselbe über Amtsässige durch Justizbeamte in erster, durch eine Justizcanzlei in zweiter Instanz, über Schriftsässige nur in erster Instanz, und zwar durch die Justizcanzlei ausüben [b]).

a) Bundesacte, Art. 27. Vergl. oben, §. 105, Note b.

b) Vergl. *Baierische* Declaration, D. *Badische* Verordn. §. 23 f. *Hessische* Verordn. §. 19 ff. *Wirtembergische* Resolutionen v. 18 u. 26. Jun. 1807, in dem Rhein. Bund, IX. 437. Die fürstlichen Häuser Witgenstein und LeiningenWesterburg haben auf die zweite Instanz verzichtet, und ihre Aemter unmittelbar unter das Hofgericht gegeben. Rhein. Bund, XIV. 334.

§. 263.

Peinliche Gerichtbarkeit. Cent.

2) Die peinliche Gerichtbarkeit [a]) wird den Standesherren so gelassen, dafs dem Oberlandesherrn vorbehalten bleiben: die Berufung oder der Recurs an die höhern Criminalgerichte des Landes, die Bestätigung der Urteile bei Todes- oder andern harten Strafen, das Begnadigungs- und Strafverwandlungsrecht. Ob und wie weit den Standesherren die Geld- und ConfiscationsStrafen, gegen Uebernahme der Criminalkosten, als Gerichtsnutzungen gebühren? bestimmt die Landesverfassung. Eben so, ob ihnen die ehehin gehabte Cent in fremdem, doch inländischem, Jurisdictionsbezirk fernerhin gebühre [b])?

a) Die Bundesacte, Art. 27, erwähnt der *basse* et *moyenne* jurisdiction, auch „en matière *criminelle*".

b) *Badische* Verordn. §. 19. 23.

§. 204.

Forst-, Lehn-, geistliche und freiwillige Gerichtbarkeit. Fiscalische Sachen.

3) Die Forstgerichtbarkeit spricht die Bundesacte [a]) den Standesherren ausdrücklich zu. 4) Die Lehngerichtbarkeit, über ihre Activlehen, ist ein Ausfluſs der Lehnherrlichkeit, so weit ihnen diese noch gestattet wird [b]) (§. 122). 5) Die geistliche Gerichtbarkeit bleibt, wie vorhin, die evangelische bei den standesherrlichen UnterConsistorien, Ehegerichten u. s. w., jedoch der Oberlandesherrlichkeit untergeordnet, die katholische, in eigentlichen geistlichen Sachen, bei der katholischen geistlichen Gerichtsbehörde ausschliessend, nach Grundsätzen des katholischen Kirchenrechtes. 6) Sachen der freiwilligen Gerichtbarkeit (causae voluntariae jurisdictionis), insonderheit das Vormundschaftswesen, behalten die Standesherren, mit Einschränkungen, die in der Oberlandesherrlichkeit ihren Grund haben [c]). 7) Ob und wiefern in fiscalischen Sachen, die standesherrlichen Gerichte competent seyen? bestimmt die Landesverfassung [d]).

a) Art. 27: „Les droits de jurisdiction et de police forestière". „Das *Forstrecht* der Standesherren geht auf Gemeinde- und Privat-, wie auf eigene Waldungen

ihres Standesgebiets, giebt ihnen das Recht zur Holzanweisung und Führung eigener Waldaxt, auch zur Frevelthädigung, doch untergeordnet unter die obristhoheitliche Oberforsteilichkeit". BRAUERS Beitr. 129.

b) Vergl. BRAUERS Beitr. 112.

c) *Baierische* Declaration, E. 6.

d) Vergl. BRAUERS Beitr. 171.

§. 205.

Justizbeamte und Canzleien. Appellation. Aufsicht. Taxen und Sporteln.

Die Bestellung, Verpflichtung und Entlassung der standesherrlichen Justizbeamten, so wie die Rechtspflege, muſs überall nach Vorschrift der Landesgesetze geschehen. Die JustizCanzleien *a*) müssen formirte Gerichte seyn, bestehend aus einem Dirigenten und wenigstens zwei Justizräthen, nebst dem nötigen Expeditions- und RegistraturPersonal. Die Appellation geht von den JustizCanzleien, an die ihnen unmittelbar vorgesetzten höhern LandesJustizCollegien, welchen auch die Aufsicht, die Justizvisitation u. d., übertragen ist. GerichtsTaxen und Sporteln gehören, in der Regel, den Standesherren. Dagegen tragen sie die Kosten der Gerichtsverwaltnng.

a) Ihre collective Bestimmung ist: Königliche (Groſsherzogliche, Herzogliche, Fürstliche) zu der fürstlichen (gräflichen) JustizCanzlei verordnete Director und Räthe. Vergl. *Baierische* Declaration, D.

§. 206.

Niedere Polizei.

II) Die niedere [a]) Polizei [b]), auch in Forstsachen [c]), unter Aufsicht der oberlandesherrlichen höhern Polizeibehörde, bleibt den Standesherren. Dem zufolge hängen von ihnen ab, die Bestellung der LocalPolizeibeamten, ihre Verpflichtung und Entlassung nach den Landesgesetzen; geringere Verfügungen und Anordnungen, hauptsächlich in Beziehung auf die Landespolizeigesetze; die Erkennung der Polizeistrafen, bis zu einer bestimmten Summe, oder andern Quantität; auch, in gewisser Art, die Verwandlung, Milderung, oder Erlassung der Strafe.

a) Die *Grenzen* zwischen höherer und niederer Polizei, bestimmen Landesgesetze, oder Herkommen. Vergl. die angef. *Baierische* Declaration, E. *Badische* Verordn. §. 25 ff. *Hessische* Declaration. §. 29 — 39.

b) Die „*haute* police" zählt die BundesActe, Art. 26, zu den Oberhoheitsrechten. BRAUERS Beitr. 162.

c) BundesActe, Art. 27.

§. 207.

Finanz- und Kameralrechte.

III) Meist sind den Standesherren an Finanz- und Kameralrechten geblieben: Forstgerechtigkeit, Forstgefälle und Wald-

einkünfte (§. 204); Jagd, hohe und niedere; Fischerei, zahme und wilde; Berg-, Hammer- und Hüttenwerke a); Zoll b), Land- und Wasserzoll c); ConsumtionsAbgaben, z. B. Accise, Licent, Tranksteuer, Mahlgroschen, Salzsteuer, Pfundzoll u. d. d); Wege- und Brückengeld; Fähr- und Flößrecht; Zwang- oder Banngerechtigkeit e); Zunft- oder Innungsgelder f).

a) „Droit de chasse, de pêche, de mines, d'usines". BundesActe, Art. 27. Rhein. Bund, VII. 149.

b) Vergl. Rhein. Bund, VII. 150. *Hessen* zieht die Zölle an sich, verspricht aber den Standesherren Entschädigung wegen jener Zölle, die sie von ihm, oder von einem andern Souverain titulo oneroso erworben hatten. Declaration v. 1. Aug. 1807, §. 42. Den ehemaligen reichsritterschaftlichen Grundherren verspricht *Baiern* Entschädigung, wegen der an sich genommenen Zölle. Rhein. Bund, V. 240.

c) Anders Brauer in d. Beitr. 158.

d) *Hessen* hat die consumtionsAbgaben aller Art an sich gezogen, jedoch einen bestimmten Theil derselben den Standesherren als Vergütung ausgesetzt, s. die angef. Declaration, §. 42. *Baden* theilt das Ohmgeld mit den Standesherren. Verordn. §. 47. Andere Consumtions-Abgaben zieht es ganz an sich. Ebendas. §. 45. *Baiern* gestattet den Standesherren nicht, irgend eine Art von ConsumtionsAbgabe zu erheben. Declaration, H. 2. Vergl. Brauers Beitr. 158.

e) Rhein. Bund, VII. 152. Brauers Beitr. 153. *Badische* Verordn. §. 46. lit. e.

f) Rhein. Bund, VII. 153. *Baiern* eignet sich zu, alle Arten von Steuern und ConsumtionsAbgaben, alle TerritorialGefälle von Münzen, Zöllen, Chausséen, Brücken u. d., mit den darauf haftenden Lasten, alle Umlagen zu Unterhaltung des Militärs, alle Ausschläge zu Tilgung der Kriegskosten und StaatsSchuldenzahlung. Dagegen bleiben den Standesherren, die grundherrlichen Zinse, die Nachsteuer gegen auswärtige Staaten, die Concessionsgelder da, wo sie Concessionen zu ertheilen haben. *Baier.* Declaration, H.

§. 208.

Fortsetzung.

Ferner gehören dahin: Receptions-, Ein- und Ueberzugsgeld a); Nachsteuer und Abzugsgeld b); JudenSchutzgeld u. a. JudenGefälle c); Beisitzergeld; Concessionsgeld oder GewerbRecognition d), in denen Fällen, wo ein Standesherr Concession zu ertheilen hat, z. B. Schweinschneider-, Wasenmeister-, Kesselflicker-, Kaminfeger-, Scheerenschleifer-, Knochen-, Aschen- und LumpensammlerPacht, Wirthshaus- und Schankgerechtigkeit, Brantweinbrennerei, Marktgefälle, Standgeld, Haufirgeld u. d.; Taxen und Sporteln in denen Geschäften, die von standesherrlichen Behörden besorgt werden, den oberlandesherrlichen Tax- und Sportelordnungen gemäfs; Geldstrafen in solchen Fällen, und nach derjenigen Quantität, welche gesetzlich bestimmt sind; Amtsunkosten oder Beitrag zu den Kosten der

Justizverwaltung, sofern sie rechtmäsig hergebracht sind, u. d. m.

a) Rhein. Bund, VII. 151. BECMANNOR. consil. II. 37. ERTELS praxis aurea, I. 579. — *Hessen* zieht diese Gefälle an sich, will aber solche den Standesherren *ganz* vergüten, nach einer zehnjährigen DurchschnittSumme. Declaration, §. 43.

b) In solchen Fällen und in derjenigen Quantität, welche Landesgesetze und Verträge mit fremden Staaten zulassen. Vergl. Rhein. Bund, VII. 151 f. BRAUERS Beitr. 172. — Von dem *Heimfallrecht*, *erblosem Gut* und BastardErbe, s. ebendas. 171 — Von Aufhebung noch vorhandener *Klöster* u. *Kirchenstiftungen*, ebendas. 180.

c) Rhein. Bund, VII. 151. In dem Grofsherzogthum *Hessen* sollen die Judenschutzgelder, weil darunter die Steuern begriffen seyen, nach einem Durchschnitt der letzten zehn Jahre berechnet, und die *Hälfte* eines gemeinen JahrsErtrags, den Standesherren künftig als AversionalQuantum abgegeben werden. Declaration, §. 43. Ein königl. *westphälisches* Decret v. 27. Jan. 1808 verbietet alle JudenTaxen. Rhein. Bund, XV. 427.

d) Rhein. Bund, VII. 153.

§. 209.

Oberlandesherrliche Reservatrechte.

Dagegen haben die Oberlandesherren manche Finanz- und Kameralrechte, welche bisher von den Standesherren ausgeübt und benutzt wurden, sich vorbehalten [a]; entweder der Ausübung nach, und so dafs die Nutzungen der Standesherren ganz [b]), oder zum Theil [c]) abgeliefert werden; oder aus-

schliessend, nach Ausübung und Ertrag, bald ohne [d]), bald gegen Entschädigung, mehr oder weniger [e]).

a) Daſs bei Aussonderung dieser Rechte, der ehemalige Erwerbtitel des Standesherrn gar nicht in Betrachtung komme, behauptet Brauer in d. Beitr. 186. Auch, daſs über die Anwendung der obristherrlichen Gewalt auf einzelne Fälle, eine höhere Erkenntniſs nicht statt finde; ebendas. 204. Vergl. dagegen, Rhein. Bund, XII. 521. — Königl. *wirtembergische* Grundsätze, bei Abtheilung der Souverainetäts- und PatrimonialGefälle; in d. Rhein. Bund, XV. 431.

b) Entweder nach *jährlicher* Berechnung, oder durch ein jährliches *festes Pauschquantum*, nach einer ältern DurchschnittsRechnung, wie in dem Groſsherzogthum *Hessen* die Receptions, Ein- und Ueberzugsgelder; s. die angef. Verordn. §. 43.

c) So in *Hessen* die Judenschutzgelder, zur *Hälfte* eines gemeinen JahrsErtrags, nach einem Durchschnittt der letzten 10 Jahre, als jährliches AversionalQuantum; s. die angef. Verordn. §. 43. In *Baden* werden zur *Hälfte* getheilt, das Ohmgeld uud die Judenschutzgelder. Die angef. Verordn. §. 47.

d) Groſsherzogl. *Hessische* Reservate dieser Art sind, nach §. 42 der Declaration v. 1. Aug. 1807. (Rhein. Bund, XIII. 72): 1) die aus dem Rechte der Gesetzgebung fliessenden Dispensations- und Concessionsgelder; 2) die aus der Obergerichtbarkeit (aus der oberlandesherrlichen Rechtspflege) herrührenden Sporteln, Taxen und Strafen; 3) die aus der OberPolizei fliessenden Sporteln, Taxen, Strafen, Concessions-, Recognitions- und ReceptionsGelder, bei allen Geschäften und in allen Fällen, die zur hohen Polizei gehören; 4) die Abgaben zu allgemeinen TerritorialAnstalten, als Chaussée-

Wege- und Brückengeld von Heerstrassen und Flüssen, auch Geleitsrecht, Fähr- und Flofsrecht, Hafengelder; 5) alle directen und indirecten, ordentlichen und ausserordentlichen Auflagen namentlich, a) die Schatzung in ihrem ganzen Umfange, — Grund-, Personal-, Vieh- und Gewerbsteuer, b) alle ConsumtionsSteuer, c) alle Abgaben für Artikel des Luxus, d) Land- und Wasserzoll, e) StempelpapierTaxe, f) Collateralgelder, g) Confiscationen, wegen Defraudation oberlandesherrlicher Abgaben; 6) SalpeterRegal; 7) jus fisci und Fiscalgefälle; 8) das eigentliche Judengeleite (nicht Leibzoll); 9) der Novalzehnte, von künftigen Ausrottungen an allen Orten, wo nicht der Standesherr decimator universalis ist; 10) Landes- und Militärfrohnen. — Die *badischen* OberhoheitsReservate, unter dem Namen der *Oberpolizei*, wohin auch Post- und Münzrecht gerechnet werden, s. in d. angef. Verordn. v. 22. Jul. 1807, §. 26 ff. Rhein. Bund, XII. 331. Ausser der Oberpolizei, MilitärConscription, und der Steuer, werden daselbst, §. 45, für landesherrlich erklärt: Accise, Licent, Pfundzoll, das „Besalzungsrecht", Stempelpapier, der Ertrag der Land-, Heer- und Poststrassen, namentlich Landzoll und Geleitsgeld, die Nutzungen der Wasserstrassen, namentlich Wasserzoll, Flotzgeld, auch Wasserfallzins, das SalpeterRegal, das Recht über herrnloses Gut, das Lacherbengeld, der Bastardfall, das Bastarderbe, das Vorkaufsrecht bei der BergwerksAusbeute, der ConfiscationsErtrag, die Goldwäsche.

e) Z. B. bei Zöllen und ConsumtionsAbgaben.

§. 210.

Patrimonialherrliche Rechte.

Die BundesActe a) spricht den Standesherren alle grundherrlichen und Feudalrechte (tous des droits seigneriaux et féodaux) und

die FeudalPrästanda (prestations féodales) zu (§. 105). Nicht nur werden dahin gerechnet, die oben genannten Rechte der Gerichtbarkeit und Polizei, und die angeführten Kammer-Regalien, sondern auch IV) die grundherrlichen und FeudalRechte in dem eigentlichen Sinn. Zu diesen gehören: das Recht der Erb- oder Patrimonialhuldigung bei den Untersassen oder PatrimonialPflichtigen, und des Erbeides (juramenti assecurationis) bei den Eigenhörigen (§. 173), welche ausserdem noch zu der Staatshuldigung verpflichtet sind[b]); die PatrimonialAbgaben, GutsRecognitionen, Zehnten[c]), Zinse, Grund- und Bodenzinse, Gülten, Beden, in Geld und Naturalien[d]), freie und leibeigenschaftliche[e]), sowohl Hebungen als auch Lieferungen; die Patrimonialdienste oder Frohnen (operae patrimoniales), gemessene und ungemessene, Hand- und Spanndienste, Jagd- und Gerichtsdienste, Wachten, Botengehen u. d., oder, statt derselben, die Frohn-Reluitionsgelder (Dienstgelder), Weinfuhrgeld, Weinfuhrhaber, Wolfsgulden, Vogthaber u. d.; die LehnPrästanda jeder Art[f]).

a) Art. 27.

b) *Badische* Verordn., §. 18. Ebendaselbst §. 19 wird die vormalige obrigkeitliche Gewalt der Standesherren,

über die Personen, Unterthanen, Ortschaften und Güter landsässiger *Rittergutsbesitzer* aufgehoben.

c) Den *Noval*zehnten eignet *Hessen* sich zu, von künftigen Ausrottungen an allen Orten, wo nicht der Standesherr decimator universalis ist. Declaration v. 1. Aug. 1807, §. 42. u. Verordn. wegen der vormal. R. Ritterschaft, §. 39. Rhein. Bund, XIV. 230. Von *Baden*, s. die angef. Verordn. v. 22. Jul. 1807, §. 46. Rhein. Bund, XII. 335. und *Badische* Verordn. die GrundherrlichkeitsVerfassung betr., v. 22. Jul. 1807, §. 18. lit. b. *Wirtemb.* provis. Instruction, §. 14. Brauers Beitr., 137.

d) Langs hist. Entwickel. d. t. Steuerverfassungen, 126 ff.

e) Alle, aus jetziger, oder ehemaliger, persönlicher oder dinglicher Leibeigenschaft fliessenden Einkünfte, z. B. Handlohn (Laudemium), Besthaupt, Todfall, Leibesbede, Leibhüner, Ostereier, Pfingstkäse, Heuraths-Consensgeld (Bedemund, Mannthaler), Loskaufgeld (Manumissionsgeld), Beerbungsrecht der Bastarde (Bastardenrecht) u. d. m. Von dem letzten s. jedoch die angef. *Badische* Verordn., §. 45. Brauers Beitr., 171.

f) Rhein. Bund, VII. 153.

§. 211.

Privilegien- und Dispensationsrecht.

V) Das Privilegien- und Dispensationsrecht der Standesherren ist eingeschränkt auf bestimmte Fälle, meist auf solche, in welchen sie zu Verfügungen und Anordnungen befugt sind [a]). So weit kommen ihnen, in der Regel, auch die Taxen und Gebühren zu gut.

a) *Badische* Verordn., §. 22. *Hessische* Declaration, §. 17.

§. 212.

Aemter-, Titel- und Rangrecht.

VI) Auch das Aemter-, Titel- und Rangrecht gebührt den Standesherren, unter bestimmten Einschränkungen. Sie bestellen 1) die Justizbeamten, auch die höhern, bei ihren JustizKanzleien [a]), und die Subalternen derselben; 2) die Polizeibeamten, so weit ihnen die Polizeiverwaltung zusteht. In Ansehung der Qualificirung, der etwa nötigen oberlandesherrlichen Approbation, oder Bestätigung, und der Verpflichtung solcher Angestellten auch für den Oberlandesherrn, fehlt es nicht leicht an Landesgesetzen und Verordnungen [b]).

a) *Titel*: Justiz*K*anzleidirector, Justizrath, Justizamtmann, Amtsvogt, Secretär, Registrator, Kanzlist, Actuar, Amtschreiber u. d. In dem *Wirtembergischen*, Obervögte und Justizräthe. Rhein. Bund, IX. 437.

b) *Baierische* Declaration, J. *Wirtemb.* Resolution, §. 5. *Badische* Verordn., §. 50 f. *Hessische* Verordn., §. 48.

§. 213.

Fortsetzung.

Dahin gehört ferner, 3) die Bestellung derjenigen Diener, welche zu Verwaltung der standesherrlichen Domänen, Kammer-Regalien, patrimonialherrlichen und andern Einkünfte, der ActivLehnge-

rechtsame, Patronatrechte, Familien- und PrivatAngelegenheiten, und zu Führung ihrer Rechtssachen nötig sind [a]). Diener dieser Art schwören, in der Regel, den Amts- oder Diensteid nur dem Standesherrn, dem Oberlandesherrn den Huldigungseid. Mehrere dieser Diener können zusammen in ein Collegium, unter dem Namen Rentkammer, oder DomanialKanzlei vereinigt werden [b]). 4) Auch Hofbeamte, höhere und niedere, nach Verhältniſs ſeines jetzigen Standes, kann ein Standesherr ernennen. 5) Die vor Errichtung des Rheinbundes von ihm ertheilten Würden und Titel, sind, in der Regel, durch die Staatsveränderung für erloschen nicht zu achten [c]).

a) *Titel*: Kammerrath, Finanzrath, Rentmeister, Receptor, Cassirer, Forstrath, Rath, Consulent, Kasten- oder KammerAmtmann, Secretär, Kanzlist, Verwalter u. d. m. — In dem Groſsherzogthum *Hessen* dürfen die Standesherren einzelne, bei ihren *Justiz Kanzleien* angestellte Diener, zu Besorgung ihrer Familien- und Rechtsangelegenheiten gebrauchen. Verordn. v. 21. Dec. 1807. Rhein. Bund, XIV. 334.

b) *Badische* Verordn., §. 49. *Hessische*, §. 48. In dem *Wirtembergischen* ist die Benennung *OberRentamt* vorgeschrieben. Rhein. Bund, IX. 433.

c) Rhein. Bund, XIII. 100. In dem *Wirtembergischen* bedarf deren Fortführung, der königl. Erlaubniſs. Resolution v. 26. Jun. 1807, §. 5. Rhein. Bund, IX. 437.

§. 214.

Erziehungswesen. Oeffentlicher Unterricht.

VII) In Absicht auf Erziehungswesen und öffentlichen Unterricht, gebührt den Standesherren die unmittelbare Aufsicht über Schulen und ErziehungsAnstalten, die Bestellung der öffentlichen Lehrer, wenigstens die Präsentation zu den Lehrstellen, die Verwaltung und Verleihung der Stipendien, der Stiftung gemäfs, u. d. [a]).

a) Vergl. *Badische* Verordn., §. 31. 41. *Baierische* Declaration, E. 5.

§. 215.

Kirchensachen.

VIII) Die unmittelbare Aufsicht und VerwaltungsObsorge über die Kirchen-, Schul- und milden StiftungsFonds, bleibt den Standesherren, unter oberlandesherrlicher Aufsicht [a]). Eben so die unmittelbare Aufsicht auf Kirchen und Schulen, und die Ausübung der geistlichen Gerichtbarkeit, durch Consistorien, über protestantische Unterthanen (§. 205). Das Patronatrecht spricht ihnen die Bundes-Acte [b]) ausdrücklich zu. Es wird darunter ein allgemeines Präsentationsrecht zu Pfarr- und Schulstellen ihres Bezirks, unter ober-

landesherrlicher Aufsicht, verstanden [c]), sofern an einzelnen Orten keinem Andern das Präsentationsrecht durch besondere Rechtsmittel zukommt. Die Bestätigung, auch, bei protestantischen Pfarreien, die Ordination und Vorstellung, so wie das Recht Kirchengesetze oder Kirchenordnungen zu errichten, legt sich der Oberlandesherr bei [d]).

a) BRAUERS Beitr., 177. Wegen Ernennung der Verwalter, Bewilligung der Besoldung, Stipendien u. d., hat man hie und da besondere Bestimmungen.

b) Art. 27. Dafs dieses droit de *patronage* hier die Kirchengewalt, insonderheit das jus consistorii anzeige, behauptet STEPHAN in d. Rhein. Bund, V. 265 — 273. VII. 156.

c) Vergl. jedoch BRAUERS Beitr., 149. Dawider s. Rhein. Bund, IX. 444, Note *.

d) Ueberhaupt s. *Badische* Verordn., §. 39 ff. *Hessische* Declaration, §. 40. *Baierische*, F.

§. 216.

Lehnsachen.

IX) Ueber ihre inländischen Privat Activlehen stehen den Standesherren, unter Subordination gegen die Lehnhoheit des Oberlandesherrn, alle lehnherrlichen Gerechtsame zu, welche mit ihrem politischen Verhältnifs und den Staatsgesetzen [a]) vereinbar sind. Vorzüglich gehört hieher das Recht auf VassallenEhrerbietung; auf Lehndienste (ur

nicht Ritter- oder Kriegsdienste, es sey denn zu dem Dienste des Oberlandesherrn) und Lehndienstgelder oder andere Prästationen, als Surrogat der Naturaldienste; auf Lehnserneuerung und Laudemien, beide in den gehörigen Fällen; auf Lehntaxe und Lehnsporteln bei der Belehnung; auf ConsensEinholung zu Veräusserung, oder Belastung der Lehen, und auf Erhebung der Consensgelder; auf Lehnstrafen; Einziehung und Heimfall der Lehen; auch auf Lehngerichtbarkeit [b]). Ueber inländische Passivlehen gebühren den Standesherren alle, mit dem nutzbaren Eigenthum, nach dem Lehnrechte, verbundenen Befugnisse.

a) Hievon oben, §. 122.

b) Hievon oben, §. 205 u. 122. Vergl. jedoch BRAUERS Beitr., 112.

§. 217.

Landes- und Kammerschulden.

X) In Ansehung der, in der BundesActe festgesetzten, verhältnifsmäsigen Abtheilung der Landes- und Kammerschulden (doch mit Ausschlufs der standesherrlichen Privatschulden, auch der Amts- und Gemeindeschulden) zwischen dem Oberlandesherrn und dem Standesherrn (§. 116), ist hie und da festgesetzt: 1) dafs die Landesschulden,

welche verfassungsmäsig auf LandesCassen, oder auf solchen Cassen haften, die zu allgemeinen TerritorialAnstalten bestimmt sind, fernerhin auf diesen Cassen haften, und, so weit deren ordentliche Einkünfte und die Activa nicht hinreichen, durch ausserordentliche Contributionen getilgt werden sollen; 2) dafs die Kammerschulden, nach Abzug der Activforderungen der KammerCassen, zwischen dem Souverain und dem Standesherrn getheilt werden sollen, nach dem Verhältnifs der reinen Kammereinkünfte, welche jener empfängt, und dieser behält a).

a) *Baierische* Declaration, lit. I. *Badische* Verordn., §. 54. *Hessische* Declaration, §. 47. Von dem Rechte der *Gläubiger* gegen Standesherren, s. BRAUERS Beitr., 218. Von Befreiung der Standesherren von der Beitragspflicht zu *Kreis*schulden, ebendas. 212.

§. 218.

Pensionirung und Abtheilung standesherrlicher Diener.

XI) Den standesherrlichen Dienern, welche bei der öffentlichen Verwaltung angestellt waren, und welche der Souverain nicht für gut findet, auf ihren Posten zu lassen, verheifst die BundesActe, Art. 32, einen bestimmten Ruhegehalt (§. 110). Der Oberlandesherr übernahm meist das Militär, nebst den Militärpensionisten, die in aus-

wärtigen Verhältnissen angestellt gewesenen Diener, auch die Beiträge zu der Sustentation des ReichskammergerichtsPersonals, das JustizPersonal, sofern dasselbe bei den standesherrlichen JustizKanzleien und Justizämtern nicht Unterkunft fand, von dem KammerPersonal die, welche allein zu Erhebung oder Verwaltung solcher Einkünfte und Rechte bestellt waren, die dem Souverain zugefallen sind, u. d. m. Das Hof- und ForstPersonal blieb dem Standesherrn ausschliessend [a]). Besondere Bestimmungen wurden errichtet, über die ältern, bei Errichtung des Rheinbundes schon vorhandenen Pensionisten, und über die Theilung des Besoldungsbetrags und der Pension zwischen dem Oberlandesherrn und dem Standesherrn [b]).

a) Die angef. *Baierische* Declaration, lit. K. *Badische* Verordn., §. 52. *Hessische* Declaration, §. 51.

b) *Badische* Verordn., §. 53. Vergl. auch BRAUERS Beiträge, 231.

V. Capitel.

Die Grundherren.

§. 219.

Grundherren. Grundherrlichkeit.

Patrimonial- oder Grundherren sind Grundeigenthümer, adeliche oder nichtadeliche, physische oder moralische [a]) Personen, welche für ihre Person und ihre grundherrlichen Besitzungen, Vorzüge geniessen vor den übrigen Grundeigenthümern, sofern diese nicht Standesherren sind [b]). Der Inbegriff dieser Vorrechte, heifst Patrimonial- oder Grundherrlichkeit [c]). Die einzelnen dahin gehörigen Rechte, sind in den Bundesstaaten nicht überall auf gleiche Weise bestimmt [d]). Hier eine Uebersicht der Hauptgegenstände, mit Andeutung der vorzüglichsten Abweichungen.

a) Auch *Corporationen*, geistliche und weltliche, befinden sich unter den Grundherren. — Desgleichen *Rittergutsbesitzer*, die theils vorhin schon landsässig, theils mit reichsunmittelbaren, nichtreichsständischen Besitzungen versehen waren. — Einigen, die ehehin zwar in

gewisser Art zu der Reichsritterschaft gehörten, aber doch einen höhern Standpunkt hatten, als die reichsritterschaftlichen Ortsherrschaften, hat man einen *Mittelstand* zwischen Standesherren und Grundherren bewilligt. So den Grafen von *Pappenheim*, durch eine königl. baier. Declaration vom 22. März 1807, worinn ein MediatConsistorium, eine JustizKanzlei, die Ehrenrechte der Standesherren, u. d. gestattet wurden.

b) Vergl. Brauers Beitr., 199.

c) Bei Rittergütern heissen die dinglichen und vermischten Rittergutsrechte, auch *RealAdel.*

d) Von *ältern* Rechtsquellen, so weit diese noch gelten, von landesherrlichen Privilegien, Declarationen, Assecurationen, von Landes- und Erbvergleichen, Landtags-Recessen u. d., s. oben §. 49 ff. — Von *neuern* Rechtsquellen gehören hieher: 1) für *Baiern:* Verordn., die Ritterschaft und ihre Hintersassen betr., v. 31. Dec. 1806, in d. Rhein. Bund, V. 218. Erlauterung hiezu, die Bestätigung der FamilienVerträge betr., v. 25. Mai 1807, ebendas. VII. 175. Declaration, die staatsrechtl. Verhältnisse der Grafen von *Pappenheim* betr., v. 22. März 1807. — 2) Für *Wirtemberg:* Königl. Resolution v. 26. Jun. 1807, in d. Rhein. Bund, IX. 436. Provisorische Instruction für die PatrimonialBeamten, v. 10. März 1807, ebendas. X. 59. Resolution, die Obsignationen, Inventuren und VermögensTheilungen betr., v. 14. Febr. 1807, ebendas. V. 300. Aufforderung an sämmtl. Vassallen und Unterthanen, ihren Wohnsitz in die königl. Staaten zu verlegen, v. 26. Oct. 1806 u. 11. Sept. 1807, in dem Rhein. Bund, VII. 132. X. 154. — 3) Für *Baden:* Verordn., die Eintheilung der Ritterorte betr., nebst provisorischer Bestimmung ihrer Rechte, v. 25. Nov. 1806, berichtigter Abdruck vom 23. Dec. 1806, in dem bad. Regier. Blatt, 1806, Num. 29 u. 33 u. in d. Rhein. Bund, IV. 87. Verordn., die GrundherrlichkeitsVerfassung betr., v. 22. Jul. 1807,

in d. bad. Regier. Blatt, 1807, Num. 31. u. in d. Rhein. Bund, XIV. 190. — 4) Für *Hessen:* Resolution, wegen des Gerichtsstandes der vormaligen Reichsstände u. Reichsritter, in dem Rhein. Bund, VI. 465. Vergl. auch ebendas. VIII. 295. IX. 491. Verordn., die staatsrechtl. Verhältnisse der vormaligen unmittelb. Reichsritterschaft betr., v. 1. Dec. 1807, in d. Rhein. Bund, XIV. 213. — 5) Für *Wirzburg:* Verordn., die Rechte und Verbindlichkeiten der adel. Gutsbesitzer und ihrer Unterthanen betr., v. 9. Jun. 1807, in d. Rh. B., X. 3.

§. 220.

A) Persönliches Verhältniſs.

Gerichtsstand. Wohnsitz. ConscriptionsFreiheit. Staatsdienste.

I) In Absicht auf den Gerichtsstand, in Personal-, Real- und Criminalsachen, sind die Grundherren, in der Regel [a]), schriftsässig (Schrift- oder Kanzleisassen, Eximirte, Schloſs- oder Freigerichtsgesessene); doch giebt es in einigen Ländern auch amtsässige [b]). II) Es steht ihnen frei, ihren Wohnsitz in dem Lande, oder ausserhalb desselben, auch auf ihren auswärtigen Gütern für beständig zu nehmen [c]); in dem letzten Falle werden sie wie auswärtige Güterbesitzer (forenses) betrachtet. III) Sie geniessen die Befreiung von der Conscription [d]), und IV) nicht nur die Fähigkeit zu inländischen Staatsdiensten, sondern auch die Freiheit, auswärtige anzunehmen [e]).

a) Die angef. *baier.* Verordn., B. II. 1. 9. Die angef. *bad.* Verordn., §. 1. Die angef. *hessische* Verordn., §. 9. Die angef. *wirzburg.* Verordn., §. 7—9. 18 ff. u. 38 ff.; wo sie, §. 10, in *Polizeisachen* der LocalPolizeibehörde unterworfen werden. Wilh. LEYSER diss. de landsassiis, §. 46. Ge. BEYER delineatio jur. germ. priv. lib. I. c. 7. n. 19. sqq. GEISLER comm. de landsassiatu, 168. J. G. BAUER de schriftsassiatu personali. Lips. 1760. *Ebenders.* de foro schriftsassiatus realis. ib. 1761. (Beide Schriften in s. Opusc. T. I.) SELCHOW jur. germ. priv. §. 255. — Von dem Gerichtsstande in dem Fall eines *mehrfachen* Domicils, s. *wirzburg.* Verordn., §. 30 ff.

b) Von dem Königreich *Sachsen*, s. HOMMEL rhaps. obs. 731. Daselbst streitet die Rechtsvermuthung für die Amtsässigkeit des landsässigen Adels. RICCIUS v. landsässigen Adel, 393. WERNHER P. IV. obs. 17. BERGER oecon. jur. lib. 4. tit. 4. th. 3. n. 7. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 13.

c) *Baier.* Verordn., A. 6. Von *Wirtemberg*, s. Rh. Bund, VII. 132. X. 154. *Badische* Verordn., §. 2. *Hessische*, §. 5. *Wirzburgische*, §. 27 ff.

d) *Baier.* Verordn., VI. *Badische*, §. 3. *Wirzburgische*, §. 26.

e) *Badische* Verordn., §. 3. *Wirzburgische*, §. 39. — In einigen Staaten wird besondere landesherrliche Erlaubniſs hiezu erfordert. *Baier.* Verordn., A. 7. *Hessische*, §. 6. Königl. *westphäl.* Decret v. 9. Jan. 1808, in dem Moniteur westphalien.

§. 221.

Statuten. Zollbefreiung. Prädicat Herr. Kirchengebet. Trauer.

V) Die Familien Statuten der Grundherren, die Einführung oder Beibehaltung der

Stammguts- oder FamilienFideicommifs-Eigenschaft, oder einer eigenen Successions-Ordnung, so auch der OrtsStatuten und Gewohnheiten, bedürfen landesherrlicher Bestätigung [a]). VI) Meist geniessen die Grundherren Zollbefreiung der Consumtibilien zu eigenem Hausbedürfnifs [b]), erhalten VII) in einigen Ländern, von den LandesCollegien das Prädicat Herr [c]), es wird VIII) ihrer und ihrer Familien in dem Kirchengebet erwähnt, nach einer vorgeschriebenen Formel [d]), und IX) nach dem Tode des Grundherrn, findet auf seinen Gütern eingeschränkte öffentliche Trauer statt [e]).

a) *Baier.* Verordn., A. 5. B. I. u. Erläuterung hiezu v. 25. Mai 1807, in d. Rhein. Bund, VII. 175. *Wirzburg.* Verordn., §. 13. 89.

b) *Hessische* Verordn., §. 42. *Wirzburgische*, §. 11.

c) *Hessische* Verordn., §. 4. *Wirzburgische*, §. 11. — In dem *Badischen* sind sie mit einer eigenen *Uniform* begnadigt. *Badische* Verordn., §. 4. Bekanntmachung v. 20. Nov. 1807, in d. badischen Regier. Blatt, 1807, St. 40. Eben so in dem *Wirzburgischen. Wirzburg.* Verordn., §. 6 — 17.

d) *Badische* Verordn., §. 21. *Hessische*, §. 8. *Wirzburgische*, §. 122 f.

e) *Badische* Verordn., §. 21. *Wirzburgische*, §. 122 f.

§. 222.

Persönliche Dienste. Verschiedene Immunitäten und Pflichten.

X) In Ansehung der persönlichen unentgeltlichen Dienste adelicher Grundherren (Ritterdienste), ausserhalb der Lehnsverbindung, der Verpflichtung oder Befreiung der Grundherren, in Hinsicht auf persönliche Steuern, Accise u. a. ConsumtionsAbgaben, Detract von ausgehender Fahrnifs, Erbe, Heurathsgut, oder anderer VermögensExportation u. d., sind meist eigene landesherrliche Bestimmungen vorhanden [a]).

a) *Badische* Verordn., §. 8. *Wirzburg.* Verordn., §. 34. 35. *Wirzburg.* Verordn., §. 139 f. Die Wohlthat der *Competenz* giebt ihnen die *wirzburg.* Verordn., §. 24.

§. 223.

Ehemalige ritterschaftliche CorporationsVerhältnisse.

XI) Ehemalige ritterschaftliche Corporationen, insonderheit reichsunmittelbare, nebst den damit verbundenen Rechten, Titeln und Ehrenauszeichnungen, sind aufgelöset [a]), sofern sich dieselben nicht auf noch fortdauernde landständische Verfassung beziehen. Wegen der defshalb zu übernehmenden Pensionen, Schulden, Archive, Registraturen, Stiftungen u. s. w., sind eigene Vorschriften, auch Verträge zwischen einzelnen Bundesfürsten, vorhanden [b]).

a) *Baier.* Verordn., A. 2. *Badische*, §. 7. *Hessische*, §. 1. Constitution du royaume de Westphalie, art. 11 sqq. *Wirzburg.* Verordn., §. 3. 4. 16.

b) *Baier.* Verordn., am Schlufs. *Hessische* Verordn., §. 1. *Wirzburg.*, §. 4.

§. 224.

B) Realrechte.

Verhältnifs in Absicht auf Steuer und MilitärRealLasten.

I) Die ehemalige allgemeine Steuerfreiheit der Rittergüter und der Güter geistlicher Corporationen, wird heutzutage fast nirgend mehr auf ausserordentliche Steuern ausgedehnt [a]). In mehrern Bundesstaaten ist sie entweder ganz aufgehoben [b]), oder sehr eingeschränkt worden [c]), oder es werden Steuern unter andern Benennungen entrichtet [d]). Auch von ihren Gutsunterthanen oder Hintersassen dürfen die Grundherren Steuer für sich (Privatsteuer) nicht erheben [e]). II) Eben so ist die Befreiung der Grundherren von Militär-RealLasten, von Einquartierung, Service, Lieferung für die Armee, Fuhrenstellung u. d., in den meisten Staaten entweder ganz aufgehoben, oder beschränkt worden *f*).

a) Moser von der Landeshoheit in Steuersachen, 454 ff. 462 ff. Pütters Lit. III. §. 1150. Klübers Lit. 319. — Von Hildburghausen, s. Hæberlins Staatsarchiv, Heft X. 122. — Vergl. auch v. Klöber von Schlesien, II. 212. Reuss Staatskanzlei, XV. 210. Pütters

Rechtsf. II. 475. BÜSCHINGS Erdbeschreibung, Bd. I. Th. 2, S. 475.

b) *Baier.* Verordn v. 7. Nov. 1806, in d. Rhein. Bund, V. 170. *Baier.* Verordn. v. 8. Jun. 1807, in d. baier. Regierungsblatt, 1807, Num. 25. (Die oben angef. Königl. Verordn. v. 31. Dec. 1806, V. D, liefs provisorisch nur die *Hofbaugüter* steuerfrei. Vergl. auch Rhein. Bund, XIV. 292. — *Hessische* Verordn., §. 38. n. 6. Rhein. Bund, XIV. 229. *Hessische* Verordn. v. 1. Oct. 1806 (worinn zugleich auch die Besteuerung der landesherrlichen Domänen verordnet ward). *Hessische* Verordn. v. 8. Nov. 1806, in d. Rhein. Bund, V. 176. — Constitution du Royaume de Westphalie, art. 11. 12. 14. — Die gefreiten Stände des Grofsherzogthums *Berg* verzichteten, am 7. Sept. 1806, einstimmig auf die bisherige Freiheit aller gefreiten Güter von den auf liegenden Gründen radicirten Geldbeiträgen. Rhein. Bund, II. 255.

c) In dem *Badischen* bleibt 1) das Herrenhaus, mit den zu seinem Umfang gehörigen Hof, Hofreite und Lustgarten, ausser Anschlag und Steuerpflicht; 2) alle übrige vorhin gefreite (nicht auch die bisher ungefreiten) Besitzungen werden in die Schatzung gelegt, doch so, dafs von dem Steuercapital 1/3 abgezogen, und nur die andern 2/3 als HerrensteuerCapital angesetzt, hievon aber die Steuern unmittelbar an die landesherrlichen SteuerEinnehmer entrichtet werden. Die angef. *Badische* Verordn., §. 10—12. — Etwas Aehnliches verordnet die *Wirzburgische* Verordn., §. 130 ff. — In *Mecklenburg* wird von den ritterschaftlichen Besitzungen überall die Hälfte versteuert. ErblandesVergleich, § 7. — Von mehrern andern Ländern, s. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 282. n. 3.

d) Z. B. Donativgelder der Ritterschaft in dem Königreich Sachsen. HAUSMANNS Beiträge zur Kenntnifs der kursächsischen Landesversammlungen, Th. I. (1798. 8.)

Num. 4. ZACHARIÆ, in WEISSENS Museum für die sächs. Geschichte, Bd. II. 195. AversionalQuantum verschiedener Fürsten, Grafen und Herren in dem Königreich Sachsen. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 661. — Zuschufsgelder der vogtländischen Ritterschaft. (MEYERNS) Nachrichten v. d. Fürstenth. Baireuth, 46.

e) *Baierische* Verordn., V. A. *Wirtemberg.* provisorische Instruction, §. 7 ff. *Wirzburgische* Verordn., §. 146 ff. Von der Entschädigung dafür, s. ebendas. §. 150.

f) *Baierische* Verordn., VI. Constitution du royaume de *Westphalie*, art. 14. *Badische* Verordn., §. 10. *Wirzburgische* Verordn., §. 138. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 283.

§. 225.

Gerichtbarkeit. Bürgerliche.

III) Den meisten Grundherrren gebührt 1) die CivilGerichtbarkeit, über die in dem grundherrlichen Bezirk angesessenen ungefreiten Bürger, Hintersassen und BauerGemeinheiten, über darinn sich aufhaltende, inländische oder ausländische Fremde amtsässigen Standes, über die darinn gelegenen Gemeinde- und Privatgüter [a]. Ein Grundherr kann diese Gerichtbarkeit in eigener Person ausüben, wenn er sich dazu gesetzmäsig qualificirt hat; ausserdem durch einen Gerichtshalter (Justitiar), welcher die StaatsApprobation erhalten hat, und die Rechte der Staatsdiener geniefst [b]. Die Aufsicht, insonderheit die Justizvisitation, gebührt einer landes-

herrlichen Behörde. Die Appellation, in den gehörigen Fällen, geht an eine landesherrliche Justizbehörde [c]). Auch die Jagd- und Forstgerichtbarkeit gehört nicht selten dem Patrimonialgericht [d]). Eben so die Gerichtsnutzungen, Taxen, Sporteln, Strafen.

a) *Baierische* Verordn., B. II. 2 ff. *Badische*, §. 14. *Hessische*, §. 17 ff. *Wirzburgische*, §. 46 ff. — Von der Gerichtbarkeit über ritterschaftliche *einzelne* Höfe, s. *badische* Verordn., §. 19. — Von *Condominat*Orten, s. *Wirzburg.* Verordn., §. 46. 58. — Von dem Amts*Siegel*, ebendas. §. 49.

b) *Baierische* Verordn., B. II. 5. 6. 7. *Badische*, §. 14. *Hessische*, §. 17 ff. *Wirzburgische*, §. 50 ff. 63.

c) *Baierische* Verordn., B. II. 3. *Badische*, §. 14. *Wirzburgische*, §. 59.

d) *Baierische* Verordn., III. I. *Wirtembergische* provisor. Instruction, §. 3 ff. *Hessische* Verordn., §. 35. *Wirzburgische*, §. 73 f. — Von der *Zunft Gerichtbarkeit*, s. *Wirzburgische* Verordn., §. 83 ff.

§. 226.

Freiwillige und peinliche Gerichtbarkeit.

2) Die freiwillige Gerichtbarkeit, für Vormundschaftswesen, Inventuren, Theilungen, Testamente, Contracte u. d., ist den meisten, mit Civilgerichtbarkeit versehenen Grundherren überlassen [a]). Hingegen 3) die peinliche Gerichtbarkeit entweder gar nicht [b]),

oder nur bis auf einen bestimmten Grad [c]), auch wohl nur denen, die hiezu besonders privilegirt sind [d]).

a) *Baierische* Verordn., III. C. *Badische*, §. 14. lit. e. *Hessische*, §. 14.

b) Dieses wird im Zweifel vermuthet. MEVIUS P. I. dec. 45. n. 2. P. VIII. dec. 96. n. 1. STRUBE's Bedenken, I. 173. Decis. Hasso-Cass. I. 72.

c) In dem *Badischen* nur die bürgerliche (nicht die höhere) Strafgerechtigkeitspflege, wie sie in dem VIII. OrganisationsEdict v. 1803, §. 4, bestimmt ist. *Badische* Verordn., §. 13. 14.

d) *Baierische* Verordn., B. II. 10 ff. *Hessische*, §. 15. *Wirzburgische*, §. 45 ff. 60. 62.

§. 227.

Niedere Polizei. Fiscalrecht. Landtagsfähigkeit.

IV) Die niedere Polizei [a]), auch in Forstsachen, nebst Polizeigefällen [b]), und mit der Aufsicht auf den CommunHaushalt; desgleichen V) ein sehr eingeschränktes Fiscalrecht [c]) (jus fisci minimum) ist den grundherrlichen Gerichtsherren mehrentheils übertragen. VI) Wo eine Landschaft fortdauert, da haftet auf grundherrlichen Besitzungen gewöhnlich Landstandschaft, bald als bloss dingliches Recht, bald, bei Rittergütern, als vermischtes Adelsrecht.

a) *Baierische* Verordn., D. E. F. H. K. *Wirtembergische* provisor. Instruction, §. 17. 18. *Badische* Verordn.,

§. 14. lit. d. *Hessische*, §. 12. 26 ff. *Wirzburgische*, §. 75 ff. — Von der Polizei in *gemeinschaftlichen* Dörfern, wo landesherrliche unmittelbare Unterthanen und grundherrliche Hintersassen wohnen, s. *Baierische* Verordn., in d. Rhein. Bund, XIV. 295. *Badische* Verordn., §. 19. *Wirzburgische*, §. 98 ff. — Von dem Rechte des *Kirchweihschutzes*, s. *Wirzburg.* Verordn., §. 97. — Von dem Verhalten der oberherrlichen Oberämter gegen die grundherrlichen Aemter, in Polizeisachen, in der badischen Provinz Oberrhein, s. Rhein. Bund, XV. 412.

b) *Badische* Verordn., §. 18. lit. h.

c) *Baierische* Verordn., V. E. d. *Wirtembergische* provis. Instruction, §. 9 u. 12. *Hessische* Verordn., §. 38. n. 2. 8. *Wirzburgische* Verordn., §. 158. PÜTTERS Rechtsfälle, Bd. III. S. 599.

§. 228.

Kammer- und Finanzrechte.

VII) Von den verleihbaren, einträglichen Hoheitsrechten oder KammerRegalien [a]), sind manche dem Souverain vorbehalten, z. B. Steuer, Post- und Münzrecht, Bergwerke, Salz- und SalpeterRegal, Goldwäsche, Perlenfischerei, Chaussée- und Wegegeld, verschiedene ConsumtionsAbgaben. Andere gebühren den Grundherren, allen, zum Theil schon als Ausflüsse des Grundeigenthums, oder einzelnen, kraft besonderer Verleihung oder unvordenklicher Verjährung, z. B. die Aufnahme neuer Hintersassen und Schutzverwandten, auch Juden, unter gewissen Einschrän-

kungen [b]), Einzugs- und Umzugsgeld, Gewerb-Recognitionen (sofern sie nicht Gewerbsteuer sind), geringe ConcessionsGelder und DispensationsTaxen, Forstgefälle und Waldeinkünfte, Jagd, Fischerei, Zwang- oder Bannrechte [c]), an einigen Orten auch Detract, Judenschutzgeld [d]), Salzmonopol, Zoll [e]) u. d.

a) *Baierische* Verordn., V. A. E. *Wirtemberg.* provisor. Instr., §. 9 f. Vorzüglich die *Hessische* Verordn., §. 32. 38. 39.; in d. Rhein. Bund, XIV. 228. *Wirzburgische* Verordn., §. 86 ff. 152 ff. *Badische* Verordn., §. 16 ff., wo §. 18. lit. d, das *Ohmgeld* denen gelassen wird, die sich in dem Besitz des rechtmäsigen Bezugs befinden.

b) *Baierische* Verordn., III. A. *Wirzburgische*, §. 79 — 82.

c) Z. B. Bannmühlen, Keltern, Backofen, Zwangbrau, Biermeile, Zwangschank, überhaupt Trankzwang, u. d.

d) Ein königl. *westphälisches* Decret v. 27. Jan. 1808, verbietet alle JudenTaxen.

e) Manche Verordnungen vindiciren gewisse Zölle dem Souverain schlechthin, bei andern behalten sie ihm die Einlösung vor. *Badische* Verordn., §. 16. 17. 18. *Wirtemberg.* provis. Instruction, §. 9 u. 13. *Hessische* Verordn., §. 38. *Wirzburgische*, §. 154. — Die Ertheilung der Privilegien und Dispensationen, nebst den Taxen, eignet dem Souverain, PolizeiConcessionen u. Taxen dem Grundherrn zu, die *wirzburgische* Verordn., §. 159 f. 162 f.

§. 229.

Gutsherrliche Rechte. Rechte und Pflichten der Gutsunterthanen.

VIII) Die gutsherrlichen Rechte [a]) (grundherrlichen Rechte in dem engern Sinn) finden am wenigsten Widerspruch, z. B. das Recht zu der Patrimonial- oder Erbhuldigung der Untersassen, und zu dem Erbeid der Eigenhörigen [b]); die PatrimonialAbgaben [c]); die PatrimonialDienste oder Frohnen, nebst den FrohnReluitionsgeldern (§. 211); zu deren Verwaltung ihnen freisteht, eigene Rent- oder OekonomieVerwalter [d]), Jäger und Förster [e]) anzustellen. Die Rechte und Pflichten der Gutsunterthanen oder Hintersassen (MediatUnterthanen), in dem Verhältniſs sowohl zu dem Landesherrn, als auch zu dem Gutsherrn, sind hie und da durch Landesgesetze bestimmt [f]).

a) *Baier.* Verordn., V. F. *Badische*, §. 16. 17. 18. *Hessische*, §. 39. *Wirzburgische*, §. 165.

b) *Badische* Verordn., §. 27. *Hessische*, §. 7.

c) Von dem Novalzehntrechte, s. *Badische* Verordn., §. 18. lit. b. *Wirtemberg.* provis. Instruction, §. 14. *Hessische* Verordn., §. 39. *Wirzburgische*, §. 164.

d) *Hessische* Verordn., §. 39. n. 13. *Wirzburg.*, §. 65 ff.

e) *Wirzburgische* Verordn., §. 67. 72.

f) *Wirzburgische* Verordn., §. 171 — 189. *Mecklenburgischer* Erbvergleich, §. 325 ff.

§. 230.

Kirchensachen.

IX) In Kirchensachen haben die Grundherren vielfältig das Patronatrecht, jedoch in der Ausübung gebunden, bei Protestanten an die landesherrlichen allgemeinen Vorschriften, bei Katholiken, wo die Präsentations-Urkunde an den Bischof ergeht, an das vorher einzuholende landesherrliche Placet [a]). Auch die Präsentation der Schullehrer gebührt ihnen, sofern sie deren Anstellung hergebracht hatten [b]). Die Verwaltung des Kirchen-, Schul- und milden StiftungsVermögens, ist oft der Aufsicht des PatrimonialGerichtshalters untergeben, unter Leitung der obersten administrativen Behörde [c]). Die Ausübung der geistlichen Gerichtbarkeit über protestantische Unterthanen, wird den Grundherren selten gestattet [d]).

a) *Baierische* Verordn., IV. 4. 5. *Badische*, §. 18. *Hessische*, §. 36. *Wirzburgische*, §. 104. 109 ff. 122 f.

b) *Baierische* Verordn., III. B. *Hessische*, §. 36. *Wirzburgische*, §. 127 ff.

c) *Baierische* Verordn., IV. 6. *Wirtembergische* provisor. Instruction, §. 6. *Hessische* Verordn., §. 36. *Wirzburgische*, §. 105 f. 121.

d) *Wirzburgische* Verordn., §. 107 f.

§. 231.

Verhältniſs zu Standesherren, vorhin Landesherren.

Ob und wie weit über die Personen, Hintersassen, Ortschaften und kanzleisässigen Güter derjenigen Grundherren, welche vor Errichtung des Rheinbundes ganz, oder in Ansehung einzelner Hoheitsrechte, den Standesherren unterworfen waren, die obrigkeitliche, nun subordinirte, Gewalt der letzten aufhöre? ist gesetzlich auf verschiedene Weise bestimmt [a]).

a) Nach der *badischen* Verordnung über die StandesherrlichkeitsVerfassung, §. 19, hört jene obrigkeitliche Gewalt auf, doch einstweilen noch mit Ausnahme der *centbaren* Berechtigungen. Rhein. Bund, XII. 328.

VI. Capitel.

Staatsvermögen.

§. 232.

Staatsvermögen. Staatseigenthum. Oeffentliches Vermögen des Staates.

Zu dem Staatsvermögen (patrimonium reip.), dem Rechte des Staates auf Sachen, gehören: 1) das Staatseigenthum, ein Inbegriff der Staatsbefugnisse [a]) über das Staatsgebiet und die Sachen, welche sich darinn befinden [b]) (jura reip. in territorium et res in eo existentes); 2) das öffentliche Vermögen des Staates (Staatsvermögen in dem engern Sinn, patrimonium publicum), ein Inbegriff solcher Sachen, deren Eigenthum dem Staate zusteht (deren Gebrauch für den Staatszweck, nach Art des Privateigenthumes, ausschliessend bestimmt ist [c])); theils unbewegliches (Residenzen u. a. Staatsgebäude, Domänen oder Kammergüter), theils bewegliches Eigenthum [d]) (Fahrnifs).

a) Auch das, unter dem *äussersten* Recht begriffene, sogenannte *StaatsObereigenthumsrecht* (dominium eminens)

gehört zu dem Staatseigenthum; wovon unten, in einem eigenen Capitel.

b) *Auswärtigem* Staats- oder Privatgut kann, in dem Staatsgebiet, eine bedingte *Exterritorialität* zustehen. Auch Grundeigenthum, innerhalb der Grenzen des Staatsgebietes (inclavirt), kann sich hierunter befinden.

c) Also unterschieden von dem *Privat*gut (§. 239). — Einige nennen es *Staatsprivateigenthum.*

d) C. A. ab UFFEL de hereditate mobiliari illustrium. Jen. 1740. 4. W. BURCHARDI diss. de hereditate quadruplici (Marb. 1754 4.), c. 2. §. 22. LUDOLF de jure feminar. illustr. Sect. II. membr. I. §. 16. — Das sogenannte *Fiscusgut* kann beweglich und unbeweglich seyn (§. 243). Einige begreifen das *gesammte* öffentliche Vermögen des Staates unter dem Worte Domänen- oder Kammergüter, oder auch unter dem Worte Fiscusgut, ohne Rücksicht auf die besondern Stationen, wo es verwaltet wird, oder auf die Verwendung.

§. 233.

Staatseigenthum.

Das Staatseigenthum ist, 1) kein Grund- und Bodeneigenthum der regierenden Gewalt an dem ihr unterworfenen Staatsgebiete [a]). Auch 2) nicht die Staatsgewalt selbst, als Eigenthum einer Individual-Person oder Familie [b]). Es ist 3) ein Ausfluss der Staatsgewalt, doch wesentlich unterschieden von der Oberherrschaft über Personen [c]). 4) Obgleich keine Quelle von Hoheitsrechten, wirkt es doch, dass Auswärtige (Personen, welche Mitglieder

dieses Staates nicht sind) das Staatsgebiet nach allen seinen Theilen, und die darinn befindlichen Sachen, gleichviel ob solche Privateigenthum, oder öffentliches Vermögen des Staates, oder Adespota sind, als schon occupirt, mithin als fremd ansehen müssen, und ohne Erlaubnifs des Staates, an dem Staatsgebiet und den darinn befindlichen Sachen, keine Art des Gebrauchs sich erlauben dürfen.

a) „Ad reges potestas omnium, ad singulos proprietas". SENECA, orat. 31. — Anders, KANT in d. Rechtslehre, 180 f. C. L SCHEID de juris publici et privati convenientia et differentiis, p. 7. (wo es heifst: „imperans *res* in *dominio* habet, *personas* autem *jussu* dirigit".) FISCHERS Lehrbegriff sämmtl. Kameral- und Polizeirechte, II. 388. C. G. BIENER de natura et indole dominii in territoriis Germaniae (Hal. 1780. 8.), lib. 1. §. 10. p. 40., wo die Worte: „Germania tota — — regitur jure *patrimoniali* et *herili*. — — Superioritas territorialis — — cum ipsis territoriis in *patrimonio* est, ut *patrimonialem* et *herilem* haud inepte dixeris". DANZ Handb. des t. Privatr. I. §. 101 b — Wider BIENER, s. A. F. H. POSSE über das Staatseigenthum in den teutschen R. Landen (Rost. 1794. 8.), S. 33 ff. und in KOPPE'S Almanach der Rechtsgel. (1795. 8.), S. 165 — 177.

b) Anders, J. C. MAJER in d. Einleit. in das Privatfürstenrecht überhaupt, §. 40, S. 80. SCHNAUBERT in d. Staatsr. der gesammten R. Lande, §. 165. — Dawider, s. POSSE a. a. O., §. 3 u. 4, S. 15 ff.

c) So heifst die Befugnifs, die Handlungen der Staatsgenossen, dem Staatszweck gemäfs, zu leiten. Der *Mensch* kann Gegenstand der Oberherrschaft, nicht des

Eigenthums, seyn. Die Oberherrschaft hat zwei Gegenstände, *Personen* und *Sachen*. Die Oberherrschaft über Sachen, heifst *Staatseigenthum*. Da auch unkörperliche Sachen (Befugnisse) Gegenstand des Eigenthums seyn können (dominium rerum incorporalium), so wäre das *Recht* zu der Oberherrschaft zu der Staatsregierung, zu Ausübung der Staatsgewalt), in einem Patrimonialstaat, *Eigenthum*; nicht die Oberherrschaft. Dieses Eigenthum wäre aber nicht Staatseigenthum, sondern das *Recht* auf das Staatseigenthum, wäre ein Theil jenes Eigenthums. Vergl. GROTIUS de J. B. ab P. lib. 2. c. 3. §. 4. lib. 3. c. 20. §. 52. ROUSSEAU contrat social, p. 33. J. F. KAYSER de diverso dominii et imperii iure. Giess. 1728. Jac. RAVE über den Unterschied der Oberherrschaft und des Eigenthums (Jena 1766. 8.), 30. u. 50. G. F. ZENTNER diss. de differentiis jurium imperii ac dominii eorumque effectibus in regimine territoriali (Heidelb. 1793. 4.), §. 35. POSSE a. a. O., §. 6 ff. MAJERS Autonomie, §. I. 22. 40 ff. 53. *Ebendess.* Einleit. in d. Privatfürstenr. 120. 25. 79. Vergl. FISCHERS Kameral- u. Polizeirechte, II. 324. 388.

§. 234.

Veräusserung des Staatsgebietes.

Da durch den UnterwerfungsVertrag der Regent nur die Ausübung der Staatsgewalt, zu Erreichung des Staatszweckes, erhalten hat, sein Recht, wie nach dem Naturrecht jedes Vertragsrecht, blofs persönlich, und er nur dazu befugt ist, wozu er zugleich auch verpflichtet ist, so steht ihm, den nicht zu vermuthenden Fall eines PatrimonialStaates ausgenommen, wie eine willkührliche Ver-

äusserung der Staatsregierung, oder der Staatsgewalt (§. 161), also auch eine willkührliche Veräusserung des Staatsgebietes [a]) und des übrigen Staatsvermögens, ganz oder zum Theil, nicht zu [b]).

a) Schriften in KLÜBERS Lit. §. 1565 b.

b) GROTIUS de J. B. et P. lib. II. c. 6. §. 3. sqq. PUFENDORF de jure nat. et gent. lib. VIII. c. 5. §. 9. sqq. RAVE a. a. O. 63. STRUBE obs. jur. et hist. germ. obs. 4. §. 17. HÖPFNERS Naturr. §. 201. ZENTNER diss. cit. §. 10. KLÜBERS kl. jur. Bibl. X. 223. Anders (nur nicht bei Wahlstaaten) Theod. H. A. SCHMALZ diss. de jure alienandi territoria, absque consensu statuum provincialium, principibus Germaniae competente (Rint. 1786. 8.), §. 4—10.

§. 235.

Fortsetzung.

Sofern ein rheinischer Bundesstaat ein Patrimonialstaat wäre [a]), könnte dem Regenten die Befugnifs, sein Recht auf die Staatsregierung zu veräussern (das Veräusserungsrecht, in Absicht auf das Staatseigenthum, und das übrige Staatsvermögen, nebst der Oberherrschaft über die Unterthanen) nach den Bedürfnissen des Staates nicht abgesprochen werden [b]); vorbehalten jedoch die Einwilligung [c]) derer, welchen ein vertragsmäsiges Successionsrecht zusteht [d]). Doch könnte auch hier die Veräusserung jetzt anders nicht

statt haben, als an einen der conföderirten Staaten (§. 79).

a) Welches von den teutschen Erbstaaten behauptet, J. C. MAJER in d. Einl. in das Privatfürstenr. §. 40, S, 80. SCHNAUBERT in d. Staatsr. der gesammten Reichslande, o. 165 f. Vergl. GROTIUS l. c. lib. I. c. 3. §. 11. 12. 13. MÖSERS osnabrück. Gesch. I. Vorrede. ZENTNER diss. cit. §. 12 — 18. — Doch unterscheidet sich auch ein Patrimonialstaat wesentlich von einem *di nstherrlichen* Staat (regnum herile), rechtlich eine Chimäre; wie bürgerliche Oberherrschaft von dienstherrlicher Gewalt (imperium herile), wie Staatspflicht von Gutspflicht. PÜTTERS Beitr. Th. I, Num. 8. de LUDOLF symphorem. consult. for. T. I. cons. 10. p. 326. Vergl. MAJERS Autonomie, 188 RAVE a. a O. 50.

b) GROTIUS l. c. de II. c. 6. §. 3. et lib. III. c. 20. §. 5. ZENTNER l. c. §. 7. SCHLETTWEINS Recht der Menschheit, 292. — Dawider s. die Erklärungen der Stände in dem *Elsaſs*, als dieses an Frankreich abgetreten werden sollte. *Pommerische* Erklärung auf dem westphäl. Fr. Congreſs 1646, bei PFANNER hist. Pac. Westph. lib. 3. §. 17. *Fürstenschluſs* von 1216, in HUNDII metrop. Salisb. II. 407. A. F. H. POSSE über d. Einwilligungsrecht t. Unterthanen in Landesveräusserungen. Jena 1786. (auch in HÆBERLINS Nachrichten. VII. 542). Erläuter. verschied. wichtiger Gegenstände für den Staatsmann u. Gelehrten. Schmalk. 1786. KLÜBERS kl. jur. Bibl. X. 233 ff.

c) Daſs Einwilligung der *Landstände*, oder der *Unterthanen*, in Ermangelung einer besondern Bestimmung, nicht nötig sey, behaupten STRUBE Obss. jur. et hist. germ. obs. IV. 14. MOSER von der Reichsstände Landen 215, 287 f. 311. STRUBE'S Nebenst. II. 423. BIENER l. c. 221. sqq. — Das *Lehn Obereigenthum* kann, in

der Regel, ohne Einwilligung des Vassallen, nicht veräussert werden. MÖLLER distinct. feud. c. 20. dist. 1. WULFLEF in ZEPERNICKS Samml. zu d. Lehnr. II. Num. 21. MASCOV de jure feud. p. 220. a GLOBIG de reb. dubiis in jure feud. p. 112. Anders, BOEHMER princ. jur. feud. §. 209. MARTINI in ZEPERNICKS Samml. II. Num. 20, 22, 23. SCHILTER ad jus feud. alem. 268.

d) SCHNAUBERT a. a. O. §. 173. v. ROTHS Staatsr. t. Reichslande, II. 25. LEIST t. Staatsr. § 38. C. G. GMELIN diss. de limitibus juris alienandi territoria secularia imperii Germ. Tub. 1794. 4.

§. 236.

Domänen oder Kammergüter.

Ein wichtiger Bestandtheil des öffentlichen Vermögens des Staates, sind die Domänen a) oder Kammergüter, Grundeigenthum, zum Theil verbunden mit grundherrlichen Gerechtsamen b), dessen Ertrag zu dem persönlichen und Staatsaufwand des Regenten bestimmt ist c). Sie unterscheiden sich wesentlich, nicht nur von Privat- oder ChatoulleGütern des Regenten d), sondern auch von Hoheitsrechten, auch den einträglichen, und von dem Fiscus e). Die Einkünfte der Domänen gehören zu dem Staatseinkommen f).

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. §. 1052 ff. KLÜBERS Lit., S. 267. Cph. FRISII jus domaniale. Francof. 1701. fol. Jos. Claud. DESTOUCHES Beurtheilung der Domänenrechte in Deutschland. München 1768. 8. Nachtrag hiezu, ebendas. 1768. Fortsetzung, ebendas.

1768. 8. Dan. Gottfr. SCHREBERS Abh. von Kammergütern und Einkünften. Leipz. 1743. 2. Aufl. 1754. 4. (W. F. CHASSOT de Florencourts) Etwas über die Natur, die Veräusserung und Verschuldung der Kammergüter. Helmst. 1795 8. MOSER von der Reichsstände Landen, 205. de SELCHOW elem. jur. publ. 416. v. ROTHS Staatsr. t. Reichslande, II. 16. 29. FISCHERS Kameral- u. Polizeirechte, II. 479 — 499. BOEHMER princ. jur. feud §. 60. SCHNAUBERTS Erläut. des Lehnr., 118. C. C. A. H v. KAMPTZ Erörter. der Verbindlichkeit des weltl. Reichsfürsten aus d. Handl. seines Vorfahren, 14 — 35. STRUBE, II. Bed. 1. v. BERGS Beobacht. u. Rechtsf. I. Num. 1. — Von der *Etymologie*, s. v. GÖBELS Abhandl. aus dem Staatsr. II. 74. — Einige *unterscheiden* Domänen und Kammergüter. In der Bestimmung des Unterschieds weichen sie jedoch sehr von einander ab. Vergl. GROTIUS am unten a. O. PUFENDORF de jure nat. et gent. lib. 8. c. 5. §. 8. et 11. BEHMER jur. nov. controv. obs. 11. PÜTTMANN elem. jur. feud. §. 65. v. ROTH a. a. O. SCHEIDEMANTEL a. unten a. O.

b) Es giebt DomänenHerrschaften, Aemter, Städte, Dörfer, Höfe, Mühlen, Forste, Aecker, Gärten, Wiesen u. d.

c) MASCOV princ. jur. publ. p. 787. STRUBE a. a. O. §. 5 u. 7. GÖBEL a. a O., S. 8 u. 74. DESTOUCHES a. a. O., S. 4. *Preuſs.* allgem. Landr. Th. II, Tit. 14, §. 11 f. Constitution du royaume de Westphalie, art. 9. — Abweichende Begriffe, s bei MOSER a. a. O. 207 f. GÖBEL a. a. O. 75. GROTIUS de J. B. et P. lib. II. c. 6. §. 11. L. C. SCHROEDER elem. jur. nat., socialis et gent. (Groning. 1775. 8.) §. 902. II. KANTS Rechtslehre, 183. v. ROTH a. a. O. SCHEIDEMANTELS Repertor. I. 711. PUTTMANN l. c. — Von den *Tafel*Gutern (bonis mensalibus) in geistl. Staaten, s. STRUBE, MOSER u. SCHNAUBERT a. a. O. C. G.

BIENER de natura et indole dominii in territoriis Germ. (Hal. 1780. 8.), 43.

d) In dem preussischen Staat ist dieser Unterschied aufgehoben. BEHMER jur. nov. controv. T. I. obs. 11. FISCHER a. a. O. II. 493.

e) Die ehemaligen Domänen oder Kammergüter der jetzigen *Standesherren*, führen meist diesen Namen noch fort, obgleich sie jetzt, in der Regel, wie Privatgut behandelt werden.

f) C. F. HÆBERLINS Handb. des t. Staatsr. II. §. 191. MOSER v. d. Landeshoheit in Steuers. 535 ff. PÜTTERS Beitr., I. 127. v. KAMPTZ a. a. O. §. 12, S. 22 — 33. STRUBE, Th. II, Bed. I, §. 5 u. 7.

§. 237.

Veräusserung derselben.

Die Substanz der Domänen ist, in der Regel, unveräusserlich [a]). Wo sie aber, kraft des partikulären Staatsrechtes, Eigenthum des Regenten [b]), oder fideicommissarisches FamilienEigenthum des RegentenHauses [c]) sind, wo etwa, aus andern Gründen, auch einem Dritten Successionsrechte daraufzukommen, steht der Veräusserung kein Hinderniſs im Wege [d]), sobald dieselbe dem Staatszweck nicht entgegen ist, und in dem zweiten Fall Einwilligung der Successionsberechtigten hinzukommt [e]). Wider unrechtmäsige Veräusserung, steht dem Nachfolger in der Regierung die Revocations-Befugniſs zu [f]).

a) E. J. Tenzel diss. de domaniis principum inalienabilibus. Erf. 1728. — Von dieser sehr streitigen Frage, s. Etwas vom Befugnisse der Fürsten in Veräusserung der Domänen. Münster u. Hannov. 1786. 8. Moser a. a. O. 222 ff. Leyser Spec. 50. med. 6. sqq. Fischer a. a. O. II. 481 ff. 493 ff. Destouches a. a. O., S. 8. Grotius l. c. Pufendorf de jure nat. et gent. lib. 8. c. 5. §. 8. et 11. Schroeder l. c. §. 905. Höpfners Naturr., §. 196. J. C. Hoffbauers Naturr. §. 446. F. G. v. Hertleins Versuch über die wesentl. Rechte der Majestät, §. 69. Fleischer instit. jur. feud. 330. Scheidemantels allgem. Staatsr. II. §. 246. — Von der Veräusserung in *Nothfällen*, s. J. A. Schlettweins Rechte der Menschheit, §. 284. — Von der Notwendigkeit der Einwilligung der *Landstände*, oder *Unterthanen*, s. Hertius, T. I. resp. 23. de Ludewig consil. Halens. T. II. lib. 2. cons. 34. n. 14. 15. Florencourt a. a. O., S. 9. 56 ff. Dawider, s. Strube an dem unten (Note d) a. O. Moser von der R. Stände Landen, 224. Wernher P. V. obs. 161. P. X. obs. 377. 4 9. Gönner über Staatsrechtsdienstbarkeiten, §. 60. — Die *kurpfalzbaierische* Staats- und Fideicommifs Pragmatik v. 20. Oct. 1804, §. 10 u. 11, verbietet alle und jede Veräusserung, Verpfändung, Infeudation, Reinfeudation und Expectanzen der Staats- und Kammergüter, Staats- und Kammergefälle. Vergl. auch *badisches* HaußStatut wegen Contrahirung landesherrl. Schulden und Veräusserung landesherrlicher Besitzungen, Rechte und Renten, v. 1. Oct. 1806, in d. bad. Regier. Blatt, 1806, Num. 26.

b) Dieses behaupten von den teutschen Erbstaaten überhaupt, Selchow, Böhmer a. a. O., Florencourt, 63. Schmalz natürl. Staatsr., §. 166. Man s. aber A. H. Göckel diss. possessorium summariissimum an et quatenus adversus principem a subditis possit institui? (Erl. 1798.) §. 13.

c) So PÜTTER in princ. jur. publ., §. 191. LEIST t. Staatsr., §. 22. — Nach manchen Hausgesetzen, sind auch die *neu*erworbenen Güter dem FamilienFideicommiss ipso jure einverleibt. SELCHOW l. c. §. 416. n. 6. FLORENCOURT a. a. O. 59. STRUBE Obss. jur. et hist. 193 sq.

d) STRUBE de statuum provincialium origine et praecipuis juribus, §. 18. in dessen Obss. jur. et hist. 192. MOSER a. a. O. 224. 312. v. JUSTI Staatswirthschaft, Th. II, §. 75.

e) MOSER a. a. O. 224. 226. 312. J. A. HELLFELD diss. de restricta illustrium alienandi facultate (Jen. 1747), c. 2. §. 21. 22. c. 3. §. 41. sqq. Von der Veräusserung *geistlicher* Domänen, s. FISCHERS Kameral- und Polizeir., II. 479.

f) Jo. Ge. LAMM de bonis cameralibus alienatis, praesertim emtitiis et in feudum concessis, a successore revocandis. Vinar. 1753. — Von der Gültigkeit älterer, in dem Mittelalter geschehener, Veräusserungen und Lehnsreichungen, F. J. LOEWE diss. de e. q. j. e. principi successori circa revocanda avulsa. Lips. 1717. FISCHER a. a. O. II. 494 f. 496. Mecklenb. Erblandesvergl. §. 96 — 98, bei JARGOW v. d. Regalien, append. p. 31.

§. 238.

Privatgut. Mittelbares Staatsvermögen.

Privatgut ist Alles, dessen Eigenthum den Bürgern eines Staates zusteht. Dahin gehört in dem Staatsgebiet das Vermögen, welches Eigenthum physischer oder moralischer Personen ist, auch das Privat-, Patrimonial- oder ChatoulleVermögen des Regenten. **Mittelbares** Staatsvermögen nennen

einige das Vermögen der städtischen und BauerGemeinheiten, auch der frommen Stiftungen [a]; so daſs, bei zweckmäsiger Verwaltung, das Vermögen der ersten zu den Kosten der örtlichen Rechts- und Polizeipflege, das der letzten zu Lehr-, Erziehungs- und UnterrichtsAnstalten mitverwendet zu werden pflegt.

a) Einige betrachten Corporationen dieser Art wie *Staatsgesellschaften* (die des Staates wegen existiren). Sie legen daher dem Staat an ihrem Vermögen ein *Miteigenthumsrecht* bei, so, daſs der Staatsgesellschaft der *geniessende* und *vollziehende* Theil des Eigenthums, dem Staate der *dirigirende* Theil zukomme, jedoch unter *gemeinschaftlicher* Mitwirkung bei Ausübung dieser getheilten Eigenthumsrechte. Vergl. Grotius de J. B. et P. II. 3. 19. v. Stecks Ausführungen einiger gemeinnütz. Materien (Halle 1784 8.), S. 22. Brauers Abhandlungen zur Erläut. des westph. Friedens, II. 10 ff. Jargow von den Regalien, 467.

§. 239.

Privat- oder ChatoulleGut des Regenten.

Landesherrliches Privat-, Patrimonial- oder ChatoulleGut [a]), heiſst das Privateigenthum des Regenten. Dieser hat deſshalb, der Regel nach, Eigenschaft und Rechte eines Privatmannes. Zu Veräusserung, auch Lehnsreichung, der ChatoulleGüter, bedarf er der landständischen Einwilligung nicht [b]); der agnatischen, und auch der lehnherrlichen,

nur dann, wenn sie FamilienFideicommiſs, oder lehnbar sind [c]). Die landesherrliche Chatoulle (principis ratio) genieſst, nach Vorschrift der römischen Gesetze, und nach teutschem Gerichtsgebrauch, jura fisci [d]). So auch die Chatoulle der landesherrlichen Gemalin und des Thronfolgers [e]) (Augustus et Caesaris ratio). Das Privatgut des Regenten ist bei seinem Ableben als Privat-Nachlaſs zu behandeln (§. 161).

a) Von andern auch *KabinetGut* genannt. JARGOW von den Regalien, 458. Jo. Tob. HOFMANN diss. de patrimonio principis privato, quod die Chatoulle vocant. Jen. 1727. A. F. RIVINUS diss. de bonis principis patrimonialibus. Lips. 1737. MOSER von der Reichsstände Landen, 212 ff. *Ebenders.* von der Landeshoh. in Cameralsachen, 4. F. C. J. FISCHERS Lehrbegr. der Kameral- und Polizeirechte, II. 479 ff. — Einige unterscheiden Patrimonial- und ChatoulleGut. ROTHS Staatsr. t. Reichslande, II. 39. v. GÖBELS Abhandlungen aus dem Staatsr. St. 2, S. 231. C. C. A. H. v. KAMPTZ Erörter. der Verbindlichk. des weltl. Reichsfürsten aus den Handl. s. Vorfahren, 36. — Einige *unterscheiden* Patrimonial- und ChatoulleGüter, schreiben jedoch an beiden dem Regenten das volle Eigenthum zu. v. ROTH a. a. O. — In dem *preussischen* Staat ist der Unterschied zwischen *Domänen*- und *Chatoulle*-Gütern aufgehoben, und beide sind für unveräusserlich erklärt. *Preuss. allgem. Landr.* II. 14 u. 15. FISCHER a. a. O. 493 f.

b) PÜTTMANN elem. jur. feud. §. 65. not. c. FLORENCOURT a. a. O. 64. RINGLER de domaniis Germaniae, lib. I. §. 16.

c) NEUMANN medit. jur. priv. princ. T. IV. lib. 1. tit. 4. §. 31. sq. p. 31. sq. PÜTTMANN elem. jur. feud. §. 65. not. c.

d) L. 6. §. 1. D. de jure fisci. L. 3. D. de quadrienn. praescr. BRISSONIUS de V. S. voc. *ratio*. STRYK V. M. lib. 42. tit. 5. §. 3. LEYSER Sp. 458. m. 3. GMELINS Ordn. d. Gläubiger, IV. 21. Anders, wie es scheint, MOSER a. a. O. 213. — Die römischen Gesetze fordern zu *Verjährung* dieser Güter, einen 40jährigen Zeitraum. L. 4. C. de praescript. 30 vel 40 annor. L. ult. C. de fund. patrim.

e) L. 6. §. 1. cit. PUFENDORF, T. IV. obs. 261. HELLFELD diss. de hypotheca fisci, §. 34. PÜTTER prim. lin. jur. priv. princ. §. 8. not. a. GMELIN a. a. O.

§. 240.

Adespota. Res nullius. Bona vacantia.

Das Staatsgebiet und jede Sache, welche sich darinn befindet, ist Staatseigenthum (§. 232. 233), folglich occupirt oder fremd in Rücksicht aller Auswärtigen [a]) (aller Staats-Ungenossen, aller Personen, die nicht Mitglieder dieses Staates sind). Das Meiste hievon ist entweder Privateigenthum (§. 238. 239), oder öffentliches Vermögen des Staates (§. 232. 236). Was keines von beiden ist, heifst herrenloses Gut (ἀδέσποτον) [b]). Dieses ist als nichtoccupirt anzusehen, nur in Ansehung des Staates und seiner Bürger, nicht in Hinsicht auf Auswärtige. Es unterscheidet sich von Niemand gehörigen Dingen (rebus

nullius), als nichtoccupirten Sachen ausserhalb eines Staatsgebietes; und von sogenanntem erblosem Gut oder Nachlafs (ledig Gut, bona vacantia), welches der Staat, kraft eines positiven subsidiarischen Erbrechtes, sich zueignet.

a) In diesem Sinn spricht GROTIUS de J. B. et P. lib. 2. c. 4. §. 19. von einem dominio populi *generali*.

b) Auch *derelinquirte* Sachen, innerhalb des Staatsgebietes, gehören dahin. Vergl. §. 243. Num. VI.

§. 241.

Recht auf Adespota.

I) Adespota, die als Zuwachs (jure accessionis) zu dem Privateigenthum, oder zu dem öffentlichen Vermögen des Staates kommen, sind als der Hauptsache einverleibt, als Bestandtheil derselben zu betrachten; es findet also ein weiteres Occupationsrecht defshalb nicht statt. II) Gleichen Anspruch auf Occupation der Adespoten, haben, wenn das partikuläre Staatsrecht keine andere Bestimmung giebt [a]), die einzelnen Bürger, und der Staat [b]); dieser, weil er des Erwerbs auf gleiche Art, wie jene, fähig ist, beide, weil eine besondere Zueignung dieser Sachen, innerhalb des Staatsgebietes, noch nicht erfolgt ist. III) Auswärtige sind nicht befugt, Adespota sich zuzueignen [c]) (§. 240).

a) Wie meist in Ansehung der gefundenen *Schätze* und der *dereliquirten* Sachen. PÜTTERS Lit. III. 623. KLÜBERS Lit. §. 1386. HELDS reichsprälat. Staatsr. II. 619 SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 534. RUNDE's t. Privatr., §. 183. DANZ Handb. I. 183. JARGOW von den Regalien, 504. — Von *Bergwerken* unten, in dem Cap. von der FinanzHoheit. — Von *öden Plätzen*, *Bergen*, *Hügeln*, *Thälern*, *Waldungen*, *Gebüschen* u. d., s. SCHNAUBERTS Staatsr. d. gesammten Reichslande, § 170.

b) Die Prävention findet statt.

c) Diese Theorie der Adespoten ward von dem Verf. zuerst vorgetragen, in s. kl. jur. Biblioth. XIX. 3 3 f. und aus dieser, doch nicht ganz richtig, von DANZ in d. Handb. des t. Privatr., I. §. 1 1 b. u. 182. — Vergl. übrigens PÜTTERS Lit. III. §. 1375 ff. KLÜBERS Lit. S. 473. BIENER l. c. p. 82. 90. sq. J. A. L. SEIDENSTICKER comm. de fundamentis juris supremae potestatis circa adespota. Goett. 1789. 4. (KLÜBERS kl. jur. Bibl. XIX. 357.) ZENTNER l. c. §. 45 — 54. RUNDE a. a. O. §. 182.

§. 242.

Auf res nullius, bona vacantia und res derelictas. Fiscusgut.

IV) In Absicht auf Niemand gehörige Sachen (res nullius), hat jeder Staat, jedes physische oder moralische Individuum, gleiches Occupationsrecht. Es entscheidet also das Zuvorkommen (res cedit primo occupanti). V) Auf vacantes Gut oder sogenannten erblosen Nachlafs (bona vacantia), wozu ein ordentlicher Erbe (Intestat-, Testaments- oder Vertragserbe) nicht vorhanden ist, eig-

nen die heutigen Staaten dem Fiscus ein subsidiarisches oder ausserordentliches Erbrecht zu [a]), so wie VI) ein ausschliessendes Occupationsrecht in Hinsicht auf verlassene Sachen [b]) (res derelictas). VII) Alles, was das partikuläre Staatsrecht dem Fiscus zueignet, heifst Fiscusgut [b]) (bona fiscalia), z. B. lediges, verlassenes, verwirktes Gut (bona vacantia, derelicta, ereptitia), Schätze, gefundene Sachen, was das Meer auswirft, Bernstein, schiffbrüchige Güter (wo das Strandrecht, die Grundruhr gilt), Perlen und Goldsand in Privatwasser u. d. [d]).

a) Pütters Lit. III. §. 1376 ff. Klübers Lit. 473. Behmer jur. nov. controv. T. I. obs. 52. Strube, Th. II. Bed. 74.

b) Leyser Sp. 443. Sp. 658. m. 17. et 18. Jo. Henr. Felzii diss. excerpta controversiarum illustrium de rebus pro derelicto habitis. Argent. 1708. 4. Greg. Majansii disp. de jure rei derelictae; in Ejus Dissert. T. I. n. 16. Runde's t. Privatr., §. 182.

c) E. J. Tenzel diss. de domaniis principum inalienabilibus, §. 5—7.

d) J. E. Rossmann von dem Mulifenrechte, in d. Erlang. gel. Anz. 1750, S. 7 ff. v. Tröltsch Anmerkungen, II. 162. Haltaus gloss. v. Mulfihe. S. L. Lerber praelectio de fontibus jur. patrii (Bernae 1788. 8.), p. 21.

§. 243.

Staatsschulden.

Der reine Bestand des Staatsvermögens ergiebt sich, nach Abzug der Staatsschulden.

Eigentlich sogenannte Landesschulden a), Kammerschulden b), Landschaftsschulden, wo Landstände sind, auch Schulden, welche StaatsInstitute unter Garantie des Staates contrahirt haben, gehören in diese Classe c); nicht so Privat- und Familienschulden des Regenten d). Staatsschulden werden, vermöge der Regentenpflicht, gültigerweise contrahirt, aus rechtfertigender Ursache, d. h. zu Befriedigung dringender Staatsbedürfnisse, oder zu StaatsMeliorationen, mit Beobachtung der in der StaatsConstitution, oder in den Hausgesetzen des Regenten vorgeschriebenen Förmlichkeit e). Sie werden errichtet, bald auf blossen Staatscredit (unfundirte Staatsschulden), bald mit General- oder SpecialHypothek, auf bestimmte Staatsgüter, Provinzen, Aemter, Cassen oder Staatseinkünfte, die den Staatsgläubigern zu sicherer Bezahlung des Capitals und der Zinsen dienen sollen (fundirte Staatsschulden).

a) Moser von der t. R. Stände Landen, 1357 ff.

b) Mosers Staatsr. XXIII. 459 ff. XXIV. 1 ff. *Ebenders.* von der Landeshoh. in Cameralsachen, 61 ff. *Ebendess.* persönl. Staatsr. II. 117. 120. 582. (Chassot de Florencourts) Etwas über die Natur, die Veräusserung und Verschuldung der Kammergüter. 1795. 8.

c) Nicht aber Schulden der *Gemeinheiten* im Staate, wenn gleich diese mit Genehmigung des Staates errichtet

worden sind. — Moser von dem reichsständischen Schuldenwesen. Th. I u. II. Frf. u. Leipz. 1774. 1775. 4. J. N. Bischoff orat. de aere principum alieno. Helmst. 1794. 8. Ueber die Natur u. die Abtragung der Staatsschulden u. ihrer Zinsen. Frankf. a. M. 1801. 8. F. C. v. Mosers Hofrecht, I. 145, und in der Vorrede zu dem II. Bande.

d) Diese fallen auf seinen PrivatNachlafs. Mosers persönl. Staatsr. II. 582.

e) *Haus-* und *Staatsgesetze*, betreffend die Staatsschulden, die Privat- und Familienschulden des Souverains, die Schulden der Mitglieder seiner Familie, und die Staatsveräusserungen: 1) *Einseitige* Verordnungen, z. B. Testamente, in Braunschweig, Wirtemberg u. a. Mosers braunschw. lüneburg. Staatsr. 71. Scheidts Anmerkungen u. Zusätze dazu, 61. Mosers Staatsr. XXXIII. 508. und persönl. Staatsr. II. 151. 177 ff. — 2) *Haus-* oder *Familienverträge:* in Braunschweig von 1535 u. 1592; — von SachsenWeimar und Eisenach. Mosers braunschw. lüneb. St R. 71. *Ebendess.* persönl. Staatsr. II. 129. 137; — in dem Hause Nassau v. 1783, u. 18. Apr. 1805, Reuss Staatsk. XVI. 92; — in *Baiern*, v. 12. Oct. 1796 u. 20. Oct. 1804, in v. Aretins Genius von Baiern, Bd. I, Heft 1 (1803), S. 15, und in der Allgem. Zeit., 1805, Num. 20 ff. — in SachsenCoburgSaalfeld, v. 1. Apr. 1802, in d. Rheinischen StaatsAnzeigen, Heft I, 1802, S. 44; — in MecklenburgSchwerin, Edict v. 11. Mai 1805, in d. mecklenb. schwer. Staatskalender v. 1806, S. 189; — in Baden, v. 1. Oct. 1806, in dem bad. Regier. Blatt, 1806, Num. 26. — 3) *Landesgrundverträge:* Wirtembergische LandtagsAbschiede v. 1629 u. 1652 (Mosers persönl. Staatsr. II. 151) und Erbvergleich v. 1771, ad Class. IV. S. 93; braunschweigwolfenbüttelischer Vertrag mit der Landschaft v. 1. Mai 1794, bei Florencourt a. a. O.

§. 244.

Fortsetzung.

Bei Staatsschulden lautet die Verbriefung (Staatsobligation, Staatspapier, Banknote, Papiergeld) entweder auf einen namentlich darinn angegebenen Gläubiger, oder auf jeden Inhaber (au porteur). Die Zahlung [a]) wird gestellt, auf Sicht, auf bestimmte Zeit nach Sicht, auf Capitalfuſs (nach Ablauf der stipulirten Zeit, nach Maas und Münze, wie die Anleihe geschah), auf Anticipationen oder Abtragung des ganzen Capitals nebst Zinsen von einem bestimmten Einkommen des Staates, binnen kurzer Frist, auf Jahrgefälle (Annuitäten, Zeitrenten), auf Leibrenten oder Tontinen, auf Lotterie u. d. [b]). Der Staat hat, in der Regel, dieselben Rechte und Pflichten wie ein Privatgläubiger. Von der Verbindlichkeit des Regierungsfolgers, die Schulden seiner Vorfahren zu bezahlen, wird oben gehandelt (§. 159).

a) Zu Regulirung und Tilgung des Staatsschuldenwesens, sind in manchen Ländern eigene *SchuldentilgungsCommissionen* niedergesetzt. — Von den *Rechtswohlthaten*, Moratorien, Competenz u. a., s. die angef. Abhandl. über die Natur und Abtragung u. s. w. §. 8 ff. Moser v. d. reichsständ. Schuldenwesen, I. 637 ff. Von dem *StaatsBankerott*, s. die Abh. über d. Natur u. s. w. S. 69 ff.

b) v. Oeder in Schlözers Staatsanzeigen. LIX. 306. G. Sartorius Handb. d. Staatswirthschaft, §. 132 ff.

VII. Capitel.

Regierungsform.

§. 245.

Staatsregierung. Regierungsform.

Die Staatsregierung oder Verwaltung (administratio reip.) besteht in recthtmäsiger Ausübung der Hoheitsrechte, nach dem innern und äussern Verhältniſs des Staates. Die Staatsform (forma civitatis, s. reipublicae, §. 66) aller rheinischen Bundesstaaten (§. 151) ist monarchisch (monokratisch). Die Regierungsform (forma regiminis), die Art der Staatsverwaltung (Administration), ist nicht überall dieselbe. Die oberste Leitung der Staatsverwaltung liegt in der Hand des Souverains, dessen Subjectivität hier vorzüglich in Betrachtung kommt [a]). Er ernennt Staatsbeamte, denen, bald einzeln, bald in StaatsCollegien vereinigt, die Staatsgeschäfte, inländische und auswärtige, nach bestimmter Organisation der Staatsverwaltung, übertragen werden [b]). Wo Landstände sind, gebührt diesen eine verfassungsmäsige Mitwirkung in der Staatsregierung (§. 183).

a) Ganz entziehen darf sich der Regent weder der unmittelbaren Theilnahme an der Staatsverwaltung, noch der Aufsicht über die Staatsdiener. — Schriften in PÜTTERS Lit. III. 285. u. KLÜBERS Lit. 275. Vormalige Erinnerungen des Kaisers an Landesherren zu dem Selbstregieren, in MOSERS persönl. Staatsr. II. 73 f. *Ebenders.* von Regierungssachen, 4.

b) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 260. u. KLÜBERS Lit. 285. MOSER v. d. Landeshoh. überhaupt, 317. v. d. Landeshoh. in Regierungss. 7. 24 ff. WESTPHALS Staatsr. Num. 8. FISCHERS Lehrbegriff d. Kameral- und Polizeirechte, II. 1 ff. Ideen zu einer Staatsverfassung und Regierung. 1801. 8. Organisation der LandesCollegien in *Baiern*; in REUSS Staatskanzlei, 1799, VI. 1. RessortReglement für Ansbach u. Baireuth, ebendas. II. 196. Von der Verfassung des *preussischen* Staates, s. HÆBERLINS Staatsarchiv, Heft 39, S. 246. Handbuch für den königl. preufs. Hof u. Staat, in dem Anhang. (J. G. BOLTE) Anleit. zur Kenntnifs des öffentl. Geschäftsganges in d. preufs. Staaten. Berlin 1804. 8. Organisation der *badischen* Lande. Mannh. 1803. 8. Joach. v. SCHWARZKOPF über Staats- und Adrefskalender. Berlin 1792. 8. Genealogisches Staatshandbuch. Frankf. a. M. bei Varrentrapp u. Wenner, gr. 8. (Erscheint, seit ungefähr 1740, jährlich in zwei Bänden.)

§. 246.

Abtheilung der Staatsbehörden.

In einem grössern Staate, kann folgende Abtheilung der Staatsbehörden statt finden.

Der SOUVERAIN [a]),
umgeben von
Ministern StaatsSecretären [b]).

Unter
Seinem Vorsitze
versammelt sich, für die wichtigsten Angelegenheiten,
der Staatsrath.

a) Wie dem Steuermann die glückliche Fahrt, die Genesung dem Arzt, dem Feldherrn der Sieg, also liege diesem Regenten das Wohl der Staatsbürger am Herzen, auf dafs ihr Leben durch Kraft gesichert, reich an Glücksgütern, durch Ruhm ansehnlich, ehrbar durch Tugend sey. Ein solches Werk, das gröfste unter Menschen, und das besste, müsse Ihm gelingen! *Scipio* ap. *Cic* ad Attic. VIII. 11. J. J. Engels Fürstenspiegel. 2. verb. Ausg. Berlin 1807. 8.

b) Mit ostensibler Verantwortlichkeit. „Ein Jeder, der dem *Regenten* vorträgt, mufs ein Mann von Einflufs in den Sachen seines Vortrags seyn, oder er ist ein unnützes Geschöpf, oder die Personen neben, über ihm, lähmen ihn aus niedriger, verderblicher Eifersucht. Der Vortragende bei einem Landesherrn, ist Minister bei dessen Person, wie auch sein Titel laute. Sollen und können die DepartementsMinister in der Wirklichkeit nur DepartementsChefs bleiben, so mufs der Kabinetsrath nicht nur Minister seyn, sondern auch so heissen". Die Ursachen von *Preussens* Fall (1807. 8.), S. 28.

§. 247.

Fortsetzung.

Ordentliche Staatsbehörden, nach den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung, sind folgende:

A) Departement der auswärtigen Angelegenheiten.

B) Departement des Innern. Dieses hat:

I) dirigirende oder Reginimal Behörden,

1) centrale,

a) Finanz Departement,

b) Polizei - - -,

c) Justiz - - -,

d) Lehns - - -,

e) Geistliches - -,

f) Kriegs - - -.

2) provinziale.

II) administrirende oder Verwaltungs Stellen,

1) centrale,

2) provinziale,

3) locale.

III) gerichtliche oder Justiz Behörden,

1) centrale,

2) provinziale,

3) locale.

In dem neuorganisirten Königreich Westphalen, ist die Regierungsform nach neufranzösischer Art bestimmt [a]).

a) In dem Königreich *Westphalen* sind: 1) *vier Staatsminister*, einer für die Justiz und das Innere, einer für den Krieg, einer für die Finanzen, die Handlung und den Schatz, und ein Minister Staatssecretär, jeder verant-

wortlich, für seine Partie, wegen Vollziehung der Gesetze und Befehle des Königs; 2) ein *Staatsrath* (zugleich der Cassationshof), mit blofs consultativer Stimme, von wenigstens sechzehn und höchstens fünf und zwanzig Mitgliedern, entlafsbar nach Gutfinden, abgetheilt in *drei Sectionen*, a) der Justiz und des Innern, b) des Kriegs, c) der Handlung und der Finanzen; 3) *Stände*, hundert an der Zahl, (§. 187); 4) in jedem Departement ein *Präfect*, mit einem *Präfecturrath* (conseil de préfecture) für contentiose Angelegenheiten, und einem *GeneralDepartementsrath* (conseil général de département); 5) in jedem Bezirk oder District ein *Unterpräfect*, mit einem *Bezirksrath*; 6) in jeder Municipalität ein *Maire* mit einem *Municipalitätsrath*; 7) in jedem Departement ein *Departements-Collegium* (worinn auf 1000 Einwohner ein Mitglied, doch im Ganzen weniger nicht als 200 Mitglieder, ernannt auf Lebenszeit von dem König), die DepartementsCollegien ernennen die Mitglieder der Stände, und präsentiren dem König die Candidaten zu den Stellen der Friedensrichter, der Mitglieder in den Departements-, Bezirks- u. Municipalräthen. Constitution du Royaume de Westphalie, art. 19 — 44. Königl. Decret v. 11. Jan 1808, die Verwaltungsordn. betr. Rhein. Bund, XV. 383.

§. 248.

Vereinigung mehrerer Behörden.
Ausserordentliche und provisoriche Behörden.

Einheit und Uebersicht, Zeit- und Kosten-Ersparnifs fordern, dafs die Staatsverwaltung gerade nur in so viel Abtheilungen getrennt werde, als zu ordentlicher und schleuniger Bearbeitung nötig sind [a]). In kleinern Staaten, oft auch in grössern, können, müssen

daher mehrere, höhere und niedere, Stellen vereinigt seyn [b]) (vermischte oder cumulative Behörden). Auch können, ausser den permanenten Behörden, für einzelne Aufträge oder Geschäftszweige, ausserordentliche und provisorische Behörden verordnet seyn.

a) Erweiterung des StaatsAdreſskalenders, Vorliebe zu exotischen Formen, zu Vervielfältigung oder Contraction der Behörden, Organisationslust, dürfen nicht entscheiden. Sünde entgeht ihrer Strafe in der Staatsverwaltung so wenig, als bei Einzelnen. Instructionswuth und Kleinmeisterei mancher Regierer, die aus unwiderstehlicher Neigung zu dem Vielregieren, aus Ungeschicklichkeit, Pedantismus, Mangel an Menschen-, Welt- und Geschäftskunde, verstandesmündige, intellectuelle, nicht für mechanischen Dienst bestimmte Staatsdiener, wie Handfröhner behandeln, jede freie Geistesthätigkeit hemmen, den Staat, so viel möglich, zu einer Maschine machen, und allerwärts die Hände mit in dem Spiel haben möchten, da doch ein liberales System von Staatseinheit, mit einem angemessenen Spielraum zu selbstthätigem Handeln für untergeordnete Behörden, sich verträgt. Muſs, kann der Herrscher in Allem wirklich Selbstherrscher seyn? Und könnte er es, erben sich ausserordentliche Geistesgaben, wie Krone und Scepter? Von dem *Geist* der Staatsdienerschaft hängt das Meiste ab. Diesen zu bessern, zu veredlen, zu heben, ist die gröſste Aufgabe der practischen Staatskunst. Durch *Reglements* allein wird sie nicht gelöset. Diese zwängen in bestimmte Schranken, aber Alles bestimmt, allen Uebeln vorgebeugt, kann durch sie nicht werden. Ein Diener kann dem Reglement gemäſs, und doch schlecht

dienen. So mifslich ist es hier um allgemeine Verordnungen. Das *Buchhalten* und *TabellenMachen*, über das Materielle, das sich zählen und verzeichnen läfst, lernten die practischen Politiker von den Statistikern. Nützlich, aber noch nicht der Stein der Weisen! Den Staat übersieht man nicht auf einem Kartenblatt Das Zahlenverhältnifs der materiellen Kräfte, bezeichnet allein noch nicht die Lebenskraft des Staates, und zu Allem mufs noch das belebende Princip, in der obersten Region, hinzukommen. Die höhere und höchste Aufsicht darf nirgend fehlen, aber nur in gehörigem Maas. Das System des Rigorismus in der Behandlung der Diener, und das System der Schwäche in der nötigen Aufsicht, sind beide übertrieben. Den Character des Staates erkennt man aus seinen Grundsätzen und seiner Handlungsweise, in dem Innern und Aeussern, aus der Organisation der Verwaltungsbehörden, aus ihrem Geschäftsgang und den dabei herrschenden Grundsätzen. Von solchen Gegenständen der höhern Staatskunde, s. (Kriegsr. SCHEFFNERS in Königsb.) Gedanken und Meinungen über Manches im Dienst. Zweite Aufl. 1804. II. Bändchen. Königsb. 1806. 8. (Gött. gel. Anz. 1805, 55. 1807, 143.) A. W. REHBERG über die Staatsverwaltung deutscher Länder, und die Dienerschaft der Regenten. Hannover 1807. 8. — Von dem politischen *Tabellen-* und *Rechnungswesen* und von der *ConjecturalPolitik*, s. RÖSSIGS Politik, 295 ff.

b) MOSER von d. Landeshoh. in Regierungssachen, 38. SachsenCoburgSaalfeldisches OrganisationsPatent von 1802; auch in den Rhein. Staatsanzeigen, II. 124. Patent über die Organisation der Landesbehörden des Fürstenthums Leiningen, d. d. Amorbach den 1. Dec. 1804. Nachtrag dazu vom 10. Jun. 1805. Fol.

§. 249.

Commissionen.

Für manche Staatsangelegenheiten werden zuweilen beständige Commissionen, für einzelne, vorübergehende Angelegenheiten Commissionen in dem eigentlichen Sinn, angeordnet [a]), mit oder ohne Subdelegationsrecht. Die letzten bald in Justizsachen, bald für andere Gegenstände der Staatsverwaltung; in dem ersten Fall entweder von Amtswegen, oder auf Begehren einer, oder beider Parteien; es sey nun für die ganze Sache, oder für einzelne Verhandlungen. Mehrere Commissarien für denselben Gegenstand, werden entweder gemeinschaftlich bestellt, oder mit der Clausel: sammt und sonders, oder sammt oder sonders.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. §. 1102. KLÜBERS Lit. 296.

§. 250.

Archive und Registraturen.

Wichtig für die öffentliche Geschäftsführung sind die StaatsArchive [a]) (chartophylacea, tabularia s. chartaria publica), unter Auctorität des Staates errichtete Gebäude oder Gemächer, für Aufbewahrung der Urkunden und Acten, unter Aufsicht verpflichteter Ar-

chivare. Dem Regenten allein steht das Archivrecht [b]) (jus archivi) zu, die Befugniſs, öffentliche Archive zu haben, und den darinn aufbewahrten, an sich unverdächtigen Urkunden einen bestimmten Grad von Beweiskraft beizulegen [c]). Auch landständischen und andern Corporationen, Stadt- und Grundobrigkeiten kann dieses Recht, untergeordnet, in bestimmter Art verliehen werden [d]).

a) PÜTTERS Lit. III. 204. KLÜBERS Lit. §. 990. HUCHS Literatur der Diplomatik, 425 ff. H. W. LAWÄTZ Handb. für Bücherfreunde u. Bibliothekare, Th. II, Bd. 2, Abth. 2, (Halle 1795. 8.) S. 71 — 94. J. M. v. ABELE über die Geschichte des Kanzlei- u. Archivwesens. Kempten 1798. 4.

b) Jo. EISENHART de jure diplomatum. Hal. 1736. 4. auct. a G. St. WIESAND. Lips. 1757. 4. J. P. BEHLEN diss. de probatione per documenta archivalia. Mog. 1760. 4. F. W. A. LAYRIZ obss. de auctoritate diplomatum ex archivo depromtorum. Baruthi 1796. 8. WESTPHALS Staatsr., 92. JARGOW von d. Regalien, 263. — Beweiskraft der archivalischen Staats- u. PrivatOriginalUrkunden. LEYSER Sp. 266. m, 7. 2. 3. 5. BROKES sel. obs. for. obs. 450. — Beweiskraft der archivalichen *Copialbücher* und *Abschriften*. J. W. WALDSCHMIDT diss. de probatione per diplomataria. Marb. 1726. u. in BARINGS clave diplom. p. 391. WESTPHAL a. a. O. 98, J. C. C. SCHRÖTERS verm. Abhandl. II. 192. LAYRIZ, §. 12. sqq.

c) WESTPHAL a. a. O. 92 ff. LAYRIZ, §. 8. sqq.

d) HERTIUS T. I. resp. XX. n. 17. WESTPHALS Privatr., I, 126. Ob sie dieses Recht auch ohne Verlei-

hung haben.? Leyser. Spec. 268. 683. m. 9. Schröter a. a. O. Layriz, l. c. §. 6 sq. Müller obss. ad Leyser T. III. obs. 471. Strube's Nebenst. VI. 422.

§. 251.

Fortsetzung.

Meist hat ein Staat mehrere Archive, ein General- oder HauptArchiv, und mehrere Partikulär- oder NebenArchive, Provinzial-, Kreis-, Regierungs-, Kammer- u. d. Archive. Für alle hat man hie und da eigene Archiv-Ordnungen [a]), worinn der ArchivPlan, die äussere und innere Einrichtung [b]), die Pflicht der Archivare u. d. bestimmt ist [c]). Von den Archiven unterscheiden sich die öffentlichen Registraturen oder Reposituren (ältere, und laufende oder currente) der LandesCollegien und Localbehörden, auch der städtischen, der Landschaften, Universitäten, Standes- und Grundherren u. a. [d]). Uneigentlich werden solche zuweilen Archiv genannt, z. B. Amts-, Kloster- u. d. Archiv.

a) Markgräfl. badische ArchivOrdnung und Instruction. Carlsr. 1802. 8.

b) Hauptregel: jede Urkunde ist wichtig für eine *Person*, einen *Ort*, oder eine *Sache*. — Schriften von Spiess, Eckartshausen u. a. bei Pütter u. Klüber a. a. O. K. G. Günther über die Einrichtung der Hauptarchive. Altenb. 1783. 8. Gatterers pract. Diplomatik, Th. I, Abschn. 6. G. A. Bachmann über die

Archive. Amb. 1801. 8. J. A OEGG Archivwissenschaft. Gotha 1804. 8. J. F. X. v. EPPLEN Anleit. zu Einrichtung der Archive und Registraturen. Frf. 1805. 8. PÜTTERS jur. Praxis, I. 266.

c) *Repertorien.* — Vorsichtregeln und Mittel wider das Verderben der Urkunden und Siegel, wider Moder und Insecten.

d) Schriften von CLAPROTH, FLADT, BUCHHORN u. a. in PÜTTERS u. KLÜBERS Lit. §. 990. J. M. MADTMAYRS RegistraturPlan Wien 1789. 8. J. C. F. STUSS von Archiven (eigentlich, Registraturen). Leipz. 1790. 8. E. F. KULENKAMP Anleit. zu Anordnung u. Erhaltung der Amts-, Renterey-, Stadt-, Familien-, Gerichts- u. KirchenRepposituren. Marb. 1805. 8. G. F. J. SEDELMAYERS Anleit. zur Systematik und Führung der Registraturen. Bamb. 1807. 8.

§. 252.

GeschäftsBezirksordnung. Instruction. Aufsicht. Recurs.

Eine GeschäftBezirksordnung (RessortReglement) bestimmt den Umfang der amtlichen Wirksamkeit der höhern Staatsbehörden, in Ansehung sowohl der Gegenstände, als auch der Amtsuntergebenen. Einzelne Staatsbeamte und niedere Behörden erhalten eine VerwaltungsVorschrift (Instruction), wobei der Kleinigkeitsgeist zu vermeiden ist, damit die Selbstthätigkeit, das freie, nützliche Wirken des Geistes, bei dem Staatsdiener nicht gehindert werde. Alle Staatsdiener sind der unmittelbaren Aufsicht des Souverains unterworfen, in Hinsicht auf

Erfüllung der Amtspflicht, auch auf Privatleben, sofern dieses auf Amtsansehen uud Amtstreue nachtheilig wirken könnte. Bestimmte Amtsgeschäfte können fortwährend einer Controle unterworfen werden. Diese, so wie die periodische Revision und Visitation, ist so einzurichten, dafs wechselseitiges Vertrauen und Ehrgefühl dabei bestehen können. Militärische Behandlung verträgt sich nicht mit dem intellectuellen Staatsdienst, und pedantische Uebertreibung der formalen Pünctlichkeit schadet der Sache. Wider Mifsbräuche und Bedrückungen der Staatsbeamten, dient der Recurs an die höhern Staatsbehörden, auch an den Regenten.

§. 253.

KanzleiCeremoniel. Staatssprache.

In der Staatsgewalt ist begriffen, die Befugnifs, nicht nur I) das Ceremoniel und Titulaturwesen in dem öffentlichen Geschäftsgang zu bestimmen (§. 86), sondern auch II) über den Gebrauch einer bestimmten Sprache, oder Sprachform, in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen zu verfügen [a]) (SprachenRegal, jus idiomatis, jus principis circa linguam). Dahin gehören Verordnungen über die Sprache, welche in Staatsverhandlungen, von oder bei Staatsbehörden, bei dem

öffentlichen Unterricht, bei der öffentlichen Gottesverehrung, in Handelsbüchern u. d. gebraucht werden soll, Entscheidung erheblicher Streitigkeiten der Sprachlehrer und Sprachforscher, u. d.

a) PÜTTERS Lit. III. 205. KLÜBERS Lit. 219. HUCHS Lit. der Diplomatik, 29. 376. J. L. E. PÜTTMANN pr. de usu linguae latinae in vita civili causisque maxime publicis. Lips. 1793. 4. Arth. DUCK de usu et auctoritate jur. civ. Rom. p. 150. sqq. C. F. WALCH de lingua latina, lingua legitima; in dessen Opusc. I. 402. v. MARTENS Einl. in das europ. Völkerr. §. 174. 328, Note a. Sur l'universalité de la langue françoise; in dem Journal: Le Nord physique, politique et moral, 1798, n. IV.

§. 254.

Abtheilungen des Staatsgebietes.

Zu dem Zweck der Staatsverwaltung dienen eigene geographisch-politische Abtheilungen des Staatsgebietes, z. B. in Provinzen, Kreise, Oberämter, Ober- und Landvogteien, Aemter, Gerichte, Städte, Flecken, Dörfer, Bauerschaften; oder in Departements, Districte, Cantone und Munizipalitäten [a]); desgleichen in Immediat- und MediatBezirke, z. B. standesherrliche und grundherrliche; auch in Städte und plattes Land [b]).

a) Constitution du royaume de Westphalie, art 24 sq.

b) Von Forst- und JagdRevieren, und Marken. — Von Provinzen, Diöcesen, Pfarreien und Kirchspielen.

VIII. Capitel.

Verhältniss zwischen Hoheits- und Eigenthumsrechten.

§. 255.

Grenze der Hoheitsrechte.

Der Grund der Hoheitsrechte, als der Mittel zu dem Zweck, ist die Staatsgewalt a) (§. 66 ff.). Durch diese wird der wesentliche Charakter der Hoheitsrechte bestimmt, und der Umfang derselben begrenzt. Wenn man aber, in teutschen Staaten, unter den sogenannten lucrativen oder KammerRegalien einige bemerkt, die eigentlich nur Patrimonialrechte sind, und ursprünglich bloſs Ausflüsse des Eigenthums waren, so haben sie den Namen Regalien, sobald sie in den Händen des Staates sich befinden, durch Verwechslung der Begriffe erhalten, und verjährter Gebrauch, selbst der Regierungen, hat den Besitzstand des Wortes gesichert. Wiewohl man jene Rechte, in dem System eines positiven Staatsrechtes, nunmehr in der Reihe der

Hoheitsrechte nicht vermissen darf, so ist doch vorzüglich bei ihnen eine richtige Bestimmung der Grenze zwischen Staatshoheit und Privateigenthum wichtig [b]).

a) Nach BIENER (de natura et indole dominii in territ. Germ. 20. sqq.) das *Eigenthum* des Staates a. i d. Lande. Von dem *Staatseigenthum*, in dem wahren Sinne des Wortes, oben, §. 232 f.

b) Z. B. bei Flüssen, bei dem Forst- und Jagdwesen, bei Bergwerken, Mineralwasser, Salzquellen, herrenlosen Sachen. RUNDE's teutsches Privatr., §. 102 ff. DANZ Handb. d. t. Privatr., I. §. 101 b ff. NETTELBLADT von den wahren Kennzeichen der Territorialrechte oder Regalien; in dessen Erörterungen, Num. 11. PÜTTERS Beiträge, Th. I, Num. XII. G. F. ZENTNER diss. de differentiis jurium imperii ac dominii eorumque effectibus in regimine territoriali (Heidelb. 1793. 4.), §. 19. sqq. de SELCHOW elem. jur. publ. §. 423. LEYSER de assentationib. ICtorum, p. 100. sqq.

§. 256.

Fortsetzung.

I) Alle wahren Hoheitsrechte fliessen aus der Staatsgewalt (§. 72 u. 255), nie aus dem Grundeigenthum [a]). II) Die Herrenlosigkeit einer Sache, begründet an sich nicht die Regalität derselben [b]). III) Da der Name die Sache zu ändern nicht vermag, so treten Privatrechte, die bei Verleihung oder Vertheilung des Privateigenthums, von dem Staate vorbehalten wurden, darum nicht in die

Classe der Regalien. IV) Die Hoheitsrechte erstrecken sich über das ganze Staatsgebiet, über alle darinn befindliche Personen und Sachen, auch die Privatgüter des Regenten (§. 239). V) In Ansehung der Hoheitsrechte ist der Regent allein an die Grundsätze des Staatsrechtes gebunden. VI) Alle Einkünfte von Hoheitsrechten, gehören zu dem Staatseinkommen. VII) Unbedingte Verleihung oder Veräusserung der Hoheitsrechte, findet nicht statt (§. 69).

a) Das *Recht* zu der Oberherrschaft, in einem Patrimonialstaat, wäre Eigenthum, nicht die Oberherrschaft. Vergl. oben, §. 233, Note c.

b) Von Adespoten, oben §. 240 f.

§. 257.

Eigenthumsrechte.

1) der Unterthanen.

I) Die aus dem Grundeigenthum fliessenden Rechte, unterscheiden sich wesentlich von der Einwirkung der Staatshoheit auf dieselben, welche der Staatszweck nötig macht [a]). II) Die Rechtsvermuthung streitet wider den Regenten oder den Fiscus, und es liegt ihm der Beweis ob, wenn derselbe wahre Ausflüsse des Privateigenthums, oder Gerechtsame, welche in die natürliche Freiheit der Staatsbürger eingreifen,

als Hoheitsrecht, als öffentliches Vermögen des Staates, oder als landesherrliches Privateigenthum in Anspruch nimmt [b]).

a) Z. B. bei Veräusserung und Benutzung des Grundeigenthums, Oberaufsicht auf Privatwaldung, Jagd, Berg- und Salzwerke, Einschränkung des Baurechtes, Besteuerung, das äusserste Recht auf Sachen. Der *Zweck* des Eigenthums ist ganz verschieden von dem der Oberherrschaft. Rave über den Unterschied der Oberherrschaft und des Eigenthums, 31 ff.

b) Dem Staatsbürger können, ohne Ungerechtigkeit, Befugnisse nicht entzogen werden, von denen es nicht evident ist, daſs deren Besitz, in ihrer Hand, dem Staatszweck wesentlich und notwendig widerspreche.

§. 258.

Fortsetzung.

III) Die Anzeige des Rechtstitels, kann der Regent, oder in seinem Namen der Fiscus, von jedem Staatsbürger fordern, wenn die Rede ist von einem unverleihbaren Hoheitsrechte [a]) (§. 69). IV) Nicht so bei verleihbaren Regalien (§. 69), oder an sich zulässigen Immunitäten, in deren ruhigem und untadelhaftem Besitz ein Staatsbürger sich befindet [b]). Vielmehr kann dieser deſshalb, in dem Fall einer Besitzstörung, gegen den Fiscus, die Kammer, die PrivatgüterVerwaltung des Regenten (die Chatoulle), sich aller possessorischen Rechtsmittel bedienen [c]).

V) Verleihbare Regalien und Immunitäten, können durch unvordenkliche Verjahrung erworben werden [d]).

a) A. H. GÖCKEL diss. possessorium summariissimum an et quatenus adversus principem a subditis possit institui? (Erl. 1798. 4.) §. 24.

b) GÖCKEL diss. cit. §. 22. 23. Vergl. C. A. v. BRAUN in SIEBENKEES jur. Magaz. II. 183. — Der Besitzstand muſs respectirt werden, so lang ihm der offenbare Rechtsstand nicht widerspricht. Ausserdem würde kein wohlerworbenes Recht der Staatsbürger sicher seyn. — Die Anzeige des Rechtstitels halten für notwendig, sobald nur die *Regalität* des Rechtes überhaupt ausser Zweifel ist, C. F. HÆBERLIN, Handb. des t. Staatsr. III. 190. J. F. DÖHLER von d. Regalien, §. 33.

c) GÖCKEL l. c. §. 19. sqq. 23. — Andere gestatten zwar das Possessorium summariissimum gegen den Regenten, fordern aber zugleich die Edition und den Beweis des Rechtstitels. A. G. PETERMANN diss. de valore possessorii summariissimi adversus principem regalia vindicantem a subdito instituti (Lips 1731), §. 7. sqq. J. A. v. ICKSTADTS Abh. v. d. Jagdrechten. III. 297. 337. Sam STRYCK diss. de necessitate edendi titulum possessionis, c. 3. WERNHER, P. II. obs. 366. KIND quaest. for. I. 188. KLEINS Rechtssprüche, Bd. I, Num. 19. E. F. PFOTENHAUER über das gerichtl. Verfahren, in Sachen, welche den neuesten Besitz betreffen (Leipz. 1797. 8.), §. 14.

d) COCCEJI diss. de praescriptione immemoriali, c. IV. th. 4. sqq. F. C. HARPPRECHT diss. de praescriptione immunitatis a collectis, c. 2. th. 40. n. 184. sqq. G. D. HOFMANN diss. de munere et immunitate metatorum militarium (Tub. 1751), §. 24. WERNHER, P. IV. obs. 5. n. 87. sqq. BOEHMER decis. et consult. T. III. P. 3. cons. 658. n. 5. et cons. 661. n. 8. HOF-

ACKER princ. jur. civ. T. II. §. 968. LEYSER Sp. 441. m. 7. et 8. Spec. 458. m. 1—6. *Idem* de assentationibus Ictorum, c. 3. Sect 2. §. 23. p. 100. WESTPHALS Staatsr. 159 f. BOEHMER princ. jur. feud. §. 204. GÖCKEL l. c. §. 18. Anders, Chr. THOMASIUS diss. de praescriptione regalium ad jura subditorum non pertinente (Hal. 1696), c. 3. und in FRISII jure domaniali, III. 177. — Von Verjährung der *fiscalischen* und *Domänen*Güter, unten, Cap. XII, Abschn. 12 u. 13.

§. 259.

2) *des Staates und des Regenten.*

I) Die Eigenthums Verhältnisse des öffentlichen Vermögens des Staates, so wie des Privateigenthums des Regenten und seiner Familie (§. 259), sind, in der Regel, nach dem gemeinen Privatrechte des Staates zu beurteilen. II) Streitigkeiten darüber gehören, als Privatsachen, vor die competenten Landes-Justizbehörden. III) Ist die Verwaltung jenes Eigenthums, derselben Behörde übertragen, welche Hoheitsrechte verwaltet, so ist dieselbe, bei der Mehrheit ihrer Repräsentation, in jedem einzelnen Fall nur nach demjenigen ihrer Verhältnisse zu beurteilen, oder zu behandeln, in welchem sie handelt, oder in Anspruch genommen wird. IV) Alle grundherrlichen Berechtigungen des Staates, so auch des Regenten und seiner Familie, nach ihren Privatverhältnissen, insbesondere PatrimonialDienste und PatrimonialAbgaben, sind Privatrechte.

IX. Capitel.

Aufsehende, gesetzgebende und vollziehende Gewalt.

§. 260.

A) *Aufsehende Gewalt.*

Begriff.

Höchste Oberaufsicht des Staates [a]), die oberaufsehende Gewalt (potestas inspiciendi suprema, jus supremae inspectionis), das Recht fortwährender Aufmerksamkeit auf Alles, was auf den Zweck des Staates Einfluſs haben kann [b]), muſs jeder Anordnung und Vorschrift beobachtend vorausgehen, und über deren Vollziehung wachend nachfolgen.

a) Schriften in Pütters Lit. III. 300 ff. Car. Aug. Tittmann de ambitu juris supremae inspectionis. Gött. 1797. 4. H. G. Scheidemantels Repertor. des Staats- und Lehnr., I. 238.

b) Von den Gegenständen, s. C. G. Rössigs Politik (Leipz. 1805. 8.), S. 158.

§. 261.

Bestandtheile.

Begriffen ist darunter: 1) das Recht, dem Zweck gemäfs, von Allem Kenntnifs zu nehmen, was in Absicht auf Erreichung des Staatszweckes wichtig ist [a]). Diesem Recht entspricht die Pflicht der Unterthanen, zu Mittheilung der in jener Absicht nötigen Nachrichten, aufgefordert oder nicht; 2) das Recht zu billigen, zu genehmigen, zu bestätigen [b]), was dem Staatszweck gemäfs, 3) zu mifsbilligen, aufzuschieben, zu hintertreiben, zu untersagen, zu vernichten, was ihm zuwider befunden wird, besonders das, was die Sicherheit Aller, oder Einzelner bedroht. 4) Zu veranlassen, was mittelbar oder unmittelbar zu Erreichung des Staatszweckes dienen kann [c]).

a) Von *Entdeckungsmitteln*, SCHEIDEMANTEL a. a. O. §. 8 — 11.

b) PÜTTERS Lit. III. 301. Jo. Lud. UHL pr. de jure principis circa actus privatos. Francof. ad Viadr. 1744.

c) Jede Aenderung in der Regierungsform geschehe von *Oben*. „Das *Volk* gewöhnt sich zu ändern, und ver„lernt zu gehorchen". ARISTOTELES. Alles geschehe durch *Reform*, nichts durch Revolution. Nicht leicht werde etwas gänzlich niedergerissen, um es auf einmal wieder neu zu erbauen. MOUNIERS Betrachtungen über die Staatsverfassungen, übers. von HUFELAND, 208 f.

§. 262.

Grenzen.

I) Nur da, wo sie Pflicht dazu hat, ist die Regierung zu Ausübung dieses allgemeinen Hoheitsrechtes befugt. II) Ueber Gebühr darf, durch Ausübung desselben, die natürliche Freiheit der Bürger nicht beschränkt werden, besonders in Privat- und Familien-Angelegenheiten [a]), in Religionssachen, in Sachen der Autonomie [b]). III) Auch Gesellschaften, öffentliche [c]), private, geheime [d]), gleichviel ob diese nur ihren Zweck, oder auch ihr Daseyn verheimlichen, auch religiöse [e]), und milde StiftungsSocietäten [f]), können der Aufsicht und Prüfung des Staates sich nicht entziehen, wenn sie auf Duldung und Schutz Anspruch machen.

a) J. J. Mosers Lebensbeschreib. IV. 105 ff. Schlözers Staatsanzeigen, Heft 54, S. 218, Heft 62, S. 120 ff. 141 ff. Ueber das Geheimniſs der Posten. Frankf. u. Leipz. 1788. 8.

b) H. B. Jaup diss. de valore pactorum familiae etc. (Giess. 1792. 4.) p. 10. Pütters Lit. III. 302. Selchows Rechtsf. II. 197. Stryck U. M. L. 8. 2.

c) Moser von der t. Unterthanen Rechten, 261 ff. Nettelbladts Erörter. 362.

d) Kants Rechtslehre, 186. J. J Moser von Geduldung der FreimaurerGesellschaften. Frankf. 1776. 8. J. A. O. Gehler diss. de inspectione suprema in socie-

tates occultas. Lips. 1786. BIELFELD institutions politiques, I. 115. LOTZ über den Begriff der Polizei (1807), S. 129 ff. KLÜBERS kl. jur. Biblioth. VIII. 396. *Ebendess.* Lit. 285. — Verordnungen wider geheime Gesellschaften, *kurpfalzbaierische* v. 4. Nov. 1799 u. 5. März 1804, *preussische* v. 20. Oct. 1798, *östreichische* v. 1800, in NIEMANNS Blättern für Polizei u. Cultur (Tüb. 1801), Heft VII; *schwedische*, *italiänische*, *ligurische* von 1803, in dem Polit. Journal, 1803, S. 343 ff. Statut des Domkapitels zu *Augsburg* wider geh. Gesellsch., in v. BERGS Staatsmagazin, Bd. III. (1800), Num. 16. — Urteile von Eingeweihten: G. E. LESSINGS Ernst u. Falk; in dessen verm. Schriften, VII. 222 — 322. MIRABEAU sur la monarchie Prussienne, T. V. p. 58 — 110. v. KNIGGE über den Umgang mit Menschen, Th. III, Cap. 8. *Ebenders.* in POTTS pragmat. Gesch. der deutschen Union oder der XXIIger. (Leipz. 1798) S. 165, 242. (Frh. v. GLEICHENS) Metaphysische Ketzereien (1796. 8.), 380. (*Ebendess.*) Schöpfung durch Zahlen u. Worte (1792. 8.) S. 27 f. Neue Feuerbrände, Heft XI (1808), S. 102 ff. Graf v. WINDISCHGRÆTZ über geheime Gesellschaften. Frankf. u. Lpz. 1788. 8. Das Ganze aller geheimen Ordensverbindungen. Leipz. 1805. 8.

e) LEYSER Spec. 559. m. 1. sqq. Frid. PLATNER diss. de sacris clandestinis. Lips. 1766. 4. LOTZ Begriff der Polizei, 132.

f) KANTS Rechtslehre, 184 f. SCHMALZ natürl. Staatsr. §. 120. PÜTTERS Lit. 696 ff. KLÜBERS Lit. §. 1079 ff.

§. 263.

B) *Gesetzgebende Gewalt.*

Der zweite allgemeine Bestandtheil der Staatsgewalt, ist die **gesetzgebende** Gewalt [a] (potestas leges ferendi), die Befugniſs,

Normen dem Staatszweck gemäſs, festzusetzen, für Alles, was der Staatsgewalt unterworfen ist. Bestimmungen dieser Art heissen Gesetze [b]). Sie sind so mannichfaltig, als die besondern Gegenstände der Staatsgewalt. Ihr verbindender Grund liegt in dem, von Staatswegen erklärten Gebot des Staatszweckes [c]). Auch stillschweigend kann diese Erklärung geschehen; in welchem Fall die durch die That als verbindlich angenommene Norm, Rechtsgewohnheit (consuetudo), und das daraus entspringende Recht, Gewohnheitsrecht (jus consuetudinarium) heiſst [d]).

a) Pütters Lit. III. 302. Klübers Lit. §. 1084 ff.

b) Daher die *Gerechtigkeit* der Gesetze, ohne welche der Ausspruch des Richters gerecht nicht seyn kann.

c) Von den verschiedenen Benennungen: Gesetz, Ordnung (z. B. Landes-, Polizei-, Prozeſs-, CriminalOrdnung), Constitution, Edict, Patent, Mandat, Weisung, Präcept, Publicandum, Declaration, Rescript, Statut u. d.

d) Pütters Lit. III. 306. Klübers Lit. §. 1039. J. N. C. Guillaume von der Gewohnheit. Osnabr. 1801. 8. K. Th. Gutjahrs Gewohnheitsrecht. Leipz. 1801. 8. K. H. L. Volkmars Beiträge zu der Theorie des Gewohnheitsrechtes. Helmst. 1806. Leipz. 1801. 8. Meurers jur. Abhandl. Samml. I. N. 4. Pütters Beitr. Th. II. N. 21.

§. 264.

Fortsetzung.

Die Kraft der positiven Gesetze, ist eingeschränkt auf die Grenze des Staatsgebietes [a]). Aber die von dem Regenten erklärte Aufnahme fremder Gesetze, gilt für eigene Gesetzgebung [b]). Die Verbindlichkeit der Gesetze fängt an mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung [c]) (Promulgation), und dauert, bis eine Aufhebung oder Abänderung [d]), ausdrücklich oder stillschweigend, erklärt wird. Bestimmende (authentische) Auslegung der Gesetze, gebührt allein dem Gesetzgeber. Unbeschadet der Staatsbefugnisse und der Rechte Dritter, können Corporationen und Einzelne durch Willenserklärung, in Absicht auf Personen und Eigenthum, verbindliche Bestimmungen machen [e]) (Autonomie). Ob und wiefern Landstände, oder, wie in dem Königreich Westphalen (§. 187), Stände, bei der Gesetzgebung mitwirken? bestimmt die Landesverfassung [f]) (§. 183).

a) Hauptsatz, bei der Lehre von der *Collision der Gesetze* verschiedener Staaten. PÜTTERS Lit. III. 814. KLÜBERS Lit. §. 1603.

b) In dem Königreich *Westphalen* ward durch die Constitution, Art. 45, eingeführt der Code Napoléon. Edition

originale et seule officielle. à Paris 1807. 432 S. u. 120 S. Register, gr. 8.

c) Soll die Unwissenheit des Gesetzes nicht entschuldigen, so ist eine bestimmte *Art der Promulgation* festzusetzen. Bernh. van ESPEN de promulgatione legum. Bruxell. 1712. Jos. HERR über die Bekanntmachung der Gesetze. Freib. 1783. GLÜCKS Erläuter. der Pandecten, Th. I. §. 19. 20.

d) H. E. RUMPEL von der notwendigen Veränderung der Gesetze. Frankf. 1792. 4. BOHONOVSKY v. d. Rechte des Regenten, Gesetze oder bürgerliche Rechtsverhältnisse abzuändern. Landsh. 1803. PÜTTERS Lit. III. §. 1086.

e) *Autonomie*, Befugnifs der Staatsbürger zu Selbstgesetzgebung, so weit die Staatsgesetze und die Rechte Dritter, PrivatDisposition zulassen. KRAUSE Abhandl. aus d. Staatsr. 90 ff. PÜTTERS Lit. III. 302. STRYCK tr. de successione ab intestato, diss. 8. c. 5. §. 22. RICCIUS von Stadtgesetzen, 429. EISENHARTS Grunds. d. teutschen Rechte in Sprichwörtern, 1 ff. SELCHOW elem. jur. germ. priv., §. 55.

f) MOSERS Nebenst., 77 — 222. v. CRAMERS wezlar. Nebenst., Th. 104, S. 198. WAGNER a. unten a. O. PÜTTERS Lit. III. §. 1088.

§. 265.

Schlufs.

Allgemeinheit der Gesetze [a]), gleiche Berechtigung und gleiche Verpflichtung aller Unterthanen in gleicher Lage, ist Regel [b]). So weit der Grund der positiven Privatgesetze auf den Regenten Anwendung findet, ist auch er zu deren Beobachtung verpflichtet [c]),

und seine Dispensationsbefugniſs berechtigt ihn nicht zu unbedingter Gesetzlosigkeit. Eine solche kann nicht Mittel seyn zu Erreichung des Staatszweckes; wofür im Gegentheil der Regent selbst, die positiven Privatgesetze erklärt.

a) Auszeichnen müssen Gesetze sich, durch Weisheit, Gerechtigkeit und Billigkeit, durch zweckmäsige Vollständigkeit und Allgemeinheit, durch Kürze, Klarheit, Bestimmtheit und einfache Eleganz; nicht durch Kleinigkeitsgeist und schleppende Unbeholfenheit, oft das sprechende Symbol der Staatsverwaltung; auch nicht durch Vielheit. Selbstständigkeit des Richters, durch Vielheit gesetzlicher Bestimmungen überflüssig, oder unmöglich zu machen, übersteigt das Maas menschlicher Einsicht und Erfahrung.

b) Von der Theorie der Gesetzgebung, s. De l'esprit des loix (par M. de MONTESQUIEU), T. I. et II. à Leyde 1749. 4. Auch Genève 1749. 2 vol. 8 Teutsch, Altenburg, 1782. 3 Bände, 8. Mit Anmerkungen von A. W. HAUSWALD, Görlitz 1804. 3 Bände, 8. Is. ISELINS Versuch über die Gesetzgebung. Basel 1759. u. in s. verm. Schriften. 1770. 8. CATHARINA II. Instruction zu Verfertigung eines neuen Gesetzbuchs. Riga 1768. 8. Joh. HEUMANNS von TEUTSCHENBRUNN Geist der Gesetze der Teutschen. Nürnb. 1761. 8. Frankf. u. Leipz. 1779. 8. De la législation ou principes des lois, par M. MABLY. à Paris 1768. 8. Teutsch, Naumb. 1779. 2 Theile, 8. Principes de la législation universelle. à Amsterd. 1776. 2 Vol. 8. La scienza della legislazione, per Gaetano FILANGIERI. Napol. 1780 — 1788. T. I — VIII. 8. (In dem achten Bande steht die Gedächtnißschrift auf den Verfasser, von Donato TOMMASI.) Teutsch, von Ch. G. C. LINK, Th. I —

VII. Ansbach 1784 — 1791. 8. Eine andere Uebersetzung, Wien 1784 u. ff. 8. Eine scharfe Critik dieses Werkes: la scienza della legislazione vindicata, per Giuseppe GRIPPA. 1782 u. 1784. Dagegen erschien eine Widerlegung, zu Constanz 1785. Th. G. v. HIPPEL über Gesetzgebung u. Staatenwohl. Berl. 1804. 8. K. S. ZACHARIÆ Wissenschaft der Gesetzgebung. Lpz. 1806. 8. J. S. BECKS Grundsätze der Gesetzgebung. Lpz. 1806. 8. C. G. RÖSSIGS Politik, S. 163 — 184.

e) „Quod *nobis* licere non patimur, *aliis* (per leges) indicamus". Impp. THEOD. et VALENT. L. 4. C. de LL. J. T. GRONOV. in not. ad GROTII J. B. et P. lib. II. c. 4. §. 12. 14. c. 20. §. 24. HOMMEL obs. 480. A. J. SCHNAUBERT diss. de principe legibus suis obligato (Jen. 1793. 4.), §. 1 — 13. (auch teutsch, mit Anmerk. und Zusätzen von E. F. HAGEMEISTER. Rost. u. Leipz. 1795. 8.) Ge. JORDENS oratio de interna legum civilium obligatione, etiam principem, qua civem, tenente (Devent. 1747. 4.), p. 38. sqq. Anders, PÜTTER princ. jur. publ. germ. §. 227. K. H. GROS Naturr., §. 341. — Schriften in PÜTTERS Lit. III. 310. KLÜBERS Lit. 288. — Von *Privatgeschäften* des Regenten, s. PÜTTERS Erörterungen, II. 177. MAJERS Einl. in d. Privatfürstenr., 139. SCHNAUBERT l. c. p. 14. n. 11. Blofs historisch ist die Frage: ob bei den *Römern* der princeps legibus solutus gewesen sey? Dionys. GODOFREDUS in not. ad Nov. 105. c. 2. §. 4. Ger. NOODT obss. lib. I. c. 3. GLÜCK a. a. O. I. §. 43. PÜTTERS Lit. III. 310. KLÜBERS Lit. 288.

§. 266.

C) Vollziehende Gewalt.

Die Befugnifs, zu Ausführung und Anwendung der, dem Staatszweck gemäfs festgesetzten Normen, die nötige Anordnung zu machen,

heifst höchste, vollziehende, vollstreckende, ausübende Gewalt [a]) (vollziehende Gewalt in dem weitern Sinn, potestas exequendi suprema s. generaliter definita). Die allgemeine ExecutivGewalt beschränkt sich auf die allgemeine Veranstaltung und Sorge, dafs fortwährend die Bestimmungen der gesetzgebenden Gewalt zur Ausführung kommen, dafs nicht nur rechtskräftig das Verhältnifs einzelner Fälle zu dem Gesetz bestimmt werde, sondern auch in den einzelnen Fällen das geschehe, was das Gesetz bestimmt.

a) L. C. SCHROEDERI elem. jur. nat. et gent., §. 829. 901. Dan. NETTELBLADT syst. jurispr. nat. §. 1243. sqq. J. J. WAGNER über die Trennung der legislativen und executiven Gewalt. München 1804. 8.

§. 267.

Fortsetzung.

In dieser Hinsicht wird den hiezu bestimmten Staatsbehörden, die ExecutionsBefugnifs (vollziehende Gewalt in dem engern Sinn, potestas exequendi subordinata s. specialiter definita) übertragen. Durch diesen Theil der RegentenGewalt, wird das Ansehen der Gesetze (auctoritas legum) erlangt. Demselben entspricht die Pflicht der Unterthanen zu bürgerlichem Gehorsam (obsequium civile).

X. Capitel.

Justizhoheit.

§. 268.

Begriff.

Zu Verhütung der Eigenmacht und Selbsthülfe, zu Untersuchung der Rechtshändel und Verbrechen, zu Bestimmung des streitigen Rechtes und Bestrafung der Verbrechen, auch zu Verhütung möglicher Rechtsverletzungen und Streitigkeiten, die nötigen Anstalten, Verfügungen und Vorkehrungen zu machen, ist die Befugniſs der Justizhoheit [a]) (potestas judiciaria suprema sublimis). In dem weitern Sinn, wird auch das Recht, Gesetze für Rechtssachen zu geben, darunter begriffen. In diesem Sinn heiſst CivilJustizhoheit das Recht, CivilGesetze zu geben, und die Rechtspflege in Sachen der bürgerlichen, contentiosen und freiwilligen Gerichtbarkeit anzuordnen und zu verwalten: Criminalhoheit oder CriminalGewalt das Recht, peinliche Strafgesetze zu geben, und die Strafge-

rechtigkeitspflege anzuordnen und auszuüben. Die Justizhoheit ist eingeschränkt auf das eigene Staatsgebiet [b]).

a) Pütters Lit. III. 384 ff. 470 ff. Klübers Lit. §. 1158. 1228. J. J. Moser von der Landeshoheit in Justizsachen. Frankf. u. Leipz. 1774. 4. J. J. Malblanc conspectus rei judiciariae romano-germanicae. Norimb. 1797. 8. J. G. Siebers gerichtl. Prozefs, Th. I, S. 153 — 222. C. G. Rössigs Politik, 184.

b) Königl. baier. Verordn. v. 9. Oct. 1807, die Gerichtbarkeit fremder Staaten betr. Rhein. Bund, XIII. 151.

§. 269.

Befugniſs und Haupttheile der Justizhoheit.

Zu der Justizhoheit gehört: die Anordnung der Gerichte, in mehrere Instanzen [a]); die Aufsicht über die Gerichte, sowohl die dabei angestellten Personen, als auch die gesetzmäsige Rechts- und Geschäftspflege; die Bestimmung der richterlichen Gewalt oder Gerichtbarkeit [b]) (potestas judiciaria subordinata, s. subalterna, jurisdictio). Alles dieses, in bürgerlichen streitigen Rechtssachen [c]) (CivilGerichte und Gerichtbarkeit, jurisdictio civilis contentiosa); in peinlichen Sachen (CriminalGerichte und Gerichtbarkeit, jurisdictio criminalis); in Sachen der freiwilligen Gerichtbarkeit (Rechtspolizei, jurisdictio civilis voluntaria), zu Verhütung

möglicher Rechtsverletzungen und Streitigkeiten.

a) Von den *Instanzen*, von der *Subordination*, *Concurrenz* und *Prävention* der Gerichte. SIEBER a. a. O. §. 148. 222 ff. 269 — 296.

b) PÜTTERS Lit. III. 388. KLÜBERS Lit. §. 1159. Fr. Es. PUFENDORF de jurisdictione germanica. Lemg. 1740. rec. 1787. 8. F. G. LOBETHANS system. Entwickel. der ganzen Lehre von der weltl. sowohl, als kirchl. Gerichtbark. Halle 1775. 8.

c) Aus der blossen bürgerlichen Gerichtbarkeit entwickelte sich ehehin in Teutschland die *Landeshoheit*. STRUBE'S Nebenst. IV. 1. J. J. REINHARDS kl. Ausführungen, I. 18. (v. TRÖLTSCH) Gedanken von der Unmittelbarkeit und TerritorialGerechtigkeit (1786. 8.), §. 7—13. KLÜBERS Geschichte der Gerichtslehen. Erl. 1785. 8. Daher betrachtete man den Besitz der CivilGerichtbarkeit, als das sicherste Merkmal der Oberbotmäsigkeit. MOSER v. d. Landeshoheit in Justizsachen, 67. CRAMER obss. I. p. 246. *Ebendess.* Nebenst. Th. 68. Abh. 1.

§. 270.

Administratorische und PatrimonialGerichtbarkeit.

Die Gerichtbarkeit wird verwaltet, entweder vermöge eines von dem Regenten erhaltenen Auftrags, als Amtspflicht, von landesherrlichen JustizCollegien oder Justizbeamten (jurisdictio administratoria), oder kraft landesherrlicher Verleihung, ausdrücklicher oder stillschweigender, als eigenthümliches immerwährendes Vorrecht, von

ansehnlichen Grundeigenthümern, theils physischen Individuen, theils Gemeinheiten (Erbgerichtbarkeit, Hofmarksgerechtigkeit, jurisdictio patrimonialis, praediatoria, in gewissen Fällen auch dotalis). Diese wird jederzeit als einer Realität anklebend betrachtet [b]). Der Gerichtsherr verwaltet sie in eigenem Namen, entweder, bei gehöriger Qualification, in Person [b]), oder durch einen Gerichtshalter [c]) oder Justitiar (jurisdictio mandata).

a) Eine seltene Ausnahme ist es, wenn dieselbe *sine* praedio verliehen ist.

b) J. G. Sieber von d. Macht d. Reichsstände u. Gerichtsherren, selbst Recht zu sprechen, §. 256 ff.

c) Er wird als mittelbarer Staatsdiener betrachtet. Runde's Beiträge, II. Num. 1, §. 7 ff.

§. 271.

Fortsetzung.

Die PatrimonialGerichtbarkeit [a]) ist jetzt eine dingliche Befugniſs, das Richteramt (das bürgerliche allein, oder auch das peinliche) durch gehörig qualificirte Personen, nach den Gesetzen des Staates [b]), unter dessen Oberaufsicht in erster Instanz, innerhalb eines bestimmten Bezirks [c]) zu verwalten. Begrenzt wird sie durch die höchste Aufsicht, die gesetzgebende und höchste ExecutivGewalt des Regenten, so auch durch eine höhere

landesherrliche JurisdictionsBefugnifs. Es wird dazu ein besonderer Rechtstitel erfordert, und, als Ausnahme von der Regel, ist sie einschränkend zu erklären. Wegen Mifsbrauchs kann die Privation verfügt werden [d]). Der Gerichtbarkeit, welche den Mitgliedern des Regentenhauses auf ihren Paragien, und den Standesherren in ihren standesherrlichen Bezirken zusteht, sind meist minder enge Grenzen (§. 202 ff.) gesetzt, als der gemeinen PatrimonialGerichtbarkeit (§. 225 f.).

a) PÜTTERS Lit, III. 273. KLÜBERS Lit. §. 1055. G. L. HOLLERS Geschichte u. Würdigung der teutschen PatrimonialGerichtsbarkeit, mit besonderer Rücksicht auf Baiern. Landshut 1804. 8. B. W. PFEIFFER über die Grenzen der CivilPatrimonialJurisdiction. Gött. 1806. 8. GLÜCKS Erläut. d. Pandecten, III. 60. MALBLANC l. c. §. 75. — Von dem *jure fisci* adelicher Erbgerichte, PÜTTERS Rechtsf. III. 599.

b) Merkwürdige Verordnungen: Königl. *baierische* Verordnung, die PatrimonialGerichtspflege in Altbaiern, Kurpfalz u. Neuburg betr., v. 6. Jan. 1807, in dem baier. Regierungsbl. 1807, Num. 26. *Preuss.* allgem. Landr. II. 17. 41 ff. *Preuss.* allgem, Gerichtsordn. I. 2. 105. I. 41. 58 ff.

c) Zuweilen ist diese Gerichtbarkeit eingeschränkt auf einzelne Höfe, Hofreiten u. d., Jurisdictio *circumsepta*, *palaris*, *Zaun-* oder *Pfahlgericht*, *Vogteilichkeit inner Etters* oder *Etters*, mit *Thür und Angel beschlossene*, oder mit Pfählen bestrickte Vogtei. J. J. BECK tr. de jurisdictione vogtejica immediata, p. 34. Sam. STRYCK

de jurisdictione circumsepta. Francof. 1670. Henr. HILDEBRAND de jurisdictione emphyteusi Germaniae annexa. Alt. 1720. J. J. REINHARDS kl. Ausführungen, I. 16. ESTORS kl. Schriften, III. 393. PUFENDORF de jurisdict. germ., p. 503. 596. 685. Von dem Wort *Etter* s. ZAUNERS corp. jur. publ. Salisb. (1792. 8.) S. 160.

d) G. H. MYLIUS diss. de privatione jurisdictionis ob ejus abusum. Lips. 1755. 4. CRAMER T. I. obs. 316. §. 15.

§. 272.

Gericht. Vogteilichkeit. Dorf- und Gemeindeherrschaft.

In der neuern Zeit, mehr noch seit Auflösung der teutschen Reichsverfassung, wurden, in mehrern Ländern, der PatrimonialGerichtbarkeit engere Grenzen gesetzt (§. 202. 225). Ehehin a) ward unter örtlichem Gerichtszwang, Gericht oder Vogteilichkeit, meist etwas mehr verstanden als die Ausübung der Gerichtbarkeit in dem eigentlichen Sinn. Mit Ausschlufs der peinlichen Gerichtbarkeit, verstand man darunter eine locale obrigkeitliche Gewalt, eine untergeordnete Regierungsgewalt (Gebot und Verbot, Herrlichkeit), bürgerliche Ordnung zu erhalten, und die höhern Befehle auszuführen. Den PatrimonialGerichtshalter betrachtete man wie eine Orts- oder Unterobrigkeit, für Rechtshändel und örtliche Polizei. Vorzüglich war dieses der Fall bei der Dorf-

und Gemeindeherrschaft, insbesondere in Condominat- oder vermischten Orten [b]).

a) Früher noch, vor Entstehung der teutschen Landeshoheit, war die P. G. ein in der Gutsherrschaft, oft auch in der Stadtverfassung, begründetes Recht.

b) GEISLER de landsassiatu, lib. I. 37. PUFENDORF de jurisdict. germ. p. 293. sqq. J. J. REINHARDS Ausführungen, I. 53 ff. G. F. DEINLIN diss. de singulari custodiendorum ignium cura et inspectione, Sect. 2. §. 5 — 8. SIEBENKEES Beitr. I. 209. RÖDER von Erbgerichten und Lehnvogteien, 221. LOBETHAN a. a. O., S. 50 ff. v. BÜLOWS u. HAGEMANNS pract. Erörter., Th. I, Num. 43. ERTELS praxis aurea, I. 376. 1295. J. J. BECK tr. de jurisdictione vogtejica immediata, 414. 657. ESTORS kleine Schriften, III. 394. C. G. TEUFFEL diss. de jurisdictione communitatis. Alt. 1719. 4. — In Absicht auf den *Umfang* dieser Dorf- und Gemeindeherrschaft, so auch der *Vogteilichkeit*, ist in einzelnen Fällen auf Gesetze, Verträge, unbestrittenes Herkommen und Besitzstand Rücksicht zu nehmen, nach der Regel: tantum possessum, quantum praescriptum, vel lege, consuetudine aut pacto acquisitum. LINCK diss. de jurisdict. Vogtheiae, c. 3. §. 3. Königl. *Preuſs.* Publikandum v. 18. Jun. 1798, die Dorf- und Gemeindeherrschaft betr. Königl. *Preuſs.* Declaration an die Ritterschaft des Fürstenth. Baireuth v. 10. Aug. 1801. §. 119 — 140. Königl. baierische Verordn. v. 25. Dec. 1807, die Dorf- und Gemeindeherrschaft in vermischten Orten betr. Rhein. Bund, XIV. 295.

§. 273.

Ausserordentliche und particuläre Gerichtbarkeit.

Neben der ordentlichen Gerichtbarkeit, wird hie und da die Gerichtbarkeit über beson-

dere Classen von Personen oder Sachen, durch ausserordentliche Gerichte verwaltet [a]). Dahin gehören: die Lehn-, Militär-, Universitäts-, Hofmarschallamts-, Juden-, Gast-, Handels-, Wechsel-, Zunft-, Holz-, Forst- und Jagd, Bergwerks-, Wasser-, Fischer-, Gemeinheits- und Märker-, Erbzins-, Feld-, Go- und RügeGerichte, siedeste Gerichte [b]) u. d., auch die sogenannten Bauergerichte [c]), welche der Aufsicht des Staates unterworfen, und deren Sentenzen, in der Regel, appellabel sind [d]). Die Competenz dieser Gerichte ist nicht von gleichem Umfang. Einige dürfen sich nur mit gewissen, ausgenommenen und befreiten Rechtssachen beschäftigen; andere mit allen bürgerlichen, wohl auch peinlichen Rechtssachen ihrer GerichtsUntergebenen.

a) PÜTTERS Lit. III. §. 1240—45. KLÜBERS Lit. 384 ff. SIEBERS gerichtl. Prozeſs, I. 141. 151. 181 — 194. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 668. 676. sqq. PUFENDORF de jurisdict. germ. P. III. p. 616. sqq. *Ejusd.* Obss. T. I. obs. 45.

b) PUFENDORF l. c. p. 713.

c) Z. B. Meierding. Propstding, Laſsgericht (Laetbank), Dinghof, Hubengericht, Hagengericht, Hâgergericht, Zeidelgericht, Herbstrecht oder Ehehaft, Schulzengericht, Helfgericht, Bützengericht, Andreasgericht, höfiges Gericht, Kohlengericht, blauer Montag, Botding, Friede-, Dorf- und Landgericht, Narrengericht (zu

Gosselfingen in dem Fürstenthum Hechingen, SIEBENKEES neues jurist. Magazin, I. 548.) u. d. m. GERIKENS *Schottelius* illustr. et contin. c. 3. §. 4. SELCHOW l. c.

d) STRUBE'S rechtl. Bed. I. 264. SELCHOWS Rechtsf. Bd. IV. (1785), Num. 138, S. 201—308. Das Gegentheil behauptet *Ebenders.* in s. Neuen Rechtsf. Bd. I. (1787), Num. 2, S. 135—314.

§. 274.

Insbesondere geistliche Gerichtbarkeit.

Auch gehört in diese Classe die geistliche oder kirchliche Gerichtbarkeit in dem heutigen engern Sinn [a]), die Rechtspflege in geistlichen Sachen [b]). Das kirchliche Gesellschaftsrecht, allgemein betrachtet, begründet in dem Staate für die Kirchengesellschaft eine eigene Gerichtbarkeit nicht: wohl aber die Hierarchie der römisch-katholischen Kirche, sich stützend auf göttliche Einsetzung [c]). Wiewohl der Lehrbegriff der augsburgischen ConfessionsVerwandten eine eigene kirchliche Gerichtbarkeit nicht in Anspruch nimmt [d]), so wird eine solche doch noch oft, gemäſs den frühern Ideen von ihrer Begründung durch die Kirchengewalt, eigenen Gerichtshöfen, den Consistorien, übertragen [e]). Doch sind diese nicht notwendig. In jedem Fall sind sie der Justizhoheit des weltlichen Regenten unterworfen, und bedürfen nicht geistlicher Mitglieder [f]).

a) Das System der römisch-katholischen Hierarchie begreift allgemein unter der geistlichen Gerichtbarkeit die ganze Kirchengewalt, unterscheidet aber, in dem engern Sinn, bei einem katholischen Bischof die lex *dioecesana* und lex *jurisdictionis*; die letzte schliefst auch die Rechtspflege in geistlichen Sachen in sich. EYBELS kathol. Kirchenr., Th. IV, Bd. 3, §. 471. v. SARTORI Staatsr. der t. Erz-, Hoch- und Ritterstifter, Bd. II, Th. 2, Abschn. 1, §. 1214.

b) Noch fehlt eine feste Bestimmung des *Begriffs* der geistlichen Rechtssachen. SCHNAUBERTS Beitr. I. 22 ff. GLÜCKS Erläut. d. Pandecten, III. §. 196. EICHMANNS Erklärungen des bürgerl. Rechtes, Th. V, S. 87 — 318. Ein künftiges Concordat, oder Staatsgesetze werden diesem Mangel abhelfen.

c) RIEGGER instit. jurisprud. eccles. P. II. lib. 2. §. 503.

d) Augsb. Confession, Art. 716 u. 28. Articuli Schmalcaldici, tit. de potest. et jurisdict. episc. G. C. BOEHMER princ. jur. can. §. 239.

e) PÜTTERS Lit. III. 708. KLÜBERS Lit. §. 1494. SIEBERS gerichtl. Prozefs. 135 ff.

f) J. H BOEHMER J. E. P. T. I. p. 630. sqq. MEVIUS P. IV. dec. 1. SCHAUMBURG princ. prax. judic I, 19. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 672. PÜTTERS Rechtsf. I. 215.

§. 275.

Rechtsgang. Ungebührliche Einmischung. CabinetsInstanz.

Der competente Richter ist befugt und verpflichtet, zu ordnungsmäsiger Untersuchung und Entscheidung der Rechtshändel, auch zu Vollziehung der rechtskräf-

tigen Urtheile (jus cognoscendi, decidendi et exequendi). Einmischung einer andern Staatsbehörde in den Rechtsgang einer Sache [a]), findet nur statt, sofern solche von Oberrichter Amtswegen, nach Vorschrift der Gesetze, oder bloſs zu Beförderung der Rechtshülfe, auf Beschwerde wegen versagter oder verzögerter Justiz, von der gehörigen Stelle geschieht [b]). Wahrheit und Gerechtigkeit müssen überall, von dem gehörigen Richter, mit Beobachtung der gehörigen Form, gehandhabt werden. Darum wären, in einzelnen Justizsachen, Verfügungen oder Rechtspflege von Cabinetswegen (CabinetsInstanz) unzulässig [c]).

a) Von *Machtsprüchen*, unten Cap. XX.

b) In dem entgegengesetzten Fall, ist es *Miſsbrauch* der Justiz.

c) CabinetsJustiz ist Unjustiz. Pütters Lit. III. 483. Klübers Lit. 383. Klübers kl. jur. Bibl. XVI. 194. v. Roths Staatsr. d. t. R. Lande, I. 96. II. 112. 121. Siebers gerichtl. Prozeſs, I. 212 ff. *Ebenders.* von der Macht der Reichsstände u. Gerichtsherren, selbst Recht zu sprechen (Gött. 1773. 2. Aufl. 1783. 8.), §. 130 — 148. Hoschers Rechtsfälle am R. K. G. III. 155. M. J. Schick über das reichsständische Instanzenrecht, deren unerlaubte Vervielfältigung, u. insbes. v. d. sogenannten CabinetsInstanz. Giessen 1802. 8. Rhein. Bund, XII. 402.

§. 276.

Rechtsmittel. Nichtigkeitsbeschwerde. Recurs.

Wer durch das Verfahren, oder die Entscheidung des Richters sich beschwert glaubt, kann durch gesetzliche, suspensive und devolutive, oder blofs suspensive Rechtsmittel, durch NichtigkeitsBeschwerde, auch in gewissen Fällen durch Recurs an die gesetzgebende Gewalt, gesetzmäsige Prüfung und Erledigung gegründeter Beschwerden veranlassen [a]).

[a]) Pütters Lit. 470 ff. 513 ff. Klübers Lit. §. 1228 ff. 1277.

§. 277.

Regierungssachen. Justizsachen des Regenten.

Angelegenheiten, welche die Staatsregierung, insonderheit der Ausübung unverleihbarer Hoheitsrechte, unmittelbar betreffen (RegierungsSachen), sind kein Gegenstand gerichtlicher Erörterung [a]). Justizsache hingegen ist es, wenn die Rede ist von Verletzung wohlerworbener Rechte eines Staatsgenossen, von streitiger Ausübung verleihbarer Regalien, von persönlichen oder dinglichen Privatrechten des Staates, oder von Privatsachen des Regenten [b]) (§. 259).

a) D. G. STRUBE von Regierungs- und Justizsachen. Hildesh. 1733. 4. auch als Anhang, in dem V. Theil seiner rechtl. Bedenken, III. 304. MEVIUS, P. V. dec. 186. v. BÜLOWS u. HAGEMANNS pract. Erörter. Bd. II, N. 12.

b) STRUBE's rechtl. Bed. II. 518. PUFENDORF, T. II. obs. 37. § 8. v. BÜLOWS und HAGEMANNS pract. Erörter. Bd. I. N. 46. F. K. GAVARD, welches sind Justizsachen? Th. I. Nürnb. 1795. 8. — Von dem *Gerichtsstande* zwischen Regenten und Unterthanen. PÜTTERS Lit. III. 499. KLÜBERS Lit. §. 1260.

§. 278.

Peinliche Gerichtbarkeit.

Die peinliche Gerichtbarkeit a) (hohe oder Obergerichtbarkeit, Halsgericht, Malefizobrigkeit, jurisdictio criminalis s. alta), die Strafgerechtigkeitspflege gegen Verbrecher, ist ein Theil der Justizhoheit (in dieser Hinsicht auch Criminalhoheit b) genannt, wovon §. 268), da das Strafrecht des Staates durch den Staatszweck begründet wird. Die Grenzen der hohen Gerichtbarkeit, insbesondere welche Straffälle, als geringe Frevel, zu der Civil-, Unter- oder Niedergerichtbarkeit (jurisd. bassa) zu rechnen seyen, bestimmt das partikuläre Recht c). Ausserdem pflegt man die peinlichen Fälle nach der Quantität der Strafen zu bestimmen, indem man dahin rechnet alle Verbrechen, auf welche Lebens-, Leibes-,

oder diesen gleichgeachtete Strafen gesetzt sind [d]) (poena in thesi). Der Gegensatz sind die Civil-, Polizei- und fiscalischen Strafen [e]). Die peinliche Gerichtbarkeit wird meist durch die ordentlichen Civilgerichte, seltener durch eigene Criminalgerichte verwaltet.

a) G. J. F. MEISTER princ. jur. crim. §. 83 — 87. F. G. MEISTERS Abh. des peinl. Prozesses, Th. I, Abschn. 2, Hauptst. 2 u. 10 — 13. Geschichte derselben in Teutschland, in KLÜBERS Geschichte der Gerichtslehen, 20. 22. 26. 39. 47 — 52. 55 — 62. 64 — 82. 101. 110. 129.

b) PÜTTERS Lit. III. §. 1281 ff. KLÜBERS Lit. 409 ff.

c) Landesgesetze, Rechtsgewohnheit, Verträge, Rechtssprüche, ImmemorialPrâscription.

d) QUISTORPS peinl. Recht, II. §. 535. PÜTTMANN jur. crim. §. 698. sq. DORNS Commentar über d. peinl. Recht, Bd. II, §. 285. PUFENDORF l. c. p. 157. (KOCH) Ueber Civil- und CriminalStrafen und Verbrechen. Giessen 1785. 8. GLÜCK a. a. O. §. 195.

e) E. F. KLEINS peinl. Recht, §. 43. QUISTORP a. a. O. §. 30, 556, 564.

§. 279.

Cent.

Nicht selten ist die peinliche Gerichtbarkeit, mit oder ohne die bürgerliche, Grundobrigkeiten verliehen (§. 270 f.), untergeordnet der Criminalgewalt des Staates. Seltener steht,

oder stand sie einem fremden Staat als Staatsdienstbarkeit zu [a]), oder einer inländischen Gerichtsherrschaft in einem fremden Jurisdictionsbezirk desselben Staates (§. 203). In beiden Fällen führt sie oft den Namen Cent, Fraifs, Fraifslichkeit, Fraisch, fraifsliche oder malefizische Obrigkeit [b]). Sie ist entweder uneingeschränkt (centena illimitata, omnimoda, universalis), oder eingeschränkt (limitata, specialis), z. B. auf die vier hohen Verbrechen [c]) (Wrogen, Rügen oder Wände), oder auf geringere Verbrechen, oder auf das Recht der Vollziehung schwerer peinlicher Strafen [d]) (Blutbann), oder auf die peinliche Gerichtbarkeit mit Ausschlufs dieses Vollziehungsrechtes [e]) (hohe Gerichtbarkeit oder Halsgericht in dem engern Sinn). In keinem Fall ist die Staatshoheit darunter begriffen (§. 176).

a) Pütters Lit. III. 530 ff. Klübers Lit. §. 1291 ff. Pufendorf l. c. p. 178. 183. 269. *Ebendess.* animadvers. I. 16. Engelbrecht de servit. jur. publ. 102. 238. 244. 246. 289. Westphals Staatsr. 536. Estors bürgerl. Rechtsgel. II. §. 4955. — Der Gegensatz der Cent heifst oft *Vogtei* oder *Vogteilichkeit*, *Erbgericht* u. d. Beck a. unten a. O. 34. 400. Westphal a. a. O. 538.

b) Moser von der Landeshoh. in Justizsachen, 60. J. J. Beck von d. Obergerichtbarkeit, Centgerichten, hohen Malefiz oder fraisl. Obrigkeit und Blutbann. Nürnb. 1715. 1720. 4. Von den *alten* Centgerichten, Wenks

hess. Landesgesch. I. 77. PUFENDORF de jurisdict. p. 656. GRUPENS Obss. 427.

c) KOCH jur. crim. §. 659. J. P. KRESS de variis jurisdictionis crim. generibus, c. 2. obs. 5. in PLITTS analect. jur. crim. p. 456.

d) Von dem *Blutbann*, PUFENDORF de jurisdict. 187. J. S. F. BOEHMER ad CARPZOV qu. 109. obs. 11. KLÜBERS Gesch. der Gerichtslehen, S. 40. 90. 91. 117. C. G. BUDER in praef. ad C. J. ENGELBRECHT de servitutibus jur. publ. (1739. 4.) p. 14. sq. ENGELBRECHT l. c. p. 102. sq. H. A. SPITTLER in MADERS reichsritterschaftl. Magazin, III. 1 ff. EISENHARTS Stadt- und Bürgerrecht, 116. Die vormaligen Reichs-Blutbannslehen waren nicht selten feuda *sine* praedio concessa. MOSER von den t. Reichsständen, 1286. PÜTTERS Rechtsf. Bd. II, Th. 1, S. 94.

§. 280.

Begnadigungs-, Abolitions-, Asylrecht u. d. Bestätigungsrecht. Kosten der Peinlichkeit. Zuchthäuser.

Das Strafverwandlungs-, Begnadigungs-, Abolitions-, Restitutions- und Asylrecht [a]) (Recht der Freiung, Freistätte), bleibt heut zu Tage der Staatshoheit vorbehalten [b]). So auch das Bestätigungsrecht bei Todesurteilen, der Recurs, die Nichtigkeitsbeschwerde, die Supplication, die Berufung [c]). Die Kosten der Peinlichkeit, insbesondere des StrafApparates [d]), hat meist der Gerichtsherr zu tragen. Von den Gerichtsuntergebenen können solche

nur aus einem besondern Rechtsgrunde, ganz oder zum Theil, erhoben werden e), z. B. das Henkergeld, Zuchthausbeitrag u. d. Hingegen das Recht und die Pflicht, Zuchthäuser zu errichten und zu erhalten, ist, in der Regel, mit der höchsten Staatspolizei verbunden f).

a) PÜTTERS Lit. III. §. 1288. KLÜBERS Lit. S. 413. MOSERS Staatsr. V. 286. *Ebenders.* von Gnadensachen, 84. PFEFFINGER Vitriar. illustr. III. 1254 — 1271. J. Th. B. HELFRECHT von den Asylen. Hof 1801. 4. Die Asyle sind aufgehoben, durch Verordnungen, in *Ansbach* und *Baireuth* v. 13. Mai u. 4. Jun. 1799, in *Baden* durch das vierte OrganisationsEdict v. 14. Febr. 1803, §. 14, in *Wirtemberg* v. 28. Mai 1804.

b) MOSER von Gnadensachen, 63. 67. 70. KLÜBERS kl. jur. Biblioth. XVII. 90. RÖSSIGS Politik, 195. Jos. OHMEYER v. d. Begnadigungsrechte. Wien 1799. 8. Vergl. KANTS Rechtslehre, S. 206. PÜTTERS Lit. III. 521 ff. KLÜBERS Lit. §. 1283 ff.

c) G. M. WEBER diss. de appellatione in causis criminalibus (Bamb. 1803.), §. 12. C. L. BAURITTELS Bemerkungen über die Berufung in Strafsachen. Mannh. 1806. 8. FEUERBACHS Lehrb. des peinl. Rechts, §. 643. GÖNNERS Handb. des Prozesses, Bd. III, N. 40.

d) Das Recht, peinliche Richtplätze, Rabenstein, Galgen und Rad, Schandpfahl u. d. zu errichten und zu unterhalten, ist mit der vollen peinlichen Gerichtbarkeit, auch mit dem Blutbann, verbunden. BOEHMER ad CARPZOV. qu. 109. obs. 7. QUISTORP a. a. O. II. §. 788. DORN a. a. O. II. §. 300. Jo. Paul ENDTER diss. de symbolica possessione jurisdictionis crim. Altd. 1712. 4.

e) Quistorp a. a. O. §. 566. J. F. G. Emmerich über die Prozeſskosten, Th. II. S. 135. 140. 151 ff. Pütters Rechtsf. Bd. III, Th. 3, S. 637. *Ebendess.* Lit. III. 532. Klübers Lit. §. 1294.

f) Moser von der Landeshoheit in Polizeisachen, 114. v. Cramers wezlar. Nebenst. Th. 13, S. 1. G. J. F. Meisters pract. Bemerkungen, I. 34. Pütters Lit. III. 334. Klûbers Lit, §. 1114.

§. 281.

Freiwillige Gerichtbarkeit.

Nicht nur für gegenwärtige Streitigkeiten, sondern auch zu Verhütung möglicher Rechtsverletzungen und Streitigkeiten, ist der Regent berechtigt, Verfügungen zu machen; Verfügungen für die Vollziehungsart mancher Rechtsgeschäfte unter obrigkeitlicher Mitwirkung, und für Vormundschaften. Die Befugniſs zu der gesetzlichen Verfahrungsweise in Angelegenheiten dieser Art, bald mit, bald ohne Prüfung der Umstände (causae cognitio), heiſst freiwillige Gerichtbarkeit [a]) (Rechtspolizei, jurisdictio civilis voluntaria), in dem Gegensatz der contentiösen. Meist ist sie den ordentlichen Civilgerichten übertragen [b]). Doch sind zu Verwaltung der Obervormundschaft [c]) (tutela regia, sublimis s. suprema) hie und da eigene Behörden, Pupillen-, Tutelar- oder WaisenCollegien, bestellt [d]).

a) C. G. Hofmann diss. de origine jurisdictionis voluntariae, ex principiis jurisprud. rom. et usu Germaniae. Francof. 1727. Hofacer princ. jur. civ. III. §. 4206. Glücks Erläut. der Pandecten, III. §. 193 f. J. Claproth von freiwill. Gerichtshandlungen. Gött. 1789. 8. (v. Trützschlers) Anweis. zu Abfass. rechtl. Aufsätze, insonderheit über Handl. der willkührl. Gerichtbarkeit. Th. I u. II. Leipz. 1783. 1784. 8. Vierte Aufl. 1801. 8.

b) Pufendorf de jurisdict. Germ. p. 523. Ertels praxis aurea, c. 20. obs. 1. Einer der wichtigsten Gegenstände ist das *Hypothekenwesen*.

c) S. F. Willemberg de supremo orphanorum tutore. Gedan. 1722. und in dessen Exerc. II. 377. J. G. Heineccius de suprema principum magistratuumque tutela. Hal. 1730. und in dessen Oper. II. 713.

d) Selchow jur. germ. priv. §. 504.

XI. Capitel.

Polizeigewalt.

§. 282.

Begriff.

In den Staatsbefugnissen liegt die Polizeigewalt a), das Recht der besondern Sorge für Sicherheit, für bürgerliche Ordnung, Cultur und Wohlstand der Staatsgenossen, ausserhalb der zu andern besondern Hoheitsrechten gehörigen Fälle b). Die Polizei (πολιτεία), sich beziehend auf alle Zweige der Staatsregierung, ist von eben so grossem Umfang, als Einfluſs auf den Staatszweck und das Wohlseyn der Staatsgenossen c).

a) Schriften in Pütters Lit. III. 535 ff. Klübers Lit. §. 1297 ff. C. G. Rössigs Literatur der Polizei und Kameralistik. Th. I. u. II. Leipz. 1802. 8. Traité de la police, par M. Delamare. Edit. 2. Amsterd. 1729. 4 Vol. Fol. Dictionnaire universel de police, par M. des Essarts. Paris 1786 — 1790. 8 Vol. 4. Moser von der Landeshoheit in Polizeisachen. Frankf. u. Lpz. 1773. 4. Jo. Heumann initia juris politiae Germanorum. Norimb. 1757. 8. J. C. C. Rüdigers systemat. Theorie der Kameralwissenschaften. Halle 1777. 8.

Ebendess. Anfangsgr. der allgem. Staatslehre, mit einem Lehrbegriff der ökonomischen Polizei. Halle 1795. 8. v. JUSTI Polizeiwissenschaft. 3 Ausg. v. J. BECKMANN. Gött. 1782. 8. C. G. RÖSSIGS Lehrb. der Polizeiwissenschaft Jena 1786. J. H. JUNGS Lehrb. der Staats-Polizeiwissenschaft. Lpz. 1788. A. NIEMANNS Grundsätze der Staatswirthschaft. Th. I. Altona 1790. 8. v. SONNENFELS Grundsätze der Handlung, Polizei und Finanz. Siebente verb. Aufl. Bd. I. Wien 1804. 8. H. BENSENS Versuch eines Grundrisses der reinen und angewandten Staatslehre, Abth. II. Erl. 1799. 8. G. H. v. BERGS Handb. des teutschen Polizeyrechts. Hannov. Th. I. u. II. 1799. (2. Aufl. 1802) III. 1802 (2. Aufl. 1802). IV. 1804. V. 1806. VI, Bd. 1, 1806. 8. (Th. V u. VI auch unter dem Titel: Sammlung teutscher Polizeigesetze.) BUTTE Leitfaden der Einwohner-Ordnungslehre. Landshut 1807. 8. H. G. SCHEIDEMANTELS Staatsr. nach der Vernunft, II. 60 — 319. de BIELFELD institutions politiques, I. 99 — 154.

b) Logikalische Verzweiflung über einen untadelhaften Gattungsbegriff der Polizei. LEYSER Sp. 684. m. NETTELBLADTS Samml. kl. jur. Abh. (1792. 8.), S. 157. v. ZWIERLEINS Beitr. I. 95. II. 92. SCHLÖZERS Staatsgelarth I. 25. HUGO's jur. Encycl. §. 146. — Sammlungen und literärische Notizen von dem Begriff: BENSEN a. a. O. II. §. 219. HARTLEBEN in der Justiz- und PolizeiFama, 1803, Bd. II. v. BERG a. a. O. I. 4 ff. v. DRAIS in den Blättern für Polizei und Kultur, 1803, St. 7, S. 576. LOTZ a. unten a. O. S. 18 — 37. v. ZANGEN a. unten a. O. S. 8 — 11.

c) J. F. E. LOTZ über den Begriff der Polizei und den Umfang der Staatspolizeigewalt. Hildburgh. 1807. 8. C. G. RÖSSIGS Politik, 211 ff. NIEMANN a. a. O. I. 11 ff. 38 — 47. DELAMARE a. a. O. I. 4. HEUMANN l. c. §. 44.

§. 283.

Hauptgegenstände der Staatspolizei.

Die Staatspolizei, entgegengesetzt der PrivatConventionalPolizei für Privatgesellschaften, hat zwei Hauptgegenstände: Sicherheit und Wohlfahrt der Staatsgenossen. Die SicherheitsPolizei [a]) dient wider Rechtsverletzungen und schädliche Ereignisse, die von der Natur, oder sonst veranlaſst werden [b]). Die Bestimmung der WohlfahrtsPolizei ist, Erlangung und Erhöhung des physischen, sittlichen und geistigen Gesellschaftswohls. Die erste ist StaatsPolizei in dem engern Sinn, wegen ihrer unmittelbaren Beziehung auf den Staatszweck: die andere, StaatsgesellschaftsPolizei, wegen ihres mittelbaren Verhältnisses zu dem Staatszweck, und ihrer unmittelbaren Beziehung auf das Wohl der allgemeinen Gesellschaft der Einwohner in dem Staate, wobei der Regent indirect, als Uebernehmer der GesellschaftsDirection, zu handeln befugt und verpflichtet ist [c]).

a) Noch in dem XVI. Jahrhundert auf dem teutschen Reichstage *Rumorsachen*, der Polizeidirector *Rumórmeister* genannt.

b) Diese Art der Polizei ist entweder *öffentliche*, oder *geheime*. Von dieser, in der Allg. Polizei- und Justizfama, Mai 1806, Num. 57 — 59.

c) Vergl. Kants Rechtslehre, 186. C. Schlözers Staatsgelahrtheit, 18 ff. — Für die verschiedenen Gegenstände der Polizeithätigkeit, wählen andere die Eintheilung in *Zwangs*- und *Hülfs*Polizei. Lotz a. a. O. 89 f. — In anderer Hinsicht unterscheidet man *Personal*- und *Eigenthums*Polizei.

§. 284.

Abtheilungen der WohlfahrtsPolizei.

Die Wohlfahrts- oder StaatsgesellschaftsPolizei hat drei Abtheilungen: 1) Bevölkerungs- und GesundheitsPolizei, zu Vermehrung und Erhaltung der Einwohner, und zu Abwehrung der physischen Hindernisse ihres Wohlseyns. 2) Gewerbe- oder IndustriePolizei, zu Erleichterung und Vermehrung der Erwerbmittel. Dahin gehört: die ökonomische Polizei, zu Beförderung aller hervorbringenden Gewerbe [a]); die ManufacturPolizei, zu Beförderung aller verarbeitenden oder formgebenden Gewerbe; die HandlungsPolizei, zu Beförderung des Umsatzes und Vertriebs der einheimischen und verarbeiteten Erzeugnisse, und zu Leitung der Lieferung fremder Waaren zu dem gemeinen Besten. 3) Die Sitten-, Erziehungs- und UnterrichtsPolizei, zu Beförderung der sittlichen, geistigen und artistischen Cultur [a]).

a) J. P. Franks System der landwirthschaftlichen Polizei. Th. I—III. Lpz. 1789 u. 1791. 8.

b) G. H. Ayrer. diss. de S. R. J. principe politiam circa studia et commercia civium rite adornante. Goett. 1745. Heumanns Geist der Gesetze der Teutschen, 64 f.

§. 285.

Politische und geographische Abtheilung der Polizei.

I) Die hohe StaatsPolizei (jus politiae sublimis) ist überall dem Souverain vorbehalten, die niedere (jus politiae subordinatae) oft Standes- oder Grundherren, auch städtischen Corporationen [a]) verliehen. II) Die Staatspolizei erstreckt sich bald über das ganze Staatsgebiet (allgemeine), bald nur über einen Theil desselben (partikuläre), z. B. Provinzial-, Kreis-, Departements-, Amts-, Stadt-, Dorfpolizei u. d. III) Viele Gegenstände gehören der Staatspolizei ausschliessend an: andere schlagen zugleich, mehr oder weniger, in andere Hoheitsrechte ein (cumulative, vermischte), z. B. in die Criminalpolizei, welche die Wirksamkeit der Criminalgewalt unterstützt, Kirchenpolizei, Rechtspolizei (§. 281) u. a.

a) J. D. Nettelbladts erste Gründe von dem Polizeirechte mittelbarer Städte; in dessen Sammlung kleiner jurist. Abhandl. (1792) Num. VII. Mevius, P. I. dec. 55. Moser a. a. O. 5.

§. 286.

Polizeigesetze und Verfügungen.

I) Die höhere PolizeiGesetzgebung [a]) ist Sache der gesetzgebenden Gewalt [b]). Einzelne Verfügungen, zumal provisorische, zu erlassen, gehört meist zu der Befugniſs der Polizeibehörden. II) Gewöhnlich sind Städte [c]) und andere Corporationen [d]), Standes- und Grundherren (§. 206. 227), denen die niedere Polizei verliehen ist, befugt, innerhalb der Grenzen ihres Geschäftkreises, PolizeiVerordnungen zu geben.

a) v. BERG a. a. O. Th. I, Buch I, Abschn. 5. MOSER a. a O. S. 12 ff. HEUMANN l. c. §. 37. — Den ältern Polizeiordnungen wurden, da man unter der Landespolizei die ganze Staatsregierung begriff, oft Gesetze über Gegenstände des *Privatrechtes* eingemischt. SELCHOW elem. jur germ. §. 49. RUNDE's t. Privatr. §. 46. — Verzeichnisse von *Polizeiordnungen*, bei HEUMANN l. c. 10 — 44. u. in J. B. HOFERS Beiträgen zu dem Polizeirecht (1764. 8.), 135 — 202. Sammlungen: J. H. L. BERGIUS Samml. teutscher Landesgesetze, welche das Polizei- und Cameralwesen zum Gegenstande haben. Th I. — IX. Gött. 1781 — 1792. 4. *Ebendess.* Polizei - u. CameralMagazin. Th. 1 — 9. Frf. a. M. 1767 — 74 u. neues P. u. C Magazin. Th. 1. u. 2. Leipz. 1775. 1776. 4. v. BERG a. a. O. Th. V. u. VI. (auch unter dem Titel: Sammlung teutscher Polizeigesetze.) C. H. L. W. SPILLERS v. MITTERBERG Sammlung neuerer Polizeigesetze. Cob. 1793. 4. A. H. HOFHEIMS Magazin der Polizei u. innern Staatswirthschaft. Hamb. u. Mainz. 1. u. 2. Heft. 1804. 8.

Th. K. Hartlebens allgem. Justiz- u. Polizeifama. Tüb. (seit 1803). Allgem. Polizeiblätter. Tüb. 1808. Gruners u. Hartlebens allgem. Archiv für Sicherheits- und Armenpflege. A. Niemanns Blätter für Polizei und Kultur. Tüb. (seit 1802) 8.

b) Scheidemantel a. a. O. II. 69 f. Heumann l. c. §. 38. Fichte's Grundlage des Naturrechtes, II. 144. Tittmanns Strafrechtswissenschaft, §. 12. Hufelands Beiträge, II. 14. Lotz a. a. O. S. 40 ff. Anders, v. Berg a. a. O. I. 15. — Benutzung der Intelligenzblätter zu Polizeiverfügungen. — Von der Concurrenz der Landstände bei der Polizeigesetzgebung, oben §. 182, u. Moser a. a. o. §. 7.

c) Riccius von Stadtgesetzen, II. 382 — 402. Nettelbladt a. a. O. Leyser Sp. 8. m. 2. Wernher P. IX. obs. 144. Strube's Nebenst. I. 477. Schreiber diss. infra cit. Sect. II. §. 4.

d) Heumann. l. c. §. 40. Ertels praxis aurea, c. 11, obs. 3. — Von der Dorf- und Gemeindeherrschaft, s. §. 272.

§. 287.

Insbesondere der SicherheitsPolizei. PolizeiVerbrechen und Strafen.

Es ist Pflicht der SicherheitsPolizei, durch Gesetze und Anstalten auf Erschwerung der Verbrechen, Entdeckung der Verbrecher, Vermeidung solcher Gelegenheiten, und Unterlassung solcher Handlungen hinzuarbeiten, die leicht zu Rechtsverletzungen führen. Handlungen, welche blofs durch Polizeigesetze bei Strafe verboten sind, heissen Polizei-Verbrechen, und die von der Polizei, den

Gesetzen und Vorschriften gemäfs, zu verfügenden Strafen, PolizeiStrafen [a]).

a) Meist Geldstrafen, öffentliche Arbeit, Arrest, Privatzüchtigung, auch wohl Ausstellung, Zucht- und Arbeitshaus. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 67. 69. HEUMANN l. c. §. 300. — Von *Erlassung* der Polizeistrafen, RÖSSIG a. a. O. 213. — Man unterscheidet *Civil-*, *Polizei-* und *CriminalVerbrechen.* Vergl. LOTZ a. a. O. S. 56, Note.

§. 288.

Grenzen der Polizeigewalt.

I) Natürliche Freiheit und wohlerworbene Rechte der Einwohner sind einer Einschränkung, durch Gebot oder Verbot der Polizeigewalt, nur so weit unterworfen, als bei der SicherheitsPolizei der Staatszweck, bei der WohlfahrtsPolizei die im Voraus, oder gleichzeitig ertheilte, ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung der StaatsgesellschaftsGenossen gestattet [a]). II) Unter gewissen Umständen, kann Pflicht zur Entschädigung, gegen den Einzelnen eintreten [b]). III) Alle Einwohner, auch temporäre Unterthanen [c]), sind den Staats- und LocalPolizeigesetzen unterworfen. Berufung auf den privilegirten Gerichtsstand, findet in Polizeisachen nicht statt [d]) (§. 193). IV) Eingriffe der Polizei in andere Hoheitsrechte, sind rechtswidrig [e]).

a) Vergl. LOTZ a. a. O. 85 ff.

b) SCHEIDEMANTEL, II. 68. NEURATH l. infra cit. obs. 14. sqq. PUFENDORF, T. I. obs. 133.

c) MOSERS nachbarl. Staatsr. 21.

d) v. ZANGEN, wird in Polizeisachen auf einen vorzüglichen Gerichtsstand gesehen? Giessen, 1794. 8. KLÜBERS kl. jur. Biblioth. XXVI. 225. v. HOHENTHAL l. c. §. 121. n. p. VETTERS Unterr. von der Polizei (1753). 470. 477. v. JUSTI Polizeiwissenschaft (Gött. 1782) 366. BODMANN in Siebenkees Beitr. I. 118. KOPPS Nachr. v. hess. Gerichten, II. 44. BIELFELD l. c. I. 101.

e) BIELFELD l. c. I. 102. Vergl. unten, §. 293 f..

§. 289.

Polizeibehörden.

Zu Verwaltung der Polizei werden eigene **Polizeibehörden** angeordnet, centrale, provinziale und locale, höhere und niedere; PolizeiMinister, PolizeiCollegien, Magistrate, Intendanten, Directoren [a]), Beamte, Assessoren, Polizeimeister, Quartiermeister, Strassen- oder PolizeiAusreiter, Polizeidiener. Bisweilen sind, für die Ortspolizei in Städten, eigene **PolizeiCommissionen** oder Deputationen [b]) aus mehrern LocalBehörden zusammengesetzt, um alle Stände und Einwohner einem gemeinschaftlichen PolizeiForum zu unterwerfen, weil Einheit des Willens, Leichtigkeit in der Ausführung, die Seele guter

Polizei ist [c]). Nicht selten ist die höhere Polizei einer höhern LandesAdministrativBehörde, die niedere irgend einer LocalBehörde, z. B. dem Stadtmagistrat, Justiz- oder KammerAmt, Gerichtshalter, Dorfschultheissen u. d. mitübertragen [d]).

a) Von dem pariser Lieutenant de police, s. DELAMARE, I. 128. 186.

b) Von Dresden, s. SCHMIEDERS sächs. Polizeiverfass. I. 668 ff. Von Berlin Corp. Constit. Marchicar. cont. II. 55. V. 122. — SELCHOW jur. germ. priv. §. 304. n. 4. WILLEBRAND von den Pflichten einer städtischen Polizei. 1760 fol.

c) J. B. SCHWARZ System der unvernünftigen Polizei. Basel 1797. 8.

d) (J. F. VETTERS) Gedanken von Einrichtung eines PolizeiCollegii Frankf. u. Leipz. 1748 HEUMANN l. c. §. 291. sq. v. JUSTI Polizeiwissensch II §. 66 f. v. HOHENTHAL l. c. §. 120. sqq. BERGIUS Polizei-Magazin, VII. 94.

§. 290.

Polizeirecht. PolizeiGerichtbarkeit. Verfahren.

I) Das Polizeirecht, unterschieden von der Polizeiwissenschaft, einem Haupttheil der Kameralwissenschaften, ist der Inbegriff der gesetzlich feststehenden PolizeiBestimmungen [a]). II) Zu Untersuchung, Beurtheilung, und Ahndung polizeiwidriger Handlungen, auch unaufgefordert, ist die PolizeiGe-

richtbarkeit bestimmt [b]). III) Summarische, oft schleunige Erörterung und Vollziehung, mit practischer Gewandheit, Menschenkenntnifs, Consequenz und Energie, Vermeidung unnützer Förmlichkeiten, zumal in geringfügigen, oder dringenden Sachen, ist dem Zweck der Polizei gemäfs.

a) HEUMANN l. c. §. 6. F. C. J. FISCHERS Lehrbegriff sämmtlicher Kameral- und Polizeirechte. Th. I. II. III. Frf. a. d. O. 1785. 1786. 8. v. BERG a. a. O. A. F. SCHOTTS jur. Encycl. §. 206. G. H. STOCKHAUSEN de scientiarum cameralium finibus regundis.

b) Vergl. jedoch LOTZ a. a. O. S. 54 ff. — Wertheimische PolizeiGerichtsordnung, in HOFFERS Beitr. I. 203.

§. 291.

Verhältnifs der Polizeigewalt zu der Justizgewalt.

Ist das Verhältnifs der Polizeigewalt zu der Justizgewalt [a]), durch positive Gesetze anders nicht bestimmt [c]), so ist I) Einmischung des Richters unzulässig, in eigentlichen Polizeisachen, der Gegenstand sey mehr oder weniger erheblich [c]). II) Blosser Widerspruch eines Unterthans, und dessen Einrede gegen Zweck und Mittel, kann die PolizeiEigenschaft einer Sache nicht ändern.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 545. KLÜBERS Lit. §. 1305. G. C. SCHREIBER (eigentlich T. J. REIN-

HARTH) diss. de causarum politiae et earum, quae justitiae dicuntur, conflictu et differentia. Goett. 1739. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 65 f. HOHENTHAL l. c. §. 124. sqq. SIEBERS gerichtl. Prozefs, I. §. 134 ff. REINHARTH ad Christin. vol. II. obs. 9. et 99. ENGELBRECHT obs. 5. LEYSER Sp. 634. m. 25. HOMMEL obs. 502. CRAMERS wezl. Nebenst., Th. I, S. 88. Th. 2, S. 88. Th. 35, S. 143. Th. 44, S. 109. STRUBE'S Unterr. von Regier. u. Justizsachen, c. 2. §. 7. c. 4. §. 26. v. BERG a. a. O. Th. I, Buch 2, Abschn. 4, S. 131 ff. LOTZ a. a. O. S. 16 f. 50 ff.

b) Wie die preufs. Constitution v. 25. Apr. 1715, in MYLII C. C. Marchic. T. II. P. 1. p. 563. HOHENTHAL l. c. §. 128.

c) SELCHOW elem. jur. publ. germ. §. 279. Anders, PÜTTER instit. jur. publ. 334.

§. 292.

Fortsetzung.

III) Das Wesentliche des Unterschiedes zwischen Justiz- und Polizeisachen, liegt darin, dafs jene das unmittelbare Interesse einzelner Unterthanen, diese auch das unmittelbare Interesse des Staates, oder der allgemeinen Gesellschaft der Einwohner in dem Staate (§. 283) angehen. IV) Es kann daher dieselbe Sache, nach verschiedener Rücksicht, Justiz- und Polizeisache seyn a), auch aus einer Polizeisache in Justizsache sich verwandeln (§. 293). V) In dem Fall unvermeidlicher Collision zwischen Privat- und dringendem StaatsInteresse, wird in einer ver-

mischten Sache, der Arm des Richters durch die Regierung gelähmt [b]); doch Entschädigung vorbehalten, für den, der um des gemeinen Besten willen leidet (§. 288).

a) SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 63. 65. Allgemeine deutsche Biblioth. Bd. 79, St. 2, S. 599. — Die Entscheidung der *Vorfrage*, über die *Justiz*-, oder *PolizeiEigenschaft* einer Sache, gebührt in zweifelhaften Fällen dem Richter. NEURATH l. c. obs. 25. CRAMERS wezl. Nebenst. I. 88. STRUBE a. a. O. 61. MEVIUS P. I. dec. 42. — Die *Prävention*, quasi in re *mixti* fori, behauptet HOMMEL obs. 502. Reg. 2. — Im Zweifel ist eine Sache für *Justizsache* zu halten. HOMMEL l. c. Reg. 1.

b) NEURATH l. c. obs. 10. sqq. 25. STRUBE, V. Bd. 273. *Ebendess.* Unterricht, §. 15.

§. 293.

Schluſs.

VI) Zu gerichtlicher Erörterung qualificirt sich eine Polizeisache, wenn sie durch die vorgebrachte Einrede einer Rechtsverletzung, durch Klage über Verletzung wohlerworbener Rechte, durch Anfechtung eines Polizeigesetzes aus dem Grunde wohlerworbener Rechte, durch Klage über unrichtige Anwendung der Polizeigesetze, oder Ueberschreitung der Amtsgewalt, oder durch gerichtlich verfolgte Befugnisse eines Dritten, in Justizsache sich verwandelt hat [a]);

doch hat dieses, in Absicht auf den Polizei-Punct, in der Regel, nur devolutive Wirkung [b]). VII) Daher findet auch in Polizeisachen, weder Appellation noch ein anderes suspensives Rechtsmittel, gegen die Verfügungen oder das Verfahren der Polizei statt [c]), doch Beschwerde oder gerichtliche Klage.

a) PÜTTER l. c. SCHREIBER diss. cit. Sect. III. §. 1. 3. Vergl. den Auszug aus einem reichskammergerichtlichen SenatsProtocoll, in BERGSTRÄSSERS Briefen über das Studium eines Practicanten am R. Kammergericht (1788. 8.) S. 78 f. J. F. A. C. NEURATH diss. de cognitione et potestate judiciaria, in causis quae politiae nomine veniunt. (Erlang. 1780. 4.) obs. 3. sqq. 20. 21. 23. 24. v. ZWIERLEINS Beitr. II. 90. GÖNNERS Handb. des Prozesses, II. 40. — Von dem *Verfahren* in dergleichen Sachen, MEURATH l. c. §. 7.

b) PÜTTER l. c. NEURATH l. c. §. 2. not. 1.

c) HEUMANN l. c. 433. NEURATH l. c. obs. 1. et 2. v. ZWIERLEINS Beiträge, II. 109. *Ebendess.* vermischte Briefe, 145. REUSS Staatskanzlei, XXVIII. 89. v. ZANGEN a. a. O. S. 19 ff. Imman. WEBER diss. de appellat. irregulari, ut et de eo quod justum vel injustum est circa appellat. in causis politiae (Giess. 1725), Sect. II. p. 23. Chr. TRUMBACH de non recipienda appellatione in causis politiae. Marb. 1763. Parömie: in Polizeisachen gilt keine Appellation. HERTIUS paroem. 38. in s. Opusc. vol. II. EISENHARTS Grunds. teutscher Rechte in Sprichwörtern, 510. — Andere halten Polizeisachen nicht schlechthin für inappellabel. MEVIUS P. III. dec. 154. SELCHOW l. c. WESTPHALS t. Staatsr. 356. SCHREIBER l. c. Sect. III. §. 6. — Ist eine Sache schon *gerichtlich* verhandelt worden, so kann die *Appellation*, unter dem Vorwand

einer PolizeiEigenschaft derselben, nicht gehindert werden. Decisiones Hasso-Cass. II. 632. CRAMERS wezl. Nebenst. I. 88. NEURATH l. c. obs. 22. — Schriften in KLÜBERS Lit. §. 1231.

§. 294.

Insonderheit zu der CriminalGewalt.

Die PolizeiGewalt unterstützt die CriminalGewalt, mittelbar durch Beförderung der geistigen und sittlichen Cultur, unmittelbar durch SicheitsAnstalten, zu Verhütung der Verbrechen, auch zu schleuniger Entdeckung und Herbeischaffung der Uebelthäter. Beide unterscheiden sich, in Rücksicht der Gegenstände, der Wirkungsart, der Mittel zu ihren Zwecken, der Anwendung dieser Mittel, und der Verfahrungsart [a]).

a) SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 66. Pancr. Jos. HAUS diss. de potestatis politiae et criminalis nexu et differentia, praecipue in causis criminalibus, plena criminis probatione deficiente, vel poena legali ad securitatem reip. haud sufficiente. Wirceb. 1799. 4. Vergl. auch LOTZ a. a. O. S. 63 ff. — Unterschied zwischen der *aufsehenden* u. Polizeigewalt, ebendas. S. 78 ff.

XII. Capitel.

Finanzhoheit.

§. 295.

Begriff.

Das StaatsEinkommen, gröſstentheils ein Theil des NationalEinkommens [a]), flieſst aus Sachen, Rechten und Diensten [b]). Der Inbegriff der Staatsrechte auf zweckmäsige Erhebung, Verwaltung und Verwendung des StaatsEinkommens, heiſst Finanzhoheit [c]) (Kameralhoheit [d]), Staatsökonomie- oder StaatswirthschaftsHoheit [e]), potestas cameralis). Die Nation muſs jährlich aufbringen, was die StaatsAnstalt kostet. Aus dieser Pflicht entspringt das Recht des Staates, die Finanzverwaltung anzuordnen (jus administrandi aerarium reip.), und die Staatsauflagen, ordentliche und ausserordentliche, zu bestimmen (Recht der Staatsauflagen oder Staatslasten, jus onerum s. tributorum reip., droit d'impôt).

a) Die Quellen des *National*Einkommens sind: Ackerbau, Manufactur, Handel. An inquiry into the nature and origine of public wealth, and into the causes of its increase. By the Earl of LAUDERDALE. Edingburgh 1804. 8. G. SARTORIUS von den Elementen des Nationalreichthums u. von der Staatswirthschaft, nach Adam SMITH. Gött. 1806. 8. *Ebendess.* Abhandlungen, die Elemente des Nationalreichthums und der Staatswirthschaft betreffend. Gött. Th. I. 1806. 8. Gottl. HUFELANDS Grundlegung der Staatswirthschaftskunst. Bd. I. 1807. 8. F. C. FULDA über NationalEinkommen. Tüb. 1805. 8. — *StaatswirthschaftsSysteme:* 1) das physiokratische (ökonomische, landwirthschaftliche oder AgriculturSystem); 2) das Industrie- (Merkantil-, oder Handels- und Fabrik-) Sytem; 3) das Oekonomie- IndustrieSystem (von Adam SMITH; 4) das System der natürlichen Freiheit aller Gewerbe u. der gleichen Vertheilung aller Staatslasten. Vergl. von den verschiedenen Systemen, C. D. VOSS Handb. d. allgem. Staatswissensch., in d. 3. Th. (1798. 8.) A. F. LUEDER über NationalIndustrie u. Staatswissenschaft. Th. I. II. III. Berl. 1800 — 1804. Werke über denselben Gegenstand von Ad. SMITH, PLAYFAIR, J. B. SAY, L. H. JAKOB. Ch. v. SCHLÖZER, N. F. CANARD, Jul. Gr. v. SODEN u. a.

b) Jedem Unterthan weiset der Herrscher seinen *Reihedienst* an; wenn die Dienste mit Geld vergütet werder, fordert er *Abgaben* (engl. er taxirt, Taxen- oder Taxirhoheit). SCHLÖZERS Staatsgelahrth. I. 23. 101. — Die Quellen des *Staats*Einkommens finden Andere in *Fonds* (liegenden Gründen und GeldCapitalen), und in *Beiträgen* von dem reinen Einkommen der Bürger. G. SARTORIUS Handb. der Staatswirthsch. (Berl. 1796. 8.), §. 99.

c) Andere nehmen das fremdartige, für sich bestehende Fach der *Polizei*gewalt, in den Begriff der Finanzho-

heit auf. Andere *unterscheiden* Finanz- u. Kameralhoheit. C. G. RÖSSIGS Literatur der Polizei und Kameralistik. Th. I u. II. Leipz. 1802. 8. J. W. PLACIDUS Literatur der Staatslehre. Abth. I. u. II. Strasb. 1798. 1799. 8. C. D. VOSS Einl. in die Gesch. u. Literatur der Staatswissenschaft. Th. I u. II. Leipz. 1700 u. 1802. 8. (oder des oben angef. Handbuchs V. u. VI. Th.

d) Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit des Namens *Kameralwissenschaften*. SCHLÖZER a. a. O. I. 23. 26. NIEMANNS Grunds. der Staatswirthsch. I. 13. 17. J. C. C. RÜDIGERS systemat. Theorie der Kameralwissenschaften. Halle 1777. 8. Sonderbare Definition, in J. H. K. BÖRNERS sämmtl. Kameralwissenschaften (Halle 1773. 8.), S. 189.

§. 296.

Finanzverwaltung.

Das StaatsEinkommen, so weit es aus dem NationalEinkommen fliefst, mufs, in dem Verhältnifs zu diesem, so bestimmt und behandelt werden, dafs ein Gleichgewicht entsteht zwischen Einnahme und notwendiger Ausgabe des Staates. Wegen dieser notwendigsten Bedingung seiner Erhaltung und seines Wohlstandes, ist, in einer weisen Staatsorganisation, die Finanzverwaltung, weder ein isolirter Appendix, noch die Magd der übrigen Verwaltungszweige, sondern wahrer Mittelpunct der ganzen Staatsverwaltung [a]). Das Recht, dieselbe anzuordnen, ist daher

eines der wichtigsten Hoheitsrechte, die Aufgabe, eine der schwersten, die Handhabung, das allernotwendigste.

a) Von dem Zeitalter vor DesCartes, urteilt Condorcet (Entwurf eines histor. Gemähldes der Fortschritte des menschl. Geistes, teutsch durch E. L. Posselt, Tüb. 1796, S. 178): „Noch gab es keine Wissenschaft der *StaatsOekonomie*: die Fürsten zählten nicht die Zahl der Menschen, sondern die der Soldaten; die *Finanz-Wissenschaft* war nichts, als die Kunst, die Völker zu plündern, ohne sie zum Aufruhr zu drängen, und die Regierungen beschäftigten sich mit dem *Handel* nur, um ihn durch Taxen zu brandschatzen, durch Privilegien zu hemmen, oder sich dessen Monopol streitig zu machen."

§. 297.

StaatsAuflagen.

StaatsAuflagen machen nötig, theils der Unterhalt des Regenten und seiner Familie, theils die allgemeinen und besondern, ordentlichen und ausserordentlichen Kosten der Staatsverwaltung, insonderheit der Rechts- und Polizeipflege, des Erziehungs- und UnterrichtsRegals, des Verkehrs mit auswärtigen Staaten, der Schutz- und VertheidigungsAnstalten gegen Auswärtige, auch die Staatsschulden (§. 243 f.), die Errichtung und Unterhaltung einer DispositionsCasse a) aus den Bestandgeldern der Central- oder GeneralCasse, und die

Sammlung eines Schatzes [b]), eines eisernen oder ReserveFonds, des NettoErtrags der Staats-Anstalt, gemäſs der StaatsrechnungsBilanz.

a) Aus ihr bildet sich ein *MeliorationsFond*, für diesen ein *MeliorationsPlan*.

b) G. SARTORIUS Handb. der Staatswirthschaft, §. 131.

§. 298.

Finanzgesetz.

Die zweckmäsige Vertheilung, Erhebung und Verwendung der StaatsAuflagen, erfordert die Errichtung eines Finanzgesetzes [a]) (Finanzplans, GeneralEtats, Staatsökonomie-Plans oder Ueberschlags, loi des Finances, Budget), welches alle in dem Staatshaushalt denkbare Einnahme und Ausgabe, nach Erfahrung und Wahrscheinlichkeit, auch für unvorhergesehene Fälle, möglichst genau im Voraus bestimmt, und von Zeit zu Zeit, vor der festgesetzten Epoche (EtatsJahr), neu errichtet wird, mit Veränderungen, welche die jedesmalige Lage des Staates notwendig macht. Die Pflicht, für genaue Befolgung des Finanzgesetzes zu wachen, macht, ausser den nötigen SpecialEtats, nicht nur zweckmäsige Anstalten notwendig, für Erhebung und Verwendung der Staatseinkünfte, sondern erfordert auch bestimmte Instruction

für Geschäftsordnung, insbesondere Cassen- und Rechnungswesen, und Einrichtung der nötigen und nützlichen Special- und General-FinanzControle [b]).

a) Constitution du royaume de Westphalie, art. 22. Ehehin in Frankreich, *l'état du Roi* (l'état des recettes et dépenses qu'il avoit à faire). Encyclopédie méthodique; Finances. T. II. (Paris 1785. 4.) p. 85. sq. — Der *Etat* sey vollständig und solid, d. h. in seinen Positionen, nach Gründen der Erfahrung, Klugheit und Wahrscheinlichkeit, haltbar, weder zu niedrig, noch überspannt; auch sey darinn für EtatsAusfälle hinlänglich gesorgt. Nicht angefüllt mit alten Mängeln, aber auch nicht mit Luftschlössern für die Zukunft, ist er höchstnotwendig, aber nicht hinreichend, zumal wo die Verfertiger und Prüfer Rechen- und OberrechenMaschinen, nicht ächte Staatswirthe sind. Fr. v. SCHUCKMANNS Ideen über Finanzverbesserungen (Tüb. 1808.), S. 47.

b) Ohne Controlir- und Tabellensucht, ohne Schreiberei-Chaos und GeschäftsPedantismus. Mit Vorsicht und Nutzen kann, bei manchen FinanzEinnahmen, mit Vermeidung kostbarer Erhebungs- und ControleAnstalten, das Interesse der Einnehmer durch Tantième mit dem StaatsInteresse verknüpft werden, daſs Erhöhung des Ertrags durch vermehrte Aufmerksamkeit bewirkt werde, die dann eher, als von PflichtenHeroismus, sich erwarten läſst.

§. 299.

FinanzOperationen.

Das Miſsverhältniſs zwischen Ausgabe und Einnahme (Deficit), muſs in dem Finanz-

gesetz solid, d. h. nach Rechtsgesetzen und mit Erhaltung des Staatscredits, gedeckt werden [a]), am besten durch MinusAusgabe, ausserdem durch PlusEinnahme, oder beide; nicht durch Auflagen, die der Sittlichkeit der Unterthanen, oder ihrer Betriebsamkeit, ihrem Wohlstande, der sichersten Basis der StaatsFinanzen, gefährlich werden [b]) (RuinAnstalten), Lotto, Papiergeld u. d. Die Gerechtigkeit fordert allgemeine SteuerRevision und Ausgleichung, bei SteuerErhöhungen und neuen Grundabgaben [c]), ein gründliches ErsparungsSystem [d]), und Vermeidung des Finanztrugs durch poetische FinanzProjecte, eitle Plusmacherei, Künstelei, und Täuschung der Contribuenten. PrivatGewerbe, so lang es an PrivatUnternehmern nicht fehlt, treibe der Staat selbst nicht, da er in der Regel sie schlecht treibt, und durch seine Concurrenz den Privatfleiſs drückt [e]).

a) D. H. ESCHENMAYER über Staatsaufwand und die Bedeckung desselben. Heidelb. 1806. 8.

b) Nicht lucri bonus odor e re qualibet. — *Zehnten* empören das Gefühl des Grundeigenthümers, weil der Zehntherr die Früchte, selbst die Früchte erhöhter Industrie, mit ihm theilt. Unschädlicher für die Cultur, und minder gehässig wird sie, durch Uebereinkunft auf eine fixe NaturalAbgabe für eine bestimmte Reihe von Jahren.

c) Herkulisch, zögernd und kostbar, aber notwendig, sobald in der alten SteuerVertheilung bedeutende Ungleichheiten liegen. Was absolut unrecht ist, kann nie wahrhaft nützlich seyn. Weisheit und vertheilende Gerechtigkeit müssen hier vorwalten. Wie die Ausgleichung vorzunehmen sey? v. SCHUCKMANN a. a. O. S. 29 ff. G. v. ARETINS Grunds. über die Natur der öffentlichen Abgaben; in dem Genius v. Baiern, Bd. I, Heft 3 (1803), S. 1 — 126 J. P. FRANKS System der landwirthschaftl. Polizei, Th. III, S. 270 ff. G. SARTORIUS Handb. der Staatswirthsch. §. 103 ff.

d) Das ehemalige preussische, nicht das englische Anleihe-System.

e) G. SARTORIUS a. a. O. §. 100. 101. — Von Staatsbanken.

§. 300.

Tilgung der Staatsschulden. Gezwungene Anleihe.

Minderung der Zinsen von Staatsschulden, wird gerechterweise nur durch Uebereinkunft erlangt, wozu strenges Worthalten, und allgemein verbreitete Ueberzeugung von der Sicherheit des Capitals, den Weg bahnen. Tilgung des Capitals wird solid [a]) bewirkt, in der stipulirten Art (§. 243 f.), durch richtige Verwendung des zu Capital- und Zinsenzahlung verschriebenen StaatsEinkommens, durch zweckmäsig veranlafsten, oder zufälligen Ueberschufs der StaatsCassen, ohne Papiergeld [b]), oder Veräusserung des nötigen, öffentlichen Vermögens de Staates, durch richtigen SchuldenEtat, durch feste Einhaltung

eines consequenten SchuldenTilgungsPlans, und einen diesem angemessenen Tilgungs-Fond [c]. Gezwungene Anleihe, auch Sistirung der Zinsenzahlung, ist nur erlaubt, wenn der Staat in Gefahr der Auflösung kommt [d].

a) Die Kur sey radical. Palliative helfen nicht; Ausflüchte und Kunstgriffe, die der wahre Finanzier nicht kennt, eigentlich kennt und verachtet, auch nicht. Es giebt in der Staatsverwaltung, wie in der Staatshaushaltung, gegen Schulden keinen andern Rath, als *zahlen*, — den Anfang, wenn die Schuldenlast zu grofs ist, mit unverfänglichen Versuren zu machen, die vorerst Luft, und zu dienlichen Maasregeln Zeit schaffen, sodann ohne Verzug zu diesen Maasregeln mit Klugheit und Standhaftigkeit zu schreiten, sich einzuschränken, und zu sparen; nicht zu Maasregeln, die das Signal geben zu dem verderblichen Agiotiren, zu der gaunerartigen StockJobbery, und zu Vernichtung des Staatscredits in dem In- und Auslande. Klüber über den staatswirthschaftlichen Werth des Papiergeldes (Tüb. 1805. 8.), S. 16. 30 f. G. C. v. Oeder in Schlözers Staatsanz. I. IX. 299.

b) Widerlegung der Behauptung, dafs durch Staatsschuldenpapiere ein neues Capital geschaffen werde, und den Staatsbürgern daraus ein Vortheil erwachse, indem statt eines Capitals, nun zwei vorhanden seyen. Sartorius a. a. O. §. 134.

c) Nunquam de republica desperandum.

d) Moser von der Landeshoh. in Cameralsachen, 103.

I. Abschnitt.

Steuerregal.

§. 301.

Begriff. Arten der Steuer.

Steuer [a]), ein Beitrag zu dem StaatsEinkommen, wird auf verschiedene Art entrichtet, gefordert, bewilligt, und benannt. I) Ordentliche Steuer ist, nach Quantität und Erhebungszeit, ein für allemal bestimmt [b]): ausserordentliche wird entrichtet in ungewöhnlichen Fällen, nach jedesmaliger Bestimmung der Quantität und Erhebungszeit [c]). II) Bei der directen Steuer ist die Quantität bestimmt, welche von jedem steuerpflichtigen Individuum, Person oder Sache, innerhalb eines gewissen Zeitraumes erwartet wird [d]): bei der indirecten Steuer ist die Quantität unbestimmbar, welche man von den Steuerpflichtigen, binnen einem angenommenen Zeitraum, erwartet [e]).

a) StaatsAuflage, Taxe. Schriften in Pütters Lit. III. §. 1137 ff. Klübers Lit. 316. H. W. Lawætz Handb. für Bücherfreunde und Bibliothekare, Th. II, Bd. I, Abth. 1, (Halle 1794. 8.) S. 1 — 75. (voc. Abgaben), und S. 113 — 131 (voc. Accise). Lang a. unten angef. Orte, S. 5 — 14. Moser v. d. Landeshoheit in Steuersachen. 1773. 4. Westphals t. Staatsr. 190. v. Sartori Staatsr. der Erz- und Hochstifter,

B. II, Th. II, Abschn. 2, S. 622 ff. C. F. Wilisch diss. de jure collectandi in territoriis Germ. Viteb. 1785. 4. C. H. Langs hist. Entwickel. der t. Steuerverfassungen. Berlin 1793. 8. F. W. v. Ulmensteins Einleit. in die Lehre von Steuern und Abgaben. Erl. 1794. 8. J. B. Mayers Versuch einer Abhandl. über Steuer und Abgaben im Allgemeinen, dann vorzüglich im Hochstifte Bamberg. Bamb. 1795. 8. Andr. Stündecks hist. jur. Abh. über die Steuerverfassung in deutschen Reichslanden. Duisb. 1794. 8. — Geschichte der Steuern.

b) Grundsteuer (die eigentl. sogenannte Steuer, Schatzung, Landtaxe, oder allgemeine Landessteuer), Gewerbsteuer, Personalsteuer, Vieh- oder Klauensteuer.

c) Kriegssteuer, Prinzessinsteuer, Debitsteuer. Moser von Steuersachen, 532. 555. 566. 569. 581. Strube's rechtl. Bed. III. 278. Westphals Staatsr. 209. Mosers FamilienStaatsr. II, 279. 296. Krause's Abh. aus d. Staatsr. 194 ff. Pütters Lit. III. 362. Klübers Lit. §. 1140. *Ebendess.* Anmerk. zu *SaintePalaye* von dem Ritterwesen, I. 116. II. 177 ff. Ehehin der gemeine Pfennig, die Türkenhülfe, die Beden. Pfeffinger Vitriar. illustr. III. 388.

d) Bei der ordentlichen Steuer ist dieses jedesmal der Fall.

e) ConsumtionsSteuer (von Victualien, v. Ulmenstein a. a. O. 162. Mayer a. a. O. 74 — 84.), Licent, Accise, Tranksteuer, Ohmgeld (eigentlich Ungeld. G. A. Wills nürnberg. Münzbelustigungen, 314. G. E. Waldau verm. Beiträge zur Gesch. der Stadt Nürnberg, 456 f. v. Tröltsch Anmerk. I. 221. Spiess Aufklärungen, 88. Lang a. a. O. 105.), Maaspfennig, Wein-, Bier- und BranntweinAccise, (eine ursprünglich städtische und gutsherrliche Abgabe, Rhein. Bund, VII. 152. Brauers Beitr. 158.), Mehlsteuer, MehlAccise oder Mahlgroschen, Fleischsteuer oder Fleisch-

pfennig, Pfundzoll, Salzsteuer, StempelpapierTaxe, Kalender- und SpielkartenStempel; Erbschaftssteuer (CollateralErbenbeitrag, Lacherbengeld, Abzugsgeld oder Abschofs), Nachsteuer (Nachschofs, Abfahrtgeld, Gabelle, zehnter Pfennig (v. EPPLENS Princip der t. Territorialverfass. §. 213. LANG a. a. O. 116.); Luxussteuer (von Artikeln des Luxus, v. ULMENSTEIN, S. 229). Von dem Diensthandel oder der DienstErwerbsteuer, s. MAYER, 97.

§. 302.

Fortsetzung.

III) Notwendig sind die meisten Steuern, weil ihre Entrichtung den Unterthanen zur Pflicht gemacht wird: freiwillig bringen gutgesinnte Staatsbürger, unter ausserordentlichen Umständen, ein Opfer auf den Altar des Vaterlandes [a]). IV) Die meisten Steuern sind heut zu Tage allgemein, für das ganze Land; doch giebt es zu Zeiten, oder hie und da, auch particuläre, die nur in einzelnen Bezirken des Staatsgebietes entrichtet werden. V) Benannt werden die Steuern, bald von der besteuerten Sache [b]), bald von der Ursache, dem Zweck, der Verwendung [c]).

a) LANG a. a. O. 52. Anders, v. ULMENSTEIN a. a. O. 161.

b) Real- oder Grundsteuer, Personal- oder Kopfsteuer, Rangsteuer, Vieh- oder Klauensteuer, Gewerbsteuer, Handelssteuer, Kapitaliensteuer, Mobiliensteuer, Fenstersteuer, Kutschensteuer, Erbschaftsteuer, Charaktersteuer, Pudersteuer.

c) Kriegs- und Militärsteuer, Garnisongelder, Festungs-Baukosten, Service, Prinzessinsteuer, Prinzen- oder Heimführungssteuer, Campagnegelder, Debit- oder Kammersteuer, Residenzbaukosten, Landtrauer- oder Beerdigungskosten, Besoldungssteuer, Lohnsteuer, Hofstaats-, Leibgarde- und Schlofswachsteuer, Bergwerkssteuer, Wasser- und Deichbaukosten.

§. 303.

Insbesondere Zoll.

Eine Art der Steuer ist der Zoll [a]) (Mauth, Aufschlag, Land- und Wasserzoll, vectigal, jetzt auch Licent, Impost), eine Abgabe an den Staat, oder die von ihm hiezu Berechtigten, von ein-, aus-, oder durchgehenden [b]) Waaren, sowohl Producten als auch Manufacturen. Man unterscheidet meist in der Quantität der Abgabe, bisweilen auch in der Benennung, oder in anderer Hinsicht, die Abgabe von Einfuhr (Importations- oder ConsumoZoll), Ausfuhr (Exportations- oder EsitoZoll), und Durchfuhr (TransitoZoll). Unter der ersten ist meist eine Consumtions-, nicht selten eine Luxussteuer begriffen.

a) Pütters Lit. III. 557. Klübers Lit. §. 1318 ff. Pfeffinger Vitriar. illustr. III. 492. v. Olenschlagers Erläut. der gold. Bulle, 198 ff. Bouquet droit public de France, 218. Moser von Steuersachen, 723. Biener de nat. et indole dominii in territ. Germ. 106. Fischers Cameral- und Polizeir. II. 415 ff. Schrebers Samml. verschied. Schriften, I. 1—30. Hun-

GERS Denkwürdigkeiten der Finanzgesch. in Sachsen (1790. 8.), S. 3 — 57. F. W. v. ULMENSTEINS Gesch. der Zölle in Teutschl. Halle 1798. 8.

b) Manche schränken den Begriff des Zolles auf die Abgabe von *durchgehenden* Waaren ein. — Von dem *Impost*, MOSERS Steuersachen, 778. — Von dem *Licent*, s. MOSERS nachbarl. Staatsr. 367. *Ebenders.* v. Steuersachen, 712. v. GÜNDERODE'S sämmtl. Werke, II. 116. Materialien zu der Statistik des niederrhein. und westphäl. Kreises, II. Jahrg. 1. Bd. (1783) Num. 1. PÜTTERS Rechtsfälle Bd. II, Th. 2, S. 391.

§. 304.

Fortsetzung.

Der Hauptzoll wird auf den Zollstätten der gewöhnlichen Strafsen entrichtet, der Wehrzoll a) (vectigal subsidiarium, s. secundarium) auf einer Nebenstrasse, hauptsächlich zu Verhütung des Unterschleifs b). PersonalZölle kommen, seit Aufhebung des JudenLeibzolles, nicht leicht vor. Zollbefreiung c) wird jetzt selten ertheilt. Verleihung, Erhöhung, Verlegung des Zolles steht, in der Regel, dem Regenten zu. Selten ist jetzt der Zoll, als StaatsServitut, eine Berechtigung in fremdem Gebiete d). Bisweilen wird mit der WasserZollgerechtigkeit das Kranrecht (jus geranii) verbunden e).

a) Ant. HOFMANN de vectigalibus subsidiariis. Mog. 1787. KLÜBERS kl. jur. Bibl. XII. 435. MOSER a. a. O. Cap. XV, §. 39. SCHLETTWEINS Staatsmaterialien, I. 4.

b) Von ZollDefraudationen. G. C. Klügel pr. de commissis fraudatorum vectigalium causa. Viteb. 1785. 4. Klübers kl. jur. Bibl. III. 358.

c) Pütters u. Klübers Lit. §. 1320. E. St. Melchiors diss. de immunitate a vectigalibus. Mog. 1792. J. F. Reitemeier über Zollfreiheit. Frf. a. d. O. 1798. 8. — Völkerrechtliche Zollfreiheit der Gesandten. v. Martens Völkerr. §. 224.

d) Mosers nachbarl. Staatsr. 349.

e) Moser von Steuersachen, 776. Eisenharts Stadt- und Bürgerrecht, 293. Windscheid comm. de stapula, §. 30. sqq. Estors bürgerl. Rechtsgel. I. 2286 f. Klübers Lit. 428.

§. 305.

Rechtmäsigkeit und gleiche Vertheilung der Steuer.

I) Nur was das wahre Staatsbedürfniss unvermeidlich erfordert, darf den Unterthanen aufgelegt werden. II) Die Staatspflicht ist bei allen Unterthanen, als solchen, dieselbe. Daher gilt, bei Vertheilung der Steuer, das Princip der Gleichheit [a]), ohne Unterschied, ob die Rede ist von Auflegung neuer Steuern, von Erhöhung oder Ausgleichung der ältern (§. 299), von ordentlichen oder ausserordentlichen.

a) (v. Hendrichs) Gedanken über die allerwichtigste Angelegenheit Teutschlands, Th. III (1796. 8.), S. 63 ff. G. Sartorius Handb. der Staatswirthsch. §. 92. 103 ff. In der Constitution du royaume de Westphalie, art. 16, heisst es: „Le système d'imposition sera le même pour

toutes les parties du royaume. L'imposition foncière (Grundsteuer) ne pourra dépasser le *cinquième* du revenu. "

§. 306.

Steuerfreiheit. Verwendung der Steuer. Landständische Concurrenz.

I) Steuerfreiheit [a]), ganz oder zum Theil, ist nur dann zulässig, wenn der Staatszweck solche gebietet [a]). Ob und wiefern Steuerfreiheit der Domänen, der standesherrlichen Kammergüter, der Rittergüter [c]), der StadtkämmereiGüter [d]), der geistlichen Güter [e]), der Forensen [f]), statt finde? ist aus der Verfassung eines jeden Landes, zum Theil aus Individual- und LocalVerhätnissen, zu beurteilen. II) Verwendung der Staatsauflagen zu einem andern als dem Staatszweck, wäre widerrechtlich. III) Concurrenz der Landstände, bei Auflegung, auch wohl Erhebung und Verwendung der Steuern, kann nach der StaatsConstitution notwendig seyn (§. 183).

a) Pütters Lit. III. §. 1148. Klübers Lit. 319 ff. — Von Gesetzen, Verträgen, unvordenklicher Verjährung, in Absicht auf Steuerfreiheit. Pütter a. a. O. §. 1149. Klüber a. a. O. Leyser Spec. 670. m. 30. sqq. Moser a. a. O. 472 ff. 479. Westphals Staatsr. 159. Pütters Rechtsf. Bd. IV, Th. 1, Resp. 352. Ledderhose's kleine Schriften, Bd. I, Anh. 2.

b) Z. B. persönliche Steuerfreiheit, für Dienste, welche der Staat belohnen mufs. Räthlich ist sie selten. — Vergl. übrigens PÜTTERS Lit. III. 368. KLÜBERS Lit. §. 1148. WESTPHALS Staatsr. 159. PÜTTER instit. jur. publ. germ. §. 258. — Von einem pactirten AversionalQuantum, v. RÖMERS kursächs. StR. II. 661 ff. PÜTTERS Erört. III. 96 — Aufhebung aller Steuerfreiheit, auch der Domänen, in dem Grofsherzogthum *Hessen*, durch Verordnungv. 1. Oct. 1806. Desgleichen in dem Königreich *Baiern*, durch Verordn. v. 8. Jun. 1807, in d. baier. Regier. Blatt., 1807, Num. 25. Eben so in dem Grofsherzogthum *Berg*, in dem Sept. 1806. Rhein. Bund, II. 255. Auch in dem Königreich *Westphalen*, durch ein Decret v. 8. Januar 1808.

c) PÜTTERS Lit. III. §. 1150. MOSER a. a. O. 463. HÄBERLINS Staatsarchiv, Heft X, S. 122. F. K. HAUSMANNS Beitr. zur Kenntnifs der kursächs. Landesversamml., Th. I, Num. 4. — Von der Verpflichtung der Befreiten zu ausserordentlichen Steuern. MEVIUS P. VII. dec. 420.

d) MAJERS weltl. Staatsr. III. 159,

e) PÜTTERS Lit. III. 1151. KLÜBERS Lit. 319. MOSER a. a. O. 454. WESTPHAL a. a. O. 231 ff.

f) PÜTTERS Lit. III. 373. MEVIUS P. II. dec. 72. 372. MOSER a. a. O. 485. CRAMERS wezl. Nebenst. XVII. 78. MYNSINGER cent. 2. obs. 22.

II. ABSCHNITT.

STRASSEN- UND GELEITSREGAL.

§. 307.

StrassenRegal.

Das Strassen- oder WegeRegal a) (jus viarum regium), das Recht der Oberherr-

schaft über alle Wege in dem Staatsgebiete, steht dem Staate zu. Ueber die öffentlichen Wege gebührt ihm auch das Eigenthum, über die Heer-, Land-, Post- und Geleitsstrassen (vias regias, consulares, praetorias, militares, communes, ordinarias), die inländischen Commerzial-, Communications- und Postwege (vias urbicas), die Wasserstrassen auf Flüssen, Seen, oder Kanälen, auch über die Dorfwege [b]) (vias vicanas), sofern diese nicht GemeinheitsEigenthum sind. Das Recht der Privat, Feld- und Nachbarwege (jus viarum privatarum) steht, unter höchster Aufsicht des Staates, Privatpersonen zu, die solche auf eigenem Grundeigenthum angelegt haben und unterhalten, oder auf fremden Grundeigenthum dazu befugt sind [c]). Die Eigenschaft einer Chaussée, Kunst- oder Dammstrasse, eines Strassendammes, welche allen Arten der Wege beigelegt werden kann, ändert hierinn nichts.

a) Klübers Lit. 426. J. A. Reuss de viarum publicarum munitione, vulgo Chausséebau. Stuttg. 1782. 4. Leyser Sp. 501. Strube Th. IV, Bed. 19 u. 121. Westphals Staatsr. 377. Fischers Cameral- u. Polizeir. II. 393. v. Römers kursächs. Staatsr. II. 807 ff.

b) Jo. Schack diss. de jure in platea, DorfstrassenGerechtigkeit. Jena. 1744.

c) Fischers Cameral- u. Polizeirecht, II. 521 ff.

§. 308.

Fortsetzung.

Die neue Anlegung öffentlicher Wege a), der Strassenbau, die Verlegung derselben, sofern solches mit dem wohlerworbenen Rechte eines Dritten vereinbar ist b), auch die Wegebesserung c), und die Bestimmung einer Vergütung für den Gebrauch der Wege, des Wege-, Pflaster- oder Chausséegeldes d), auch des Brücken- e) und Fährgeldes f) bei öffentlichen Wasserstrassen, hängt von dem Regenten ab. So auch die StrassenGerichtbarkeit g), die Bestimmung des Wegmaases oder der Meilen h), und die Einrichtung der Wege- und ChausséeOrdnungen. Die Strassengerechtigkeit kann einem fremden Staate, als Staatsdienstbarkeit zustehen i).

a) G. T. Miller diss. de eo q. j. e. circa vias publicas et militares (Giess. 1776), p. 53. Vergl. Reuss l. c. §. 26. sqq. — Beiträge der Unterthanen zu dem Strassenbau, durch Geld, Hand- und Spanndienste. Repartition derselben.

b) Mosers Zusätze zu s. neuen Staastr. II. 1200. III. 1152. Ebendess. nachbarl. Staatsr. 438.

c) Reuss l. c.

d) Reuss l. c. §. 44. Westphal a. a. O. J. C. L. de Schellwitz diss. de exactione pecuniae pro viis publicis pontibusque solvendae. Frf. et Lips. 1777.

KLEINS Rechtssprüche, Bd. IV, Num. 22. Von städtischem Wege- und Pflastergeld, J. H. BOEHMER consult. T. I. P. 2. resp. 28.

e) SCHELLWITZ l. c.

f) F. L. CANCRINS Abh. von dem Wasserrecht (Halle 1789. 4.), S. 63 ff.

g) C. W. de WINCKLER pr. I. et II. de jurisdictione criminali in via regia. Lips. 1786. (Oder corollarium jur. crim. 19. et. 20.) PUFENDORF de jurisdict. germ. 609. 610.

h) FISCHERS Kameral- u. Polizeirechte, II. 396.

i) Durch eine Convention, geschlossen zwischen Frankreich, dem König von Sachsen, und dem König von Preussen den 13. Oct. 1807, gemäfs dem franz. preufs. Frieden zu Tilsit, Art. 16, erhielt das Königreich Sachsen nebst dem Herzogthum Warschau, als Staatsdienstbarkeit, durch *Schlesien* eine *Heer- und Commerzialstrasse* und *drei Commerzialstrassen*, *freie Schiffahrt* auf der Netze, Warte und Oder u. d. m. Rhein. Bund, XVI. 37. Journal politique de Mannheim, 1808, n. 55. 56

§. 309.

Geleitsrecht.

Das Geleitsrecht [a]), die Befugnifs, den Reisenden und dem WaarenTransport auf der Geleitsstrasse, gegen eine Abgabe (Geleitsgeld), Sicherheit zu verschaffen, ist ein Regal; ehehin nicht selten eine Staatsdienstbarkeit [b]). In dem letzten Fall hat der Geleitsherr, im Zweifel, keinen Anspruch auf das übrige Wegeregal [b]). Lebendiges Geleite zu nehmen, hängt ab, in der Regel, von der Willkühr

der Interessenten: todtes oder schriftliches (Geleitspaſs oder Zeichen) sind die Geleitspflichtigen zu lösen schuldig, bei Strafe [d]).

a) PÜTTERS Lit. III. 557. KLÜBERS Lit. §. 1317. HALTAUS glossar. h. v. FISCHERS Gesch. des t. Handels, II. 6. *Ebendess.* Kameral- und Polizeirechte, II. 438. WESTPHALS Staatsr. 401.

b) Ahasv. FRITSCH de viis publicis, c. 12. MOSERS nachbarl. Staatsr. 490. C. L. W. BUFF diss. de conducendi jure per Wetteraviam. Giess. 1771.

c) REUSS l. c. p. 89. Anders, BUFF l. c.

d) Ob und wie weit Beraubung auf der Geleitsstrasse, den Geleitspflichtigen berechtigt, *Entschädigung* von dem Geleitsherrn zu fordern? WESTPHAL a. a. O. JARGOW von d. Regalien, 294.

III. ABSCHNITT.

COMMERZREGAL.

§. 310.

CommerzRegal.

Eines der wichtigsten Hoheitsrechte, in Absicht auf innern Wohlstand und StaatsFinanzen, ist das CommerzRegal (jus commerciorum regium), das Recht des Staates auf Leitung und Benutzung aller Arten des Handels zu dem Staatszweck [a]). Nicht nur die Oberaufsicht und Gesetzgebung über das gesammte Handelsgewerbe, zu Wasser und

zu Lande, ist darunter begriffen, sondern auch die Leitung und Beförderung des Handels, auch des ausländischen, so dafs bei diesem, womöglich, die Handelsbilanz stets zu dem Vortheil des Inlandes ausfalle. Zu diesem Zweck dient, unter andern, die Schliessung vortheilhafter Handels- und Schiffahrts-Verträge mit auswärtigen Staaten [b]).

a) PÜTTERS Lit. III. 548. KLÜBERS Lit. §. 1307. JARGOW von den Regalien, 270. MOSER von Gnadensachen, 223. — Von dem teutschen Handel, s. MEUSELS Lehrb. der Statistik (3. Ausg. 1804), 48.

b) v. STECKS Versuch über Handels- und SchiffahrtsVerträge, S. 12 f. MOSERS nachbarl. Staatsr. 610.

§. 311.

Messen und Märkte. HandelsPrivilegien.

Zu den Gegenständen des CommerzRegals gehört auch: die Anlegung der Messen, Jahr- und Wochenmärkte [a]), mit Mefs- und Marktfreiheit; die Ertheilung der HandelsPrivilegien [b]) (jus emporii) für Gemeinheiten, Societäten und Einzelne, der Vorkauf (jus propolii), die Lagerhaus- oder Niederlagsgerechtigkeit, die Wagegerechtigkeit, das Kranrecht, die Stapelgerechtigkeit, zu gezwungener Feilbietung aller, oder bestimmter Waaren, binnen einem bestimmten Zeitraum, der Strassenzwang, das Recht des

Alleinhandels [c]) (Monopolien), die Errichtung der KaufmannsGilden und KrämerInnungen, der Giro-, Deposital- oder UmsatzBanken, der Zettel-, Wechsel- oder Cirkulations-Banken, der CreditCassen, der Pfand- oder Leihhäuser [d]) (Lombards) u. d.

a) PÜTTERS Lit. III. 590 ff. KLÜBERS Lit. 450 ff. MOSER von d. Landeshoh. in Gnadens. 73. 76. FISCHERS Cameral- und Polizeir. III. 215. RUNDE'S t. Privatr. §. 463. LOBETHANS Grunds. des Handlungsr. §. 99. 103 f. PFEFFINGER Vitriar. illustr. III. 167. G. H. AYRER diss. princeps politiam circa commercia et studia civium suorum rite adornans (Goett. 1746), p. 74. sqq. — Manche Städte erhielten ehehin Privilegien, dafs, innerhalb eines bestimmten Bezirks, keinem andern Orte Mefsgerechtigkeit soll ertheilt werden. AYRER l. c. p. 78. 80. — Von der *Markt*fahne, SCHRÖTERS verm. Abhandl. I. 306. — Von den Mefsfreiheiten, v. MARTENS Handelsr. §. 31.

b) PÜTTER u. KLÜBER a. a. O. JARGOW von d. Regalien, 288. WINDSCHEID de stapula, §. 9. sqq. AYRER l. c. p. 76. 124. EISENHARTS Stadt- u. Bürgerr. 288 ff. FISCHER a. a. O. II. 415. III. 34. 205. 208. *Ebendess.* Gesch. des t. Handels II. 292. BUSCH Darstell. der Handl. I. 196.

c) MOSER v. Gnadensachen, 262. v. ROTHS Staatsr. d. R. Lande II. 138. KLÜBERS Litt. §. 1345 [b]. *Freie Concurrenz* befördert Handel, Fabriken und Production. *Verbote* erregen Gefühl des Unrechtes, und reizen zu Schleichhandel und Defraudation, mithin zu Unsittlichkeit.

d) P. J. MARPERGER montes pietatis Romanenses. Lips. 1715. 8. rec. c. J. H. G. de JUSTI, ib. 1760. 8. L. J.

Meyer diss. de montibus pietatis. Giess. 1743. C. G. Heindel diss. super monte pietatis. Lips. 1762. J. G. Krünitz Encycl. voc. Leihhäuser.

§. 312.

HandelsPolizei. Handel der Fremden. Handelsgerichte.

Ferner gehört dahin: die Anordnung zweckmäsiger HandelsPolizei [a]), die Beförderung der inländischen Gewerbe, zu Vermehrung, Veredlung und Verarbeitung der LandesProducte, Bestimmungen für Maas, Elle und Gewicht [b]), auch Waarenpreise, die Verhütung des Schleichhandels bei unbedingtem oder bedingtem Verbot der Ein-, Aus-, oder Durchfuhr gewisser Waaren; die Aufsicht und Gesetzgebung über das Assecuranz-, Bodmerei- und GroſsAventüreWesen; Bestimmung des Verhältnisses der Fremden, in Hinsicht auf den inländischen Handel [c]); Errichtung eigener Handels- und Wechselgerichte, zu Erlangung schleuniger Rechtshülfe [d]) u. d. m.

a) Moser von der Landeshoheit in Polizeisachen, 223 ff. Ayrer diss. cit. Sect. II. §. 10. Lobethans Handlungsr. §. 7 ff. — Die *niedere MarktPolizei* wird gemeiniglich den städtischen Magistraten, und andern niedern oder mittlern Polizeibehördern überlassen. Ayrer l. c. p. 113. 117. Fischer a. a. O. III. 214. Eisenhart a. a. O. 289. Lobethan a. a. O. §. 106.

b) M. R. B. Gerhardts Handb. der teutschen Münz-, Maas- und Gewichtskunde. Berl. 1788. 8.

c) G. L. Boehmer diss. de jure principis libertatem subditorum restringendi in utilitatem subditorum, §. 24. sq. (in dessen Electis, III. 194.) — Französische und königl. sächsische *Staatsdienstbarkeit*, wegen des Transitohandels, in PreussischSchlesien, und preussische in dem Königreich Sachsen, oben §. 137 Note d. Rhein. Bund, XVI. 37.

d) Moser von der Landeshoh. in Justizsachen, Cap. 3. Siebers gerichtl. Prozeſs, I. 192. Selchow elem. jur. germ. priv. §. 219. 668. v. Martens Handelsr. §. 35.

IV. Abschnitt.

M ü n z R e g a l.

§. 313.

Verhältniſs des MünzRegals in den rheinischen Bundesstaaten, im Allgemeinen.

Jeder rheinische Bundesfürst ist, als Souverain, zu Ausübung des MünzRegals [a]), nach dessen ganzem Umfang, innerhalb seines Staatsgebietes, ausschliessend [b]) berechtigt. Der allergröſste Theil des Geldes, welches jetzt in den rheinischen Bundesstaaten in Umlauf ist, ward vor Errichtung des Rheinbundes geprägt; sonach ist derselbe nach der gleichzeitigen teutschen ReichsMünzverfassung zu beurteilen. Aber auch seit der Stiftung des Rheinbundes betrachtet man, wo nicht in allen, doch in den meisten rheinischen

Bundestsaaten, jene ältern Normen grossentheils als solche, zu deren fortwährender Befolgung jetzt noch eigenes Interesse nötigt. Daher ist eine zwar gedrängte, aber doch möglichst vollständige Abhandlung dieser so wichtigen und practischen Materie, nach der vormaligen ReichsMünzverfassung, historisch-politisch wichtig, und publicistisch nötig.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 562 ff. KLÜBERS Lit. §. 1322 ff. Ge. Andr. Sept. v. PRAUNS gründl. Nachricht von dem Münzwesen insgemein, insbesondere von dem teutschen Münzwesen älterer und neuerer Zeiten. Gött. 1739. 2. Aufl. Helmst. 1741. Dritte verb. u. verm. Aufl. (von J. F. KLOTZSCH) Leipz. 17 4 8. J. G. KRÜNITZ ökonom. techn. Encyclopädie, fortges. von H. G. FLÖRCKE, Bd. 97 u. 98, Art. Münze.

b) Das ehemalige Münzrecht der *subjicirten* und *supprimirten* teutschen reichsständischen Landesherren, und anderer münzberechtigter, unmittelbarer oder mittelbarer, *Reichsangehörigen*, welche, bei Errichtung des Rheinbundes, die Souverainetät nicht erlangt haben, ist erloschen, durch Auflösung der Reichsverfassung.

§. 314.

Das MünzRegal war, in dem teutschen Reich, kaiserliches Reservat.

I) Die Münzgerechtigkeit, das Recht Geld zu prägen, war noch in der neuesten Zeit der teutschen Reichsverfassung, kein Bestandtheil der Landeshoheit, sondern kaiserliches Reservat[a]). Jeder Münzherr

bedurfte kaiserlicher Verleihung, oder unvordenklicher Verjährung [b]). II) Der Kaiser unmittelbar pflegte das Münzregal nicht mehr auszuüben [c]), obgleich er ursprünglich dieses ausschliessend gethan hatte [d]). III) Münzprivilegien konnte der Kaiser, in neuern Zeiten, nicht ertheilen, ohne Einwilligung der Kurfürsten, und ohne vorher den Kreis zu hören, worin der Münzstand gesessen war. Dasselbe galt von der Münzverleihung an Mittelbare; wobei überdem die Mitinteressirten zu vernehmen waren [e]). IV) Schon in der frühern Periode des Mittelalters erfolgten etliche kaiserliche Münzverleihungen [f]); dann andere an die Kurfürsten [g]), nach und nach häufiger auch an andere Reichsstände [h]), vorzüglich geistliche; sogar an landsässige Reichsstände, an nichtreichsständische Reichsunmittelbare [i]), an mittelbare Fürsten, Aebte, Grafen, Edelleute und Städte [k]), jedoch vielfältig mit Einschränkung [l]), und reichslehnbar. V) Die Reichsvicarien waren zu Ertheilung des Münzrechtes nicht befugt [m]).

a) Reichsmünzordn. 1559, §. 30. 176. R. A. 1570. §. 132. Wahlcap. IX. 6. 7. 11. MYLER ab EHRENBACH de princ. et stat. imp. 628. LEYSER Sp. 529. MOSER v. Rstagsgeschäften 1377 f. v. BEUST sciagraphia juris monetandi (1745. 4) 132. — Wider klare Reichsgesetze behaupteten das Gegentheil: LUDEWIG, SPENER,

Rossmann, J. T. Carrach u. F. C. J. Fischer in d. Kameral- u. Polizeir. III. 376 ff. — Denen Reichsständen, die eigene Bergwerke haben, legte das Münzrecht, zu Ausmünzung ihrer Ausbeute, ipso jure bei, Moser v. Rstagsgesch. 1377. Allein die von ihm angef. Reichsgesetze sprechen nur von *solchen*, mit Bergwerken versehenen Ständen, „die Münzensfreiheit haben."

b) *Wahlcap.* (1663 u. 1711.) IX. 7.

c) Ausnahmen machten Franz I. seit 1748, u. Joseph II. 1765. Grellmanns Staatskunde v. Teutschl. I. 104. Heinrichs Gesch. d. t. Reichs VIII. 266.

d) De Bünau de jure circa rem monetar. in Germania, c. 2. §. 22. sqq. Fleischers instit. jur. feud. 374 ff. Schöpperlins kleine hist. Schriften, I. 340. Rössigs Alterthümer d. Teutschen, 503.

e) Wahlc. IX. 6. 11.

f) Die älteste 873, nach Schöpflin Alsat. illustr. II. 319. Ein älteres Beispiel von 833, für die Aebte zu Corvey u. Prüm, s. in Gebhardi geneal. Gesch. der erbl. Reichsstände, I. 150. Ein Beispiel von 1056 für St. Maximin, in Calmet hist. de Lorraine, I. 447. Beispiele für Dynasten, aus dem 12. u. 13. Jahrh. bei Gebhardi a. a. O. 166. 220.–269. u. in (Fritz) Beitr. z. henneberg. Bergwerks- u. Münzwesen, in Meusels Geschichtforscher VI. 1 — 30. de Bünau l. c. c. 2. §. 25. sqq.

g) A. B. X. 1. 3. Gerstlacher IV. 498.

h) Pfeffinger III. 459. Olenschlagers Erläut. d. G. B. 204. Köhlers Münzbelust. XXI. 41.

i) Moser v. Rstagsgeschäften 1382, Maders reichsrittersch. Magaz. VII. 337.

k) Pfeffinger III. 481. Moser a. a. O. 1383. Beust 134. Bünau c. 2. §. 46. Gebhardi a. a. O. I. 597.

MERKAU'S Miscell. I. 83. HESSEL diss. de jurib. civitatum imperial. (Alt. 1789), p. 34. C. F. EVERS meklenburg. Münzverfassung (1798. 8.) II. 38. Münzen der *Domcapitel*, während einer Sedisvacanz. MOSER a. a. O. 1383. KLÜBERS kl. jur. Bibl. XIX. 326. Schwäbische *Kreismünzen* von 1694 u. 1737, *ebendas.* 1385. In Städten waren zuweilen *Münzjunker*, *Münzbürger* u. *Hausgenossen* auf das Münzrecht privilegirt. de BÜNAU l. c. c. 2. §. 23. 47. FLEISCHER l. c. 381. C. G. BUDER diss. de monetariis principum ac civitatum Germaniae, dictis Hausgenossen. Jen. 1751.

l) Z. B. auf Wiederruf, auf silberne Münzen, auf Heller und Pfennige u. d. Beispiele von 1393 u. 1398, in MEUSELS Geschichtforscher, I. 150 ff. II. 296. Kaiserliche *Verpfändung* des Münzrechtes v. 1431, in BEYSCHLAGS Beitr. zu d. Kunstgeschichte der Reichsstadt Nördlingen, St. IV u. V. (1800.) 50 ff.

m) LIMNAEUS ad capit. Matthiae, art. 34. n. 6. p. 569. Anderer Meinung sind, de BÜNAU l. c. c. 3. §. 4. u. BEUST 100. Die R. Vicarien bedienten sich, auf ihren eigenen Münzen, des Vicariatswappens u. Titels. MOSER v. röm. Kaiser, 794. FLEISCHER l. c. 383. sq. KÖHLERS Münzbelust. XIII. 73. 79. XIX. 321.

§. 315.

Geld. Münze, reelle und fingirte.

Geld (pecunia) ist eine Sache, deren Tauschwerth als Maasstab des Tauschwerthes anderer Sachen (als repräsentirendes Remedium) dient. Münze (moneta) ist ein, von der Staatsgewalt beglaubigter Maasstab für den Tauschwerth der Dinge. Reelle Münzen (Numéraire effectif) sind geprägte, d. h. mit Zeichen ihres

Tauschwerthes versehene Geldstücke, gewöhnlich von Metall (klingende Münze). **Fingirte, idealische** oder **Rechnungsmünzen** [a]) sind ein unkörperlicher Maasstab für den Tauschwerth der Dinge, mithin auch der reellen Münzen, z. B. Reichs- oder rheinische, fränkische und meifsnische Gulden, Thaler, Reichsthaler, Mark u. d.

a) STEWARTS Staatswirthschaft, Buch III, Cap. 1. MONTESQUIEU esprit des lois, liv. 22. ch. 3. Ad. SMITH's Untersuchungen über die Natur u. die Ursachen des Nationalreichthums (Breslau 1794), Bd. I, Buch I, Cap. 4, S. 38 ff. J. B. SAY traité d'économie politique (Paris 1803. 8.), T. I. liv. 2. — Die *Rechnungsmünzen* sind theils *allgemeine*, wonach jeder Ort desselben Münzbezirks im gemeinen Handel rechnet, z. B. rheinische Gulden; theils *besondere*, wonach man nur bei besondern Gelegenheiten rechnet, z. B. bei dem Wechselhandel. Ihr *Zahlwerth* ist doppelt: 1) *Ortswerth*, d. h. Valuta, wonach die Münze an demselben Ort bezahlt wird, z. B. nach *Banco*- oder *Currentgeld* (über Banco, Courant u. Münze, von OEDER, in SCHLÖZERS Staatsanz. XLVII. 310.); 2) *fremder* Werth, den die Münze an einem andern Orte hat, und der aus des Orts Münzfufs hergeleitet ist. — Die *Wechselmünzen* oder *Wechselpreise*, wonach man an einem Ort Wechsel auf einen andern Ort erhandelt, oder verkauft, sind meist Rechnungsmünzen der beiden Oerter, für den einen nach einem beständigen, für den andern nach einem durch die jedesmaligen *Curszettel* angezeigten veränderlichen Werth. J. F. LORENZ Grundrifs der reinen und angew. Mathematik, Th. I (1798), S. 129. Von dem *Wechselcurs*, s. die Anweisungen und Tabellen von KRUSE, NELCKENBRECHER, GERHARDT, AUB-

Flügel, Kampke, Lenz, Euler, Wagner u. a. J. G. Büsch über Geld- und Wechselcurs, Münzen, Pari u. s. w. Hamb. 1801. 8.

§. 316.

Form und Materie der reellen Münze.

Bei reellen Münzen kommt in Betrachtung: 1) die Form, insonderheit das Gepräge, welches den Zahlwerth (Valuta), Jahrzahl, Namen, Titel und Wappen, auch wohl das Bildniſs des Münzherrn [a]) enthält; wo die Wappenseite die Kehr- oder Rückseite (Revers), die andere die Hauptseite (Avers) heiſst; 2) die Materie, jetzt Gold, Silber, Kupfer. Silber wird mit Kupfer, Gold mit Silber, oder Kupfer, oder beiden legirt oder beschickt (zusammengeschmolzen). Diese Mischung oder zusammengeschmolzene Masse, das edle Metall nebst der Zuthat, nennt man das Korn, d. i. Gehalt, Feinheit, Beschaffenheit oder Bestandtheile der Münze: das Gewicht einer Münzsorte heiſst ihr Schrot [b]). Die Münze wird geschätzt nach dem quali et quanto. Bei der Fabrikation muſs daher nicht nur für die Richtigkeit des Gehaltes, sondern auch für Gleichheit oder Identität der individuellen Stücke einer Münzsorte, gesorgt werden.

a) GERSTLACHERS Handb. d. Reichsgesetze, IX. 1677 f. Nach der ReichsMünzordn. 1559, §. 10, sollte auf der Hauptseite das *Reichswappen* stehen. KÖHLERS Münzbelust. I. 157 ff. Dawider, s. in Ansehung der kurfürstlichen Münzen, v. LUDEWIGS Erläut. d. G. B. I. 901. Es ist aber dieses jetzt willkührlich geworden. KÖHLERS Vorrede zu v. PRAUNS Nachr. von d. Münzwesen, XX. ff.

b) *Fein* Gold, oder Silber ist ohne Zusatz. Man bedient sich hiezu jetzt des *kölnischen Markgewichtes*. Eine Mark reines Gold oder Silber, heifst eine *feine* Mark oder eine Mark *fein*; eine Mark des legirten oder beschickten Metalls, heifst eine *rauhe* Mark oder eine Mark *rauh*. — Eine Mark *Gold* hat 24 Karat, jedes zu 12 Gran. Eine Mark *Silber* hat 16 Loth (oder 8 Unzen), oder 64 Quintchen (1 L. hat 4 Q.), oder 256 Pfennige (1 Q. hat 4 Pf.) oder 512 Heller (1 Pf. zu 2 H. oder 17 Gran, As, oder Eschen), oder 4352 Gran, As, oder Eschen. Ausserdem giebt es für den Pfennig noch eine idealische Subdivision, den Richtpfennig; jeder Pfennig wird in 256 Theilchen, also die Mark in 65, 536 Theilchen getheilt. v. PRAUN, 19 ff. — 23 karatiges Gold, und 14 löthiges Silber heifst z. B. wenn in einem Stück Gold 23 Theile fein, und in einem Stück Silber 14 Theile fein sind; ihr Gehalt wird dann ausgedrückt durch 23/24 oder 14/16 u. d. m. — Zu Prüfung (Valvation) einer Münze auf der Capelle, bedient sich der *Münzwardein* einer feinen Wage, der *Probirwage*, und eines verjüngten Gewichtes, des *Probirgewichtes*, z. B. in Silber die Mark zu 16 Loth, jedes zu 18 Gran, also die Mark zu 288 Gran. Ausserdem dienen auch zu minder genauer Valvation, ein *Probestein* und richtig legirte *Probir*- oder *Streichnadeln*, dünne Stifte, aus einer verschiedenen Zusammensetzung der edeln Metalle verfertigt. — Von dem anderswo üblichen Markgewicht von *Troyes* in Champagne, die Mark zu 4608,

Gran verhält sich zu dem kölnischen wie 100 zu 104 3/4) so daſs 19 solche Marken, 20 kölnische ausmachen, s. KÖHLERS Münzbelust. VIII. 327. — Von dem Gehalt der bekanntern *Gold*- und *Silbersorten*, s. F. G. BUSSE Kenntnisse und Betrachtungen des neuen Münzwesens für Deutsche. 2 Theile. Leipz. 1795. 8. M. R. B. GERHARDTS Handb. der t. Münz. Maas - und Gewichtkunde. Berl. 1788. 8. G. H. BUSSE vollständ. Handb. der Geldkunde. Theoret. Theil. Erf. 1801. Prakt. Theil, in 2 Bänden. Erf. 1801. 8. Andr. WAGNERS Münz - u. Wechseltabellen (Leipz. 1804. 4.) S. 293 ff. *Ebendess.* Münz- Maas- u. Gewichtkunde. Leipz. 1806. gr. 8. Geld - und Münzwissenschaft. Nürnb. 1807. 4. BECKMANNS Technologie, 507. HILDEBRANDTS Anfangsgr. der Chemie, II. §. 1710. 1767. GRENS Handb. der Chemie, §. 2538. 2549. LORENZ a. a. O. I. 131 ff. — Von dem Werth der *ehemaligen* Münzen, s. PÜTTERS Lit. III. 570. KLÜBERS Lit. 436.

§. 317.

Münzfuſs.

Der Münzfuſs ist eine Bestimmung für Korn, Schrot und Kaufwerth einer Münze. I) In Silber sind jetzt provisorisch, bis zu einer völligen Gleichförmigkeit, oder andern Bestimmung, vorzüglich gangbar, vier verschiedene Münzfüſse [a]: der Achtzehngulden- oder Leipziger Fuſs von 1690 [b]; der Zwanziggulden- oder Conventions-Fuſs seit 1753 [c]; der Einundzwanziggulden- (kurbrandenburgische oder graumannische) Fuſs, seit 1750 und 1764 [d];

und der VierundzwanzigguldenFufs [e]). II) In Gold sind vier Münzfüsse accreditirt: der rheinische GoldguldenFufs [f]); der DucatenFufs [g]); der Pistolen- oder Louisd'orFufs [h]); der Severinen- oder Souveraind'orFufs [i]). III) In Kupfer werden nur hie und da geringe Scheidemünzen geprägt [k]). IV) In dem Königreich Westphalen soll das neufranzösische Münz-, Maas- und Gewichtssystem eingeführt werden [l]).

a) Es giebt noch mehrere, und sogar *locale* Münzfüsse, z. B. den *lübischen* (die Mark fein, in grobem Courant, zu 11 1/3 Thaler, PRAUN, 118); den neuen *dänisch-holsteinischen*, den 22 Fl. Fufs u. d. — *Neunzehn* teutsche Münzfüsse in Silber, zählt M. R. B. GERHARDT in d. allgemeinen Contoristen (Berl. 1791, 2 Th. in 4.) Art. Deutschland, I. 104. — Von dem Geldfufs der *hamburger* Bank, s. v. PRAUN, 193. J. G. BUSCH über Munzen (1801. 8.), S. 9 ff. — Von der ehemaligen Reichs*Kammergerichtswährung* (einen Kammergulden zu 78 Kreutzer u. 2 u. 10/23 Heller), s. ebend. 113.

b) Seither nur noch hannöverisches, auch schwedisch-pommerisches Cassengeld, den Louisd'or zu 4 Rthlr. 11 ggr. v. PRAUN, 185. Die Mark fein ward im Grobcourant, bis auf 1 gute Groschenstücke, zu 12 Rthlr., in den feinen kurbraunschweigischen 2/3 Stücken aber nur zu 11 11/12 Thaler ausgebracht.

e) v. PRAUN, 156. 184. 189. PÜTTER über d. Werth der Conventionsmünze. Gött. 1784. 8. In Oestreich und in den Münzen K. Franz I. schon seit 1748. Daher

heifst er auch *Wiener Währung* (Kaisergulden) Heinrichs Gesch. des t. Reichs, VIII. 266 f. Praun, 153.

d) Preussisches Silbergeld, v. Praun, 154 f.

e) v. Praun, 160. 180. 191. Im Grunde ist es, meist sogar in dem Gepräge, der 20 Fl. Fufs, nur mit Erhöhung des Zahlwerthes um 20 pro Cent.

f) In der ReichsMünzordn. 1559, ist die rauhe köln. Mark zu 18 Karat 8 Gran fein und 72 *Goldgulden* bestimmt. Allein es werden jetzt, nach dem rheinischen G. G. Fufs, von 18 1/2 Karat. Gold und 3 Kar. 8 Gr. Silber ausgebracht: Carolinen zu 3 Goldg. 24 Stücke, baierische Maxd'or zu 4 Goldg. 18 Stücke, rheinische Goldgulden 72 St.

g) 67 Stück *Ducaten* auf die rauhe Mark werden ausgebracht: reichsgesetzmäsig von 1559 (u. 1761) zu 23 2/3 Kar. fein das Stück 72 40/67 As schwer; holländischer Ausbringung 23 7/12 Kar. fein; hamburger Passir-Ducaten 23 1/2.

h) *Pistolen* zu 21 3/4 Kar. fein, 35 St. auf die rauhe, u. 38 18/29 St. auf die feine Mark. Oder im Durchschnitt PassirPistolen zu 21 2/3 Kar. fein, 35 3/5 St. auf die rauhe, und 39 13/30 St. auf die feine Mark, so dafs 197 1/6 Rthlr. in PassirPistolen à 5 Rthlr. auf die Mk. fein gehen. Dieser Münzfufs, nach welchem auch Georgs-, Christians-, August-, Friedrichs-, Friedrich Wilhelms-, Carlsd'or u. s. w. ausgeprägt werden, kam auf, als 1726 in Frankreich die alten Louisd'or abgesetzt u. in die Münzhäuser verwiesen wurden.

i) Der *Souverainď'or*Gehalt ist: 22 Kar. 3/4 Gr. fein, und 21 1/12 doppelte Stücke auf die köln. Mark. Er wird zu Wien, ehehin auch in den östreichischen Niederlanden, geprägt.

k) v. PRAUN, 174.

l) Constitution du royaume de Westphalie, art. 17 et 18. Von diesem neufranzösischen System, s. MEUSELS Statistik (3. Ausg. 1804), S. 257. J. F. MEMMERTS Uebersicht des neuen französ. Kalenderwesens, der Maase, Münzen u. Gewichte, ingl. der neuen Landeseintheilung in Departemente u. s. w. Erl. 1802. 8.

§. 318.

Geldcurs. Agio.

I) Das gegenseitige Verhältniſs in dem Werth der Münzmetalle, ist **nicht unveränderlich**; mithin eben so wenig der Münzfuſs [a]). II) Aus der Veränderlichkeit des Gold- und Silberpreises, dann aus der Seltenheit, aus der vermehrten Ein- und Ausfuhr, aus der augenblicklichen, mehrern oder mindern Brauchbarkeit gewisser Geldsorten, aus der übertriebenen Erhöhung des Nenn- oder Nominalwerthes mancher Münzen über ihren innern oder reellen u. d. m., erklärt und rechfertigt sich der **kaufmännische Geldcurs** (unterschieden von dem Wechselcurs und dem Curs der Staatspapiere), ein besonderer äusserer Werth der Münzen, gemeiniglich von dem Münzfusse abweichend, wobei das Geld als **Waare** betrachtet wird [b]) Dasselbe gilt von dem **Agio** oder Aufwechsel [c]).

a) FABERS St. C. LXX. 549. Encyclopédie par DIDEROT et d'ALEMBERT, voc. *monnoie*. Bemerkungen über die Gelderhöhung in Frankreich und Oestreich. Augsb. 1786. J. G. BÜSCH über e. in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuſs; in BÜSCH u. EBELINGS Handl. Biblioth. II. 505 ff. (F. CLEYMANN) Ueber das Münzwesen (Frankf. a. M. 1802. 8.), S. 25 ff.

b) Theod. OLBERS diss. de valore monetae mercatorum auctoritate mutato. Goett. 1776. — Dawider, s. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 594. — Von dem Verhältniſs des Goldes zu dem Silber, s. BÜSCH über Münzen etc. S. 44 ff.

c) Jac. GOTHOFRED. opusc. var. n. III. 14. sqq. Dissertationen von ESTOR (Marb. 1754) u. PESTEL (Rint. 1757). FISCHERS Kameral- u. Polizeir. III. 385. BERGHAUS Encycl. der Handl. Wissensch. II. 22-27. — Von dem *Agiotiren* und der *Stock-Jobbery*.

§. 319.

Land-, symbolische und Nothmünze. Papiergeld. Medaillen.

Von den eigentlichen, so auch von den allgemeinern Münzen, sind zu unterscheiden: I) die sogenannten Landmünzen, die bloſs zu inländischem Umlauf in einem einzelnen Staate bestimmt sind. Nur ein Münzberechtigter durfte sie prägen; doch nicht mehr, als zu dem inländischen Verkehr erforderlich waren; und auch dabei waren, in Scheidemünzen, die zunächst zu Beförderung des Detailhandels und kleinen Verkehrs bestimmt sind, und in groben Sor-

ten, in Schrot und Korn, die Reichsgesetze und Münzconventionen zu beobachten [b]. II) Die symbolische Münze (Staatsgeldzeichen), insonderheit das Papiergeld (papiermonnoie, Papiermünze, Surrogat des Metallgeldes), eine Art von StaatsSchuldscheinen oder Verbriefungen, mit oder ohne Zinsen, (bisweilen zu Beförderung des inländischen Verkehrs) auf den Staatscredit, unter dem Versprechen der Entschädigung, als gangbare Münzzeichen für Jedermann errichtet, mithin lautend auf jeden Inhaber (payable au porteur), z. B. StaatsBanconoten, Cassenbillets, Tresor- und Steuerscheine, Staatspapiere, Bons, Transportzettel u. d. [b]). Sofern eine gewaltsame Finanzoperation darunter nicht verborgen ist, und der Staat solche zu gehöriger Zeit, in wahrer, vollgültiger Münze, oder deren Werth, al Pari realisirt, steht solches nicht in Widerspruch mit der Gerechtigkeit. Staatswirthschaftlich betrachtet, kann die Einführung der Papiermünze nur dann räthlich seyn, wenn sie ohne Zweideutigkeit als Wohlthat der Unterthanen erkannt wird. Ihr gangbarer Werth beruht einzig auf dem Grade von Zutrauen, welchen das Publikum auf die Zusage des Ausstellers setzt, jeden Inhaber vollständig zu entschädigen.

Von einem Münzfuſs kann dabei die Rede nicht seyn; eben so wenig von einem Zwangsrecht gegen andere Staaten, das diesseitige Papiergeld anzunehmen, oder frei cursiren zu lassen. Aber dessen Ausfertigung, wird als Ausfluſs des Münzregals betrachtet.

a) Von dergl. Münzsorten handeln: R. A. 1566. §. 154. 162. R. G. A. 10. Sept. 1738, §. 2. bei GERSTLACHER, IX. 1516 ff. 1524 f. u. 1681 f. Casp. ZIEGLER de jurib. majest. p. 817. v. ZECHS gegenw. Verfass. d. kais. Regierung 84. v. PRAUN, 118, §. 19. u. 173 f. FABERS europ. St. C. LXXII. 140. 159. BEUST 262. MOSER von Reichstagsgeschäften 1429. Anderer Meinung sind, A. E. ROSSMANN diss. de moneta symbolica et provinciali (Erl. 1762), c. 2. §. 10. sqq. v. LUDEWIG ad A. B. I. 901. *Ebendess.* Einl. z. d t. Münzwesen, 54. RHETIUS instit. jur. publ. lib. II. tit. 16. §. 12. Europ. Herold I. 954. — Jeder Regent kann den Curs fremder Landmünzen in seinem Lande untersagen. LUDEWIG ad A. B. I. 901. Beispiele von Landmünzen von 1251 und 1343 bis 1389, s. bei ROSSMANN l. c. c. 2. §. 9.

b) Von d. *Papiergeld*, s. J. L. KLÜBER über den staatswirthschaftlichen Werth des Papiergeldes in teutschen Reichsländern. Tübingen 1805. 8. (auch in d. Europ. Annalen, 1805, III. 201.) Ideen über die reelle Grundlage eines notwendigen Papiergeldes. Regensb. 1806. 8. Versuch zu einer verbesserten Circulation des Papiergeldes in dem kais. österreichischen Staat. Regensb. 1806. 8. J. L. SEIDENSTICKER de jure monetae chartaceae. Jen. 1807. 8. SCHLÖZERS Staatsanzeigen, XLIII. 369. LIX. 278-311. BÜSCH über Münzen etc. S. 51 ff. J. B. SAY traité d'économie

politique, T. I. (Paris 1803. 8.) liv. 2. v. MARTENS Völkerr. §. 105. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 775 MOSER v. d. Landeshoh. in Polizeisachen, 402. BÜSCH Welthändel, 269. 276. — Von dem Papiergelde in Frankreich, während der Revolution (Assignaten, Rescriptionen u. Mandaten), s. POSSELTS europ. Annalen, 1801, XI. 144-154 — Andere halten Landmünze und symbolische Münze für gleichbedeutend. ROSSMANN l. c. c. 2. §. 3. et 9. Die *Materie* der symbolischen Münze kann nicht blofs Metall, z. B. Bankmarquen, Bankmünze, sondern auch Leder, Papier, Baumrinde u. d. seyn.

§. 320.

Fortsetzung.

III) Nothmünzen oder Nothklippen, die als blosse MünzSymbole für Nothfälle, z. B. während einer Belagerung, geprägt werden, gelten, meist als gezwungene, unverzinsliche Staatsanleihe, nur für die Zeit der Noth, und mit Vorbehalt der Eigenthums- und Entschädigungsrechte [a]). Auch dürfen sie, in der Regel, unter dem Stempel eines fremden Münzherrn nicht geprägt werden [b]). IV) Medaillen, Schau-, Denk- oder Gedächtnifsmünzen, Jettons, Zahl-, Spiel- und Rechenpfennige, haben keinen bestimmten Münzwerth. Ihre Fabrikation kann bürgerliches Gewerbe seyn, unter landesherrlicher Concession, Censur und polizeimäsiger Einschränkung. Nicht leicht wird

dazu der Gebrauch eines Anwurfs, Streckwerks und Schneidewerks erlaubt c).

a) Hubertsb. Friede 1763, Art. 7. u. art. sq. 2. in v. MARTENS Recueil, I. 75. 77. KNIPSCHILD de jurib. et privil. civit. imperial. lib. II. c. 16. §. 37. u. 112. KÖHLERS Münzbelust., Register voc. Nothmünzen. Nothmünzen in dem *siebenjährigen Krieg* (Ephraimiten), unter kursächsischem, preussischem, anhalt-bernburgischem etc Stempel. v. PRAUN, 163 ff. Allgem deutsche Biblioth. Bd 105, S. 137. 139. GRELLMANNS Staatskunde von Teutschl. I. 91. 105. MOSER v. Rstagsgesch. 1411. 1419. (KLOTZSCH) Kursächs. Münzgesch. 840 — 914. *Schwedische Mynttecken* (Münzzeichen, les Dieux de Görtz) unter Karl XII. 1715 - 1718. v. PRAUN, 372. KÖHLER, VI. 233. BÜSCH Welthändel, 269. F. SCHLICHTEGROLLS Annalen der gesammten Numismatik, Bd. II, Heft 1 (1806), S. 41 -47. Das französische papierne *Revolutionsgeld*.

b) C. C. C. Art. 111. GERSTLACHER, IX. 1589. Kaiserl. MünzEdict 13. Aug. 1759, §. 3. ebend. 1598. Streit deſshalb in dem siebenjährigen Kriege, gegen Preussen. MOSERS Versuch des neuesten europ. Völkerr. VIII. 46.

c) MOSER von Reichstagsgeschäften, 1386. de BÜNAU diss. cit. c. 3. §. 13. Krönungs-, Jubiläums-, Vermählungs-, Sieges- u. d. Schaumünzen.

§. 321.

Reichs Münzfuſs.

I) Die neueste ReichsMünzordnung von 1559 a), bestimmte das Verhältniſs zwischen Gold und Silber, wie 1 zu $11\frac{1}{2}$ b), so

dafs die Mark fein in Silber zu 10 Fl. 13½ kr. in den groben Sorten ausgeprägt werden solte; welches jetzt der alte Reichsfufs heifst. II) Man bemerkte bald, dafs jenes Verhältnifs nicht ganz angemessen sey. Es entstand mannichfaltige Münzveränderung c) und Verwirrung d). Endlich ward, nach vielfachen Comitialverhandlungen e) und Reichsgesetzen f), insbesondere von 1566 bis 1576, und 1667 bis 1689, III) durch die Reichsschlüsse v. 15. Apr. 1737 und 1. Sept. 1738 g) der leipziger Münzfufs (s. folg. §.), in Ansehung der Gold- und groben Silbersorten zu einem allgemeinen ReichsMünzfufs provisorisch erhoben; doch so, dafs unter die groben Silbersorten auch die halben, achtel, viertel und zwölftel Thaler gehören sollten. Allein dieser Münzfufs, ward nur in sehr wenigen Territorien wirklich eingeführt; nicht einmal erfolgte die in den Wahlcapitulationen, seit 1742, festgesetzte einstweilige Verkündigung jener beiden Reichsschlüsse, durch Münzverordnungen und ValvationsTabellen. Und eben so wenig wurden einige andere, zu reichsgesetzlicher Bestimmung ausgesetzte Puncte erledigt h). Daher hielt kein Münzherr sich verpflichtet, nach dem leipziger Münzfuss zu münzen;

und eine übernommene Verbindlichkeit, in reichsconstitutionsmäsigen Münzsorten zu zahlen, ist im Zweifel auf den leipziger Fuſs nicht einzuschränken [i]). IV) Die, während des siebenjährigen Kriegs, überhand genommene Münzverwirrung, veranlaſste ein kaiserl. MünzEdict v. 13. Aug. 1759; eine compendiarische Wiederholung und Erneuerung der bisherigen Reichsmünzgesetze [k]), gröſstentheils ohne Erfolg.

a) Steht in der Neuen Samml. der ReichsAbsch. III. 186. HIRSCH M. A. I. 383. GERSTLACHER, IX. 1477 ff. u. bei SCHMAUSS. — Die *MünzProbirordnung*, ebenfalls von 1559, s. bei HIRSCH, I. 405. GERSTLACHER, IX. 1574 ff. u. SCHMAUSS. — Man hat noch *drei ältere* ReichsMünzordnungen v. 1437, 1495, 1524, v. PRAUN, 80 ff. GERSTLACHER corp. jur. publ. I. 375. Die von 1551 ward nicht publicirt.

b) PRAUN, 96 ff. Eigentlich circa 11 43/100.

c) PÜTTERS Lit. III. 570. KLÜBERS Lit. 436. PRAUN, 108. BRODHAGENS Abh. in d. histor. Portefeuille 1787, St. III, 1265 ff. — Nach dem Schluſs der *obern Kreise* v. 1665, sollte das *Verhältniſs* seyn, wie 1 zu 14 1/8. (HIRSCH, IV. 349, 362. PRAUN, 120.) nach dem *Zinnischen* (sächsisch - brandenburg - und braunschweig-lüneburgischen) Fuss von 1667, wie 1 zu 13 5/9 oder circa 14 15/100. HIRSCH, V. 24. MOSER von Rstagsgesch. 1396. PRAUN, 121. 184. P. III. 571.

d) Von der *Kipper*- und *Wipperzeit* 1603-1623, s. KÖHLER, II. 231. PRAUN, 110. PUFENDORF, T. II. obs. 25. PÜTTERS Lit. III. 571. KLÜBERS Lit. 437.

e) Davon s. H. G. FRANKE's Vorr. zu GÖBELS Abhandlungen aus d. Staatsr. (1737. 8.) 17 ff. PRAUN, 129. MOSER v. Rstagsgesch. 1389 ff.

f) GERSTLACHER, IX. 1487 ff. PRAUN, 129, Note r.

g) GERSTLACHER, IX. 1512. 1514. Auch bei SCHMAUSS, Die *Reduction* nach diesen Reichsschlüssen, s. bei GERSTLACHER, IX. 1514 ff. PRAUN, 149. PÜTTER instit. jur. publ. §. 343. sq.

h) *Wahlc.* 1742, IX. 4. GERSTLACHER corp. jur. publ. I. 418. GERSTLACHER Handb., IX. 1511, Note ***, 1523, 1527. MOSER a. a. O. 1402. Doch wird in dem kaiserl. MünzEdict v. 1759, §. 1, die *Beobachtung des Reichsschlusses* v. 15. Apr. 1737 *eingeschärft*. Die *rückständigen* BerathschlagungsPuncte wurden von dem Kaiser in Erinnerung gebracht, durch Commissions-Decrete v. 16. Oct. 1745, 4. Nov. 1766 u. 1767. GERSTLACHER, IX. 1526. MOSER v. Rstagsgesch. 1405, 1422.

i) *Reichsschl.* 16. Dec. 1775, §. 34. MOSERS Rechtsmat. XIX. 506 ff.

k) FABERS n. St. c. II. 107 ff. MOSER a. a. O. 1412. PRAUN, 166 f. GERSTLACHER, IX. 1529. Dieses MünzEdictes ward in Josephs II. Wahlc. IX. 2, erwähnt, diese Stelle aber 1790, als gegen die Stimmenmehrheit eingeschoben, weggestrichen. *Kurf. Wahlprotoc.* 1790, I. 478. — Von der *Münzanarchie* in d. *siebenjährigen Kriege*, s. oben §. 320. Note c.

§. 322.

Kreis- und Territorial Münzfüsse.
1) *Leipziger Münzfuss.*

Durch Kreis- und Territorial Münz-Conventionen [a]) und Verordnungen wur-

den verschiedene, von der Reichsmünzordnung abweichende Münzfüsse eingeführt. Die merkwürdigsten sind: I) der leipziger Münzfuſs von 1690, durch einen Receſs zwischen den Häusern Sachsen, Brandenburg und BraunschweigLüneburg festgesetzt [b]); dem nachher Schweden wegen seiner teutschen Lande [c]), und gewissermasen auch Mainz, Trier, Pfalz und Frankfurt beitraten. Er sollte sogar ReichsMünzfuſs seyn (§. 321.). Aber selbst die ursprünglichen Paciscenten befolgen ihn nicht mehr durchgehends (§. 317). Es ist ein AchtzehnguldenFuſs, das Verhältniſs des Goldes zu Silber, wie 1 zu 15, die feine Mark, in $\frac{2}{3}$ und $\frac{1}{3}$ Stücken, zu 12 Thaler oder 18 Gulden, die Scheidemünzen hingegen zu 13 Thaler, den Thaler zu 2 Gulden oder 120 Kreuzer gerechnet [d]).

a) Verschiedene hier nicht genannte, s. in MOSERS nachbarl. Staatsr. 382 f.

b) Münzreceſs zu Leipzig, 16. Jan. 1690, bei HIRSCH, V. 260. LÜNIGS R. A., P. spec., Sachsen, 235. Darauf folgte sogleich der *Torgauer* Münzreceſs, 28. Febr. 1690. die Scheidemünze betr., in (KLOTZSCH) kursächs. Münzgesch. II. 696. in FABERS St. C. LXXII, 227. und auszugsweise ebend. LXIX. 610.

c) Münzreceſs zwischen Schweden und Brandenburg v. 4. Jul. 1690, bei HIRSCH, V. 282. PRAUN, 135.

d) PRAUN, 131 ff. 185. KLOTZSCH a. a. O. II. 668 ff. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 773.

§. 323.

2) Conventions-, 3) brandenburgischer, u. 4) oberrheinischer Münzfuſs.

II) Der eigentlich sogenannte Conventions Fuſs ward festgesetzt, durch eine MünzConvention von 1753, zwischen Oestreich und Baiern [a]). Es ist ein Zwanzigguldenfuſs, das Verhältniſs des Goldes zu Silber, wie 1 zu 14, höchstens $14\frac{11}{72}$, oder circa $14\frac{11}{100}$; die feine Mark in allen Sorten, von dem Speciesthaler bis zu dem Groschen herab, zu 20 Gulden; die kölnische Mark feinen Goldes zu 283 Fl. 5 kr. $3\frac{47}{71}$ Pf.; also den Ducaten zu 4 Fl. 10 kr., deren 67 St. auf die rauhe, uud $67\frac{67}{71}$ auf die feine Mark, den Speciesthaler zu 2 Fl., mithin deren 10 auf die feine Mark. Auch Salzburg trat dieser Convention bei [b]). Aber Baiern kündigte dieselbe schon 1754, und Salzburg 1755 auf [c]). Dagegen erklärte der schwäbische Kreis sich beifällig [d]); und die drei Kreise Franken, Baiern und Schwaben [e]) vereinigten sich 1761, mit Verwerfung des leipziger Fusses, zu dem ConventionsFuſs; jedoch, in Ansehung des äussern Werthes, provisorisch mit dem Unterschied wie 5 zu 6, daſs nämlich dem Conventionsthaler der äussere Werth zu 2 Fl. 24 Kr., dem Ducaten zu 5 Fl.,

und so nach Verhältnifs bei den übrigen Gold- und Silbersorten, beigelegt werden soll. So auch 1761 die Kreise Kurrhein und Oberrhein *f*). Die Reichsgesetze billigten diesen Conventionsfufs, indem sie die Entrichtung der Kammerzieler nach demselben, geboten *g*). III) Die Ueberzeugung von einem gleichzeitig richtigern Verhältnifs zwischen Gold und Silber (wie 1 zu $13\frac{11}{13}$), veranlafste den kurbrandenburgischen oder preussischen (graumannischen) Münzfufs, seit 1750 und 1764, welcher ein EinundzwanzigguldenFufs ift, die feine Mark Silber zu 14 Thaler *h*). IV) Endlich billigte der oberrheinische Kreis, durch ein Münzedict vom 29. April 1793, indem er den brabanter Thaler auf 2 Gulden 42 kr. hob, einen $24\frac{54}{100}$ Guldenfufs *i*).

a) Die Convention v. 21. Sept. 1353, Hirsch, VI. 398. Gerstlacher, IX. 1531. Moser v. Rstagsgeschäften, 1409. — Praun, 156. 184. 189.

b) Hirsch, VIII. 480.

c) Hirsch, VI 436. Praun 159. 169. 180 f. Gerstlacher, IX. 1531. Note *).

d) Hirsch, VI. 389.

e) Münzabschied der 3 Kreise zu Augsburg, 6. Mai 1761, bei Hirsch VIII. 336. Gerstlacher, IX. 1547.

f) Gerstlacher, IX. 1547. Note *).

z) Reichssch. 16. Dec. 1775. §. 34. MOSERS Rechtsmaterien XIX. 514 f. Vergl. v. CRAMERS wezlar. Nebenst. LII. 9. Von *Kammergulden*, s. ben §. 317, Note a.

b) Königl. Preufs. Edict, 29. März 1764, bei HIRSCH VIII. 428. PRAUN, 154 ff. Joh. Phil. GRAUMANN (†. 1762) war der Urheber. PÜTTERS Lit. II. 169. III. 572. PÜTTERS hist. Entwick. III. 70.

i) (F. CLEYNMANN) Ueber das Münzwesen (Frankf. a. M. 1802. 8.) S. 20 ff.

§. 324.

Staatsbefugnisse in Ansehung des Münzwesens.

Jedem Souverain des Rheinbundes gebührt, auch in Münzsachen: I) die Oberpolizei [a]) und Gesezgebung, die sich wirksam zeigt in MünzEdicten und Patenten, in Bestimmung des Münzfusses, in dem Verbot der Agiotage, des Eingangs fremder, und der Ausfuhr guter Münzsorten, in Erhöhung oder Herabsetzung ihres Zahlwerthes (ValvationsTabellen), in Verrufung und Einrufung schlechter Münzsorten, Einschränkung des Gold- und Silberverkaufs, Bestimmung, wie es bei Bezahlung der Geldschulden, nach einer Münzveränderung, soll gehalten werden [b]), u. d. m. II) Die richterliche Gewalt, in bürgerlichen und peinlichen Sachen der bei dem Münzwesen angestellten Personen, in Münzstreitigkeiten und Münzverbrechen [c]). III) Auch steht es in dem

Willen des Souverains, ausländischen Münzen, Staatspapieren und Papiergelde, auch teutschen Land- und Scheidemünzen, in seinem Lande Curs zu gestatten, oder zu versagen [d]). IV) Zu einem lucrativen Regal (Mercanzei), sollte das Münzregal nirgend gemacht werden; doch mit Vorbehalt des Schlagschatzes und des Remediums [e]).

a) Beust, 137. Moser v. Rstagsgesch. 1435. *Ebenders.* von d. Landeshoheit in Polizeisachen, 396 ff. v. Bergs Polizeirecht, III. 541.

b) Beispiele, s. in Fabers St. C. LXX. 543. 569. 592. 610. 615. Fabers neuer St. C. X. 376. XVI. 410. XVII. 282 ff. 303. 366 ff. XXIV. 274. XXVII. 455. Von dem Königreich Sachsen, s. v. Römers kursächs. Staatsr. II. 767. Von Kurbraunschweig, s. Strube, Th. III. Bed. 2. Oesterreich. Münzverordnung v. 1. Sept. 1783, wodurch der Zahlwerth gewisser Geldsorten, sogar über den Conventionsfuſs erhöht wird, in Reuss Staatsk. IV. 192.

c) Schriften in Klübers Lit. §. 1332. Mosers Justizverf. I. 704. de Bünau. diss. cit. c. 3. §. 26. — Die teutschen Reichsgesetze eiferten wider alle Arten von Münzverbrecher, wider unberechtigte Münzer, Münzmeister, die pflichtwidrig münzen, Münzfälscher, Granalirer, Seigerer, Ringerer, Beschneider, Schwächer, Wäscher, Schmelzer, Abgiesser, Auswieger, Auszieher, Aufwechsler, Ausführer u. d. Beust, S. 304—362. Moser a. a. O. 1413. — Durch genaues *Justiren* wird dem *Wippen*, durch kunstvolles Gepräge dem *Kippen* vorgebeugt, so wie auch der *falschen* Münze. Schlözers Staatsanz. XLVII. 315. f.

d) Mosers nachbarl. Staatsr. 383 — 388. Mosers Versuch des neuesten europ. Völkerr. VIII. 15 ff. Rousset recueil de mémoires, X. 56 f.

e) Den *Schlagschatz* (Kosten der Ausmünzung, Entschädigung, kein fabrikmäsiger Gewinn) und das *Remedium* (Abgang in dem Schmelzen und Giessen) bei Bestimmung des Werthes der Münze aufzurechnen, ist nicht widerrechtlich, wäre es auch nur um das Einschmelzen zu verhüten. Schlözer a. a. O. 314 f. Say traité d'économie politique, liv. 2. ch. 4. u. in d. teutschen Uebersetzung eine Anmerk. v. L. H. Jacob, Th. II, S. 468 — 490. Praun, 9 ff. Moser v. Rstagsgeschäften, 1431. Klübers Lit. 440. Die *brittischen* Münzgesetze erkennen keinen Schlagschatz, sondern die Regierung trägt die MünzFabricationskosten.

V. Abschnitt.

P o s t R e g a l.

§. 325.

Postwesen überhaupt. Oeffentliche und Privatpost. Landkutschen. Regalität des Postwesens.

I) Post [a]), in dem allgemeinen Sinn, ist eine Anstalt, schriftliche Nachrichten, Personen, oder Sachen fortwährend von einem bestimmten Ort (Station) nach einem andern zu bringen. Station heifst ein Ort, wo die Postpferde gewechselt, Passagiere aufgenommen, Briefe und Effecten auf- und abgenommen werden. II) Man unterscheidet öffenliche und PrivatPost [b]). Eine Art der öffentlichen Post ist die Staatspost, welche

ausschliessend zu dem unmittelbaren Gebrauch des Staates bestimmt ist. III) Ordentliche Landkutschen sind privilegirte Fuhrwerke, die zu dem Transport der Personen, Effecten und Waaren, von einem bestimmten Ort zu einem andern, fortwährend bestimmt sind [c]). In der Regel befinden sich für sie, zwischen den beiden Endpuncten ihrer Reiseroute, keine Stationen. Auch ist gemeiniglich für sie ein eigenes Boten- oder Kutschenamt (Botenmeister, Schaffner, Botenschreiber etc.) bestellt. IV) Das öffentliche Postwesen war in Teutschland von jeher Regal [d]), doch verleihbar. Selbst Landkutschen, obgleich vielfältig nur Privatgewerbe, bedürfen oberherrlicher Concession. PrivatPost, zu eigenem Gebrauch, ohne sie als Gewerbe (Nebenpostiren) und zu unerlaubten Zwecken zu benutzen, kann Jeder errichten.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 576. KLÜBERS Lit. 440. PFEFFINGER Vitriar. illustr. III. 207. MOSERS Staatsr. V. 1 — 172.

b) Ausserdem unterscheidet man noch: 1) *fahrende* (Postwagen), dann *reitende* und *FussPosten* (die beiden letzten heissen auch Briefposten, wohin auch die kleine Briefpost in manchen grossen Städten gehört); 2) *ordentliche* (ordinäre) Posten, die zu bestimmter Zeit abgehen und ankommen; *ausserordentliche* (Extraposten), und zwar entweder *fahrende* für Reisende und Couriere, oder *reitende*, die bald *Extraritte* oder Couriere

sind, bald *Estaffetten*, d. h. Postknechte, die mit Briefen oder Paqueten, ausser der Ordnung abgeschickt werden, versehen mit einem Pafs- oder Stundenzettel. 3) Auch hat man: *Hofpost*, *Feldpost*, *Wasser-*, insbesondere *Seepost* (Markt- und Postschiffe, Paquetbote, Gallioten).

c) Schriften in KLÜBERS Lit. 1351 f. MOSER a. a. O. V. 175. Unterschieden von ausserordentlichen *Lohnfuhren* oder *Miethkutschen*. Diese sind, in manchen Ländern, zu einer Abgabe an die Post (*Stationsgeld*) verpflichtet. v. BERGS Polizeir. III. 560.

d) Vergl. Reichsabschied 1641, §. 93. Kurfürstl. CollegialGutachten v. 1570. GERSTLACHERS Handb. der Reichsgesetze, IX. 1698. 1707. 1712. HÄBERLINS Handb. des t. Staatsr. III. 65. DANZ Handb. des t. Privatr. I. §. 132. v. BEUST Erklär. des Postregals, I. 21. II. 27. OCKEL de regali postar. jure, X. 10.

§. 326.

I) Ehemaliges ReichsPostwesen.

A) Reichsregalität. Reichslehn. Geschichte und Protection des R. Postwesens.

Vor Errichtung des Rheinbundes, unterschied man Reichs- und TerritorialPosten. I) Das ReichsPostregal war dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis seit 1615 als Reichsmannlehn, unter dem Titel eines kaiserlichen ReichsGeneralErbPostmeisteramtes über die Posten in dem Reich, anvertraut. II) Zwar beginnt die Geschichte des ReichsPostwesens schon mit dem Jahr 1563, aber erst in dem Jahr 1595

wurden eigene Reichsposten errichtet, und in dem Jahr 1615 ward das ReichsPostgeneralat erblich und reichslehnbar [a]). III) Das ReichsGeneralErbpostamt stand unter dem besondern Schutz des Kaisers. Ausserdem war noch das Reichspostwesen der Protection und Direction des ReichsErzkanzlers vorlängst empfohlen. Insbesondere garantirte der ReichsdeputationsHauptschluſs v. 25. Febr. 1803, §. 13, den Status quo des thurn- und taxischen Reichspostwesens, in seiner ganzen Vollständigkeit, so wie es der Ausübung und Ausdehnung nach in dem Zeitpuncte des lüneviller Friedens (als Entscheidungstags) constituirt war. Zugleich übergab derselbe diese Reichsanstalt, um sie desto mehr zu sichern, dem besondern Schutz des Kaisers und des kurfürstlichen Collegiums. Sonach ward der vielseitige, practischwichtige Streit, über Eigenschaft und Umfang des Reichspostwesens, gesetzlich beseitigt.

a) *Geschichte* der Posten, nach Stadien: I) *Aelteste*, bei den Persern, Griechen, Römern, Franken etc. II) In dem *Mittelalter*, hauptsächlich in Frankreich (insonderheit unter Ludwig XI.) u. Teutschland. Hier: 1) *burgundisch- niederländische* Post, seit 1516 u. 1543, angelegt und besorgt durch niederländische Postmeister, aus der Familie von Taxis. — 2) Erste Spuren des *Reichs*postwesens, in den Reichsabschieden

1522, §. 5, 1542, §. 45, bei GERSTLACHER, IX. 1698 f. — 1563 *spanisch-niederländische* Posten in dem Reich, unter *kaiserlicher* Auctorität und Bestätigung. Ferdinands II. Patent, 21. Aug. 1563, bei GERSTLACHER, IX. 1700. — Kurfürstl. CollegialGutachten v. 1570: dafs die Post „*eines römischen Kaisers sondere* „*Hoheit und Regal*" sey, und der Kaiser solche in *fremde* (spanische) Hände nicht könne kommen lassen. GERSTLACHER. IX. 1698. — Vorgang von 1579. PFEFFINGER, III. 208. not. b. — Eigene *Reichs*posten, seit 1595. Leonhard v. Taxis ward von K. Rudolph II. als *kaiserl.* GeneralPostmeister in dem *Reich* patentirt, 16. Jun. 1595 u. 6. Nov. 1597. LÜNIGS R. A., P. gen. 443. GERSTLACHER, IX. 1703. REUSS, XVI. 330 ff. PFEFFINGER, III. 218. sqq. PÜTTERS Erört. I. 36. — 3) Seit 1615 *reichslehnbare*, *erbliche* Verleihung des „*GeneralPostmeisteramtes* über die Posten in dem *Reich*", an die freiherrliche, nachher gräfliche, und seit 1686 fürstliche Familie von Thurn und Taxis. Der Lehnbrief und die taxischen Reversalien stehen bei SCHMAUSS corp. jur. publ., u. GERSTLACHER, IX. 1705. — 4) Erhebung jenes Amtes zu einem Reichs*thronlehn* 1744, unter dem Titel: *Erbgeneral-* und *Obristhofpostmeister.* Erste Thronbelehnung 1747. Merkw. *R. H. R. Gutachten*, II. 159 f. — 5) Schriften von d. Geschichte der Posten, in PÜTTERS Lit. III. 588. u. KLÜBERS Lit. 446. MOSERS Staatsr. V. 1 ff. POSSELTS kl. Schriften, 305. 341.

§. 327.

Rechte und Pflichten des R. PostGeneralats. PostConventionen.

I) Die Rechte und Pflichten des ReichspostGeneralats, gegen Kaiser und Reich, gegen das kaiserliche ObristReichsHofPostamt und das östreichische ErbLandpostmeisteramt

des fürstlichen Hauses Paar, gegen einzelne Territorialherrschaften, und gegen das Publikum, waren durch Reichsgesetze, und kaiserliche Patente und Schutzbriefe, zum Theil auch durch reichshofräthliche Erkenntnisse bestimmt [a]). II) PostConventionen, Vergleiche und CombinationsRecesse, welche das ReichsErbpostGeneralat mit einzelnen Landesherren [b]), und selbst mit auswärtigen Staaten [c]) errichtet hatte, gaben partikuläre Bestimmungen über die Verhältnisse des ReichsPostinstituts, theils in Absicht auf dessen Ausübung in dem bestimmten Bezirk, theils in Beziehung auf die Territorial- und ausländischen Posten.

a) Die Reichsgesetze, in GERSTLACHERS Handb. der Reichsgesetze, IX. 1697. Die kaiserl. Privilegien, Patente und Schutzbriefe, in GERSTLACHERS corp. jur. publ. IV. 416. Die Reichstagsverhandlungen, bei MOSER von Reichstagsgeschäften, 366. Die reichshofräthlichen Erkenntnisse in MOSERS Rechtsmaterien, VII. 563. Merkwürd. Reichshofr. Gutachten, II. 133. 181. Rheinische ReichsvicariatsHofgerichtsConclusa, 1792. 41.

b) PÜTTERS Erört. I. 114. Vertrag mit *HessenCassel* 1719, in d. Teutschen Kriegskanzley 1759. I. 193.; mit *Kurbraunschweig* v. 1748, in d. Churbraunschweig. Beweis der Nichrigkeit aller taxischen Scheingründe (1760. fol.) Beil. J. S. 67. Die Convention mit *BadenDurlach* von 1765, steht in MOSERS Rechtsmaterien, III, 264. Der Vergleich mit *Frankfurt* 1789, in JAEGERS Magazin f. d. Reichsstädte, II. 47. Taxischer Pachtvertrag

wegen der Post in den *vorderöstreichischen* Staaten. Vertrag mit *S. Coburg-Saalfeld*, bei MOSER, V. 189. Verträge von 1804 mit *Kurbrandenburg*, *Nassau*, *Hessen-Darmstadt*, 1805 mit *Baden*, *Wirtemberg*, *Pfalzbaiern* etc. Von *Kursachsen*, s. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 814.

e) Mit Frankreich, Dänemark, Preussen, Königreich Italien, dem Papst, der helvetischen, und der ehemaligen batavischen und ligurischen Republik etc.

§. 327.

B) TerritorialPosten.

Ungeachtet vielen Landesherren anfangs die Einführung der Reichssposten in ihren Ländern nicht unangenehm war, manche von ihnen dieselbe sogar suchten und begünstigten, und Einheit der Postanstalt für das teutsche Publikum erspriefslich wäre; so reizte doch der bemerkte PostErtrag hie und da zu Einführung eigener TerritorialPosten. I) Der Kaiser selbst gab 1624, in seinen teutschen Erbstaaten, das erste Beispiel [a]). II) Die nächsten folgenden Versuche dieser Art machten, schon in dem letzten Viertheil des XVI. Jahrhunderts, Kursachsen, Braunschweig und Wirtemberg [b]), die jedoch zum Theil während des dreissigjährigen Krieges wieder eingiengen. III) Aber seit dem westphälischen Frieden wurden noch mehr TerritorialPosten, zum Theil in Ländern von minderm Umfang, eingeführt, z, B. in kur-

brandenburgischen, kurbraunschweigischen, salzburgischen, hessencasselischen und darmstädtischen, mecklenburgischen, vorpommerischen, holsteinischen und oldenburgischen, osnabrückischen, münsterischen, gothaischen und altenburgischen, herzogl. braunschweigischen u. a. Staaten [c]). IV) Einige dieser TerritorialPosten erstreckten sich sogar, kraft besonderer Uebereinkunft, als Staats-Servituten, über oder durch benachbarte Territorien [d]), wiederruflich oder unwiederruflich, ohne oder neben Reichs- oder inländichen TerritorialPosten; ja es entstanden zuweilen, sogar im Inlande, neben ihnen noch Reichsposten. V) Die Einführung dieser TerritorialPosten veranlafste nicht selten Widersprüche des ReichspostGeneralats [e]).

a) Ferdinand II. ertheilte 1624 dem Freiherrn von *Paar* das ErblandPostmeisteramt in Ungarn, Böhmen und Oestreich unter und ob der Ens, als östreichisches Mannlehn. Auch gab es schon vorher einen niederöstreichischen Landpostmeister in Steyermark. PFEFFINGER, III. 209. 220. BECK spec. jur. publ. Austr. 156. SCHRÖTTERS östreich. Staatsr. IV. 164. PÜTTERS Erörter. I. 34. 46. MOSERS Staatsr. V. 38. VI. 238. *Ebenders.* v. d. röm. Kaiser, 463 ff. *Ebenders.* v. kaiserl. Regierungsr. 691. GERSTLACHERS Anmerk. zu Josephs II. Wahlcap. 156. WALDBERGER ob das Postwesen ein kaiserl. Reservat sey? Wien 1795. §. 48 ff.

b) PÜTTERS Erörter. I. 33. 54. 117. Von *Kurbraunschweig*, s. PÜTTER, I. 117. Von *Kurbrandenburg*,

s. das kurfürstl. Schreiben v. 26. Apr. 1660, bei PFEFFINGER, III. 209. MOSER, V. 59. In *Kursachsen* ward 1681 das Post- und Botenwesen für ein landesherrliches Regal erklärt. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 810. LÜNIGS corp. jur. saxon. II. 1002. Aber schon 1574 war ein landesherrlicher Postmeister angestellt. PÜTTERS Erörter., I. 34.

c) PÜTTERS Erörter., I. 45. 66. 111. 121. Von *Salzburg*, s. Nachrichten von JUVAVIA (Salzb. 1784. fol.) 475. 478. Von *Mecklenburg*, MOSER v. kaiserl. Regierungsr. 689. Von der fahrenden, lehnbaren, jetzt von den Vassallen (der Familie Herzog) an Thurn und Taxis verpachteten TerritorialPost im *BadenDurlachischen*, s. MOSER v. Polizeis. 426. Vereitelter Versuch von 1691, in *Baiern* TerritorialPost einzuführen, ebend. 424. Von *Wirtemberg*, MOSERS Staatsr., V. 15. 24. 28. 34. 49. 96. 147. 183. 189. 217. 219. PÜTTER a. a. O. 34. — Von Territorial*Postlehen*, s. BOEHMER princ. jur. feud. §. 70.

d) MOSERS nachbarl. Staatsr. 339 ff. REUSS Staatsk. XVI. 328.

e) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 584. KLÜBERS Lit. 441. MOSERS Staatsr. V. 121. 141. — Von dem Rechte, TerritorialPosten zu errichten, s. HÄBERLINS pragmat. Gesch. d. Wahle. Leopolds II. S. 320 ff. PÜTTER a. a. O. 46 — 76. DANZ Handb. des t. Privatr., I. §. 131. Dafs die TerritorialPosten blofs Wirkungen einer kaiserl. *Connivenz* gewesen seyen, behauptet HUMMLER. SCHOTTS unpart. Critik, II. 622.

§. 328.

C) PostRegal u. Botenwesen der Reichsstädte. Landboten u. Landkutschen.

I) In den Reichsstädten waren Reichsposten a), hie und da auch fremde Ter-

ritorialposten, eingeführt. Indeſs galten bei ihnen in Ansehung des Postregals, in der Regel, dieselben Grundsätze, wie bei andern Landesherrschaften. II) Ordentliche, gehende, reitende, oder fahrende Boten in entfernte Gegenden zu senden, war mehrern Reichsstädten, meist schon seit dem Mittelalter, durch Herkommen oder Verträge gestattet [b]). Diese Boten, so auch die gemeinen Landboten und Landkutscher, sollten jedoch unterwegs weder Briefe und Paquete, noch Personen mitnehmen oder absetzen, auch keine Pferde wechseln [c]). Miſsbräuche und Collision dieser städtischen Boten mit den Reichsposten, veranlaſsten Streitigkeiten [d]), Verordnungen [e]) und Visitationen [f]).

a) In manchen nach langer Weigerung. de MEIERN Acta P. W. V. 446-448.

b) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 578. u. 587. PFEFFINGER, III. 213. not c. MOSERS Staatsr., V. passim. Repertor. des Staats- u. Lehnr. Art. Boten- u. Postwesen, §. 7. DANZ Handb. des t. Privatr. I. §. 138. BEUST, III 393. PÜTTERS Erörter., I. 43.

c) *Wahlcap.* (1742) XXIX. 3. Von Landkutschen und Miethkutschen, s. oben §. 325.

d) Schon seit 1636. PÜTTERS Lit. III. 576. 578. KLÜBERS Lit. 441 ff. SCHWEDERS theatr. praetens. T. II. 529. 543. v. HOLZSCHUHERS Deduct. Bibl. I. 87. MOSERS R. H. R. Conclusa, VIII. 244. 247.

e) Kaiserl. Patent gegen die Neben- und Winkelposten, 27. Oct. 1706, in GERSTLACHERS C. I. P. IV. 417. *Wahlcap.* a. a. O.

f) FABERS neue Staatsk. XXI. 371. MOSERS Reichsstaatshandb. 1768. I. 150.

§. 329.

II) PostRegal in den rheinischen Bundesstaaten.

In diesem Zustande befand sich in Teutschland das Postwesen, diese für das Publicum und das öffentliche Wohl so wichtige Staats-Anstalt, als der presburger Friede drei Reichsständen eine relative Souverainetät ertheilte, auch bald nachher die Reichsconstitution, und mit ihr die ReichsPostverfassung aufgelöset ward. Mit der Souverainetät erlangten die Bundesfürsten auch das PostRegal, nach seinem ganzen Umfang [a]). I) Die schon vorhin eigene TerritorialPosten gehabt hatten, liefsen solche fortdauern [b]), jetzt ohne fernern Widerspruch von Seite des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis. II) Andere errichteten, ganz für eigene Rechnung, neue Landesposten, mit Aufhebung der bisherigen fürstlichen thurn und taxischen Posten, z. B. Wirtemberg, Westphalen, Berg [d]).

a) Rhein. Bund, VII. 31.

b) z. B. der König von *Sachsen.*

c) *Wirtemberg* führte eigene Landesposten ein, schon vor Errichtung des Rheinbundes, als es durch den presburger Frieden eine relative Souverainetät erlangt hatte.

d) *Berg* hob die taxischen Posten schon vor Errichtung des Rheinbundes auf. Es errichtete auch *ausserhalb Landes* eigene PostBûreaux, z. B. in *Hamburg* und *Bremen*. PostConvention zwischen Berg und Hamburg, v. 8. Dec. 1807, in d. Rhein. Bund, XVI. 44. — Ein ähnlicher Antrag zu *Frankfurt* am Main (Note des französ. Geschäftsträgers Hirsinger an den Magistrat der Reichsstadt Frankfurt, v. 22. Jul. 1806) blieb ohne Wirkung.

§. 330.

Fortsetzung.

III) Die meisten, welche vorhin eigene Landesposten nicht gehabt hatten, verwandelten die bisherigen taxischen Reichsposten in Landesposten, und gaben dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis das ErblandPostmeisteramt zu Lehn, mit der Verpflichtung, einen jährlichen Canon zu entrichten, Dieses thaten, Baiern [a]), der Fürst Primas, Baden [b]), Hessen, Wirzburg [c]), Nassau, SachsenCoburg u. a. Der Fürst Primas hob die hessencasselische Post auf, welche zu Frankfurt am Main bestanden hatte [d]). IV) Einige gestatteten auswärtige Posten in ihrem Lande. V) Noch andere haben, wie vorhin, weder taxische noch andere Post [e]).

VI) Das Königreich **Sachsen** hat eine eigene Postroute durch **Schlesien**, als Staatsdienstbarkeit erhalten *f*).

a) Baiern, bald nach dem presburger Frieden. Das taxische ErblandPostmeisteramt schränkt sich ein, auf die altbaierischen, und auf die durch den Friedensschlufs von Prefsburg erlangten Staaten, worinn damals eigene oder besondere Postanstalten nicht eingeführt waren. K. baier. Patent v. 14. Febr. 1806, in d. baier. Reg. Blatt v. 26. Febr. 1806, Häberlins Staatsarchiv, Heft 58, S. 187. Rhein. Bund, VII. 32. u. Schwäb. Merkur, 1806, N. 46.

b) Badische Verordnung v. 25. Sept. 1806, in d. bad. Regier. Blatt, 1806, N. 31, u. in d. Rhein. Bund, VII. 35. Wozu, als Relatum, gehört die PostConvention zwischen Baden und Taxis, v. 11. Mai 1805.

c) Wirzburgische Verordn. v. 22. Nov. 1806, in dem wirzb. Reg. Blatt v. 27. Dec. 1806, N. 22. u. in d. Rhein. Bund, VII. 41.

d) Fürstl. primatische Verordnung vom 21. Nov. 1807 Rhein. Bund, XIII. 159.

e) z. B. in den Fürstenthümern Isenburg u. Leyen.

f) Convention, geschlossen zwischen Frankreich, Preussen und Sachsen, zu Elbing den 13. Oct. 1807, gemäfs dem franz. preuss. Frieden von Tilsit, Art. 16, wo es heifst: „Art. XI. S. M. le roi de Saxe aura la faculté d'établir des bureaux de postes, portant ses armes, dans les villes de Krossen et de Züllichau. Ces bureaux de poste ne seront assujettis à aucune visite, sous quelque prétexte que ce soit, de la part des employés de S. M. le roi de Prusse. Les employés de ces bureaux de poste seront sujets de S. M. le roi de Saxe, et porteront sa livrée. Art. XII. Les chariots

et autres voitures de poste, se rendant du royaume de Saxe dans le duché de Varsovie (et vice versa) par la route militaire arrêtée dans la présente convention, seront aussi exempts de toute visite; ils payeront cependant les mêmes droits de transit et de route, que payent les sujets de S. M. le Roi de Prusse sur cette route en se servant des mêmes voitures de poste.“ Rhein. Bund, XVI. 40.

§. 331.

Oberaufsicht, Polizei, Gerichtbarkeit, Postordnungen u. s. w.

Die StaatsPostanstalt steht unter der Leitung jedes souverainen Bundesstaates. Dieser ist befugt und verpflichtet, durch Aufsicht, Polizei [a]) und Gerichtbarkeit [b]), insbesondere durch Postordnungen [c]), das Institut zu dem gemeinen Besten zu leiten, zu vervollkommnen und zu schützen, auch gegen Eingriffe fremder Staaten. Insbesondere gehören dahin: die nötigen Bestimmungen über Präsentation oder Ernennung, über Bestätigung oder Bestellung, und über Verpflichtung der Postofficianten, über Postwappen und Siegel, über PostUniform und Livrée, über Privilegien für die Posthäuser und Postofficianten, über Befreiung der ordentlichen, reitenden und fahrenden Posten von Chaussée-, Wege-, Pflaster-, Brücken-, Fähr- und Sperrgeld, über Posttarif und Postfreithum, über das Verfahren bei Beschwerden der Reisenden u. d. m.

a) v. BERGS Handb. des Polizeir. III. 557. FISCHERS Kameral- und Polizeir. II. 447. MOSER v. d. Landesh. in Polizeisachen, 423. MOSERS Staatsr. V. 268, MEVIUS P. I. dec. 102. GÖNNERS Rechtsf. I. n. 3. u. 6. DANZ Handb. d. teutschen Privatr. I. §. 136.

b) Wo ein Erblandpostmeister sich befindet, da ist diesem gemeiniglich über die PostOfficianten die *Gerichtbarkeit* in *Dienstsachen*, und eine bestimmte *Disciplinar-Gerichtbarkeit*, auch Concurrenz bei *Obsignaturen*, eingeräumt. Rhein. Bund', VII. — Von dem *PostPrivatrechte*, s. DANZ a. a. O. 131 ff. v. BERG a. a. O. III. 553. RUNDE'S Privatr. §. 131 ff. RÖSSIGS t. Privatr. 423 ff. ENGAU elem. jur. germ. lib. II. §. 287. sqq. STRELINS Wörterb. für Kameralisten, Bd. VI. (Nördl. 1791. 8.) voc. Post. Preuſs. allg. Landr. II. 15. 4. 141 ff.

c) Verschiedene Postordnungen, z. B. die preussische von 1782, in Joh. BECKMANNS Samml. auserl. Landesgesetze, Th. IV-VI. Frankf. 1786-1788. desgl. (z. B. die schleswig-holsteinische) in NIEMANNS Blättern für Polizei und Kultur, Heft 2 u. 3. (Tüb. 1801. 8.), die kurbraunschweigische v. 4. Sept. 1755, in F. C. WILLICHS br. lüneb. Landesges. II. 911. u. Supplem. I. 265. II. 180. Vergl. auch HÄBERLINS Repertor. Art. Postwesen, §. 2. KLÜBERS systemat. Entwurf d. kaiserl. Wahlcap. S. 57. u. (HOFMANNS) Abh. wie weit ist der Successor singularis ex pacto et provid. major. zu Anerkennung der Verträge des Vorfahrers verpflichtet? (1797. 8.) §. 91.

§. 332.

PostOrganisation.

I) Das Ganze des Postwesens wird geleitet, von einer inländischen **obersten Staatsbehörde**. Dieser ist unmittelbar unterge-

ordnet eine inländische GeneralPostbehörde, welche die Benennung General- oder Oberdirection der Posten, OberPostamt u. d. führt [a]). II) Die beiden Zweige der GeneralPostAdministration sind: das Brief- und ExtraPostwesen, und das fahrende Postwesen (Postwagen). Für jenes sind theils OberPostämter, theils diesen coordinirte, dirigirende Postämter (die letzten für kleinere Bezirke) angeordnet; welchen, jedem in seinem Bezirk, (Unter-) Postämter, Postverwaltungen, (Briefpost-) Expeditionen, PostSecretäre, PostStallmeister und Post(Pferde)haltereien untergeordnet sind, in Official-, Jurisdictional-, Rechnungs- und Polizeisachen. 2) Das fahrende Post(wagen)wesen wird durch die OberPostämter, odet durch eigene OberPostCommissariate dirigirt, welchen die HauptExpeditionen und übrigen Expeditionen fahrender Posten, die Posthalter, Conducteure und Postpacker, in Ansehung der ordinären Fahrtgebühren und ihrer Amtsverrichtungen, subordinirt sind. 3) Oft ist jedoch, an kleinern Orten, das Brief- und Extrapostwesen sowohl, als auch das fahrende Postwesen, einer Person anvertraut [b]).

a) Der Fürst von Thurn und Taxis hat seine *Geheime Kanzlei* zu Regensburg, zur Centralbehörde *seiner* Postangelegenheiten bestimmt. Vergl. übrigens: Neue Organisation des teutschen Postwesens, Mannh. 1803. 8. P. F. C. REINHOLD über das Postwesen und die Art der Einrichtung desselben. Gött. 1803. 8.

b) Von der PostStatistik u. von Postkarten.

§. 333.

Boten, Landkutscher, Hauderer, Frachtfuhrleute. Briefgeheimnifs.

I) Der inländischen Staatshoheit steht die Befugnifs zu, in Ansehung der ordentlichen, gehenden, reitenden und fahrenden Boten, aus nahen oder entfernten Gegenden, der gemeinen Landboten, Landkutschen, Hauderer und Frachtfuhrleute, die nötigen Bestimmungen zu machen [a]). II) Die Unverletzlichkeit der, der Post anvertrauten Briefe und Effecten (das Briefgeheimnifs, in dem Gegensatze des Postgeheimnisses, secret de la poste) ist, in der Regel, jeder Staat zu handhaben und zu respectiren verpflichtet [b]).

a) Königl. würtemb. Verordn. v. 27. Jan. 1807, in d. Schwäb. Merkur, 1807, n. 47 Von Landkutschern, SCHRÖTERS Verm. Abhandl. II. 201. Fr. PHILIPPI diss. de rhedis meritoriis. Lips. 1685. Von dem Botenwesen in d. Würzburgischen; in d. Journal v. u. für Franken, Bd. II. Heft 5. (Nürnberg 1791.)

b) Die Postgeheimnisse. Leipz. 1803. 8. Ueber das Geheimniſs der Posten. Frf. u. Leipz. 1788. 8. SCHLÖZERS Staatsanzeigen, Heft 42. S, 229. HÖNNS BetrugsLexicon, S. 288. MOSERS Lebensbeschreib. IV. 105. v. MARTENS Völkerr. §. 106. DANZ a. a. O. §. 155. n. IV. Jo. Jod. BECK diss. de resignatione, avulsione, et turbatione sigillorum (Altorf. 1742), §. 25.

VI. ABSCHNITT.

BERGWERKSREGAL.

§. 334.

Regalität des Bergbaues.

In den SouverainStaaten des rheinischen Bundes, gilt die Regalität des Bergbaues [a]). Warum? und wie weit? ist eine Aufgabe, jetzt [b]) mehr für Gelehrte [c]), als für die Staatsregierung [d]). I) Jene suchen die Regalität zu begründen, theils durch die Voraussetzung einer Begrenzung des PrivatGrundeigenthums mit der Oberfläche der Erde, und einer Theorie von Adespoten [e]), theils durch die Polizei-Absicht einer Sicherung des Publikums gegen Münzbetrügerei [f]), theils durch die Betrachtung, daſs vollständiger Betrieb des Bergbaues unmöglich wäre, sollte er von der Oberfläche des Grundes und Bodens abhängig seyn [g]).

a) PÜTTERS Lit. III. 621 ff. KLÜBERS Lit. §. 1382 ff. H. W. LAWÄTZ Handb. für Bücherfreunde und Bibliothekare, Th. II, Bd. 2, Abth. 2 (1795. 8.), S.

520 — 1156. JARGOW v. d. Regalien, 496. WESTPHALS Staatsr. 4 7 ff. DANZ Handb. des t. Privatr. II. §. 161 — 178. Cph. HERTWIGS Bergbuch. Dresd. u. Leipz. 1710. fol. J. J. MOSER von d. Landeshoh. in Anseh. Erde u. Wassers. Frf. 1773. 4. Adolf BEYERS BergStaatsrechtslehre, mit Berichtig. und Zusätzen von F. L. v. CANCRIN. Halle 1790. 8. F. L. v. CANCRINS Grundsätze des teutschen Berg- u. Salzrechtes. Frankf. 1790. 8.

b) Nach dem Staatsrechte des *teutschen Reichs*, war das Recht der Bergwerke kein Bestandtheil der Landeshoheit, wohl aber die Berghoheit. Die Regalität gebührte einem Landesherrn nur auf diejenigen Metalle, Mineralien und Fossilien, auf welche er solche durch besondern Rechtstitel erlangt hatte, durch rechtmäsige kaiserliche Verleihung, durch Verträge, Herkommen, oder unvordenkliche Verjährung.

c) v. WAGNER über die Regalität des Bergbaues. Freyberg. 1794. 8. J. H. ESSLER über die Bergwerke in Teutschland. Herb. u. Giessen 1803. 8. K. D. HÜLLMANNS Gesch. des Ursprungs der Regalien (Frf. a. d. O. 1806), 62. v. EPPLEN über das Princip der t. TerritorialVerfassung (1803), 116. Ueber das Bergregal, in d. Rhein. Bund, XVI. 57.

d) L. non omnium 20. D. de LL. RÖSSIGS Gesch. des t. Privatr. 188. Thom. WAGNERS corpus juris metallici recentissimi et antiquioris. Lips. 1791. fol. J. G. v. LORI Samml. des baier. Bergrechtes. München 1764. fol. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 670 — 770. DANZ a. a. O. §. 161 f.

e) PÜTTER instit. jur. publ. §. 371. v. CANCRIN a. a. O. §. 27. 42. 44. — Als Quellen aller Regalien, geben einige das landesherrliche *Eigenthum* an dem *Land-* und *Luftrevier* des Staatsgebietes an, da den Unterthanen nur die Oberfläche des Landes zum Behuf der

Landwirthschaft zugetheilt worden sey; woraus die Regalität sowohl der Bergwerke, als auch der Windmühlen folge. C. G. BIENER de natura et indole dominii in territ. Germ. §. 20. 25. FISCHERS Kameral- und Polizeirecht, II. 388 ff. 877.

f) GEISLER pr. de analogia juris publ. §. 10.

g) F. v. SCHUCKMANNS Ideen über Finanzverbesserungen (Tüb. 1808. 8.), S. 25.

§. 335.

Umfang.

II) Wie weit die Regalität des Bergbaues sich erstrecke [a]? und welche Metalle, Mineralien und Fossilien, als dem Privat-Grundeigenthum angehörig zu betrachten seyen? ist in den einzelnen Staaten auf verschiedene Weise bestimmt [b]. Gold- und Silberbergwerke, die Gewinnung der vornehmsten Münzmetalle bezweckend, sind jetzt überall Regal [c]. Rechtsgelehrte und Kameralisten rechnen nicht selten dahin, auch alle unedlen Metalle [d], Kupfer-, Zinn-, Blei- und Eisen-, auch Arsenik-, Spiefsglas- oder Antimonial-, Wismuth-, Zink-, Quecksilber- und Kobolt- oder FarbeBergwerke, ja alle Fossilien, Seen und Quellen, die wegen ihres medicinischen, technologischen, oder merkantilischen Nutzens, Gewinn geben, oder hoffen lassen.

a) (v. BENECKENDORFS) Grab der Chikane, Th. II, Bd. 3, §. 33 — 35.

b) Die Gesetze aus fast allen teutschen Staaten, das Königreich Sachsen ausgenommen, stehen in WAGNERS corp. jur. metallici.

c) BEYERS BergStaatsrechtslehre, Cap. VIII, §. 10.

d) HERTWIGS Bergbuch, 177.

§. 336.

Fortsetzung.

Insbesondere rechnet man hie und da, doch nicht immer ohne Widerspruch, zu dem BergRegal: Steinkohlen [a]), Torf [b]), Salpeter [c]), Edelsteine, Marmor [d]), Alabaster, Agtstein, Schiefer, Feuersteine, gemeine Steinbrüche [e]), namentlich auf Mühlsteine, gebrannte Steine und Kalk [f]), die Halbmetalle, Alaun, Schwefel und Vitriol; ferner Salzquellen, Salzseen und Salzbergwerke [g]), Sauer- und Gesundbrunnen, Badquellen [h]), Bernstein [i]), Perlen [k]), Goldsand [l]) (Waschgold, Goldwäsche), Schwefel, Zinnober, Farberde, Thon oder Töpfer-, Walker- und PorzellanErde, Mergel, Kreide, Lehm, Streusand, wohl auch gemeinen Sand [m]). Schätze gehören nicht zu dem BergRegal [n]).

a) KLÜBERS Lit. §. 1384. v. CANCRIN a. a. O. §. 421. J. J. DORNFELD diss. de juribus circa lithanthraces (Lips. 1742), §. 12 — 14. BEYERS BergStaatsrechts-

lehre, S. 69. HOMMEL obs. 607. — Anders, HERTWIG in d. Bergbuch, 241. C. H. HORN diss de regali metallifodinarum jure, §. 17. HERTIUS T. I. resp. 336. HORN class. XII. sent. 4. STRUBE Th. II, Bed. 77, §. 3. Grab der Chikane, Bed. III, §. 36. KREBS de ligno et lapide, p. 478.

b) KLÜBERS Lit. §. 1384 b. PÜTTERS Erörter. Bd. III, Heft I, S. 51 ff. BREUNING in SIEBENKEES Magaz. I. 121. — Anders, Ch. T. KOCH diss. de jure fodiendi Turfam lutosam inter regalia principis haud referendo. Lips. 1803. 8. v. CANCRIN a. a. O. §. 8.

c) PÜTTERS Erörter. Bd. III, Heft 1, S. 27. BEYER a. a. O. S. 67. v. CRAMERS wezl. Nebenst. XXI. 106. MADERS Samml. reichsger. Erkenntnisse in r. r. Sachen, V. 247. 295. PÜTTERS Lit. III. 623.

d) PÜTTERS Lit. III. §. 1383. G. D. HOFFMANN de regali marmoris jure. Tub. 1757. v. CANCRIN, S. 44.

e) HOMMEL obs. 607. STRUBE Th. II. Bed. 77. v. CANCRINS rechtl. Bedenken über die Regalität der Steinbrüche. Riga 1786 u. 1797, und in dessen vermischten Schriften.

f) HOMMEL obs. 607. Grab der Chikane, Bd. III, Th. 2, §. 37. — *Ziegel-* und *Kalkbrennereien* sind, als Gewerbe, an landesherrliche Concession gebunden. v. CANCRIN a. a. O. §. 43. HELDS reichsprälat. Staatsr. II. 617. LUDEWIGS gel. Anz., II. 702. F. U. PESTEL diss. de jure circa lateraria, von Ziegelbrennereien. Rint. 1746. PÜTTERS Rechtsf. Bd. II, Th. 4, S. 991. — So auch *Eisenwerke*, *Hammerwerke*, *Schmelzhütten*, *Vitriol-* u. *Alaunwerke* u. d. MOSER v. d. Landeshoh. in Anseh. Erde u. Wassers, 268. Desgl. das *Potaschensieden*. K. J. SEYFERTS u. K. L. KRESS Jahrbuch für teutsche Rechtsgelehrte, Heft V. (Wezl. 1792), S. 407.

g) PÜTTERS Lit. III. 480. KLÜBERS Lit. §. 1387. JARGOW v. d. Regalien, 503. PFEFFINGER Vitriar. il-

lustr. III. 1444. v. CANCRIN a. a. O. §. 872 ff. DANZ a. a. §. 175 ff. J. G. S. RODEBECK diss. de jure regio salinarum earumque infeudatione. Lips. 1791. — Anders, J. H. JUNG de jure salinarum (Goett. 1793) c. 1. §. 6. sqq. Vergl. den Folg. §. Note b.

h) MOSER von d. Landeshoheit, in Anseh. Erde und Wassers, 211.

i) P. R. SCHROETER diss. de jure succini in regno Borussiae. Regiom. 1722. DANZ Handb. des t. Privatr. I. §. 111.

k) MOSER a. a. O. 256. DANZ a. a. O. J. H. TAUBENS Beitr. zur Naturkunde des H. Zelle, B. I, S. 77.

l) SCHÖPFLIN Alsatia illustrata, I. 29 — 32. SCHILTER thesaur. antiqu. germ. I. 23. B. G. STRUV diss. de auro fluviatili, s. Waschgold. Jen. 1698. J. C. CRONS oryctographia Neostadiensis, nebst Nachrichten von den pfälz. Goldwäschen. Speyer 1740. Die Zigeuner, von H. M. G. GRELLMANN (1783. 8.), S. 27 — 84. (SALZMANN) Von d. Rheingold, in MEUSELS Geschichtforscher, VI. 246 — 256. F. L. TREITLINGER diss de aurilegio, praecipue in Rheno. Argent. 1776. 4. MOSER a. a. O., 254. J. F. GMELINS Gesch. des t. Bergbaues, §. 38. v. RÖMERS kurs. Staatsr. II. 806. KRÜNITZ Encycl. v. Gold. Corp. Constit. Culmbac. T. II. vol. 2. p. 319.

m) Alle *Tagwerke* (die nicht in der Tiefe, sondern in der Oberfläche der Erde gefunden werden) schliessen von der Regalität aus. FISCHER in d. Lehrbegriff der Kameral- u. Polizeir. II. §. 1351. v. CANCRIN a. a. O. §. 8. 43.

n) Davon oben, §. 241, Note a.

§. 337.

Verleihung des Bergbaues und der Salinen.

I) Der regale Bergbau, wie weit er sich erstrecken mag, gehört zu den **verleihbaren Regalien** [a]); auch die Salinen [b]). Bei der Verleihung wird dem Staate meist vorbehalten, das Recht des **Bergzehnten** [c]) und des **Vorkaufs** [d]) bei der Ausbeute, nebst einer **Recognitions Abgabe** [e]) (Quatember- oder Recessgeld). II) Das Recht, unter gewissen Einschränkungen nach Erz zu **schürfen** und zu **Tage einzuschlagen**, wird durch Schürfscheine verliehen [f]). Die **Findung** eines Ganges, giebt das **Alter** (Seniorat) in dem Felde oder den Vorzug in der Muthung der Zeche, zu deren Bau der Muther durch den Muthzettel berechtigt wird, nicht nur bei dem Bau der Eigenlehner oder Einspännigen, sondern auch bei dem Gesellenbau [g]). Ueberall ist der Bergbau zu treiben, mit gehöriger Sorgfalt und Entschädigung der Grundeigenthümer.

a) PFEFFINGER Vitriar. illustr. III. 1460. sq. DANZ a. a. O. 164 f. v. CANCRIN, §. 41. — In dem Königreich Sachsen unterscheidet man *hohes* und *niederes* Bergregal. Zu jenem gehören, Gold, Silber, Edelsteine, Salz u. a. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 683. 691. DANZ a. a. O. §. 163.

b) Die *Salinen*, wenn sie Privatpersonen, meist als Erbleihe, überlassen sind (v. CANCRIN) a. a. O. §. 891 ff.), werden gewöhnlich in gewisse intellectuelle Theile, *Kuxe*, *Koten*, *Stühle*, *Sieden* oder *Südrechte* getheilt, wovon ein jährlicher Canon zu entrichten ist. — Manche Salinen sind *Bann-* oder *ZwangSalinen*, weil die Unterthanen eines bestimmten Bezirks ihr Salzbedürfnifs daselbst zu nehmen schuldig sind. Landesgesetze in SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 546 u. 571. — Auch ist in den meisten Staaten der *Salzhandel* ein landesherrliches Monopol. J. W. LANGSDORF von den Rechten des Landesherrn auf Salzquellen und den Alleinhandel des Salzes; hinter dessen Einl. zu Anlegung, Verbesserung und Verwaltung der Salzwerke. Giessen 1781. 4. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 806. v. CANCRIN a. a. O. §. 884 ff.

c) J. C. KNÖTZSCHKER epist. grat. de decimis metallicis. Lips. 1795. v. ROHRS Haushaltungsr., Buch X, Cap. 2, §. 9 f. BEYER a. a. O. 55. KÖHLERS Anleit. zu den Rechten u. der Verfassung bei dem Bergbau, S. 18.

d) B. C. MOLLENBECK diss. de regali protimiseos metallicae jure. Giess. 1691. de SELCHOW elem. jur. publ. §. 462. v. CANCRIN, §. 164. BEYER, S. 137. Rhein. Bund, XVI. 65.

e) HERTWIGS Bergbuch, 309. v. CANCRIN, §. 145 ff. Von dem Schlägeschatz, ebendas. §. 161 ff.

f) J. G. BAUSE'S Einl. zu d. Bergrechten, I. 93. Chr. BÖSENS HaushaltsPrincipia vom Berg-, Hütten, Salz- und Forstwesen, II, 46. v. CANCRIN a. a. O. §. 70 ff. 101 ff. DANZ, §. 166.

g) v. CANCRIN a. a. O. 112 ff. HEUMANN initia juris politiae, 333. DANZ, §. 167 ff. D. G. DIEZ diss. de jure senioratus metallici. Erf. 1727. EISENHARTS Sprichwörter, 203. F. L. v. CANCRIN von der Natur und Einrichtung einer Bergbelehnung. Giess. 1788. 8.

§. 338.

Berghoheit.

Das Recht der Berghoheit (jus metallifodinarum et salinarum sublime) erstreckt sich über jede Art des Bergbaues, auch die, welche einem Unterthan aus irgend einem Rechtsgrunde zusteht [a]). Abhängig hievon ist die Verleihung der Bergfreiheiten, Bergpatente und Privilegien, die Errichtung der Berggesetze, der Berg-, Hütten-, Hammer-, Haal-, Thal-, Beute-, Salz- und Pfännerordnungen [b]), die Verleihung der BergGerichtbarkeit [c]) und OberBergpolizei [d]).

a) Rodebeck l. c. v. Cancrin a. a. O. §. 49 ff.

b) v. Cancrin a. a. O. §. 24. 868. 916. Beyer a. a. O. S. 33. 176. Danz, §. 171 f.

c) Ge. Engelbrecht de judiciis metallicis. Helmst. 1705. J. G. Siegel diss. de jurisdictione metallica. Lips. 1754. Decis. Hasso - Cass. I. 75. Pufendorf animadvers. I. 7. Siebers gerichtl. Procefs, I. 188. v. Cancrin a. a. O. §. 720 — 864. 56 ff.

d) v. Cancrin, §. 53. 178.

VII. Abschnitt.

Forst- und JagdRegal.

§. 339.

ForstRegal.

ForstRegal oder Forsthoheit [a]) (forstliche Herrlichkeit oder Obrigkeit, superioritas

forestalis) ist der Inbegriff der aus der Staatsgewalt fliessenden Befugnisse, über die in dem Staatsgebiet befindlichen Forsten [b]). Es ist darunter begriffen, das Recht der höchsten Aufsicht über das gesammte Forstwesen [c]), der ForstGesetzgebung [d]), der ForstPolizei [e]) und ForstGerichtbarkeit [f]). Es erstreckt sich über die Staats- oder Domanial-, und alle Privat-Waldungen, die CommunWaldungen unter diesen mitbegriffen. Wesentlich von solchem, als Staatsbefugnifs, unterscheiden sich die Rechte des Forts- oder W a l d e i g e n t h u m s [g]).

a) PÜTTERS Lit. III. 639. KLÜBERS Lit. §. 1399 ff. NETTELBLADT von der Forsthoheit, in s. Samml. kl. jur. Abh. (1792. 8.), S. 204. P. H. KREBS de ligno et lapide. Aug. Vind. 1690. 1700. 1756 4. Jo. Jac. REINHARD tr. de jure forestali Germanorum. Francof. 1749. 8. Joh. Jod. BECK von der forstl. Obrigkeit, Forstgerechtigkeit und Wildbahn. Nürnb. 1737. verm. v. J. G. KLINGNER Frf. u. Leipz. 1748. u. 1767. 4. J. G. PIETSCH Grunds. des Forst- u. Jagdrechtes. Leipz. 1779. 8. F. A. GEORG instit. juris forestalis Germ. Frf. 1802. 8. H. C. MOSERS Forstr. Baireuth 1806. 8. D. L. BÖTTGERS Beiträge zu Erläut. des Forstrechts. Giessen 1802. 8. C. G. BIENER de nat. et indole dominii in territ. Germ. §. 24. p. 131. HELDS reichsprälat. Staatsr. II. 643. FISCHERS Kameral- und Polizeirechte, II. 792 ff. DANZ Handb. d. t. Privatr. II. §. 139 ff. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 786 ff.

b) MOSER von d. Landeshoh. in Anseh. Erde und Wassers, 67 ff. GEORG l. c. §. 48. sqq. von MOSERS Forstarchiv, X. 33. Von dem Worte *Forst*, F. U. STISSERS Forst- und Jagdhistorie (1754. 8.), S. 5.

c) C. G. BIENER de suprema principis in silvas inspectione. Lips. 1796. 4.

d) A. FRITSCH corpus juris venatorio-forestalis. Rudolst. 1675. auct. Lips. 1702. fol. F. D. F. MÜLLENKAMPFS Samml. der Forstordnungen verschiedener Länder. Fortgesetzt von K. E. Frhrn. v. MOLL. Th. I. Mainz 1791. Th. II. Salzb. 1796. Codex Augusteus (saxonicus) venatorio-forestalis. Leipz. 1792. 8. Preufs. allg. Lan r. I. 8. 83 ff. I. 22. 170 ff. FISCHER a. a. O. II 787.

e) T. J. REINHARTH de jure privatorum circa silvas inprimis caeduas, admodum restricto. Erf. 1732. v. CRAMERS wezl. Nebenst. V. 3. Landesgesetze, in SELCHOWS elem. jur. germ. priv. §. 287.

f) PÜTTERS Lit. III. 486. KLÜBERS Lit. §. 1243. PIETSCH a. a. O. §. 15 ff.

g) STISSER a. a. O 174. REINHARD l. c. 79. sqq. 87. BIENER l. c. 141. Dahin gehören: das Beholzungsrecht, das Recht der Mastung und Eichellese, der Weide, das Recht, Laub, Gras, Harz und Waldbienen sich zuzueignen. FISCHER a. a. O §. 1270—1303. PIETSCH a. a. O. §. 581 ff. RUNDE'S t. Privatr. §. 144 ff.

§. 340.

Verleihung der Forstgerechtigkeit. Forstgerichtbarkeit.

Die niedere Forstgerechtigkeit, die Holzanweisung unter Führnng eigener Waldaxt [a]), die Bestellung der niedern Forstbeamten [b]), auch die Ausübung der Forstgerichtbarkeit und Beziehung der Forststrafen [c]), alles untergeordnet der Staatsgewalt, ist ein verleihbares Regal, nicht nur für

Waldeigenthümer, sondern auch für andere Unterthanen. Sofern eigene Forst- und Holzgerichte [d]), landesherrliche, patrimonialherrliche, oder Märkerdinge, nicht angeordnet sind, gehört die Gerichtbarkeit in Forstsachen dem ordentlichen Localrichter [e]). Den Standesherren ist die Forstgerechtigkeit und Forstgerichtbarkeit geblieben (§. 205 u. 208).

a) Cramers wezl. Nebenstunden, Th. 98. S. 128. v. Mosers Forstarchiv, IX. 101.

b) v. Moser a. a. O. IX. 96. 142. XIV. 296. Forstmagazin, VIII. 130.

c) v. Moser a. a. O. 135.

d) Pufendorf de jurisdict. germ. 638. Selchow l. c. §. 518.

e) Strube, Th. II, Bed. 102, §. 5, S. 385. Bed. 136. Stisser a. a. O. 181. Pietsch a. a. O. §. 21.

§. 341.

Jagdhoheit. Jagdgerechtigkeit.

I) Ein unstreitiges Regal ist die Jagdhoheit [a]), das Recht der Oberherrschaft in Jagdsachen. Oberaufsicht, Gesetzgebung [b]) und OberPolizei, über alle Jagdberechtigungen in dem Staatsgebiet, nebst der Gerichtbarkeit in Jagdsachen, sind darunter begriffen. II) Die Regalität der Jagdgerech-

tigkeit, der Befugnifs, jagdbare wilde Thiere aufzusuchen und sich zuzueignen, — obgleich nicht gegründet in dem allgemeinen Staatsrechte c), in der Natur der Jagd und des Grundeigenthums, in dem ältesten, gröfstentheils auch in dem mittlern teutschen Staatsrecht d), wie in dem römischen, — gilt jetzt in allen rheinischen Bundesstaaten, so, dafs in einigen alle Jagd in dem ganzen Staatsgebiet e), in andern, auf grundherrlichen Jagdrevieren, auch wohl auf städtischen, nur die hohe Jagd f), oder blofs die Mitjagd g), als Regal, doch als verleihbares, angesehen wird. Den Standesherren ist, in ihren standesherrlichen Bezirken, die hohe und niedere Jagd geblieben (§. 205 u. 208). Auch bei den Grundherren sind die vormaligen Jagdberechtigungen meist geblieben (§. 229).

a) Pütters Lit. III. 626 ff. Klübers Lit. §. 1389 ff. Moser von d. Landeshoh. in Anseh. Erde und Wassers, 74 ff. Jargow v. d. Regalien, 506.

b) Note d zu dem ehevorigen §.

c) Anders, J. C. Lübbe, Joh. Ad. v. Ickstadt J. A. v. Cramer, F. C. Buri, C. F. Hommel (oblectam. jur. feud. 48.). Die Gründe, s. bei J. A. L. Seidensticker de fundamentis juris supremae potestatis circa adespota (Goett. 1789.), §. 19. Widerlegt von Strube in d. Nebenst. I. 182. II. 584. *Ebendess.*

vindiciae juris venandi nobilitatis germ. Hildes. 1739. L. C. Bilderbecks Deduction gegen die vermeintl. Regalität der Jagd. Celle 1723. 1741. fol. C G. Riccius Entwurf v. d. in Teutschl. übl. Jagdgerechtigkeit. Nürnb. 1736. verb. Frankf. 1772. 4. Fürters Rechtsf. Bd. I, Th. 2, S. 416.

d) Stisser a. a. O. 13. 106. 160.

e) Von dem Königreich Sachsen, s. v. Römers kursächs. Staatsr. II. 778.

f) Particuläre Rechtsquellen, s. bei Selchow elem. jur. germ. priv. §. 284. sq. Preuss. allg. Landr. II. 9. 41. 127. XVI. Abschn. 3.

g) de Selchow l. c. §. 286.

§. 342.

Ausübung und Verleihung der Jagdgerechtigkeit.

I) Die Ausübung der Jagdgerechtigkeit, ganz oder zum Theil, gebührt bald dem Staat, bald einem Privatberechtigten, auf eigenem, oder fremdem Wald- und Grundeigenthum, auch wohl einem fremden Staat als StaatsServitut [a]). Freie Pürsch ist, wo sie in neuern Zeiten noch galt, jetzt fast überall abgeschafft [b]). II) Eine Jagdverleihung giebt, im Zweifel, unwiederrufliche und privative [c]) Berechtigung. Daher wird bloſse Revers- oder -Gnadenjagd [d]), oder ein Recht des Verleihers zu der Vorjagd oder Vorhatze zu der Mit- und KoppelJagd, nicht ver-

muthet [e]). III) Seit Einführung der Regalität, und der Eintheilung in hohe und niedere Jagd, ist, bei neuern Jagdverleihungen, nur für die niedere Jagd zu präsumiren [f]).

a) J. C. BONHÖFER de jure venandi per modum servitutis juris publ. in territorio alieno. Alt. 1748.

b) HELDS reichsprälat. Staatsr. II. 661. 698. SELCHOW l. c. §. 539. Kön. baier. Verordn. v. 12. Jan. 1803. u. . . Febr. 1807. Grofsh. badische Verordn. v. 15. Jun. 1807, in dem bad. Reg. Blatt, n. 22.

c) Von dem *Wildbann*, s. HELD a. a. O. II. 659. 661. ff. REINHARD l. c. II. 48. 65. 97. PIETSCH a. a. O. §. 64.

d) PÜTTERS Lit. III. 637. KLÜBERS Lit. §. 1394. J. A. HÜBENER de venatione precaria. Lips. 1778.

e) SELCHOW l. c. §. 286. SCHNAUBERTS Erläut. des Lehnr. §. 68. PIETSCH a. a. O. 93 ff.

f) Verschiedene Meinungen, bei BÖHMER princ. jur. feud. §. 67. sq. SELCHOW l. c. §. 285.

§. 343.

Fortsetzung.

IV) Forstgerechtigkeit und Waldeigenthum, sind unter einer Jagdverleihung nie zu verstehen. Auch, im Zweifel, nicht die Gerichtbarkeit in Jagdsachen. V) Die Grenzen der hohen (auf Hochwild) und niedern Jagd [a]), wozu in einigen Ländern noch die mittlere kommt [b]), sind in den einzelnen Staaten verschieden bestimmt. VI)

Eben so die Frage: ob der Jagdherr, bei Verminderung des Wildes, berechtigt sey, von den Grundeigenthümern des Jagdreviers Entschädigung zu fordern [c]? VII) Die Verbindlichkeit der Unterthanen zu Jagdfolgen, fliefst aus der Staatspflicht, zu Jagdfrohnen aus der Patrimonialpflicht [d]. VIII) Zu Erhaltung, Aufstockung oder Atzung der Jagdhunde, können Unterthanen durch besondern Rechtstitel verpflichtet seyn [e].

a) Von der Erfindung und dem Alter dieser Eintheilung. LEYSER de assentat. ICtor. 102. HEUMANNS Geist der Gesetze, c. 25. §. 8. BILDERBECK a. a. O S. 302. HERVÉ théorie des matières féodales et censuelles, T. II. p. 118 — 358. — Von dem zu der Jagd gehörigen *Vogelfang*, PÜTTERS Lit. III. 642. DANZ a. a. O. III. §. 158.

b) v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 780. Preufs. allg. Landr. II 16. Abschn. 3. §. 37 ff.

c) G. M. WEBER über die Einführung der Wildsteuer. Nürnb. 1794. 8. Beleuchtung dieser Schrift. Nürnb. 1795. WEBERS Nachtrag zu s. Abh. u. s. w. Nürnb. 1798. 8. Vergl. Neue allg. t. Bibliothek, Bd. 18, Heft 6, Bd. 28, S. 277, Bd. 44, St. 1, S. 262. Staatswissensch. u. jur. Lit. 1794, Jun., 291. DANZ a. a. O. §. 160. — Von der Pflicht des Jagdherrn zu dem Ersatz des Wildpretschadens. J. M. SEUFFERT pr. de damno per ferarum incursus dato resarciendo. Wirceb. 1788. 8. KLÜBERS kl. jur. Bibl. XVI. 405. DANZ a. a. O. §. 160.

d) Hiervon unten in dem XI. Abschnitt dieses Cap.

e) FISCHERS Kameral- u. Polizeirechte, II. 868.

VIII Abschnitt.

WasserRegal.

§. 344.

WasserRegal.

Das WasserRegal [a]) besteht in dem Rechte der Oberherrschaft, über das in dem Staatsgebiet befindliche Wasser und dessen Zugehör. Es erstreckt sich nicht nur über alles öffentliche, oder zu dem öffentlichen Vermögen des Staates gehörige Wasser, wohin fast alle gröſsern Flüsse und Seen gehören, sondern auch über alles Privatwasser und dessen Zugehör [b]); über Meerbusen [c]), Seen, Teiche, Lachen, Feldwasser, Quellen, Ströme, Flüsse, Bäche, Kanäle, mit ihren Betten, Ufern, Inseln (Werdern), Anlagen u. d. [d]). Ueberall sind hiebei, die aus dem Privateigenthum und aus der natürlichen Freiheit fliessenden Rechte, von den Rechten der Staatsgewalt sorgfältig zu unterscheiden, so weit nicht auch jene, ganz oder zum Theil, durch das positive Staatsrecht erweislich [d]) zu den Regalien gezogen sind. Eben so unterscheidet sich davon das Verhältniſs des Staates zu andern Staaten, in Ansehung der GrenzStröme, Seen, und Accessionen, der

Anspülung, des Anwurfs, der Inseln, der schwimmenden Inseln u. d. *f*).

a) PÜTTERS Lit. III. 554 ff. KLÜBERS Lit. 1312 ff. F. L. v. CANCRINS Abhandlungen von dem Wasserrechte, Bd. I u. II. Halle 1789 u. 1790. 4. OETINGER de jure limitum, lib. I. c. 12. JARGOW v. d. Regalien, 468. MOSER v. d. Landeshoh. in Anseh. Erde u. Wassers, 200 — 275. C. G. BIENER de natura et indole dominii in territ. Germ., § 22. sq. p. 112. (v. BENECKENDORFS) Grab der Chikane, Bd. III, Th. 2, §. 21. FISCHERS Kameral- und Polizeirechte, III. 3 ff. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 794 ff. — Parömie: Sand und Land gehört der Herrschaft.

b) G. L. BÖHMER diss. de jure principis circa loca et opera publica, c. 3. §. 3. sq.; in dessen Elect. jur. civ. I. 623.

c) Von dem Staatseigenthum des Meeres, GÜNTHERS Völkerr. II. 25 ff.

d) Von Bädern, Sauer- und Gesundbrunnen, oben §. 337.

e) v. BÜLOWS u. HAGEMANNS pract. Erörter. B. I. Num. 3.

f) GÜNTHER a. a. O. II. 18. 25. 55. 57. v. RÖMERS Völkerr. der Teutschen, S. 250. v. CANCRIN a. a. O. I. 60. MOSERS nachbarl. Staatsr. 440 — 462. 699 — 706. *Ebendess.* Grunds. des europ. Völkerr. in Friedenszeiten, 476. — Von dem *Rhein*, oben §. 58 ff. 140 ff.

§. 345.

Gegenstände des WasserRegals.

Das WasserRegal bezieht sich, nach Erforderniss des Staatszweckes, I) auf dem Ge-

brauch des Wassers [a]). Dahin gehören: Wasserstrassen u. Schiffahrt [b]), Kanäle, Schleussen [c]), Brücken [d]), Fähren [e]), Flössen [f]), Mühlen und andere GewerbInstitute an, oder auf dem Wasser [g]), Wässerung [h]), Brunnen [i]).

a) Biener l. c. 119.

b) Pütters Lit. III. 550. Klübers Lit. §. 1308. Moser v. d. Landeshoh. in Anseh. Erde und Wassers, 230.

c) Pütters Lit. III. 556. v. Cancrin a. a. O. II. 231. Fischer, III. 13.

d) Pütters Lit. III. 556. Moser a. a. O. 227. Danz Handb. des t. Privatr. I. §. 109. v. Cancrin, II. 1.

e) v. Cancrin. II. 63. Moser, 228. Danz, I. §. 108. — Von fliegenden Brücken, Cancrin, II. 70.

f) Pütters Lit. III. 556. Klübers Lit. §. 1316 b. Moser, 223. Danz, I. §. 107. v. Cancrin, II. 93. Fischer, III. 112. Leiser jus georg. I. 35.

g) Pütters Lit. III. 643. Klübers Lit. §. 1403. Jargow a. a. O. 494. Westphals Privatr. II. 158. Biener l. c. §. 23. p. 122. Moser, 256. 268. Fischer, III. 48. Selchow elem. jur. germ. priv. §. 529. Danz, I. §. 103 ff. — Von Windmühlen, Runde's P. R. §. 105. Danz, I. 105.

h) v. Cancrin a. a. O. II. 137. Fischer, III. 11.

i) v. Cancrin, II. 169. Fischer, III. 7.

§. 346.

Fortsetzung.

II) Auf die, in und unter dem Wasser befindlichen Sachen, lebendige und leblose.

Dahin gehören: die Fisch- und Fischereigerechtigkeit [a]), welche, in der Regel, kein Regal, sondern Wirkung des Wasser- oder Flufseigenthums ist [b]); die Wassergewächse, Sand [c]) und Steine, Salz, Perlen (§. 337), Bernstein (§. 337), das Strandrecht [d]), (Grundruhr, jus littoris), welches jetzt nur noch gegen Seeräuber, Schleichhändler, Schiffer auf verbotenen Flufs-, oder Seegegenden, an den dänischen Ufern der Elbe [e]), und retorsionsweise ausgeübt wird.

a) Pütters Lit. III. 642. Klübers Lit. §. 1402. Moser, 240. Jargow a. a. O. 493. Danz, I. §. 110.

b) Strube, Th. II, Bed. 87. Th. V, Bed. 17. Leyser Sp. 503. Moser a. a. O. Pufendorf, T. I obs. 127. *Ebendefs.* animadvers. T. 73. Biener l. c. 115. — In dem Mittelalter betrachtete man die Fischerei als einen Theil der Jagd. Stissers Forst- u. Jagdhist. 283. 300. — *Biber* u. *Fischottern* gehören noch jetzt zu der Jagd. Leiser jus georg. III. 14. C. G. Winkler diss. de jure circa flumina (Kil. 1758), §. 23. sq.

c) Moser a. a. O. 256. — Von der Goldwäsche, oben §. 337.

d) Pütters Lit. III. 615. Klübers Lit. §. 1374. Moser a. a. O. 270. *Ebendefs.* nachbarl. Staatsr. 705. Jargow a. a. O 471 — 489. Selchow elem. jur. germ. priv. §. 533. Pfeffinger Vitriar illustr. III. 1471. Fischers Gesch. des t. Handels, I. 425. v. Martens Einl. in d. Völkerr. §. 150 f. Dänische Strandordn. von 1803, in Häberlins Staatsarchiv, Heft 45, S. 1 ff.

e) J. G. Büsch Darstell. der Handlung (1792. 8.), II. 113. *Ebendess.* Darstell. des in den nördl. Gewässern üblichen, besonders des schleswig-holstein. Strandrechtes. Hamb. 1798. 8.

§. 347.

Schluss.

III) Auf den Grund und Boden, welchen das Wasser zu seinem Bette hat, oder umschliesst, oder zunächst berührt. Dahin gehören: das Flussbett [a]), das Ufer oder Gestade [b]), die Inseln (Werder) und Anlagen [c]) (Anspülung, Anwurf, Alluvionen), die Dämme oder Deiche [d]), die Häfen [e]), Landungs-, Aus- und Einladplätze, Buchten und Ankerplätze, der Kai (quai), die Leinpfäde oder Trödel [f]).

a) Jargow a. a. O. 493. Moser a. a. O. 225. v. Cancrin, I. 119 ff. Pufendorf, T. IV. obs. 238.

b) Fischer, III. 15. 20. 35. v. Cancrin, I. 101. Danz, §. 102. IV.

c) Pütters Lit. III. 619. Klübers Lit. §. 1380 f. Jargow a. a. O. 490. 492. Moser, 219. 221. *Ebendess.* Nebenst. 400. Biener l. c. 116. Danz a. a. O. I. §. 106. v. Cancrin, I. 167. 184. Günther a. a. O. II. 63.

d) Moser a. a. O. 215. Danz a. a. O. §. 113—123. v. Cancrin, I. 111. 145. 162. Runde's t. Privatr. §. 113 ff. Rössigs t. Privatr. S. 435 ff. Dreyers Miscellaneen, Num. I, S. 1—37. v. Bergs Polizeir. III. 95—132.

e) Jargow a. a. O. 496. Moser, 226.

f) Moser a. a. O. 214. Klübers kl. jur. Bibl. XV. 310.

§. 348.

Umfang des WasserRegals.

Ueber alle diese Gegenstände gebührt dem Staate die höchste Aufsicht, Gesetzgebung, Polizei und Gerichtbarkeit; das Recht, Wasser-, Schiffahrts-, Ufer-, Deich-, Damm-, Dünen-, Fischer-, Brunnen-, Strand- u. d. Ordnungen zu errichten; das Recht zu Anstalten [a]) gegen Hindernisse der Schiffahrt, Wasserschaden, Mifsbrauch des Wassers und der Schiffahrt, das Rang- und Marktschiffwesen, das Schiffer- und FischerZunftwesen, die Schiffbarmachung der Flüsse, Anlegung der Kanäle u. d.; die Errichtung eigener Wasser-, Deich-, Mühlen- und Fischergerichte [b]), in deren Ermangelung Wassersachen vor den ordentlichen Richter gehören; die Bestimmung der Abgaben für die Verleihung oder den Gebrauch des öffentlichen Wassers, der Schiffahrt und Wasseranstalten, z. B. Wasser- und Mühlenzins, Wasserzoll, Flufs-, Damm- und Uferbaugeld, Hafen-, Fähr-, Flofs-, Schleussen- und Brückengeld u. d. [c]).

a) Moser a. a. O. 107. 112. 231.

b) Beispiele, bei PUFENDORF de jurisdict. germ. 613. MOSER a. a. O. 203. v. CRAMERS wezl. Nebenst. XXIII. 34. XXXV. 85. LXXV. Num. 1. FISCHER a. a. O. III. 31. LANGS diplomat. Blumenlese, Num. 145, in MEUSELS Geschichtforscher, VII. 27. J. B. FISCHERS Beschreib. des Burggrafth. Nürnberg unterhalb Gebürgs (Ansb. 1790. 8.), II. 5. ESTORS bürgerl. Rechtsgel. I. §. 2204 f. III. 2205. v. CANCRIN v. d. Rechte des Eich- oder Sicherpfahls (Giessen 1788. 8.), §. 45 ff.

c) Von der Octroigebühr auf dem Rhein, oben §. 141. Note c.

IX. ABSCHNITT.

INDUSTRIE CONCESSIONS REGAL.

§. 349.

Industrie Concession.

Der Staat ist befugt, Concession, oder auch Empfehlung zu ertheilen, für Unternehmungen, Gewerbe, Handlungen und Befugnisse, vorübergehende und fortwährende, welche eine Quelle des PrivatEinkommens sind, aber wegen des StaatsInteresse, der Willkühr eines Jeden nicht überlassen werden können a). Diese Gegenstände werden oft zugleich als Quelle des StaatsEinkommens betrachtet, indem davon bestimmte ConcessionsEmolumente, Concessions-Gelder, Pachtgelder, oder GewerbRecognitio-

nen [b]), ein für allemal, oder fortdauernd zu gesetzter Frist, erhoben werden. Manche Concessionen dieser Art beziehen sich auf PolizeiEinschränkungen, zu dem Besten des Ganzen oder eines Theils desselben. Diese sind, nebst dem Ertrag, nicht selten den mit der niedern Polizei versehenen Grundobrigkeiten und städtischen Gemeinheiten überlassen [c]).

a) Pütters Lit. III. 644. Klübers Lit. §. 1404. Moser v. der Landeshoh. in Steuersachen, 783 ff. 791. Pütter instit. jur. pub. §. 376. Reinhards Samml. jurist. philos. u. krit. Aufsätze, St. III, Num. 6.

b) Moser a. a. O. 805.

c) Königl. preufs. Declaration an die Ritterschaft des Fürstenthums Baireuth, v. 10. Aug. 1801, §. 123, 125, 126, 132—137.

§. 350.

Concessions Gegenstände.

Hieher wird gerechnet, theils in allen, theils in mehrern Staaten, die Concession für Gesellschaften [a]), insbesondere der Octroi für grofse Handelsgesellschaften [b]), kaufmännisches Gewerbe, Alleinhandel [c]), Patentwaaren, Marktverkauf, Hausiren [d]), Pferde-Verkauf [e]), Kalender- und SpielkartenVerkauf [f]), Apotheken [g]), Arzneimittel, chirur-

gische Werkzeuge und Operationen (Augen-Operateure, Bandagisten, Zahnärzte), Arcana [b]), Buchdruckereien, Fabriken, Manufacturen, Potaschensiedereien, Kalk - und Ziegelbrennereien (§. 337 Note f), Seidenwürme und MaulbeerPlantagen [i]), Bierbrauerei [k]), Brantweinbrennerei [l]) (wovon der Blasenzins), Gastwirthschaft-, Garkuchen - und Schankgerechtigkeit, Kaffeeschenken, Billard [m]), Zünfte und Freimeisterschaft [n]), Heurathen (HeurathConsensgelder).

a) Zunft - oder InnungsPrivilegien. — Von Schützengesellschaften, VOIGTS gemeinnützige Abhandlungen (1792), Num. 3, S. 180 ff. Hannöver. Magazin, 1784, St. 52, 60, 61.

b) Oben, §. 311. MOSERS Versuch des europ. Völkerr. Bd. VII. S. 113 ff.

c) Vergl. §. 311. KLÜBERS Lit. §. 1355 [b]. S. 451.

d) MOSER v. d. Landeshoh. in Polizeisachen, 234.

e) MOSER v. d. Landeshoh. in Steuersachen, 797.

f) MOSER ebend. 798.

g) Chr. THOMASIUS diss. de jure circa pharmocopolia civitatum. Hal. 1697. rec. 1752. WESTPHALS t. Privatr. I. 186. RICCIUS spicil. jur. germ. 381.

h) C. F. HARPPRECHT diss. de jure principis circa artes subditorum singulares et arcanas. Tub. 1753.

i) H. D. HOFFMANN diss. de juribus circa bombyces, moros et sericum. Tub. 1756.

k) MOSER von der Landeshoh. in Steuersachen, 789 f. PUTONEI enunciata jur. II. 593. v. CRAMERS wezl. Nebenst. XVII. Num. 9. PÜTTERS Lit. III. 544. F. A. FISCHER de jure coquendi et vendendi cerevisiam. Viteb. 1765. F. X. v. MOSHAMM über das Bierbraurecht in Baiern. Ingolst. 1791. 8.

l) PÜTTERS Lit. III. 544. HOMMEL de jure vini adusti. Lips. 1753. HOMMEL obs. 97. PUFENDORF T. III. obs. 89. 164. PUTONEI enunciata juris, T. VI. cons. 270.

m) PÜTTERS Rechtsf. Bd. II, S. 1060 f. WESTPHALS t. Privatr. I. 155 f.

n) MEVIUS P. I. dec. 55. J. D. H. MUSÄUS Beitr. zu d. deutschen Recht (Frf. 1801. 8.), S. 163—215. OVERBECKS Meditationen, Bd. I, Num. 11. J. A. ORTLOFFS Recht der Handwerker, §. 87 f.

§. 351.

Fortsetzung.

Auch gehört in diese Classe, die Concession für Glückshäfen [a]), Zahlen- und ClassenLotterien [b]) und WettComtoire, Hazardspiele, öffentliche Lustbarkeiten [c]) (Musikpacht, Musik- und Tanzzettel, TanzAnlage), Schauspiele, gymnastische, auch Taschenspieler- u. d. Künste, Vorzeigen sehenswürdiger Dinge, seltener Menschen, Thiere, Natur- und Kunstproducte, Scharfrichterei, Wasenmeisterei [d]) (Abdeckerei, Cavillerei), Kaminfegen, Schweinschneiden (Viehschnitt)

Scheerenschleifen, Kesselflicken e), Haarschneiden, Roſshaar-, Aschen-, Knochen- und Lumpensammeln u. d. Auch manche Zwang- oder Bannrechte werden hieher gezogen *f*).

a) MOSER von d. Landeshoh. in Polizeisachen, 437. 490 f.

b) PÜTTERS. Lit. III. 366. KLÜBERS Lit. §. 1144. MOSER a. a. O. 484. *Ebenders.* von d. Landeshoh. in Steuersachen, 796. SCHLÖZERS Briefwechsel, Bd. X, Heft 59, S. 97. PÜTTERS Erörter. Bd. I, Heft 4, Num. 11. HÄBERLINS Staatsarchiv, Heft X, S. 186. BÜSCH v. d. Geldumlauf (1780), I. 506. Der Kosmopolit, St. V. (1798), Mai, S. 389. JENISCH Geist und Character des 18. Jahrhunderts, Th. I (Berl. 1800), I. 159. Ein Verzeichniſs gesetzlicher Verbote der Lotti u. Lotterien, in d. ReichsAnzeiger, 1794, Bd. I, Num. 41, Bd. II, Num. 76.

c) MOSER von d. Landeshoh. in Steuersachen, 802. v. ULMENSTEINS Einl. in die Lehre von Steuern, 230.

d) NETTELBLADTS Samml. kl. jurist. Abhandlungen, Num. X, S. 24. STRUBE, Th. II, Bed. 72. JARGOW v. d. Regalien, 223.

e) Von dem ehemaligen *Keſsler - u. Kaltschmidsschutz.* PÜTTERS Lit. 127. KLÜBERS Lit. §. 918.

f) SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 567. sqq. DANZ Handb. des t. Privatr. II. §. 277 ff.

X. Abschnitt.
LandesschutzRegal.

§. 353.

Aufnahme neuer Landesunterthanen. Judenschutz.

Die Ertheilung des Landesschutzes ist ein Regal, welches bald unmittelbar von der höchsten Landesbehörde, bald mittelbar durch landesherrliche Unterbehörden, oder durch Standesherren, städtische oder grundherrliche Unterobrigkeiten ausgeübt wird. Es gehört dahin: I) die Aufnahme neuer LandesUnterthanen, Bürger, Bauern, Colonisten, Burg- und Freisassen, Beisassen, Schutzverwandten, Zettelleute, Unter- oder Hintersassen und Erbgesessenen [a]). Die Ertheilung des Judenschutzes [b]), die Aufnahme der Juden. Auch hiezu können Standesherren, Grundherren und städtische Gemeinheiten durch Privilegien, Verträge oder unvordenkliche Verjährung berechtigt seyn [c]).

a) Pütters Lit. III. 607. Klübers Lit. §. 1366. Moser von der Landeshoh. in Anseh. der Unterthanen Personen u. Vermögens, 34. Pufendorf T. I. obs. 80. Jo. Theoph. Seger diss. de coloniis mercatorum in Germania. Lips. 1781. 4.

b) Pütters Lit. III. 605. Klübers Lit. §. 1365. Neue Stätigkeits- u. Schutzordn. der Judenschaft zu Frankfurt a. M. v. 30. Nov. 1807. Frankf. 1808. Rhein. Bund, XIV. 303.

c) Oben §. 209 u. 229. Estors bürgerl. Rechtsgel. I. 43. Westphals Staatsr. 442. Strube, Th. III, Bed. 70, §. 4 ff. Decisiones Hasso-Cassel. T. II. dec. 188. Wolr. Burchardi diss. de regali judaeis incolatum largiendi jure. Frf. et Herb. 766. Andere halten den Judenschutz für ein unverleihbares Regal. Ziegler de juribus majest. lib. I. c. 3. §. 28. Hertius diss. de superioritate territ. §. 14. G. H. Ayrer diss. de jure recipiendi judaeos (Goett. 1741), c. 1. c. 5. §. 4. Pufendorf T. II. obs. 1. §. 23.

§. 353.

Forensen. Fremde. Exterritorialität der Gesandten.

III) Auswärtige Güterbesitzer (forenses) geniessen nicht nur, für ihr in dem Staatsgebiete befindliches Grundeigenthum, den dinglichen, sondern auch, in dem Fall ihres Aufenthaltes in dem Lande, den persönlichen Staatsschutz [a]). IV) Fremde, durchreisende und andere, die sich für bestimmte, oder unbestimmte Zeit, erlaubterweise in dem Staatsgebiet aufhalten, erlangen, für die Zeit ihres Aufenthaltes, den temporären Landesschutz, ausdrücklich oder stillschweigend [b]). V) Angenommene Gesandte eines fremden Staates, geniessen, für die Dauer ihrer Gesandschaft, nicht nur auszeichnenden Landesschutz (Unverletzlichkeit), sondern auch für sich, ihr Gefolge und das GesandschaftsQuartier, die Exterritorialität und Quartierfreiheit [c]).

a) Vergl. §. 170. J. C. LIMBACH diss. de forensibus. Giess. 1669. Königl. baier. Erklärung, das Verhältnifs der Forensen zu der Staatsgewalt betr., in dem Rhein. Bund, VIII. 295.

b) PÜTTERS Lit. III. 608. KLÜBERS Lit. §. 1368. A. F. SCHOTT diss. de vi legum civilium in subditos temporarios. Lips. 1772. 4. Jo. SCHILTER de jure peregrinorum. Jen. 1676. C. F. HOMMEL, s. resp. Frid. PLATNER de usu hodierno divisionis hominum inter cives et peregrinos. Lips. 1750. F. W. PESTEL justitia et benignitas legum german. erga peregrinos. Rint. 1754. SCHRÖTERS verm. Abhandl. I. 258. Von *Gastgerichten*, SCHOTTEL de jurib. quibusd. singul. germ. p. 362. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 219. 668.

c) v. OMPTEDA's Lit. des Völkerr. §. 252 ff. de VATTEL droit des gens, vol. III. liv. 3. ch. 7. §. 80. et suiv. de REAL science du gouvernement, T. V. ch. 1. Sect. 7. 8. 9. C. F. v. RÖMERS Einl. in die Grundsätze über die Gesandschaften, 313 ff. v. MARTENS Einl. in d. Völkerr. §. 212 ff.

§. 354.

Indigenat. Ertrag des SchutzRegals. Schutzlose.

VI) Die Ertheilung des Indigenats a), des LandesBürger- oder Beiwohnerrechtes (Heim- oder Heimathsrechtes, Einzöglingsrechtes, Incolats), des vollständigen oder unvollständigen, mit den davon abhangenden Rechten b), durch ausdrückliche oder stillschweigende Erklärung, unbeschadet der Localrechte, gebührt dem Souverain. VII) Der Ertrag des LandseschutzRegals, das Receptions-, Ein- und

Ueberzugsgeld, das Schutz- und Schirmgeld, Beisitzergeld u. d., gehört in der Regel, der Landesherrschaft c). VIII) Die Aufsuchung, Verfolgung, Aufgreifung und Vertreibung der Schutzlosen, der Landstreicher (Vagabunden), Gauner, Zigeuner d) u. d. liegt den Polizeibehörden ob.

a) Pütters Lit. III. 607. Klübers Lit. §. 1366 ff. Jo. Strauch de indigenatu Germanorum. Lips. 1650. u. in dessen Opusc. I. 1 — 19. F. W. Hermann diss. de indigenatu in terris hereditariis principis electoris Saxoniae recepto. Viteb. 1804. 4. Moser von der t. Unterthanen Rechten, 508 ff. Danz Handb. des Privatr. III. 312 ff. Krünitz Encyclopädie, v. Indigenat. — Von *Ehrenburgern*, in (J. M. Hanovs) Preussischer Lieferung alter und neuer Urk., Th. I. (Leipz. 1755), S. 137. C. F. Walch Opusc. II. 71. Danz Handb. des t. Privatr. IV. §. 452.

b) Moser a. a. O. 512. *Ebenders.* v. d. Landeshoh. in Regierungssachen, S. 91. P. A. Francks Etwas über die Wahlcapitulationen in d. geistl. Wahlstaaten, 114 ff. Elsässers verm. Bemerkungen, 6. Zauners corp. jur. publ. Salisb. 228. Selchow elem. jur. germ. priv. §. 217. Note 3. Schröters verm. Abhandl. I. 235.

c) Moser von d. Landesh. in Steuers. 804. Ein königl. westphälisches Decret v. 27. Jan. 1808, verbietet alle *Juden Taxen*. Rhein. Bund, XV. 472. Von den *Judenschutzgeldern* in dem Großherzogthum Hessen, oben §. 210, Note c.

d) Ahasv. Fritsch Opusc. T. II. P. IV. n. 15. Jac. Thomasius diss. de cingaris. Lips . . J. F. Moegling diss. de circularibus edictis contra personas palantes. Tub, 1746. F. J. Kortholt diss. Giess. 1751.

und in PLITTS analect. jur. crim. I. 87. sqq. MALBLANC progr. Alt. 1775. u. bei PLITT l. c. I. 67. Die Zigeuner. Von H. M. G. GRELLMANN. Dessau 1783. 8. ESTORS bürgerl. Rechtsgel. I. 428. DANZ a. a. O. III. §. 310.

XI. ABSCHNITT.

LANDESDIENSTREGAL.

§. 355.

Staatsdienste. Verpflichtung dazu.

Auch Dienstleistung, positive Handlungen, Staatsdienste [a]) (Landfolgen, functiones publicas, s. regales, operas territoriales, ursprünglich den Reihedienst), ist der Staat von seinen Unterthanen, dem Staatszweck gemäſs, zu fordern befugt [b]). Diese Dienste, Geldeswerth, gehören zu dem Staats-Einkommen. Die Verpflichtung dazu findet sich bei allen Unterthanen, und bei allen, in der Regel, unter gleichen Umständen, auf gleiche Art. Sie haftet auf der Person, auf dem Grundeigenthum, oder auf beiden (persönliche, dingliche, oder vermischte Dienste). Die notwendigen Staatsdienste sind zum Theil eingeschränkt auf eine bestimmte Quantitiät oder Qualität (gemessene Dienste). In der Regel sind sie ungemessen, so weit dringendes Staatsbedürfniſs solche fordert [c]).

a) Wesentlich unterschieden von den, nicht in der Staatspflicht, sondern in der Patrimonial- oder Gutspflicht gegründeten *Patrimonial-* oder *Frohndienste* (operis patrimonialibus). Desgleichen von *Stadt-* und *Gemeindediensten*, und von *Lehndiensten*. — Von *Angariis* und *parangariis*, BUCHER a. unten a. O. §. 1. Abr. KÄSTNER pr. de angariis et parangariis. Lips. 1741.

b) KLÜBERS Lit. §. 1374[b]. C. H. de BERGER diss de jure ordinum imperii territoriali circa operas subditorum. Jen. 1724. J. Petr. BUCHER pr. de functionum publicarum seu operarum territorialium indole, finibusque earum recte regundis. Rint. 1785. KLÜBERS kl. jur. Bibl. V. 17. HERTIUS de superioritate territoriali, §. 57. M. D. GROLLMANN diss. de operarum debitarum mutatione (Giess. 1707. 1714. 1715. rec. c. praef. ESTORIS, ib. 1734), c. 1. §. 8. LUDOLF T. I. obs. 105. STRUBE de jure villicorum, c. 5. §. 2 — 8. *Ebenders.* Th. II, Bed. 8.

c) BÜSCH von d. Geldumlauf, III: §. 78 f.

d) F. A. H. WECKHERLINS Darstell. der Grundsätze, nach welchen Frohndienste, und insonderh. Landesfrohnen auszutheilen u. auszugleichen sind. 1798. 8.

e) LUDOLF l. c. — Doch sind auch ungemessene Dienste, von *übermäsigen* und *unbilligen* unterschieden. STRUBE Th. I, Bed. 82. Decis. Hasso-Cassel. T. II. dec. 283. MEVIUS P. IV. dec. 133. LUDOLF T. I. obs. 105. §. 2. num. IV. et not. 7. CRAMERS wezl. Nebenstunden XII. 130. BUCHER l. c. §. 4.

§. 356.

Persönliche Dienste.

Zu dem persönlichen Staatsdienst gehören, ausser den intellectuellen Diensten: die Militärdienste, die Heerfahrt, Reiſs,

oder Heeresfolge [a]) (sequela armata), zu der wirklichen [b]), oder vorsorglichen Landesvertheidigung, zu welchem Ende die Conscription oder RecrutenAushebung, die Cantons-Eintheilung, Landesmusterung oder Heerschau veranstaltet, ein Cordon gezogen wird, u. d.; die Nacheile [c]) oder eilende Folge, zu Verfolgung derer, welche gegen die öffentliche Sicherheit gefrevelt haben; die Gerichts- und Centfolge, Einziehung und Bewachung der Verbrecher, Centwacht [d]), das Streifen [e]), u. d.; die Jagdfolge [f]), welche sich wesentlich unterscheidet von Jagdfrohnen [g]) (§. 344); Fuſsdiente oder Botengehen.

a) Hievon unten, Cap. XVIII.

b) In dem Mittelalter die Landschreye, Landhude, Landwere, cri d'armes KLÜBERS Anmerk. zu *Sainte Palaye* von d. Ritterwesen, II. 150 ff. Von dem heutigen *Landsturm*, unten Cap. XVIII.

c) PÜTTERS Lit. III. 819. KLÜBERS Lit. §. 1629. MYNSINGER cent. 2. obs. 28. ERTEL prax. aurea, p 437. QUISTORPS peinl. Recht, II. §. 824. v. CRAMERS wezl. Nebenst. I. 1. MOSERS nachbarl. Staatsr. 551.

d) Bisweilen hat ein *Gerichtsherr* das Recht zu diesen Diensten, durch besondern Rechtstitel. STRUBE de jure villicor. c. V. §. 3. sqq. Oeconomia forensis, T. V. §. 579. WESTPHALS Privatr. I. 338. ESTORS bürgerl. Rechtsgel. III. §. 397. SELCHOW elem. jur. priv. germ. §. 349.

e) MOSERS nachbarl. Staatsr. 397. 552.

f) Zu Ausrottung gefährlicher Thiere. J. M. SEUFFERT pr. operae venatoriae ad territoriales quatenus referendae sint. Wirceb. 1790. 8. KLÜBERS kl. jur Bibl. XVII. 45. GROLLMANN diss. cit. I. c. 2. §. 3. STISSERS Forst- und Jagdhistorie, 340. v. CRAMERS wezl. Nebenst. Th. 99, S. 87. HELDS reichsprälat. Staatr II. 686. FISCHERS Kameral- und Polizeirechte, II. 867. — Von der Wolfsjagd, Pet. MÜLLER de persequutione luporum. Jen 1679. STISSER a. a. O. S. 37. 340. Oecon. forens. V. §. 161. SPITTLERS Gesch. des Fürstenth. Hannover., II. 112. v. MOSERS Forstarchiv, II. 342.

g) Dienste zu landesherrlichen Lustjagden, sind, *Jagdfrohnen*, Patrimonialdienste. GROLLMANN diss. cit. I. c. 2. §. 3. FISCHER a. a. O. II. 867. J. A. REICHARDT de operis venaticis. Jen. 1770. — Für Staatsdienste hält sie, C G. de WINCKLER diss. superioritas territorialis fons operarum venaticarum. Lips. 1786. KLÜBERS kl. jur. Bibl. IX. 53. — Sowohl die Jagdfolgen als auch die Jagdfrohnen unterscheiden sich von der *Wildfolge*. PÜTTERS Lit. III. §. 1610. J. A. NIEPER diss. de sequela venatoria, Goett. 1789. STRUBE Th. II. Bed. 140. FISCHER a. a. O. II. 866. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 785. Reichsanzeiger, 1794, Num. 76. 78.

§. 358.

Dingliche und vermischte Dienste.

Zu den dinglichen Diensten gehören: Spanndienste, Vorspann, Militär- und Kriegerfuhren [a]), Burgfesten [b]), zu Erbauung, Unterhaltung oder Herstellung der Festungen, Burgdienste, zu dem Vortheil landesherrlicher Schlösser oder Burgen [c]), Dienste zu

landesherrlichen Dicasterial-, Kanzlei- und Amtsgebäuden [d]), Hofdienste oder Hoffolgen, Hoffuhren [e]), zu Fortbringung landesherrlicher Effecten und Victualien, und des Hofstaates, Dienste zu dem Deich-, Damm-, Strassen- und Brückenbau, zu Wegräumung des Schuttes und Ausbesserung, bei Verheerungen durch Feuer, Erdbeben, Erdfalle, Ueberschwemmungen, u. d. [f]). Zu den vermischten Diensten gehören manche Hand- und Fussdienste, Schanzarbeit, Feuerreuten u. a.

a) Moser v. d. Landeshoh. in Militärsachen, 188. Strube, Th. II, Bed. 9. Th. III, Bed. 143. Pufendorf T. III. obs. 190.

b) Strube de jure villicorum, c. V. § 6. *Ebenders.* IV, Bed. 71. v Cramers wezl. Nebenst. Th. 144, S. 198. 209f. Pufendorf animadvers. T. I p. 43. v. Bülows u. Hagemanns pract. Erörter. Bd. I, Num 40.

c) Strube, Th. III, Bed. 143. Gylmann symphor. T. III. fol 327. J. C. L. de Schellwitz pr. de impensis ad arcium extructionem et refectionem necessariis. Jen 1779.

d) Cramer T. I. obs. 53.

e) Strube de jure villicorum, c. V. §. 7.

f) Bucher l. c. §. 4.

§. 359.

Substitution. Vergütung der Dienste.

I) Sowohl der intellectuelle, als auch der mechaniche Staatsdienst, setzt Fähigkeiten oder Fertigkeiten voraus, die nicht bei Jedem

sich finden. Daher mufs der, welchen die Dienstpflicht trifft, wenn ihm jene fehlen, oder rechtmäsige Hindernisse ihn abhalten, und die Natur des Dienstes, oder des Staats-Interesse einen Stellvertreter nicht gestattet [a]), statt des Naturaldienstes Vergütung leisten. II) Aber in der Regel kann, statt des Dienstes, Geld weder gefordert, noch aufgedrungen werden [b]). III) Hingegen gebührt Entschädigung (Besoldung, Honorar, Lohn) dem, dessen Staatsdienst seinen individuellen Pflichttheil übersteigt. IV) Bei Verrichtung mancher mechanischer Staatsdienste, wird jedesmal ein bestimmtes Quantum Lebensmittel verabreicht [c]); doch ist dieses im Zweifel nicht zu vermuthen [d]).

a) Nicht der Fall, in der Regel, bei RealDiensten. Moser von d. t. Unterthanen Rechten und Pflichten, 464. Bucher l. c. §. 3. 6.

b) Bucher l. c. §. 6. Moser von d. Landeshoh. in Steuersachen, 193.

c) Estors bürgerl. Rechtsgel. I. §. 416. II. §. 417. Bucher l. c. §. 4.

d) v. Cramers Nebenst. XII. 136. Vergl. Pufendorf T. I. obs. 121. §. 15.

§. 360.

Immunität. Collisionsfall. Auflegung neuer Dienste. Nichtgebrauch.

I.) Unentgeltliche Befreiung Einzelner von dem Staatsdienst, mit Vermehrung der

Last für Andere, wäre widerrechtlich [a]). II) In Collisionsfällen, gehen die Staatsdienste allen andern Arten von Diensten vor [b]). III) Zu Auflegung neuer Staatsdienste, kann, den Nothfall ausgenommen, die Einwilligung der Landsände nötig seyn [c]). IV) Durch blossen Nichtgebrauch, erlischt das Recht zu irgend einer Art von rechtmäsigen Staatsdiensten nicht [d]).

a) Riccius spicileg. jur. germ. 149. v. Bülow u. Hagemann a. a O. I. 124.

b) Ludolf T. I. obs. 105. §. 1.

c) Strube de jure villicor. c. 5. §. 10. *Ebendess.* Obss. iur. et hist. obs. 1. §. 1. sq. *Ebendess.* Nebenst. I. 455. II. 388.

d) Mevius P. IV. obs. 104. Buri's Erläuter. des Lehnr. 735.

XII. Abschnitt.

Fiscal Gewalt.

§. 361.

Fiscus. Differenzen.

Die Fiscalgewalt [a]) oder Fiscalgerechtigkeit (jus fisci), ein Ausfluſs der Staatsgewalt, nicht bloſs der Justizhoheit [b]), zweckt nicht nur ab auf Wahrung und Verfolgung der Rechte des Staates gegen Einzelne, sondern sie verschafft auch mehrere, verschiedenartige [c]) Quellen des StaatsEinkommens. Wie

weit oder wie eng man auch den Begriff des StaatsFiscus fassen mag [d]), so darf solcher doch auf andere StaatsCassen nicht ausgedehnt werden, z. B. auf das Aerar [e]), die Steuer- oder LandschaftsCasse, die KriegsCasse, u. d., auch nicht auf die DomänenCasse. Diesen gebühren daher auch nicht, in Ermangelung besonderer gesetzlicher Bestimmungen, die Rechte oder Privilegien des Fiscus [f]) (jura fisci). Noch weniger gehören das landesherrliche Privat- oder ChatoulleVermögen, obgleich in dem römischen Recht versehen mit den Vorrechten des Fiscus (§. 240), das sogenannte mittelbare Staatsvermögen (§. 259), und der LehnsFiscus (fiscus feudalis), zu dem Staats- oder TerritorialFiscus.

a) Schriften in Pütters Lit. III. §. 343. Klübers Lit. §. 1123 ff. Leyser Sp. 657. 658. Moser von d. Landeshoh. in Cameralsachen, 106. Jargow von d. Regalien, 456 ff.

b) G. L. Mencken de jure fisci mero adhaerente imperio (Viteb. 1735), §. 9. Cramer T. V. obs. 1357.

c) Vermisst wird darum ein durchgreifender, generischer Sachbegriff des Fiscus.

d) Beispiele, bei Huch in Siebenkees jur. Magaz. I. 163 ff, in Gmelins u. Elsässers gem jur. Beobachtungen V. 145. 148. Maders reichsrittersch. Magaz. VIII. 183. 185. v. Kreitmayers allgem. u. baier. St R. 27. H G. Francke notitia domaniorum, maxime litteraria (hinter Leyser de assentat. JCtor.)

§. 3. p. 163. sqq. HOFACKER princ. jur. civ. §. 4627. F. W. GRIMM in d. Anmerk. zu des Gr. v. HOHENTHALS Uebersetz. von PÜTTERS instit. jur. publ. §. 246. Preufs. allgem. Landr. II. 4. 2.

e) Unterschied, bei den *Römern*, zwischen Aerarium u. Fiscus, nach verschiedenen Perioden. HEINECCII commentar. ad L. Jul. et Pap. Popp. lib. 3. c. 1. §. 1. p. 273. (edit. Lips. 1778. 4.) *Ebendess.* elem. jur. civ. sec. ord. Pand. P. VII. §. 288. HUBER digression. lib. 3. c. 21. LEYSER Sp. 557. m. 1. sqq. STRUBE a. a. O. GMELIN u. ELSÄSSER a. a. O. 144 f.

f) STRUBE Th. IV, Bed. 16. COCCEJI juris publ. prudentia, p. 207. BEHMER jur. nov. controv. I. obs. 11. G. L. WINCKLER diss. de jure aerarii militaris, romani ac hodierni. Lips. 1788. KLÜBERS kl. jur. Bibl. XIV. 158.

§. 362.

Grundbestimmungen der Fiscalgewalt.

Zu Vermeidung des, durch Uebertreibung der Fiscalgerechtigkeit entstehenden Unrechtes [a]), dienen folgende Grundsätze. I) Der Fiscus ist nur solche Sachen sich zuzueignen befugt, zu deren Zueignung entweder die Staatsgewalt überhaupt, oder klare Gesetze oder Herkommen den Souverain verpflichten und berechtigen [b]). II) Die FiscalAngelegenheiten sind, in der Regel, nach dem gemeinen Privatrechte des Staates zu beurteilen [c]) (§. 260). III) der Fiscus kann, in eigener Sache, nicht Richter seyn [d]); und es finden

in Confiscations- und andern fiscalischen Sachen, die gewöhnlichen Rechtsmittel statt [e]).

a) FiscalUnfug: 1) bei den *Römern*. Jul. Caes. JUVENALIS Sat. IV. BULINGER de tributis ac vectigalibus pop. rom. c. 45. 49. 52. 74. 79. 2) in der Lombardei, K. Friedr. I Regalienverordnung oder (nach Cujas) constitutio de juribus fisci v. 1158, II F. 56. P. E. BERTRAM in ZEPERNICKS Samml. zu d. Lehnr. I. 1 9. Scip GENTILIS opera. Neap. 1768. Histoire des républiques italiennes du moyen âge, par J. C. L. SIMONDE SISMONDI, T. II. (Zuric 1807. 8.) p. 70 ff. 3) in Teutschland u. andern europ. Reichen, LEYSER de assentationib. JCtorum, c. 3. §. 24 p. 100. sqq. HORN jurispr. feud. c. 8. §. 53. JARGOW a. a. O. 460 f. J. F. SCHARFF diss. de his quae jurib. ac privilegiis fisci perperam accensentur. Giess. 1711. 4. Von Königsfischen, de STECK essais (1790. 8.), Num. 8.

b) MOSER a. a. O. 111 f. Nicht blofs notwendige, sondern auch manche *zufällige* Rechte werden dem Fiscus beigelegt. Nach der Landesverfassung, kann hier ein Einwilligungsrecht der Landstände statt finden. STRUBE Th. II. Bed. 79.

c) Jo. Mich. DAHM diss. de vero sensu illius: fiscus in dubio utitur jure communi. Mog. 1751. LEYSER Sp. 557. m. 17. sq. 23. sq. 28. sq. — Auch das Possessorium summariissimum findet wider den Fiscus statt. LEYSER Sp. 557 m. 28. sq. A. H. GÖCKEL diss. possessorium summariissimum an et quatenus adversus principem a subditis possit institui? (Erl. 1798. 4.) §. 19. sqq.

d) Vergl. CRAMER in d. wezl. Nebenst. LV. 66 ff.

e) MOSER a. a. O. 110 f.

§. 363.

Fortsetzung.

IV) Das römische jus fisci, hauptsächlich zu dem römischen Staatsrechte gehörig, ein Inbegriff von Vorzugsrechten und Privilegien des Fiscus [a]), ist in teutschen Staaten nur so weit anwendbar, als dessen Annahme oder rechtmäsiger Gebrauch keinem gegründeten Zweifel unterworfen ist. V) Nicht immer sind Unterthanen schuldig, dem Fiscus ihren Rechtstitel anzuzeigen (§. 259). VI) Auch FiscalSachen können durch Verjährung erworben werden [b]) (§. 259). VII) Unächte, von Privatgelehrten ersonnene Vorrechte des Fiscus (privilegia fisci spuria), sind verwerflich.

a) Pütters Lit. III, §. 1124. M. A. Peregrinus de juribus et privilegiis fisci. Colon. 1588. 8. 1726. 4. J. H. Berger enarratio Legis X. D. de jure fisci, qua quo jure fiscus in dubiis quaestionibus utatur, expenditur. Lips. 1705. 4. Hofacker princ. jur. civ. §. 4627. sqq. Voëtius ad Dig. lib. 49. tit. 14. §. 2. 3. Huber praelect. jur. rom. lib. 49. tit. 14. §. 3. sq. Lauterbach colleg. theor. pract. lib. 49. tit. 14. §. 2. sqq.

b) Andr. Ockel tr. de praescriptione immemoriali (Hal. 1707. 4.), cap. 3. th. 23. Kress diss. de natura et indole vestutatis, s. praescriptionis immemorialis (Helmst. 1734), cap. 3. §. 13. Leyser Sp. 458. m. 1 — 6. Idem de assentat. JCtor. p. 100. — Anders, Lyncker Respons. lib. I. n. 2. — Vergl. §. 259 u. 370.

§. 364.

Fiscalgüter, Einkünfte und Vorrechte.

I) Als Berechtigungen und Bestandtheile des Fiscus sind anzusehen: die gewöhnlichen Strafnutzungen [a]), insonderheit der ConfiscationsErtrag [b]), bei Defraudation der Satatsauflagen oder andern Verbrechen (verwirktes Gut), und diejenigen Güter, welche, ausser jenen, vermöge der Gesetze dem Fiscus heimfallen, sowohl ledige, insbesondere erblose [c]), als auch andere, z. B. Bastarderbe, Schätze [d]), der Ertrag des Heimfallrechtes [e]) (juris albinagii), des Wildfangsrechtes [f]), des Abzugs- und Nachsteuerrechtes [g]), des Hagestolzenrechtes [h]), des Vorkaufsrechtes bei der Ausbeute der Bergwerke (§. 338), schiffbrüchige Güter (bona naufragorum) vermöge des Strandrechtes (§. 347), die Gerade bei ermangelnder GeradeErbin [i]), oder wegen Retorsion [k]), u. a. d., sofern diese Rechte noch üblich sind.

a) Moser a. a. O. 115. 120.

b) Jargow a. a. O. 553. Chr. Schlözer diss. de bonorum confiscatione. Goett. 1796.

c) Pütters Lit. III. 617. Klübers Lit. §. 1376. Jargow a. a. O. 521. — Von rebus nullius, bonis vacantibus u. Adespoten, oben §. 241 ff — Lediges, verlassenes und verwirktes Gut eignet sich der Fiscus in den meisten Staaten ausschliessend zu. Glücks Erläuter. der Pandecten II. §. 169. Danz Handb. des

t. Privatr. II. §. 182. Es heifst daher *Fiscusgut* in dem eigentlichen Sinn.

d) Oben, §. 242, Note a.

e) PÜTTERS Lit. III. 610. KLÜBERS Lit. §. 1369. BEHMER jus nov. controv. I. obs. 52. SELCHOW elem. jur. germ. § 222.

f) PÜTTERS Lit. III. 617. WESTPHALS Staatsr. 444.

g) P TTERS Lit. III. 648. KLÜBERS Lit. §. 1370,

h) PÜTTERS Lit. III. 617. KLÜBERS Lit. §. 1377. BEHMER l. c. SELCHOW l. c. §. 410.

i) G. BARTHS Bericht v. der Gerade, S. 40. J. F. RIVINUS diss de successione fisci in Geradam. Lips. 1775.

k) EISENHARTS Sprichwörter, 268. C. T. GRÜNDLER diss. de retorsione, speciatim quoad geradam. Viteb. 1805. 4.

§. 365.

Fortsetzung.

II) Ein Rott-, Neubruch- oder Novalzehntrecht [a]), ein Successionsrecht, bei Privatlehen, oder inländischen Activlehen auswärtiger Staaten, in das nutzbare Eigenthum, namentlich der Erblehen, bei dem Mangel lehnsfähiger Successionsberechtigten [b]), oder in das allodiale Obereigenthum, in dem Fall einer Erlöschung der lehnherrlichen Familie [c]), gebührt dem StaatsFiscus, in der Regel, nicht. III) Vorrechte, welche der Fiscus anspricht, müssen gesetzlich bestimmt seyn (§. 364).

a) PÜTTERS Lit. III. 618. KLÜBERS Lit. §. 1379. SCHNAUBERTS Erläut. des Lehnr. S. 165. ESTORS bürgerl. Rechtsgel. I. §. 483. BÖHMER I. E. P. lib. 3. tit. 30. §. 62. sq. J. J. REINHARD de jure forestali Germanor. Sect. II. §. 10. G. M. WEBER diss. de decimis novalibus. Bamb. 1793. — Anders, PÜTTER instit. jur. publ. §. 375. HERTIUS de superioritate territ. §. 50. FISCHERS Kameral - u. Polizeir. III. 359 ff. PFEFFINGER Vitriar. illustr. lib. 3. tit. 18. §. 75. — Von dem Novalzehntrechte der Standesherren u. Grundherren, oben §. 211 u. 230.

b) G. F. DEINLIN diss. de exclusione fisci a successione in Feuda mere hereditaria. Alt. 1741. u. in JENICHENS thes. jur. feud. T. II. n. 34. MÖLLER usus pract. distinct. feud. c. 16. dist. 9.

c) FÖRSTER von d. Lehnsstamm, Cap. 8, §. 3. KLÜBERS kl. jur. Bibl. XIII. 13. Anders, STRYK de success. ab intest. Diss. V. c. 2. §. 7. MÖLLER l. c. cap. 16. dist. 9. BÖHMER princ. jur. feud. §. 371.

§. 366.

Verwendung der Fiscalgefälle. Fiscalbeamte. Verfahrungsweise in fiscalischen Sachen. Verleihung der Fiscalgerechtigkeit.

I) Die Verwendung der FiscalGefälle, als eines Theils des StaatsEinkommens, muſs zu dem Vortheil der Staatsbedürfnisse geschehen a). II) Zu Wahrung und Verfolgung der Fiscalrechte, zu Verwaltung der Fiscaleinkünfte, werden fiscalische Staatsbeamte angestellt, Fiscale, FiscalAnwälte, KammerProcuratoren, Provisoren des Fiscus u. d. III) Den Gerichten ist zuweilen eine

eigene Verfahrungsweise, in fiscalischen Sachen, gesetzlich vorgeschrieben [b]. IV) Mit eigener Gerichtbarkeit versehenen Unterobrigkeiten, Standesherren, Grundherren, städtischen Magistraten u. d., ist oft eine unvollständige und eingeschränkte Fiscalgerechtigkeit überlassen [c]), deren Umfang in jedem Fall besonders auszumitteln ist (§. 205 u. 228).

a) MOSER a. a. O. 119.

b) F. M. BACHMANN de judice causarum fiscalium. Erf. 1788. KLÜBERS kl. jur. Bibl. XVIII. 146. Preufs. allgem. Gerichtsordn. I. 35.

c) PÜTTERS Lit. III. 346. KLÜBERS Lit. §. 1125. LEYSER Sp 558. STRYK U. M. tit. de jure fisci, §. 4. WEHNER obss. pract. v. Vogtey; v. CRAMERS wezl. Nebenst. CIV. 410 — Die blofse Bewidmung mit dem *lübischen* Rechte, schliefst eine solche Verleihung nicht in sich. G. L. BÖHMER elect. jur. civ. T. II. n. 10.

XIII. ABSCHNITT.

DOMÄNENRECHT.

§. 367.

Bestandtheile der Domänen.

Der Begriff und die Eigenthums-Verhältnisse der Domänen oder Kammergüter, eines Bestandtheils des öffentlichen

Vermögens des Staates, und einer wichtigen Quelle des StaatsEinkommens, sind oben (§. 237 f.) angegeben [a]). Die Domänen können bestehen [b]) aus Herrschaften, Aemtern, Städten, Dörfern, Weilern, Landgütern, Vorwerken, Bauerhöfen, Gebäuden, Fabriken, Waldungen oder Forsten, Gärten, Aeckern, Weinbergen, Wiesen, Weiden oder Triften, Quellen, Flüssen, Bächen, Seen, Fischteichen, u. d., nebst Grundgerechtigkeiten, Zehnten, Gutspachten, Gülten, Zinsen, Frohndiensten, Jagdnutzungen u. d.

a) Ehemaliger Mifsbrauch des ältern französischen, und des römischen Domanialrechtes. FISCHERS Kameral- u. Polizeirechte, II. 481 ff. J. C. DESTOUCHES Beurtheil. v. d. Domänenrechte (München 1768 8.), S. 8. — Ren. CHOPPIN de domanio Franciae, in C. FRISII jure domaniali, p. 1—416. Jean BACQUET des droits du domaine de la couronne de France. Paris 1621. u. in dessen Oeuvres, T. I. et II. Le FEVRE de la PLANCHE mémoires sur les matières domaniales, ou traité du domaine. T. I — III. Paris 1767. 4. Encyclopédie, par DIDEROT et d'ALEMBERT, v. Domaine. Encyclopédie methodique; Finances, T. I. (Paris 1784. 4.), p. 537—622.

b) Vergl. ein Verzeichnifs von MeklenburgSchwerin, BÜSCHINGS Magazin, III.. 71

§. 368.

Erwerb. Ertrag u. Verwendung. Verwaltung.

I) Der Erwerb der Domänen ist theils ursprünglich, theils derivativ durch verschie-

dene Rechstitel, auch Heimfall und Confiscation [a]). II) Der Ertrag derselben ist Staats-Einkommen, und bestimmt, nicht bloſs zu dem persönlichen Aufwand des Regenten, sondern vorzüglich auch zu dem Staatsaufwand (§. 237). III) Die Verwaltung der Domänen, und der lucrativen oder sogenannten KammerRegalien, wenigstens die Aufsicht über diese Verwaltung, ist eigenen Collegien übertragen, Kammern, Rent-oder DomänenKammern [b]).

a) STRUBE, Th. II. Bed. 1.

b) MOSER v. d. Landeshoh. in Criminalsachen, 54. *Ebenders.* v. d. Landeshoh. in Regierungssachen, 65. J. L. F. v. LIEBENSTEIN v. Kammer- u. Justiz-Collegien. Tüb. 1770. 4. — Von dem Alter der KammerCollegien, SPITTLERS Geschichte v. Hannover, I. 270. KLÜBERS kl. jur. Biblioth. I. 370.

§. 369.

Benutzungsart.

Die Benutzung der Domänen [a]) geschieht theils durch eigene Bewirthschaftung, theils durch Zeitpacht [b]), oft aber auch, da beides eigenthümliche Gebrechen hat, durch Zerschlagung und Veräuſserung zu Erbzins oder Erbpacht [c]). Die letzte Art ist bei Landgütern meist vorzuziehen [d]),

mit Ausnahme der Forsten e) bis zu einem gewissen Quantum.

a) K. D. HÜLLMANNS Geschichte der DomänenBenutzung in Teutschland. Preisschrift. Frf a. d. O. 1807. 8. FISCHERS Kameral- u. Polizeir. II. 497.

b) Indem man sie z. B. in kleinere Güter verwandelt. Verwandlung der Domänen in Bauergüter. Strasburg 1767. PFEIFFERS Finanzwissensch., Hauptst. III, S. 69. 73 v. JUSTI Staatswirthschaft, II. 124 Jurist. ökon Grundsätze von der Generalverpachtung der Domänen in d. preufs Staaten. Berl. 1783. — Bei Zehnten ist der Zeitpacht am gewöhnlichsten.

c) Tertialisten oder Drittelgüter in Vorpommern. ENGELBRECHT obs. 17. Greifswald Wochenbl. 1743, S. 299. 308 317. 321. 342. 372. 377. Chr. Nic. SCHLICHTKRULE diss. de praediis tertialibus; c. progr. de obligatione tertialistarum ad solvendum debita ab ipsis contracta. Gryph 1777

d) J. P. FRANKS System der landwirthschaftl. Polizei, Th. II, S. 227 248— 253. SUCKOWS Kameralwissenschaft, S. 269. G. SARTORIUS Handbuch der Staatswirthschaft. §. 101. Geschichte von der verbesserten Einrichtung der Domänen im Preussischen, S. 26 ff. J. J. CELLA von Zerschlagung der Domänen und Bauergüter. Anb. 1783. K. G. FÜRSTENAU Zweifel dagegen, in den hessischen Beitr. 1786, St. 7.

e) In Frankreich wurden diese sorgfältig aufbewahrt, bei Veräusserung der NationalDomänen.

§. 370.

Rechtsverhältnifs der Domänen Verwaltung.

I) Die landesherrliche Domänenverwaltung wird, in ihren streitigen Rechtssachen,

in der Regel, nach dem gemeinen Privatrechte des Staates beurteilt [a]). Daher kann II) nicht nur das Possessorium summariissimum, selbst von Unterthanen, gegen dieselbe mit Erfolg gebraucht werden (§. 259), sondern es findet auch III) die vierzigjährige Verjährung gegen dieselbe statt, sofern die Veräusserung und der Erwerb der Kammergüter nicht gesetzlich verboten ist [b]). IV) Auch ist dieselbe nicht befugt, wegen ihrer verjährbaren Rechte und Güter, von dem Besitzer derselben die Anzeige seines Rechtstitels zu begehren (§. 259).

a) Aug. a Leyseri meditationes de assentationibus ICtorum et doctrina de domaniis (Viteb. 1712. edit. 2. Helmst. 1726. edit. 3. cura H. G. Francke, ibid. 1741. 4.), cap. 3. Sect. 2. §. 25. p. 107.

b) Leyser l. c. c. 3. Sect. 2. §. 23. p. 96 sq. et 100. ImmemorialPräscription fordert, Andr. Ockel de praescriptione immemoriali, c. 3. th. 23. — Vergl. oben, §. 259 u. 363.

XIII. Capitel.

Privilegien Gewalt.

§. 371.

Begriff und Arten der Privilegien. Dispensationen.

Aus dem allgemeinen Hoheitsrechte der Gesetzgebung, fliefst die Privilegien Gewalt a), die Befugnifs des Gesetzgebers, dem Staatszweck gemäfs, Ausnahmen von allgemeinen Rechten zu verfügen, theils für einzelne physische oder moralische Personen oder Sachen, theils für gewisse Classen derselben b). In dem letzten Fall heifsen sie besondere Rechte (jura singularia, beneficia legis), uneigentliche Privilegien: in dem ersten, Privilegien in dem eigentlichen Sinn, wenn sie für alle oder mehrere gleichartige Fälle, Dispensationen, wenn sie für einen einzelnen Fall ertheilt werden c). Man unterscheidet persönliche und dingliche, affirmative und negative, auch ausschliessende Privilegien d).

a) PÜTTERS Lit. III. 312. KLÜBERS Lit. §. 1093 ff. MOSER von d. Landeshoh. in Gnadensachen, 38. JARGOW von den Regalien, 185 ff.

b) Vergl. HARTLEBEN medit. ad Pandect. Spec. XII. m. 1. Gottl. HUFELAND praecognita juris Pandectar. hod. (Jen. 1795. 8.), §. 28. et 83. C. D. ERHARDS Critik des allgem. Gesetzbuchs für die preuſs. Staaten, I. 184.

c) Vergl. §. 280. PÜTTERS Lit. III. 312. KLÜBERS Lit. §. 1092. J. H. BÖHMER diss. de sublimi principum evangelicorum dispensandi jure in caussis et negotiis tam sacris quam profanis. Hal. 1722. JARGOW a. a. O. 206. RÖSSIGS Politik, 196.

d) Von der Eintheilung der Privilegien in *conventionelle* und *gratiose*, in *günstige* und *odiose*. L. C. de WÖLCKER de privilegiis odiosis. Alt. 1718. G. B. BECMANN de aequitate privilegii odiosi, et potestate imperantis circa illud. Goett. 1750. — Dauer der Privilegien. GLÜCKS Erläut. der Pandecten, I. §. 100. S. 566. MOSER a. a. O. 46. J. G. F. WASMUTH diss. de privilegiorum natura generatim, et in specie de modis quibus finiuntur vel amittuntur (Goett. 1787. 4.), §. 20. sq.

§. 372.

Gültigkeit und Wirksamkeit der Privilegien.

I) Die Rechtmäsigkeit eines Privilegii hängt ab, von der Befugniſs des Ertheilers, von der Erwerbfähigkeit des Privilegirten, und von gefährdeloser Erlangung desselben [a]). II) Die heutige Gültigkeit älterer

Privilegien wird beurteilt, in der Regel, nach den, der Ertheilung gleichzeitigen staatsrechtlichen Grundsätzen [b]. III) Die Wirksamkeit der Privilegien schränkt sich ein, auf das Staatsgebiet des Ertheilers [c]; wo auch Ausländer solche anerkennen müssen [d]. IV) Ein Privilegium enthält zugleich eine HandlungsNorm für andere Unterthanen [e]; weſshalb verhältniſsmäsige Bekanntmachung desselben nötig oder nützlich seyn kann. V) Unwirksam ist es gegen das wohlerworbene Recht eines Dritten [f], überhaupt, so oft es die Staatspflicht der Nichtprivilegirten überschreitet. Daher kann, vor Ertheilung mancher Privilegien, Vernehmung der Interessenten rathsam seyn.

a) Von dem vitio sub- et obreptionis. Böhmer jur. eccles. protestant. T. I. lib. 1. tit. 3. §. 9. sq. C. O. Gräbe pr. de exceptionibus sub- et obreptionis earumque probatione. Rint. 1788. Klübers kl. jur. Bibl. XIV. 249.

b) Pütters Lit. III. 315. Klübers Lit. §. 1095. Pütters Rechtsf. Bd. II, Th. 3, S. 803. Moser von kaiserl. Regierungsrechten, 524. — Von der Verbindlichkeit der von *Regierungsvorfahren* ertheilten Privilegien, oben §. 149. Overbecks Meditationen, Bd. VII, Med. 366. Moser von d. Reichsstände Landen, 1151. 1158. Wasmuth l. c. §. 29. sq.

c) Mit fiscalischer Strafe kann daher nur wider den

verfahren werden, welcher in dem Staatsbezirk des Ertheilers dem Privilegium zuwider handelt. SELCHOW elem. jur. publ. §. 366. — Wirkung der MajorennitätsErklärung ausserhalb Landes. PUFENDORFII animadversiones juris, T. I. p. 187. sq. — Wirkung der an *Ausländer* ertheilten Privilegien. MOSERS nachbarl. Staatsr. 671. WASMUTH l. c. §. 9.

d) PÜTTERS Beiträge, I. 229.

e) L. C. SCHRÖDER elem. jur. nat. soc. et gent. §. 878.

f) MEVIUS P. VI. dec. 240. n. 2. WASMUTH l. c. §. 18. sq. JARGOW a. a. O. 209.

§. 373.

VertragsEigenschaft, Wiederruf, Minderung, Veränderung, Auslegung der Privilegien. Landständische Concurrenz. Privilegienrecht landsässiger Obrigkeiten.

I) Privilegien in dem eigentlichen Sinn, auch Dispensationen, haben die Kraft eines Vertrags zwischen dem Ertheiler und Privilegirten, gleichviel ob sie auf Wiederruf, oder für immer, unentgeltlich oder gegen Vergeltung ertheilt sind. II) Daher darf, in der Regel, Wiederruf [a]), Minderung [b]), Veränderung [c]), authentische Auslegung [d]) einseitig nicht geschehen. III) In der Regel sind sie einschränkend zu erklären, können nicht vermuthet, und nicht ad exemplum gezogen, auch kann kein Pri-

vilegirter zu deren Ausübung genötigt werden e). Landständische Concurrenz kann bei Ertheilung solcher Privilegien nötig seyn, welche in Hoheitsrechte einschlagen, bei deren Ausübung landständische Mitwirkung, durch die Staatsverfassung begründet ist f). IV) Bei Standesherren (§. 212), Grundherren und städtischen Magistraten, wird das Recht, Privilegien, auch geringere, zu ertheilen, nicht vermuthet, sondern es ist, für jede Art von Privilegien, zu erweisen. Zuweilen ist ihnen ein eingeschränktes Verleihungsrecht (jus privilegiorum minus vel minimum) eingeräumt.

a) Obss. Halenses, T. III. obs. 15 — 17. STRUBE, Th. II, Bed. 80. MOSER a. a. O. 48. OVERBECKS Meditationen, Bd. VII, Med. 366. WASMUTH l. c. §. 22. sq. — Von dem Wiederruf ex ratione salutis publicae, s. BÖHMER consult. et decis. T. I. P. 2. resp. 12. — Aufhebung oder Minderung, vermöge des äussersten Rechtes, verpflichtet zu verhältnifsmässiger Entschädigung. HOMMEL obs. 469. SCHMALZ natürl. Staatsr. §. 118. 120.

b) Von der clausula minuendi. HOMMEL l. c. STRUBE, Th. IV, Bed. 21. — Einschränkung der Privilegien durch Gesetze. STRUBE, Th. III, Bed. 139.

c) J. Guil. GADENDAM diss. de legibus, praesertim specialibus, seu privilegiis, quatenus mutari aut revocari jure possint. Erl. 1743. 4.

d) WESTPHALS Staatsr. 168. WASMUTH l. c. §. 13.

e) GLÜCK a. a. O. I. §. 99, S. 560 ff. — Von Erlöschung der Privilegien durch Nichtgebrauch. MOSER a. a. O. 49. WASMUTH l. c. §. 26.

f) Oben §. 181, MOSER a. a. O. 40.

§. 374.

Verschiedene Arten der Priviligien.

Zu den Privilegien gehören, unter andern: Handelsprivilegien (§. 311), insbesondere Monopolien und BücherPrivilegien, äkademische Privilegien, Moratorien [a]), und zwar GnadenIndulte, Titel-, Adels- und WappenErtheilung (§. 375. 383 ff.), Asylrecht (§. 280), MajorennitätsErklärung [b]) (venia aetatis), Legitimation unehelicher Kinder [c]), Salvegarde [d]), Bannrechte oder Zwanggerechtigkeiten [e]) u. a. m., auch Concession solcher Rechte, deren Ausübung der Privatwillkühr nicht überlassen zu werden pflegt (§. 350 ff.).

a) PÜTTERS Lit. III. §. 1360. KLÜBERS Lit. 460. PÜTTERS Beitr., I. 224. MOSER von kais. Regier. Rechten, 358. *Ebenders.* von Gnadensachen, 56. *Ebendess.* Rechtsmaterien, VIII. 824. JARGOW a. a. O. 212 f. v. ROTHS Staatsr. d. R. Lande, II. 136 ff. C. C. DABELOWS Entwick. der Lehre vom

Concurse der Gläubiger (Halle 1801. 4.), 151. 173. 501. GMELINS u. ELSÄSSERS gemeinnütz. jur. Beobacht. Bd. II, Num. 12. J. H. BÖHMER diss. de litteris respirationis; in dessen Exerc. ad Pandect. III. 173.

b) KLÜBERS Lit. 462. MOSER a. a. O. 30. *Ebendess.* persönl. Staatsr., I. 588. de CRAMER Opusc. Vol. II. n. 28. PUFENDORF animadvers. I. 187.

c) MOERS von Gnadensachen, 6 u. 11. KLÜBERS jur. Bibl. X. 189.

d) Ge. ENGELBRECHT de salva guardia. Jen. 1743. (MADERS reichsrittersch. Magaz. VIII. 666.) VATTEL droit des gens, liv. 3. ch. 9. §. 121. v. MARTENS Einl. in d. europ. Völkerr. §. 287.

e) SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 567. sq. RUNDE'S t. Privatr., §. 277 ff. DANZ Handb. des t. Privatr. II. §. 277 ff. SCHRÖTERS verm. Abhandl. I. 461.

XIV. Capitel.

Aemter-, Titel-, Decorations-, Rang- und Standeserhöhungsrecht.

§. 375.

Staatsämter. Dienstertrag. Dienstehre. Amtscharakter. Ueberhaupt.

I) Staatsämter [a]), fortwährende Aufträge zu bestimmten Staatsgeschäften, statt eines Reihedienstes aller Staatsbürger, sind, in notwendiger Anzahl, Bedürfniſs eines Staates. Daher das Recht der Staatsämter (jus munerum publicorum). Der Regent steht an der Spitze der Staatsbeamten. Alle sind ihm untergeordnet. Mehrere Staatsbeamte, für Staatsgeschäfte bleibend vereinigt, bilden ein Landes- oder Staats Collegium, eine Staatsbehörde oder Landesstelle. II) Mit einem Staatsamt sind verbunden: eine bestimmte, anständige und verhältniſsmäsige Entschädigung für Leistung der Staatsdienste (Amts-Einnahme oder Dienstertrag, insonderheit Besoldung, Salarium, und Accidentien, Emolumente), eine Amts- oder Dienstehre

(Dignität, Würde, honos cum vi), und ein AmtsCharakter (Titel).

a) Schriften von BECMANN, MYLER u. a., s. in PÜTTERS Lit. III. §. 1096 ff. und KLÜBERS Lit. 295. N. T. GÖNNER, der Staatsdienst, aus dem Gesichtspunct des Rechts und der NationalOeconomie betrachtet, nebst der HauptlandesPragmatik über die Dienstverhältnisse der Staatsdiener in dem Königr. Baiern. Landsh. 1808. 8.

§. 376.

Geburtsstand. TitularChargen. Decorationen. Hofbeamte. Rang, Ueberhaupt.

I) Geburtsstand und Standeserhöhung geben StandesClassenEhre [a]) (Castenehre [b])). TitularWürden oder Titular-Chargen, bei welchen die Bestimmung zu Staatsgeschäften fehlt, geben fingirte oder scheinbare Dienstehre (honos sine vi). Decorationen sind privilegirter Leibesschmuck, von dem Herrscher verliehen. Hofbeamte, auchDomestiken oderHofgesinde desRegenten, sind unterschieden von eigentlichenStaatsbeamten. II) Rang [b]) (praecedentia), ein bestimmterGrad äussererAchtung, ist einTheil der Dienst-, Standes- (Casten-), Titular-, oder Decorationsehre. Er wird meist bestimmt durch förmliche Rangordnungen [c]). Unter Personen derselben RangClasse, entscheidet gewöhnlich das Dienstalter (ancienneté).

Rangstreitigkeiten sind nicht immmer Justizsachen [d]).

a) „*Angeerbter* Adel ist ein Rang, der vor dem Verdienst „vorhergeht, und dieses auch mit keinem Grund hof- „fen läſst, ein Gedankending, ohne alle Realität." KANTS Rechtslehre, §. 49. D. S. 192. „Entbehrli- "ches Trümmerwerk aus der Vorzeit." S. M. E. von SCHLIEFFENS Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts der von Schlieffen (Cassel 1784. 4.), S. 2. „Adelsdistinctionen setzen den *ererbten* Ruhm vor den *erworbenen*, u. die Abkömmlinge grosser Männer vor die grossen Männer." RÖDERER in d. Corp. legislatif, 1802. KabinetsOrdre *Friedrich Wilhelms* III. v. 10. März 1788. *Napoleon*, in dem 21. Bulletin de la grande armée, datirt Berlin 21. Oct. 1806, u. in der Constitution ou Statuts fondamentaux du royaume de *Westphalie*, v. 15. Nov. 1807, art. 12. 14. 15. Abschaffung aller Geburtstitel in den vereinigten Staaten von Nordamerika, auch in dem Fürstenthum *Lucca* 1807, d. in *Toscana*, Apr. 1808. — *Dienstehre* sollte, wie schon lang in Dänemark, und gewissermasen in Ruſsland, jederzeit über *Castenehre* erheben, schon um deſswillen, damit die Verlängerung einer Spalte zwischen Staatsbürgern verhütet werde, an deren Vereinigung der Zeitgeit so eifrig arbeitet, daſs sie endlich doch wird gelingen müssen, wie sehr auch Castengeist, Nepotismus, Protection, und Favoritismus sich entgegenstemmen mögen. Was in der Natur liegt, wird seine bessere Zeit allemal finden. Aus der Gährung entwickeln sich Keime u. Kräfte. Vergl. (SCHEFFNERS) Gedanken und Meinungen über Manches im Dienst. Zweite Aufl. 1804. II. Bd. Königsb. 1806. 8. A. W. REHBERG über d. Staatsverwaltung, u. d. Dienerschaft der Regenten. Hannov. 1807. 8.

b) Schriften von HORN, HELLBACH u. a., s. in PÜTTERS Lit III. §. 1110. u. KLÜBERS Lit. 302. Ch. HELLBACHS Handb. des Rangrechtes. Ansb. 1804. 8.

c) Schlözers Staatsanzeigen, Heft 42, S. 464.

d) Strube Th. III. Bed. 129.

§. 377.

Hof-, Civil- und MilitärEtat.

Jeder souveraine Bundesfürst ist zu Bestellung des Landes-, Hof-, Civil- und MilitärEtats berechtigt [a]); hie und da etwa nur mit Ausnahme landständischer, dann gewisser Hof- und Landgerichts-, auch MunicipalBeamten, Schul- und Kirchenlehrer u. d. Indeſs können, in manchen, wenn gleich souverainen Staaten, Herkommen, Politik und Machtverhältnisse gewisse Schranken setzen, bei Ertheilung wirklicher und TitularChargen; zumal wenn man auf Achtung und Hofetiquette, auch Rangverhältnisse mit Bundesfürsten und auswärtigen Staaten, Rücksicht nimmt [b]). Auch Indigenat (§. 355) und Religion kommen bisweilen in Betrachtung [c]). Sogenannte adeliche Chargen sind, bei Staatsämtern, wider die Regel, und, gleich den Sinecuren und dem Diensthandel [d]), ausser dem Staatszweck [e]).

a) Schriften in Pütters Lit. III. 320 f. 336. u. Klübers Lit. 296. Moser von d. Landeshoh. in Gnadensachen, 25. u. in Regierungss. 24 ff. 147 f. — Von *Militärchargen*, s. Moser von Militärsachen, 114. Jo. Ge. Estor comment. et opusc. Vol. I. Part. 3 p. 619. Pütters Lit. III. 336. K. II. §. 1117.

b) PFEFFINGER III. 112, MOSERS auswärt. Staatsr. 47 ff. PÜTTERS Beytr. I. 194 ff. u. Erörter. I. 10. MOSERS patriot. Phantasien, IV. 285. — Keine Generalität ohne Armee, keine Offiziere ohne Gemeine; kein Landesministerium ohne Minister, zum wenigsten in der mehrern Zahl; keine Hof-, Regierungs- und Legationsräthe, ohne Hof, Regierung und Legation; nicht zwei wirkliche, ein Dutzend Titularräthe (Rathomanie); keine blofs inländische, Lokal- oder BedientenExcellenz etc.

c) Von dem *Indigenat*, s. MOSER v. d. Landeshoh. in Regierungss. 91. 155. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 217. v. FRANCKS Etwas über die Wahlcapitulationen in geistl. Staaten, 114. ELSÄSSERS verm. Bemerk. in Bezieh. auf CanzleiCollegien, 6. GÖNNER §. 61. ZAUNERS corp. jur. publ. Salisb. 248. — Von der *Religion*, s. MOSER v. geistl. Sachen, 166. 397.

d) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 320. MOSER von d. Landeshoh. in Regier. Sachen, Cap. 2. G. L. BÖHMERS Rechtsf. II. Bd. Abth. 2, Num. 97. Ueber den Diensthandel teutscher Fürsten. (Frankfurt u. Leipz. 1782. 8.), S. 12 ff.

e) SCHLÖZERS Staatsanz. III. 214. RÖSSIGS Politik, S. 209 f. — Vergl. jedoch ehemalige kaiserl. Wahlcap. XXIII. 4. Preufs. allgem. Landr. II. 9. 34 f. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 244. n. 3. et 5. §. 262. n. 4. J. G. CRAMER de nobilitate avita, 459. sqq. BUDER in Opusc. 241. RÖMERS kursächs. Staatsr. III, 147. — Ein berühmter Schriftsteller fragt: giebt es denn adelichen Verstand, adeliche Kenntnisse, adeliche Tugend? — Von *gebohrnen* Räthen, MOSER v. Regierungss. 90. — Gänzlich *aufgehoben* in dem Staatsdienst, ist der Unterschied zwischen Adel und Nichtadel in Frankreich, Italien, Neapel, Holland, Westphalen, Schweitz, Baden etc. Gegen das Staatsinteresse ist es, dem Zufall, der wahren oder fingirten Geburt,

Vorrechte in dem Staatsdientste einzuräumen. *Hofadel* hat sich an den meisten teutschen Höfen noch erhalten. Aber in Frankreich, Italien, Holland, Westphalen, Lucca etc. wird auch dieser nicht anerkannt.

§. 378.

Besetzung der Staatsämter.

I) Staatsämter [a]) werden von dem Souverain verliehen, entweder unmittelbar, oder mittelbar durch hiezu autorisirte Staatsbehörden oder Privilegirte [b]); allenfalls auch mittelst Bestätigung oder Ernennung der von Andern Präsentirten. II) Persönliche Fähigkeit und Würdigkeit, Geist, Kenntnisse, Herz und Charakter, müssen die Wahl, und die notwendige stufenweise Beförderung der Staatsbeamten bestimmen. Schon darum sind ErbStaatsämter, geborne Beamte, so auch erhandelte und sogenannte SchürzenAemter, nicht zu dulden; wohl Erbhofämter. Adjunctionen und Substitutionen können nützlich, sogar notwendig seyn. Anwartschaften (Expectanzen) sind, in der Regel, unzulässig. Nepotismus ist Staatssünde. III) Zwingen kann der Staat seine Bürger zu intellectuellen Staatsämtern, in der Regel, nicht [c]).

a) Von dem Begriff der Staatsämter. Gönner a. a. O. §. 10 ff. Eintheilungen der Staatsämter, in *gemeine*

und *technische*, in *unmittelbare* und *mittelbare*, in *fortwährende* und *vorübergehende* (temporäre), in *wesentliche* und *zufällige*. Vergl. GÖNNER, §. 14.

b) Z. B. höhere Staatsbehörden, städtische u. a. Gemeinheiten, Standesherrschaften, Grundherren, Erbgerichtsherren. Vergl. LEYSER Sp. 27. cor. 3. GLÜCKS Erläuter. d. Pandecten, Th. III, Abschn. 1, §. 208.

c) E. F. MANZEL diss. de coactione ad munera et officia publica. Rost. 1755. Von Gründen u. Gegengründen, s. GÖNNER, §. 19 ff.

§. 379.

Comitiv. Notariat. Akademische Würden.

I) Die ehemalige Ober- und UnterComitive (Palatinate) oder die Ämter, Würden und Befugnisse der kaiserlichen Ober- und Unterhofpfalzgrafen (comitum palatinorum, majorum et minorum, comitum sacri palatii Lateranensis), sind mit der teutschen Reichsverfassung erloschen [a]. II) Eben so das Amt der kaiserlichen Notarien [b]. Doch sind Handlungen, welche diese während der Reichsverfassung gültigerweise unternommen hatten, fortwährend gültig. Jeder souveraine Bundesfürst ist jetzt befugt, eigene TerritorialNotarien zu creiren, d. h. Männer, die zu öffentlicher Beglaubigung der von ihnen, meist in Gegenwart einer besimmten Anzahl requirirter Zeugen, bemerkten Erfah-

rungsGegenstände, unter landesherrlicher Auctorität bestellt, und obrigkeitlich verpflichtet sind c), Auch die akademischen Würden, können jetzt nur allein unter landesherrlicher Auctorität ertheilt werden d) (§. 390).

a) MOSER von kaiserlichen Regierungsrechten, 468, Teutsche Encyclopädie, IV. 604. VII. 417.

b) K. Max. I. Notariatsordn. 1512. in GERSTLACHERS Handb. der Reichsgesetze, X. 1922, auch in der N. S. R. A, II. 151, u. besonders edirt von J. M. STARK. Frankf. 1799. 8. — PÜTTERS Lit. III. 324. KLÜBERS Lit. II. §. 1104. GERSTLACHERS Handb. X. 1949. *Ebendess.* corp. jur. publ. I. c. 6. MOSERS Staatsr. V. 411 ff. *Ebenders.* von kaiserl. Regierungsrechten, S. 475. SELCHOWS R. H. R. Procefs, I. 134 ff. SIEBERS gerichtl. Procefs, §. 115. — Von dem ehemaligen Ansehen der *kaiserlichen* u. *päpstlichen* Notarien in fast ganz Europa, s. v. MARTENS Völkerr. §. 85, Note e.

c) J. G. A. GRESS diss. de mutationibus circa notarios, sublata Imperii germanici forma. Landsh. 1807. 8. Grofsherzoglich *Badische* Notariatsordnung, 1806. Kön. *wirtembergische* Verordn. v. 22. Mai 1806 wider ausländische Hof- und Pfalzgrafen und Notarien. *Hessendarmstädtische* Notariatsordn. v. 20. Sept. 1788, u. Verordnung v. 10. Mai 1802 wider die kaiserl. Hofpfalzgrafen. *Preufsische* Notariatsordn. v. 1771. *Preufs.* allgem. Gerichtsordn., Th. III, Tit. 7. Von *Oestreich*, HÄBERLINS Handb. des t. Staatsr. I. 462. MOSER von Gnadensachen, 28.

d) Königl. wirtemberg. Decret v. 5. Dec. 1806, dafs Inländer akademische Würden nur von der LandesUniversität annehmen u. führen dürfen.

§. 380.

Verhältniſs zwischen dem Staat und dem Staatsbeamten. Aufkündigung. Entlassung.

Die wechselseitigen Rechte zwischen dem Staat und dem Staatsbeamten [a]), sind zuvörderst zu beurteilen aus den Stipulationen des Dienstvertrags [b]), dann aus den, die Stelle einer solchen Uebereinkunft vertretenden Staatsgesetzen [c]), zuletzt aus der Natur des gegenseitigen Verhältnisses. In dem letzten Fall findet, so wie in der Regel, kein Zwang zu Annehmung intellectueller Staatsämter, also auch, auf beiden Seiten, kein Zwang zu Fortsetzung des Dienstverhältnisses statt. Daher ist I) eine, nicht zur Unzeit und ohne Gefährde erfolgende Aufkündigung, Niederlegung des Amtes oder Resignation des Dieners [d]), eben so erlaubt, als II) eine Entlassung oder Verabschiedung (dimissio honesta) desselben, die in Gnaden und ohne Anführung einer, für seine Ehre nachtheiligen Ursache geschieht [e]).

a) Von dieser sehr bestrittenen Frage, s. die ältern Schriften in Pütters Lit. III. §. 1098. Seb. Malacord diss. de publicis officiis absque justa causa ejusque legali cognitione non auferendis. Goett. 1788. Klübers jur. Bibl. XXII. 152. (Rebmanns) Versuch: ob ein Herr seinen verpflichteten Beamten ohne Ursache seiner Dienste entsetzen oder entlassen könne? Regensb.

§. 381.

Versetzung. Zuruhesetzung.

III) Dasselbe gilt von einer Versetzung oder Translocation des Dieners, mit oder ohne Vortheil auf seiner Seite. IV) Auch ist nicht widerrechtlich, die Zuruhesetzung (Jubilirung, Versetzung in den QuiescentenStand) eines Dieners, dessen Dienste dem Staat überflüssig geworden sind, oder der zu Verwaltung des Amtes, ganz oder zum Theil, unfähig geworden ist. Ist dieses ohne des Dieners Verschulden geschehen, so pflegt, mit Beibehaltung des vorigen Ranges und Titels, eine verhältnifsmäsige jährliche Pension gegeben zu werden [a]). War der Staatsdienst selbst, die unmittelbare Ursache der Unfähigkeit, so ist Entschädigung des Dieners Zwangspflicht. — In allen diesen Fällen, legt die Heiligkeit des Staatszweckes beiden Theilen wesentliche Pflichten auf [a]): dem Staate, die Entlassung, Versetzung, oder Zuruhesetzung nur nach der Forderung des Staatszweckes, mithin nach Pflicht, zu verfügen; dem Diener, bei einer Aufkündigung nach untadelhaften Gründen (nicht nach blosser Willkühr) zu verfahren, zu deren Beurteilung zwar vorzüglich ihm die Data gegeben sind, die er

aber dem Staat anzuzeigen in einzelnen Fällen verpflichtet seyn kann [c]).

a) SEUFFERT a. a. O. §. 74. GÖNNER a. a. O. §. 6. F. C. v. MOSERS politische Wahrheiten, Bd. II, S. 309.

b) Um jedem Zweifel vorzubeugen, wird in manchen Ländern, bei Annahme der Staatsdiener, wechselseitige, vierteljährige oder halbjährige, Aufkündigung *bedungen.* MOSER v. d. Landeshoh. in Regier. Sachen, 183. CRAMER, T. III. obs. 824. *Ebendess.* Nebenst. Th. 79, S. 94. Für ungültig hält diese Bedingung, RÖNNBERG a. a. O. Abth. 4, Abschn. 2. Dawider, GÖNNER §. 101.

c) Die *Meinungen* sind sehr getheilt. Z. B. 1) einige, vorzüglich ältere Rechtslehrer, halten ein Staatsamt nur dann für wiederruflich, auf Seite des Staates, wenn solches *auf Bitte des Dieners* verliehen ist. — 2) Andere sprechen *nur* dem *Diener* die Aufkündigungsfreiheit zu. CRAMER T. II. obs. 628. III. obs. 824. *Ebendess.* Nebenst. Th. 38, Num. 5. Th. 79. Num. 7. MALACORD l. c. §. 11. 15. sq. v. d. BECKE a. a. O. §. 59 u. 98—104. RÖNNBERG a. a. O. Abth. 4. Abschn. 1.; wenigstens dann, wenn der Diener ausserhalb seines Amtes nicht Unterthan des Staates ist. de MÜNCHHAUSEN de jure ministrorum exigendi a principe dimissionem, §. 12. — 3) Nach Andern kann ein Diener, der *vorhin Unterthan des Dienstherrn* gewesen, nach Belieben entlassen werden, nicht aber ein in Dienste genommener *Ausländer.* de LUDEWIG consil. Halens. ICtor. T. II. bib. 2. cons. 62. num. 6. Vergl. auch GÖNNER, §. 33. — 4) Noch Andere sprechen beiden Theilen das einseitige Aufkündigungsrecht ab. SEUFFERT a. a. O. §. 87 ff. v. ROTHS Staatsr. teutscher Reichslande, Th. I. §. 34. BISCHOFF a. a. O. §. 99—104. — 5) Einige

schreiben dem Regenten ein *willkührliches* Entlassungsrecht zu. Casp. Ziegler de jurib. maiest. lib. I. c. 29. §. 7. Dawider, s. KANTS metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre, §. 49. D. S. 190 f. 6) Nach Andern können Staatsdiener, denen die Ausübung der *richterlichen* Gewalt anvertraut ist, nicht eigenmächtig entlassen, sondern nur durch Urteil und Recht, verübter Vergehungen halber, ihres Amtes entsetzt werden: hingegen findet *willkührliche* Entlassung statt bei allen Dienern, die zu Ausübung der vollziehenden Gewalt angestellt sind. KLIEN in ZACHARIÄS Annalen der Gesetzgebung in Kursachsen (Leipz. 1806. 8.) S. 347 u. 369. — 7) Dafs Staatsämter auch ohne Vertrag ein unwiederrufliches Recht erzeugen, sofern auf ihnen ein Nahrungsstand ruhet, behauptet GÖNNER a. a. O. §. 52 ff.

§. 382.

Cassation. Suspension.

C a s s a t i o n, Bestrafung eines Staatsdieners, wegen Dienstvergehen oder anderer Verbrechen, durch Amtsentsetzung (remotio), so wie S u s p e n s i o n oder temporäre Entfernung eines Staatsdieners von seinem Amte, während der Untersuchung eines ihm zur Last gelegten Verbrechens, mit oder ohne Beibehaltung aller, oder bestimmter Amtsnutzungen [a]), kann in der Regel nur von dem Richter verfügt werden [b]). Widrigenfalls hat der Diener von dem Richter ein Erkenntnifs auf Restitution und Ablie-

ferung des rückständigen Gehaltes zu erwarten [c]. Dagegen steht dem Dienstherrn nachher frei, ihm eine anständige Entlassung zu ertheilen [d]). Bei blossen Hausdienern, Gesinde und Dienstboten, so auch bei Hofämtern und Hofdienern [e]), ist die wechselseitige Aufkündigungsfreiheit am wenigsten bestritten.

a) Nach erfolgter gänzlicher Lossprechung, müssen die innebehaltenen AmtsNutzungen dem Diener verabfolgt werden. PUFENDORF T. IV. obs. 208.

b) MALACORD l. c. §. 25. Sam. STRYCK diss. de suspensione ab officio. Hal. 1680. u. in Collect. diss. (Frf. 1743. fol.) Vol. IV. n. 4. BISCHOFF a. a. O. 98. Bei notorischer Vernachlässigung der Geschäfte, und bei scandalöser Sittenlosigkeit, vertheidigt die Entfernung des Dieners von seinem Amte, ohne förmlichen Richterspruch, wenn dem Diener ein verhältnißmäsiger Theil seines Gehaltes, so wie seine bürgerliche Existenz, gesichert bleibt, A. W. REHBERG über die Staatsverwaltung deutscher Länder, und die Dienerschaft der Regenten (Hannover 1807. 8.) S.

c) v. RIEFFELS Reichshofrath, I. 266. de CRAMER T. II. obs. 628. *Ejusd.* Opusc. T. IV. p. 481. *Ebendess.* wezl. Nebenst., Th. 123. S. 445.

d) MOSER von d. Landeshoh. in Regier. Sachen, 183. MEVIUS P. II. dec. 12. de CRAMER T. III. obs. 824. *Ebendess.* wezlar. Nebenst. Th. 79, S. 94. Ehehin begünstigten die deutschen Reichsgerichte oft auch

solche Diener, die *bloſs verabschiedet* waren, durch Mandata oder Rescripta restitutoria S. C. oder C. C., meist aus Gründen der evidentesten Billigkeit. de CRAMER T. II. obs. 565. 628. III. obs. 807. *Ebendess.* wezl. Nebenst. Th. 38, S. 81. Th. 79, S. 94. Th. 123, S. 445. MOSER a. a. O. S. 129. 183. 415. SCHLÖZERS Staatsanzeigen, Heft 10, S. 117, Heft 14, S. 223, Heft 29, S. 43.

r) v. d. BECKE a. a. O. S. 34, Note.

§. 383.

Erzämter, Erbhofämter u. Hofämter. Leibgarde u. Hofceremoniel. Titel und Prädicate. Excellenz. Wappen. Rang. Ehrenbezeugungen.

I) Die Errichtung eigener Erzämter und Erblandhofämter [a]), der höhern und niedern Hofämter, und der Hof- und Leibgarden [b]), so auch die Bestimmung des eigenen Staats- und Hofceremoniels [c]), ist der Willkühr eines jeden rheinischen Bundesfürsten überlassen. Eben so berechtigt ist derselbe II) zu Ertheilung bloſser Titel und Prädicate, namentlich der Excellenz [d]), III) auch zu der Wappenverleihung [e]), IV) zu Bestimmung des Ranges am Hofe, in dem Civil- und Militärdienst [f]), V) der militärischen und andern Ehrenbezeugungen.

a) MOSERS Hofrecht, II. 131. 150. MOSERS persönl. Staatsr. II. 82. 85. *Ebenders.* v. d. t. Reichsständen, 428. 654. 657. 789. Deutsche Encyklopädie, VIII.

585. PÜTTERS hist. Entwick. II. 191. RANDELS Annalen, I. §. 113. v. ROTHS Staatsr. t. Reichslande II. 8. KLÜBERS Anmerkungen zu *Sainte-Palaye* vom Ritterwesen, I. 3. 179. 181. II. 195. *Ebenders.* über Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen u. Wartschilde der neuen Kurfürsten (Erl. 1803. 8.) S. 9 — 40. Schriften in PÜTTERS Lit. III. 120. 209. KLÜBERS Lit. §. 911. 997.

b) MOSERS Hofrecht, I. 227. MOSERS persönl. Staatsr. II. 88. *Ebenders.* von Steuersachen, 552.

c) MOSERS persönl. Staatsr. II. 91. C. F. v. MOSERS Hofrecht. Th. I. u. II. 1754. 1755. 4. Cérémonial des cours, par M. DUMONT, mis en ordre et augmenté par M. ROUSSET. T. I — V. Amsterd. 1739. fol. LÜNIGS theatrum. ceremoniale.

d) MOSERS Staatsr. XXXV. 484. KLÜBERS Lit. §. 1006.

e) MOSER von Gnadensachen, 23. Schriften in PÜTTERS Lit. III. 327. KLÜBERS Lit. 300.

f) MOSER von Polizeisachen, 371. SCHLÖZERS Staatsanzeigen, Heft 42, S. 364.

§. 384.

Staats-, Haus- und Standeszeichen. Decorationen. Insbesondere Ehrenzeichen.

I) Die Wahl und der Gebrauch eigener Staats-, Haus- und Standeszeichen, bei Landes-, Familien- und Hoffeierlichkeiten, auch auf Wappen, z. B. der Königskrone, des Fürstenhuts und Fürstenhabits, der Insignien (Krone, Scepter u. d.), nach dem Stande des Souverains, hängt von desselben

Gutfinden ab [a]). II) Auch zu Stiftung und Verleihung bestimmter Decorationen [b]), insonderheit der Ehrenorden [c]), der Haus-, Hof- und Ritter-, auch militärischer und CivilVerdienstorden (§. 155. 158), ist ein Bundesfürst berechtigt. Mit Ertheilung eines Ordens ist, in der Regel, Standeserhöhung nicht verbunden [d]). Die Annehmung und das Tragen auswärtiger Orden, bedarf landesherrlicher Genehmigung. Soll ein Privatorden, z. B. ein Gesellschaftsorden, von einem Souverain bei seinen Unterthanen geduldet und anerkannt werden; soll er öffentliche und obligatorische Existenz, und ein Verbietungsrecht gegen alle Ungenossen in demselben Staate geniessen, so wird hiezu ein Privilegium, wenigstens Bestätigung des Souverains erfordert [e]).

a) LÜNIGS theatrum ceremoniale, I. 1258. MOSERS Hofr. II. 417. MOSERS Staatsr. II. 385. XXXIII. 250. XXXV. 447. Zusätze, II. 77. REINHARDS Wappenkunst, §. 166. GRELLMANNS Staatskunde v. Teutschl. I. 276. KLÜBER über Einführ., Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen und Wartschilde der neuen Kurfürsten, (1803) §. 30 f.

b) Dahin gehören: Ehrenorden (gemeinhin, wiewohl in zu weitem Sinn, Ritterorden genannt) Kammerherrnschlüssel, militärische Dienstzeichen und Dienstehrenzeichen (Porte-épée, Ehrenmedaillen, Ehrensäbel, Ehrenflinten u. d.) Uniform und andere Auszeichnungen durch Kleiderordnung, Pleureusen u. d.

c) PFEFFINGER, II. 902. MOSERS Hofr. II. 687. MOSERS persönl. Staatsr. II. 85 ff. *Ebendess.* Zusätze zu s. neuen t. Staatsr. II. 357. PÜTTERS inst. jur. publ. §. 125. v. MARTENS Völkerr. §. 165. KLÜBER, die Ehrenorden in politischer u. staatsrechtl. Hinsicht; in der Neuen berlin. Monatschr. Oct. 1804, S. 255, insonderheit, S. 275 ff. Schriften in PÜTTERS Lit. III. 210. u. KLÜBERS Lit. 227.

d) LIMNÄUS jur. publ. lib. 6. c. 2. n. 7 sq. MOSERS persönl. Staatsr. II. 87. KLÜBER a. a. O. 280.

e) MOSERS Hofr. II. 692. KLÜBER, 279 f.

§. 385.

Standeserhöhung.

Das Recht, Standeserhöhung, allenfalls mit neuem oder vermehrtem Wappen und einem höhern Prädicat in dem Canzlei-Ceremoniel, zu ertheilen *a*), eignet sich in den rheinischen Bundesstaaten jeder Souverain ausschliessend zu, nach allen Stufen des hohen und niedern Adels *b*), des ersten, so weit es dem eigenen Rangverhältniſs des Bundesfürsten angemessen ist. Zuweilen wird die Standeserhöhung per saltum ertheilt *c*), auch wohl bloſs mit dem Erstgeburtsrecht verbunden. Dem Rechte dritter Personen, insbesondere der Successionsberechtigten, anderer Familien und Souveraine, kann durch Standeserhöhung kein Eintrag geschehen. Auch die mit dem

Briefadel geschenkten Ahnen sind, in der Regel, ohne Wirkung [d]).

a) Vergl. MOSER von kaiserl. Regierungsrechten, S. 418. J. G. SEGER de jure conferendi dignitates. Lips. 1773. KLÜBER de nobilitate codicillari (Erl. 1788.) cap. 2. et 3. *Ebendess.* jurist. Bibl. XXV. 1 ff. Schriften in PÜTTERS Lit. III. 326. KLÜBERS Lit. 300.

b) KLÜBER l. c. §. 24. Von der *Rechtmässigkeit* der Standeserhöhung und des Erbadels, s. KANTS Rechtslehre, S. 192 f. MEINERS Gesch. der Ungleichheit der Stände, S. 576 f.

c) KLÜBER l. c. §. 24. Beispiele von Nobilitationen *in Masse*. Von *Formeln* u. *Clauseln* der Standeserhöhungs-Diplome, ebendas. §. 23. Von dem *Verluste* des Briefadels, ebendas. §. 25.

d) KLÜBER l. c. §. 23.

§. 386.

Fortsetzung.

Die Adels Taxe [a]) bestimmt der Souverain. Landesunterthanen wird nicht gestattet, ohne landesherrliche Erlaubniss, Standeserhöhung bei einem fremden Staate zu suchen, oder von demselben anzunehmen, oder sich solcher zu bedienen, wenn sie ihm von demselben aus eigener Bewegung war verliehen worden [b]). Ausländischer Adel erlangt die Rechte des inländischen, durch Bestätigung des Souverains, wobei gemeiniglich gewisse Taxen zu entrichten sind.

Obgleich selbst die Bundesfürsten auf diejenigen ihrer Titel verzichteten, welche eine Beziehung auf das teutsche Reich ausdrückten [c]), so läfst man doch die, unter ehemaliger kaiserlicher und ReichsAuctorität erlangten Standeserhöhungen noch fortdauern; nur mufs die, auf das teutsche Reich sich beziehende Nebenbenennung (z. B. Reichsfürst, Reichsgraf, Reichsfreiherr u. d.) unterbleiben.

a) Vergl. Klübers jur. Bibl. XXV. 68. Rheinische R. VikariatsHofgerichtsConclusa, 1790, S. 80. Allgem. literar. Anzeiger, 1799, n. 51 u. 114. G. F. Müller, die Art und Weise, wie im teutschen Reiche neue Fürsten, Grafen, Freiherren und Edelleute gemacht werden, und was dafür bezahlt werden mufs (Wolfenb. 1797. 8.) S. 94. ReichshofKanzleiTaxordn. v. 1659. in Gerstlachers Handb. V. 773. u. in Schmauss C. I. P. A. In dem Königreich *Baiern* gehört zu einem Adelsdiplom mit dem Prädicat *von*, sammt allen darunter begriffenen Abstufungen, ein 60 GuldenStempelbogen, zu dem Freiherrndiplom ein 90 Gulden- u. zu dem Grafendiplom ein 120 Gulden-Stempelbogen.

b) Vergl. Preufs. allg. Landr. II. 9. 2. Königl. Preufs. Deklaration v. 24. Sept. 1798, §. V. Behmer jur. nov. contiov. T. I. obs. 76. Müller a. a. O. 105.

c) BundesActe, Art. 3.

XV. Capitel.

Erziehungs- und UnterrichtsRegal.

§. 387.

StaatsInteresse bei Erziehung und Unterricht.

Nützliches Wissen, Aufklärung und — eine Folge wahrer Aufklärung [a]) — Tugend der Staatsbürger, sind Bedürfniſs des Staates. Zu Erreichung dieses Hülfszweckes, kommt er, durch Wissenschafts-Pflege, durch Erziehungs- und UnterrichtsAnstalten, für sittliche und intellectuelle Bildung der Staatsbürger, den Einzelnen und Familien zu Hülfe [b]); denn nicht alle von diesen können Hauslehrer halten, gute Subjecte dieser Art sind in erforderlicher Zahl nicht anzutreffen, zu häuslicher Bildung und Jugenderziehung findet sich nicht in allen Familien gute und hinlängliche Gelegenheit, und auf Ideen und Sitten vermag der Staat am meisten zu wirken [c]).

a) Lueder über NationalIndustrie und Staatswirthschaft, III. 205 f. C. G. Rössigs Versuch über die Aufklä-

rung. Leipz. 1799. 8. Graf v. WINDISCHGRÄTZ Betracht. über verschied. Gegenstände (Nürnb. 1787. 8.), S. 25 ff. J. F. E. LOTZ über den Begriff der Polizei, S. 379 ff.

b) SCHEIDEMANTELS Staatsr. nach der Vernunft und den Sitten der vornehmsten Völker, I. 88. II. 153 ff. 181 ff. J. J. BURLAMAQUI principes ou élémens du droit politique (Laus. 1784. 8), p. 213. MOSER von der Landeshoh. in Polizeisachen, S. 38 ff.

c) K. S. ZACHARIÄ über die Erziehung des Menschengeschlechtes durch den Staat. Leipz. 1802. 8. H. STEPHANI System der öffentl. Erziehung. Berl. 1804. 8. J. P. HARLS Grundlinien einer Theorie des Staates (Erl. 1805), S. 79 ff.

§. 388.

Erziehungs - und UnterrichtsAnstalten.

Dem zufolge errichtet der Staat öffentliche Anstalten, 1) für Volksunterricht, vorzüglich in den untern und mittleren Menschenclassen; 2) für gelehrte und artistische Bildung, höhere und niedere; 3) Für Sittenbildung, um Sittenverderbnifs und Charakterlosigkeit entgegenzuarbeiten [a]). Alle diese, auch ähnliche PrivatAnstalten [b]), sind der Gesetzgebung, Aufsicht, Gerichtbarkeit und Polizei des Staates untergeordnet [c]), welcher dadurch die Mehrung der

Vollkommenheiten seiner Bürger zu befördern strebt d).

a) Ob und wie weit eine römische *censura morum* (Alex. ADAMS Handb. der röm. Alterthümer, I. 236 ff.), ein Collegium von Sittenrichtern, in dem Staate zulässig sey? v. JUSTI Grundriſs einer guten Regierung, §. 160. Jo. HEUMANN de fontibus et oeconomia legum civilium, Sect. I. §. 17. MOSER von Polizeisachen, 379. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 142. Dawider, Chr. THOMASIUS diss. de judicio s. censura morum. Hal. 1702.

b) Bei allen diesen Anstalten interessirt den Staat nicht bloſs das *Lernen*, sondern vorzüglich auch die Einprägung guter Grundsätze und rechtlicher Gesinnungen, die Bildung des sittlichen Charakters, die Angewöhnung an gutes Betragen, und an redliche Beobachtung der Pflichten. Man vergl. den Lehrplan für alle kurpfalzbaierische Mittelschulen. München 1804. 4. u. die Recension in der Allgem. Lit. Zeitung, 1805, St. 153 f.

c) Vergl. Décret relatif à l'instruction publique et à l'université de l'Empire françois, v. März 1808. *Moniteur*.

d) DEMOPHILOS an Eukrates über die Grenzen der Staatsgewalt. Germanien 1799. 8. — *Zwingen* darf der Staat seine Bürger nicht zu dem Erwerb eines bestimmten Grades von geselliger, artistischer, oder wissenschaftlicher Cultur; aber voraussetzen darf er solchen, nach der Forderung des Staatszweckes, als Bedingung zu Erlangung besonderer Staatsvortheile. — Verordnungen, wodurch das Besuchen *inländischer* Lehranstalten geboten wird. Groſsherzogl. hessische Verordnung in d. Rhein. Bund, XIII. 152.

§. 389.

Industrie-, Kunst- und gelehrte Gesellschaften. Oeffentliche Bibliotheken und andere Sammlungen. Niedere und höhere Lehranstalten.

I) Für die Industrie-, Kunst- und Wissenschaftspflege überhaupt, ohne unmittelbare, wenigstens ausschliessende, Bestimmung für den JugendUnterricht, werden Industrie-, Kunst- und gelehrte Gesellschaften (Institute, Akademien der Wissenschaften u. d.), auch LeseAnstalten, von dem Staat errichtet, oder bestätigt [a]), auch II) öffentliche Bibliotheken, Kunst-, Naturalien- u. a. Sammlungen angelegt und unterhalten [b]). III) Für den JugendUnterricht in Pflichten, Künsten und Wissenschaften, werden niedere und höhere Lehranstalten, unmittelbar von dem Staat, oder unter dessen Auctorität und Aufsicht, errichtet. Zu den niedern gehören die Volks-, Real- und TrivialSchulen [c]), die Gymnasien, Pädagogien, und Lyceen [d]). Die höhern Lehranstalten (Akademien in dem weitern Sinn), sofern sie für Unterweisung in allen Wissenschaften gestiftet, und auf Ertheilung der akademischen Würden in allen Facultäten privilegirt sind, heissen Uni-

versitäten: hohe Schulen, wenn sie zu Verleihung der akademischen Würden nur zum Theil [e]), Akademien in dem engern Sinn, wenn sie dazu gar nicht berechtigt sind. Die Gesetzgebung, Gerichtbarkeit, Disciplin und Polizei, diese Institute betreffend, hängt von dem Souverain ab [f]).

a) SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 194. MOSER von der Landeshoh. in Polizeisachen, 60 f.

b) MOSER a. a. O. 63.

c) FRANKS System der LandwirthschaftsPolizei, III. 84. MOSER a. a. O. 48 ff.

d) SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 182. MOSER a. a. O. 50 ff.

e) *Beispiele*: kaiserl. Privilegium v. 1471 für Errichtung einer *juristischen* hohen Schule zu *Lüneburg*. GIOVANNI Germania princeps (edit. 1752), 729. Ein ähnliches, für die ehemalige *CarlsHoheSchule* zu Stuttgard, bis 1794.

f) SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 188 ff. MOSER a. a. O. 58 ff. — Von dem Pennalismus auf Universitäten. MOSER von Reichstagsgeschäften, 1472. *Ebendess.* nachbarl. Staatsr. 398. C. SCHÖTTGENS Historie des Pennalwesens. Dresd. u. Leipz. 1747. 8. GERSTLACHERS Handb. der Reichsgesetze, IX. 1184. — Von Vollziehung des Reichsgutachtens v. 14. Jun. 1793, wegen der StudentenOrden, s. HENKE'S Archiv für die neueste Kirchengeschichte, Bd. III, S. 226 ff. v. BÜLOWS Annalen, 1793, Heft I, S. 52. Heft II, S. 153.

§. 390.

Akademische Privilegien und Würden. Rechte der Graduirten.

I) Nur zu Ertheilung der akademischen Würden, und zu Ausübung gewisser accessorischen Rechte mancher Universitäten, z. B. der Comitiv, bedurfte es, in dem teutschen Reich, der kaiserlichen Auctorität [a]). Zu dem Ende verschaffte ein Landesherr, bei Errichtung einer Universität, sich ein kaiserliches akademisches Privilegium [b]). Päpstliche Bestätigung ward, wenigstens bei protestantischen Universitäten, nicht mehr erfordert [c]). Seit Auflösung der teutschen Reichsverfassung, können akademische Privilegien nur von dem inländischen Souverain ertheilt werden. II) Die akademischen Würden, der Grad eines Doctors, Licentiats, Baccalaureus, Magisters, gekrönten Poeten, konnten ehehin aus der Reichskanzlei [d]), zum Theil auch, doch mit geringerm Erfolg, von kaiserlichen Hofpfalzgrafen [e]), erlangt werden, sie wurden aber meist, und werden, seit Errichtung des Rheinbundes, ausschliessend von Universitäts Facultäten, unter landesherrlicher Auctorität, ertheilt; wobei die gehörigen Prüfungen und

Förmlichkeiten zu beobachten sind. Die Rechte und Vorzüge der Graduirten, sind in Staatsgesetzen oder Herkommen gegründet *f*); z. B. der höhere Gerichtsstand, die Fähigkeit zu Beisitzerstellen in höhern LandesJustizCollegien und UniversitätsFacultäten, zu der Advocatur und Procuratur, zu gewissen Kirchenpfründen u. d.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 589. KLÜBERS Lit. 448 f. MOSER von kaiserl. Regierungsr. 266 569. v. Gnadens. 29. v. Polizeis. 53. Rechtsmaterien VI. 306. J. G. GÔZII geographia academica. Norimb. 1789. 8. Verzeichniſs der Universitäten und gelehrten Gesellschaften, in PÜTTERS Lit. I. 55. STRUVII et JUGLERI bibl. hist. lit. selecta, III. 1906 — 2075. u. J. F. KOECHERI Suppl. ad bibl. litter. Struvio-Juglerian. Fasc. I. 292 — 312. J. D. SCHULZE'S Literaturgeschichte der sämmtlichen Schulen und Bildungsanstalten im teutschen Reiche. Weissenfels 1804. 8.

b) JARGOW v. d. Regalien, 141. 201. — I) Alter der kaiserl. Privilegiorum academicorum. II) *Streit*: ob die *Reichsvicarien* zu deren Ertheilung befugt gewesen seyen? MOSERS Staatsr. VIII. 50. LEDDERHOSE kl. Schriften, III. 154. III) Ertheilung der akademischen Würden zu *Marburg* von 1527 bis 1541, ehe noch ein kaiserl. Privilegium erlangt war. LEDDERHOSE a. a. O. III. 153. IV) Schweden erhielt ein Privilegium acad. in dem J. P. O. X. 13.

c) Daſs selbst bei *katholischen* Universitäten, *päpstliche* Bestätigung nicht mehr notwendig sey, wie das Beispiel von *Salzburg* (1622 — 1625) und von *Bonn*

(1782 — 1794) lehre, behauptet C. Gärtner pr. de jure summi pontificis in erectione academiarum. Germ. catholicarum (Salisb 1795.), § 3 — 9.

d) ReichshofkanzleiTaxordn. 1659, bei Gerstlacher VI. 773. — Auch *Oesterreich* hatte ein kais. Privil. auf Ertheil. der akad. Würden. Itter de gradib. acad. XIV. 5.

e) Bei dem R. Kammergerichte wurden die pfalzgräflichen *BullenDoctoren* nicht zugelassen. Wegen der akademischen sogenannten *JubelDoctoren* war es zweifelhaft. Balemanns Beitr., 58.

f) Vergl. von ehemaligen Reichsgesetzen, die K. G. O. 1495. I. 1. Concept. der K. G. O. I. 1. 3. J. P. O. V. 17. Balemanns Beiträge, S. 42. 49. 58. Preuſs Prozeſsordn. I. 2. 74. Schriften in Pütters Lit. III. 322. und Klübers Lit. 297. Hommel obs. 99. 618. *Ebendess.* Litteratura juris, 211 — 278. F. E. Vogt or. de nobilitate doctorum. Kilon. 1733. (Joh. Frhr. v. Horix) Die Ehre des Bürgerstandes nach den Reichsrechten. Wien 1791. 8. Curne de Sainte-Palaye's Ritterwesen des Mittelalters, mit Klübers Anmerk. I. 166. II. 184. 318 — 326. — Von den ehemaligen Rittern der Rechte, chevaliers ès lois, *ebendas.* — Von dem sogenannten *persönlichen Adel* der Graduirten, insbesondere der Doctoren der Rechte s. Hommel a. a. O. Selchow elem. jur. germ. priv. §. 245.

§. 391.

Bücherwesen.

Das BücherRegal [a]), das Recht, Kunst- und Buchhandlungen, Buchdruckereien [b]) und Bücher zu privilegiren, das Recht der Bücher- und LeseCensur [c]),

die Bestimmung der Druck- und Prefsfreiheit d), auch die Lesefreiheit (unterschieden von Denk- und Schreibfreiheit), die literärische Polizei überhaupt, die Oberaufsicht, Gesetzgebung e) und Gerichtbarkeit in Büchersachen, steht jedem souverainen Bundesfürsten zu. Unter den BücherPrivilegien f), sind jetzt die königlich-sächsischen, wegen der leipziger Messe, die wirksamsten. Der Nachdruck g), zwar schädlich und unbillig, aber ohne positive Einschänkung nicht widerrechtlich, auch die Herstellung billiger BücherPreise, verdient die Aufmerksamkeit, und, wo möglich, eine Vereinigung, wo nicht aller, doch der meisten Souveraine.

a) Pütters Lit. III. 593. Klübers Lit. 453. (Roche's) Materialien zu einer Geschichte des Buchhandels (Lpz. 1795), S. 52. 58. 90. C. G. Rössigs Recht des Buchhandels. Leipz. 1804. 8. Moser von Polizeisachen. 64. 259.

b) G. F. Deinlin diss. observationes juris miscellae, cap. 3. de regali jure erigendi typographias. (Maders reichsrittersch. Magazin, VIII. 664.) v. Roths Staatsr. d. R. Lande, II. 135. Scheidemantel a. a. O. II. 195.

c) Moser von Polizeisachen, 64. Badische BücherCensurordnung v. 19 Dec. 1803. Carlsr. 1804. 8. Kurpfälzische Verordn. die Censur-, Prefs- und Buchhandelsfreiheit betr., d. d. München 13. Jun. 1803.

d) J. E. Gruners Cremutius Codrus (Tacit. annal. IV. 34. 35.), oder über die Bücherverbote. Leipz. 1798. 8.

J. F. E. Lotz über den Begriff der Polizei, 168 ff. J. Th. Zauner über anonymische Schriften. Salzb. 1794. Klübers kl. jur. Bibl. XXVI. 245. Ein Wink über die Mifsbräuche der Prefsfreiheit. Germanien 1800. 8. C. G. Rössig über die Aufklärung, zu Bestimmung der Grundsätze über die Censur- und PrefsPolizei. Leipz. 1799. 8. Gr. v. Windischgrætz Betrachtungen über verschiedene Gegenstände (Nürnb. 1787), S. 46. 123.

e) Moser v. Gnadens. 51. — Das *älteste*, bis jetzt bekannte, BücherPrivilegium ist von 1489. — Von der königl. *BücherCommission* zu *Leipzig*, von *Annotationen* bei derselben, und von königl. *sächsischen* BücherPrivilegien, s. A. F. Schott de publica rei librariae cura, inprimis Lipsiensi. Lips. 1778. Pütter von d. BücherNachdruck, S. 185. Westphals Privatr. I. 165.

f) BuchdruckerOrdnungen enthält: Die so nötige als nützliche Buchdruckerkunst, mit J. E. Kappens Vorrede, Th. II, S. 225 — 304.

g) Pütters Lit. III. 595. Klübers Lit. §. 1358. Pütters Beitr. I. 241. J. G. Fichte's Unrechtmäsigkeit des Büchernachdrucks; in d. Berlin. Monatschr. 1793, Mai, 443. J. M. Gräffs Darstell. der Eigenthumsrechte des Schriftstellers u. Verlegers. Leipz. 1794. 8. C. S. Zachariae diss. de dominio, quod est auctori in libris a se conscriptis. Viteb. 1799. 4. Krünitz Encyclopädie, fortges. v. H. G. Flörcke Bd. 99, S. 688 — 781. Klübers kl. jur. Bibl. VIII. 401. IX. 20. — Badische Verordn. über den BücherNachdruck v. 8. Sept. 1806, in d. Bad. Regier. Blatt, 1806, Num. 20.

XVI. Capitel.

Kirchenhoheit.

§. 392.

Kirche. Kirchenhoheit. KirchenStaatsrecht.

Kirche ist eine Gesellschaft, welche zu sittlicher Vervollkommnung der Einzelnen, und zu gemeinschaftlicher äusserer Gottesverehrung, nach einem bestimmten Lehrbegriff, sich vereinigt hat. Als Gesellschaft bedarf eine Kirche, zu ihrem rechtlichen Daseyn in dem Staate, der Billigung des Staates. Sie muſs sich Bedingungen dieses Daseyns gefallen lassen, welche dem Staatszweck angemessen sind. Diese Bedingungen sind theils natürlich, theils positiv, je nachdem sie aus der Natur des beiderseitigen Verhältnisses fliessen, oder auf willkührlichen Bestimmungen beruhen. Der Inbegriff der Rechte des Staates über die Kirchen in dem Staatsgebiete, heiſst Kirchenhoheit (jus majestaticum circa sacra); der Inbegriff der zwischen beiden statt findenden vollkommenen Rechte, KirchenStaatsrecht *), natürliches,

oder positives. In rheinischen Bundesstaaten sind defshalb eigene Staatsgesetze theils erschienen [b]), theils zu erwarten. Während der teutschen Reichsverfassung wurden, in Absicht auf die StaatsReligionsverfassung, verschiedene Staatsverträge errichtet, wobei zum Theil jetzige rheinische BundesSouveraine MitPaciscenten waren [c]). Auch werden neue Concordaten [d]) mit dem Papst, allgemeine oder particuläre, erwartet, welche für das Verhältnifs zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, Bestimmungen geben sollen, wie sie dem Geist der Zeit, und dem wesentlichen Verhältnifs beider Theile gemäfs erachtet werden.

a) Schriften von dem KirchenStaatsrecht: I) von dem *allgemeinen*: KLÜBERS Lit. §. 1442 [b]. Moses MENDELSOHNS Jerusalem oder über religiöse Macht und Judenthum. Berlin 1783. 8. J. F. ZÖLLNER über M. Mendelsohns Jerusalem. Berlin 1784. 8. Th. SCHMALZ natürl. Kirchenr. Königsb. 1795. 8. Versuch eines natürl. Kirchenr. Berlin 1795. 8. — II) von dem *katholischen*: PÜTTERS Lit. III. §. 1442. KLÜBERS Lit. S. 507 ff. C. GÆRTNERI corpus juris ecclesiastici Catholicorum. T. I. et II. Salisb. 1797. 1799. 8. (G. C. NELLERI) periculum juris publ. eccles. Catholicor. 1745. 8. Frf. et Lips. 1746. u. 1768. 4. Justinus FEBRONIUS (Jo. Nic. ab HONTHEIM) de statu ecclesiae et legitima potestate Romani pontificis. Bullioni (Francof. ad M.) 1763. edit. 2. ibid. 1765. 4. edit. 3. auct. (mit den Vertheidigungsschriften), T. I — IV. Lips. 1770 — 1774. 4. (Uebersetzt in das Teutsche, Fran-

zösische u Italiänische. Auch ein Auszug von dem Verf. selbst verfasst: Justinus Febronius abbreviatus et emendatus. Colon. et Frf. 1777. 4. Von den Schicksalen dieses Buches, und des am 2. Sept. 1790 verstorbenen Verf., s. WEIDLICHS biogr. Nachr. I. 363. PÜTTERS histor. Entwick. III. 179. SCHLEGELS Kirchengesch. des 18. Jahrh. II. 1040 — 1070. v. EINEMS Kirchengesch. des 18. Jahrh., S. 631. Phil. WOLFS Gesch. der röm. kathol. Kirche unter Pius VI., Bd. III. (1795. 8.), S. 169 — 289.) P. J. a RIEGGER instit. jurispr. eccl. T. I. — IV. edit. 4. Vienn. 178 . 8. J. V. EYBELS kath. Kirchenr. Th. I. et II. Ingolst. 1790. 1792. 8. A. J. SCHNAUBERTS Kirchenr. der Katholiken, Jena 1794. 8. Das System der kirchlichen Hierarchie, nach den Bedürfnissen des Zeitalters bearbeitet. 1807. 8. — III) von dem *evangelischen*: PÜTTERS Lit. III. §. 1489. KLÜBERS Lit. S. 579. J. C. WIESENHAVERN Kirchenstaatsr. der Protestirenden. Frf. 1749, u. mit umgedr. Titel, 1764. 8. A. J. SCHNAUBERTS Kirchenr. der Protestanten. Jena 1792. 8. — IV) Für das *katholische* u. *evangelische*: J. J. MOSERS Religionsverfassung. 1774. 4. *Ebenders.* von der Landeshoheit im Geistlichen. 1773. 4. J. C. MAJERS teutsches geistl. Staatsr. Lemgo 1773. 8. G. L. BOEHMER princ. jur. can. Goett. 1767. edit. 7. 1802. 8. G. WIESE's Handb. des Kirchenr. Th. I.—III. Leipz. 1800 — 1804. 8. Joh. Rud. SCHLEGELS Kirchengesch. des 18. Jahrh. Th. I. — III. Heilbr. 1784 — 1796. 8. H. P. K. HENKE's allgem. Geschichte der christl. Kirche des 18. Jahrh. Th. I. u. II. Braunschw. 1800 u 1804. 8.

b) MAJERS geistl. Staatsr. II. 92 ff. Königl. *wirtemberg.* Declaration, die freie Religionsübung der verschiedenen ReligionsParteien betr. v. 15. Oct. 1806; in dem Rhein Bund, III. 372. ConstitutionsEdict, die kirchliche Staatsverfassung in dem Groſsherzogthum *Baden* betr. v. 14. Mai 1807. Carlsruhe 1807. 8. u. in dem Rhein. Bund, VIII. 257.

c) Klübers Einl. zu e. neuen Lehrbegriff des teutschen Staatsr., §. 31.

d) Die bisherigen Concordaten, bei Gærtner l. c. I. 89. II. 353. u. in Schmauss corp. jur. publ. edit. 1794. p. 1666. Schriften, in Pütters Lit. II. 403. 486. III. 677. Klübers Lit. §. 698. 787. 1449. Biener de ortu et progressu legum germ. P. II. vol. 1. p. 168. sqq. Malblanks Anleit. zur Kanzlei- u. Gerichtsverfassung, IV. 122. (Fölsch) Erläuter. des t. Staatsr. (Wien 1793), S. 183 — 211.

§. 393.

Die Kirche ist dem Staat untergeordnet.

Aus dem natürlichen Verhältniſs zwischen Staat und Kirche, fliest der Hauptsatz: eine Kirche ist nicht Staat im Staat. Untergeordnet ist sie der Staatsgewalt[a]. Mit Recht fordert man von ihr, daſs sie nur unter Auctorität des Staates in dem Staatsgebiet existire, daſs sie dem Staat nicht bloſs unschädlich[b], sondern als sittlich-religiöse Gesellschaft, nützlich sey. Das göttliche Siegel eines Glaubens ist, wenn er wohlthätig wirkt, wie die Gottheit.

a) Als *StaatsAnstalt* wird sie dargestellt, von J. J. Burlamaqui, in s. Principes ou élémens du droit politique, P. III. ch. 3. p. 219. Die Einheit des Staates und der Kirche. Leipz. 1797. 8. H. Stephani über die absolute Einheit der Kirche und des Staates. Wirzb. 1802. 8. J. C. Greilings Hieropolis, ein Versuch über das wechselseitige Verhältniſs des Staates und der Kirche. Magdeb. 1802. 8. Lotz über den Begriff der Polizei, 410 ff. Vergl. auch; Gutachtlicher Entwurf

einer gesezlichen Bestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, von J. B. T. Nurnb. 1807. 8. H. GROTIUS de imperio principum circa sacra. Paris 1647. 8. Les devoirs respectifs de l'état et de l'eglise appellés à leurs principes. 1767. 8. SCHEIDEMANTELS Staatsr. nach d. Vernunft, II. 21.

b) Aber- und Unglaube. MOSER v. d. Landeshoh. in Polizeisachen, 47.

§. 394.

Grenze und Bestandtheile der Kirchenhoheit.

Die Kirchenhoheit wird begrenzt, natürlich, durch das Reich des Gewissens [a]) und die Socialgewalt der Kirche, positiv, durch Uebereinkunft. In ihr ist begriffen [b]): das Reformationsrecht (jus reformandi) oder Majestätsrecht der bürgerlichen Religionsduldung, das Recht der Aufnahme oder Gestattung religiöser Gesellschaften [c]); das Schutz- oder Schirmrecht (jus protectionis s. advocatiae secularis) über die aufgenommenen ReligionsGesellschaften, in Hinsicht auf moralische Persönlichkeit und Eigenthum derselben; die Oberaufsicht (jus supremae inspectionis), ein negatives Recht, damit diese ethischen Vereine, durch Lehre und Cultus, dem Staatszweck nicht hinderlich werden.

a) Allg. preufs. Landr. Th. II, Tit. 11, §. 1 — 4. F. C. v. MOSERS Rechte der Menschheit in Religionssachen. 1782. 8. ROUSSEAU contrat social, liv. IV. ch. 8.

b) G. L. Boehmer princ. jur. canon. §. 20. sqq. Moser von der Landeshoheit im Geistlichen. (1773), 57. 249. P. A Franks Grundbetrachtungen über Staat u. Kirche (Mainz 1784.) §. 13 ff. Majers geistl. Staatsr. I. §. 12 f. II. §. 42. Scheidemantel a a O. II. 23 ff. 47 — 60.

c) Wedekind, die Aufnahme neuer Kirchen im Staate. Gött. 1803. 8.

§. 395.

Kirchengewalt. Ihr Verhältniſs zu dem Staat.

Ursprünglich steht die Social- oder Kirchengewalt (potestas ecclesiastica) nur der Kirchengesellschaft [a]) zu, ohne Unterschied ihres religiösen Lehrbegriffs [b]). Das Recht zu dieser Gewalt, das Kirchenregiment (regimen societatis ecclesiasticae), kann von der Gesellschaft selbst, ihrem Zweck gemäſs, bestimmt werden, in Absicht auf Anordnung, Vollziehung und Aufsicht, doch so, daſs die Festsetzung oder Anordnung des kirchlichen Lehrbegriffs (§. 397), als seiner Natur nach von fremdem Willen schlechthin unabhängig, unter das Kirchenregiment nicht gezogen werden kann.

a) Scheidemantel a. a. O. II. 30 ff. — Von den verschiedenen Kirchengesellschaften oder *GlaubensParteien*, s. K. T. G. Schönemanns Grundriſs einer Statistik des teutschen Religions- und Kirchenwesens. Gött. 1797. 8. H. Stäudlins kirchliche Geographie und Statistik, oder Darstellung des gegenwärt. Zustandes der christl. Religion. Tüb. I. u. II. Bd. 1804. gr. 8.

G. J. PLANKS Gesch. der christl. kirchl. Gesellschafts-verfassung. Bd. I — IV. Hannover 1803. u. 1806. 8. L. MEINERS allg. kritische Geschichte der Religionen. I. u. II. Bd. Hannover 1806 u. 1807. 2.

b) Die *christlichen* GlaubensParteien sind in Teutschland zweifach: 1) *römisch-katholiche*, 2) *evangelische*. Die Evangelischen unterscheiden sich in *augsburgische ConfessionsVerwandte* (A. C. addictos) und *Reformirte*. — In den Reichsgesetzen und in dem KanzleiStyl, wurden unter den *A. C. Verwandten*, in dem weitern Sinn, auch die *Reformirten* mitbegriffen. KLÜBERS Einl. zu e. neuen Lehrbegriff des t. Staatsr. §. 106, Note *f*. — Von *Mennoniten*, F. D. HÆBERLINS n. t. Reichsgeschte, VIII. 649. MOSERS Religionsverfass. 25. *Ebendess*. Abh. aus d. Kirchenr. 89 ff. v. BALEMANNS Visitationsschlüsse. 86. 468. HOSCHERS Rechtsf am K. G. I. 134 ff. J. R. SCHLEGELS Kirchengech. des 18. Jahrh. II. 996 ff. — Von nichtunirten *Griechen*, *Herrnhutern*, *Mahometanern*, MOSERS angef. Abh. 111. 114. 126. HOMMEL rhaps. obs. c. 11. voc. Zinzendorfianus. Ueber die evangelische Brüdergemeinde. 1798. 8. — Von *Pietisten*, MOSER 111. 136. 195. SCHLEGEL a. a. O. II. 350 — 418. MOSHEIMS Kirchengesch. IV. 353 — 371. — Von *Schwenckfeldern*, SCHLEGEL, II, 1065. — Von *Philiponen* (oder *Filiponen*), HASSELS statist. Umrifs, Th. I. (1805) preufs. Monarchie, S. 31.

§. 396.

Fortsetzung.

In der römisch-katholischen a) Kirche gilt, in dieser Hinsicht, das Princip der Einheit, nach welchem die Verfassung der Kirche monarchisch (auf ein physisches Oberhaupt organisirt) ist, und alle religiösen Gemeinhei-

ten zusammen eine (allgemeine) Kirche bilden. Nicht so in der evangelischen b) oder protestantischen c) Kirche, sowohl nach der augsburgischen Confession d), als auch nach dem Glaubensbekenntnifs der Reformirten e); wiewohl auch hier mehrere einfache Kirchengesellschaften, z. B. alle in demselben Staat, eine zusammengesetzte Kirche bilden können. Dasselbe gilt von der jüdischen Kirche f).

a) Die römisch-katholische Religion hiefs, in Reichsgesetzen des XVI. Jahrhunderts, auch die *alte*. — *Papal-* u. *Episcopal*System. — Geistliches *Instanzenrecht.*

b) Von der Benennung: *Evangelische*, s. Instr. Pac. Osnabr. X. 16. ESTOR Opusc. P. II. praef. §. 15. v. SCHAUROTHS Samml. der Conclusor. Corp. Evang. I. 785. E. L. POSSELT Systema jurium C. E. p. 30. sq.

c) Den Evangelischen wird auch der Name *Protestanten* beigelegt. Instr. Pac. Osnabr. VII. 1. — Woher? HEINRICHS Reichsgesch. V. 251 ff. 260. 466 ff. ROSENMÜLLER warum nennen wir uns Protestanten? 1791. 8. Herzogl. magdeburgische Mifsbilligung dieser Benennung, bei SCHAUROTH a. a. O. I. 402.

d) Essai sur l'esprit et l'influence de la réformation de Luther; par Charles VILLERS. à Paris 1804. 8. Auch in zwei teutschen Uebersetzungen. — Von der Geschichte und dem Original der augsburgischen Confession. HEINRICHS t. Reichsgesch. V. 281 ff. P. W. GERCKENS Reisen, III. 60. PÜTTERS Lit. 62. KLÜBERS Lit. §. 863. — Die Benennung *A. C. Verwandte* kommt, in Reichsgesetzen, zuerst vor, in dem R. A. 1543, §. 34 — 36. ESTOR delin. jur. publ. eccles.

Protestant. c. 6. §. 2. — Die *Brüder Gemeinden* oder *Herrnhuter*, sind, in dem Königreich Sachsen, als der A. C. gemäſs anerkannt. v. RÖMER kursächs Staatsr. II. 507. HOMMEL rhaps. obs. 211. voc. ZINZENDORFIANUS. Anders, 1750, in dem YsenburgBüdingischen. MOSERS Abhandl. aus d. Kirchenstaatsr. 143.

e) Anfangs sprachen die Reichsgesetze nur von „*Beiden*" Religionen, der *alten* und der *A. C.* R. A. 1555, §. 17. 1566, §. 5. Es wurden aber hierunter die Reformirten noch nicht mitverstanden. MOSER a. a. O. 61. *Ebendess.* Nebenst. IV. 477. — Vor dem Westph. Fr. wurden die Reformirten öffentlich nicht erkannt. ESTOR l. c. c. 6. §. 3. PFANNER hist. P. W. c. 5. §. 38. sqq. MOSER Abh. aus d. Kirchenr. 147. SCHAUROTH a. a. O. II. 407. — Von der confessione *Tetrapolitana*, s. HEINRICHS t. Reichsgesch. V. 292.

f) Die Toleranz der *Juden* gründete sich in Teutschland auf ein uraltes Reichsherkommen, und auf Reichsgesetze von 1548 u. 1577. GERSTLACHERS Handb. der Reichsgesetze, X. 1889. MOSER a. a. O. 72. 114. *Ebenders.* von der Landeshoh. im Weltlichen, VIII. 2. HOSCHERS Rechtsf. am R. K. G. I. 133. (v. RIEFFELS) Reichshofrath, II. 120. Vergl. oben §. 353. — J. C. G. BODENSCHATZ kirchl. Verfassung der heutigen Juden, sonderlich in Teutschland. Th. I—IV. Erl. 1784. 4. (MOSES MENDELSONS) Ritualgesetze der Juden. Vierte Aufl. Berl. 1799. gr. 8.

§. 397.

Schluſs.

Nach der Lehre und Verfassung der katholischen Kirche, kann ein weltlicher Regent zu dem Kirchenregiment nicht befugt seyn. Evangelische Regenten befin-

den sich, über evangelische Unterthanen, gewöhnlich in dem Besitze desselben. Der Grund hievon [a]) wird gesucht, bald in einem Episcopal- oder DevolutionsSystem [b]), bald in dem TerritorialSystem [c]), bald in dem Collegial- [d]), wenigstens CollegialEpiscopal- oder vermischten [e]) System. Auch den Standesherren und Grundherren stehen bestimmte Gerechtsame in Kirchensachen zu (§. 215. 230). Wie auch die Organisation einer Kirche und ihrer SocialGewalt, oder der Inhalt ihres Lehrbegriffs seyn mag, so dürfen solche doch die natürlichen Bedingungen ihres Daseyns in dem Staate nicht ändern; auch nicht die etwa vorhandene Uebereinkunft (Concordat) über das wechselseitige Verhältniſs zwischen Staat und Kirche.

a) Schriften in PÜTTERS Lit. III. 706. KLÜBERS Lit. §. 1493. PÜTTERS Erörterungen, Bd. II.

b) v. MOSHEIMS Kirchenr. der Protestanten, 572. 579. Herm. BECKERS Gedanken u. Erläuter. über das Kirchenr. 514. 534. Dan. NETTELBLADT obss. jur. eccles. obs. VI. p. 105. *Ebenders.* v. d. wahren Gründen des protestant. Kirchenr. (1783), Num. 3. HANCKER diss. de jure circa sacra, p. 44. 61. 90. Groſsherzogl. hessische Declaration, die staatsrechtl. Verhältnisse der Standesherren betr. v. 1. Aug. 1807, §. 40. Auch der Groſsherzog von Wirzburg legt sich über seine

evangelischen Unterthanen die höchste Episcopal- und Kirchengewalt bei. Rhein. Bund, X. 30 u. 32.

c) Chr. THOMASII vindiciae juris majestatis circa sacra. Hal. 1699. J. H. BOEHMER consult. et decis. T. I. resp. 15. p. 158. MOSERS Abh. aus dem t. Kirchenr. (1772. 8.), S. 1 ff. *Ebendess.* Lebensbeschreib., IV. 197. (FOLSCH) Erläuter. des t. Staatsr. (Wien 1793), S. 511. 515.

d) C. M. PFAFFII origines juris eccles. Tub. 1719. 4. J. U. CRAMER de jure circa sacra collegiali et majestatico. Marb. 1736. G. L. BOEHMER princ. jur. canon. §. 162. sqq. SCHNAUBERTS Kirchenr. der Protest. §. 48. PÜTTERS Erörter. Bd. II, Heft 1. Vergl. Uebersicht der geistl. Staatsgeschichte (1789. 8.), S. 144. 149.

e) Dan. NETTELBLADT diss. de imperii sacri statuum protestantium vera natura et indole. Hal. 1751.

§. 398.

Gewissensfreiheit. Religiöse Dogmen und Maximen. Lehrbegriff der Kirche.

Da die Staatsgewalt begrenzt wird, durch das Reich des Gewissens (§. 394), so ist der Staat verpflichtet, die Gewissensfreiheit, die Selbstständigkeit der moralischen Urteilskraft anzuerkennen. Er muſs wollen, daſs Liberalität in dem Forschen und Mittheilen der ReligionsIdeen, das Glück der Staatsgenossen erhöhe. Diesem gemäſs, bleiben alle religiösen Dogmen und Maximen, der freien Ueberzeugung der Individuen [a]), die Bestimmung des kirchlichen Lehrbe-

griffs oder Symbols [b]) der Kirche überlassen [c]). Bei jenen und diesem, ist Abänderung, Mehrung und Minderung zulässig; und die Befugniſs hiezu, kann von Niemand, auch durch Vertrag der Interessenten nicht, aufgehoben werden. Bloſs negativ wird die Autonomie der Kirche, in Bestimmung ihres Lehrbegriffs, beschränkt [d]), durch ihre Unterordnung gegen den Staat. Dieser ist befugt und verpflichtet, zu verhüten, daſs die Kirche durch Lehre und Handeln dem Staatszweck hinderlich falle [e]).

a) Eine Folge hievon, ist die Freiheit der Individuen, ihre Religion zu ändern. MOSERS Religionsverfassung, 34 ff. SCHNAUBERTS Kirchenr. der Protestanten, §. 75. Von dem *Proselytismus*. PÜTTERS hist. Entwick. II. 336.

b) Der *Form* nach, kann in einer Kirche das Symbol unterschieden seyn, in *Glaubensbekenntniſs* oder Confession, ein Inbegriff der religiösen Sätze, welche die Mitglieder der Kirche für wahr erklären, und *Lehrbegriff* in dem engern Sinn, eine Vorschrift, gegeben von der Kirche ihren Lehrern für den religiösen Lehrvortrag. — Von dem *ReligionsEid* der Kirchenlehrer. KLÜBERS Lit. §. 1499 b.

c) „Zwar gehen ReligionsIdeen nur den Menschen, nicht den Bürger, an, und der Staat, der keine *Fähigkeit* hat, zu beurteilen, welche ReligionsIdeen wahr oder falsch seyen, hat noch weniger *Recht* und *Macht*, bestimmte Arten derselben dem Bürger aufzuzwingen. Aber schützen muſs er jedem seine Religion, wie seine Person und Habe; auch besorgen muſs er, daſs keine Art von Re-

die höheren Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft störe." A. L. SCHLÖZERS Staatsgelartheit, I. 21. F. C. v. MOSER an dem §. 394. a. O.

d) G. L. BOEHMER princ. jur. canon. §. 269. KANTS Rechtslehre, 188 f. SCHMALZ natürliches Kirchenr. §. 51. G. HUFELAND über das Recht protestantischer Fürsten, unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen. Jena 1788. 8. W. A. TELLERS Valentinian I. oder geheime Unterredung eines Monarchen mit seinem Thronfolger, über die Religionsfreiheit der Unterthanen. Zweite verm. Aufl. Berlin 1791. 8. Schriften über das preuſs. ReligionsEdict v. 9. Jul. 1788, in KLÜBERS Lit. 583.

e) Importance des opinions religieuses, pr. Mr. NECKER. à Paris 1787. teutsch, von STEEHLIN, 1788.

§. 399.

Landesherrliches Placet.

Demnach sind alle kirchlichen Anordnungen und Lehrsätze, der Prüfung und Genehmigung des Staates, in politischer Hinsicht, unterworfen, und keiner darf vor ihm geheim gehalten werden. Insbesondere bedarf jedes Kirchengesetz, jede neue Bestimmung der Kirchenverfassung, jede Vermehrung, Veränderung, nähere Bestimmung oder Verminderung kirchlicher Glaubenslehren, bevor solche zur Vollziehung kommt, der Zustimmung des Staatsoberherrn a) (placiti territorialis s. exequatur); sie geschehe durch Social-, oder Synodal-, Presbyterial-, Synedrial-

u. d. Schlüsse, oder durch Rescripte, Bullen, Breven, Befehle oder Consilia an die Kirchenlehrer, Beichtväter oder Kirchenvorsteher, Erklärungen, Bescheide, Verordnungen kirchlicher Obern oder Congregationen u. d. Nach blosser Willkühr kann diese Bestimmung nicht versagt werden, obwohl der Regent nicht verbunden ist, Gründe seiner Miſsbilligung anzugeben. Einmal ertheilt, kann jene Zustimmung nur bei dringender Forderung des Staatszweckes zurückgenommen werden.

a) Krejan über das Placetum regium et ecclesiasticum. Wien 1798. 8.

§. 400.

Landesherrlicher Schutz, und Mitvorsitz bei KirchenVersammlungen. Geistliche Gerichtbarkeit.

Verbunden ist der Staat, die Kirche zu schützen, bei dem von ihm genehmigten Lehrbegriff, bei der öffentlichen und Privat-Gottesverehrung, und bei ihrer Verfassung. Er ist befugt, staatsgefährliche Spaltungen und Streitigkeiten in der Kirche zu verhüten und zu entfernen, doch ohne der Gewissensfreiheit der Einzelnen zu nah zu treten [a]). KirchenVersammlungen dürfen ohne sein Vorwissen, und ohne Mitvorsitz seiner Abgeordneten, in dem Staatsgebiete

nicht gehalten werden. Ein Recht der Kirche auf Gerichtbarkeit in geistlichen Sachen, findet ohne Bewilligung des Staates nicht statt (§. 274).

a) MOSER von d. Landeshoh. in Polizeisachen, 40 ff. J. R. SCHLEGELS Kirchengesch. des 18. Jahrh. II. 289. 396. 477. 579. 588.

§. 401.

Staatsbefugniſs in Ansehung des äussern Cultus.

Ort, Zeit und Form der öffentlichen Gottesverehrung (Liturgie, Ritual, Ceremoniel), auch Disciplinarsachen, sind zunächst der Bestimmung der Kirche überlassen; doch vorbehalten dem Staat, theils die Befugniſs, Abstufungen festzusetzen, in Absicht auf Reception und Toleranz [a]), und auf die Art der äussern Religionsübung [b]), theils dieselben Rechte, welche ihm in Absicht auf den kirchlichen Lehrbegriff zustehen [c]) (§. 397 f.). Abänderung, oder Aufhebung schon bestehender, und Einführung neuer kirchlicher Einrichtungen, den äussern Cultus betreffend, ist der Regent zu fordern befugt, so oft er durch den Staatszweck sich dazu verpflichtet erachtet. Besonders gilt dieses von der Zeit und Zahl der Feiertage, von öffentlichen, der Gottesverehrung gewidmeten

Oertern, Gebäuden und Symbolen, von Kirchhöfen und Begräbnifsörtern, von Processionen und Wallfahrten, von geistlichen Orden, Verbindungen und Brüderschaften, auch von dem Asylrechte geistlicher Oerter, welches ohne genehmigende Bewilligung der weltlichen Macht nicht fortbestehen, und ohne ihre Verleihung oder Zustimmung nicht erlangt werden kann.

a) MAJERS geistl. Staatsr. II. §. 13 ff. u. 59 ff. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 32 ff. PÜTTERS Lit. III. 80. 714. KLÜBERS Lit. §. 873. 1501.

b) PÜTTERS Lit. III. 712. KLÜBERS Lit. §. 1498. MAJER a. a. O. II. §. 19 ff. PÜTTER instit. jur. publ. §. 427. SCHNAUBERTS Kirchenr. d. Protest. §. 15 f. JARGOW v. d. Regalien, 147. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 38 ff.

c) J. P. FRANKS System der landwirthschaftl. Polizei, III. 169. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 51.

§. 402.

Kirchliches Aemterrecht. Landesherrliches Patronatrecht.

Das kirchliche Lehr-, Seelsorger- und Priester Amt, der ReligionsUnterricht (Predigamt), die Seelsorge, die Besorgung der kirchlichen Gottesverehrung, und die Verrichtung der religiösen Gebräuche, auch die Bestellung und Direction der Kirchenbeamten für weltliche Geschäfte der Kirchengesellschaft, ist abhängig von der Kirchen-

Gesellschaft. Dem Staat sind die bei der Kirche angestellten Personen, nur in bürgerlicher Hinsicht unterworfen (§. 399). Der Staat, als solcher, und sofern ihm die SocialGewalt der Kirche von dieser nicht übertragen ist, hat über jene Personen, in ihrem kirchenamtlichen Verhältniſs, keine andern Rechte, als über die Kirche selbst [a]) (§. 394). Das Patronatrecht, ein von der Kirchengewalt verliehenes Recht, gebührt also dem Regenten, als solchem, allgemein und nach Art eines Regals, bei den Kirchen seines Landes nicht [b]). Es kann ihm aber durch besondere Rechtstitel, ganz oder zum Theil zustehen [c]).

a) Rössigs Politik, S. 204 f. — Vergl. das angef. badische ConstitutionsEdict, §. 13, 22 u. 23.

b) Ueber das landesherrliche Patronatrecht; eine neue Erfindung (1804. 8.), §. 16, S. 55. J. P. Gregel über das landesherrliche Patronatrecht, nach den veränderten Verhältnissen der bischöflichen Gerechtsame betrachtet. Wirzb. u. Bamb. 1805. 8. (Königl. baier. Verordn. v. 6. Febr. 1808. Napoleons Decret für das Königreich Italien, Mailand v. 22. Dec. 1807. — In den *EntschädigungsLändern* von 1802 u. 1803, fiel das vormalige freie bischöfliche Collationsrecht, dann das Patronatrecht der aufgelöseten Stifte, Abteien und Klöster, an die neuen Besitzer des Landes oder der Stiftung. ReichsDeputationsHauptschl. v. 25. Febr.

1803, §. 36. REIBELS DiözesanVerhältnifs katholischer Bischöfe (Ulm 1806. 8.), S. 109. GREGEL a. a. O.

e) Von Ernennung eigener *Landesbischöfe.* KLÜBERS Lit. 543. Französisches Concordat v. 10. Sept. 1801. Napoleons angef. Decret v. 22. Dec. 1807.

§. 403.

Gleichheit der Rechte der GlaubensParteien und ihrer Mitglieder.

I) Die Religion der Staatsgenossen, sollte weder auf ihre bürgerlichen Rechte, noch, durch politische Trennung, auf die Staatsverfassung Einflufs haben. II) Nie sollte eine, in dem Staat recipirte Religion, noch weniger eine Glaubenspartei, als herrschend betrachtet werden. Allen aufgenommenen Religionsgesellschaften gebühren, als solchen, im Zweifel gleiche Rechte [a]). III) Die Frage: wem die Beurteilung zustehe, welcher Religion Jemand zugethan sey? ist mit Unterschied zu beantworten [b]). IV) Anzügliche und SchmähAusdrücke, Spott- und SectenNamen, z. B. Ketzer, Papisten, Lutheraner, Calvinisten, sind rechtswidrig [c]). V) Die Prefsfreiheit in Religionssachen, besonders in Absicht auf die symbolischen Bücher [d]), hängt zunächst ab von der Bestimmung des Regenten [e]). Es ist aber hierin

keine Religionspartei vor der andern zu begünstigen.

a) In allen Accessions- und ReceptionsVerträgen der neuaufgenommenen Bundesfürsten (§. 33, Note b, u. 78) seit dem Friedensschluſs zwischen Frankreich und dem König von *Sachsen*, datirt Posen 11. Dec. 1806, ist dieses, zum Vortheil der *Katholiken*, ausdrücklich zur Bedingung gemacht. Am merkwürdigsten ist die Stelle in dem Art. 5. des gedachten Friedensschlusses: „Da die Gesetze und Acten, welche das in Teutschland bestehende wechselseitige Recht des Gottesdienstes bestimmen, durch die Auflösung des ehemaligen teutschen Reichskörpers abgeschafft, und übrigens nicht mit den Grundsätzen verträglich sind, auf welche die Conföderation gegründet worden; so soll die Ausübung des *katholischen* Gottesdienstes im ganzen Königreiche Sachsen, der Ausübung des lutherischen Gottesdienstes ganz gleich gestellt werden, und die Unterthanen beider Religionen ohne Einschränkung die nämlichen bürgerlichen und politischen Rechte geniessen. Se. Majestät der Kaiser machen dieses zu einer ganz besondern Bedingung.“ Rhein. Bund, III. 468. — Im Wesentlichen steht dasselbe in allen spätern ReceptionsVerträgen, z. B. der Herzoge von *Sachsen*, der Fürsten von *Anhalt*, *Schwarzburg*, *Waldeck*, *Reuſs*, *Lippe*, nur mit dem merkwürdigen Zusatz: „sans cependant déroger à la possession et jouissance actuelle des *biens* de l'eglise.“ Rhein. Bund, IV. 43. V. 303. VII. 137. 159. X. 97. XIII. 137. 159. (In dem *wirzburgischen* ReceptionsVertrag v. 25. Sept. 1806 kommt diese ReligionsBedingung noch nicht vor. Rhein. Bund, V. 291.) Die Constitution du royaume de Westphalie, art. 10, versichert „le libre exercice des cultes.“ Rhein. Bund, XII. 482. Auch in der königl. Proclamation an die *Westphälinger*, Cassel v.

15. Dec. 1807, heifst es: „l'égalité des cultes sera maintenue." — In den Markgrafthümern *Ober*- und *NiederLausitz* ward die katholische und die evangelische der A. C. gemäse Religion, für *gleichherrschend* erklärt, durch den Majestätsbrief v. 11. Jul. 1609. v. RÖMERS kursächs. Staatsr. II. 501 ff. — Es ist zu wünschen, dafs gleichwie in *protestantischen* Ländern für die *katholische* Religion gesorgt worden, so nach dem vorleuchtenden Beispiel des Protectors, den *protestantischen* Confessionen gleiches in *katholischen* Ländern gesichert werde." Worte Joh. MÜLLERS in d. Jen. Allg. Lit. Zeit. 1807. n. 238.

b) J. G. GONNE diss. de probatione religionis. Erl. 1751. Erlang. gel. Anz. 1752, S. 52. C. G. GEISLER pr. de judicio super religione aliorum ferendo. Marb. 1779. MOSERS Abhandl. aus dem Kirchenr. 126 ff. 141 ff. PÜTTERS Lit. III. 80. KLÜBERS Lit. 131.

c) Vergl. WIESENHAVERN Kirchenstaatsr. 157 ff. PÜTTERS hist. Entwick. II. 386.

d) Was unter *symbolischen* Büchern zu verstehen sey, und ob die Evangelischen ihre symbolischen Bücher ändern und verbessern können? WIESENHAVERN Kirchenstaatsr. 152. MOSERS Abh. aus dem Kirchenr. 203. CROME'S Anmerk. zu der Wahlcap. Leopolds II. S. 24. KLÜBERS Lit. 583. — Von der augsburg. Confession, oben §. 397, Note e.

e) Vergl. KLÜBERS Einl. zu einem neuen Lehrbegriff des t. Staatsr. §. 109, Note h. WIESE'S Handb. des Kirchenr. Th. III, §. 472. KLÜBERS Lit. §. 873 c. — Bei religiösen Schriften der Kirchenlehrer, kann auch Erlaubnifs ihrer geistlichen Obern nötig seyn.

§. 404.

Fortsetzung.

VI) Die persönliche **Religionsänderung des Regenten** a), oder die von

der Religion der vorigen Regenten verschiedene Religion des Nachfolgers in der Regierung, darf den Regierungs- und Successionsbefugnissen keinen Eintrag thun [c]). VII) Insonderheit kann der, von dem ersten Erwerber abstammende, oder sonst mit einem wohlerworbenen Successionsrecht versehene Regierungs-, Stamm- oder Lehnsfolger, durch Hausverträge, oder andere Dispositionen, zu einer bestimmten Religion nicht verbunden, noch der Religion wegen, von der Succession ausgeschlossen werden [c]). VIII) Die blosse Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses, begründet, in der Regel, keinen Unterschied der Staatsgenossen, in Absicht auf bürgerliche Ehre, Schutz und Vortheile, bei der Rechtspflege, auch in geistlichen und Religionssachen, bei der Handlung, bei Zünften, Erbschaften, Almosen, Begräbniſs u. d. IX) Im Zweifel gebührt allen, in dem Staate aufgenommenen GlaubensParteien öffentliche Religionsübung. X) In neuern Zeiten haben in Teutschland die verschiedenen christlichen ReligionsParteien, über einen gleichen FestKalender sich verglichen [d]).

a) ProselytenListe, in Pütters hist. Entwick. II. 336.

b) Doch liessen, in solchen Fällen, sich zuweilen die

Agnaten, oder die Landstände, auch wohl das C. Cath. oder das C. Evang., die LandesReligionsgsverfassung von dem Landesherrn ausdrücklich versichern, durch Verträge, AssecurationsActen oder Reversalen. Beispiele liefern: v. RÖMER a. a. O. II. 497 ff. v. SCHAUROTHS Samml. der Conclusor. C. E. III. 832. HERRICHS Fortsetz. 69. 178. 393. 492. FABERS europ. Staatsk. LXIV. 180. 208. neue Staatsk. XXXI. 355. Eine Samml. von Urkunden dieser Art, hat den Titel: Auszüge. Zweite Beilage zu den Protokollen der ausserordentlichen Reichsdeputation. Regensb. 1802. 4. PÜTTERS Lit. III. 733. KLÜBERS Lit. 605. Ob diese auch ohne ein ausdrückliches Versprechen, stillschweigend existiren? MEISTER von d. Religionsbeschaffenheit der ReichstagsStimmen, 39 u. 49. PÜTTERS Lit. III. 78. KLÜBERS Lit. 131. Wider die Verbindlichkeit der ReligionsversicherungsVerträge katholischwerdender Landesherren, s. (FÖLSCH) Erläuter. des t. Staatsr. 526. KLÜBERS kl. jur. Bibl. St. XXIV. 450.

e) MOSERS FamilienStaatsr. I. 50. GÖNNERS jurist. Abh. I. 1 ff. Anwendung auf den pfälzischen Hausvertrag von 1771, und auf zwei markgräfl. badische Testamente von 1615 u. 1649, in Vergleichung mit dem *Relig.Fr.* §. 15. u. J. P. O. V. 1. u. 35. MOSERS Anm. zu dem Teschner Frieden, 122. *Ebendess.* markgräfl. badisches Staatsr. 18.

f) SCHLEGELS Kirchengesch. des 18. Jahrh. II. 221 ff. GERSTLACHERS Handb. der t. Reichsgesetze, IX. 1462. HERRICHS Fortsetzung der Schaurothischen Samml. Conclusor. Corp. Evang. 36 ff. Repertorium des Staats- und Lehnr. III. voc. Osterfest. KLÜBERS Lit. 603. — Vergl. auch SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 51.

§. 405.

Ausnahmen von der ReligionsGleichheit.

Ausnahmen von der ReligionsGleichheit der Staatsgenossen können, aus besondern Gründen, statt finden. I) Dieſs ist der Fall, wenn eine GlaubensPartei mit Einschränkungen in dem Staat recipirt, oder tolerirt ist, z. B. nur für PrivatReligionsübung, oder Hausandacht; II) oder wenn particuläre oder locale Rechte, in Absicht auf den Genuſs bürgerlicher Rechte, Ausnahmen oder Einschränkungen enthalten, z. B. in Ansehung der Fähigkeit zu dem vollen Bürgerrechte, zu Staats-, Stadt-, oder Dorfämtern, zu dem Erwerb liegender Gründe, zu dem Genuſs milder Stiftungen u. d. III) Das Kirchengut (Schul- und Kirchenfond) gebührt ausschliessend demjenigen Religionstheil, welcher solches durch irgend einen Rechtstitel erworben hat, wohin auch der Besitz in dem, durch den westphälischen Frieden festgesetzten EntscheidungsZiel [a]) gehört. IV) Auch ist ausser Zweifel, daſs Rechte, welche ihrer Natur nach, eine bestimmte Religion des Berechtigten voraussetzen, aufhören, sobald dieser zu einer andern Religion sich bekennt [b]).

a) Klübers Einl. zu einem neuen Lehrbegr. des t. Staatsr. §. 112 f.

b) Vergl. das angef. badische ConstitutionsEdict, §. 5. — Von dem *geistlichen Vorbehalt* (Freistellung, Freistellionat, Reservatum ecclesiasticum) handelt der ReligionsFriede 1555, §. 18. Instr. Pac. Osnabr. V. 15. Wiesenhavern Kirchenstaatsr. 164. J. W. v. Göbels Abhandlungen aus d. Staatsr. (Helmst. 1737. 8.) St. I, S. 42 ff. Schnauberts Kirchenr. der Protest. §. 75. Pütters Lit. III. 76. Klübers Lit. 130.

§. 406.

Kirchengut. Vermögen und Religiosen aufgehobener geistl. Corporationen.

I) Das Kirchengut ist Privatgut der Kirche, folglich an sich weder der Verfügung noch der Verwaltung des Staates, wohl aber dessen Oberaufsicht, auch in Absicht auf Erhaltung und zweckmäsige Verwaltung, unterworfen [a]. Der übermäsigen Vermehrung desselben, können, durch Amortisations-Gesetze [b], Schranken gesetzt werden. II) Theoretisch wird gestritten [c], ob das Vermögen aufgehobener geistlicher Corporationen, insonderheit aufgehobener Klöster, fortwährend als Kirchengut [d], oder als zurückgefallen an die Stifter, oder deren Nachkommen [e], oder, wenn nicht als gemeinschaftliches Eigenthum des Staates und

der geistlichen Corporationen, welches jener in Alleineigenthum verwandle *f*), doch als lediges Gut zu betrachten sey *g*), welches dem Staatsfiscus heimfalle? Auch ob, in solchem Fall, das auswärtige Vermögen untrennbar sey von der inländischen Hauptstiftung *h*)? III) Die bürgerlichen Verhältnisse der Religiosen aufgehobener Stifte und Klöster, beiderlei Geschlechtes, sind hie und da durch eigene Staatsgesetze bestimmt *i*).

a) Das angeführte badische ConstitutionsEdict, §. 9. u. 19. Abhandl. von dem Rechte der Staatsgewalt über das Kirchengut. Frankf. 1805. 8. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 53. RÖSSIGS Politik, S. 206. FRANKS System der landwirthschaftl. Polizei, 178 f. — Von Behandl. des Kirchenguts, als *mittelbares* Staatsvermögen, oben, §. 238. — Von *Incameration* des Kirchenguts.

b) PÜTTERS Lit. III. 694. KLÜBERS Lit. §. 1478. *Ebendess.* kl. jur. Bibl. XI. 294. SELCHOW elem. jur. germ. priv. §. 557. DANZ Handb. des t. Privatr. II. §. 262. JARGOW v. d. Regalien, 132. SCHEIDEMANTEL a. a. O. II. 53 ff.

c) PÜTTERS Lit. III. 816. 699. KLÜBERS Lit. §. 1605 u. 1482. v. ROTHS Staatsr. t. R. Lande, II. 44.

d) J. MAJERS Erläuterungen des westphäl. Friedens. 1785. 8.

e) SCHMALZ natürl. Staatsr. §. 120. Dawider, J. C. MAJER über das Eigenthum an den geistl. Gütern (Ulm 1786), S. 79 f.

f) v. STECKS Ausführung einiger gemeinnützliger Materien (Halle 1784), S. 26. ROTHS Vertheidigung der rechtl. Staatsbetrachtungen u. s. w. Frankf. u. Lpz. 1784. 8. Vergl. auch GROTIUS de J. B. et P. lib. II. c. 3. §. 19. und das angef. badische Constitutions-Edict, §. 9.

g) J. C. KOCHS Revision der rechtl. Staatsbetrachtungen u. s. w. 1783. 8. *Ebendess.* neuer Aufschluſs über die Stellen des westphäl. Friedens u. s. w. nebst zwei Postscripten. 1783. 1784. 8. — Wider die analoge Erbsuccession des Fiscus, s. MAJERS Succession des Fiscus u. s. w. (1786), S. 131, Note 72.

h) Die Untrennbarkeit behauptet ROTH a. a. O. Dawider s. KOCH a. a. O. Bedingungsweise spricht dem fremden Staat ein Anfallsrecht zu, BRAUER in den Abh. zu Erläut. des westph. Friedens, Bd. II. (1784), S. 10 ff.

i) In dem Groſsherzogthum Baden durch eine Verordnung v. 22. Mai 1807, in d. Rhein. Bund, VIII. 236.

XVII. Capitel.

Lehnhoheit.

§. 407.

Lehnhoheit.

Damit das LehnsInstitut dem Staatszweck nicht widerstreite, vielmehr übereinstimmend mit demselben wirke und geleitet werde, gebührt jedem rheinischen Bundesstaat, über alle in seinem Gebiete befindlichen Lehnsverbindungen, die Lehnhoheit [a]) (imperium civile circa feuda, potestas feudalis sublimis, jus circa feuda majestaticum). Ihre Wirksamkeit zeigt sich hauptsächlich bei Lehngesetzen, Lehndiensten und Lehngerichtbarkeit. Die Lehnherrlichkeit wird rechtlich dadurch mehr nicht eingeschränkt, als der Staatszweck fordert.

a) Dan. Nettelbladt syst. jurisprud. naturalis §. 1251. 1464. sqq. (v. Grolmanns) Deduction in Sachen NassauSarbrücken c. Hessendarmstadt, die Feudalität einiger Nordeck von Rabenauischen Güter betr. (Giessen 1785. fol.) §. 16. u. 81. M. J. Behrs Versuch

einer allgemeinen Bestimmung des rechtl. Unterschieds zwischen Lehnherrlichkeit und Lehnhoheit. Wirzb. 1799. 8.

§. 408.

Insonderheit über auswärtige Staatsleben.

Ueber auswärtige Staatslehen (feuda extra curtem), sofern dergleichen noch vorkommen, steht die Lehnhoheit dem Lehnherrn, ganz oder zum Theil, nur dann zu, wenn solche als Staatsdienstbarkeit begründet ist. Sofern der Vassall selbst, in Absicht auf das Lehn, in dem Besitze der Souverainetät sich befindet, gehört auch ihm die Lehnhoheit [a]).

a) H. G. SCHEIDEMANTEL diss. de nexu feudali inter gentes. Jen. 1768. 4.

XVIII. Capitel.

Wehr- und Waffenrecht.

§. 409.

Wehr- und Waffenrecht,

Jedem Bundesfürsten gebührt das Wehr- und Waffenrecht [a]) (Recht der Armatur, Militärgewalt, jus armorum, potestas militaris), das Recht, bewaffnete Macht zu unterhalten, zu dem Schutz der Rechte des Staates. Dahin gehört das Recht 1) der Werbung [b]) (Anwerbung Freiwilliger); 2) der Conscription [c]) (Aushebung oder Enrollement) dienstfähiger Mannschaft (der Cantonisten), zu regulärer und Landmiliz, zu Haus- und Linientruppen, NationalGarden, PolizeiSoldaten u. d.; 3) das Recht des Aufgebots der Vassallen zu dem Kriegsdienste, in den nach dem Lehnrechte zugelassenen Fällen; 4) der Heeresfolge [d]),

(Reifs und Folge; jus sequelae), des Aufgebots aller, oder der meisten waffenfähigen Unterthanen, Volksbewaffnung, Landsturm.

a) PÜTTERS Lit. III. 335. KLÜBERS Lit. §. 1116—1120 [b]. RÖSSIGS Politik 232 ff.

b) KLÜBERS Lit. §. 1120 [b]. In dem Königreich *Westphalen* ist die Werbung, gegen Handgeld, durch die Constitution, Art. 53, für unstatthaft erklärt.

c) Die Constitution des Königreichs Westphalen, Art. 53, erklärt die Conscription für Staatsgrundgesetz; u. ein königl. Decret v. 9. Jan. 1808 befiehlt, dafs kein Unterthan ohne königl. Erlaubnifs in fremde Civil- oder Militärdienste treten soll. — Von dem Worte *Reissig* u. *Reissa*, s. C. F. WALCH glossar. germ. interpretationi C. C. C. inserviens, p. 427.

d) Aar. GUMPRECHT diss. de jure sequelae. Goett. 1799. 8. STRUBE, Th. II. Bed. 8. Th. III. Bed. 143.

§. 410.

Fortsetzung.

Zu dem Wehr- und Waffenrechte gehört ferner, 5) das Recht, alle Arten von Miliz, Offizieren, Befehlshabern und andern Militärbeamten zu bestellen und zu unterhalten a); 6) Artillerie anzuschaffen, Zeughäuser und Waffenplätze zu errichten: 7) Festungen und Fortifica-

tionen anzulegen und zu unterhalten; 8) Militärsteuern zu der Landesvertheidigung von den Unterthanen zu erheben[b]); 9) das Einquartierungsrecht nebst Service, u. d.

a) PÜTTERS Beiträge, I. 194. MÖSERS patriot. Phantasien, IV. 285.

b) MOSER von d. Landeshoheit in Militärsachen, S. 103 ff.

XIX. Capitel.

Aeusserstes Recht und Einschränkungen der Staatsgewalt.

§. 411.

Natürliche Grundbestimmungen der Staatshoheit.

Die Staatsgewalt hat natürliche Einschränkungen. I) Nur zu Erreichung und Beförderung des Staatszweckes, kann sie ausgeübt werden [a]). Sie berechtigt das regierende Subject nur dazu, wozu sie dasselbe verpflichtet, auf daſs nie der Schleier des Staatswohls Handlungen blosser Willkühr bedecke. Der Gegensatz wäre Sultanismus, Verbrechen der beleidigten Menschheit. II) Die Staatslasten müssen, wie die Vortheile der Staatsverbindung, unter die Staatsgenossen, so viel möglich, gleich vertheilt werden [b]). III) Nur gerechte Mittel sind

der Wahl des Regenten überlassen (§. 2). IV) Jedem mufs sein wohlerworbenes Recht ungekränkt gelassen werden c).

a) SCHEIDEMANTEL Staatsr. nach der Vernunft u. den Sitten der vornehmsten Völker, III. 314 — 375. PÜTTERS Beitr. I. 317. SCHLETTWEINS Archiv, Th. II. Num. 3. *Ebendess.* wichtigste Angelegenheit, II. 87. LEYSER medit. Vol. IV. 1324.

b) Glück der Staatsgenossen unter solchen Gesetzen, die Niemand *erniedrigen*, und Niemand *erhöhen*.

c) SCHORCH Respons. I. 29. PÜTTERS Beitr. I. 351. Jo. Chr. MAJER, resp. C. H BUNZ, diss. de regimine territoriali ejusque habitu ad jura quaesita subditorum. Tub. 1791. 4.

§. 412.

Aeusserstes Recht.

Ausgenommen hiervon ist der einzige Fall, wenn bei evidenter, dringender Noth des Staates, unvermeidliche Collision zwischen Gemeinwohl und Privatwohl eintritt. Hier kann die Staatsgewalt, selbst auf Kosten der Persönlichkeit (äusserste Gewalt, potestas eminens) und des Eigenthums (Obereigenthumsrecht des Staates, dominium eminens) Einzelner aus-

geübt werden. Dieser Nothbehelf, dieser CollisionsFall, genannt das äusserste Recht [a]) (jus eminens), Staatsnothrecht, Staatsraison (ratio status, scil. extraordinarii), hat auch in Teutschland keine positiven Grenzen.

a) Nicht *Machtvollkommenheit* oder plenitudo potestatis Vergl. oben §. 66. Schriften in PÜTTERS Lit. III. 193. 378 — 382. KLÜBERS Lit. 213. 321. MEISTER bibl. jur. nat. v. *jus eminens*. HOMMEL litteratura juris, 218 sqq. ARISTOTELES Polit. lib. II. c. 2 et 8. El. LUZAC disqu. num civis innocens irae hostis longe potentioris juste permitti possit, ut excidium totius civitatis evitetur? L. B. 1749. 8. A. L. JACOBI einige Staatsangelegenheiten (1787), 7 — 148. SCHEIDEMANTELS Staatsr. nach der Vernunft, II. 396. C. F. DIETRICH diss. de suprema lege reipublicae. Erf. 1773. 4. J. C. MAJER diss. cit. J. F. A. C. NEURATH diss. de cognitione et potestate judiciaria in causis quae politiae nomine veniunt (Erl. 1780. 4.) obs. 10. MOSER von d. Landeshoh. in Ansehung der Unterthanen, Personen und Vermögens, 179 — 213.

§. 413.

Fortsetzung.

Es muſs dieses traurige, sogenannte Recht mit äusserster Schonung ausgeübt, und der leidende Theil, nach dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit, so weit es möglich,

entschädigt werden [a]). Auch berechtiget blosser Vortheil, Convenienz, oder Bequemlichkeit des Staates [b]), oder die sogenannte Beglückungsgewalt [c]), so auch PrivatInteresse, oder Privatlust des Souverains [d]), auf keine Weise zu Anwendung desselben [e]).

a) BYNCKERSHOEK quaest. jur. publ. lib. II. c. 15. NEURATH l. c. obs. 14.

b) Einschränkungen s. bei JACOBI a. a. O. §. 55. GROTIUS de J. B. et P. lib. 3. c. 17. NEURATH l. c. obs. 15. LEYSER Sp. 4. m. 11. STRUBE'S Bedenken, II. 303. HOMMEL obs. 469.

c) Oft nur eine Folge der politischen Erbsünde des Vielregierens!

d) JACOBI, §. 49. NEURATH l. c. obs. 11. C. G. JARGOW Einl. zu d. Lehre von d. Regalien, 463. PÜTTERS Beitr. I. 361 f. Die Grenzen des äussersten Rechtes sind so zu bestimmen, daſs dem *Vorwand* so wenig Spielraum bleibt, als möglich. MONTESQUIEU de l'esprit des lois, XIII. 1. LEYSER medit. ad Pand. vol. IV. p. 1324. G. C. H. BUNZ diss. de regimine territoriali ejusque habitu ad jura quaesita subditorum (Tub. 1791.), §. 15. sqq. Ueber das Staatsnothrecht, als Grund des Rechtes zu secularisiren (1800. 8.), S. 5 f.

e) Privatorum dominia sacra sunto.

§. 414.

Machtspruch.

Nur in solchen Fällen, wo die Ausübung des äussersten Rechtes durch die Umstände

begründet ist (§. 2), kann der Regent unmittelbar, mit Abweichung von den sonst anwendbaren, gewöhnlichen Entscheidungsquellen, die Entscheidung eines Rechtsstreites ertheilen, oder, auf seinen Specialbefehl, von dem Richter ertheilen lassen. Eine solche Entscheidung heiſst, in dem eigentlichen Sinn Machtspruch [a]) (sententia vi juris eminentis lata). Sie unterscheidet sich wesentlich, nicht nur von dem Eingreifen, Aufgreifen oder Durchfahren [b]) (abruptio causae) des Richters, sondern auch von dem Durchgreifen (decisio pro auctoritate, secundum arbitrium vel legislatoris vel judicis), welches bald von dem Gesetzgeber selbst, bald von dem Richter geschieht [c]); noch mehr von bloſs willkührlicher Entscheidung oder Behandlung eines Rechtshandels von Seite des Regenten oder des Richters [d]), und von willkührlicher Einmischung des Souverains, oder einer andern Staatsbehörde, in den Rechtsgang eines vor einem Gerichtshof anhängigen Rechtshandels [e]).

a) Klübers Lit. 326. Strube, Th. III, Bed. 3, Th. IV, Bed. 49. *Ebendess.* Nebenst. V. 83 ff. (v. Hymmens) Beiträge zu der jurist. Lit. in den preuss. Staaten, III. 112. VII, 130. v. Cramers wezl.

Nebenst. LXX. 50. J. G. SIEBERS gerichtlicher Procefs, I. 15 ff. (P. J. PANDIN DES JARIGES) Reflexions philosophiques et historiques d'un jurisconsulte sur l'ordre de la procédure et sur les décisions arbitraires et immédiates du Souverain. à Berlin 1765. Mart. SCHRADER diss. de sententiis ex plenitudine potestatis latis (Lips. 1708), §. 4. Dan. NETTELBLADT diss. de decisione casuum, quae fit pro auctoritate (Hal. 1754), §. 14. — Von der Müller Arnoldischen Sache, MIRABEAU sur la monarchie prussienne, T. V. p. 231. Allgem. deutsche Biblioth. Bd. 106, St. 2.

b) C. F. HOMMELS teutscher Flavius, in d. General-Regeln, §. 27 u. 40. NETTELBLADT diss. cit. §. 16. KLÜBERS Lehrbegriff der Referirkunst, §. 64.

c) NETTELBLADT diss. cit. §. 5. 7. 9. 10. *Ejusd.* diss. de variis casus in foro obvios decidendi modis in genere (Hal. 1750), §. 17. E. J. F. MANZEL diss. de decisionibus quae fiunt pro auctoritate. Rost. 1741. 4. HOMMELS Flavius (edit. 1775), S. 334. F. A. HOMMEL Anleit. Acten zu extrahiren, S. 51. KLÜBER a. a. O. §. 65.

d) PANDIN DES JARIGES a. a. O.

e) Vergl. oben, §. 275. — *Vota ad principem* können von den Gerichten an den Regenten, in bedenklichen Fällen, besonders wenn wichtige politische Verhältnisse in Betrachtung kommen, erlassen werden, um sic ausser Verantwortung zu setzen. ENGELBRECHT in Obss. Spec. I, obs. 1, p. 25. n. 4.

§. 415.

Positive Einschränkungen der Staatshoheit.

Ausser diesen natürlichen Einschränkungen der Staatshoheit, finden noch positive statt,

auch in rheinischen souverainen BundesStaaten. Ein Theil derselben ist in der Bundesverfassung gegründet (§. 79 ff. 97 ff. 130 ff. 137 u. 140 ff.); andere in der individuellen Verfassung des Landes (§. 183); noch andere in Verträgen mit andern Staaten.

XX. Capitel.

Gesandschafts-, Kriegs-, Friedens- und Bündnissrecht und Staatsdienstbarkeiten.

§. 416.

Gesandschaftsrecht.

Das Recht, Gesandte für Staatsangelegenheiten zu schicken und anzunehmen (jus legationum), in seinem ganzen Umfang [a]), steht allen rheinischen souverainen Bundesfürsten zu, nicht nur unter sich, und auf der Bundesversammlung, sondern auch in dem Verhältniſs zu auswärtigen Staaten [b]) (§. 130).

a) Pütters Lit. III. 218. Klübers Lit. §. 1005 ff. v. Ompteda Literatur des Völkerrechts, S. 534 ff. v. Martens Einl. in das europ. Völkerr. §. 182 ff.

b) Vergl. Rheinbund, IX. 447. XIII. 135.

§. 417.

Kriegsrecht.

Eben so sind die rheinischen Bundesfürsten, unter den oben (§. 124 u. 131) ange-

zeigten Einschränkungen, befugt, die Rechte des Staates durch Repressalien [a]), und durch Krieg zu verfolgen (jus belli, potestas bellica), als Haupttheile und Alliirte. Auch sind sie berechtigt, Durchmärsche zu gestatten, oder zu verweigern (§. 132), und in Kriegen anderer Mächte Neutralität (§. 131) zu beobachten [b]). Das Recht, Retorsion zu verfügen [c]), ist in der völkerrechtlichen Gleichheit und Selbstständigkeit unabhängiger Staaten gegründet.

a) de MARTENS droit des gens, §. 218. sqq. v. ROTHS Staatsr. teutscher Reichslande, II. 168. PUFENDORF introd. in process. civ. p. 842. Schriften in PÜTTERS Lit. III. 650. KLÜBERS Lit. §. 1409.

b) v. OMPTEDA a. a. O. S. 614 ff. v. MARTENS a. a. O. §. 51. 258 ff. 287. 300 ff.

c) de MARTENS l. c. §. 219. not. a. Vinc. OLDENBURG diss. de retorsione jurium. Goett. 1780. KLÜBER in d. Vorrede zu der Abh. über Erbschaftssteuer. Erl. 1790. 8. Schriften in PÜTTERS Lit. III. 651. KLÜBERS Lit. §. 1410.

§. 418.

Vertragsrecht.

Das Vertragsrecht mit Auswärtigen, sonach das Recht Kriegs- und Friedensverträge, Bündnisse oder Allianzen, Subsidien Tractate, Handelsverträge (§. 310) zu schliessen, Vermittlung bei Streitig-

keiten souverainer Staaten, und auch Garantie ihrer Stipulationen und Staatsgebiete zu übernehmen, ist rheinischen Bundesfürsten unbenommen, wenn dabei die oben (§. 133, 134 u. 135) angeführten Schranken nicht überschritten werden [a]).

a) v. OMPTEDA a. a. O. S. 662 ff. 585 ff. 594. v. MARTENS a. a. O. §. 50 ff. 1772. 322 ff.

§. 419.

Staatsdienstbarkeiten.

Auch an Staatsdienstbarkeiten (servitutes juris publici) fehlt es nicht, welche rheinischen Bundesstaaten gegen auswärtige unabhängige Staaten, oder diesen gegen jene, oder einem rheinischen Bundesstaat gegen den andern vertragsmäsig zustehen (§. 137); wiewohl, so viel die letzten betrifft, die meisten ältern durch die Bundes-Acte [a]) aufgehoben worden sind (§. 89 f.).

a) Art. 34. Rhein. Bund, IV. 133

RHEINISCHE BUNDESACTE.

S. M. l'EMPEREUR des François, Roi d'Italie, d'une part, et d'autre part LL. MM. les Rois de Bavière et de Würtemberg, LL. AA. SS. les Électeurs, Archichancelier et de Bade, le Duc de Berg et Clèves, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, les Princes de Nassau-Usingen et Nassau-Weilbourg, les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern-Sigmaringen, les Princes de Salm-Salm et Salm-Kyrbourg, le Prince d'Isenbourg-Birstein, le Duc d'Ahremberg, le Prince de Lichtenstein *) et le Comte de la Leyen, voulant, par des stipulations convenables, assurer la paix intérieure et extérieure du midi de l'Allemagne, pour laquelle l'expérience a prouvé depuis long-temps, et tout récemment encore, que la constitution germanique ne pouvoit plus offrir aucune sorte de garantie, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: S. M. l'Empereur des François, Roi d'Italie, Mr. Ch. M. Talleyrand,

*) Für den Fürsten von Lichtenstein ist kein Gesandter oder Bevollmächtigter genannt, weder in dem Eingang noch in den Unterschrift.n.

Prince et Duc de Bénévent etc. (tot. tit.); S. M. le Roi de Bavière, Mr. Antoine de Cetto etc.; S. M. le Roi de Würtemberg, Mr. Levin comte de Winzingerode etc.; S. A. S. l'Électeur Archichancelier de l'Empire germanique, Mr. Charles Comte de Beust etc.; S. A. S. l'Électeur de Bade, Mr. Sigismond Charles Jean Baron de Reizenstein etc.; S. A. I. Msgr. le Prince Joachim, Duc de Berg et Clèves, Mr. le Baron Maximilien de Schell; S. A. S. le Landgrave de Hesse-Darmstadt, Mr. Auguste Guillaume Baron de Pappenheim, etc.; LL. AA. SS. les Princes de Nassau-Usingen et Weilbourg, Mr. Jean Ernest Baron de Gagern etc.; LL. AA. SS. les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern-Sigmaringen, Mr. François Xavier de Fischler etc.; LL. AA. SS. les Princes de Salm-Salm et de Salm-Kyrbourg, Mr. François Xavier de Fischler; S. A. le Prince d'Isenbourg-Birstein, Mr. Louis de Greuhm; S. A. S. le Duc d'Ahremberg, Mr. Durant-Saint-André; S. E. le Comte de la Leyen, Mr. Durant-Saint-André. Lesquels, après s'être communiqués leurs pleinspouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivants:

ARTICLE I.

Les états de LL. MM. les Rois de Bavière et de Würtemberg, de LL. AA. SS. les Électeurs, Archichancelier et de Bade, le Duc de Berg et Clèves, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, les Princes de Nassau-Usingen et de Nassau-Weilbourg, de Hohenzollern-Hechingen et de Hohenzollern-Sigmaringen, les Princes de Salm-Salm et de Salm-Kyrbourg, le Prince d'Isenbourg-Birstein, le Duc d'Ahremberg et le Prince de Lichtenstein, et le comte de la Leyen, seront séparés, à

perpétuité, de l'Empire Germanique, et unis entr' eux par une confédération particulière, sous le nom d'états confédérés du Rhin.

ARTICLE II.

Toute loi de l'Empire germanique, qui a pû jusqu'à présent concerner et obliger LL. MM. et LL. AA. SS. les Rois et Princes et le Comte dénommés en l'article précédent, leurs sujets et leurs états, ou partie d'iceux, sera à l'avenir, relativement à leurs dites MM. et AA. et au dit Comte, à leurs états et sujets respectifs, nulle et de nul effet; sauf néanmoins les droits acquis à des créanciers et pensionnaires par le recès de 1803 et les dispositions du §. 39 dudit recès, relatives à l'octroi de navigation du Rhin lesquelles continueront d'être exécutées suivant leurs formes et teneur.

ARTICLE III.

Chacun des Rois et Princes confédérés renoncera à ceux de ses titres qui expriment des rapports quelconques avec l'Empire germanique; et le 1. Août prochain il fera notifier à la diète sa séparation d'avec l'Empire.

ARTICLE IV.

S. A. S. l'Électeur Archichancelier prendra le titre de Prince-Primat et d'Altesse Éminentissime.

Le titre de Prince-Primat n'emporte avec lui aucune prérogative contraire à la plénitude de la souveraineté, dont chacun des confédérés doit jouir.

ARTICLE V.

LL. AA. SS. l'Électeur de Bade, le Duc de Berg et Clèves, et le Landgrave de Hesse-Darmstadt, prendront le titre de Grand-Duc; ils jouiront des droits, hon-

neurs et prérogatives attachées à la dignité royale.

Le rang et la prééminence entr'eux sont et demeureront fixés conformément à l'ordre dans lequel ils sont nommés au présent article. Le chef de la maison de Nassau prendra le titre de Duc, et le comte de la Leyen le titre de Prince.

ARTICLE VI.

Les intérêts communs des états confédérés seront traités dans une diète, dont le siège sera à Francfort, et qui sera divisée en deux collèges; savoir, le collège des Rois et le collège des Princes.

ARTICLE VII.

Les Princes devront nécessairement être indépendants de toute puissance étrangère à la confédération, et ne pourront conséquemment prendre du service d'aucun genre que dans les états confédérés ou alliés à la confédération. Ceux qui, étant déjà au service d'autres puissances, voudront y rester, seront tenus de faire passer leurs principautés sur la tête d'un de leurs enfants.

ARTICLE VIII.

S'il arrivoit qu'un des dits princes voulût aliéner, en tout ou en partie, sa souveraineté, il ne pourra le faire qu'en faveur de l'un des états confédérés.

ARTICLE IX.

Toutes les contestations qui s'éleveront entre les états confédérés, seront décidées par la diète de Francfort.

ARTICLE X.

La diète sera présidée par S. A. E. le Prince-Primat, et lorsqu'un des deux collèges seulement aura à délibérer sur quelque affaire, S. A. Émin. présidera le collège des Rois, et le Duc de Nassau le collège des Princes.

ARTICLE XI.

Les époques où, soit la diète, soit un des collèges séparément, devra s'assembler, le mode de leur convocation, les objets qui devront être soumis à leurs délibérations, la manière de former les résolutions et de les faire exécuter, seront déterminés par un statut fondamental, que S. A. E. le Prince-Primat proposera dans un délai d'un mois, après la notification faite à Ratisbonne, et qui devra être approuvé par les états confédérés. Le même statut fondamental fixera définitivement le rang entre les membres du collège des Princes.

ARTICLE XII.

S. M. l'Empereur des François sera proclamé protecteur de la confédération, et, en cette qualité, au décès de chaque Prince-Primat, il en nommera le successeur.

ARTICLE XIII.

S. M. le Roi de Bavière cède à S. M. le Roi de Würtemberg, la seigneurie de Wiesensteig, et renonce aux droits qu'à raison de la préfecture de Bourgau il pourroit avoir ou prétendre sur l'abbaye de Wiblingen.

ARTICLE XIV.

S. M. le Roi de Würtemberg cède à S. A. S. le Grand-Duc de Bade, le comté de Bondorff, les villes de Breunlingen et de Villingen, avec la partie du territoire de cette dernière, située à la droite de la Brigach, et la ville de Tuttlingen, avec les dépendances du bailliage de ce nom, situées à la droite du Danube.

ARTICLE XV.

S. A. S. le Grand-Duc de Bade cède à S. M. le

Roi de Würtemberg la ville et le territoire de Biberach, avec ses dépendances.

ARTICLE XVI.

S. A. S. le Duc de Nassau cède à S. A. I. le Grand-Duc de Berg, la ville de Deutz ou Duytz avec son territoire, la ville et le bailliage de Königswinter, et le bailliage de Villich.

ARTICLE XVII.

S. M. le Roi de Bavière réunira à ses états et possédera, en toute propriété et souveraineté, la ville et le territoire de Nuremberg, et les commanderies de Rohr et de Waldstetten de l'ordre teutonique.

ARTICLE XVIII.

S. M. le Roi de Würtemberg réunira à ses états et possédera, en toute souverainété et propriété, la seigneurie de Wiesensteig, et la ville, territoire et dépendances de Biberach, en conséquence des cessions à lui faites par S. M. le Roi de Bavière et S. A. S. le Grand-Duc de Bade, la ville de Waldsee, le comté de Schelcklingen, la commanderie de Kapfenbourg ou Lauchheim, la commanderie d'Alschhausen, distraction faite des seigneuries d'Achberg et Hohenfels, et l'abbaye de Wiblingen.

ARTICLE XIX.

S. A. S le Grand-Duc de Bade réunira à ses états et possédera, en toute souveraineté et proprieté, le comté de Bondorf, les villes de Breunlingen, Villingen et Tuttlingen, les parties de leurs territoires et leurs dépendances, spécifiées en l'article XIV., et tels qu'ils lui ont été cédées par S. M. le Roi de Würtemberg.

Il possédera, en toute propriété, la principauté de Heitersheim, et toutes celles de ses dépendances si-

tuées dans les possessions de S. A. S. telles qu'elles seront en conséquence du présent traité.

Il possédera, également en toute propriété, les commanderies teutoniques de Beuggen et de Fribourg.

ARTICLE XX.

S. A. I. le Grand-Duc de Berg possédera, en toute souveraineté et propriété, la ville de Deutz ou Duytz avec son territoire, la ville et le bailliage de Königswinter, le bailliage de Villich, en conséquence de la cession à lui faite par S. A. le Duc de Nassau.

ARTICLE XXI.

S. A. S. le Grand-Duc de Hesse-Darmstadt réunira à ses états le bourggraviat de Friedberg, pour le posséder en souveraineté seulement pendant la vie du Bourggrave actuel, et en toute propriété après le décès dudit Bourggrave.

ARTICLE XXII.

S. A. E. le Prince-Primat réunira à ses états et possédera, en toute propriété et souveraineté, la ville et le territoire de Francfort.

ARTICLE XXIII.

S. A. S. le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen possédera, en toute propriété et souveraineté, les seigneuries d'Aschberg et de Hohenfels, dépendantes de la commanderie d'Alschhausen, et les couvents de Klosterwald et de Habstall *).

S. A S. possédera, en souverainété, les terres équestres situées entre ses possessions actuelles et les territoires au nord du Danube, sur lequelles sa souveraineté doit s'étendre, en conséquence du présent traité, nommément la seigneurie de Gammertingen et de Hettingen.

*) Habsthal.

ARTICLE XXIV.

LL. MM. les Rois de Bavière et de Würtemberg, LL. AA. SS. les Grand-Ducs de Bade, de Berg et de Hesse-Darmstadt, S. A. Éminentissime le Prince Primat, LL. AA. SS. le Duc et Princes de Nassau, les Princes de Hohenzollern Sigmaringen, de Salm-Kyrbourg, d'Isenbourg Birstein et le Duc d'Ahremberg, exerceront tous les droits de souveraineté; savoir:

S. M. le Roi de Bavière, sur la principauté de Schwarzenberg, le comté de Castell, les seigneuries de Speckfeld et de Wiesentheid, les dépendances de la principauté de Hohenlohe, enclavées dans le marggraviat d'Anspach et dans le territoire de Rothenbourg, nommément les grands-bailliages de Schillingsfürst et de Kirchberg, le comté de Sternstein, les principautés d'Oettingen, les possessions du Prince de la Tour et Taxis au nord de la principauté de Neubourg, le comté d'Edelstetten, les possessions des princes et comtes de Fugger, le bourggraviat de Winterrieden, et enfin les seigneuries de Buxheim et de Thannhausen, et sur la totalité de la grande route allant de Memmingen à Lindau.

S. M le Roi de Würtemberg, sur les possessions des Princes et Comtes de Truchsess-Waldbourg, les comtes de Baindt, d'Egloff, de Guttenzell, de Heggbach, d'Isny, de Königsegg-Aulendorf, d'Ochsenhausen, de Roth, de Schussenried et Weisenau; les seigneuries de Niedingen et de Sulmingen, Neu-Ravensbourg, Tannheim, Warthausen et Weingarten, distraction faite de la seigneurie de Hagnau; les possessions du Prince de la Tour et Taxis, à l'exception de celles qui sont situées au nord de la principauté de

Neubourg, de la seigneurie de Strasberg, et du bailliage d'Ostrach, les seigneuries de Gundelfingen et de Neufra; les parties du comté de Limpourg-Gaildorf non possedées par sa dite Majesté, toutes les possessions des princes de Hohenlohe, sauf l'exception faite au paragraphe précédent; et enfin la partie du bailliage ci-devant mayençois de Krautheim, située à la rive gauche de la Jaxt.

S. A. S. le Grand-Duc de Bade, sur la principauté de Fürstenberg (étant exceptées les seigneuries de Gundelfingen, Neufra, Trochtelfingen, Jungnau et la partie du bailliage de Möskirch. située à la gauche du Danube) la seigneurie de Hagnau, le comté de Thengen, le landgraviat de Klettgau, les bailliages de Neidenau et Billigheim, la principauté de Linange, les possessions des princes et comtes de LöwensteinWertheim, situées à la gauche du Main (étant exceptés le comté de Löwenstein, la partie de Limbourg-Gaildorf appartenant aux comtes de Löwenstein, et les seigneuries de Heubach, de Breuberg et de Habitzheim), et enfin les possessions du Prince de Salm-Reiferscheid-Krautheim; au Nord de la Jaxt.

S. A. I le Grand-Duc de Berg, sur les seigneuries de Lymbourg-Styrum, de Bruck, de Hardenberg, de Gimborn et de Neustadt, de Wildenbourg, les comtés de Hombourg, de Bentheim, de Steinfurt, de Horstmar, les possessions du Duc de Looz, les comtés de Siegen et de Dillenbourg (les bailliages de Wehrheim et de Burbach exceptés et de Hadamar, les seigneuries de Westerbourg, de Schadeck et de Beilstein, la partie de la seigneurie de Runckel, proprement dite, située à la droite de la Lahn, et pour les com-

munications entre le duché de Clèves et les possessions susdites au nord de ce duché. S. A. I. aura l'usage d'une route à travers les états des princes de Salm.

S. A. S. le Grand-Duc de Darmstadt, sur les seigneuries de Breuberg et de Heubach, sur la seigneurie de Habizheim, le comté d'Erbach, la seigneurie d'Ilbenstadt, la partie du comté de Königstein possédée par le prince de Stollberg-Gedern *), les possessions des barons de Riedesel, enclavées dans les états de Sa dite A. S., ou qui leurs sont contiguës, nommément les jurisdictions de Lauterbach, de Stockhausen, Moos et Freyenstein, les possessions des princes et comtes de Solms en Wetteravie (à la exception des bailliages de Hohen-Solms, Braunfels et Greifenstein), et enfin sur les comtés de Witgenstein et Berlebourg, et le bailliage de Hesse-Hombourg, possédé par la branche de ce nom appanagée de Hesse-Darmstadt.

S. A. E. le Prince-Primat, sur les possessions des princes et comtes de Löwenstein-Wertheim, situées à la rive droite du Main, et sur le comté de Rieneck.

LL. AA. SS. le Duc de Nassau-Usingen, et le prince de Nassau-Weilbourg, sur les bailliages de Dierdorf, Altwied, Neuerbourg, et la partie du comté du Bas-Isenbourg, appartenant au prince de Wied-Runckel, les comtés de Wied, Neuwied et Holzapfel, la seigneurie de Schaumbourg, le comté de Dietz et ses

*) Manche Abdrücke, nicht aber der in dem Moniteur, nennen hier auch „*les possessions de Büren*“. Auch stimmen die Abdrücke in den nächstfolgenden Worten nicht überein. Vergl. Rhein. Bund, I. 31, 103. 106.

dépendances, la partie du bailliage de Münzfelden *), appartenant au prince de Nassau Fulda, les bailliages de Wehrheim et de Burbach, la partie de la seigneurie de Runckel, située à la gauche de la Lahn, la terre équestre de Graunsberg **) et enfin les bailliages de Hohen-Solms, Braunsfels et Greifenstein.

S. A. S. le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen, sur les seigneuries de Trochtelfingen, de Jungnau, de Strasberg, sur le bailliage d'Ostrach, et la partie de la seigneurie de Möskirch, située à la gauche du Danube.

S. A. S. le Prince de Salm-Kyrbourg, sur la seigneurie de Gehmen.

S. A. S. le Prince d'Isenbourg-Birstein, sur les possessions des comtes d'Isenbourg-Büdingen, Wächtersbach et Meerholz, sans que les comtes appanagés de sa branche puissent se prévaloir de cette stipulation, pour former aucune prétention à sa charge.

Et S. A. S. le Duc d'Ahremberg, sur le comté de Dülmen.

Article XXV.

Chacun des Rois et Princes confédérés possédera, en toute souveraineté, les terres équestres enclavées dans ses possessions. Quant aux terres équestres interposées entre deux états confédérés, elles seront partagées, quant à la souveraineté, entre les deux états, aussi également que faire se pourra, mais

*) Mensfelden. Vergl. Rhein. Bund, I. 96.

**) Nach Andern, Krantsberg. Rhein. Bund, I. 34. Oder, Granzberg. Königl. Baier. RegierungsBlatt 1807, St. 3, S. 127.

de manière qu'il n'en résulte ni morcellement ni mélange des territoires.

ARTICLE XXVI.

Les droits de souveraineté sont ceux de législation, de jurisdiction suprême, de haute-police, de conscription militaire ou de recrutement, et d'impôt.

ARTICLE XXVII.

Les princes et comtes actuellement régnants conserveront chacun, comme propriété patrimoniale et privée, tous les domaines, sans exception, qu'ils possèdent maitenant, ainsi que tous les droits seigneuriaux et féodaux non essentiellement inhérens à la souveraineté, et notamment les droits de basse et moyenne jurisdiction, en matière civile et criminelle, de jurisdiction et de police forestière, de chasse, de pêche, de mines, d'usines, de dîmes et de prestations féodales, de patronage *) et autres semblables, et les revenus provenant desdits domaines et droits.

Leurs domaines et biens sont assimilés, quant à l'impôt, aux domaines des princes de la maison sous la souveraineté de laquelle ils doivent passer, en vertu du présent traité, ou si aucun des princes de la-dite maison ne possédoit d'immeubles, aux domaines et biens de la classe la plus privilégiée. Ne pourront lesdits domaines et droits être vendus à un souverain étranger à la confédération, ni autrement aliénés, sans avoir été préalablement offert au prince sous la souveraineté duquel ils se trouvent placés.

*) In dem Abdruck des Moniteur v. 13. Aug. 1806, steht pâturage, vermuthlich durch ein Versehen. Vergl. Europ. Annalen, 1806, IX. 234. Rhein. Bund, IV. 79. Königl. Baier. RegierungsBlatt, 1807, St. 3, S. 123.

Article XXVIII.

En matière criminelle, les princes et comtes actuellement régnants et leurs héritiers jouiront du droit d'Austrègues, c. à. d. d'être jugés par leurs pairs, et dans aucun cas la confiscation de leurs biens ne pourra être prononcée, ni avoir lieu; mais les revenus pourront être sequestrés pendant la vie du condamné.

Article XXIX.

Les états confédérés contribueront au payement des dettes actuelles des cercles, non-seulement pour leurs possessions anciennes, mais aussi pour les territoires qui doivent être respectivement soumis à leur souveraineté

La dette du cercle de Souabe sera à la charge de LL. MM. les Rois de Bavière et de Würtemberg, et de LL. AA. SS. le Grand-Duc de Bade les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Sigmaringen, de Lichtenstein et de la Leyen, et divisée entr' eux, dans la proportion de ce que chacun desdits Rois et Princes possédera dans la Souabe.

Article XXX.

Les dettes propres de chaque principauté, comté, ou seigneurie *) passant sous la souveraineté de l'un des états confédérés, seront divisées entre ledit état et les princes ou comtes actuellement régnants, dans la proportion des revenus que ledit état doit acquérir, et de ceux que les princes et comtes doivent conserver d'après les stipulations ci-dessus.

*) Nicht „les dettes propres à (oder de) chaque prince, comte ou seigneur", wie in manchen Abdrücken steht. Vergl. Rhein. Bund, I. 38. X. 75. Baier. RegierungsBlatt a. a. O. 125.

ARTICLE XXXI.

Il sera libre aux princes et comtes actuellement régnants et à leurs héritiers, de fixer leur résidence partout où ils le voudront, pourvû que ce soit dans l'un des états membres ou alliés de la confédération du Rhin, ou dans les possessions qu'ils conserveront en souveraineté hors du territoire deladite confédération, et de retirer leurs revenus ou leurs capitaux sans pouvoir être assujettis pour cette cause à aucun droit ou impôt quelconque.

ARTICLE XXXII.

Les individus employés dans l'administration publique des principautés, comtés ou seigneuries, qui doivent, en vertu du présent traité, passer sous la souveraineté de l'un des états confédérés, et que le souverain ne jugeroit pas à propos de conserver dans leurs emplois, jouiront d'une pension de retraite, égale à celle que les loix ou réglemens de l'état accordent aux officiers du même grade.

ARTICLE XXXIII.

Les membres des ordres militaires ou religieux, qui pourront être, en conséquence du présent traité, dépossédés ou sécularisés, recevront une pension annuelle et viagère, proportionée aux revenus dont ils jouissoient, à leur dignité et à leur âge, et hypothéquée sur les biens dont ils étoient usufruitiers.

ARTICLE XXXIV.

Les Rois, Grand-Ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent, chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs, à tout droit actuel, qu'ils pourroient avoir ou prétendre sur les possessions des autres membres de la confédération, telles qu'elles sont et telles

qu'elles doivent être, en conséquence du présent traité. Les droits éventuels de succession demeurant seuls reservés, et pour le cas seulement où viendroit à s'éteindre la maison ou la branche qui possède maintenant, ou qui doit, en vertu du présent traité, posséder en souveraineté les territoires, domaines et biens sur lesquels les susdits droits peuvent s'étendre.

ARTICLE XXXV.

Il y aura entre l'Empire françois et les états confédérés du Rhin, collectivement et séparément, une alliance, en vertu de laquelle toute guerre continentale, que l'une des parties contractantes auroit à soutenir, deviendra immédiatement commune à toutes les autres.

ARTICLE XXXVI.

Dans le cas où une puissance étrangère à l'alliance et voisine armeroit, les hautes parties contractantes, pour ne pas être prises au dépourvu, armeront pareillement, d'après la demande qui en sera faite par le ministre de l'une d'elles à Francfort.

Le contingent que chacun des alliés devra fournir, étant divisé en quartre quarts, la diète déterminera combien de quarts devront être rendus mobiles; mais l'armement ne sera effectué qu'en conséquence d'une invitation addressée par S. M. l'Empereur et Roi à chacune des puissances alliées.

ARTICLE XXXVII.

S. M. le Roi de Bavière s'engage à fortifier les villes d'Augsbourg et de Lindau, à former et à entretenir, en tout temps, dans la première de ces deux places des établissemens d'artillerie, et à tenir dans la seconde une quantité de fusils et de mu-

nitions suffisante pour une réserve, de même qu'à avoir à Augsbourg des boulangeries, pour qu'on puisse confectionner une quantité de biscuits, telle qu'en cas de guerre la marche des armées n'éprouve pas de retard.

Article XXXVIII.

Le contingent à fournir par chacun des alliés, pour le cas de guerre, est fixé ainsi qu'il suit:

La France fournira 200,000 hommes des toutes armes; le royaume de Bavière 30,000 hommes de toutes armes; le royaume de Würtemberg 12,000; le Grand-Duc de Bade 8,000; le Grand Duc de Berg 5,000; le Grand-Duc de Darmstadt 4,000; LL. AA. SS. les Duc et Prince de Nassau fourniront, avec les autres princes confédérés, un contingent de 4,000 hommes.

Article XXXIX.

Les hautes parties contractantes se réservent d'admettre par la suite dans la nouvelle confédération d'autres princes et états d'Allemagne qu'il sera trouvé de l'intérêt commun d'y admettre.

Article XL.

Les ratifications du présent traité seront échangées à Munich le 25 Juillet de la présente année.

Fait à Paris le 12. Juillet 1806.

(*Suivent les signatures.*)

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Alphabetisches Register.

Die Zahl zeigt den §., der Buchstab die Note an.

Verbesserung.

Durch Versehen steht die ParagraphenZahl 327, auch über dem 328. §. Dieses hat einen zweiten Irrthum veranlafst, dafs von §. 328 bis 345 alle Paragraphen falsche Zahlen haben. Es ist also nötig, diese Zahlen zu verbessern, und zu setzen, 329 statt 328, 330 statt 329, u. s. w. bis 345, welcher die Ziffer 346 erhalten mufs.

A.

Abdeckerei 352.
Abolitionsrecht 280.
Abzugsgeld in standesherrlichen Bezirken 208. in grundherrlichen 228.
Abzugsrecht 364.
Accessionsverträge 33. *b.*
Adel, hoher und niederer 165. Stufen des hohen und niedern 166.
Adeliche Chargen 377.
Adelung, AdelsTaxe 385 f.
Adespota 240 f.
Adoptirte, ihr Successionsrecht 152.
Advocatie über die Kirche 394.
Aemterrecht 375. s. auch Dienste und Staatsämter. — der Standesherren 212. der Kirche 402.
Aeusserstes Recht 412 f.
Agnaten, ihr Vorzug in der Succession 152.
Akademien 389.
Akademische Würden 379. 390.
Alaunwerke 337. *f.*
Albinagii jus 364.
Alleinhandel s. Monopolien 311. 351.
Allianz s. Bündnifsrecht.
Alluvionen 348.
Amortisationsgesetze 406.
Amtsassen 170. *a.*
Amtscharakter 375.
Amtsehre 375.
Analogie 37 ff. 51.
Angariae 356.
Anlagen 348.
Anleihe, gezwungene 300.
Anwartschaft auf Staatsämter 378.
Anwartschaften 159.
Apanagirte s. Nachgebohrne.
Apotheken 351.
Arcana 351.
Archiv 250 f. des teutschen Reichs 28.
Archivrecht 250 f.

Arealgrösse des R.B. 53.
Armaturrecht 409 f.
Arme 168.
Artillerie 410.
Aschensammeln 352.
Asylrecht 280.
Augsburg, Befestigung 129.
Augsburgische Confession 395. 396. *d.*
Aufgebot der Vassallen 409. der Unterthanen 409.
Auflagen 295. 297 ff. 299. 300 ff. 305.
Aufsehende Gewalt 260. Bestandtheile 261. Grenzen 262.
Aufsicht über die Gerichte 269. über die Staatsdiener 248. *u.* 252.
Austrägalrecht der Standesherren 109.
Autonomie 262. 264.

B.

Badquellen 337.
Bank 311. 299. *e.*
Bannrechte 352. 374. der Standesherren 207. der Grundherren 228.
Bauergerichte 273.
Bauerstand 167.
Begnadigungsrecht 280.
Behörden s. Staatsbehörden.
Beiwohner 168.
BergwerksRegal 335 ff. Regalität des Bergbaues 335. Umfang dieses Regals 336 f. Verleihung des Bergbaues und der Salinen 338. Berghoheit 339. Bergzehnten 338. Vorkauf 338.
Bernstein 337. 347.
Besoldung 359. 375.
Bestätigungsrecht 280. 261.
Bibliographie 17.
Bibliotheken 389.
Bierbrauerei 351.
Billardgerechtigkeit 351.
Biographie 17.
Bischöfe 402. *c.*
Bona vacantia 240. 242.
Boten 334. Botenwesen ehemaliger Reichsstädte 329. Landboten 329.
Botengehen 357.
Branntweinbrennerei 351.
Briefgeheimnifs 334.
Brücken 346.
Brüdergemeinde 395. *b.* 396. *d.*
Brunnen 346.
Buchdruckereien 351. 391.
Buchhandlungen 391.
Büchercensur 391.
Bücherprivilegien 391.
Bücherwesen 391.
Bündnifsrecht des R. B. 134. der Bundesfürsten 418.
Bürgereid 173.
Bürgerstand 167.
Bund s. Rheinbund.
Bundesacte 32. 72. Auslegung 45.
Bundesfürsten s. Bundesgenossen, Staatsdienste, Souverainetät.
Bundesgenossen 76 — 78.
Bundesgericht 95.
Bundesgewalt 70. 93.
Bundesstaatsrecht 72 ff.
Bundesverfassungs- und Hoheitsrechte 70.
Bundesversammlung 93 ff. Zwei Collegien 93. Präsidium 94. FundamentalStatut 96.
Burgfesten 357.
Burgfriede 158. *a.*

C.

CabinetsInstanz 275.
Cassel 61.
Cavillerei 352.
Censur 391.
Cent 279. 203.
Centfolge 357.
Ceremoniel, Staats- und Völker-, 86. CanzleiCeremoniel 253. Hofceremoniel 158. 383. der Standesherren 191.

Cessions- und Purifications-Verträge 98.
ChatoulleGut desRegenten 239.
CivilEtat 377.
CivilListe 158.
CollegialSystem der Kirchengewalt 397.
Collegien 246 ff. 375. 378.
Comitiv 379.
CommerzRegal 310.
Commissionen 249.
Concessionsgeld in standesherrlichen Bezirken 208. in grundherrlichen 228.
ConcessionsRegal 350 ff. Gegenstände 351 f.
Concordaten 392.
ConjecturalPolitik 248. a.
Conscription 357. 409.
Conscriptionsfreiheit d. Grundherren 220.
Contiguität, geographische 178.
Contingent s. Kriegsverfassung.
Controle der Staatsdiener 62. 252. der Finanzen 298.
Copialbücher, ihre Beweiskraft 250.
Courtoisie 84.
Criminalhoheit 268. Unterschied von der Polizeigewalt 294.
Culturgeschichte des Staatsr. 11 ff.

D.

Dämme 348.
Damenorden 155.
Decorationen 376. 384.
Deficit 299.
Deiche 348.
Dethronisation 160.
Dienste, s. auch Staatsdienste u. Aemter. persönliche 357. dingliche 358. vermischte 358. Substitution 359, Vergütung der Dienste 359. Immunität davon, Collisionsfall, Auflegung neuer Dienste, Nichtgebrauch 360. s. auch Staatsämter.
Dienstertrag, Dienstehre 375.
Diensthandel 3 7.
DienstRegal 356 ff.
DispositionsCasse 297.
Domänen 236. 367. Veräusserung derselben 237. Erwerb, Ertrag, Verwendung, Verwaltung 368. Benutzungsart 369. Rechtsverhältniſs der Domänenverwaltung 370.
Dorf- und Gemeindeherrschaft 272.
Dritter Stand 167.
Durchgreifen 414.
Durchmarsch 132. 417.

E.

Ehrenbezeugungen 383.
Ehrenbürger 355. e.
Ehrenorden 384.
Eigenthumslande 102. 235.
Eigenthumsrechte der Unterthanen 257 f. des Staates und des Regenten 259.
Eingreifen 414.
Einkommen des Staates 295. der Nation 295. a.
Einquartierungsrecht 410.
Einzug 153.
Einzugsgeld 355.
Eisenwerke 337. f.
Emancipation der Kinder des Regenten 156.
Eminens, jus, potestas, dominium 412 f.
Erbeid 173 210.
Erbgerichtbarkeit 270 f.
Erbhofämter 383.
Erbhuldigung 173. 210.
Erbloses Gut 240. 242. 364.
Erdarten 336 f.
Ersparungssystem 299.
Erstgeburt 151.
Erzämter 383.
ErziehungsRegal 387 f. Anstalten 388 f.

Erziehungswesen in standesherrlichen Bezirken 214. in grundherrlichen 230.
Etat, genereller und specieller, 298.
Evangelische 395. 396. *b.*
Eventualhuldigung 153. 173.
Excellenz 383.
Executionsbefugnifs 267.
Executivgewalt 266.
Exterritorialität des auswärt. Staats- oder Privatguts 232. *b.* der Gesandten 354.

F.

Fabriken 351.
Fähren 346.
FamilienStatuten der Standesherren 193. der Grundherren 221.
Festkalender 404.
Festungen 410.
Finanzgesetz 298.
Finanzhoheit 295.
Finanzoperationen 299.
Finanz- und Kameralrechte der Standesherren 207 f. der Grundherren 228.
Finanzverwaltung 296.
FiscalGewalt 361 ff. Begriff u. Differenzen 361. Grundbestimmungen derselben 362. FiscalUnfug 362. *a.* Fiscalgüter u. Vorrechte 364 f. Verwendung der Fiscalgefälle. Fiscalbeamte. Verfahrungsweise in fiscalischen Sachen. Verleihnng der Fiscalgerechtigkeit 366
Fiscalrecht der Standesherren 204. der Grundherren 227.
Fischereigerechtigkeit 347.
Fischereirecht der Standesherren 207. der Grundherren 228.
Fischergerichte 349.
Fiscusgut 242. 232. *d.*
Flössen 346.
Flufsbett 348.
FlufsRegal s. Wasser Regal.
Folgen 356 ff.
Forensen 168. 170. 354.
Forstgefälle der Standesherren 207. der Grundherren 228.
Forstgerichtbarkeit der Standesherren 204. der Grundherren 225.
ForstRegal 340 f. Forstgerichtbarkeit 341. Verleihung der Forstgerechtigkeit 341.
Fortification 410.
Fossilien 336.
FöderativSystem K. Napoleons 134. s. auch Bündnifsrecht.
Frachtfuhrleute 334.
FrankfurterMefsfreiheiten 143.
Französischer Kaiserstaat 64. *a.*
Freiheit, natürliche, Einschränkung durch die Oberaufsicht 262 und Polizeigewalt 288.
Freimaurergesellschaften s. Gesellschaften.
Freimeisterschaft 351.
Fremde 354.
Freudenfeste 175. 352.
Friedensrecht des R. B. 133. der Bundesfürsten 418.
Friedensschlüsse teutscher Fürsten mit Frankreich 58. *b.* s auch lüneviller, rastatter, tilsiter Friede.
Frohnen 210. 356. *a.*
Fürstenmäsige 166. *d.*
FundamentalStatut der Bundesversammlung 96.
Fufsdienste 357.

G.

Garantie 135. 418. russische, des Rheinbundes 24.
Gastwirthschaftgerechtigkeit 351.
Gebrechen am Körper und Geist, hindern die Thronfolge 152.
Geburtsstand 376.

Geist der Staatsdienerschaft 248. *a*.
Geistliche, ihr Successionsrecht 152.
GeleitsRegal 309.
Gemahlin des Souverains 155. deren ChatoulleGut 239.
Gemeindedienste 356. *a*.
Gemeindeherrschaft 272.
Gerade 364.
Gericht 272. Verschiedene Arten der Gerichte 273. Handelsgerichte 312.
Gerichtbarkeit, administratorische u. patrimoniale 270 f. ausserordentliche u. partikuläre 273. geistliche 274. 400. bürgerliche 269. peinliche 269. 278. freiwillige 269. 281. Polizeigerichtbarkeit 290. Strassengerichtbarkeit 308 Handels- und Wechselgerichtbarkeit 312. Forstgerichtbarkeit in Jagdsachen 344. in Fisch- und Wassersachen 349.
Gerichtbarkeit der Standesherren 202 ff. der Grundherren 226 ff.
Gerichtsfolge 357.
Gerichtshalter 270.
Gesandschaftsrecht 130. 416.
Gesandte, ihre Exterritorialität 354.
Geschäftbezirkordnung 252.
Gesellschaften, geheime, religiöse u. a. Aufsicht über sie 262. Industrie-, Kunst- u. gelehrte 389.
Gesetzgebende Gewalt 263 ff. in Polizeisachen 286.
Gewissensfreiheit 398.
GewerbRecognition in standesherrlichen Bezirken 208.
Gewohnheitsrecht 263.
Glaubensbekenntnifs 398. *b*. Verschiedenheit desselben 404.
Gleichgewicht 43.
Glückshafen 352.
Goldsand 337.
Goldwäsche 337.
Graduirte, Rechte derselben 379. 390.
Grenze der Staaten des R.B. 57 ff. 148. *a*.
Grenzen, verschiedene Arten derselben 178. *b*.
Griechen, nichtunirte 395. *b*.
Grundeigenthümer 168.
Grundherren 219 ff. ihre Besitzungen 102. Rechte 219 ff. Gesetze dafür 219. *d*. Gerichtsstand, Wohnsitz, Conscriptionsfreiheit, Staatsdienste 220. FamilienStatuten, Zollbefreiung, Prädicat Herr, Kirchengebet, Trauer 221. Persönliche Dienste, Immunitäten und Pflichten 222. ehemalige rittersch. Corporationsverhältnisse 223. Steuer- und MilitärRealLasten 224. Gerichtbarkeit 226 f. Polizei, Fiscalrecht, Landtagsfähigkeit 227. Kammer- u. Finanzrecht 228. Gutsherrliche Rechte u. Pflichten 229. Kirchensachen 230. Verhältnifs zu Standesherren 231.
Grundherrlichkeit 219.
Grundruhr 347.
Gutsherrliche Rechte der Standesherren 210. der Grundherren 229.
Gymnasien 389.
Gymnastische Künste 352.

H.

Hafen 348.
Hagestolzenrecht 364.
Hammerwerke 337. *f*.
Handel 310 ff. der Fremden 312. Schleichhandel 312. Aufsicht 312. Handelspolizei 312. Handelsgerichte 312.
Handelsgesellschaften 351.
Handelsprivilegien 311.
Handelsverträge 310. 418.

Hauderer 334.
Hausiren 351.
Heeresfolge 499.
Heilbronn, Handlungs- u. Schifffahrtsverhältnisse 149. *c.*
Heimathsrecht 353.
Heimfallsrecht 364.
Herkommen 34 ff. 51.
Herrenloses Gut 240 ff.
Herrnhuter 396. *d.* 395. *b.*
Hofbeamte 376. Hofetat 377.
Hofceremoniel 379.
Hofdienste 358. Hofämter 382. 383.
Hoffolgen 358.
Hofpfalzgrafen 379.
Hofmarksgerechtigkeit 270.
Hofstaat 158.
Hoheitsrechte 66. äussere und innere 67. allgemeine 67. andere Eintheilungen 67. *b.* *c.* 69. besondere 68. Verleihbarkeit derselben 69. 176. 256. 258. 270. Ausübung 71. Grenze derselben u. Unterschied von Eigenthumsrechten 255 ff.
Holzgerichte 341.
Honoratioren 167. *d.*
Hülfswissenschaften d. Staatsrechts 8.
Huldigung 153. 173. 174. 189. Patrimonialhuldigung 210.

I.

Jagdgerechtigkeit 342 f. Verleihung und Ausübung 343 f. der Standesherren 207. der Grundherren 225. 228. Revers- oder Gnadenjagd 343. Vor-, Mit- und Koppeljagd 343 hohe und niedere 344. freie Pürsch 343.
Jagdfolgen 344. 357.
Jagdfrohnen 344.
Jagdhoheit 342.
Jagdhunde 344.
Incolat 355.
Indigenat 355. 377.
IndustrieConcessionsRegal 350 ff. Gegenstände 351 f.
Inseln 345. 348.
Insignien 158.
Instruction 252. 298.
Instructionswuth 248. *a.*
Juden, Toleranz, 396. *f.*
Judengefälle 355. *c.* in standesherrlichen Bezirken 208. in grundherrlichen 228.
Judenschutz 353.
Justizhoheit 268 ff.
Justizsachen, Einmischung in dieselben 275. des Regenten 277.

K.

KabinetsGut s. ChatoulleGut.
Kalender der Feste 404.
Kalender- und SpielkartenVerkauf 351.
Kalk 337. Kalkbrennereien 337. *f.* 351.
Kaltschmidtsschutz 352. *e.*
Kameralhoheit s. Finanzhoheit.
Kameralwissenschaften 295. *d.*
Kaminfegen 352.
Kammergüter s. Domänen.
Kammerregalien 255.
Kanäle 346.
Kanonisch-päpstl. Recht 48.
Kanzleisassen 170. *a.*
KaufmannsInnung 311.
Kehl 61.
Kesselflicken 351.
Keſslerschutz 352. *e.*
Kinder des Souverains 156.
Kirche 392. dem Staat untergeordnet 393. 398. ob eine Staatsanstalt? 393. *a.* römisch-katholische, evangelische, der A. C. gemäse und reformirte, jüdische 396. ihr Lehrbegriff oder Symbol 398. 403. u. Gesetze 399. Beschützung derselben 400. Rechte des Staates in Anseh. ihres äussern Cultus 401.

ihr Aemterrecht 402. landesherrliches Patronatrecht 402. Gleichheit der Rechte der GlaubensParteien und ihrer Mitglieder 403 f. Ausnahmen 405. Prefsfreiheit 403. Religionsänderung des Regenten 404.
Kirchengebet 175. 190. 221.
Kirchengewalt 395 f. Systeme der landesherrlichen über evangel. Unterthanen 397.
Kirchengut 406.
Kirchenhoheit 392 ff. Grenze und Bestandtheile 394.
Kirchenregiment 395.
Kirchensachen der Standesherren 215. der Grundherren 230.
Kirchenstaatsrecht 392.
Kirchenversammlungen 399. 400.
Kleinodien 158.
Kloster, Vermögen u. Religiosen der aufgehobenen 406.
Knochensammeln 352.
Kostheim 61.
KrämerInnung 311.
Kranrecht 304. 311.
Kriegerfuhren 3 8.
Kriegdienste der BundesFürsten 135.
Kriegsrecht des R. B. 131. der Bundesfürsten 417.
Kriegsverfassung des R B. 124 ff. Kriegsbündnifs mitFrankreich 124. Fall der Kriegsrüstungen 125. Bewaffnung des Bundes durch Contingente 126. 127. 128. Befestigung von Augsburg und Lindau 129.
Krönung 153.
KrönungsOrnat 158.

L.

Lage innerhalb des Staatsgebietes 178.
Lagerhausgerechtigkeit 311.
Land, geschlossenes, 178.
Landescollegien 246 ff.
LandesdienstRegal 356 ff.
Landeshoheit, vertragsmäsige oder subalterne 69. 9.
LandesschutzRegal 35 ff.
Landkutschen 325. 329. 344.
Landsassen 170.
Landsassiat, vollständiger und unvollständiger, activer u. passiver 170.
Landstände, Begriff, politischer Gesichtspunct 179. Geschichte 180. Fortdauer oder Aufhebung 181. Classen 182. Rechte 182. Collegial- u. Deputationsrechte 184. Versammlungen 185 f. Stände in dem Königreich Westphalen 187. Landtagsfähigkeit der Grundherren 227.
Landsturm 409.
Langobardisches Lehnrecht 48.
Ledig Gut 2.0 ff.
Legitimation unehel. Kinder 374.
Lehnherrlichkeit 177.
Lehnhoheit 177. 407 f.
Lehnsachen der Standesherren 216.
Lehnverfassung in den rhein. Bundesstaaten 118 ff. bei vormal. Reichslehen 119 f. bei Territoriallehen 121. bei Privatlehen 122. bei Privat-Passivlehen der Bundesfürsten 123.
Lehranstalten 389.
Leibeigene 167.
Leibeigenschaftliche Abgaben 210.
Leibgarde 383.
Leihhäuser 311.
Leinpfäde 348.
Leseanstalten 389.
Lindau, Befestigung 129.
Literatur des Staatsr. 17 ff.
Lombard 311.

Lotterien und Lotti 299. 352.
Lübisches Recht, Bewidmung mit demselben 366. *c.*
Lüneviller Friede 23. 33. 58.
Lumpensammeln 352.
Lustbarkeiten, öffentliche, 175. 352.

M.

Machtspruch 410.
Machtvollkommenheit 66.
Märkte, Jahr- u. Wochen-, 311.
Mahometaner 395. *b.*
Majestät 150.
Majestätsrechte s. Hoheitsrechte.
MajestätsSymbole 158.
Majestätstitel 158. *b.*
Mainschiffahrt 149. *c.*
MajorennitätsErklärung 372. *c.* 374.
Manufacturen 351.
Marmor 337.
Mediation 418.
Meer 345.
MeliorationsFond 297.
Mennoniten 395. *b.*
Messen 311.
Metalle s. BergwerksRegal.
Metapolitik 1. *c.*
Methode des Staatsr. 9.
Milde StiftungsSocietäten 262.
Militärdienste 357.
MilitärEtat 377. 410.
MilitärGewalt 409 f.
MititärSteuern 410.
Mititärverfassung des R. B. 124 ff. s. Kriegsverfassung.
Miliz 409 f.
Minderjährigkeit des Thronfolgers 154.
Monopolien 311. 351.
Moratorien 374.
Morganatische Nachkommen, ihr Successionsrecht 152.
Mühlen 346.
Münze, reelle und fingirte 315. Form und Materie der reellen, Korn und Schrot 316. Rechnungs- und Wechselmünze 315. *a.* Land-, symbolische u. Nothmünze, Medaillen 319 f. Papiergeld 299. 300. 319.
Münzfuss, in Silber vierfach, eben so in Gold 317. localer 317. *a.* Ehemaliger Reichsmünzfuss 321. Kreis- u. TerritorialMünzfüsse: 1) leipziger 322. 2) Conventions- 3) brandenburg'scher, 4) oberrheinischer 323.
Münzregal 313 ff. in dem Reich 314. Verleihung desselben 314. Oberpolizei, Gesetzgebung, richterliche Gewalt 324. Verfügung über ausländische Münzen 324.
Musikpacht 352.

N.

Nachdruck 391.
Nacheile 357.
Nachgebohrne Mitglieder des Regentenhauses 156. ihre Apanage 157.
Nachsteuer in standesherrlichen Bezirken 208. in grundherrlichen 228.
Nachsteuerrecht 364.
Nation 164. 168.
Neckarschiffahrt 149. *c.*
Neubruch s. Novalzehnten.
Neutralität 131. des Rhein. B. 145. der Bundesfürsten 417.
Nichtigkeitsbeschwerde 276.
Niederlagsgerechtigkeit 311.
Niemand gehörige Sachen 240 ff.
Nobilitation 385 f.
Notarien 379.
Novalzehntrecht 365. der Standesherren 210. *c.* der Grundherren 229. *c.*

O.

Oberaufsicht über die Kirche 394.

Oberhoheit 105. 201 f. 209.
Oberhoheitslande 102.
Object des Staatsr. des R. B. 65.
Octroi der Rheinschiffahrt 33. 140 ff. OctroiVertrag 141. Direction und Verwaltung 142. Frankfurter Mefsfreiheiten, Exemtion, Zölle, Licent u. d. Verpachtung 143. Ertrag 144. Recurs, Leinpfade, Neutralität 145. Hauptstationsorte, Umschlag, Aufhebung des Stapelrechtes u. der Nebenabgaben 146. Schiffergilden 147. Souverainetätsrechte, Additional-Vertrag 148. Verfolgungsrecht derOctroibeamten, Nebenströme 149.
Orden 158. 384. Damenorden 155.
Organisationslust 248. *a*.

P.

Papiergeld 299. 300. 319.
Parallelismus 41.
Parangariae 357. *a*.
Patentwaaren 351.
Patrimonialabgaben 210.
Patrimonialdienste s. Frohnen.
Patrimonialgerichtbarkeit 271.
PatrimonialGut des Regenten 240.
Patrimonialherren s. Grundherren.
Patrimonialherrliche Rechte der Standesherren 210 der Grundherren 229. manche sind jetzt Kammerregalien ff. 255.
Patrimonialstaaten 235.
Patronatrecht 177. landesherrliches 402. standesherrliches 105. 216.
Peinlichkeit, Kosten derselben 280.
Pensionirung der standesherrlichen Staatsdiener 110. 218. der Mitglieder der geistl. Ritterorden 111. der Reichs-Staatsdiener 112 f. der ehemaligen RheinzollOfficianten 117. *a*.
Perlen 337. 347.
PetersInsel 61.
Pfandhäuser 311.
Pferdeverkauf 351.
Philiponen 95. *b*.
Pietisten 395. *b*.
Placet, landesherrliches, 399.
Politik 8. 43.
Politischer Charakter des R. B. 62 ff.
Polizeigewalt 282. Grenzen 288. Verhältnifs zu d. Justiz- und Criminalgewalt 291 — 294. Begriff der Staatspolizei 282 f. Staatsgesellschaftspolizei 283. PrivatConventionalPolizei 283. Sicherheits- u. Wohlfahrts-Polizei 283. Bevölkerungs- und GesundheitsPolizei 284. Gewerbe- oder Industrie-Polizei 284. ökonomische, Manufactur- und HandlungsP. 284. Sitten-, Erziehungs- und UnterrichtsP. 284. hohe und niedere, allgemeine u. partikuläre 285. Polizeigesetzgebung 286 f. Polizeiverbrechen u. Strafen 287. Behörden 289. Polizeigericht, Gerichtbarkeit u. Verfahren 290.
Polizeirechte der Standesherren 206. der Grundherren 227.
Possessorische Rechtsmittel wider den Fiscus, die Kammer, die Chatoulle des Regenten 258.
PostRegal 325 ff. Postwesen überhaupt, verschiedene Arten der Posten, Landkutschen, Regalität des Postwesens 325. Geschichte der Posten 326. *a*. — Ehe-

maliges Reichspostwesen 326 ff. Reichsposten 326 f. PostGeneralat, PostConventionen 327. TerritorialPosten 328. PostRegal u. Botenwesen der Reichsstädte, Landboten u. Landkutschen 329. — PostRegal in d. rhein. Bundesstaaten 330 ff. Oberaufsicht, Polizei, Gerichtbarkeit, Postordnungen 332. Postorganisation 333. Boten, Landkutschen, Hauderer, Frachtfuhrleute, Briefgeheimnifs 334.
Potaschensieden 337. f.
Prätensionen 36. Verzicht darauf 89 ff.
Presburger Friede 23. 33.
Prefsfreiheit 391. 403.
Preussens StaatsServituten 137. d. Verzicht auf Prätensionen 56.
Primas 75.
Primogenitur 151.
Privatfürstenrecht 7.
Privatgewerbe 299.
Privatgut 238. des Regenten 239.
Privatnachlafs des Souverains 151. 229. 243. e.
Privatrecht, allgemeines und positives 6. teutsches 27.
Privilegien - u. Dispensationsrecht der Standesherren 211.
Privilegiengewalt 371 ff. Begriff u. Arten der Privilegien 371. Dispensationen 371. Gültigkeit und Wirksamkeit der Privilegien 372. Vertragseigenschaft, Wiederruf, Minderung, Veränderung, Auslegung 373. Landständische Concurrenz 373. Privilegienrecht landsässiger Obrigkeiten 373. Verschiedene Arten der Privilegien 374.
Protector 73 f.
Protestanten 396. e.
Purificationsverträge 98.
Pursch, freie 343.

Q.

Quartierfreiheit der Gesandten 354.
Quellen s. BergwerksRegal.
Quellen des Staatsr. des R. B. 30 ff A) des Bundesstaatsrechtes: Grund - u. Staatsverträge 31-33. Herkommen 34—36. Völkerrecht, Gleichgewicht, Politik 43. Nebenquellen u. Erläuterungsmittel 44. Auslegung der Bundesacte 45. — B) des Staatsr. der Bundesstaaten 46. gemeine Quellen 47. von d. fremden Rechten 48. besondere Quellen 49. Staatsgrundverträge u. a. Staatsverträge, Staatsgesetze 49 f. Staatsherkommen 51. Analogie 51.

R.

Rang des R. B. und der Bundesfürsten 87 f.
Rang, Rangordnungen, Rangstreitigkeiten 376. 383. Rangrecht der Standesherren 212.
Rastatter Friede 58.
Reception verträge 33. b.
Rechte, wohlerworbene, Einschränkung durch die Polizeigewalt 288.
Rechtsgewohnheit 263.
Rechtsmittel 276.
Rechtstitel, dessen Anzeige dem Fiscus 258.
Recurs an den Souverain 252. 276.
Reformationsrecht 394.
Reformirte 395. b. 396. e.
Regalien s. Hoheitsrechte.
Regent 1. s. auch Souverain.
Regentschaft 154.
Regierung s. Staatsregierung.

Regierungsantritt 153.
Regierungsform 66. 245.
Regierungssachen 277.
Registraturen 251.
Reglements 248. *a.*
Reich, teutsches, Schulden u. Staatseigenthum desselben 114.
Reichsarchiv 28.
ReichsdeputationsHauptschlufs v. 1803, 33.
Reichsgesetze, teutsche, deren Gültigkeit 26 f. 52.
Reichsverfassung, teutsche, 19 ff. deren Auflösung 23.
Religiöse Dogmen und Maximen 398.
Religionsänderung 398. *a.* des Regenten 404.
Religionseid 398. *b.*
Religionsgleichheit, Wirkungen derselben 403 f. Ausnahmen 405.
Religiosen aufgehobener Klöster 406.
Rentenzehrer 168.
Repressalien 131.
Res derelictae 242.
Res nullius 240. 242.
Residenz 158. der Standesherren 192.
RessortReglement 252.
Retorsion 417.
Reunionen 99 f.
Rhein, Thalweg desselben 58ff. Gerichtbarkeit auf demselben 148. *a.*
Rheinbund, Stiftung 23 f. 72. Staatsrecht 4. 16. 25. 72. Form, Entstehung, Zweck 72. Wirkung desselben auf die Titel der Bundesgenossen u. die t. Reichsgesetze 26. 83. geographische und politische Verhältnisse 53 ff. Arealgröfse u. Volksmenge 53. Staaten 54 f. Prätensionen 56. Grenzen 57 ff. Bundesgewalt 70. Verfassungs- u. Hoheitsrechte 70. Bundesstaatsrecht 72 ff. Personalverfassung 93 ff. Territorialverfassung 97 ff. Lehnsverfassung 118. Militärverfassung 124 ff. Gesandschafts-, Kriegs-, Friedens- und Bündnifsrecht 130 ff. Staatsservituten und Rheinschiffahrts Octroi 136 ff. Territorialbestand 97. Anerkannt von Preussen, garantirt von Rufsland 24.
RheinInseln 60.
Rheinschiffahrt s. Octroi.
Rheinzölle 140. 142.
Ritterorden 155. 158. 384.
Römisches Recht 48.
Rottzehnten s. Novalzehnten

S.

Salinen 337. 338.
Salpeter 337.
Salvegarden 374.
Salzquellen, Salzseen, Salzbergwerke 337 348.
Sand 347.
Sauer- u. Gesundbrunnen 337.
Schätze 241. *a.* 337. 364.
Schankgerechtigkeit 351.
Scharfrichterei 352.
Schauspiele 352.
Schatz des Staates 297.
Schiffahrt 346.
Schiffahrtsverträge 310.
Schleussen 346.
Schmelzhütten 337. *f.*
Schriftsassen 170. *a.*
Schürfen nach Erz 338.
Schulden s. Staatsschulden.
Schulden des t. Reichs 114. der Reichskreise 115. 117. der Oberhoheitslande und Standesherren 116. 217. der Entschädigungsländer von 1803, 117.
Schulen 389.
Schutz, landesherrlicher 353.
Schutz der Kirche 394.
Schutzlose 355.

Schweinschnitt 352.
Schwenckfelder 395. b.
Seen 336.
Sehenswürdigkeiten 352.
Seidenwürme 351.
Service 410.
Servitus juris publici s. Staats-Servitut.
Souverain, seine Familienrechte 156. Minderjährigkeit 154. Gemahlin und Wittwe 155. Kinder 156. Vormundschaft 156. Verbindlichkeit aus den Handlungen der Vorfahren 159. Dauer des Verhältnisses zwischen ihm u. dem Volk 160 f.
Souverainetät der Bundesfürsten 2. 79. 150. Modificationen derselben 79 f. 97 ff. 131 ff. 137. 140 ff. natürliche 411. positive 415. Veräusserung 79. der nichtsubjicirten ehemaligen reichsständ. Terriorialherren 83.
Souverainetätslande 02.
Souverainetätsrechte in d. Oberhoheitslanden 103. Zweifel und Streit darüber 106.
SpielkartenVerkauf 351.
Sprache 253.
Staat 1.
Staatsdienstbarkeit s. Staats-Servitut.
Staaten des R. B. 54 f. 76 ff.
Staatensystem 72. b.
Staats-, Haus- und Standeszeichen 384.
Staatsämter 375. Besetzung derselben 378. erbliche 378. Verhältnifs zwischen dem Staat und Staatsdiener, Aufkündigung, Entlassung 380. Versetzung, Zuruhesetzung 381. Cassation, Suspension 382. Erzämter 383.
Staatsbanken 299. e. 311.
Staatsbeamte 245. s. auch Staatsdiener.
Staatsbehörden 246 ff.
Staatsdiener 245 ff. Behandlungsart derselben 248. a.
Staatsdienste 256 ff. s. auch Dienste.
Staatsdienste der Bundesfürsten 80. 135. der Standesherren 192. der Grundherren 220.
Staatseigenthum 232 f. 259.
Staatseigenthum des t. Reichs 114.
Staatsform 66. 151. 245. des R. B. u. seiner Souverain-Staaten 7.
Staatsgebiet, Veräusserung desselben, 254 f. Abtheilung 254.
Staatsgesellschaften 238. a.
Staatsgesetze 31 ff. 49. f.
Staatsgewalt 1. 150.
Staatshandlungen, verbindlich für die Nachfolger 158.
Staatsraison 412 f.
Staatsrecht, natürliches u. positives 2. allgemeines 42. des Rheinbundes 4. 16. 25. Quellen desselben 30 ff. BundesStaatsr. 72 ff. der rhein. Bundesstaaten 150 ff. teutsches Reichs- u. TerritorialStaatsr. 14. f. 19 ff. dessen Literatur 17. 18. b.
Staatsregierung 66. 150. 245.
Staatsschulden 243 f. 297. Haus- u. Staatsgesetze defshalb 243. e. Tilgung 300.
StaatsServituten, Begriff 136. Bundes- und Territorial-Servituten 137. 419. Grundsätze 138 f. wiefern sie die Staatssubjection beweisen 176.
Staatssprache 253.
Staatssubjection s. Subjection.
Staatsverfassung 66.
Staatsvermögen 232 ff. mittelbares 238.
Staatsverträge 1. b. 31 ff. 49 f.
Staatswirthschaft 295. Systeme 295. a.
Staatszweck 1. a.

Stadtdienste 356 f.
Standeserhöhung 385 f.
Standesherren 188 ff. ihre Besitzungen 102. Capitalien 108. Rechte 104 ff. 188 ff. Zweifel und Streit darüber 106. Domänen 103. grundherrliche u. Feudalrechte 105. Einkünfte 105. 108. 192. Standesherrlichkeit 105. 188. Staatsauflagen 107. Veräusserungsrecht 107. Residenz 108. Austrägalrecht u. Bestrafung in Criminalsachen 109. Pensionirung ihrer Staatsdiener 110. 218. Gesetze über ihr Verhältnifs 188. a. Persönliches Verhältnifs 189. Huldigung. Titel 189. Kirchengebet, Trauer 190. Canzlei - u. Hofceremoniel 191. Residenz, Ehren - und Schlofswache, auswärtige Kriegsdienste 192. Familiengesetze. Verbindlichkeit der Landesgesetze. Persönl. Polizeibehörde 193. Gerichtsstand 194 ff. Aeltere Privilegien u. Exemtionen. Heutige Immunitäten 197. Auswärtiges Verhältnifs 198. Grundeigenthum 199. Oberhoheitsrechte 105. 200 f. 209. Standesherrliche Realrechte. Gerichtbarkeit, Cent 202 - 204. Fiscalische Sachen 204. Justizbeamte u. Canzleien. Appellation, Aufsicht, Taxen 20 . Polizei 206. Finanz- u. Kameralrechte 207 f. Patrimonialherrliche Rechte 210. Privilegien und Dispensationsrecht 211. Aemter -. Titel - und Rangrecht 212 f. Erziehungswesen, öffentlicher Unterricht 214. Kirchensachen 215. Lehnsachen 216. Landes - u. Kammerschulden 217. Pensionirung u. Abtheilung ihrer Diener 218. ihr Verhältnifs zu Grundherren 231.
Stände, Verschiedenheit derselben 163 ff.
Stände, in dem Königreich Westphalen 187.
Stapelgerechtigkeit 311.
Stapelrecht an dem Rhein 146.
Steinbrüche 337.
Steine 347.
Steinkohlen 337.
Steuer, ordentliche, ausserordentliche, directe, indirecte, 301. allerlei Arten und Benennungen 301. b. c. e. 302. notwendige, freiwillige, allgemeine, partikuläre, Benennungsart 302. Rechtmässigkeit u. gleiche Vertheilung 305. 299. Verwendung 356. landständische Concurrenz 306. Steuerfreiheit 306.
Steuer der Standesherren 103. 197. 199. der Grundherren 224.
SteuerRevision und Ausgleichung 299. 305.
Strandrecht 347.
StrassenRegal 307 f. verschiedene Arten der Strassen 307. Anlegung, Verlegung, Wegebesserung 308. Strassengerichtbarkeit 308. Strassenzwang 311.
Subject desStaatsr. des R.B. 65.
Subjection gegen den Staat, persönliche u. dingliche 171. Beweis derselben 171. Beweisgründe 173 ff.
Subjectionen 99 f.
SubsidienTractate 135.
Successionsordnung 151. Eigenschaften des Thronfolgers 152.
Successionsrechte, Vorbehalt derselben 89 ff.
Symbol der Kirche 398.
SymbolischeBücher 398. 403. d.

T.

Tabellenwesen 248. a. 298. b.
TerritorialBestand des R. B. 53. 97. des franz. Kaiserstaates 64. a.
TerritorialCessionen, Purificationen, Reunionen, Subjectionen 98 ff.
Thalweg s. Rhein.
Thronfolge 151. Eigenschaften des Thronfolgers 152. Minderjährigkeit 154. Verbindlichkeit zu den Handlungen der Vorfahren 159. sein ChatoulleGut. 239.
Tilsiter Friede 33. c.
Titel der Bundesfürsten 26. 81 — 85. Regenten- und Haustitel 85. 158. Titel u. Wappen der Appanagirten 85. der Standesherren 189. Titelrecht derselben 212 f.
TitularChargen 376. 377.
Torf 337.
Trauer, öffentliche 175. 190. 221.
Tyrannei 51. 161.

U.

Ueberzugsgeld 355.
Umschlag an dem Rhein 146.
Unabhängigkeit s. Souverainetät.
Uneheliche Nachkommen, ihr Successionsrecht 152.
Unfähigkeit des Regenten 154.
Unterricht, öffentlicher, in standesherrlichen Bezirken 214.
UnterrichtsRegal 387 ff.
Unterthanen 2. 162 ff. 164. temporäre 168. immediate u. mediate 169. Aufnahme neuer 353.
Unterwürfigkeit s. Subjection 171.
Urkunden, archivalische, Bestimmung ihrer Beweiskraft 250.
Ursprüngliche Rechtstitel 52.

V.

Vacantes Gut 240. 242.
Väterliche Gewalt des Regenten 156.
Vagabunden 355.
Vehmgerichte 177.
Venia aetatis 372. c. 374.
Veräusserung der Staatsregierung 161. des Staatsgebietes 234 f. der Domanen 237. des ChatoulleGutes 239. der Hoheitsrechte 256.
Verjährung, unvordenkliche, zu dem Erwerb verleihbarer Regalien und Immunitäten 258.
Verlassene Sachen 241. a. 242.
Vertragsrecht des R. B. 133. der Bundesfürsten 418.
Viehschnitt 352.
Visitation der Staatsbehörden 272.
Vitriolwerke 337. f.
Völkerrecht 5. 43.
Vogelfang 344. a.
Vogtei 177.
Vogteilichkeit 272.
Volk 162. 164. Dauer des Verhältnisses zwischen ihm und dem Souverain 162.
Volksmenge des R. B. 53.
Vollziehende Gewalt 266 f.
Vorbehalt, geistlicher 405. f.
Vorfahr Verbindlichkeit des Souverains aus dessen Handlungen 159.
Vorkauf bei der Ausbeute der Bergwerke 338.
Vorkaufsgerechtigkeit 311.
Vormundschaft über die Kinder des Souverains 156.
Vorsichtsregeln bei d. Studium des Staatsr. 10.

W.

Wässerung 346.
Waffenrecht 409.
Wagegerechtigkeit 311.

Waldeigenthum 340. 344.
Wappen 85. 158. 383. 385.
Wasenmeistereigerechtigkeit 352.
Wassergerichte 349.
Wassergewächse 347.
WasserRegal 345 ff. Gegenstände desselben 346 ff. Umfang 340.
Wege s. StrassenRegal.
Wehr- u. Waffenrecht 409 f.
Wendische Länder 178. *a.*
Werbung 409.
Wesel 61.
Westphälische Gerichte 177.
Wiedertäufer 395. *b.*
Wildbann 343. *c.*
Wildfangsrecht 364.
Wildfolge 357. *g.*
Wildsteuer 344 *c.*
Willkühr 51. 161.
Wissenschaftspflege 387 ff.
Wittwe des Souverains 155.

Z.

Zehnten 299. *b.* Bergzehnten. 338.
Zeughäuser 410.
Ziegelbrennereien 337. 351.
Ziegeuner 355.
Zoll 303. Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrzoll 303. Haupt- und Wehrzoll 204. Verleihung, Verlegung, Erhöhung 304. Defraudation 304. *b.* Befreiung 304. Rheinzölle 140. 142. Zoll der Standesherren 207. d. Grundherren 228.
Zollbefreiung der Standesherren 192. der Grundherren 221.
Zuchthäuser 280.
Zünfte 351.
Zwangrechte s. Bannrechte.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Klüber, Johann Ludwig,

Staatsrecht des Rheinbundes

Tübingen 1808

J.publ.g. 385 k
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10559816-9